

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

8

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR (B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

W.I. LENIN

BAND 8

JANUAR - JULI 1905



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

2. Auflage · 41.—60. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1958 · Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf
Verlagsbogen 35,0 · Druckbogen: 39,25 · Lizenznummer 1
Satz: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38
Druck: Leipziger Volkszeitung III/18/138

VORWORT

Der achte Band enthält die Arbeiten W. I. Lenins, die zwischen Januar und Juli 1905, also zu Beginn der ersten russischen Revolution, geschrieben wurden. Zum größten Teil sind es Artikel aus den illegalen bolschewistischen Zeitungen „Wperjod“ und „Proletari“.

In den Aufsätzen „Die Selbstherrschaft und das Proletariat“, „Der Fall von Port Arthur“, „Das europäische Kapital und die Selbstherrschaft“ und „Die Katastrophe“ analysiert Lenin den militärischen Zusammenbruch und die politische Krise der Selbstherrschaft und weist auf die Unausbleiblichkeit der Revolution in Rußland hin.

In den Schriften „Zwei Taktiken“, „Sollen wir die Revolution organisieren?“, „Neue Aufgaben und neue Kräfte“, „Über die provisorische revolutionäre Regierung“, „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ und „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“ wird die revolutionäre Taktik der bolschewistischen Partei begründet und ausgearbeitet und die opportunistische Taktik der Menschewiki entlarvt und kritisiert.

Die Artikel „Es ist Zeit, Schluß zu machen“, „Kurze Darstellung der Spaltung in der SDAPR“, „Gesamtplan der Beschlüsse des III. Parteitags“, „Der erste Schritt“, „Winkelzüge der Bonapartisten“, „Der zweite Schritt“ und „Offener Brief an den Vorsitzenden des Rats der SDAPR, Genossen Plechanow“ sind Beispiele für den Kampf, den Lenin gegen die Spaltungstätigkeit der Menschewiki und für die Vorbereitung des III. Parteitags der SDAPR, des ersten bolschewistischen Parteitags, führte.

Einen beträchtlichen Teil des Bandes bilden Dokumente vom III. Parteitag der SDAPR, Referate, Reden und Diskussionsbeiträge Lenins auf dem Parteitag, die von ihm verfaßten Resolutionen über den bewaffneten Aufstand, über die provisorische revolutionäre Regierung, über die Unterstützung der Bauernbewegung, die Resolution zu den Ereignissen im Kaukasus und andere.

Weiter sind im vorliegenden Band Arbeiten enthalten, in denen sich Lenin gegen den bürgerlichen Liberalismus wendet: „Das Agrarprogramm der Liberalen“, „Politische Sophistereien“, „Die ersten Schritte des bürgerlichen Verrats“, „„Revolutionäre‘ in Glacéhandschuhen“ und „Der Kampf des Proletariats und der Servilismus der Bourgeoisie“.

Der Band enthält vierzehn Arbeiten, die erstmalig in die Werke W. I. Lenins aufgenommen wurden. In diesen Arbeiten werden die revolutionären Ereignisse in Rußland analysiert und Fragen des III. Parteitags der SDAPR behandelt.

In dem Artikel „Revolution in Rußland“ schätzt Lenin die Ereignisse vom 9. Januar bereits als den Beginn der Revolution ein und begrüßt das aufständische Proletariat. Die Arbeiten „Die ersten Schritte“, „Der Vorabend des Blutsonntags“, „Die Zahl der Toten und Verwundeten“, „Die Kämpfe auf den Barrikaden“ und „Petersburg nach dem 9. Januar“ schildern die ersten Tage des revolutionären Kampfes in Petersburg und das wachsende politische Bewußtsein des Proletariats in Rußland.

In dem Flugblatt „Der Erste Mai“ erläutert Lenin die Aufgaben des Proletariats und der Bauernschaft in der Revolution und ruft zur Vorbereitung des allgemeinen bewaffneten Volksaufstands auf.

In der Notiz „Konferenzen der Komitees“ wird über Konferenzen von Lokalkomitees berichtet, die sich für eine sofortige Einberufung des III. Parteitags ausgesprochen haben. Der Artikel „Aus dem Lager der Neuskristen“ entlarvt den systematischen Betrug der Menschewiki an der Partei.

Zu den Materialien des III. Parteitags der SDAPR gehören die neu aufgenommenen Dokumente „Resolution über den bewaffneten Aufstand“, „Rede anlässlich der Resolutionen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen“, „Resolution über die Herausgabe der Parteitagprotokolle“ und „Resolutionsentwurf zu den Ereignissen im Kaukasus“.

In der Notiz „Eine neue russische Anleihe“ schildert Lenin, wie die zaristische Regierung infolge der militärischen Niederlagen und der wachsenden Unzufriedenheit im Lande immer mehr ihren Kredit beim Ausland einbüßt.

DIE SELBSTHERRSCHAFT
UND DAS PROLETARIAT¹

*Veröffentlicht am 4. Januar 1905
(22. Dezember 1904)
im „Wperjod“ Nr. 1.*

Nach dem Text des „Wperjod“.

Durch Rußland geht eine neue Woge der konstitutionellen Bewegung. Die heutige Generation hat noch nichts gesehen, was dem jetzigen politischen Aufschwung gleichkäme. Die legalen Zeitungen wettern gegen die Bürokratie, fordern die Teilnahme von Volksvertretern an der Verwaltung des Staates und schreiben beharrlich von der Notwendigkeit liberaler Reformen. Alle möglichen Versammlungen von Semstwoleuten, Ärzten, Juristen, Ingenieuren, Landwirten, Stadtverordneten usw. usf. fassen Beschlüsse, die sich mehr oder weniger klar für eine Verfassung aussprechen. Überall sind — vom Standpunkt des russischen Kleinbürgers ungewöhnlich kühne — politische Anklagen und leidenschaftliche Reden über Freiheit zu hören. Liberale Versammlungen werden unter dem Druck der Arbeiter und der radikalen Jugend zu öffentlichen Volksversammlungen und Straßendemonstrationen. In breiten Kreisen des Proletariats, unter den armen Bevölkerungsschichten in Stadt und Land wird die dumpfe Gärung unverkennbar immer stärker. Wenn auch das Proletariat an den pompösen und feierlichen Manifestationen der liberalen Bewegung verhältnismäßig wenig teilnimmt, wenn es sich auch offenbar von den gesitteten Beratungen des soliden Publikums ein wenig abseits hält, so ist doch aus allem zu ersehen, daß die Arbeiter an der Bewegung außerordentlich stark interessiert sind. Aus allem ist zu ersehen, daß die Arbeiter darauf brennen, an großen Volksversammlungen teilzunehmen und offen auf der Straße zu demonstrieren. Es ist, als ob das Proletariat sich zurückhält und zugleich aufmerksam beobachtet, was in seiner Umgebung vor sich geht, seine Kräfte sammelt und die Frage abwägt, ob der Zeitpunkt für den entscheidenden Kampf um die Freiheit schon gekommen ist oder nicht.

Anscheinend beginnt die Welle der liberalen Erregung schon etwas abzuebben. Die Gerüchte und Meldungen der ausländischen Presse über den Sieg der Reaktionäre in den einflußreichsten Hofkreisen bestätigen sich. Der in diesen Tagen veröffentlichte Ukas Nikolaus' II. ist eine direkte Ohrfeige für die Liberalen.² Der Zar will die Selbstherrschaft aufrecht erhalten und schützen. Der Zar will keine Änderung der Regierungsform und denkt nicht daran, eine Verfassung zu gewähren. Er verspricht – verspricht lediglich – allerlei Reformen von ganz zweitrangiger Bedeutung. Irgendwelche Garantien für die Durchführung dieser Reformen werden selbstverständlich nicht gegeben. Die polizeilichen Maßregeln gegen die liberale Presse werden von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde schärfer. Wieder beginnt man, jede öffentliche Demonstration genauso grausam wie früher, wenn nicht noch grausamer, zu unterdrücken. Wieder beginnt man, die liberalen Abgeordneten in den Semstvos und in den Stadtdumas und mehr noch die liberalisierenden Beamten an die Kandare zu nehmen. Die liberalen Zeitungen verfallen in einen verzagten Ton und bitten die Korrespondenten, deren Briefe sie nicht abzdrukken wagen, um Verzeihung.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die nach der von Swjatopolk-Mirski erteilten Erlaubnis³ rasch angestiegene Welle der liberalen Erregung sich nach einem neuen Verbot ebenso rasch legen wird. Man muß einen Unterschied machen zwischen den tiefen Ursachen, die unvermeidlich und unausbleiblich – und in dem Maße, wie die Zeit fortschreitet, immer stärker – Opposition und Kampf gegen die Selbstherrschaft hervorrufen, und den kleinen Anlässen einer vorübergehenden liberalen Belebung. Die tiefen Ursachen rufen tiefgehende, mächtige und beharrliche Volksbewegungen hervor. Die kleinen Anlässe sind manchmal ein Personenwechsel im Ministerkabinett oder einer der üblichen Versuche der Regierung, nach einem terroristischen Akt für eine kurze Zeit zur Politik des „listigen Fuchses“ überzugehen. Die Ermordung Plehwas hat der terroristischen Organisation offenbar gewaltige Anstrengungen und langwierige Vorbereitungen gekostet. Und je erfolgreicher dieses terroristische Unternehmen war, um so krasser bestätigt es die Erfahrung der ganzen Geschichte der russischen revolutionären Bewegung, eine Erfahrung, die uns vor solchen Kampfmethoden wie dem Terror warnt. Der russische Terror war und bleibt eine spezifisch intelligenzlerische Kampfmethode.

Man mag uns noch soviel erzählen, wie wichtig nicht an Stelle, sondern in Verbindung mit der Volksbewegung der Terror sei, die Tatsachen beweisen unwiderleglich, daß bei uns die individuellen politischen Morde mit den gewaltsamen Aktionen einer Volksrevolution nichts gemein haben. In der kapitalistischen Gesellschaft ist eine Massenbewegung nur als proletarische Klassenbewegung möglich. Diese Bewegung entwickelt sich in Rußland nach eigenen, selbständigen Gesetzen, sie geht ihren eigenen Weg und wird dabei immer tiefer und breiter, geht von zeitweiligem Stillstand zu neuem Aufschwung über. Nur die liberale Welle steigt und fällt in engem Zusammenhang mit dem Gemütszustand der verschiedenen Minister, deren Wechsel durch die Bombenattentate beschleunigt wird. Es ist deshalb kein Wunder, daß man bei uns so oft auf Sympathien für den Terror unter den radikalen (oder sich radikal gebärdenden) Vertretern der bürgerlichen Opposition stößt. Es ist kein Wunder, daß sich unter den revolutionären Intellektuellen gerade diejenigen für den Terror begeistern (auf lange oder kurze Zeit), die nicht an die Lebensfähigkeit und die Kraft des Proletariats und des proletarischen Klassenkampfes glauben.

Die Kurzlebigkeit und Unbeständigkeit einer liberalen Erregung, die aus diesem oder jenem Anlaß entsteht, dürfen uns natürlich den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Selbstherrschaft und den Bedürfnissen der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft nicht vergessen lassen. Die Selbstherrschaft kann nicht anders, sie muß die gesellschaftliche Entwicklung hemmen. Je weiter die Entwicklung fortschreitet, um so mehr stoßen die Interessen der Bourgeoisie als Klasse, die Interessen der Intelligenz, ohne die die moderne kapitalistische Produktion undenkbar ist, mit der Selbstherrschaft zusammen. Mag der Anlaß für die liberalen Erklärungen oberflächlich sein, mag die unentschlossene und zwiespältige Stellung der Liberalen ihrem Charakter nach belanglos sein — ein wirklicher Frieden ist für die Selbstherrschaft dennoch nur mit dem Häuflein der besonders privilegierten Spitzen der grundbesitzenden und kommerziellen Klasse, keineswegs aber mit dieser ganzen Klasse möglich. Eine direkte Interessenvertretung der herrschenden Klasse in Form einer Konstitution ist notwendig für ein Land, das ein europäisches Land sein will und das wegen seiner Lage bei Strafe der politischen und ökonomischen Niederlage ein europäisches Land werden muß. Deshalb ist es für das

klassenbewußte Proletariat überaus wichtig, daß es sowohl die Unvermeidlichkeit liberaler Proteste gegen die Selbstherrschaft als auch den wirklichen, bürgerlichen Charakter dieser Proteste klar erkennt.

Die Arbeiterklasse setzt sich gewaltige, welthistorische Ziele: die Befreiung der Menschheit von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Diese Ziele strebt sie in der ganzen Welt seit vielen Jahrzehnten beharrlich an, wobei sie ihren Kampf unablässig ausdehnt und sich in Millionenparteien organisiert, ohne sich durch einzelne Niederlagen und zeitweilige Mißerfolge entmutigen zu lassen. Für eine solche wahrhaft revolutionäre Klasse kann es nichts Wichtigeres geben, als sich von aller Selbsttäuschung, von allen Wahnbildern und Illusionen frei zu machen. Bei uns in Rußland ist eine der verbreitetsten und zählebigsten Illusionen die, daß unsere liberale Bewegung keine bürgerliche Bewegung sei, daß die Revolution, die Rußland bevorsteht, keine bürgerliche Revolution sei. Dem russischen Intellektuellen — vom gemäßigtsten „Oswoboshdenzen“⁴ bis zum extremsten Sozialrevolutionär — scheint es immer, daß es hieße, unsere Revolution grau und nüchtern zu machen, sie herabzusetzen und sie zu banalisieren, wenn man feststellt, daß sie eine bürgerliche Revolution ist. Der russische klassenbewußte Proletarier sieht in einer solchen Feststellung die einzig richtige klassenmäßige Charakterisierung der wirklichen Lage der Dinge. Für den Proletarier ist der Kampf für die politische Freiheit und die demokratische Republik in der bürgerlichen Gesellschaft nur eine der notwendigen Etappen im Kampf für die soziale Revolution, die die bürgerliche Ordnung stürzt. Die ihrer Natur nach verschiedenen Etappen streng unterscheiden, die Bedingungen, unter denen sie zurückgelegt werden, nüchtern untersuchen heißt keineswegs, die Verwirklichung des Endziels auf die lange Bank schieben, heißt keineswegs, von vornherein das eigene Tempo verlangsamen. Im Gegenteil, gerade zur Beschleunigung des Tempos, gerade zur möglichst raschen und dauerhaften Verwirklichung des Endziels ist es notwendig, das Verhältnis der Klassen in der modernen Gesellschaft zu begreifen. Wer den angeblich einseitigen Klassenstandpunkt scheut, wer Sozialist sein will und gleichzeitig Angst hat, die uns in Rußland bevorstehende, bei uns in Rußland angebrochene Revolution offen als bürgerliche Revolution zu bezeichnen, der wird nur Enttäuschungen erleben, wird ständig Schwankungen unterworfen sein.

Eine bezeichnende Tatsache: Gerade als die jetzige konstitutionelle Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, machte sich der demokratischste Teil der legalen Presse die ungewöhnliche Freiheit zunutze, um nicht nur die „Bürokratie“, sondern auch die angeblich „wissenschaftlich unhaltbare“, „ausschließliche und daher falsche Klassenkampftheorie“ anzugreifen („Nascha Shisn“ [Unser Leben] Nr. 28). Man habe das Problem der Annäherung der Intelligenz an die Massen „bisher ausschließlich unter Betonung der Klassengegensätze aufgeworfen, die zwischen den Volksmassen und jenen Schichten der Gesellschaft bestehen, denen... ein großer Teil der Intelligenz entstammt“. Es erübrigt sich, zu sagen, daß diese Darstellung der Wirklichkeit direkt widerspricht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die ganze Masse der legal wirkenden, kulturreformerischen russischen Intelligenz, alle alten russischen Sozialisten, alle Politiker vom Typus der „Oswoboshdenije“-Leute ignorierten und ignorieren völlig die Tiefe der Klassengegensätze in Rußland überhaupt und im russischen Dorf im besonderen. Sogar die äußerste Linke der russischen radikalen Intelligenz, die Partei der Sozialrevolutionäre, begeht vor allem den Fehler, eben dies zu ignorieren; man erinnere sich nur an ihr übliches Gerede über die „Arbeitsbauern“ oder darüber, daß uns „nicht eine bürgerliche, sondern eine demokratische“ Revolution bevorstehe.

Nein. Je näher der Zeitpunkt der Revolution heranrückt, je intensiver die konstitutionelle Bewegung wird, um so strenger muß die Partei des Proletariats ihre Klassenselbständigkeit wahren, um so weniger darf sie zulassen, daß ihre Klassenforderungen in dem Schwall der allgemeindemokratischen Phrasen untergehen. Je häufiger, je entschiedener die Vertreter der sogenannten Gesellschaft mit ihren Forderungen, angeblich Forderungen des ganzen Volkes, hervortreten, um so schonungsloser muß die Sozialdemokratie den Klassencharakter dieser „Gesellschaft“ enthüllen. Man nehme die vielerwähnte Resolution der „geheimen“ Semstwo-tagung vom 6. bis 8. November⁵. Man wird darin, in den Hintergrund geschoben und absichtlich unklar gehalten, schüchterne konstitutionelle Wünsche finden. Man wird Hinweise auf das Volk und die Gesellschaft finden, und zwar viel häufiger auf die Gesellschaft als auf das Volk. Man wird eine besonders ausführliche und bis ins einzelne gehende Aufzählung von Reformen auf dem Gebiet der Semstwo- und der städtischen Institutionen finden, das heißt der Institutionen, die die Interessen der

Grundbesitzer und der Kapitalisten vertreten. Man wird darin eine Reform der Lebensverhältnisse der Bauernschaft, ihre Befreiung von der Bevormundung und die Gewährleistung eines korrekten Gerichtsverfahrens erwähnt finden. Es ist völlig klar, daß wir Vertreter der besitzenden Klassen vor uns haben, die von der Selbstherrschaft nur Zugeständnisse zu erlangen trachten und gar nicht daran denken, die Grundlagen der ökonomischen Ordnung zu verändern. Wenn solche Leute eine „grundlegende“ (angeblich grundlegende) „Änderung der heutigen nicht vollberechtigten und erniedrigenden Lage der Bauern“ wünschen, so beweist das erneut, wie richtig die Anschauungen der Sozialdemokratie sind, die stets betonte, daß die Agrarverhältnisse und die Lebensbedingungen der Bauernschaft hinter den allgemeinen Verhältnissen der bürgerlichen Ordnung zurückgeblieben sind. Die Sozialdemokratie hat immer gefordert, daß das klassenbewußte Proletariat in der gesamt bäuerlichen Bewegung die herrschsüchtigen Interessen und Ansprüche der bäuerlichen Bourgeoisie streng unterscheidet, wie verschleiert und vernebelt diese Ansprüche auch sein mögen, in welche Utopien des „Gleichmachens“ die bäuerliche Ideologie (und die „sozialrevolutionäre“ Phrase) sie auch kleiden möge. Man nehme die Resolution des Petersburger Banketts der Ingenieure vom 4. Dezember. Man wird finden, daß die 590 Teilnehmer des Banketts und mit ihnen die 6000 Ingenieure, die die Resolution unterschrieben haben, sich für eine Verfassung aussprechen, „ohne die ein erfolgreicher Schutz der russischen Industrie unmöglich ist“, und zugleich bereits gegen die Erteilung von Staatsaufträgen an ausländische Unternehmer protestieren.

Kann man sich etwa immer noch darüber täuschen, daß es eben die Interessen aller Schichten der grundbesitzenden, der kommerziell-industriellen und der bäuerlichen Bourgeoisie sind, die die Ursache und die Grundlage der zutage getretenen konstitutionellen Bestrebungen bilden? Kann uns denn irreführen, daß diese Interessen von der demokratischen Intelligenz vertreten werden, die stets und überall, in allen europäischen Revolutionen der Bourgeoisie, die Rolle der Publizisten, der Redner und der politischen Führer übernahm?

Dem russischen Proletariat fällt eine überaus ernste Aufgabe zu. Die Selbstherrschaft wankt. Der schwere und aussichtslose Krieg, in den sie sich stürzte, hat die Grundlage ihrer Macht und Herrschaft tief unterwühlt. Sie kann sich jetzt nicht halten ohne einen Appell an die herrschen-

den Klassen, ohne die Unterstützung der Intelligenz; ein solcher Appell und eine solche Unterstützung aber haben unvermeidlich konstitutionelle Forderungen zur Folge. Die bürgerlichen Klassen sind bemüht, die schwierige Lage der Regierung für sich auszunutzen. Die Regierung spielt ein verzweifeltes Spiel, um sich herauszuwinden, um mit geringfügigen Zugeständnissen, unpolitischen Reformen und zu nichts verpflichtenden Versprechungen, die sich im neuen Zaren-Ukas in Hülle und Fülle finden, davonzukommen. Ob ein solches Spiel, sei es auch nur zeitweilig und teilweise, Erfolg haben wird, das hängt letzten Endes vom russischen Proletariat, von seiner Organisiertheit und der Stärke seines revolutionären Ansturms ab. Das Proletariat muß die ihm ungewöhnlich günstige politische Situation ausnutzen. Das Proletariat muß die konstitutionelle Bewegung der Bourgeoisie unterstützen, muß möglichst breite Schichten der ausgebeuteten Volksmassen aufrütteln und um sich scharen, muß alle seine Kräfte sammeln und im Augenblick der größten Kopflosigkeit der Regierung, im Augenblick der größten Erregung des Volkes den Aufstand beginnen.

Worin muß jetzt sofort die Unterstützung der Konstitutionalisten durch das Proletariat zum Ausdruck kommen? Vor allem darin, daß die allgemeine Erregung genutzt wird, um unter den unberührtesten, den rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Agitation zu treiben und sie zu organisieren. Selbstverständlich muß das organisierte Proletariat, die Sozialdemokratie, Trupps seiner Kräfte in alle Klassen der Bevölkerung schicken, doch je selbständiger diese Klassen bereits auftreten, je schärfer der Kampf wird und je näher der Zeitpunkt der Entscheidungsschlacht heranrückt, desto mehr muß das Schwergewicht unserer Arbeit darauf verlegt werden, die Proletarier und Halbproletarier selber für den direkten Kampf um die Freiheit vorzubereiten. Nur Opportunisten können in einem solchen Moment das Auftreten einzelner Arbeiterredner in Versammlungen der Semstvos oder anderer öffentlicher Institutionen als besonders aktiven Kampf, als neue Kampfmethodik oder als höchsten Typus der Demonstrationen bezeichnen. Solche Manifestationen können lediglich von ganz untergeordneter Bedeutung sein. Unvergleichlich wichtiger ist es jetzt, das Augenmerk des Proletariats auf die wirklich hochentwickelten und aktiven Formen des Kampfes zu richten, wie die berühmte Demonstration in Rostow und eine Reihe von Mas-

sendemonstrationen im Süden⁶. Unvergleichlich wichtiger ist es jetzt, unsere Kader zu vermehren, die Kräfte zu organisieren und sich auf einen noch direkteren und offeneren Massenkampf vorzubereiten.

Selbstverständlich ist hier nicht davon die Rede, die tagtägliche Kleinarbeit der Sozialdemokraten einzustellen. Auf sie werden die Sozialdemokraten niemals verzichten, gerade in ihr sehen sie die wahre Vorbereitung zum entscheidenden Kampf, denn sie rechnen voll und ausschließlich auf die Aktivität, das Klassenbewußtsein und die Organisiertheit des Proletariats, auf seinen Einfluß unter der Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten. Es handelt sich darum, den richtigen Weg zu weisen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es notwendig ist, vorwärtszugehen, daß taktische Schwankungen schädlich sind. Zur Alltagsarbeit, die das klassenbewußte Proletariat niemals und unter keinen Umständen vernachlässigen darf, gehört auch die Organisationsarbeit. Ohne breite und vielseitige Arbeiterorganisationen, ohne ihre Verbindung mit der revolutionären Sozialdemokratie ist ein erfolgreicher Kampf gegen die Selbstherrschaft unmöglich. Die Organisationsarbeit aber ist unmöglich ohne einen entschiedenen Widerstand gegen jene organisationsfeindlichen Tendenzen, deren Träger bei uns, wie überall, der charakterlose und seine Losungen wie das Hemd wechselnde intelligenzlerische Teil der Partei ist; die Organisationsarbeit ist unmöglich ohne den Kampf gegen die absurde, reaktionäre und jede Zerfahrenheit bemäntelnde „Theorie“ von der Organisation als Prozeß.

Die Entwicklung der politischen Krise in Rußland hängt jetzt vor allem vom Verlauf des Krieges mit Japan ab. Mehr als alles andere enthüllte und enthüllt dieser Krieg die Fäulnis der Selbstherrschaft, mehr als alles andere schwächt er sie in finanzieller und militärischer Hinsicht, mehr als alles andere peinigt er die leidgequälten Volksmassen, von denen dieser verbrecherische und schändliche Krieg so unendlich viele Opfer fordert, und drängt sie zum Aufstand. Das absolutistische Rußland ist vom konstitutionellen Japan bereits besiegt, und jede Verlängerung des Krieges wird die Niederlage nur verstärken und verschärfen. Der beste Teil der russischen Flotte ist bereits vernichtet, die Lage von Port Arthur ist hoffnungslos, das ihm zu Hilfe eilende Geschwader hat nicht die geringsten Aussichten auf Erfolg, ja nicht einmal darauf, an den Bestimmungsort zu gelangen, das von Kuropatkin befehligte Haupttheer hat über 200 000

Mann verloren, ist erschöpft und steht hilflos dem Feind gegenüber, der es nach der Einnahme von Port Arthur unbedingt vernichtend schlagen wird. Der militärische Zusammenbruch ist unvermeidlich, und damit zugleich ist auch unvermeidlich, daß die Unzufriedenheit, die Gärung und Empörung zehnfach stärker werden.

Auf diesen Zeitpunkt müssen wir uns mit aller Energie vorbereiten. Ist dieser Zeitpunkt gekommen, dann wird einer jener Ausbrüche, die sich bald hier, bald dort immer häufiger wiederholen, zu einer gewaltigen Volksbewegung führen. Dann wird das Proletariat an der Spitze des Aufstands marschieren, um für das ganze Volk die Freiheit zu erkämpfen, um der Arbeiterklasse den offenen, breiten und durch die gesamte Erfahrung Europas bereicherten Kampf für den Sozialismus zu ermöglichen.

ÜBER GUTE DEMONSTRATIONEN DER PROLETARIER UND SCHLECHTE BETRACHTUNGEN EINIGER INTELLEKTUELLER

Die gegenwärtige konstitutionelle Bewegung in den besitzenden Klassen unserer Gesellschaft unterscheidet sich schroff von den vorangegangenen Bewegungen derselben Art am Ende der fünfziger und siebziger Jahre. Die konstitutionellen Forderungen der Liberalen sind im wesentlichen dieselben. Die radikalen Redner wiederholen die bekannten Thesen des Semstwoliberalismus. Ein bedeutender und sehr wichtiger neuer Faktor ist die Teilnahme des Proletariats an der Bewegung. Die russische Arbeiterklasse, deren Bewegung die Hauptachse der gesamten revolutionären Bewegung der vergangenen zehn Jahre war, ist schon lange zum offenen Kampf übergegangen, zu Straßenkundgebungen, zu großen Volksversammlungen und, trotz der Polizei, zu direkten Kämpfen mit dem Feind auf den Straßen der südrussischen Städte.

Und die bürgerlich-liberale Bewegung steht diesmal gleich bei Beginn im Zeichen eines ausgeprägten, entschiedenen, unvergleichlich schärferen und kühneren Auftretens des Proletariats. Wir verweisen vor allem auf die Demonstration in Sankt Petersburg, bei der die Beteiligung der Arbeiter infolge der desorganisierenden Tätigkeit der „Menschewiki“ leider nur schwach war, und auf die Demonstration in Moskau. Wir erwähnen ferner das Auftreten von Arbeitern bei einem bürgerlich-liberalen Bankett in Smolensk, in einer Versammlung des Bildungsvereins in Nishni-Nowgorod und in Sitzungen wissenschaftlicher, medizinischer und anderer Gesellschaften in verschiedenen Städten, sodann eine große Arbeiterversammlung in Saratow, eine Demonstration am 6. November in der Juristischen Gesellschaft in Charkow, am 20. November in der Stadt-

duma von Jekaterinodar, am 18. November in der Odessaer Gesellschaft zum Schutz der Volksgesundheit und etwas später, wiederum in Odessa, im Kreisgericht, wobei die beiden Demonstrationen in Odessa und die Charkower Demonstration von Straßenkundgebungen der Arbeiter, von Umzügen durch die Stadt mit Fahnen und dem Gesang revolutionärer Lieder usw. begleitet waren.

Diese vier letzten Demonstrationen werden unter anderem in Nr. 79 der „Iskra“⁷ in der Rubrik „Proletarische Demonstrationen“ geschildert, und auf diese Schilderung möchte ich die Aufmerksamkeit des Lesers lenken. Zuerst werde ich nach dem Bericht der „Iskra“ die Tatsachen wiedergeben und dann die Betrachtungen der „Iskra“.

In Charkow organisiert das Komitee die Teilnahme von Arbeitern an der Versammlung der Juristischen Gesellschaft; in der Versammlung sind über 200 Arbeiter anwesend; teils genierten sich die Arbeiter, in eine vornehme Versammlung zu gehen, teils wurde „der Pöbel nicht eingelassen“. Der liberale Vorsitzende ergreift nach der ersten revolutionären Rede die Flucht. Es folgt die Rede eines Sozialdemokraten, Flugblätter flattern durch den Raum, die Marseillaise wird gesungen, man geht auf die Straße, wo etwa 500 Arbeiter zusammengeströmt sind, man marschiert mit einer roten Fahne und singt Arbeiterlieder. Ganz zum Schluß wird ein Teil verprügelt und verhaftet.

Jekaterinodar. Ein zahlreiches Publikum hat sich (durch das Gerücht über bevorstehende liberale Reden angelockt) im Saal der Stadtduma versammelt. Das Telefon war unbrauchbar gemacht worden. Ein Redner des Komitees dringt mit 30 bis 40 Arbeitern in den Saal ein und hält eine kurze, durchaus revolutionäre sozialdemokratische Ansprache. Beifall. Flugblätter. Die Stadtverordneten sind starr. Vergeblicher Protest des Bürgermeisters. Zum Schluß verlassen die Demonstranten ruhig den Saal. In der Nacht Massenhaussuchungen.

Odessa. Die erste Demonstration. In der Versammlung sind ungefähr 2000 Menschen, darunter eine Masse Arbeiter. Eine Reihe revolutionärer Reden (von Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären), donnernder Beifall, revolutionäre Rufe, Flugblätter. Umzug durch die Straßen mit revolutionären Liedern. Man geht auseinander, ohne daß es zu Zusammenstößen kommt.

Odessa. Die zweite Demonstration. Eine Versammlung von mehreren

Tausend. Eine ebenso großartige revolutionäre Volksversammlung mit Straßenumzug wie die vorige. Blutiger Zusammenstoß. Viele wurden verwundet, einige schwer. Eine Arbeiterin stirbt. 60 Verhaftungen.

So sieht die faktische Seite der Sache aus. So demonstrieren die russischen Proletarier.

Jetzt zu den Betrachtungen gewisser sozialdemokratischer Intellektueller. Diese Betrachtungen beziehen sich auf die Demonstration in Jekaterinodar, über die ein ganzer Artikel geschrieben wird. Man höre: „In dieser Demonstration begegneten sich das russische organisierte Proletariat und unsere liberal eingestellte Bourgeoisie zum erstenmal von Angesicht zu Angesicht!“ ... Diese Demonstration sei „ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Formen des politischen Kampfes“, sie sei „immerhin eine wirklich neue Art des politischen Kampfes, die ganz offensichtliche, fruchtbare Resultate zeitigt“, bei solchen Demonstrationen „fühlen“ die Arbeiter, „daß sie als bestimmte politische Faktoren auftreten“, sie bekommen „das Gefühl ihrer Rechtsfähigkeit als politische Kämpfer der Partei“. Es verbreite sich „in weitesten Kreisen der Gesellschaft die Geltung der Partei als etwas ganz Bestimmtes, Geformtes, und vor allem als etwas, das das Recht hat, zu fordern“. Man gewöhne sich daran, die ganze Partei „als eine aktive, kämpfende, ihre Forderungen klar und bestimmt erhebende politische Kraft“ anzusehen. Man müsse sich „der neuen Kampfmethodem in größerem Maße bedienen — in den Dumas, in den Semstvos und auf allen möglichen öffentlichen Tagungen“. Im Einklang mit dem Verfasser dieser Betrachtungen spricht die Redaktion der „Iskra“ von der „Idee eines neuen Demonstrationstypus“ und erklärt, es sei „besonders in Jekaterinodar unseren Genossen gelungen, der ‚Gesellschaft‘ zu zeigen, daß sie als selbständige Partei handeln, als Partei, die sich fähig fühlt, Einfluß auf den Gang der Ereignisse auszuüben, und dies auch zu tun versucht“.

Soso. „Besonders in Jekaterinodar“ ... Ein neuer Schritt, eine neue Methode, eine neue Art, zum erstenmal von Angesicht zu Angesicht, ganz offensichtliche, fruchtbare Resultate, bestimmte politische Faktoren, das Gefühl der politischen Rechtsfähigkeit, das Recht, zu fordern... Etwas Altes, längst Vergangenes, fast Vergessenes wehte mir aus diesen überschwenglichen, tief sinnigen Betrachtungen entgegen. Aber ehe ich mir Rechenschaft gab, woher ich dieses Alte schon kenne, frage ich unwill-

kürlich: Mit Verlaub, meine Herren, aber warum „besonders in Jekaterinodar“, warum soll dies eigentlich eine neue Methode sein? warum protzen (man verzeihe mir den vulgären Ausdruck) denn nicht die Charkower oder die Odessaer mit der Neuheit der Methode, mit den offensichtlichen, fruchtbaren Resultaten, mit der ersten Begegnung von Angesicht zu Angesicht und mit dem Gefühl ihrer politischen Rechtsfähigkeit? Weshalb sollen die Resultate einer Versammlung von ein paar Dutzend Arbeitern mit Hunderten von Liberalen zwischen den vier Wänden eines Dumasaales offensichtlicher und fruchtbarer sein als die einer Versammlung von Tausenden Arbeitern nicht nur in den Gesellschaften der Ärzte oder Juristen, sondern auch *auf der Straße*? Wird denn wirklich durch die Straßenversammlungen (in Odessa und vorher in Rostow am Don und anderen Städten) das Gefühl der politischen Rechtsfähigkeit und das Recht, zu fordern, weniger entwickelt als durch die Versammlungen in den Dumas? ... Ich muß allerdings gestehen, daß es mir ziemlich peinlich ist, diese Wortverbindung (das Recht, zu *fordern*) niederzuschreiben, so herzlich dumm ist sie, aber so steht es nun einmal da.

In einem Fall bekommt übrigens diese Wortverbindung einen gewissen Sinn, und nicht nur sie allein, sondern auch die ganzen Betrachtungen der „Iskra“. In dem Fall nämlich, wenn wir die Existenz eines parlamentarischen Regimes voraussetzen, wenn wir uns für einen Augenblick vorstellen, die Duma von Jekaterinodar sei an die Ufer der Themse, neben die Westminsterabtei⁸, versetzt. Dann — diese Kleinigkeit vorausgesetzt — wird es klar, weshalb man zwischen den vier Wänden einer Abgeordnetenversammlung mehr „Recht, zu fordern“ haben kann als auf der Straße, weshalb der Kampf mit dem Premierminister, will sagen mit dem Bürgermeister von Jekaterinodar, fruchtbarer ist als der mit der Polizei, weshalb das Gefühl der politischen Rechtsfähigkeit und die Erkenntnis seiner selbst als bestimmte politische Faktoren gerade im Sitzungssaal der Deputiertenkammer oder im Saal der Semstwoversammlung erstarken. In der Tat, warum soll man nicht, in Ermangelung eines wirklichen Parlaments, ein bißchen Parlamentarismus spielen? Dabei kann man sich die „Begegnung von Angesicht zu Angesicht“ und die „neue Methode“ und alles andere so bildhaft vorstellen! Freilich wird diese Vorstellung unsere Aufmerksamkeit unvermeidlich von den Fragen des echten Massenkampfes für den Parlamentarismus ablenken, der statt des Parlamentarisspiels

notwendig ist, aber das sind Kleinigkeiten. Dafür haben wir ja so offensichtliche, so greifbare Resultate...

Greifbare Resultate... Dieser Ausdruck erinnerte mich sofort an Genossen Martynow und das „Rabotscheje Delo“⁹. Ohne auf diese Zeitschrift zurückzukommen, ist es unmöglich, die neue „Iskra“ richtig einzuschätzen. Die Betrachtungen, die aus Anlaß der Demonstration in Jekaterinodar über die „neue Kampfmethod“ angestellt werden, sind eine genaue Wiederholung der Betrachtungen, die die Redaktion in ihrem „Brief an die Parteiorganisationen“ anstellt (übrigens: ist es vernünftig, das Original unter Verschuß, geheimzuhalten und nur die Kopie zur allgemeinen Kenntnis zu bringen?). Die Betrachtungen der Redaktion wiederholen, aus anderem Anlaß, den üblichen Gedankengang des „Rabotscheje Delo“.

Worin bestand das Falsche und Schädliche der „Theorie“ des „Rabotscheje Delo“, man müsse dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen, der „Theorie“ vom ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung, von der Notwendigkeit, an die Regierung konkrete Forderungen zu stellen, die gewisse greifbare Resultate verheißen? Sind wir etwa nicht verpflichtet, dem ökonomischen Kampf einen politischen Charakter zu verleihen? Unbedingt sind wir dazu verpflichtet. Als aber das „Rabotscheje Delo“ die politischen Aufgaben der revolutionären Partei des Proletariats aus dem „ökonomischen“ (gewerkschaftlichen) Kampf ableitete, engte es in unverzeihlicher Weise die sozialdemokratische Auffassung ein und verflachte sie, degradierte es die Aufgaben des allseitigen politischen Kampfes des Proletariats.

Worin besteht das Falsche und Schädliche der Theorie der neuen „Iskra“ von der neuen Methode, von dem höheren Typus der Mobilisierung der proletarischen Kräfte, von dem neuen Weg zur Entwicklung des Gefühls der politischen Rechtsfähigkeit der Arbeiter, ihres „Rechts, zu fordern“ usw. usf.? Sollen wir etwa nicht Arbeiterdemonstrationen sowohl in den Semstwoversammlungen als auch aus Anlaß der Semstwoversammlungen organisieren? Unbedingt müssen wir das tun. Aber wir sollen nicht aus Anlaß guter proletarischer Demonstrationen intelligenzlerische Dummheiten reden. Wir würden nur das Bewußtsein des Proletariats demoralisieren, wir würden lediglich seine Aufmerksamkeit von

den schnell näherrückenden Aufgaben des wirklichen, ernstesten, offenen Kampfes ablenken, wenn wir gerade jene Züge unserer üblichen Demonstrationen als eine neue Methode preisen würden, die am allerwenigsten mit aktivem Kampf zu tun haben, von denen man nur zum Hohn behaupten kann, daß sie besonders fruchtbare Resultate zeitigen, daß sie das Gefühl der politischen Rechtsfähigkeit besonders stärken usw.

Sowohl unser alter Bekannter, Gen. Martynow, als auch die neue „Iskra“ kranken an dem gleichen intelligenzlerischen Gebrechen: sie glauben nicht an die Kräfte des Proletariats, an seine Fähigkeit zur Organisation im allgemeinen und zur Schaffung einer Parteiorganisation im besonderen, an seine Fähigkeit zum politischen Kampf. Dem „Rabotscheje Delo“ schien es, das Proletariat sei zu einem über die Grenzen des ökonomischen Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die Regierung hinausgehenden politischen Kampf noch nicht fähig oder werde dazu noch lange nicht fähig sein. Der neuen „Iskra“ scheint es, daß das Proletariat zum selbständigen revolutionären Auftreten noch nicht fähig sei oder noch lange nicht fähig sein werde, und deshalb nennt sie das Auftreten von ein paar Dutzend Arbeitern vor den Semstwoleuten eine neue Kampf-methode. Sowohl das alte „Rabotscheje Delo“ als auch die neue „Iskra“ schwören nur deshalb immer wieder auf die Worte Selbsttätigkeit und Selbsterziehung des Proletariats, weil sich hinter diesen Schwüren die intelligenzlerische Verkennung der wirklichen Kräfte und aktuellen Aufgaben des Proletariats verbirgt. Sowohl das alte „Rabotscheje Delo“ als auch die neue „Iskra“ reden völlig ungereimtes tiefgründiges Zeug über die besondere Bedeutung greifbarer, offensichtlicher Resultate und einer konkreten Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Proletariat, wodurch sie die Aufmerksamkeit des Proletariats auf das Parlamentarismusspielen hinlenken und von der immer näherrückenden Aufgabe des direkten Ansturms gegen die Selbstherrschaft an der Spitze eines Volksaufstands ablenken. Indem sowohl das alte „Rabotscheje Delo“ als auch die neue „Iskra“ eine *Revision* der alten organisatorischen und taktischen Grundsätze der revolutionären Sozialdemokratie vornehmen und geschäftig nach neuen Schlagwörtern und „neuen Methoden“ suchen, zerren sie in Wirklichkeit die Partei zurück, stellen sie überholte, ja geradezu reaktionäre Lösungen auf.

Wir haben genug von dieser neuen Revision, die zum alten Plunder

zurückführt! Es ist Zeit, vorwärtszugehen und aufzuhören, die Desorganisation mit der sattsam bekannten Theorie von der Organisation als Prozeß zu bemänteln, es ist Zeit, auch bei den Arbeiterdemonstrationen jene Züge hervorzuheben und in den Vordergrund zu rücken, die sie dem wirklichen offenen Kampf um die Freiheit immer näherbringen!

„*Wperjod*“ Nr. 1, 4. Januar 1905
(22. Dezember 1904).

Nach dem Text des „Wperjod“.

ES IST ZEIT, SCHLUSS ZU MACHEN

Die Meinungen aller Augenzeugen stimmen darin überein, daß die Demonstration vom 28. November mißlungen ist, weil die Arbeiter ihr fast gänzlich ferngeblieben sind. Aber warum sind denn die Arbeiter nicht zur Demonstration erschienen? Warum sorgte das Petersburger Komitee, auf dessen Ruf die studierende Jugend zur Demonstration kam, nicht für die Teilnahme der Arbeiter und brachte so das von ihm selbst eingeleitete Unternehmen zum Scheitern? Die Antwort auf diese Fragen gibt folgender Brief eines Arbeiters, eines Mitglieds des Komitees, dessen wichtigste Stellen wir hier veröffentlichen:

„Die Stimmung war (Anfang November) gehoben und drängte danach, sich nach außen kundzutun. Das Mittel hierzu sollte eine Demonstration sein. Und wirklich tauchte in dieser Zeit ein Flugblatt auf, das im Namen der ‚Sozialdemokratischen Studentenorganisation‘ zu einer Demonstration am 14. November aufrief. Als das Komitee davon erfuhr, wandte es sich an diese Organisation mit dem Vorschlag, die Demonstration auf Ende November zu verschieben, um die Möglichkeit zu haben, gemeinsam mit dem Petersburger Proletariat aufzutreten. Die Studenten willigten ein... Die klassenbewußten Arbeiter bramten darauf, zu demonstrieren. Viele Arbeiter waren am 14. November auf dem Newski-Prospekt, weil sie annahmen, die Studentendemonstration würde stattfinden. Als man ihnen sagte, daß sie ohne einen Aufruf des Komitees nicht hätten kommen dürfen, gaben sie das zwar zu, antworteten aber, sie hätten ‚geglaubt, irgend etwas werde da doch los sein‘. Jedenfalls charakterisiert diese Tatsache die Stimmung der klassenbewußten Arbeiter.

Am 18. November wurde in der Sitzung des Komitees beschlossen, die Demonstration am 28. zu veranstalten. Sofort wurde eine Kommission gewählt, die sich mit der Organisierung der Demonstration und der Ausarbeitung eines

Aktionsplans befassen sollte: es wurde beschlossen, zwei vorbereitende Agitationsflugblätter und einen Aufruf zur Demonstration herauszugeben. Es begann eine emsige Arbeit. Der Schreiber dieser Zeilen hatte Gelegenheit, persönlich eine Reihe Versammlungen von Arbeitern, Vertretern der Zirkel, abzuhalten, in denen über die Rolle der Arbeiterklasse, über Zweck und Bedeutung der Demonstration im gegenwärtigen Augenblick gesprochen wurde. Man diskutierte über die Frage, ob bewaffnete oder unbewaffnete Demonstration, und in allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die dem Beschluß des Komitees zustimmten. Die Arbeiter forderten möglichst viele Flugblätter zur Verteilung: „Ihr könnt uns ganze Fuhren davon geben“, sagten sie.

Für den 28. wurde also eine Demonstration vorbereitet, die großartig zu werden versprach. Aber unsere Petersburger „Minderheit“ mußte auch hier wieder genauso wie die „gesamtrussische“ und die ausländische „Minderheit“ eine rein negative Rolle spielen, die Rolle des Desorganisators. Um diese Rolle recht deutlich zu veranschaulichen, erlaube ich mir, einige Worte über die hiesige „Minderheit“ und ihre Tätigkeit zu sagen. Vor und auch nach der Demonstration bestand das Komitee vorwiegend aus Anhängern der Mehrheit des II. Parteitags. Verhaftungen und die Meinungsverschiedenheiten, die die Partei zerfleischen, haben die Tätigkeit der hiesigen sozialdemokratischen Organisationen in vieler Hinsicht geschwächt. In ihrem Kampf gegen die „Mehrheit“ ist die hiesige „Minderheit“ bestrebt, das Lokalkomitee zwecks Förderung ihrer Fraktionsinteressen zu diskreditieren. Die Vertreter der Bezirke, die Anhänger der „Minderheit“ sind, lassen in ihre Bezirke keine Genossen von der „Mehrheit“ hinein und geben dem Komitee keine Verbindungsadressen. Die Folge ist eine schreckliche Desorganisation und Schwächung der Arbeitsfähigkeit des betreffenden Bezirks. Da ist zum Beispiel folgender Fall. Während der letzten 5–6 Monate war der Vertreter eines gewissen Bezirks ein „Menschewik“. Die Isolierung von der allgemeinen Arbeit hat diesen Bezirk schrecklich geschwächt. Anstatt der früheren 15–20 Zirkel zählt er jetzt kaum 4–5. Die Arbeiter sind mit dieser Lage der Dinge unzufrieden, und ihr Vertreter bemüht sich, diese Unzufriedenheit gegen die „Mehrheit“ auszunutzen, indem er auf Grund dieser Lage die Arbeiter gegen das Komitee aufbringt. Die „Minderheit“ ist bemüht, jede Schwäche der hiesigen Sozialdemokratie gegen die „Mehrheit“ auszunutzen. Ob diese Bemühungen erfolgreich sind oder nicht, ist eine andere Frage, aber die Tatsache bleibt bestehen.

Drei Tage vor der Demonstration wird auf Initiative der „Minderheit“ eine Sitzung des Komitees einberufen. Aus verschiedenen Gründen können drei Komiteemitglieder der „Mehrheit“ von der Sitzung nicht benachrichtigt werden und sind nicht anwesend. Die „Minderheit“ stellt den Antrag, die Demonstration

abzusagen — andernfalls droht sie, der Demonstration entgegenzuwirken und kein einziges Flugblatt zu verbreiten —, und da drei Genossen fehlen, die sich für die Demonstration eingesetzt hätten, geht dieser Antrag durch. Es wird beschlossen, die Flugblätter nicht zu verbreiten und die Aufrufe zu vernichten.

Die breite Masse sowohl der Gesellschaft als auch der Arbeiter rüstet zur Demonstration und wartet nur noch auf den Aufruf des Komitees. Gerüchte tauchen auf, daß die Demonstration abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Viele äußern ihre Unzufriedenheit über diese Absage; die Genossen vom technischen Apparat protestieren und lehnen es ab, weiterhin für das Komitee zu arbeiten.

Am Freitag wird eine Sitzung des Komitees einberufen, und die drei Mitglieder, die in der vorigen Sitzung gefehlt haben, protestieren gegen die unrechtmäßige Änderung des Beschlusses über die Demonstration; im Hinblick darauf, daß sich sowieso, auch ohne Flugblätter, eine Menge Menschen auf dem Newski-Prospekt einfinden werde, dringen sie darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, damit auch die Arbeiter an der Demonstration teilnehmen. Der Vertreter der ‚Minderheit‘ widersetzt sich mit der Begründung, daß *„nicht alle Arbeiter reif genug sind, um bewußt an der Demonstration teilzunehmen und die vom Komitee aufgestellten Forderungen zu vertreten“*. Über die Frage wird abgestimmt, und mit Stimmenmehrheit, gegen eine Stimme, wird die Teilnahme an der Demonstration beschlossen. Aber da stellt sich heraus, daß ein großer Teil — mehr als 12000 — der fertiggestellten Aufrufe verbrannt worden ist. Außerdem ist eine weite Verbreitung dieser Aufrufe in den Fabriken unmöglich geworden, weil die Flugblätter nirgends rechtzeitig bis Sonnabend morgen zugeestellt werden können und die Fabriken sonnabends zwischen 2 und 3 Uhr Feierabend machen. Die Verbreitung der Flugblätter wäre daher nur in einem engen Kreis von Arbeitern, unter Bekannten, keinesfalls aber unter der breiten Masse möglich gewesen. Unter solchen Umständen war die Demonstration von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Und sie ist auch gescheitert...

Jetzt kann unsere ‚Minderheit‘ triumphieren. Sie hat gesiegt! Eine neue Tatsache, die das Komitee (lies: ‚die Mehrheit‘) in Mißkredit bringt. Wir wollen jedoch hoffen, daß sich der Leser zu den Ursachen, die diesen Ausgang der Demonstration hervorgerufen haben, etwas ernster verhalten und zusammen mit uns sagen wird: *„Ja, jetzt sind bei uns in der Partei Zustände eingerissen, bei denen eine erfolgreiche Arbeit unmöglich ist. Man muß so schnell wie möglich mit der Parteikrise Schluß machen, man muß fest die Reihen schließen. Andernfalls droht uns völlige Schwächung, und wir werden, ohne den gegenwärtigen günstigen Zeitpunkt genützt zu haben, bei den großen Ereignissen ins Hintertreffen geraten.“*

Der desorganisatorische Streich der Petersburger „Minderheit“, die aus kleinlichen Zirkelinteressen eine proletarische Demonstration zum Scheitern brachte, ist der letzte Tropfen, der das Maß der Geduld der Partei zum Überlaufen bringen muß. Daß unsere Partei ernsthaft krank ist und im letzten Jahr gut die Hälfte ihres Einflusses eingebüßt hat, weiß alle Welt. Und wir wenden uns jetzt an diejenigen, die es nicht über sich bringen, angesichts dieser ernsten Krankheit zu spotten oder schadenfroh zu grinsen, die angesichts der verwünschten Fragen der Parteikrise nicht seufzen und stöhnen, nicht jammern und greinen, sondern es für ihre Pflicht halten, sich über die Ursachen der Krise vollkommen klarzuwerden — sei es auch um den Preis ungeheurer Anstrengungen, aber sich klarzuwerden — und das Übel mit der Wurzel auszurotten. Diesen Leuten, *und nur ihnen*, wollen wir die Geschichte der Krise ins Gedächtnis rufen: ohne das Studium dieser Geschichte ist auch die jetzige Spaltung, die die „Menschewiki“ nun doch erreicht haben, nicht zu begreifen.

Erstes Stadium der Krise. Auf dem II. Parteitag unserer Partei siegen trotz des Widerstands der ganzen und halben „Rabotscheje-Delo“-Leute die Prinzipien der „Iskra“-Richtung. Nach dem Parteitag beginnt die Minderheit in der Partei zu wühlen, um in die Redaktion Personen hineinzubringen, die der Parteitag abgelehnt hatte. *Drei Monate lang*, von Ende August bis Ende November, werden Desorganisation, Boykott, die Vorbereitung der Spaltung betrieben.

Zweites Stadium. Plechanow gibt den nach Kooptierung lechzenden Gentlemen nach, wobei er in dem Artikel „Was man nicht tun darf“ (Nr. 52) schwarz auf weiß und in aller Öffentlichkeit erklärt, daß er den Revisionisten und anarchistischen Individualisten ein persönliches Zugeständnis mache, um größeres Übel zu verhüten. Die Gentlemen machen von dem Zugeständnis Gebrauch, um ihre Spaltertätigkeit in der Partei fortzusetzen. Nachdem sie in die Redaktion des Zentralorgans und in den Rat der Partei hineingekommen sind, bilden sie eine *geheime Organisation* zu dem Zweck, ihre Leute in das Zentralkomitee zu bringen und den III. Parteitag zu vereiteln. Das ist eine unerhörte und unglaubliche Tatsache, aber sie ist dokumentarisch bewiesen durch den Brief des neuen ZK über die Abmachungen mit dieser edlen Kumpanei.

Drittes Stadium. Drei Mitglieder des ZK gehen auf die Seite der

Verschwörer gegen die Partei über, *kooptieren drei Prätendenten von der Minderheit* (wobei sie den Komitees schriftlich das Gegenteil versichern) und *vereiteln* mit Hilfe des Rats der Partei *endgültig den III. Parteitag*, für den sich die überwiegende Mehrheit aller Komitees, die überhaupt zur Krise Stellung nahmen, ausgesprochen hat. In den Broschüren Orłowski¹⁰ („Der Rat gegen die Partei“) und Lenins („Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei“*) sind diese Tatsachen gleichfalls dokumentarisch bewiesen. Die Mehrheit der Parteifunktionäre in Rußland kennt diese Tatsachen nicht, aber sie zu kennen ist jeder verpflichtet, für den die Parteimitgliedschaft nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

Viertes Stadium. Die Parteiarbeiter in Rußland schließen sich zusammen, um dem Zirkel im Ausland, der unsere Partei in Schande gebracht hat, entgegenzutreten. Die Anhänger und die *Komitees der Mehrheit organisieren eine Reihe inoffizieller Konferenzen* und wählen ihre Bevollmächtigten. Das vollkommen in den Händen der kooptierten Prätendenten befindliche neue ZK *macht es sich zur Aufgabe, alle Lokalkomitees der Mehrheit zu desorganisieren und zu spalten*. Die Genossen mögen sich in dieser Beziehung keine Illusionen machen: ein anderes Ziel hat das ZK nicht. Die Kreaturen der Auslandsclique sind dabei, überall und allerorts (Odessa, Baku, Jekaterinoslaw, Moskau, Woronesh usw.) neue Komitees vorzubereiten und zusammenzustellen. Der Auslandszirkel bereitet seinen, einen zusammengeschobenen Parteitag vor. Nachdem die Geheimorganisation die Zentralstellen erledigt hat, wendet sie sich gegen die Lokalkomitees.

Der Desorganisatorenreich der Petersburger Menschewiki ist keine Zufälligkeit, sondern ein wohlüberlegter Schritt zur Spaltung des Komitees, ein Schritt, der mit Hilfe der in das ZK kooptierten „Menschewiki“ gemacht wurde. Wir wiederholen nochmals: Die Mehrheit der Parteiarbeiter in Rußland kennt diese Tatsachen nicht. Auf das nachdrücklichste warnen wir sie und sagen ihnen: Alle diese Tatsachen muß jeder kennen, der gegen die Desorganisation und für die Partei kämpfen will, der sich nicht ganz und gar übertölpeln lassen möchte.

Wir haben alle möglichen und eine Reihe geradezu unmöglicher Zugeständnisse gemacht, um mit der „Minderheit“ in *einer* Partei weiterzu-

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 537–547. *Die Red.*

arbeiten. Jetzt, da der III. Parteitag vereitelt ist und die Lokalkomitees desorganisiert werden, ist jede Hoffnung darauf zunichte gemacht. Zum Unterschied von den „Menschewiki“, die insgeheim, hinter dem Rücken der Partei, handeln, müssen wir offen erklären und durch die Tat beweisen, daß die Partei mit diesen Herrschaften alle und jegliche Beziehungen abbricht.

„Wperjod“ Nr. 1, 4. Januar 1905
(22. Dezember 1904).

Nach dem Text des „Wperjod“.

KONFERENZEN DER KOMITEES¹¹

Unlängst fanden drei Konferenzen von Lokalkomitees unserer Partei statt: 1. die Konferenz der vier kaukasischen Komitees, 2. die Konferenz dreier Komitees des Südens (Odessa, Jekaterinoslaw und Nikolajew) und 3. die Konferenz von sechs Komitees des Nordens (Petersburg, Moskau, Twer, Riga, des Nordkomitees und des Komitees Nishni-Nowgorod). Wir hoffen, über diese Konferenzen bald ausführlich berichten zu können.¹² Heute wollen wir uns auf die Mitteilung beschränken, daß sich alle drei Konferenzen kategorisch für die unverzügliche Einberufung des III. Parteitags und für die Unterstützung der Publizistengruppe der „Mehrheit“ ausgesprochen haben.

*„Wperjod“ Nr. 1, 4. Januar 1905
(22. Dezember 1904).*

Nach dem Text des „Wperjod“.

EINE NEUE RUSSISCHE ANLEIHE

Unter dieser Überschrift bringt das Blatt der großen deutschen Börsenkönige („Frankfurter Zeitung“) folgende aufschlußreiche Mitteilung:

„Seit mehreren Wochen schon sind immer wieder von neuem Angaben aufgetaucht, die von dem Abschluß einer neuen großen russischen Staatsanleihe wissen wollten; alle diese Angaben wurden stets prompt dementiert, bis jetzt offiziell zugestanden wird, daß in den letzten Tagen“ (geschrieben am 29. Dezember n. St.) „in Petersburg Anleihe-Verhandlungen stattgefunden haben. Man wird wohl nicht fehlgehen mit der Annahme, daß diesen offiziellen Verhandlungen bereits vor einiger Zeit vorläufige Anknüpfungen vorangegangen sind, aus denen damals die obigen Gerüchte entstanden. Soviel darf man als sicher betrachten, daß an den Verhandlungen diesmal deutsche Finanziers beteiligt sind und die Absicht besteht, die Anleihe auf den deutschen Markt zu bringen. Bisher hat Rußland seit Beginn des Krieges sich auf drei verschiedene Arten Geld verschafft: zunächst rund Rbl. 300 Millionen durch Inanspruchnahme des freien Bestandes der Reichsrente, erhöht durch die Kürzung bereits genehmigter Ausgaben. Sodann folgte die Begebung von Frs. 800 Mill.“ (etwa 300 Millionen Rubel) „an ein französisches Konsortium. Im August appellierte Rußland sodann an den heimischen Markt, indem Rbl. 150 Mill. Renteibilletts zur Ausgabe gebracht wurden. Der Krieg verschlingt von Monat zu Monat wachsende Summen, und Rußland muß für weitere Geldbeschaffung Vorsorge treffen. Das soll nun wieder durch eine größere Auslands-Anleihe geschehen. Die russischen Staatsfonds zeigen gerade in der letzten Zeit eine bedenkliche Neigung zur Schwäche. Wie sich das deutsche Publikum gegenüber einer neuen russischen Geldbeschaffung ver-

halten wird, darüber liegt kein Anhalt vor. Das Kriegsglück ist bisher den Japanern treu gewesen. Während man sich bereits daran gewöhnt hatte, russische Staatsfonds als reines Anlagepapier zu betrachten, erhalten sie jetzt wieder einen mehr oder weniger spekulativen Beigeschmack, der noch verstärkt wird durch den Umstand, daß das kürzliche Manifest des Zaren auch auf die inneren Zustände in Rußland bezeichnende Schlaglichter wirft. Alles wird darauf ankommen, unter welchen Bedingungen der Abschluß der neuen Anleihe erfolgt, und ob sie dem deutschen Publikum derart angeboten werden kann, daß in Verzinsung und Kurs ein ausreichendes Äquivalent für die verringerte Qualität der russischen Anleihe gesehen werden kann." — — —

Eine neue Warnung der europäischen Bourgeoisie an den russischen Absolutismus! Sein Kredit sinkt infolge der militärischen Niederlagen und der wachsenden Unzufriedenheit im Lande. Die europäischen Bankiers beginnen schon, Geschäfte mit der Selbstherrschaft als unsolide Spekulation zu betrachten, und was die „Qualität“ der russischen Anleihen, das heißt ihre Sicherheit, betrifft, so wird offen festgestellt, daß sie sich verringert.

Und welche Unsummen von Geld wird dem Volk dieser verbrecherische Krieg noch kosten, der zweifellos nicht weniger als *drei Millionen Rubel täglich* verschlingt!

Geschrieben nach dem 16. (29.) Dezember 1904.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

AN A. A. BOGDANOW

10. Januar 1905

Lieber Freund! Endlich haben wir mit der Herausgabe des „Wperjod“ begonnen, und ich möchte mich mit Ihnen etwas ausführlicher über ihn unterhalten. Übermorgen erscheint Nr. 2. Wir wollen ihn wöchentlich herausbringen. Die publizistischen Kräfte reichen aus. Die Stimmung ist ausgezeichnet und die Schaffenskraft bei allen groß (ausgenommen vielleicht Wassili Wassiljewitsch¹³, der ein bißchen Trübsal bläst). Wir sind überzeugt, daß die Sache klappen wird, wenn wir nur nicht bankrott gehen. Pro Nummer sind 400 frs (150 Rubel) notwendig, aber wir haben nur 1200 frs. In den ersten Monaten brauchen wir ver-teufelt viel Hilfe, denn wenn die Herausgabe nicht regelmäßig erfolgt, dann wird das für die ganze Position der Mehrheit ein schwerer, kaum wiedergutzumachender Schlag sein. Vergessen Sie das nicht und treiben Sie (*besonders bei Gorki*) wenigstens etwas auf.

Weiter. Besonders dringlich ist es jetzt, Rachmetow¹⁴ zu schreiben, daß er sich mit aller Kraft auf die Organisierung der publizistischen Mitarbeit in Rußland werfen muß. Der Erfolg der Wochenzeitung hängt in der Hauptsache von der tatkräftigen Mitarbeit russischer Publizisten und Sozialdemokraten ab. Schreiben Sie Rachmetow, daß er dafür *sowohl Finn und Kollontai* (dringend benötigt werden Artikel über Finnland) *als auch Rumjanzew und Andrej Sokolow* mobilisiert, vor allem und besonders den letzteren. Aus langer Erfahrung weiß ich, daß die Russen in solchen Dingen ver-teufelt, unverzeihlich, unglaublich schwerfällig sind. Deshalb muß man 1. durch das eigene Beispiel wirken; 2. ohne sich auf Versprechungen zu verlassen, unbedingt fertige Sachen

beschaffen. Soll Rachmetow die Artikel und Korrespondenzen unbedingt selbst in Auftrag geben, selbst in Empfang nehmen, selbst abschieken und nicht lockerlassen, bis er sie hat. (Ich nenne noch *Suworow und Lunz*, auch Rachmetow wird natürlich noch viele kennen.) Wir brauchen verteuftelt dringend 1. Artikel über Fragen des russischen Lebens, 6000 bis 18 000 Buchstaben; 2. Notizen über die gleichen Themen, 2000 bis 6000 Buchstaben; 3. Korrespondenzen über alles und von verschiedenstem Umfang; 4. Auszüge interessanter Stellen und Zitate aus russischen Lokal- und russischen Fachpublikationen; 5. Notizen über Artikel in russischen Zeitungen und Zeitschriften. Die letzten drei Punkte liegen durchaus im Bereich dessen, was die Arbeiter- und insbesondere die Studentenjugend leisten kann, und deshalb muß man dieser Sache Beachtung schenken, muß diese Arbeit propagieren, muß die Leute in Bewegung bringen und aufrütteln; man muß ihnen an konkreten Beispielen zeigen, was gebraucht wird und wie man lernen muß, jede Kleinigkeit auszunutzen, man muß ihnen klarmachen, daß das Ausland verteuftelt dringend Rohmaterial aus Rußland braucht (literarisch bearbeiten und publizistisch ausnutzen werden wir es schon selbst!), daß es erzdumm wäre, sich literarischer Mängel wegen zu genieren, daß man sich daran gewöhnen muß, mit der Zeitschrift im Ausland ohne alle Scheu zu sprechen und ungezwungen zu korrespondieren, wenn man will, daß es die eigene Zeitschrift sein soll. Ich würde es in dieser Hinsicht für direkt notwendig, für unbedingt notwendig halten, daß *jedem* Studentenzirkel, *jeder* Arbeitergruppe eine Adresse des „Wperjod“ gegeben wird (eine Auslandsadresse, wir haben jetzt viele, und werden noch mehr haben). Glauben Sie mir, bei unseren Komiteeleuten besteht ein idiotisches Vorurteil dagegen, daß der Jugend an der Peripherie großzügig Adressen mitgeteilt werden. Kämpfen Sie mit allen Kräften gegen dieses Vorurteil, geben Sie Adressen aus und fordern Sie den *direkten Verkehr* mit der Redaktion des „Wperjod“. Sonst wird aus dem Organ nichts werden. Furchtbar nötig sind Arbeiterkorrespondenzen, aber wir erhalten nur wenige. Es ist notwendig, daß Dutzende und Hunderte Arbeiter direkt und unmittelbar an den „Wperjod“ schreiben.

Man muß ferner anstreben, daß die Arbeiter direkt die eigene Adresse mitteilen, damit ihnen der „Wperjod“ in Briefumschlägen zugeschickt werden kann. Die Arbeiter werden keine Angst haben. Die Polizei ist

nicht imstande, auch nur den zehnten Teil der Briefe abzufangen. Der geringe Umfang (4 Seiten) und das häufige Erscheinen des „Wperjod“ machen für uns den Versand in Briefumschlägen zur wichtigsten Frage der Zeitung. Man muß sich direkt das Ziel setzen, daß möglichst viele Arbeiter den „Wperjod“ abonnieren und sich daran gewöhnen, das Geld (ein Rubel ist ja nicht Gott weiß was!) und die eigene Adresse direkt ins Ausland zu schicken. Wenn man die Sache geschickt anpackt, wird man wahrhaftig die Verbreitung illegaler Literatur in Rußland revolutionieren können. Vergessen Sie nicht, daß ein Literaturtransport bestenfalls nach vier Monaten ankommt. Und das bei einer Wochenzeitung! Aber von den Briefen werden sicherlich 50 bis 75 Prozent so schnell eintreffen wie die gewöhnliche Post.

Dann die Publizisten. Sie müssen direkt verpflichtet werden, pünktlich jede Woche oder alle zwei Wochen zu schreiben: sonst — so sagt ihnen — werden wir euch nicht mehr als anständige Menschen betrachten und brechen alle Verbindungen ab. Die übliche Ausrede: Wir wissen nicht, worüber wir schreiben sollen, wir fürchten, die Arbeit wird nutzlos sein, wahrscheinlich „haben sie das schon“. Diesen albernem, idiotischen Ausreden muß Rachmetow selbst, persönlich immer wieder entgegentreten. Die wichtigste Thematik sind die inneren Fragen Rußlands (das, was in den literarisch-publizistischen Zeitschriften zur innerpolitischen Rundschau und zur Chronik des öffentlichen Lebens gehört) sowie kleinere Artikel und Notizen über Veröffentlichungen der russischen Fachliteratur (Statistik, Militärwesen, Medizin, Gefängnisse, Geistlichkeit usw. usf.). Diese zwei Rubriken brauchen wir immer. Diese beiden Rubriken können nur von Menschen in Rußland, ausschließlich von Menschen in Rußland gut versorgt werden. *Der Schwerpunkt ist hier: frische Tatsachen, frische Eindrücke, dem Ausland nicht zugängliches Fachmaterial, und nicht Betrachtungen, nicht die Einschätzung vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.* Deshalb werden solche Artikel und Notizen niemals umsonst geschrieben sein, wir werden sie immer verwenden. Rachmetow hat jetzt direkt die Pflicht, diese Sache in Gang zu bringen und uns wenigstens fünf gute, taugliche Mitarbeiter — keine Faulenzer und Drückeberger — zu beschaffen, von denen jeder einzelne unmittelbar mit der Redaktion in Verbindung stehen wird. Nur bei direktem Verkehr mit dem Mitarbeiter kann man sich über alle Einzelheiten der Arbeit richtig einigen. Gewinnen

muß man die Leute damit, daß sie sonst nirgends so schnell „gedruckt“ werden können wie in einer Wochenzeitung.

Zum Schluß ein paar Worte über die gegenwärtige Organisationslosung. Nach dem Artikel „Es ist Zeit, Schluß zu machen“ („Wperjod“ Nr. 1)* sollte diese Losung klar sein; aber die Leute sind so schwerfällig, daß Rachmetow auch hier mit allen Kräften erklären, vorkauen und in die Köpfe einhämmern muß. Jetzt ist die *Spaltung vollständig*, denn wir haben alle Mittel erschöpft. Den *dritten Parteitag* gegen den Willen des ZK und des Rats und *ohne sie*. Vollständigen Bruch mit dem Zentralkomitee. Offen erklären, daß wir ein eigenes Büro haben. Überall vollständige Ausschaltung der Menschewiki und der Neuis Kristen. Wir haben alles getan, um miteinander auszukommen, und müssen jetzt offen und direkt erklären, daß wir gezwungen sind, getrennt zu arbeiten. Jegliche Vertrauensseligkeit und Naivität können nur gewaltigen Schaden anrichten.

Wir bitten Sie inständig, so schnell wie möglich eine offene und deutliche Erklärung über das Büro¹⁵ zu veröffentlichen. Notwendig ist: 1. völlige Übereinstimmung mit „Es ist Zeit, Schluß zu machen“ zum Ausdruck zu bringen und den Appell des Artikels zu wiederholen; 2. zu erklären, daß der „Wperjod“ das Organ der Mehrzahl der Komitees ist und daß das Büro mit dem „Wperjod“ zusammenarbeitet und mit ihm völlig übereinstimmt; 3. daß das ZK und der Rat der Partei aufs schändlichste die Partei getäuscht und den Parteitag hintertrieben haben; 4. daß es jetzt keinen anderen Ausweg gibt als einen Parteitag der Komitees selber, *ohne* das ZK und den Rat; 5. daß das Büro es übernimmt, die positive Arbeit der Komitees zu unterstützen; 6. daß das Zentralorgan durch seine Schwankungen und Lügen jedes Vertrauen eingebüßt hat.

Glauben Sie mir, daß wir Semljatschka hochschätzen, aber sie ist Papachen¹⁶ gegenüber im Unrecht, und von Euch hängt es ab, ihre Fehler zu korrigieren. Schnell, möglichst schnell auf der ganzen Linie mit dem ZK brechen und sofort die Erklärung über das Büro veröffentlichen, mitteilen, daß es das Organisationskomitee ist und den III. Parteitag einberuft.

Zuerst veröffentlicht 1925 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 3 (38).

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 21–26. Die Red.

DER FALL VON PORT ARTHUR¹⁷

„Port Arthur hat kapituliert.

Dieses Ereignis ist eines der größten Ereignisse in der modernen Geschichte. Diese vier Worte, die der Telegraf gestern in alle Teile der zivilisierten Welt trug, rufen einen niederschmetternden Eindruck hervor, den Eindruck einer ungeheuren und furchtbaren Katastrophe, eines Unglücks, das sich in Worten schwer ausdrücken läßt. Die moralische Stärke eines mächtigen Reiches bricht zusammen; das Prestige einer jungen Rasse, die sich noch gar nicht richtig entfalten konnte, schwindet. Einem ganzen politischen System wird das Urteil gesprochen, eine lange Reihe von Ambitionen findet ihr Ende, machtvolle Anstrengungen fallen in sich zusammen. Gewiß hatte man den Fall von Port Arthur schon lange vorausgesehen, schon lange hatte man sich mit Worten beruhigt, mit fertigen Phrasen getröstet. Aber die greifbare, brutale Tatsache zerschlägt die ganze konventionelle Lüge. Jetzt ist die Bedeutung des erfolgten Zusammenbruchs nicht mehr abzuschwächen. Zum erstenmal ist die alte Welt durch eine nicht wiedergutzumachende Niederlage gedemütigt worden, die ihr von der so geheimnisvollen und anscheinend knabenhaft jungen, seit gestern erst zur Zivilisation berufenen neuen Welt beigebracht wurde.“

So schrieb unter dem unmittelbaren Eindruck des Ereignisses eine solide europäische bürgerliche Zeitung. Und man muß zugeben, daß es ihr nicht nur gelungen ist, die Stimmung der ganzen europäischen Bourgeoisie plastisch auszudrücken. Aus den Worten dieser Zeitung spricht der sichere Klasseninstinkt der Bourgeoisie der alten Welt, die beunruhigt ist durch die Erfolge einer neuen bürgerlichen Welt, die alarmiert ist durch den Zu-

sammenbruch der russischen Militärmacht, welche lange als das sicherste Bollwerk der europäischen Reaktion galt. Kein Wunder, daß sich sogar die am Krieg nicht beteiligte europäische Bourgeoisie gedemütigt und bedrückt fühlt. Sie war so sehr gewohnt, die moralische Stärke Rußlands mit der militärischen Stärke des europäischen Gendarmen zu identifizieren. Für sie war das Prestige der jungen russischen Rasse untrennbar mit dem Prestige einer unerschütterlich starken, die heutige „Ordnung“ zuverlässig beschützenden Zarengewalt verbunden. Kein Wunder, daß der gesamten europäischen Bourgeoisie die Katastrophe des Rußlands der Regierenden und Kommandierenden „furchtbar“ erscheint: diese Katastrophe bedeutet eine ungeheure Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung der ganzen Welt, eine Beschleunigung der Geschichte, und die Bourgeoisie weiß sehr gut, nur allzu gut, weiß aus bitterer Erfahrung, daß eine solche Beschleunigung die Beschleunigung der sozialen Revolution des Proletariats bedeutet. Die westeuropäische Bourgeoisie hatte sich in der Atmosphäre der langjährigen Stille, unter den Fittichen des „mächtigen Reiches“, so ruhig gefühlt, und da wagt es plötzlich eine „geheimnisvolle, knabenhaft junge“ Macht, diese Stille zu zerreißen und diese Stützen zu zerstören.

Ja, die europäische Bourgeoisie hat allen Grund, erschrocken zu sein. Das Proletariat hat allen Grund, sich zu freuen. Die Katastrophe unseres ärgsten Feindes bedeutet nicht nur das Herannahen der russischen Freiheit. Sie kündigt auch einen neuen revolutionären Aufschwung des europäischen Proletariats an.

Aber warum und in welchem Maße ist der Fall von Port Arthur tatsächlich eine historische Katastrophe?

Vor allem springt in die Augen, welche Bedeutung dieses Ereignis für den Fortgang des Krieges hat. Das wichtigste Ziel des Krieges ist für die Japaner erreicht. Das fortschrittliche, das fortgeschrittene Asien hat dem rückständigen und reaktionären Europa einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzt. Vor zehn Jahren war dieses reaktionäre Europa, mit Rußland an der Spitze, über die Niederwerfung Chinas durch das junge Japan beunruhigt und hatte sich zusammengetan, um Japan die besten Früchte seines Sieges zu entreißen. Europa schützte die traditionellen Beziehungen und Privilegien der alten Welt, ihr Vorrecht, ihr durch Jahrhunderte geheiligtes altes Recht auf die Ausbeutung der asiatischen Völ-

ker. Die Rückeroberung Port Arthurs durch Japan ist ein Schlag gegen das ganze reaktionäre Europa. Sechs Jahre war Rußland im Besitz Port Arthurs, es wendete Hunderte und aber Hunderte Millionen Rubel auf für strategische Eisenbahnen, für die Anlage von Häfen, für den Bau neuer Städte, für die Verstärkung der Festung, die alle von Rußland bestochenen und vor Rußland kriechenden europäischen Zeitungen als uneinnehmbar gepriesen hatten. Militärschriftsteller sagen, Port Arthur sei sechsmal so stark wie Sewastopol gewesen. Und siehe da, das kleine, bisher von allen verachtete Japan erobert in acht Monaten diese Feste, während sich England und Frankreich gemeinsam ein ganzes Jahr abgemüht hatten, um Sewastopol zu nehmen. Der militärische Schlag ist nicht wiedergutzumachen. Die Frage der Vorherrschaft auf dem Meer — die Haupt- und Grundfrage des gegenwärtigen Krieges — ist entschieden. Die russische Pazifikflotte, die zu Beginn des Krieges mindestens ebenso stark, wenn nicht stärker als die japanische war, ist endgültig vernichtet. Die Operationsbasis der Flotte wurde genommen, und dem Geschwader Roshestwenskis bleibt nichts übrig, als nach nutzloser Verschwendung weiterer Millionen, nach dem großen Sieg der mächtigen Panzerschiffe über englische Fischerboote, schimpflich umzukehren. Allein der Materialverlust lediglich der russischen Flotte wird auf dreihundert Millionen Rubel geschätzt. Noch schwerer wiegt aber der Verlust von etwa zehntausend Mann der besten Schiffsbesatzungen und der Verlust einer ganzen Landarmee. Viele europäische Zeitungen versuchen jetzt, die Bedeutung dieser Verluste abzuschwächen, sie ereifern sich dabei bis zur Lächerlichkeit und versteigen sich zu der Behauptung, Kuropatkin sei jetzt die Sorge um Port Arthur „los geworden“, sei von ihr „befreit“! Das russische Heer ist auch befreit — von einer ganzen Armee. Nach den letzten englischen Angaben beträgt die Zahl der Gefangenen 48000 Mann, und wieviel Tausende sind noch in den Kämpfen bei Kintschau und vor der Festung selbst zugrunde gegangen! Die Japaner gelangen endgültig in den Besitz von ganz Liautung, gewinnen einen Stützpunkt von unermesslicher Bedeutung, der es ihnen ermöglicht, Korea, China und die Mandchurei unter Druck zu setzen, sie bekommen für den Kampf gegen Kuropatkin eine kampferprobte Armee von 80000 bis 100000 Mann frei, die zudem noch sehr viel schwere Artillerie besitzt, deren Aufstellung am Schaho ihnen ein erdrückendes Übergewicht über die russischen Hauptstreitkräfte geben wird.

Die absolutistische Regierung hat ausländischen Zeitungsmeldungen zufolge beschlossen, den Krieg um jeden Preis fortzusetzen und Kuropatkin 200 000 Mann zu schicken. Es kann sehr wohl sein, daß der Krieg sich noch lange hinzieht, aber daß er hoffnungslos verloren ist, liegt schon auf der Hand, und jede Verlängerung des Krieges wird nur die maßlosen Leiden vergrößern, die das russische Volk zu ertragen hat, weil es die Selbstherrschaft noch auf seinem Nacken duldet. Auch bisher haben die Japaner nach jeder großen Schlacht ihre militärischen Kräfte schneller und reichlicher als die Russen verstärkt. Jetzt aber, da sie die völlige Herrschaft zur See und die völlige Vernichtung einer der russischen Armeen erreicht haben, werden sie imstande sein, doppelt soviel Verstärkungen zu schicken wie die Russen. Die Japaner haben bisher die russischen Generale immer wieder geschlagen, obwohl ihre beste Artillerie durch den Festungskrieg völlig in Anspruch genommen war. Jetzt haben die Japaner die volle Konzentration ihrer Kräfte erreicht, und die Russen haben nicht nur für Sachalin, sondern auch für Wladiwostok zu fürchten. Die Japaner haben den besten und am dichtesten bevölkerten Teil der Mandschurei besetzt, wo sie die Armee auf Kosten des eroberten Landes und mit Hilfe Chinas verpflegen können. Die Russen aber müssen sich immer mehr auf den Proviant beschränken, der aus Rußland herangeschafft wird, und eine weitere Vergrößerung der Armee wird für Kuropatkin bald unmöglich werden, weil es unmöglich sein wird, Proviant in ausreichender Menge heranzuschaffen.

Aber der militärischen Katastrophe, von der die Selbstherrschaft ereilt wurde, kommt noch größere Bedeutung zu als Symptom für den Zusammenbruch unseres ganzen politischen Systems. Unwiederbringlich sind die Zeiten dahin, als die Kriege von Söldnern oder den Angehörigen einer vom Volk halb losgelösten Kaste geführt wurden. Die Kriege werden jetzt von den Völkern geführt — selbst Kuropatkin kann sich, wie Nemirowitsch-Dantschenko bezeugt, jetzt nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß diese Wahrheit keine triviale Phrase ist. Die Kriege werden jetzt von den Völkern geführt, und darum tritt heute besonders deutlich eine große Eigenschaft des Krieges hervor: daß er vor den Augen von Millionen und aber Millionen Menschen handgreiflich jenes Mißverhältnis zwischen Volk und Regierung aufdeckt, das bis dahin nur einer kleinen bewußten Minderheit sichtbar war. Die Kritik, die von allen fortgeschrittenen

russischen Menschen, von der russischen Sozialdemokratie, vom russischen Proletariat an der Selbstherrschaft geübt wurde, ist jetzt durch die Kritik der japanischen Waffen bestätigt worden, so sehr bestätigt worden, daß die Unmöglichkeit, unter der Selbstherrschaft zu leben, sogar von denen immer mehr empfunden wird, die nicht wissen, was die Selbstherrschaft bedeutet, sogar von denen, die das wissen, aber von ganzer Seele die Selbstherrschaft aufrechterhalten möchten. Die Unvereinbarkeit der Selbstherrschaft mit den Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, mit den Interessen des ganzen Volkes (abgesehen von einem Häuflein Beamten und Magnaten) kam an den Tag, sobald das Volk in der Tat, mit seinem Blut, die Rechnung für die Selbstherrschaft begleichen mußte. Durch ihr dummes und verbrecherisches Kolonialabenteuer ist die Selbstherrschaft in eine Sackgasse geraten, aus der nur das Volk selbst den Ausweg bahnen kann, und zwar nur durch die Vernichtung des Zarismus.

Der Fall von Port Arthur ist eine große historische Bilanz der Verbrechen des Zarismus, die gleich von Beginn des Krieges an offenbar wurden und jetzt in noch größerem Ausmaß, noch unaufhaltsamer zutage treten werden. Nach uns die Sintflut! — so redeten all die kleinen und großen Alexejew¹⁸ und dachten nicht, glaubten nicht, daß die Sintflut eines Tages wirklich kommt. Generale und Feldherren haben sich als Stümper und als Nullen erwiesen. Nach dem autoritativen Zeugnis eines englischen Militärschriftstellers (in der „Times“¹⁹) war die ganze Geschichte des Feldzugs von 1904 eine „verbrecherische Mißachtung der elementaren Grundsätze der See- und Landstrategie“. Die zivile und militärische Bürokratie erwies sich als ebenso schmarotzerhaft und feil wie zur Zeit der Leibeigenschaft. Das Offizierskorps erwies sich als ungebildet, unentwickelt und ungeschult, es hat keinen engen Kontakt mit den Soldaten und besitzt nicht deren Vertrauen. Die Rückständigkeit, die Unwissenheit, das Analphabetentum, die Stumpfheit der Bauernmasse offenbarten sich mit erschreckender Deutlichkeit bei dem Zusammenstoß mit einem fortschrittlichen Volk in einem modernen Krieg, der ebenso notwendig wie die moderne Technik ein hochqualifiziertes Menschenmaterial erfordert. Ohne bewußt handelnde Soldaten und Matrosen mit eigener Initiative ist im modernen Krieg ein Erfolg unmöglich. Weder Ausdauer und Körperkraft noch Herdeninstinkt und massierte Kampfaufstellungen verleihen ein Übergewicht in der Epoche der Schnellfeuergewehre und

Schnellfeuergeschütze, der komplizierten technischen Schiffsausrüstung und der aufgelösten Kampfordnung der Landstreitkräfte. Die Militärmacht des absolutistischen Rußlands hat sich als eine Attrappe herausgestellt. Der Zarismus hat sich als Hindernis für eine moderne, den neuesten Anforderungen gerecht werdende Organisation des Heereswesens erwiesen, desselben Heereswesens, dem sich der Zarismus mit ganzer Seele hingab, das sein größter Stolz war, dem er unermessliche Opfer darbrachte, ohne sich im geringsten um die Opposition des Volkes zu kümmern. Ein übertünchtes Grab — als das erwies sich die Selbstherrschaft auf dem Gebiet der Verteidigung nach außen, ihrer sozusagen ur-eigenen und am meisten vertrauten Spezialität. Die Ereignisse haben bestätigt, wie recht jene Ausländer hatten, die sich lustig machten, wenn sie sahen, wie Dutzende, ja Hunderte Millionen Rubel für den Kauf und Bau prächtiger Kriegsschiffe hinausgeworfen wurden, und die erklärten, daß diese Ausgaben nutzlos seien, wenn man nicht mit modernen Schiffen umzugehen verstehe, wenn die Menschen fehlen, die sich mit Sachkenntnis der neuesten Errungenschaften der Kriegstechnik zu bedienen verstehen. Als rückständig und völlig untauglich haben sich die Flotte wie die Festung, die Feldbefestigungen wie das Heer erwiesen.

Der Zusammenhang zwischen der militärischen Organisation eines Landes und seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Struktur war noch nie so eng wie gegenwärtig. Der militärische Zusammenbruch mußte daher zum Beginn einer tiefgreifenden politischen Krise werden. Der Krieg eines fortgeschrittenen gegen ein rückständiges Land hat auch diesmal, wie schon so manches Mal in der Geschichte, eine große revolutionäre Rolle gespielt. Und das klassenbewußte Proletariat, ein erbarmungsloser Gegner des Krieges, dieses unvermeidlichen und unzertrennlichen Begleiters jeder Klassenherrschaft überhaupt, kann nicht die Augen verschließen vor der revolutionären Mission, die die japanische Bourgeoisie mit den schweren Schlägen erfüllt, die sie der Selbstherrschaft versetzt. Das Proletariat steht jeder Bourgeoisie und allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ordnung feindlich gegenüber, aber diese Feindschaft enthebt es nicht der Pflicht, zwischen den historisch fortschrittlichen und den reaktionären Vertretern der Bourgeoisie zu unterscheiden. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß die konsequentesten und entschiedensten Vertreter der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, Jules Guesde in

Frankreich und Hyndman in England, ohne Zaudern ihre Sympathie für Japan, das die russische Selbstherrschaft in die Knie zwingt, zum Ausdruck brachten. Bei uns in Rußland haben sich natürlich Sozialisten gefunden, die auch in dieser Frage ihre ideologische Verworrenheit offenbarten. Die „*Rewoluzionnaja Rossija*“²⁰ hat Guesde und Hyndman eine Rüge erteilt und hat erklärt, ein Sozialist könne nur für ein Japan der Arbeiter, des Volkes, nicht aber für das bürgerliche Japan sein. Diese Rüge ist ebenso absurd, wie es absurd wäre, einen Sozialisten zu verurteilen, weil er die freihändlerische Bourgeoisie im Vergleich zur protektionistischen als fortschrittlich anerkennt. Guesde und Hyndman haben nicht die japanische Bourgeoisie und den japanischen Imperialismus in Schutz genommen, sondern im Konflikt zweier bürgerlicher Länder haben sie die historisch-fortschrittliche Rolle des einen Landes richtig festgestellt. Die ideologische Verworrenheit der „Sozialrevolutionäre“ ergibt sich naturgemäß daraus, daß unsere radikalen Intellektuellen den Klassenstandpunkt und den historischen Materialismus nicht verstehen. Selbstverständlich mußte auch die neue „Iskra“ ihre Verworrenheit beweisen. Anfangs verzapfte sie nicht wenig Phrasen über einen Frieden um jeden Preis. Dann hatte sie es eilig, sich zu „korrigieren“, als Jaurès anschaulich vor Augen geführt hatte, in wessen Interesse die quasi-sozialistische Kampagne zugunsten eines Friedens schlechthin liegt, im Interesse der fortschrittlichen oder der reaktionären Bourgeoisie. Jetzt ist sie schließlich bei banalen Betrachtungen darüber angelangt, wie unangebracht es sei, auf den Sieg der japanischen Bourgeoisie zu „spekulieren“ (!!?), und darüber, daß der Krieg ein Unheil sei, „unabhängig davon“, ob er mit einem Sieg oder einer Niederlage der Selbstherrschaft ende.

Nein. Die Sache der russischen Freiheit und des Kampfes des russischen (und des internationalen) Proletariats für den Sozialismus hängt in hohem Maße von den militärischen Niederlagen der Selbstherrschaft ab. Diese Sache hat durch den militärischen Zusammenbruch, der allen europäischen Ordnungshütern Schrecken einjagt, viel gewonnen. Das revolutionäre Proletariat muß unermüdlich gegen den Krieg agitieren und dabei immer daran denken, daß die Kriege unausrottbar sind, solange sich die Klassenherrschaft überhaupt hält. Mit banalen Phrasen über einen Frieden à la Jaurès kann man der unterdrückten Klasse nicht helfen, die für einen bürgerlichen Krieg zwischen zwei bürgerlichen Nationen nicht

verantwortlich ist, die alles tut, um überhaupt jede Bourgeoisie zu stürzen, die weiß, wie unermesslich die Leiden des Volkes auch in Zeiten „friedlicher“ kapitalistischer Ausbeutung sind. Aber indem wir gegen die freie Konkurrenz kämpfen, dürfen wir nicht vergessen, daß sie im Vergleich zur halbleibeigenschaftlichen Gesellschaftsordnung fortschrittlich ist. Indem wir gegen jeden Krieg und jede Bourgeoisie kämpfen, müssen wir in unserer Agitation die fortschrittliche Bourgeoisie von der fröhen herrschaftlichen Selbstherrschaft streng unterscheiden, müssen wir stets die große revolutionäre Rolle des historischen Krieges hervorheben, dessen unfreiwilliger Teilnehmer der russische Arbeiter ist.

Nicht das russische Volk, sondern die russische Selbstherrschaft hat diesen Kolonialkrieg begonnen, der zu einem Krieg zwischen der alten und der neuen bürgerlichen Welt geworden ist. Nicht das russische Volk, sondern die Selbstherrschaft hat eine schimpfliche Niederlage erlitten. Das russische Volk hat durch die Niederlage der Selbstherrschaft gewonnen. Die Kapitulation Port Arthurs ist der Prolog zur Kapitulation des Zarismus. Der Krieg ist noch lange nicht zu Ende, aber jeder Schritt zur Weiterführung des Krieges bedeutet eine unermessliche Verstärkung der Gärung und Empörung im russischen Volk und bringt uns dem Beginn eines neuen großen Krieges näher, des Volkskrieges gegen die Selbstherrschaft, des Krieges des Proletariats für die Freiheit. Nicht ohne Grund ist die überaus ruhige und nüchterne europäische Bourgeoisie so besorgt, die liberale Zugeständnisse der russischen Selbstherrschaft von ganzem Herzen begrüßen würde, die aber die russische Revolution als Vorspiel einer europäischen Revolution wie die Pest fürchtet.

„Etwa denselben Wert“, schreibt eines dieser nüchternen Organe der deutschen Bourgeoisie, „hat die vielfach fest eingewurzelte Anschauung, daß der Ausbruch einer Revolution in Rußland eine pure Unmöglichkeit sei. Auch diese Ansicht wurde und wird mit allerhand Beweisgründen verfochten. Man weist hin auf die träge Unbeweglichkeit der Bauernschaft, auf ihre treue Anhänglichkeit an den Zaren, auf ihre Abhängigkeit von den Geistlichen. Man erklärt, daß die extremen Elemente unter den Unzufriedenen nur ein kleines Häuflein seien, die wohl Putsche und Attentate, aber keine allgemeine Erhebung hervorrufen könnten. Der großen Masse der Unzufriedenen fehle es an Organisation, an Waffen, vor allem aber an dem Willen, ihre eigene Haut zu Markte zu tragen. Und zu alle-

dem sei der gebildete Russe bloß bis etwa zu seinem dreißigsten Lebensjahre revolutionär gesinnt, darüber hinaus fühle er sich in dem warmen Neste einer staatlichen Anstellung durchaus behaglich, und der größte Teil der Heißsporne mache schließlich leichten Herzens eine Umwandlung zum Tschinownik* mit allen seinen Fehlern durch.“ Jetzt aber, fährt die Zeitung fort, deute eine ganze Reihe von Anzeichen darauf hin, daß eine jähe Wandlung eingetreten sei. Von der Revolution in Rußland sprächen jetzt nicht mehr allein die Revolutionäre, sondern auch solche jeder „Schwärmerei“ durchaus abholden soliden Ordnungsstützen wie der Fürst Trubezkoi, dessen Brief an den Minister des Innern gegenwärtig durch die gesamte ausländische Presse geht. „Es muß doch also die Sorge und Befürchtung vor einer Revolution eine tatsächliche Grundlage haben. Freilich, daß etwa die Bauern in Rußland zu den Heugabeln greifen würden, um die Einführung einer Verfassung zu erzwingen, daran denkt kein Mensch. Aber werden denn Revolutionen überhaupt vom flachen Lande gemacht? ... Seit dem Emporwachsen der Großstädte sind es fast immer diese gewesen, welche die revolutionären Bewegungen trugen. Und auch in Rußland gärt und brodelte es in den Städten von Süden nach Norden und von Osten nach Westen. Niemand vermag heute vorauszusagen, wie die Dinge schließlich verlaufen werden, aber soviel ist sicher, daß die Zahl derjenigen, die eine Revolution in Rußland für ausgeschlossen erachten, von Tag zu Tag geringer wird. Bricht aber eine ernstliche Revolution aus, so ist es mehr als fraglich, ob die durch den ostasiatischen Krieg geschwächte Autokratie dem Ansturm wird standhalten können.“

Jawohl. Die Autokratie ist geschwächt. Die Ungläubigsten beginnen an die Revolution zu glauben. Der allgemeine Glaube an die Revolution ist schon der Beginn der Revolution. Für ihre Fortführung trägt die Regierung durch ihr Kriegsabenteuer selber Sorge. Für die Unterstützung und Ausbreitung eines ersten revolutionären Ansturms wird das russische Proletariat Sorge tragen.

„Wperjod“ Nr. 2,
14. (1.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

* Tschinownik – Beamter. Der Übers.

VON SCHÖNEN WORTEN WIRD MAN NICHT SATT

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser auf die soeben von den Neuiskristen herausgebrachte Broschüre eines *Arbeiters*: „Arbeiter und Intellektuelle in unseren Organisationen“, mit einem Vorwort von Axelrod. Wahrscheinlich werden wir noch wiederholt auf diese äußerst lehrreiche Schrift zurückkommen müssen, die ausgezeichnet zeigt, welche Früchte die demagogische Propaganda der „Minderheit“ oder der Neuiskristen gezeitigt hat und zeitigt und wie diese sich jetzt selber aus all dem von ihnen zusammengeredeteten Zeug herauszuwinden suchen. Halten wir zunächst nur das Wesentliche der Broschüre und des Vorworts fest.

Der „Arbeiter“ hätte das Mißgeschick, der Propaganda der Neuiskristen Glauben zu schenken. Deshalb wirft er mit „Rabotscheje-Delo“-Phrasen im Geiste Akimows nur so um sich. „Unsere intelligenzlerischen Führer... haben sich nicht zur Aufgabe gemacht... das Bewußtsein und die Selbsttätigkeit der Arbeiter zu entwickeln...“ Das Streben nach Selbsttätigkeit „wurde systematisch verfolgt“. „Nicht in einem einzigen der Organisationstypen gab oder gibt es Platz für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Arbeiter...“ „Der ökonomische Kampf wurde vollkommen vernachlässigt“, selbst zu den Propaganda- und Agitationszusammenkünften „wurden die Arbeiter nicht zugelassen“ (sieh an!). Die Demonstrationen „haben sich überlebt“ — alle diese Greuel (wegen der das alte „Rabotscheje Delo“ schon vor langem mit so viel Geschrei über die alte „Iskra“ herfiel) seien natürlich von den „bürokratischen Zentralisten“ verursacht worden, d. h. von der Mehrheit unseres II. Parteitags, die gegen das Rabotschedelzentrum kämpfte. Der von der gekränkten Minderheit gegen den Parteitag aufgehetzte unglückselige „Arbeiter“ läßt kein gutes Haar an diesem Parteitag, weil er „ohne uns“ (ohne die Arbeiter), „ohne

unsere Teilnahme“ stattgefunden habe, weil „fast kein einziger Arbeiter“ dabeigewesen sei, wobei selbstverständlich bescheiden die Tatsache verschwiegen wird, daß alle wirklichen Arbeiter, die Parteitagsdelegierte waren, Stepanow, Gorski und Braun, entschiedene Anhänger der Mehrheit und Gegner der intelligenzlerischen Charakterlosigkeit waren. Aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, bis zu welcher grenzenlosen Infamie die Propaganda der Neuskristen führt, die nach ihrer Niederlage bei den Wahlen den Parteitag „herunterreißen“, vor Leuten herunterreißen, die am Parteitag nicht teilgenommen haben, und diese dazu anstiften, jeglichen sozialdemokratischen Parteitag zu bespeien, die den Parteitag herunterreißen, während sie sich auf so edle Manier in die ausschließlich im Namen des Parteitags handelnden zentralen Körperschaften eingeschlichen haben. Ist da nicht die Stellungnahme Rjasanows (siehe seine Broschüre „Zerstörte Illusionen“) ehrlicher, der offen erklärte, der Parteitag sei *zusammengeschoben* worden, und der wenigstens von diesem „zusammengeschobenen Parteitag“ keinerlei Titel und Ämter für sich in Anspruch nimmt?

Es ist jedoch für die Mentalität eines wenn auch gegen die „Mehrheit“ aufgehetzten Arbeiters überaus charakteristisch, daß er sich mit den Phrasen über Autonomie, Selbsttätigkeit der Arbeiter u. dgl. nicht zufriedengibt. Er wiederholt diese Worte wie jeder andere Neuskrist oder Anhänger des „Rabotscheje Delo“, aber mit nüchternem proletarischem Instinkt verlangt er *Taten zur Bekräftigung der Worte* und läßt sich nicht mit schönen Worten abspeisen. Schöne Worte, sagt er, bleiben bloße Worte, wenn sie *keine Veränderung in der Zusammensetzung* (vom „Arbeiter“ hervorgehoben) der Führerschaft nach sich ziehen. Man müsse fordern, daß den Arbeitern alle wichtigen Parteikörperschaften *offenstehen*, man müsse erreichen, daß die Arbeiter die *gleichen Rechte* haben wie die Intellektuellen. Mit dem tiefen Mißtrauen des echten Proletariers und echten Demokraten gegen jede Phrasendrescherei sagt der „Arbeiter“: *Wo ist die Garantie, daß in den Komitees nicht bloß Intellektuelle sitzen werden?* In bezug auf die Neuskristen trifft das den Nagel auf den Kopf. Diese ausgezeichnete Frage zeigt, daß die im Geiste des „Rabotscheje Delo“ betriebene Hetze das klare Denken des Proletariers noch nicht getrübt hat. Er erklärt rundheraus, daß das Komitee dort, wo er arbeitete, „im wesentlichen nur auf dem Papier ein Komitee der Minderheit war (man höre!) — sich jedoch in seiner Praxis in nichts von den Komitees der Mehrheit

unterschied. Wir Arbeiter erhielten keinerlei verantwortliche, also leitende Funktionen (von einer Aufnahme ins Komitee schon gar nicht zu reden).“

Niemand hätte die Menschewiki so gut entlarven können wie dieser menschewistische Arbeiter. Er hat begriffen, daß ohne Garantien das Gerede über Autonomie und Selbsttätigkeit des Proletariats banale Phrasendrescherei bleibt. Welche Garantien aber sind in sozialdemokratischen Organisationen möglich — haben Sie darüber nachgedacht, Genosse „Arbeiter“? Welche Garantien kann es geben, um zu verhindern, daß Revolutionäre nach einem gemeinsam abgehaltenen Parteitag, gekränkt, daß der Parteitag sie nicht gewählt hat, zetern und schreien, der Parteitag wäre ein reaktionärer Versuch gewesen, die „Iskra“-Auffassungen durchzusetzen (Trotzki in einer Broschüre, die unter der Redaktion der neuen „Iskra“ herausgegeben wurde), die Beschlüsse des Parteitags wären nicht sakrosankt, auf dem Parteitag wären keine Arbeiter aus der Masse gewesen? Welche Garantien kann es geben, um zu verhindern, daß ein gemeinsamer Beschluß über die Formen und Normen der Parteiorganisation, ein Beschluß, der Organisationsstatut der Partei heißt und der nur in Form eines solchen Statuts existieren kann — daß dieser Beschluß von charakterlosen Leuten, soweit er ihnen unangenehm ist, danach in Fetzen gerissen wird, unter dem Vorwand, solche Dinge wie Statuten seien bürokratisch und formalistisch? Welche Garantien kann es geben, um zu verhindern, daß Leute, die die gemeinsam beschlossenen Satzungen der Organisation verletzt haben, danach zu rasonieren beginnen, die Organisation sei ein Prozeß, die Organisation sei eine Tendenz, die Organisation sei eine Form, die mit dem Inhalt Schritt halte, und es sei daher absurd und utopisch, die Einhaltung der Organisationssatzungen zu verlangen? Der „Arbeiter“, der Verfasser der Broschüre, hat sich über keine dieser Fragen Gedanken gemacht. Aber er ist so dicht, so unmittelbar an sie herangekommen, er hat sie den Phrasenhelden und Politikastern so aufrichtig und kühn, so unumwunden gestellt, daß wir seine Broschüre von ganzem Herzen empfehlen. Sie ist ein vortreffliches Beispiel dafür, wie die Ritter der „schönen Worte“ von ihren eigenen Anhängern entlarvt werden.

Der „Arbeiter“ protestiert, den Behauptungen anderer glaubend, gegen Lenins „Organisationsplan“, wobei er, wie das so üblich ist, keinen einzigen klaren und bestimmten Grund für seine Unzufriedenheit mit dem Plan anführt, sich auf Panin und Tscherewanin²¹ beruft (die lediglich ihre

Verärgerung zum Ausdruck brachten) und nicht einmal den Versuch macht, in den bekannten Brief Lenins an einen Petersburger Genossen einen Blick zu werfen. Hätte aber der „Arbeiter“ denen, die ihn aufhetzen, nicht aufs Wort geglaubt, hätte er sich diesen Brief angesehen, so würde er darin zu seinem großen Erstaunen gelesen haben:

„Man soll sich besonders darum bemühen, daß möglichst viele Arbeiter zu politisch vollauf bewußten Berufsrevolutionären werden und ins Komitee kommen. Man soll sich bemühen, ins Komitee die Arbeiterrevolutionäre aufzunehmen, die die meisten Verbindungen und den besten ‚Ruf‘ in der Arbeitermasse haben. Dem Komitee müssen daher nach Möglichkeit alle bedeutenden Führer der Arbeiterbewegung aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst angehören.“ (Brief, S. 718.)*

Lesen Sie diese Zeilen, Genosse „Arbeiter“, lesen Sie sie noch einmal, und Sie werden sehen, wie Sie *hinters Licht geführt worden sind* von den „Rabotscheje-Delo“-Leuten und den Neuisakristen, die die alte „Iskra“ und deren Anhänger, die „Mehrheit“ des II. Parteitag, beschimpfen. Lesen Sie diese Zeilen genau durch, und versuchen Sie dann meiner Forderung nachzukommen: Finden Sie mir in unserer sozialdemokratischen Literatur *eine andere Stelle*, wo die von Ihnen aufgeworfene Frage der „Arbeiter und der Intellektuellen in unseren Organisationen“ *ebenso klar, offen und entschieden* gestellt und dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, möglichst viele Arbeiter *in das Komitee* aufzunehmen, möglichst alle Führer der Arbeiterbewegung, die Arbeiter sind, *in das Komitee* aufzunehmen. Ich behaupte, daß Sie *eine andere solche Stelle nicht werden nennen können*. Ich behaupte, daß jeder, der sich die Mühe gemacht hat, unsere Parteistreitigkeiten nach den Dokumenten, *nach dem „Rabotscheje Delo“, nach der „Iskra“* und den Broschüren, und nicht nach dem Gefasel der Klatschmäuler zu studieren, die Verlogenheit und den demagogischen Charakter der Propaganda der neuen „Iskra“ erkennen wird.

Sie werden vielleicht einwenden: Lenin mag das geschrieben haben, aber seine Ratschläge sind nicht immer befolgt worden. Gewiß, das ist möglich. Kein Parteipublizist wird sich dafür verbürgen, daß alle, die sich seine Anhänger nennen, seine Ratschläge tatsächlich immer befolgen. Aber erstens: Würde nicht ein solcher Sozialdemokrat, der sich als Anhänger des „Briefes“ bezeichnet und gleichzeitig seine Ratschläge nicht

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 229. *Die Red.*

befolgt, durch eben diesen Brief überführt werden? Ist etwa der Brief nur für die Intellektuellen und nicht auch für die Arbeiter geschrieben? Hat denn der Publizist außer dem gedruckten Wort noch andere Mittel, seinen Ansichten Geltung zu verschaffen? Und zweitens: Wenn diese Ratschläge, wie zum Beispiel der „Arbeiter“ bezeugt, weder von den Menschewiki noch von den Bolschewiki befolgt wurden, ergibt sich dann nicht daraus, daß die Menschewiki gar kein Recht hatten, eine derartige „Meinungsverschiedenheit“ mit den Bolschewiki zu *erfinden*? daß es ihrerseits Demagogie war, die Arbeiter gegen die Bolschewiki aufzuhetzen, die angeblich die Selbsttätigkeit der Arbeiter ignorieren?

Worin besteht also der *reale* Unterschied zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki *in diesem Punkt*? Besteht er nicht vielleicht darin, daß die Bolschewiki viel früher und viel unumwundener den klaren und bestimmten Rat gegeben haben, Arbeiter in die Komitees aufzunehmen? Besteht er nicht vielleicht darin, daß die Bolschewiki für „schöne Worte“ über Autonomie und Selbsttätigkeit der Arbeiter nur Verachtung übrig hatten und haben, wenn diese Worte (wie bei den Menschewiki) bloße Worte bleiben?

Man sehe sich an, wie sich der ehrwürdige, verdiente und alte Axelrod in seinem Vorwort jetzt herauszuwinden sucht, nachdem er durch die proletarische Geradheit und Kühnheit eines Arbeiters in die Enge getrieben wurde, der sich die „Rabotscheje-Delo“-Weisheit aus den „glänzenden“ Feuilletons Axelrods, aus den unvergeßlichen Artikeln Martows, aus der (vom Standpunkt der Interessen der „Mehrheit“) vortrefflichen Broschüre Trotzki einverleibt hat.

Der „Arbeiter“ versucht, die Feststellung Rjadowois²² zu widerlegen, daß unsere Parteiorganisation seit der Zeit des Okonomismus ihrer personellen Zusammensetzung nach relativ proletarischer geworden ist. Der „Arbeiter“ ist offensichtlich im Unrecht. Das weiß jeder, der die Angelegenheiten in unserer Partei während eines längeren Zeitabschnitts aus der Nähe beobachtet hat. Am kuriosesten jedoch ist, wie unser Axelrod die Fronten wechselt. Wer erinnert sich nicht seiner großartigen, von den Feinden der Sozialdemokratie, den liberalen „Oswoboshdenije“-Leuten, so geschickt ausgenutzten Behauptungen, die Sozialdemokratie sei eine Intellektuellenorganisation? Wer erinnert sich nicht, wie die sich durch die Partei gekränkt fühlenden Neuskristen diese Verleumdung der Par-

tei wiederholten und beitraten? Und siehe da, derselbe Axelrod ist über die eindeutigen und ehrlichen Schlußfolgerungen, die der „Arbeiter“ aus dieser Verleumdung gezogen hat, so erschrocken, daß er folgende Wendung vollführt:

„In der Periode der Entstehung und anfänglichen Entwicklung der Sozialdemokratie“, sagt er im Vorwort, „war die russische revolutionäre Partei eine reine Intellektuellenpartei... Jetzt bilden die bewußt-revolutionären Arbeiter die Haupttrupps (man höre!) der sozialdemokratischen Partei“. (S. 15.)

Armer „Arbeiter“! Wie wurde er gestraft, weil er den „schönen Worten“ Axelrods glaubte! Und so wird jeder gestraft, der Literaten glaubt, die in einem Zeitraum von anderthalb Jahren bald das eine, bald etwas anderes sagen, je nach den Erfordernissen der „Kooptation“.

Man sehe, wie sich Axelrod angesichts der Frage nach den „Garantien“, die ihm offen und direkt gestellt wurde, dreht und windet. Das ist geradezu prachtvoll, das ist eine Perle der neuskristischen Literatur. Der „Arbeiter“ spricht vom Verhältnis der Arbeiter und der Intellektuellen *in den Organisationen*, der „Arbeiter“ *hat tausendmal recht*, wenn er erklärt, daß ohne Garantien, ohne gleiche Rechte, d. h. ohne das Prinzip der Wählbarkeit, alle schönen Reden über unbürokratischen Zentralismus lediglich Phrasendrescherei sind. Und wie antwortet darauf Axelrod? „Die Begeisterung für den Gedanken, die Rechtslage der Arbeiter in unseren Organisationen zu ändern, ist einseitig“, zu Unrecht verlege der Verfasser die Frage nach der Beseitigung des Übels „in den Bereich der formal-organisatorischen Verhältnisse“, zu Unrecht vergesse er, daß die „Teilaufgabe der rechtlichen Gleichstellung“ nur „im Prozeß der weiteren Entwicklung unserer Praxis in sozialdemokratischer Richtung“ gelöst werden könne. „Die Frage, die den Verfasser der Broschüre speziell beschäftigt, kann radikal nur im Prozeß der bewußten kollektiven Arbeit unserer Partei gelöst werden.“

Ist das nicht wirklich eine Perle? Axelrod selbst ist es doch gewesen, der auf der Konferenz der Liga und in der neuen „Iskra“ (Nr. 55) gerade die Organisationsfrage, und nur die Organisationsfrage, angeschnitten und als erster gestellt hat; als dann aber der „Arbeiter“ eine spezielle Broschüre über die Organisation schreibt, erklärt man ihm würdevoll: Wichtig ist nicht das Formale, sondern der Prozeß der Arbeit!

Nicht die Grundsätze der Organisation sind für die neue „Iskra“ und

für Axelrod wichtig, sondern der Prozeß des Schwatzens zwecks Rechtfertigung einer prinzipienlosen Position. Und irgendeinen anderen Inhalt als die Verteidigung der Prinzipienlosigkeit wird man in der ganzen famosen Theorie von der Organisation als Prozeß (siehe insbesondere die Artikel Rosa Luxemburgs) nicht finden, einer Theorie, die den Marxismus vulgarisiert und substituiert.

Wir wiederholen: Wer die ganze Verlogenheit der Position kennenlernen will, die die Neuisikristen in der Organisationsfrage einnehmen, dem kann die ausgezeichnete Broschüre des „Arbeiters“ gar nicht genug empfohlen werden. Besonders eindringlich empfehlen wir diese Broschüre den Arbeitern, die von den Menschewiki durch die Propagierung des Prinzips der Wählbarkeit gegen die Bolschewiki aufgehetzt werden.* Die Arbeiter entlarven großartig die Phrasenhelden und Lügenbolde. Sie stellen auszeichnet die Frage: Entweder das Prinzip der Wählbarkeit oder nur den Ratschlag, Arbeiter in die Komitees aufzunehmen. Wenn Prinzip der Wählbarkeit, dann gibt formale Garantien, im Statut verankerte Garantien, eine im Statut verankerte Gleichberechtigung. Die Arbeiter werden sehen, wie die Neuisikristen sich vor dieser Frage drehen und winden werden wie der Teufel vor dem Kreuz. Wenn aber Ratschläge zur Aufnahme von Arbeitern erwünscht sind, wenn die alte „Iskra“ recht hat, die den Demokratismus, d. h. die allgemeine Anwendung des Prinzips der Wählbarkeit in den russischen konspirativen Organisationen mit dem absolutistischen Polizeiregime für unvereinbar hielt, dann wird man nirgends solche eindeutigen und nützlichen Ratschläge zur Aufnahme von Arbeitern in die Komitees finden wie bei der Mehrheit.

„Wperjod“ Nr. 2,
14. (1.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

* Siehe N. Lenin, „Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei“. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 537–547. Die Red.) Der in dieser Broschüre zitierte Brief eines Führers der Menschewiki besagt: „Die Arbeiter fordern das System der Wählbarkeit. Das ist ein deutliches Symptom für die Agonie der Felsenfesten.“ Ich gehöre zu den Felsenfesten, bin jedoch mit einer solchen Agonie sehr zufrieden. Die Forderungen der Arbeiter nach dem Prinzip der Wählbarkeit zeigen klar, daß es den Neuisikristen nicht gelungen ist, die Arbeiter mit schönen Worten abzuspeisen, und keine Ausflüchte werden jetzt Axelrod vor der völligen Entlarvung retten.

BRIEF AN DIE ZÜRICHER GRUPPE DER BOLSCHEWIKI

Genève, le 18. I. 1905*

Werte Genossen! Es besteht keine Möglichkeit, eine Sitzung der Redaktion einzuberufen, um Ihre Anfrage zu beantworten, und so erlaube ich mir, Ihnen persönlich zu antworten. Die Züricher Gruppe der Bolschewiki fragt, „wie wir zum ZO und ZK stehen, ob wir sie als rechtmäßig bestehend, aber unrechtmäßig handelnd betrachten und zu ihnen in Opposition stehen, oder ob wir sie als zentrale Parteistellen überhaupt nicht anerkennen“.

Es will mir scheinen, daß Ihre Frage ein klein wenig nach Kasuistik schmeckt. Die Ankündigung der Zeitung „Wperjod“²³ und die erste Nummer („Es ist Zeit, Schluß zu machen“**) + meine „Erklärung und Dokumente“*** haben, wie man meinen sollte, dem *Wesen nach* die Frage bereits beantwortet. Die Zentralstellen (ZO, ZK und Rat der Partei) haben mit der Partei *gebrochen*, haben sowohl den II. wie den III. Parteitag sabotiert, die Partei auf gemeinste Weise geprellt und ihre Pöstchen auf bonapartistische Weise usurpiert. Wie kann da noch von einem rechtmäßigen Bestehen der Zentralstellen die Rede sein? Ist denn ein Betrüger der rechtmäßige Eigentümer des Geldes, das er sich durch einen falschen Wechsel ergaunert hat?

Ich finde es sonderbar, daß die Züricher Bolschewiki immer noch daran zweifeln, wo doch die Frage schon so durchgekaut worden ist. Daß sich die zentralen Körperschaften nicht der Partei unterordnen wollten, ist

* Genf, den 18. I. 1905. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 21—26. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 7, S. 537—547. *Die Red.*

restlos erwiesen. Was sollen wir nun tun? Den III. Parteitag einberufen? Auch in dieser Hinsicht haben sie uns hintergangen. Da bleibt nur eins: Mit den Menschewiki so *vollständig*, so schnell, so bestimmt (offen, öffentlich) wie nur möglich brechen, unseren eigenen III. Parteitag einberufen, ohne die Zustimmung der zentralen Körperschaften und ohne ihre Teilnahme, *sofort* (ohne auch auf dieses zentrale Gremium zu warten) beginnen, mit unseren zentralen Parteistellen zu arbeiten, mit der Redaktion des „Wperjod“ und dem von der Nordkonferenz gewählten russischen Büro.

Ich wiederhole: Die zentralen Körperschaften *haben sich außerhalb* der Partei *gestellt*. Einen Mittelweg gibt es nicht: entweder ist man für die zentralen Körperschaften oder für die Partei. Es ist an der Zeit, sich voneinander abzugrenzen und, zum Unterschied von den Menschewiki, die die Spaltung der Partei insgeheim betrieben haben, deren Herausforderung offen anzunehmen: jawohl, Spaltung, denn ihr habt euch restlos abgespalten. Jawohl, Spaltung, denn wir haben *alle* Mittel des Hinausschiebens und der Herbeiführung einer Entscheidung durch die Partei (durch einen III. Parteitag) erschöpft. Jawohl, Spaltung, denn überall und allerorts hat das ekelhafte Gezänk mit den Desorganisatoren der Sache nur geschadet. Aus Petersburg schreibt man uns: Nach der Spaltung ist es besser geworden, man kann nun ohne Gezänk arbeiten, mit Menschen, denen man vertraut. Ist das denn nicht klar? Nieder mit den Bonapartisten und Desorganisatoren!

Teilen Sie mit, ob Sie mit dieser Antwort zufrieden sind.

Daß die Gruppen der Mehrheit im Ausland sich zusammenschließen, *ist notwendig*. Schreiben Sie darüber sofort an die Berner (Herrn Kasakow, Bäckereiweg 1, Bern), sie haben die Sache bereits in Angriff genommen und werden Ihnen besser als ich antworten. Man muß energischer an die Sache herangehen. Treten Sie in Briefwechsel mit allen Gruppen, geben Sie ihnen einen Rippenstoß in bezug auf Geld und Materialien, gründen Sie Gruppen an anderen Orten usw.

Wir fühlen uns gleichfalls viel besser, seitdem wir mit der Minderheit endgültig gebrochen haben. Wir wünschen auch Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie sich so schnell wie möglich frei machen.

Mit Händedruck

Ihr N. Lenin

PS. Von mir persönlich noch einen besonderen Gruß an Mejerson. Wie geht es ihm? Fühlt er sich besser?

Auf Steiner bin ich böse, sagen Sie ihr, das sei eine Schweinerei: sie hatte versprochen, bis Weihnachten etwas über Nikolajew zu schreiben, und jetzt haben wir bald Ende Januar!!

Die Berner Gruppe übernimmt die Initiative zum Zusammenschluß der Bolschewiki im Ausland, natürlich unter Leitung des Büros. Bitten Sie die Berner Gruppe um den Brief, den sie uns aus diesem Anlaß geschrieben hat, und um die Antwort der Genfer Gruppe.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN J. D. STASSOWA UND DIE GENOSSEN IM MOSKAUER GEFÄNGNIS

19. I. 1905

Liebe Freunde! Ich erhielt Ihre Anfrage in bezug auf die Taktik vor Gericht (durch den Brief von Absolut²⁴ und durch einen Zettel, der von einer unbekanntenen Person „im Wortlaut übermittelt“ wurde). Absolut schreibt von zwei Standpunkten. Im Zettel ist von drei Gruppen die Rede, vielleicht sind folgende drei Schattierungen gemeint, die ich versuchen will, zu rekonstruieren: 1. Das Gericht ablehnen und es direkt boykottieren. 2. Das Gericht ablehnen und sich an dem Gerichtsverfahren nicht beteiligen. Einen Advokaten nur unter der Bedingung bestellen, daß er ausschließlich über die Nichtzuständigkeit des Gerichts vom Standpunkt des abstrakten Rechts spricht. Im Schlußwort eine profession de foi* ablegen und ein Geschworenengericht fordern. 3. Bezüglich des Schlußworts dasselbe. Das Gericht für die Agitation ausnutzen und sich zu diesem Zweck an dem Gerichtsverfahren mit Hilfe eines Advokaten beteiligen. Die Rechtswidrigkeit des Gerichts aufzeigen und sogar Vernehmung von Zeugen beantragen (Alibinachweis etc.).

Ferner die Frage: Soll man nur sagen, daß man der Überzeugung nach Sozialdemokrat sei, oder soll man sich als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bekennen?

Sie schreiben, daß eine Broschüre über diese Frage notwendig sei. Ich würde es nicht für zweckmäßig halten, jetzt sofort, ohne auf Erfahrungen hinweisen zu können, eine Broschüre herauszugeben. Wir werden vielleicht in der Zeitung bei passender Gelegenheit in irgendeiner Form dar-

* Glaubensbekenntnis. *Die Red.*

auf eingehen. Vielleicht könnte jemand von den Verhafteten für die Zeitung einen kleinen Artikel (5000 bis 8000 Buchstaben) schreiben? Für den Beginn der Diskussion dürfte das wohl das beste sein.

Ich persönlich habe mir noch keine völlig bestimmte Meinung gebildet und würde es vorziehen, ehe ich entschieden Stellung nehme, erst eingehend mit Genossen zu sprechen, die gesessen oder vor Gericht gestanden haben. Um eine solche Aussprache in Fluß zu bringen, will ich meine Erwägungen darlegen. Vieles hängt meines Erachtens davon ab, *was für ein Gericht es sein wird*. Das heißt, ob die Möglichkeit besteht, es zur Agitation auszunutzen, oder ob es dafür gar keine Möglichkeiten gibt. Ist das erste der Fall, so ist die Taktik Nr. 1 untauglich; ist das zweite der Fall, so ist sie am Platze, aber auch dann nur nach einem offenen, bestimmten, energischen Protest und einer Erklärung. Falls jedoch die Möglichkeit besteht, das Gericht zur Agitation auszunutzen, ist die Taktik Nr. 3 wünschenswert. Eine Rede, in der eine profession de foi abgegeben wird, wäre meiner Meinung nach überhaupt sehr wünschenswert, sehr nützlich und hätte in den meisten Fällen die Chance, agitatorisch wertvoll zu sein. Besonders bei Beginn der gerichtlichen Verfolgungen durch die Regierung sollten die Sozialdemokraten mit einer Rede über das sozialdemokratische Programm und die sozialdemokratische Taktik auftreten. Man sagt, es sei nicht ratsam, sich als Mitglied der Partei, zumal einer Organisation, zu bekennen, man solle sich lieber auf die Erklärung beschränken, daß man der Überzeugung nach Sozialdemokrat sei. Mir scheint, eine Aussage über das Organisationsverhältnis sollte man in der Rede direkt ablehnen, d. h., man soll sagen, über meine Organisationsverhältnisse werde ich aus bereiflichen Gründen nicht sprechen, ich bin aber Sozialdemokrat und werde von *unserer* Partei sprechen. Ein solches Vorgehen würde zwei Vorteile haben: Es wird von vornherein ausdrücklich und deutlich gesagt, daß man über das Organisationsverhältnis (d. h. ob man zu einer Organisation gehörte, zu welcher usw.) nicht sprechen darf, und gleichzeitig wird von *unserer* Partei gesprochen. Das ist notwendig, damit die sozialdemokratischen Reden vor Gericht zu Reden und Erklärungen der Partei werden, damit die Agitation der Partei zugute kommt. Mit anderen Worten: Mein formales Organisationsverhältnis lasse ich unerörtert, darüber schweige ich, formell werde ich nicht im Namen einer Organisation sprechen, aber als Sozialdemokrat werde ich zu euch über *unsere* Partei spre-

chen und bitte, meine Erklärungen als einen Versuch anzusehen, eben jene sozialdemokratischen Auffassungen darzulegen, die in *unserer* gesamten sozialdemokratischen Literatur, in den und den Broschüren, Flugschriften und Zeitungen entwickelt worden sind.

Die Frage des Advokaten. Die Advokaten muß man streng behandeln und den Belagerungszustand über sie verhängen, denn dieses Intellektuellenpack macht oft Schweinereien. Man muß ihnen von vornherein erklären: Wenn du Hundsfott dir auch nur die allergeringste Unanständigkeit oder politischen Opportunismus erlauben solltest (von der Unreife, der Unrichtigkeit des Sozialismus, von Schwärmerei, von der Verneinung der Gewalt durch die Sozialdemokraten, von dem friedlichen Charakter ihrer Lehre und ihrer Bewegung usw. oder von etwas Ähnlichem sprichst), so werde ich, der Angeklagte, dir sofort vor allen Leuten über den Mund fahren, werde dich einen Schuft nennen, werde erklären, daß ich auf eine solche Verteidigung verzichte usw. Und diese Drohungen auch wahr machen. Nur gescheite Advokaten nehmen, andere nicht. Man soll ihnen von vornherein erklären: Ihr habt ausschließlich zu kritisieren und die Zeugen sowie den Staatsanwalt bei der Überprüfung des Beweismaterials „festzunageln“, zu zeigen, daß die Anklage konstruiert ist; ihr habt ausschließlich die Schemjaka-Methoden* des Gerichts zu diskreditieren. Selbst ein gescheiter liberaler Advokat ist sehr geneigt, zu sagen oder durchblicken zu lassen, daß die sozialdemokratische Bewegung friedlich sei, daß selbst Männer wie Ad. Wagner etc. ihre kulturelle Bedeutung anerkennen. Alle derartigen Versuche müssen radikal unterbunden werden. Die Juristen sind die reaktionärsten Leute, wie, glaube ich, Bebel gesagt hat. Schuster, bleib bei deinem Leisten. Sei nur Jurist, mache die Belastungszeugen und den Staatsanwalt lächerlich, stelle höchstens einen Vergleich zwischen einem solchen Gericht und dem Geschworenengericht in einem freien Lande an, aber laß die Überzeugungen des Angeklagten beiseite, untersteh dich nicht, auch nur ein Wort darüber fallenzulassen, wie du seine Überzeugungen und seine Handlungen bewertest. Denn du armseliger Liberaler, der du bist, verstehst diese Überzeugungen so wenig, daß du, auch wenn du sie lobst, nur Plattheiten von dir geben wirst.

* Schemjaka – russischer Lehnsfürst im 15. Jahrhundert. Schemjaka-Gericht – in der russischen Volksüberlieferung ein ungerechtes, korruptes Gericht. Der Übers.

Natürlich darf man das alles dem Advokaten nicht in der Weise eines Sobakewitsch* sagen, sondern liebenswürdig, konziliant, gewandt und behutsam. Immerhin aber ist es besser, sich vor den Advokaten in acht zu nehmen und ihnen nicht zu trauen, *besonders* wenn sie sagen, sie seien Sozialdemokraten und Mitglieder der Partei (laut unserem § 1!!).

Die Frage der Beteiligung am Gerichtsverfahren wird, glaube ich, durch die Advokatenfrage entschieden. Einen Advokaten bestellen heißt ja, sich am Gerichtsverfahren beteiligen. Warum sollte man sich auch nicht beteiligen, um die Zeugen festnageln und gegen das Gericht agitieren zu können. Freilich muß man sehr vorsichtig sein, um nicht in den Ton einer unangebrachten Rechtfertigung zu verfallen, darüber erübrigt sich jedes Wort! Am besten ist es, sofort, *vor* der Beweisaufnahme, auf die ersten Fragen des Vorsitzenden zu erklären, man sei Sozialdemokrat und werde in seiner Rede ausführen, was dies bedeute. Konkret hängt die Entscheidung der Frage nach der Beteiligung am Gerichtsverfahren ganz und gar von den Umständen ab: Angenommen, man ist völlig überführt, die Zeugen sagen die Wahrheit, die ganze Anklage beruht im wesentlichen auf unbestreitbaren Dokumenten. Dann wird es vielleicht auch keinen Zweck haben, sich am Gerichtsverfahren zu beteiligen, und man sollte alle Aufmerksamkeit auf eine prinzipielle Rede richten. Wenn dagegen das Beweismaterial schwach ist, wenn sich die Zeugen der Geheimpolizei in Widersprüche verwickeln und lügen, dann dürfte es kaum zweckmäßig sein, sich das Agitationsmaterial zur Enthüllung des inszenierten Gerichtsverfahrens entgehen zu lassen. Die Sache hängt auch von den Angeklagten ab: Wenn sie sehr müde, krank und abgespannt sind, wenn keine an die „gerichtliche Beweisführung“ und an Wortgefechte gewöhnten streitbaren Leute dabei sind, dann wird es vielleicht zweckmäßiger sein, von einer Teilnahme am Gerichtsverfahren Abstand zu nehmen, dies zu erklären und die ganze Aufmerksamkeit auf eine prinzipielle Rede zu richten, die vorher vorbereitet werden sollte. Jedenfalls ist eine Rede über die Grundsätze, das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie, über die Arbeiterbewegung, über die sozialistischen Ziele und über den Aufstand das Wichtigste.

Zum Schluß wiederhole ich nochmals: Dies sind meine vorläufigen

* Sobakewitsch — Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen“ von N. W. Gogol. Der Übers.

Überlegungen, die keineswegs als ein Versuch anzusehen sind, die Frage zu entscheiden. Man muß warten, bis uns die Erfahrung gewisse Fingerzeige gibt. Beim Sammeln solcher Erfahrungen aber werden sich die Genossen in sehr vielen Fällen davon leiten lassen müssen, wie die konkreten Umstände einzuschätzen sind und was ihnen ihr *revolutionärer Instinkt* sagt.

Die herzlichsten Grüße an Kurz, Ruben, Bauman und alle Freunde. Lassen Sie den Kopf nicht hängen! Bei uns gehen die Dinge jetzt gut. Die Skandalmacher sind wir nun endlich los. Mit der Taktik des Rückzugs haben wir gebrochen. Jetzt greifen wir an. Die russischen Komitees beginnen ebenfalls mit den Desorganisatoren zu brechen. Eine eigene Zeitung ist gegründet. Eine eigene Zentralstelle (Büro) für die praktische Arbeit ist da. Von der Zeitung sind zwei Nummern erschienen, in diesen Tagen (23. I. 1905 neuen Stils) erscheint die dritte. Wir hoffen, sie wöchentlich herauszubringen. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und guten Mut!! Wir werden uns bestimmt noch sehen und dann unter besseren Bedingungen kämpfen als bei der hiesigen Intrigenwirtschaft und Zänkelei, wie wir sie bei den Ligakonferenzen haben!

Zuerst veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „Proletarskaja
Rewoluzija“ Nr. 7 (30).

Nach dem Manuskript.

REVOLUTION IN RUSSLAND

Genf, den 10. (23.) Januar

Die Arbeiterklasse, die scheinbar lange abseits von der bürgerlichen Oppositionsbewegung stand, hat ihre Stimme erhoben. Mit schwindelerregender Schnelligkeit haben die breiten Arbeitermassen ihre fortgeschrittenen Kameraden, die bewußten Sozialdemokraten, eingeholt. Die Petersburger Arbeiterbewegung ist in diesen Tagen wahrhaft mit Siebenmeilenstiefeln vorangeschritten. An die Stelle der wirtschaftlichen Forderungen sind politische getreten. Der Streik wurde zum Generalstreik und mündete in eine nie zuvor gesehene kolossale Demonstration; das Ansehen, das dem Namen des Zaren anhaftete, ist für immer zerstört. Der Aufstand hat begonnen. Gewalt gegen Gewalt. Der Straßenkampf tobt, Barrikaden werden errichtet, Salven krachen und Kanonen donnern. Ströme von Blut fließen, es entbrennt der Bürgerkrieg für die Freiheit. Moskau und der Süden, der Kaukasus und Polen sind bereit, sich dem Proletariat von Petersburg anzuschließen. Tod oder Freiheit! ist die Losung der Arbeiter geworden.

Der heutige und der morgige Tag werden vieles entscheiden. Mit jeder Stunde ändert sich die Lage. Der Telegraf bringt atemberaubende Nachrichten, und alle Worte verblassen vor den Ereignissen, deren Zeugen wir sind. Jeder muß bereit sein, seine Pflicht als Revolutionär und Sozialdemokrat zu erfüllen.

Es lebe die Revolution!

Es lebe das aufständische Proletariat!

„Wperjod“ Nr. 3,
24. (11.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ARBEITERDEMOKRATIE UND BÜRGERLICHE DEMOKRATIE

Die Frage nach der Stellung der Sozialdemokratie oder der Arbeiterdemokratie zur bürgerlichen Demokratie ist eine alte und zugleich ewig neue Frage. Sie ist alt, denn sie wird schon seit der Entstehung der Sozialdemokratie aufgeworfen. Ihre theoretischen Grundlagen wurden bereits in den frühesten Werken der marxistischen Literatur, im „Kommunistischen Manifest“ und im „Kapital“, klargelegt. Sie ist ewig neu, denn jeder Schritt in der Entwicklung eines jeden kapitalistischen Landes bringt eine besondere, originelle Kombination verschiedener Schattierungen der bürgerlichen Demokratie mit verschiedenen Strömungen in der sozialistischen Bewegung hervor.

Auch bei uns in Rußland ist diese alte Frage jetzt besonders neu geworden. Um uns die heutige Stellung der Frage möglichst deutlich klarzumachen, wollen wir mit einem kleinen historischen Rückblick beginnen. Die alte russische revolutionäre Volkstümplerbewegung stand auf einem utopistischen, halbanarchistischen Standpunkt. Der Bauer der Dorfgemeinde wurde als fertiger Sozialist betrachtet. Hinter dem Liberalismus der gebildeten russischen Gesellschaft erkannte man deutlich die Gelüste der russischen Bourgeoisie. Der Kampf für politische Freiheit wurde abgelehnt als ein Kampf für Institutionen, die der Bourgeoisie von Vorteil sind. Die Narodowolzen* taten einen Schritt vorwärts, indem sie zum politischen Kampf übergingen, doch diesen Kampf mit dem Sozialismus zu verbinden gelang ihnen nicht. Die ausgeprägt sozialistische Stellung der Frage wurde sogar verwischt, als man den schwindenden Glauben an den sozialistischen

* Narodowolzen — Mitglieder des Geheimbundes der Volkstümpler „Narodnaja Wolja“. *Der Übers.*

Charakter unserer Dorfgemeinde durch Theorien im Geiste des Herrn W. W.²⁵ zu erneuern suchte, Theorien von dem klassenlosen, nichtbürgerlichen Wesen der russischen demokratischen Intelligenz. Damit war der Grund dafür gelegt, daß die Volkstümlerrichtung, die früher den bürgerlichen Liberalismus unbedingt abgelehnt hatte, sich allmählich mit letzterem zu einer liberal-volkstümlerischen Richtung zu verschmelzen begann. Das bürgerlich-demokratische Wesen der russischen Intellektuellenbewegung, von der äußerst gemäßigten, kulturreformerischen, bis zur extremsten revolutionär-terroristischen Richtung, trat zugleich mit dem Aufkommen und der Entwicklung der proletarischen Ideologie (der Sozialdemokratie) und der proletarischen Massenbewegung immer deutlicher in Erscheinung. Aber das Wachsen dieser Bewegung war von einer Spaltung unter den Sozialdemokraten begleitet. Klar traten ein revolutionärer und ein opportunistischer Flügel der Sozialdemokratie zutage, von denen der erste die proletarischen, der zweite die intelligenzlerischen Tendenzen unserer Bewegung zum Ausdruck brachte. Der legale Marxismus erwies sich in Wirklichkeit sehr bald als „Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur“²⁶ und führte über den bernsteinianischen Opportunismus²⁷ geradewegs zum Liberalismus. Einerseits schwärmten die Ökonomen in der Sozialdemokratie für die halbanarchistische Konzeption einer reinen Arbeiterbewegung, betrachteten eine Unterstützung der bürgerlichen Opposition durch die Sozialisten als Verrat am Klassenstandpunkt und erklärten, die bürgerliche Demokratie in Rußland sei ein Phantom.* Andererseits erhoben die Ökonomen einer anderen Schattierung, die gleichfalls für die reine Arbeiterbewegung schwärmten, gegen die revolutionären Sozialdemokraten den Vorwurf, jenen gesellschaftlichen Kampf gegen die Selbstherrschaft zu ignorieren, den unsere Liberalen, unsere Semstwoleute und unsere Kulturreformer führen.**

Die alte „Iskra“ zeigte die Elemente der bürgerlichen Demokratie in Rußland schon zu einer Zeit auf, als viele sie noch gar nicht sahen. Sie verlangte die Unterstützung dieser Demokratie durch das Proletariat (siehe

* Siehe die gegen die „Iskra“ gerichtete „Rabotscheje-Delo“-Broschüre „Zwei Konferenzen“ (S. 32).

** Siehe die Sonderbeilage zur „Rabotschaja Mysl“ [Arbeitergedanke], September 1899.

Nr. 2 der „Iskra“ über die Unterstützung der Studentenbewegung*, Nr. 8 über die illegale Semstwotagung**, Nr. 16 über die liberalen Adelsmarschälle***, Nr. 18[†] über die Gärung im Semstwo^{††} u. a.). Sie betonte ständig den klassenmäßigen, den bürgerlichen Charakter der liberalen und radikalen Bewegung und richtete an die jeder Entscheidung ausweichenden „Oswoboshdenije“-Leute die Worte: „Es wäre an der Zeit, die Binsenwahrheit zu begreifen, daß eine wirkliche (und nicht nur in Worten bestehende) Kampfgemeinschaft gegen den gemeinsamen Feind nicht durch politische Kannegießerei verbürgt wird, nicht durch das, was der verstorbene Stepnjak einmal Sich-selbst-Beschneiden und Sich-vor-sich-selbst-Verstecken genannt hat, nicht durch die konventionelle Lüge gegenseitiger diplomatischer Anerkennung, sondern durch die tatsächliche Beteiligung am Kampf, durch die tatsächliche Einheit des Kampfes. Als der Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die militaristisch-polizeiliche und feudal-klerikale Reaktion und der Kampf einer wirklichen Partei, die sich auf eine bestimmte Klasse des Volkes (z. B. auf die liberale Bourgeoisie) stützte, tatsächlich phrasensame Wege einschlugen, da wurde die Aktionsgemeinschaft ohne Phrasendrescherei über gegenseitige Anerkennung hergestellt.“ (Nr. 26^{†††}.)

Diese Stellung der Frage durch die alte „Iskra“ führt uns unmittelbar zu den jetzigen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Liberalen. Wie bekannt, begannen diese Auseinandersetzungen mit dem II. Parteitag, der zwei Resolutionen annahm, die dem Standpunkt der Mehrheit (Resolution Plechanows) und dem der Minderheit (Resolution Starowers) entsprechen. Die erste Resolution konstatiert

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 416—421. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 94—96. *Die Red.*

*** Siehe ebenda, S. 345—351. *Die Red.*

† Siehe Werke, Bd. 6, S. 141—151. *Die Red.*

†† Ich benutze die Gelegenheit, um Starower²⁸ und Plechanow meine aufrichtige Dankbarkeit dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sie die außerordentlich nützliche Arbeit in Angriff genommen haben, aufzudecken, wer die Verfasser der nicht gezeichneten Artikel der alten „Iskra“ waren. Wir wollen hoffen, daß sie diese Arbeit zu Ende führen werden — man wird ein Material erhalten, das für die Beurteilung der Schwenkung der neuen „Iskra“ zum Standpunkt des „Rabotscheje Delo“ von wesentlicher Bedeutung ist.

††† Siehe Werke, Bd. 6, S. 253. *Die Red.*

genau den Klassencharakter des Liberalismus als einer Bewegung der Bourgeoisie und rückt die Aufgabe in den Vordergrund, das Proletariat über den antirevolutionären und antiproletarischen Charakter der liberalen Hauptrichtung (des Oswohoshdenzentums⁴) aufzuklären. Diese Resolution bezeichnet die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie durch das Proletariat als notwendig, befaßt sich jedoch nicht mit politikasterhafter gegenseitiger Anerkennung, sondern spricht im Sinne der alten „Iskra“ lediglich von der Gemeinsamkeit des Kampfes: „soweit die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Zarismus revolutionär oder auch nur oppositionell ist“, insoweit „müssen“ die Sozialdemokraten sie „unterstützen“.

Die Resolution Starowers dagegen gibt keine Klassenanalyse des Liberalismus und des Demokratismus. Sie ist voll von guten Absichten und stellt für eine Vereinbarung möglichst strenge und vorzügliche Bedingungen, die aber leider fiktiv sind, *nur auf dem Papier stehen*: die Liberalen oder Demokraten müssen das und das *erklären*, sie dürfen die und die *Forderungen* nicht aufstellen, sie müssen das und das zu ihrer *Losung* machen. Als ob nicht die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie für die Arbeiter eine einzige Mahnung wäre, nicht an Erklärungen, Forderungen und Losungen zu glauben! Als ob uns nicht die Geschichte hundertfach Beispiele dafür geliefert hätte, daß die bürgerlichen Demokraten mit Losungen nicht nur der vollen Freiheit, sondern auch der Gleichheit, ja des Sozialismus auftraten und deshalb keineswegs aufhörten, bürgerliche Demokraten zu sein, ja daß sie damit das Bewußtsein des Proletariats noch mehr „verdunkelten“! Der intelligenzlerische Flügel der Sozialdemokratie will gegen diese Verdunkelung dadurch kämpfen, daß er den bürgerlichen Demokraten die Bedingung stellt, die Verdunkelung zu unterlassen! Der proletarische Flügel bedient sich in seinem Kampf der Analyse des Klasseninhalts des Demokratismus. Der intelligenzlerische Flügel ist auf papierne Vereinbarungsbedingungen erpicht. Der proletarische Flügel verlangt eine tatsächliche Kampfgemeinschaft. Der intelligenzlerische Flügel erfindet einen Maßstab zur Bestimmung der guten, gütigen Bourgeoisie, die es verdiene, daß man mit ihr eine Vereinbarung eingeht. Der proletarische Flügel erwartet von der Bourgeoisie keine Güte, sondern unterstützt jede, auch die schlechteste Bourgeoisie, *soweit sie tatsächlich gegen den Zarismus kämpft*. Der intelligenzlerische Flügel handelt wie ein Krämer und beginnt zu feilschen: Wenn ihr auf die Seite der Sozialdemo-

kraten und nicht der Sozialrevolutionäre tretet, sind wir bereit, mit euch eine Vereinbarung gegen den gemeinsamen Feind zu treffen, sonst aber nicht. Der proletarische Flügel steht auf dem Standpunkt der Zweckmäßigkeit: Die Unterstützung, die wir euch gewähren, wird ausschließlich davon abhängen, ob wir dadurch unserem Feind einen möglichst wirksamen, sei es auch nur kleinen Schlag versetzen können.

Gleich bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit traten alle Mängel der Resolution Starowers klar zutage. Eine solche Berührung war der berühmte Plan der Redaktion der neuen „Iskra“, der Plan eines „höheren Typus der Mobilisation“, und im Zusammenhang damit die grundsätzlichen Betrachtungen in Nr. 77 (der Leitartikel „Demokraten am Scheideweg“) und Nr. 78 (Feuilleton von Starower). Der Plan wurde bereits in der Broschüre Lenins behandelt, doch auf die Betrachtungen muß hier näher eingegangen werden.

Der Grundgedanke (oder richtiger, die Grunddummheit) der erwähnten Betrachtungen in der neuen „Iskra“ ist die Unterscheidung zwischen Semstvoleuten *und* bürgerlicher Demokratie. Diese Unterscheidung zieht sich wie ein roter Faden durch beide Artikel, wobei der aufmerksame Leser sieht, daß an Stelle des Terminus bürgerliche Demokratie und neben diesem als gleichbedeutend die Termini: Demokratie, radikale Intelligenz (sic!*), im Entstehen begriffene Demokratie und Intellektuellendemokratie gebraucht werden. Diese Unterscheidung wird von der neuen „Iskra“ mit der ihr eigenen Bescheidenheit als große Entdeckung, als originale Konzeption gepriesen, „die zu begreifen“ dem armen Lenin „nicht gegeben war“. Diese Unterscheidung wird direkt mit jener neuen Kampfmethod in Zusammenhang gebracht, über die wir sowohl von Trotzki als auch unmittelbar von der „Iskra“-Redaktion soviel zu hören bekommen haben — nämlich, der Semstwoliberalismus „taugt höchstens dazu, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden“, während die Intellektuellendemokratie für Vereinbarungen mit uns geeignet sei. Die Demokratie müsse als selbständige Kraft selbständig handeln. „Der russische Liberalismus, dem sein historisch notwendiger Teil, sein Bewegungsnerv (man höre!), seine bürgerlich-demokratische Hälfte genommen ist, taugt höchstens dazu, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden.“ In der Leninschen Konzeption „des russischen Liberalismus war kein Platz für solche gesellschaftlichen Elemente,

* so! Die Red.

auf die die Sozialdemokratie als Avantgarde der Demokratie zu jeder Zeit (!) ihren Einfluß ausüben könnte“.

Das ist die neue Theorie. Wie alle neuen Theorien der jetzigen „Iskra“ ist sie von Anfang bis Ende konfus. Erstens ist der Prioritätsanspruch auf die Entdeckung der Intellektuellendemokratie unbegründet und lächerlich. Zweitens ist die Unterscheidung zwischen Semstwoliberalismus und bürgerlicher Demokratie falsch. Drittens entbehrt die Auffassung, daß die Intelligenz eine selbständige Kraft werden könne, jeder Grundlage. Viertens ist die Behauptung, der Semstwoliberalismus (ohne die „bürgerlich-demokratische“ Hälfte) taue nur dazu, gezüchtigt zu werden usw., unrichtig. Analysieren wir die genannten Punkte.

Lenin soll die Entstehung der Intellektuellendemokratie und des dritten Elements ignoriert haben.

Schlagen wir die „Sarja“²⁹ Nr. 2—3 auf.* Nehmen wir dieselbe „Innerpolitische Rundschau“, die im Feuilleton Starowers zitiert wird. Da lesen wir die *Überschrift des dritten Abschnitts*: „Das dritte Element“. Wir schlagen in diesem Abschnitt nach und lesen von dem „Anwachsen der Zahl und des Einflusses der im Semstwo tätigen Ärzte, Techniker usw.“, von der „widerspenstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die einen Bedarf an Intellektuellen hervorruft, deren Zahl immer mehr wächst“, von den „unvermeidlichen Konflikten dieser Intellektuellen mit der Bürokratie und den Häuptern der Semstwoämter“, von dem „geradezu epidemischen Charakter dieser Konflikte in der letzten Zeit“, von der „Unvereinbarkeit der Selbstherrschaft mit den Interessen der Intelligenz überhaupt“, ja wir finden da den *direkten Appell* an diese Elemente, sich „um das Banner“ der Sozialdemokratie zu scharen...

Eine nette Geschichte, nicht wahr? Die neuentdeckte Intellektuellendemokratie und die Notwendigkeit, sie unter das Banner der Sozialdemokratie zu rufen, wurde von dem bösen Lenin schon *vor drei Jahren* „entdeckt“!

Allerdings war damals noch nicht die Gegenüberstellung von Semstwoleuten und bürgerlicher Demokratie entdeckt. Aber diese Gegenüberstellung ist genauso gescheit, als würde man sagen: das Moskauer Gouvernement und das Territorium des Russischen Reiches. Die Semstwoleute, die eine Zensusverfassung anstreben, und die Adelsmarschälle sind

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 283—291. *Die Red.*

Demokraten, soweit sie gegen Selbstherrschaft und leibeigenschaftliche Verhältnisse auftreten. Ihr Demokratismus ist beschränkt, eng und inkonsequent, wie ja in verschiedenem Grade jeder und überhaupt der ganze bürgerliche Demokratismus beschränkt, eng und inkonsequent ist. Der Leitartikel in Nr. 77 der „Iskra“ analysiert unseren Liberalismus und teilt ihn in folgende Gruppen ein: 1. fröhliche Gutsbesitzer; 2. liberale Gutsbesitzer; 3. die liberale Intelligenz, die für eine Zensusverfassung eintritt, und 4. die extreme Linke — die demokratische Intelligenz. Diese Analyse ist unvollständig und verworren, denn die Teilung der Intelligenz wird vermengt mit der Teilung der verschiedenen Klassen und Gruppen, deren Interessen die Intelligenz zum Ausdruck bringt. Neben den Interessen einer breiten Schicht der Gutsbesitzer spiegelt der russische bürgerliche Demokratismus die Interessen der Mehrheit der Kaufleute und Industriellen wider, vorwiegend der mittleren und kleinen, sowie (was besonders wichtig ist) der Mehrheit der bäuerlichen Besitzer und Kleinbesitzer. Daß diese, die größte Schicht der russischen bürgerlichen Demokratie, ignoriert wird, ist die erste Lücke in der Analyse der „Iskra“. Die zweite Lücke ist das Vergessen des Umstands, daß die russische demokratische Intelligenz ihrer politischen Stellung nach nicht zufällig, sondern notwendigerweise in drei Richtungen zerfällt: in die Richtung des „Oswoboshdenije“, in die sozialrevolutionäre und in die sozialdemokratische Richtung. Alle diese Richtungen haben eine lange Geschichte, und jede von ihnen bringt (mit der Bestimmtheit, die in einem absolutistischen Staat möglich ist) den Standpunkt entweder der gemäßigten oder der revolutionären Ideologen der bürgerlichen Demokratie oder aber den Standpunkt des Proletariats zum Ausdruck. Nichts ist kurioser als der unschuldige Wunsch der neuen „Iskra“, daß „die Demokratie als selbständige Kraft handeln muß“, wobei im selben Atemzug die Demokratie mit der radikalen Intelligenz identifiziert wird! Die neue „Iskra“ hat vergessen, daß die zur „selbständigen Kraft“ gewordene radikale Intelligenz oder Intellektuellendemokratie eben unsere „Partei der Sozialrevolutionäre“ ist! Eine andere „extreme Linke“ könnte es bei unserer demokratischen Intelligenz auch gar nicht geben. Aber es versteht sich von selbst, daß man von der selbständigen Kraft einer solchen Intelligenz nur im ironischen oder nur im terroristischen Sinne sprechen kann. Auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie stehen und vom „Oswoboshdenije“ aus nach

links gehen heißt zu den Sozialrevolutionären gehen und nirgendwo anders hin.

Noch weniger schließlich hält die letzte neue Entdeckung der neuen „Iskra“ einer Kritik stand, nämlich daß „der Liberalismus ohne die bürgerlich-demokratische Hälfte“ höchstens dazu taue, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden, daß es „vernünftiger ist, die Idee der Hegemonie über Bord zu werfen“, wenn man sich an niemanden außer an die Semstwoleute wenden könne. Jeder Liberalismus taugt dazu, daß die Sozialdemokratie ihn genau so weit unterstützt, wie er tatsächlich als Kämpfer gegen die Selbstherrschaft auftritt. Diese Unterstützung, die der einzige bis zu Ende konsequente Demokrat, das heißt das Proletariat, allen inkonsequenten (d. h. bürgerlichen) Demokraten erweist, ist ja die Verwirklichung der Idee der Hegemonie. Nur die kleinbürgerliche, krämerhafte Auffassung von der Hegemonie sieht deren Wesen in einer Vereinbarung, in gegenseitiger Anerkennung und in papiernen Bedingungen. Vom proletarischen Standpunkt aus gehört die Hegemonie im Kriege demjenigen, der am energischsten von allen kämpft, der jede Gelegenheit benutzt, um dem Feind einen Schlag zu versetzen, bei dem Worte und Taten übereinstimmen und der deshalb der jede Halbheit kritisierende ideologische Führer der Demokratie ist.* Die neue „Iskra“ ist in einem großen Irrtum befangen, wenn sie glaubt, daß die Halbheit eine moralische und nicht eine politisch-ökonomische Eigenschaft der bürgerlichen Demokratie sei, wenn sie glaubt, daß man ein solches Maß der Halbheit ausfindig machen könne und müsse, bis zu dem der Liberalismus nur verdient, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden, über das hinaus er aber einer Vereinbarung würdig ist. Das würde bedeuten, „im voraus das Maß zulässiger Niedertracht bestimmen“. In der Tat, man überlege sich die folgenden Worte: Für eine Vereinbarung mit den oppositionellen Gruppen die Bedingung stellen, daß sie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht anerkennen, bedeute, „ihnen ein unfehlbares Reagens unserer Forderungen

* Anmerkung für den scharfsinnigen Neuskristen. Man wird uns wahrscheinlich entgegen, der energische Kampf des Proletariats ohne irgendwelche Bedingungen werde dazu führen, daß die Bourgeoisie die Früchte des Sieges einheimsen würde. Wir antworten mit der Frage: Welche Garantie für die Einhaltung der vom Proletariat gestellten Bedingungen kann es geben außer der selbständigen Kraft des Proletariats?

gen, ein Lackmuspapier des Demokratismus darzureichen und in die Waagschale ihrer politischen Berechnung den vollen Wert der proletarischen Mitwirkung zu werfen" (Nr. 78). Wie schön das klingt! Und man möchte dem Verfasser dieser schönen Worte, Starower, sagen: Lieber Freund Arkadi Nikolajewitsch, laß die schönen Worte!* Herr Struve hat das unfehlbare Reagens Starowers mit einem Federstrich unwirksam gemacht, als er in das Programm des „Bundes der Befreiung“⁴ das allgemeine Wahlrecht aufnahm. Und derselbe Struve hat uns ja tatsächlich mehr als einmal bewiesen, daß alle diese Programme für die Liberalen einfach ein Stück Papier sind, nicht Lackmuspapier, sondern ganz gewöhnliches Papier, denn einem bürgerlichen Demokraten macht es gar nichts aus, heute dies und morgen etwas anderes zu schreiben. Durch diese Eigenschaft zeichnen sich sogar viele zur Sozialdemokratie übergehende bürgerliche Intellektuelle aus. Die ganze Geschichte des europäischen und des russischen Liberalismus liefert Hunderte Beispiele dafür, daß bei ihm die Worte nicht mit den Taten übereinstimmen, und eben darum ist das Bestreben Starowers, unfehlbare papierne Reagenzien zu erfinden, so naiv.

Dieses naive Bestreben bringt Starower auch auf die großartige Idee, es hieße „die Idee des allgemeinen Wahlrechts zunichte machen“, würde man die mit dem allgemeinen Wahlrecht nicht einverständenen Bourgeois in ihrem Kampf gegen den Zarismus unterstützen! Vielleicht wird uns Starower noch ein schönes** Feuilleton schreiben und beweisen, daß man

* Geflügeltes Wort aus dem Roman „Väter und Söhne“ von I. S. Turgenjew. Arkadi Nikolajewitsch (Kirsanow) – Gestalt aus diesem Roman. *Der Übers.*

** Noch eine kleine Probe aus der Prosa unseres Arkadi Nikolajewitsch: „Jeder, der in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, das öffentliche Leben Rußlands zu beobachten, mußte zweifellos den verstärkten demokratischen Drang nach der von allen ideologischen Überlagerungen, allen Überbleibseln der historischen Vergangenheit entblößten, nach der ungeschminkten Idee der konstitutionellen Freiheit bemerken. Dieser Drang war in seiner Art eine Realisierung des langen Prozesses der Molekularveränderungen innerhalb der Demokratie, ihrer ovidischen Metamorphosen, die durch ihre kaleidoskopische Buntheit die Aufmerksamkeit und das Interesse einer ganzen Reihe einander ablösender Generationen im Laufe zweier Jahrzehnte in Anspruch genommen haben.“ Schade, daß das nicht wahr ist, denn die Idee der Freiheit wird nicht entblößt, sondern eben überschminkt durch den Idealismus der neuesten Philosophen der

die „Idee“ der Republik zunichte mache, wenn man die Anhänger der Monarchie in ihrem Kampf gegen die Selbstherrschaft unterstützt? Das ist ja eben das Malheur, daß sich das Denken Starowers hilflos in den engen Grenzen von Bedingungen, Losungen, Forderungen und Erklärungen bewegt und das einzig reale Kriterium außer acht läßt: den Grad der tatsächlichen Teilnahme am Kampf. Daraus ergibt sich in der Praxis unvermeidlich ein Beschönigen der radikalen Intelligenz, von der gesagt wird, mit ihr sei eine „Vereinbarung“ möglich. Die Intelligenz wird, dem Marxismus zum Hohn, für den „Bewegungsnerv“ (und nicht für den schönrednerischen Diener?) des Liberalismus erklärt. Den französischen und italienischen Radikalen wird attestiert, daß ihnen antidemokratische oder antiproletarische Forderungen fremd sind, obwohl jeder weiß, daß diese Radikalen unzählige Male ihre Programme verraten und das Bewußtsein des Proletariats getrübt haben, obwohl man in der gleichen Nummer (Nr. 78) der „Iskra“ auf der nächsten Seite (Seite 7) nachlesen kann, wie die Monarchisten und die Republikaner in Italien „im Kampf gegen den Sozialismus eins“ waren. Die Resolution der Saratower Intellektuellen (des Sanitätsvereins), in der es für notwendig erklärt wird, daß Vertreter des ganzen Volkes an der Gesetzgebung teilnehmen, wird zur „wahren Stimme (!) der Demokratie“ erklärt (Nr. 77). Der praktische Plan für die Teilnahme der Proletarier an der Semstwokampagne wird von dem Ratschlag begleitet, „ein gewisses Übereinkommen mit den Vertretern des linken Flügels der oppositionellen Bourgeoisie zu treffen“ (das berühmte Übereinkommen, keine panische Angst hervorzurufen). Auf Lenins Frage, wo denn die vielgepriesenen Vereinbarungsbedingungen Starowers geblieben seien, antwortete die Redaktion der neuen „Iskra“:

„Diese Bedingungen müssen sich die Parteimitglieder stets vor Augen halten, und da sie wissen, unter welchen Bedingungen allein die Partei bereit ist, formell ein politisches Übereinkommen mit der demokratischen Partei zu treffen, sind sie moralisch verpflichtet, auch bei privaten Vereinbarungen, von welchen in dem Schreiben die Rede ist, streng zu unterscheiden zwischen den zuver-

bürgerlichen Demokratie (Bulgakow, Berdjajew, Nowgorodzew u. a. Siehe „Probleme des Idealismus“ und „Nowy Put“ [Neuer Weg]). Schade auch, daß sich durch alle kaleidoskopisch bunten ovidischen Metamorphosen Starowers, Trotzki und Martows der entblößte Drang nach der Phrase zieht.

lässigen Vertretern der bürgerlichen Opposition, den echten Demokraten, und den liberalen Rahmabschöpfern.“*

Von Stufe zu Stufe. Neben einem Übereinkommen der Partei (das nach der Resolution Starowers allein zulässig ist) tauchen bereits Sondervereinbarungen in einzelnen Städten auf, neben formalen Vereinbarungen bereits moralische. Auf die bloße Erklärung hin, daß man „Bedingungen“ und ihre „moralische“ Verbindlichkeit anerkennt, erhält man den Titel „zuverlässiger“ und „echter Demokrat“, obwohl jedes Kind begreift, daß Dutzende und Hunderte von Semstwoschwätzern jedes beliebige Lippenbekenntnis ablegen, ja sogar mit dem Ehrenwort des Radikalen versichern werden, daß sie Sozialisten seien, bloß um die Sozialdemokraten zu beschwichtigen.

Nein, das Proletariat wird sich auf dieses Spiel mit Losungen, Erklärungen und Vereinbarungen nicht einlassen. Das Proletariat wird niemals vergessen, daß die bürgerlichen Demokraten keine zuverlässigen Demokraten sein können. Das Proletariat wird die bürgerliche Demokratie unterstützen, nicht auf Grund irgendwelcher Abmachungen mit ihr, keine panische Angst hervorzurufen, nicht auf Grund des Glaubens an ihre Zuverlässigkeit, sondern es wird sie dann und insoweit unterstützen, wenn und inwieweit sie tatsächlich gegen die Selbstherrschaft kämpft. Eine solche Unterstützung ist notwendig im Interesse des Kampfes, den das Proletariat für die Verwirklichung seiner selbständigen sozialen, revolutionären Ziele führt.

„Wperjod“ Nr. 3,
24. (11.) Januar 1905.

Nach dem Manuskript.

* Siehe den zweiten „Brief an die Parteiorganisationen“, der von der Redaktion ebenfalls konspirativ („nur für Parteimitglieder“) herausgegeben wurde, obwohl er nichts Konspiratives enthält. Außerordentlich aufschlußreich ist ein Vergleich dieser Antwort der ganzen Redaktion mit der „konspirativen“ Broschüre Plechanows „Über unsere Taktik hinsichtlich des Kampfes der liberalen Bourgeoisie gegen den Zarismus“ (Genf, 1905, Brief an das Zentralkomitee. Nur für Parteimitglieder). Wir hoffen, auf diese beiden Schriften noch zurückzukommen.

VON DER VOLKSTÜMLERRICHTUNG ZUM MARXISMUS

ERSTER ARTIKEL

Dieser Tage hat ein legales Blatt der Meinung Ausdruck gegeben, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, auf die „Gegensätze“ zwischen den Interessen der verschiedenen gegen die Selbstherrschaft auftretenden Klassen hinzuweisen. Diese Meinung ist nicht neu. Wir begegnen ihr, natürlich mit diesen oder jenen Vorbehalten, in den Spalten des „Oswoboshdenije“ und der „Rewoluzionnaja Rossija“. Daß unter den Vertretern der bürgerlichen Demokratie eine solche Auffassung herrscht, liegt in der Natur der Dinge. Was die Sozialdemokraten betrifft, so kann es unter ihnen in dieser Frage keine zwei Meinungen geben. Der gemeinsame Kampf des Proletariats und der Bourgeoisie gegen die Selbstherrschaft darf und kann das Proletariat nicht veranlassen, den feindlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der besitzenden Klassen zu vergessen. Die Klarlegung dieses Gegensatzes aber erfordert unbedingt die Klarlegung der tiefgehenden Unterschiede zwischen den Anschauungen der verschiedenen Richtungen. Daraus folgt selbstverständlich durchaus nicht, daß wir jene zeitweiligen Vereinbarungen ablehnen sollen, von denen der zweite Parteitag unserer Partei festgestellt hat, daß sie für die Sozialdemokraten zulässig sind, zulässig sowohl mit den Sozialrevolutionären als auch mit den Liberalen.

Die Sozialdemokraten betrachten die Sozialrevolutionäre als Vertreter der extremen linken Fraktion unserer bürgerlichen Demokratie. Die Sozialrevolutionäre sind darüber entrüstet und sehen in einer solchen Auffassung nichts als das häßliche Bestreben, den Gegner herabzusetzen und die

Reinheit seiner Absichten und seine Ehrlichkeit zu verdächtigen. In Wirklichkeit aber hat eine solche Auffassung mit irgendwelchen Verdächtigungen nichts zu tun, sie ist nur die marxistische Charakterisierung des Klassenursprungs und des Klassencharakters der Anschauungen der Sozialrevolutionäre. Je klarer und bestimmter die Sozialrevolutionäre ihre Anschauungen darlegen, um so mehr wird die marxistische Charakterisierung ihrer Anschauungen bestätigt. In dieser Hinsicht ist der in Nr. 46 der „*Револуционнаја Россіја*“ veröffentlichte Entwurf eines Programms der Partei der Sozialrevolutionäre von außerordentlichem Interesse.

Der Entwurf stellt nicht nur deshalb einen beträchtlichen Fortschritt dar, weil die Darlegung der Prinzipien viel klarer geworden ist. Der Fortschritt äußert sich auch im Inhalt der Prinzipien, es ist ein Fortschritt von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus, vom Demokratismus zum Sozialismus. Es zeigen sich die Früchte unserer gegen die Sozialrevolutionäre gerichteten Kritik: die Kritik zwang sie, ihre sozialistischen guten Vorsätze und die Ansichten, die sie mit dem Marxismus gemein haben, mit besonderem Nachdruck hervorzuheben. Um so deutlicher treten nun die Züge der alten, volkstümlerischen, verschwommen-demokratischen Anschauungen hervor. Wer uns etwa eines Widerspruchs zeihen wollte (einerseits Anerkennung der sozialistischen guten Vorsätze der Sozialrevolutionäre, andererseits Kennzeichnung ihrer sozialen Natur als bürgerlich-demokratisch), den wollen wir daran erinnern, daß schon im kommunistischen Manifest Beispiele nicht nur des kleinbürgerlichen, sondern auch des Bourgeoisozialismus analysiert werden. Die guten Vorsätze, Sozialist zu sein, schließen ein bürgerlich-demokratisches Wesen nicht aus.

Drei Grundzüge der Weltanschauung der Sozialrevolutionäre treten uns beim Studium des Entwurfs entgegen. Erstens theoretische Korrekturen am Marxismus. Zweitens Überbleibsel der Volkstümlerideologie in den Auffassungen von den „Arbeitsbauern“ und von der Agrarfrage. Drittens ebensolche Überbleibsel der volkstümlerischen Auffassungen vom angeblich nichtbürgerlichen Charakter der in Rußland bevorstehenden Revolution.

Ich sagte: *Korrekturen am Marxismus*. Jawohl, gerade darum handelt es sich. Der ganze grundlegende Gedankengang, das ganze Gerippe des Programms zeugt vom Sieg des Marxismus über die Volkstümlerideologie. Letztere lebt zwar immer noch (mit Hilfe von Revisionismus-Injektionen

allerneuester Mode), aber nur in Gestalt teilweiser „Berichtigungen“ des Marxismus. Nehmen wir die wichtigste allgemein-theoretische Korrektur: die Theorie vom günstigen und ungünstigen Verhältnis zwischen den positiven und negativen Seiten des Kapitalismus. Diese Korrektur bedeutet, soweit sie nicht lediglich auf Konfusion hinausläuft, das Hineintragen des alten russischen Subjektivismus in den Marxismus. Die Anerkennung der „schöpferischen“ historischen Leistung des Kapitalismus, der die Arbeit vergesellschaftet und die „soziale Kraft“ erzeugt, die fähig ist, die Gesellschaft umzugestalten, die Kraft des Proletariats — diese Anerkennung bedeutet den Bruch mit der Volkstümlerideologie und den Übergang zum Marxismus. Der Theorie des Sozialismus wird die objektive Entwicklung der Ökonomik und der Klassenscheidung zugrunde gelegt. Die Korrektur: „In einigen Zweigen der Industrie, besonders aber in der Landwirtschaft, und in ganzen Ländern“ ist das Verhältnis zwischen den positiven und negativen Seiten des Kapitalismus „im Begriff, (sieh an!) immer ungünstiger zu werden“. Das ist eine Wiederholung von Hertz und David, von Nik-on³⁰ und von W. W. mit seiner ganzen Theorie von den besonderen „Schicksalen des Kapitalismus in Rußland“. Die Rückständigkeit Rußlands im allgemeinen und der russischen Landwirtschaft im besonderen erscheint hier schon nicht mehr als Rückständigkeit in der kapitalistischen Entwicklung, sondern als eine die rückständigen Theorien rechtfertigende Eigenständigkeit. Neben der materialistischen Geschichtsauffassung kommt die alte Auffassung von der Intelligenz zum Vorschein, die angeblich imstande ist, mehr oder minder günstige Wege für das Vaterland zu wählen und zu einem über den Klassen stehenden Richter des Kapitalismus zu werden, nicht aber zum Sprachrohr der Klasse, die gerade infolge der Zerstörung der alten Lebensformen durch den Kapitalismus erzeugt wird. Ganz im Geiste der Volkstümler wird die Tatsache außer acht gelassen, daß die kapitalistische Ausbeutung in Rußland besonders abscheuliche Formen annimmt, weil vorkapitalistische Verhältnisse weiterbestehen.

Noch klarer wird die Volkstümlertheorie in den Betrachtungen über die Bauernschaft sichtbar. Im ganzen Entwurf werden unterschiedslos die Worte Werk tätige, Ausgebeutete, Arbeiterklasse, werktätige Masse, Klasse der Ausgebeuteten und Klassen der Ausgebeuteten gebraucht. Hätten die Verfasser wenigstens über diesen letzten, ihnen unversehens entschlüpften

Ausdruck (Klassen) nachgedacht, so hätten sie begriffen, daß im Kapitalismus nicht nur die Proletarier, sondern auch die Kleinbürger arbeiten und ausgebeutet werden. Von unseren Sozialrevolutionären ist dasselbe zu sagen, was von den legalen Volkstümlern gesagt wurde: Ihnen blieb die Ehre vorbehalten, einen Kapitalismus ohne Kleinbürgertum zu entdecken, den es niemals gegeben hat. Sie sprechen von der werktätigen Bauernschaft und verschließen dabei die Augen gegen die erwiesene, erforschte, statistisch belegte, beschriebene und wiedergekaute Tatsache, daß bei uns jetzt schon die bäuerliche Bourgeoisie das unbedingte Übergewicht in dieser werktätigen Bauernschaft hat, daß die wohlhabende Bauernschaft zwar ein Recht auf die Bezeichnung werktätige Bauernschaft hat, aber dennoch nicht ohne Lohnarbeiter auskommt und schon jetzt über mehr als die Hälfte der Produktivkräfte der Bauernschaft verfügt.

Überaus kurios ist von diesem Standpunkt aus jene Aufgabe, die sich die Partei der Sozialrevolutionäre in ihrem Minimalprogramm stellt: „Im Interesse des Sozialismus und des Kampfes gegen die bürgerlichen Eigentumsprinzipien sind sowohl die in der Dorfgemeinde als auch allgemein im Arbeitsleben wurzelnden Anschauungen, Traditionen und Lebensformen der russischen Bauernschaft, insbesondere ihre Auffassung vom Grund und Boden als Gemeingut aller Werktätigen, auszunutzen.“ Diese Aufgabe scheint auf den ersten Blick ganz harmlos, eine rein akademische Wiederholung der längst durch die Theorie und durch das Leben widerlegten Dorfgemeindeutopien. In Wirklichkeit aber haben wir es hier mit einer aktuellen politischen Frage zu tun, deren Lösung die russische Revolution in nächster Zeit zu geben verspricht: Wer wird den anderen ausnutzen? wird die sich sozialistisch wählende revolutionäre Intelligenz die im Arbeitsleben wurzelnden Anschauungen der Bauern im Interesse des Kampfes gegen die bürgerlichen Eigentumsprinzipien ausnutzen? oder werden die Bauern, die bürgerliche Eigentümer und zugleich Werktätige sind, die sozialistischen Phrasen der revolutionär-demokratischen Intelligenz im Interesse des Kampfes gegen den Sozialismus ausnutzen?

Wir sind der Ansicht, daß sich (entgegen dem Willen und unabhängig vom Bewußtsein unserer Opponenten) die zweite Perspektive verwirklichen wird. Wir sind überzeugt, daß sie sich verwirklichen wird, denn zu neun Zehnteln ist sie bereits verwirklicht. Die aus „bürgerlichen Eigentümern“ (die zugleich Werktätige sind) bestehende Bauernschaft hat sich

ja bereits die sozialistischen Phrasen der volkstümlerischen, demokratischen Intelligenz nutzbar gemacht, die mit ihren Artels und Genossenschaften, ihrem Futterkräuteranbau und ihren Pflügen, mit Semstwolagern und Banken die „Traditionen und Lebensformen der werktätigen Bauern“ zu unterstützen wähnte, während sie in Wirklichkeit die Entwicklung des Kapitalismus innerhalb der Dorfgemeinde unterstützte. Die ökonomische Geschichte Rußlands hat also bereits bewiesen, was morgen von der politischen Geschichte Rußlands bewiesen werden wird. Und die ganze Aufgabe des klassenbewußten Proletariats besteht darin, daß es, ohne auf die Unterstützung der fortschrittlichen und revolutionären Bestrebungen der *bürgerlichen* werktätigen Bauernschaft zu verzichten, dem Landproletariat die Unvermeidlichkeit seines morgigen Kampfes gegen diese Bauernschaft klarmacht, ihm die wirklich sozialistischen Ziele klarmacht zum Unterschied von den bürgerlich-demokratischen Schwärmereien für die ausgleichende Bodennutzung. Zusammen mit der Dorfbourgeoisie gegen die Überreste der Leibeigenschaft, gegen die Selbstherrschaft, die Pfaffen, die Gutsbesitzer; zusammen mit dem städtischen Proletariat gegen die Bourgeoisie überhaupt und gegen die Dorfbourgeoisie im besonderen — das ist die einzig richtige Lösung des Landproletariats, das ist das einzig richtige Agrarprogramm der Sozialdemokratie Rußlands in der gegenwärtigen Zeit. Ein solches Agrarprogramm wurde auch von unserem II. Parteitag angenommen. Zusammen mit der Dorfbourgeoisie für die Demokratie, zusammen mit dem städtischen Proletariat für den Sozialismus — diese Lösung wird sich die Dorfarmut viel gründlicher zu eigen machen als die glänzenden, aber inhaltlosen trügerischen Lösungen der volkstümlernden Sozialrevolutionäre.

Wir kommen jetzt zu dem dritten der obenerwähnten Hauptpunkte des Entwurfs. Mit den Ansichten der konsequenten Volkstümler, die gegen die politische Freiheit waren, weil diese die Macht ja doch nur der Bourgeoisie ausliefern würde, haben die Verfasser des Entwurfs bereits gebrochen. Doch zeigen sich Überreste der Volkstümlerauffassungen sehr klar dort, wo der Entwurf die Selbstherrschaft und die Stellung der verschiedenen Klassen zur Selbstherrschaft charakterisiert. Wie immer sehen wir auch hier, daß gleich die ersten Versuche der kleinbürgerlichen revolutionären Intelligenz, ihre Auffassung von der *Wirklichkeit* präzise darzulegen, unvermeidlich zur völligen Entlarvung ihres widerspruchsvollen

und überholten Standpunkts führen. (In Parenthese sei daher bemerkt, daß man die Diskussionen mit den Sozialrevolutionären stets auf die Frage nach der Auffassung von der Wirklichkeit hinlenken sollte, denn allein diese Frage deckt deutlich die Ursachen unserer tiefgehenden politischen Differenzen auf.)

„Die reaktionäre Klasse der Großindustriellen und Großkaufleute, die nirgends so reaktionär ist wie bei uns“, lesen wir im Entwurf, „benötigt immer mehr den Schutz der Selbstherrschaft gegen das Proletariat...“ Das ist falsch, denn nirgends in Europa macht sich so stark wie bei uns die Gleichgültigkeit der führenden Bourgeois gegenüber der absolutistischen Regierungsform bemerkbar. Die Unzufriedenheit mit der Selbstherrschaft nimmt in der Bourgeoisie trotz ihrer Furcht vor dem Proletariat zu — zum Teil einfach deshalb, weil die Polizei bei all ihrer unbeschränkten Gewalt die Arbeiterbewegung nicht auszumerzen vermag. Der Entwurf spricht von einer „Klasse“ der Großindustriellen und verwechselt auf diese Weise Teile und Fraktionen der Bourgeoisie mit der Gesamtbourgeoisie als Klasse. Dies ist um so unrichtiger, als die Selbstherrschaft gerade die mittleren und kleinen Bourgeois am allerwenigsten zufriedenzustellen vermag.

„...Der Landadel und das Dorfkulakentum benötigen immer mehr die gleiche Unterstützung gegen die werktätigen Massen des flachen Landes...“ Ach nein? Woher kommt dann der Semstwoliberalismus? Woher die Sympathie der kulturelle reformerischen (demokratischen) Intelligenz für das tüchtige Bäuerlein und umgekehrt? Oder hat etwa der Kulak mit dem tüchtigen Bäuerlein nichts gemein?

„...Die Existenz der Selbstherrschaft gerät in unversöhnlichen und sich fortschreitend verschärfenden Gegensatz zu der ganzen wirtschaftlichen, sozial-politischen und kulturellen Entwicklung des Landes...“

Da haben sie also die eigenen Prämissen glücklich ad absurdum geführt! Ist denn ein „unversöhnlicher Gegensatz“ zu der ganzen wirtschaftlichen usw. Entwicklung des Landes denkbar, der nicht in der Stimmung der wirtschaftlich herrschenden Klassen zum Ausdruck käme?? Entweder — oder: Entweder ist die Selbstherrschaft mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wirklich unvereinbar, dann ist sie auch unvereinbar mit den Interessen der Gesamtklasse der Industriellen, Kaufleute, Gutsbesitzer und wirtschaftlich starken Bauern. Daß es diese Klasse ist, in deren

Händen „unsere“ wirtschaftliche Entwicklung seit 1861 liegt, dürfte wahrscheinlich auch den Sozialrevolutionären nicht unbekannt sein (obwohl sie bei W. W. das Gegenteil gelernt haben). Daß eine Regierung, die mit der Klasse der Bourgeoisie im ganzen unvereinbar ist, auf die Zwistigkeiten zwischen den Fraktionen und Schichten der Bourgeoisie spekulieren kann, daß sie sich mit den Protektionisten gegen die Freihändler verständigen, sich auf die eine Schicht gegen die andere stützen und eine solche Äquilibristik jahre-, ja jahrzehntelang betreiben kann — das lehrt uns die ganze europäische Geschichte. Oder aber, bei uns „benötigen immer mehr“ sowohl die Industriellen als auch die Gutsbesitzer und die bäuerlichen Bourgeois die Selbstherrschaft. Dann wird man annehmen müssen, daß sie, die wirtschaftlichen Gebieter des Landes, sogar in ihrer Gesamtheit, als Klasse, die Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht begreifen, daß diese Interessen sogar von den fortgeschrittenen, gebildeten und intellektuellen Vertretern und Führern dieser Klassen nicht begriffen werden!

Wird man aber nicht eher annehmen müssen, daß unsere Sozialrevolutionäre die Sache nicht begreifen? Man sehe nur: Einige Zeilen weiter geben sie selbst zu, daß es „eine liberal-demokratische Opposition gibt, die vorwiegend die klassenmäßig eine Zwischenstellung einnehmenden Elemente der gebildeten Gesellschaft umfaßt“. Ist etwa unsere gebildete Gesellschaft keine bürgerliche Gesellschaft? Ist sie etwa nicht durch Tausende Fäden mit den Kaufleuten, den Industriellen, den Gutsbesitzern und den wirtschaftlich starken Bauern verknüpft? Hat etwa der liebe Gott Rußland dazu ausersehen, einen Kapitalismus zu haben, bei dem die liberal-demokratische Opposition keine bürgerlich-demokratische Opposition ist? Kennen vielleicht die Sozialrevolutionäre aus der Geschichte ein solches Beispiel, können sie sich etwa Verhältnisse vorstellen, unter denen die Opposition der Bourgeoisie gegen die Selbstherrschaft *nicht* durch die liberale, gebildete „Gesellschaft“ zum Ausdruck gekommen wäre?

Die Verworrenheit des Entwurfs ist das unvermeidliche Ergebnis der Vermengung von Volkstümlerideologie und Marxismus. Nur der Marxismus hat das Verhältnis zwischen dem Kampf für die Demokratie und dem Kampf für den Sozialismus wissenschaftlich richtig analysiert, und diese Analyse wird durch die Wirklichkeit immer mehr bestätigt. Wie in der ganzen Welt, gibt es auch bei uns eine bürgerliche Demokratie und eine

Arbeiterdemokratie. Wie in der ganzen Welt, muß auch bei uns die Sozialdemokratie die unvermeidlichen Illusionen der bürgerlichen Demokratie schonungslos enthüllen, muß den Umstand enthüllen, daß die bürgerliche Demokratie ihre eigene Natur nicht begreift. Wie in der ganzen Welt, muß auch bei uns das klassenbewußte Proletariat die bürgerliche Demokratie in ihrer Opposition und in ihrem Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft, gegen die Selbstherrschaft unterstützen, ohne auch nur einen Augenblick seine Klassenselbständigkeit und sein Klassenziel, den Sturz der Bourgeoisie, zu vergessen.

„Wperjod“ Nr. 3,
24. (11.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

DER PETERSBURGER STREIK

Der Streik, der am 3. Januar in den Putilow-Werken begonnen hat, entwickelt sich zu einer der großartigsten Aktionen der Arbeiterbewegung. Unsere Informationen bestehen vorläufig nur aus Berichten der ausländischen und der legalen russischen Zeitungen. Aber auch diese Berichte lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß der Streik bereits zu einem politischen Ereignis von größter Bedeutung geworden ist.

Der Streik begann rein spontan. Es handelte sich um einen der Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital, die sich immer wieder ereignen. Dieses Mal gab die Entlassung von vier Arbeitern durch die Werkleitung den Anstoß. Erfüllt vom Geist der Solidarität, setzten sich die Arbeiter zur Wehr und forderten die Wiedereinstellung der Entlassenen. Die Bewegung erstarkte rasch. Der legale „Russische Verein der Fabrik- und Werkarbeiter“³¹ beteiligte sich daran, und der Streik ging in die nächste, höhere Phase über.

Der legale Arbeiterverein war Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit der Subatowleute. Und nun wächst die Subatowsche Bewegung über ihren Rahmen hinaus, und diese von der Polizei im Interesse der Polizei, zur Unterstützung der Selbstherrschaft, zur Demoralisierung des politischen Bewußtseins der Arbeiter geschaffene Bewegung wendet sich gegen die Selbstherrschaft, wird zu einem Ausbruch des proletarischen Klassenkampfes.

Die Sozialdemokraten haben schon seit langem auf die Unvermeidlichkeit solcher Resultate unserer Subatowiade hingewiesen. Die Legalisierung der Arbeiterbewegung, sagten sie, wird unbedingt uns, den Sozialdemokraten, Nutzen bringen. Sie wird gewisse, besonders rückständige Arbei-

terschichten in die Bewegung hineinziehen, wird jene aufrütteln helfen, die ein sozialistischer Agitator nicht so bald, vielleicht sogar niemals aufrüttelt hätte. Aber einmal in die Bewegung hineingezogen und für die Frage ihres Schicksals interessiert, würden die Arbeiter weitergehen. Die legale Arbeiterbewegung wird nur eine neue, breitere Grundlage für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sein.*

Ohne Zweifel hat sich in Petersburg die Sache gerade so abgespielt.

Zwei Umstände trugen zur besonderen Ausdehnung der Bewegung bei: erstens der für den wirtschaftlichen Kampf günstige Zeitpunkt (die Ausführung der Aufträge des Kriegs- und des Marineministeriums ist für die Regierung dringend notwendig); zweitens das Anschwellen der konstitutionellen Bewegung in der Gesellschaft. Die Arbeiter, die den Streik zum Schutz einzelner entlassener Kollegen begonnen hatten, gingen dazu über, umfassende wirtschaftliche Forderungen zu stellen. Diese Forderungen sind: der Achtstundentag, ein Mindestlohn (1 Rubel für Arbeiter und 70 Kopeken für Arbeiterinnen), Abschaffung des Überstundenzwangs (und doppelter Lohn für Überstunden), Verbesserung der sanitären Verhältnisse und der ärztlichen Hilfe usw. Der Streik begann zu einem Generalstreik zu werden.

Ausländische Zeitungen berichten vom Sonnabend, dem 8. (21.) Januar, daß sogar nach den amtlichen russischen Meldungen 174 Werke, Fabriken und Werkstätten mit rund 96000 Arbeitern die Arbeit eingestellt haben.

Wir sind Zeugen eines der großen Zusammenstöße zwischen der sich formierenden Proletarierklasse und ihren Feinden, Zusammenstöße, die noch vielen kommenden Jahren ihren Stempel aufdrücken werden.

Bei den wirtschaftlichen Forderungen blieb es jedoch nicht. Die Bewegung begann politischen Charakter anzunehmen. Die dortigen Sozialdemokraten machten den (wenn auch offenbar noch sehr schwachen) Versuch, an der Bewegung teilzunehmen. In riesigen Arbeiterversammlungen mit mehreren tausend Teilnehmern ging man zur Diskussion politischer Forderungen und zur Annahme von Resolutionen für die politische Freiheit über. Die von den Arbeitern verfaßte Petition gliedert sich, wie gemeldet wird, in drei Teile.³² Im ersten Teil werden Rechte für das Volk gefordert. Im zweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut des Vol-

* Vergleiche Lenins „Was tun?“, S. 86–88. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 471/472. Die Red.)

kes. Im dritten Maßnahmen gegen die Unterdrückung der Arbeit durch das Kapital. Die Forderungen des ersten Teils sind: Unantastbarkeit der Person, Rede-, Versammlungs- und Gewissensfreiheit; obligatorischer Schulunterricht auf Kosten des Staates, Teilnahme von gewählten Volksvertretern an der Gesetzgebung, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Verantwortlichkeit der Minister, Aufhebung der Ablösezahlungen, billiger Kredit, allmähliche Verteilung der Staatsländereien an das Volk, Einkommensteuer. (Wenn diese Meldung auf Wahrheit beruht, so zeigt sie eine außerordentlich interessante Reflektierung des Programms der Sozialdemokraten in den Köpfen der Masse oder ihrer wenig aufgeklärten Führer.) Der Korrespondent der englischen Zeitung „The Standard“ meldet, daß am 5. (18.) Januar drei Versammlungen (davon eine mit 4000 und eine andere mit 2000 Teilnehmern) stattfanden und daß für folgende politische Forderungen gestimmt wurde: 1. sofortige Einberufung einer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten konstituierenden Versammlung; 2. Beendigung des Krieges; 3. vollständige Amnestie für die politischen Verbannten und Gefangenen; 4. Presse- und Gewissensfreiheit; 5. Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Die ausländischen Zeitungen vom 8. (21.) Januar bringen Meldungen über eine für Sonntag, den 9. (22.) Januar, geplante Demonstration vor dem Winterpalast, bei der „dem Zaren persönlich“ eine Petition überreicht werden soll. Die Arbeiter erklären: Freiheit oder Tod. Delegierte der Arbeiter von Moskau und Libau sind nach Petersburg unterwegs.

So lauten die knappen und noch ungeprüften Meldungen, über die wir augenblicklich verfügen. Es ist offenkundig, daß die Bewegung den Höhepunkt ihrer Entwicklung bei weitem noch nicht erreicht hat, und man muß die Ereignisse abwarten, um das Geschehen voll würdigen zu können. Augenfällig ist der erstaunlich schnelle Übergang der Bewegung von einem rein ökonomischen zum politischen Charakter, die gewaltige Solidarität und Energie Zehntausender, ja Hunderttausender Proletarier — und das alles, obwohl die bewußte sozialdemokratische Einwirkung fehlt oder verschwindend gering ist. Die Primitivität der sozialistischen Anschauungen bei einigen Führern der Bewegung und die Zähigkeit des naiven Glaubens an den Zaren bei gewissen Elementen der Arbeiterklasse verringern nicht, sondern verstärken eher die Bedeutung des zum Durchbruch kommenden revolutionären Instinkts des Proletariats. Der politische Protest

der führenden unterdrückten Klasse und ihre revolutionäre Energie durchbrechen alle Schranken, sowohl die äußeren — die Polizeiverbote, als auch die inneren — die ideologische Unreife und Rückständigkeit einiger Führer. Die Arbeit der Sozialdemokratie im Laufe der letzten zehn Jahre und die Lehren der Arbeiterbewegung in dieser Zeit haben ihre Früchte getragen: sie haben die Ideen des Sozialismus und des politischen Kampfes in die breitesten Kanäle strömen lassen. Das Proletariat zeigt durch die Tat, daß nicht zwei Kräfte (Selbstherrschaft und bürgerliche Gesellschaft) die Arena der politischen Bewegung in Rußland beherrschen, wie manche kleinmütig zu glauben geneigt waren. Das Proletariat zeigt uns wirklich hohe Formen der Mobilisierung der revolutionären Klassenkräfte; und selbstverständlich geht die Mobilisierung nicht im Anschluß an zweit-rangige Manifestationen in irgendeiner Stadtduma vor sich, sondern im Anschluß an die Massenbewegungen wie die Rostower Demonstration und die Streiks im Süden vom Jahre 1903. Und diese neue, diese höhere Mobilisierung der revolutionären Kräfte des Proletariats bringt uns mit Siebenmeilenstiefeln jenem Zeitpunkt näher, an dem das Proletariat noch entschiedener, noch bewußter den Kampf gegen die Selbstherrschaft aufnehmen wird!

„Wperjod“ Nr. 3,
24. (11.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

UNSERE TARTUFFS

Die „Iskra“ Nr. 83, die wir soeben erhalten haben, bringt eine Erklärung der Menschewiki und des ZK über „die vollständige Einstellung der organisatorischen Absonderung der Minderheit“. „Die Minderheit“, so beteuert man uns, „hört auf, sich als ein *Lager* zu betrachten, und in Zukunft kann weder von einem Boykott des ZK noch von *ultimativen Forderungen* an das ZK die Rede sein.“ Ein klein bißchen verspätet kommt diese Erklärung! Aus der Broschüre Lenins („Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei“*) weiß die Partei jetzt, daß die „ultimativen Forderungen“, Popow, Fischer und Fomin zu kooptieren, *bereits erfüllt sind*, allerdings heimlich, *durch Betrug an der Partei*. Die ultimative Forderung, durch ebensolche Betrügereien die Einberufung des III. Parteitags zu vereiteln, ist gleicherweise erfüllt. Die Desorganisation der örtlichen Arbeit dauert an, und das sogenannte ZK hat (laut Mitteilung der „Iskra“) in Sankt Petersburg bereits eine „*besondere Organisation*“ oder Gruppe bestätigt, „da es ihren zahlreichen (?) Mitgliedern offensichtlich nicht möglich ist, unter der Leitung des Lokalkomitees zu arbeiten“.

So ist nunmehr alles, was die „Mehrheit“ gesagt und vorausgesagt hat – von dem „Brief“ Lenins („Warum bin ich aus der Redaktion ausgetreten?“, Dezember 1903**) bis zur Broschüre Orłowskis „Der Rat gegen die Partei“ – durch die Ereignisse *voll und unwiderleglich* bestätigt worden. Das reale Objekt des anderthalbjährigen Kampfes war die Kooptierung von vier Mitgliedern in das Zentralorgan und von dreien in

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 537–547. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 110–117. *Die Red.*

das Zentralkomitee. Um der Kooptierung willen wurden die Theorie von der Organisation als Prozeß und ein Haufen „prinzipieller“ Meinungsverschiedenheiten ausgeheckt. Um dieser Kooptierung willen haben unsere Zentralstellen jetzt endgültig mit der Partei gebrochen und brechen mit den Lokalkomitees, und zwar mit jedem einzeln. Die Richtigkeit unserer Losung „Die Mehrheit muß alle und jegliche Beziehungen zu den Desorganisatoren abbrechen“ („Wperjod“ Nr. 1, „Es ist Zeit, Schluß zu machen“*), bestätigt sich voll und ganz.

Äußerst interessant ist auch folgende Stelle aus der Erklärung der „Iskra“: „Der Beschluß der Bevollmächtigten“ (der Minderheit) „wurde allen Anhängern der Minderheit, die in den Komitees Kiew, Charkow, Dongebiet, Kubangebiet, Petersburg und Odessa, im Donez- und im Krimbund sowie in anderen Parteiorganisationen tätig sind, zur Diskussion unterbreitet.“ So hat also der Auslandszirkel nach einer *fast andert-halb-jährigen* erbitterten Kampagne mit Hilfe des ZO, des Rats der Partei und (seit Mai) des ZK von den 20 russischen Komitees, die auf dem II. Parteitag vertreten waren, nur fünf erobert!**) Bemerkenswerte Gruppen außerhalb der Komitees, die einer Aufzählung in der „Iskra“ für würdig befunden wurden, sind nur in zwei Städten entstanden, in Petersburg und in Odessa. Das Komitee des Kubangebiets ist offensichtlich erst in allerletzter Zeit zusammengezimmert worden, um ein paar zusätzliche Stimmen zu erhalten.

Die „Iskra“, das Organ der Minderheit, bestätigt also jetzt, im Januar, die Richtigkeit jener Charakteristik der Lage in der Partei, die im September ein anderer Menschewik gegeben hat. Ein Beauftragter des ZK,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 21—26. *Die Red.*

** Von den Komitees, die am Parteitag teilgenommen haben, ist einzig und allein das Kiewer Komitee von der Mehrheit zur Minderheit übergegangen, das heißt, auf dem Parteitag waren seine beiden Delegierten Bolschewiki, und jetzt überwiegen im Komitee die Menschewiki. Umgekehrt waren beide Delegierte des Nikolajewer und des Sibirischen Komitees auf dem Parteitag Menschewiki, während sich diese Komitees nach dem Parteitag auf die Seite der Mehrheit stellten. Die Komitees von Odessa, vom Dongebiet, von Ufa und von Moskau gehörten auf dem Parteitag halb zur Mehrheit und halb zur Minderheit (je ein Delegierter hier und einer dort). Von diesen ist jetzt lediglich das Donkomitee menschewistisch.

der mit der Minderheit sympathisiert und jetzt in das ZK kooptiert ist, schrieb nämlich im September an das Mitglied des ZK Glebow, daß „in Rußland die Minderheit machtlos ist“, hinter ihr ständen lediglich vier Komitees. Diese Machtlosigkeit des Auslandszirkels zwang ihn denn auch, zu einem bonapartistischen Staatsstreich im ZK Zuflucht zu nehmen und mit Hilfe betrügerischer Machenschaften den III. Parteitag zu hintertreiben.

„Wperjod“ Nr. 3,
24. (11.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

DER BEGINN DER REVOLUTION IN RUSSLAND

Genf, Mittwoch, den 25. (12.) Januar

Gewaltige historische Ereignisse spielen sich in Rußland ab. Das Proletariat hat sich gegen den Zarismus erhoben. Das Proletariat wurde von der Regierung zum Aufstand getrieben. Jetzt sind kaum noch Zweifel möglich, daß die Regierung die verhältnismäßig ungehinderte Entwicklung der Streikbewegung und den Beginn der großen Demonstration absichtlich zuließ, weil sie die Dinge bis zur Anwendung von Waffengewalt treiben wollte. Und sie hat es dahin gebracht! Tausende von Toten und Verwundeten — das ist das Ergebnis des 9. Januar, des Blutsonntags in Petersburg. Das Militär hat wehrlose Arbeiter, Frauen und Kinder besiegt. Das Militär hat den Feind bezwungen, hat am Boden liegende Arbeiter zusammengeschoßen. „Wir haben ihnen eine ordentliche Lektion erteilt!“ sagen jetzt mit unbeschreiblichem Zynismus die Zarendiener und ihre europäischen Lakaien aus dem Lager der konservativen Bourgeoisie.

Ja, es war eine große Lektion! Das russische Proletariat wird diese Lektion nicht vergessen. Die unaufgeklärtesten, rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse, die naiv an den Zaren glaubten und aufrichtig wünschten, „dem Zaren persönlich“ die Bitten des gequälten Volkes friedlich zu überreichen, sie alle haben durch das vom Zaren oder vom Onkel des Zaren, Großfürst Wladimir, geführte Militär eine Lektion erhalten.

Die Arbeiterklasse hat eine große Lektion des Bürgerkriegs erhalten; die revolutionäre Erziehung des Proletariats hat an diesem einen Tag so große Fortschritte gemacht, wie sie sie in Monaten und Jahren des grauen, niederdrückenden Alltagslebens nicht hätte machen können. Die Losung des heldenmütigen Petersburger Proletariats „Tod oder Freiheit!“ halt

jetzt als Echo durch ganz Rußland wider. Die Ereignisse entwickeln sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Der Generalstreik in Petersburg breitet sich aus. Die ganze Industrie, das öffentliche und politische Leben sind lahmgelegt. Am Montag, dem 10. Januar, werden die Zusammenstöße der Arbeiter mit dem Militär noch erbitterter. Entgegen den lügenhaften Regierungsmeldungen fließt an vielen, vielen Stellen der Hauptstadt Blut. Die Arbeiter von Kolpino erheben sich. Das Proletariat bewaffnet sich und bewaffnet das Volk. Wie es heißt, haben sich die Arbeiter des Sestrorezker Waffenarsenals bemächtigt. Die Arbeiter verschaffen sich Revolver, schmieden sich aus ihren Werkzeugen Waffen und beschaffen Bomben für den erbitterten Kampf um die Freiheit. Der Generalstreik greift auf die Provinz über. In Moskau haben bereits 10000 Menschen die Arbeit niedergelegt. Für morgen (Donnerstag, den 13. Januar) ist in Moskau der Generalstreik ausgerufen. In Riga ist eine Meuterei ausgebrochen. Die Lodzer Arbeiter veranstalten Kundgebungen, Warschau rüstet zum Aufstand, in Helsingfors demonstriert das Proletariat. In Baku, Odessa, Kiew, Charkow, Kowno und Wilna wächst die Gärung unter den Arbeitern, dehnt sich der Streik aus. In Sewastopol brennen die Lagerhäuser und das Arsenal des Marineamtes, die Truppen weigern sich, auf die aufständischen Matrosen zu schießen. Streik in Reval und in Saratow. Bewaffneter Zusammenstoß der Arbeiter und der Reservisten mit dem Militär in Radom.

Die Revolution breitet sich aus. Schon beginnt die Regierung zu laviieren. Von der Politik blutiger Repressalien versucht sie zu wirtschaftlichen Zugeständnissen überzugehen und mit einem Almosen oder mit dem Versprechen des Neunstundentags davonzukommen. Aber die Lektion des Bluttags kann nicht umsonst gewesen sein. Die Forderung der aufständischen Petersburger Arbeiter — sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts — muß zur Forderung aller streikenden Arbeiter werden. Sofortiger Sturz der Regierung — das ist die Losung, mit der sogar die Petersburger Arbeiter, die an den Zaren geglaubt hatten, auf das Blutbad vom 9. Januar antworteten, durch den Mund ihres Führers, des Priesters Georgi Gapon antworteten, der nach diesem Bluttag erklärte: „Wir haben keinen Zaren mehr. Ein Strom von Blut trennt den Zaren vom Volk. Es lebe der Kampf um die Freiheit!“

Es lebe das revolutionäre Proletariat! sagen wir. Immer breitere Massen der Arbeiterklasse und der städtischen Armen werden durch den Generalstreik aufgerüttelt und mobilisiert. Die Bewaffnung des Volkes wird zu einer der nächsten Aufgaben der revolutionären Situation.

Nur das bewaffnete Volk kann ein wirkliches Bollwerk der Volksfreiheit sein. Und je schneller es dem Proletariat gelingen wird, sich zu bewaffnen, je länger es sich in seiner Kampfposition des Streikenden und Revolutionärs halten wird, um so rascher kommen die Truppen ins Wanken, um so mehr werden sich unter den Soldaten Menschen finden, die endlich erkennen, was sie tun, die auf die Seite des Volkes treten gegen die Ungeheuer, gegen den Tyrannen, gegen die Mörder wehrloser Arbeiter, Arbeiterfrauen und -kinder. Wie immer auch der jetzige Aufstand in der Stadt Petersburg enden möge, auf jeden Fall wird er unvermeidlich und unausbleiblich die erste Stufe zu einem noch umfassenderen, noch bewußteren und besser vorbereiteten Aufstand bilden. Vielleicht gelingt es der Regierung, die Stunde der Vergeltung hinauszuschieben, aber der Aufschub wird den nächsten Schritt des revolutionären Ansturms nur noch grandioser gestalten. Der Aufschub wird der Sozialdemokratie nur Gelegenheit geben, die Reihen der organisierten Kämpfer zusammenzuschließen und die Nachricht von den Taten der Petersburger Arbeiter zu verbreiten. Das Proletariat wird sich in wachsendem Maße dem Kampf anschließen, es wird die Fabriken und Werke verlassen und sich Waffen beschaffen. Die Losungen des Kampfes um die Freiheit werden unter den armen Bevölkerungsschichten der Städte, unter den Millionen Bauern immer weitere Verbreitung finden. In jeder Fabrik, in jedem Stadtbezirk, in jedem größeren Dorf werden sich revolutionäre Komitees bilden. Das aufständische Volk wird darangehen, alle Regierungsinstitutionen der zaristischen Selbstherrschaft zu stürzen, es wird die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung proklamieren.

Die sofortige Bewaffnung der Arbeiter und aller Bürger überhaupt, die Ausbildung und Organisation der revolutionären Kräfte für die Vernichtung der Regierungsbehörden und -institutionen — das ist die praktische Grundlage, auf der sich alle Revolutionäre zum gemeinsamen Schlag vereinigen können und müssen. Das Proletariat muß stets seinen selbständigen Weg gehen, es darf seine Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei nicht lockern, es muß stets seines großen Endziels, der

Befreiung der ganzen Menschheit von jeder Ausbeutung, eingedenk sein. Aber diese Selbständigkeit der sozialdemokratischen proletarischen Partei wird uns niemals vergessen lassen, wie wichtig im Zeitpunkt der wirklichen Revolution der gemeinsame revolutionäre Ansturm ist. Wir Sozialdemokraten können und müssen unabhängig von den Revolutionären der bürgerlichen Demokratie unseren Weg gehen und die Selbständigkeit des Proletariats als Klasse wahren, aber wir müssen Hand in Hand mit ihnen gehen während des Aufstands, wenn dem Zarismus direkte Schläge versetzt werden, wenn den Truppen Widerstand geleistet wird und die Bastillen des verruchten Feindes des ganzen russischen Volkes gestürmt werden.

Auf das Proletariat ganz Rußlands blickt jetzt mit fieberhafter Spannung das Proletariat der ganzen Welt. Der von unserer Arbeiterklasse heldenhaft begonnene Sturz des Zarismus in Rußland wird ein Wendepunkt in der Geschichte aller Länder sein, wird allen Arbeitern aller Nationen, in allen Staaten, in allen Teilen des Erdballs ihre Sache erleichtern. Und möge jeder Sozialdemokrat, jeder klassenbewußte Arbeiter dessen eingedenk sein, welche riesigen Aufgaben ihm jetzt der Kampf des ganzen Volkes auferlegt. Möge er nicht vergessen, daß er die Nöte und Interessen auch der ganzen Bauernschaft, der ganzen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten, des ganzen Volkes gegen den Feind des gesamten Volkes vertritt. Vor aller Augen steht jetzt das Beispiel der heldenmütigen Proletarier von Petersburg.

Es lebe die Revolution!

Es lebe das aufständische Proletariat!

„Wperjod“ Nr. 4,
31. (18.) Januar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

REVOLUTIONSTAGE

*Veröffentlicht am 31. (18.) Januar 1905
im „Wperjod“ Nr. 4.*

*Nach dem mit dem Manuskript
vergleichenen Text des „Wperjod“.*

WAS GESCHIEHT IN RUSSLAND?

Revolte oder Revolution? Das fragen sich die europäischen Journalisten und Reporter, die der ganzen Welt über die Petersburger Ereignisse berichten und sie einzuschätzen versuchen. Sind diese Zehntausende Proletarier, gegen die die Truppen des Zaren siegreich vorgegangen sind, Rebellen oder Insurgenten? Und die ausländischen Zeitungen, die am ehesten die Möglichkeit haben, die Ereignisse „als Außenstehende“, mit der Unvoreingenommenheit der Chronisten, zu betrachten, finden keine rechte Antwort auf diese Frage. Sie wechseln fortwährend von der einen Terminologie zur anderen. Und das ist nicht verwunderlich. Nicht umsonst sagt man, eine Revolution sei eine gelungene Revolte und eine Revolte eine mißlungene Revolution. Wer den Beginn großer und grandioser Ereignisse miterlebt, wer nur sehr unvollständig, ungenau, aus dritter Hand einiges über die Vorgänge zu erfahren vermag, der kann sich selbstverständlich zunächst nicht zu einer bestimmten Stellungnahme entschließen. Die bürgerlichen Zeitungen, die nach wie vor von Revolte, Aufruhr und Unruhen reden, können indessen nicht umhin, deren nationale, ja sogar internationale Bedeutung anzuerkennen. Aber diese Bedeutung ist es ja eben, die den Ereignissen den Charakter einer Revolution verleiht. Und wer von den letzten Tagen des Aufruhrs schreibt, beginnt unwillkürlich von den ersten Tagen der Revolution zu sprechen. Der Wendepunkt in der Geschichte Rußlands ist da. Das leugnet selbst der eingefleischteste europäische Konservative nicht, der für die gewaltige, keiner Kontrolle unterworfenen Macht der allrussischen Selbstherrschaft schwärmt und von ihr begeistert ist. Von einem Frieden zwischen Selbstherrschaft und Volk kann keine Rede sein. Von der Revolution sprechen nicht nur irgendwelche Tollköpfe, nicht nur „Nihilisten“, wofür Europa die russischen Revolutionäre immer noch hält, sondern jedermann, der halbwegs fähig ist, für die Weltpolitik Interesse aufzubringen.

Die russische Arbeiterbewegung hat innerhalb weniger Tage eine höhere Stufe erklommen. Vor unseren Augen wird sie zu einem Aufstand des ganzen Volkes. Natürlich ist es uns hier, in Genf, aus der verwünschten Ferne, unvergleichlich schwerer, mit den Ereignissen Schritt zu halten. Aber solange wir noch dazu verurteilt sind, in dieser verwünschten Ferne zu *schmachten*, müssen wir *bemüht sein, mit ihnen Schritt zu halten*, die Ergebnisse festzustellen, Schlüsse zu ziehen, aus der Erfahrung der heutigen Geschichte Lehren zu schöpfen, die morgen von Nutzen sein werden, an anderer Stelle, wo heute noch „das Volk stumm bleibt“ und wo über kurz oder lang in dieser oder jener Form die Flammen der Revolution auflodern werden. Wir müssen das tun, was ständig die Pflicht des Publizisten ist: die Geschichte der Gegenwart schreiben und uns bemühen, sie so zu schreiben, daß diese unsere Geschichte den an der Bewegung unmittelbar Beteiligten und den heldenhaften Proletariern dort, am Ort der Aktionen, die größtmögliche Hilfe bringt, so zu schreiben, daß wir dazu beitragen, die Bewegung zu verbreitern, dazu beitragen, bewußt die Mittel, Wege und Kampfmethoden auszuwählen, die geeignet sind, mit geringstem Kraftaufwand die größten und dauerhaftesten Resultate zu erzielen.

In der Geschichte der Revolutionen treten jahrzehnte- und jahrhundertlang heranreifende Widersprüche zutage. Das Leben wird ungewöhnlich reich. Auf die politische Bühne tritt als aktiver Kämpfer die Masse, die immer im Schatten steht und daher von den oberflächlichen Beobachtern oft ignoriert oder gar verachtet wird. Diese Masse lernt aus der Praxis, indem sie vor aller Augen Probeschritte macht, den Weg abtastet, Aufgaben stellt und sich selbst sowie die Theorien aller ihrer Ideologen prüft. Diese Masse macht heroische Anstrengungen, um sich zur Höhe der ihr von der Geschichte auferlegten gigantischen Aufgaben von Weltbedeutung zu erheben, und wie groß auch einzelne Niederlagen sein mögen, wie sehr die Ströme von Blut und die Tausende von Opfern uns auch erschüttern mögen — nichts wird jemals seiner Bedeutung nach verglichen werden können mit dieser unmittelbaren Erziehung der Massen und der Klassen im Verlauf des unmittelbaren revolutionären Kampfes. Die Geschichte dieses Kampfes muß nach Tagen gemessen werden. Und nicht umsonst führen einige ausländische Zeitungen bereits ein „Tagebuch der russischen Revolution“. Auch wir wollen solch ein Tagebuch führen.

2

DER POPE GAPON

Für die Vermutung, daß der Pope Gapon ein Provokateur ist, scheint die Tatsache zu sprechen, daß er Teilnehmer und Anführer des Subatowvereins ist. Ferner stellen die ausländischen Zeitungen ebenso wie unsere Korrespondenten die Tatsache fest, daß die Polizei absichtlich eine ziemlich breite und ungehinderte Entwicklung der Streikbewegung zuließ, daß die Regierung im allgemeinen (und Großfürst Wladimir im besonderen) unter für sie günstigsten Bedingungen ein Blutbad herbeiführen wollte. Englische Korrespondenten weisen sogar darauf hin, daß angesichts der gegebenen Lage der Dinge die energische Beteiligung gerade der Subatowleute an der Bewegung für die Regierung besonders vorteilhaft sein mußte. Die revolutionäre Intelligenz und die klassenbewußten Proletarier, die sich wahrscheinlich am ehesten mit Waffen versehen hätten, konnten gar nicht anders, als der Subatowbewegung fernbleiben, sie meiden. Die Regierung hatte also die Hände frei, und sie spielte ein absolut sicheres Spiel: zur Demonstration würden die friedlichsten, am wenigsten organisierten, die unaufgeklärtesten Arbeiter kommen; mit ihnen fertig zu werden, würde für unser Militär ein leichtes sein, und dem Proletariat würde eine tüchtige Lektion erteilt werden; man würde einen ausgezeichneten Vorwand haben, um jeden auf der Straße niederzuschießen; der Sieg der reaktionären (oder großfürstlichen) Partei am Hofe über die Liberalen würde vollständig sein; die wütendsten Repressalien würden folgen.

Sowohl englische als auch konservative deutsche Zeitungen schreiben der Regierung (oder Wladimir) einen solchen Aktionsplan direkt zu. Höchst wahrscheinlich stimmt das. Die Ereignisse des blutigen 9. Januar haben das in denkwürdiger Weise bestätigt. Aber das Bestehen eines sol-

chen Plans schließt keineswegs aus, daß der Pope Gapon *unbewußt* das Werkzeug eines solchen Plans sein konnte. Daß es unter einem gewissen Teil der jungen russischen Geistlichkeit eine liberale, reformerische Bewegung gibt, unterliegt keinem Zweifel: diese Bewegung fand ihre Wortführer sowohl in den Versammlungen der religionsphilosophischen Gesellschaft als auch in der kirchlichen Literatur. Diese Bewegung hat sogar eine eigene Bezeichnung erhalten: die „neurechtgläubige“ Bewegung. Der Gedanke, daß der Pope Gapon vielleicht ein aufrichtiger christlicher Sozialist war und daß ihn gerade der Blutsonntag auf einen durchaus revolutionären Weg gedrängt hat, ist daher nicht ganz von der Hand zu weisen. Wir neigen um so mehr zu dieser Annahme, als die Briefe, die Gapon nach dem Blutbad des 9. Januar schrieb und worin es heißt „wir haben keinen Zaren mehr“, sein Aufruf zum Kampf um die Freiheit usw. — als all dies Tatsachen sind, die für seine Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sprechen, denn zu den Aufgaben eines Provokateurs konnte unmöglich eine so energische Agitation für die Fortführung des Aufstands gehören.

Wie dem auch sei, die Taktik der Sozialdemokraten gegenüber dem neuen Führer hat sich von selbst ergeben: Notwendig ist ein vorsichtiges, abwartendes, mißtrauisches Verhalten gegenüber dem Subatowmann. Notwendig ist auf jeden Fall die energische Beteiligung an der eingeleiteten (wenn auch von einem Subatowmann eingeleiteten) Streikbewegung, die energische Propaganda der sozialdemokratischen Anschauungen und Losungen. Wie aus den oben veröffentlichten Briefen zu ersehen ist, haben unsere Genossen vom Petersburger Komitee der SDAPR eben diese Taktik befolgt.³³ Wie „listig“ die Pläne der reaktionären Hofclique auch gewesen sein mögen — die Wirklichkeit des Klassenkampfes und des politischen Protestes der Proletarier als der Avantgarde des ganzen Volkes hat sich als viel, viel listiger erwiesen. Tatsache ist, daß sich die Pläne der Polizei und der Militärs gegen die Regierung gekehrt haben, daß aus der Subatowjade als kleinem Anlaß eine breite, große gesamtrussische revolutionäre Bewegung hervorgewachsen ist. Die revolutionäre Energie und der revolutionäre Instinkt der Arbeiterklasse haben sich allen polizeilichen Kniffen und Winkelzügen zum Trotz mit unwiderstehlicher Kraft Bahn gebrochen.

3

DER PLAN DER PETERSBURGER SCHLACHT

Auf den ersten Blick mag es seltsam scheinen, von einer Schlacht zu sprechen, wo doch unbewaffnete Arbeiter friedlich marschierten, um eine Petition zu überreichen. Es war eine Schlächterei. Die Regierung hatte aber gerade mit einer Schlacht gerechnet und handelte zweifellos nach einem wohlüberlegten Plan. Sie erwog vom militärischen Standpunkt aus die Verteidigung Petersburgs und des Winterpalastes. Sie traf alle militärischen Maßnahmen. Sie schaltete alle Zivilbehörden aus und übergab die Hauptstadt und ihre anderthalb Millionen Einwohner in die volle Verfügungsgewalt der nach dem Blut des Volkes lechzenden Generale mit dem Großfürsten Wladimir an der Spitze.

Die Regierung trieb das Proletariat absichtlich zum Aufstand, indem sie Wehrlose niedermetzeln ließ und so die Errichtung von Barrikaden hervorrief, um diesen Aufstand in einem Meer von Blut zu ertränken. Das Proletariat wird aus diesen militärischen Lektionen der Regierung lernen. Und das Proletariat wird auch die Kunst des Bürgerkriegs erlernen, nachdem es die Revolution einmal begonnen hat. Revolution ist Krieg. Von allen Kriegen, die die Geschichte kennt, ist das der einzig legitime, rechtmäßige, gerechte, wirklich große Krieg. Dieser Krieg wird nicht im eigennützigsten Interesse eines Häufleins von Machthabern und Ausbeutern geführt wie alle sonstigen Kriege, sondern im Interesse der Volksmassen gegen die Tyrannen, im Interesse der Millionen und aber Millionen Ausgebeuteten und Werk tätigen gegen Willkür und Gewalt.

Alle unbeteiligten Beobachter geben jetzt übereinstimmend zu, daß in Rußland dieser Krieg erklärt worden ist und begonnen hat. Das Proletariat wird sich aufs neue, in noch größeren Massen erheben. Die Reste

des kindlichen Glaubens an den Zaren werden jetzt mit derselben Schnelligkeit dahinschwinden, mit der die Petersburger Arbeiter von der Petition zu Barrikaden übergegangen sind. Die Arbeiter werden sich überall bewaffnen. Es macht nichts, daß die Polizei die Waffenlager und Waffenhandlungen zehnmal strenger überwachen wird. Keine drakonischen Maßnahmen, keinerlei Verbote werden die städtischen Massen zurückhalten, nachdem sie erkannt haben, daß sie ohne Waffen von der Regierung jederzeit aus irgendeinem Anlaß zusammengeschossen werden können. Jeder einzelne wird die größten Anstrengungen machen, um sich ein Gewehr oder wenigstens einen Revolver zu verschaffen, um die Waffe vor der Polizei zu verstecken und bereit zu sein, den blutdürstigen Dienern des Zarismus Widerstand zu leisten. Aller Anfang ist schwer, sagt das Sprichwort. Den Arbeitern war es sehr schwer, zum bewaffneten Kampf überzugehen. Jetzt hat die Regierung sie dazu gezwungen. Der erste, der schwierigste Schritt ist getan.

Ein charakteristisches Gespräch von Arbeitern in einer Moskauer Straße gibt ein englischer Korrespondent wieder. Eine Gruppe von Arbeitern diskutierte offen über die Lehren des Tages. „Äxte?“ sagte einer. „Nein, gegen Säbel helfen keine Äxte. Mit der Axt kommst du an ihn nicht ran und mit dem Messer noch viel weniger. Nein, Revolver brauchen wir, mindestens Revolver, aber noch besser Gewehre.“ Solche und ähnliche Gespräche werden heute in ganz Rußland geführt. Und nach dem „Wladimirtag“ in Petersburg werden diese Gespräche nicht mehr bloße Gespräche bleiben.

Der Onkel des Zaren, Wladimir, der das Blutbad anordnete, verfolgte mit seinem Kriegsplan das Ziel, die Vorstädte, die Arbeitervorstädte, nicht in das Zentrum der Stadt zu lassen. Man bemühte sich aus Leibeskraft, den Soldaten einzureden, daß die Arbeiter den Winterpalast zerstören (mit Hilfe von Heiligenbildern, Kreuzen und Petitionen!) und den Zaren töten wollten. Die strategische Aufgabe war die Sicherung der Brücken und der Hauptstraßen, die zum Schloßplatz führen. Und die Hauptpunkte der „militärischen Operationen“ waren die Plätze an den Brücken (Troizki-, Sampsonijewski-, Nikolai- und Schloßbrücke), die Straßen, die von den Arbeitervierteln zum Zentrum führen (Narwskaja Sastawa, Schlüsselburger Chaussee und Newski), und schließlich der Schloßplatz, wohin trotz alledem, ungeachtet der ganzen Truppenhaufen,

ungeachtet aller Abwehrmaßnahmen Tausende und aber Tausende von Arbeitern vorgeedrungen waren. Die Aufgabe der militärischen Aktionen wurde selbstverständlich dadurch ungemein erleichtert, daß alle ausgezeichnet wußten, wohin die Arbeiter gingen, wußten, daß es nur einen Sammelplatz und nur ein Ziel gab. Die tapferen Generale operierten „mit Erfolg“ gegen einen Feind, der unbewaffnet marschierte und alle Welt vorher in Kenntnis gesetzt hatte, wohin und zu welchem Zweck er marschierte... Es war ein ganz gemeiner, kaltblütiger Mord an den wehrlosen und friedlichen Volksmassen. Jetzt werden die Massen über alles Vorgefallene lange nachdenken und es in Erinnerungen und Gesprächen noch einmal durchleben. Das einzige und unvermeidliche Ergebnis dieser Überlegungen, dieses Eindringens der „Wladimirschen Lektion“ in das Bewußtsein der Masse wird die Schlußfolgerung sein, daß man im Krieg nach den Regeln des Krieges handeln muß. Die Arbeitermassen, und in ihrem Gefolge auch die Massen der Dorfarmut, werden sich als kriegsführende Partei erkennen, und dann... dann werden die folgenden Schlachten in unserem Bürgerkrieg schon nach „Plänen“ verlaufen, die nicht mehr nur das Werk der Großfürsten und Zaren sein werden. Der Ruf „Zu den Waffen!“, der in der Arbeitermenge auf dem Newski am 9. Januar erscholl, kann nicht mehr ungehört verhallen.

4

ERGÄNZUNG ZU DEM ARTIKEL
„DER PLAN DER PETERSBURGER SCHLACHT“

Der Plan der Petersburger Schlacht wurde von uns im „Wperjod“ Nr. 4 beschrieben.* In englischen Zeitungen finden wir jetzt einige nicht uninteressante Einzelheiten hinsichtlich dieses Plans. Der Großfürst Wladimir hatte den General Fürst Wassiltschikow zum Befehlshaber der Einsatzarmee ernannt. Die ganze Hauptstadt war in Abschnitte aufgeteilt und diese Abschnitte einzelnen Offizieren zugewiesen worden. Der Zar spielte ganz ernsthaft Krieg, als ob er sich gegen den Einfall eines bewaffneten Feindes zu wehren hätte. Während der militärischen Operationen saß der Hauptstab in Wassiljewski-Ostrow am grünen Tisch und erhielt jede halbe Stunde Meldung von jedem Abschnittsleiter.

Den Petersburger Arbeitern zur Kenntnis!

*Geschrieben Ende Januar
(Anfang Februar) 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 95–97. *Die Red.*

5

„VÄTERCHEN ZAR“ UND DIE BARRIKADEN

Überblickt man die Ereignisse des Blutsonntags, so staunt man am meisten über diese Kombination von naivem patriarchalischem Glauben an den Zaren und erbittertem Straßenkampf mit der Waffe in der Hand gegen die Zarenmacht. Der erste Tag der russischen Revolution hat mit erstaunlicher Heftigkeit das alte und das neue Rußland miteinander konfrontiert, hat die Agonie des althergebrachten Bauernglaubens an „Väterchen Zar“ und die Geburt des revolutionären Volkes in Gestalt des städtischen Proletariats vor Augen geführt. Nicht umsonst erklären die europäischen bürgerlichen Zeitungen, das Rußland vom 10. Januar sei schon nicht mehr das, was es am 8. Januar war. Nicht umsonst erinnert die oben von uns erwähnte deutsche sozialdemokratische Zeitung³⁴ daran, wie vor siebzig Jahren die Arbeiterbewegung in England begann, wie 1834 die englischen Arbeiter durch Straßendemonstrationen gegen das Verbot von Arbeitervereinigungen protestierten, wie sie 1838 in der Nähe von Manchester in gewaltigen Versammlungen die „Charte des Volkes“ ausarbeiteten und der Prediger Stephens verkündete: „Jeder freie Mensch, der die freie göttliche Luft atmet und die freie Gotteserde betritt, besitzt das Recht auf einen eigenen Herd.“ Und dieser selbe Prediger forderte die versammelten Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen.

Bei uns in Rußland sah man an der Spitze der Bewegung ebenfalls einen Priester, der im Laufe eines Tages von der Aufforderung, dem Zaren eine friedliche Bittschrift zu überreichen, zu der Aufforderung überging, die Revolution zu beginnen. „Genossen, russische Arbeiter!“ schrieb der Priester Georgi Gapon nach dem Bluttag in einem Brief, der in einer Versammlung von Liberalen verlesen wurde. „Wir haben keinen Zaren mehr. Ein Strom von Blut ist heute zwischen ihm und dem rus-

sischen Volk geflossen. Es ist an der Zeit, daß die russischen Arbeiter ohne ihn den Kampf für die Volksfreiheit führen. Seid gesegnet für heute. Morgen werde ich unter Euch sein. Heute bin ich mit Arbeit für unsere Sache stark beschäftigt.“

Nicht der Priester Georgi Gapon ist es, der das sagt. Das sagen jene Tausende und aber Tausende, jene Millionen und aber Millionen russischer Arbeiter und Bauern, die bis heute naiv und blind an Väterchen Zar glaubten, bei Väterchen Zar „persönlich“ eine Erleichterung ihrer unerträglich schweren Lage suchten und *nur* die den Zaren betrügenden Beamten aller Gemeinheiten, Gewalttaten, der Willkür und des Raubes anklagten. Das Leben, das der Bauer viele Generationen lang geduckt und verschüchtert, von der Außenwelt abgeschnitten führte, hat diesen Glauben gestärkt. Jeder Lebensmonat des neuen, städtischen, industriellen, lesekundigen Rußlands tat das Seine, um diesen Glauben zu untergraben und zu zerstören. Das letzte Jahrzehnt der Arbeiterbewegung hat Tausende fortschrittliche sozialdemokratische Proletarier hervorgebracht, die ganz bewußt mit diesem Glauben gebrochen haben. Es hat Zehntausende Arbeiter herangebildet, bei denen der im Streikkampf und in der politischen Agitation erstarkte Klasseninstinkt alle Grundlagen eines solchen Glaubens zunichte machte. Aber hinter diesen Tausenden und Zehntausenden standen Hunderttausende und Millionen von Werktätigen und Ausgebeuteten, Erniedrigten und Beleidigten, von Proletariern und Halbproletariern, bei denen sich ein solcher Glaube noch zu halten vermochte. Sie waren nicht zum Aufstand bereit, sie konnten nur bitten und fliehen. Ihre Gefühle und ihre Stimmung, den Grad ihres Wissens und ihrer politischen Erfahrung brachte der Priester Georgi Gapon zum Ausdruck, und darin besteht die historische Bedeutung der Rolle, die zu Beginn der russischen Revolution ein Mann spielte, der gestern noch völlig unbekannt war und heute zum Helden des Tages von Petersburg und darüber hinaus der gesamten europäischen Presse geworden ist.

Jetzt ist es verständlich, warum die Petersburger Sozialdemokraten, deren Briefe wir oben veröffentlicht haben, sich Gapon gegenüber anfangs argwöhnisch verhielten und sich gar nicht anders verhalten konnten. Ein Mann, der den Priesterrock trug, an Gott glaubte und unter dem hohen Patronat Subatows und der Geheimpolizei handelte, mußte Verdacht einflößen. Ob er aufrichtig, ob er nicht aufrichtig seinen Priesterrock zerriß

und seine Zugehörigkeit zu dem niederträchtigen Stand, dem Stand der das Volk plündernden und demoralisierenden Pfaffen, verfluchte, das konnte mit Sicherheit niemand sagen, außer vielleicht denjenigen, die Gapon persönlich gut kannten, d. h. außer einem kleinen Häuflein von Menschen. Das konnten nur die sich entfaltenden historischen Ereignisse entscheiden, nur Tatsachen, Tatsachen und Tatsachen. Und die Tatsachen entschieden diese Frage zugunsten Gapons.

Wird die Sozialdemokratie imstande sein, diese spontane Bewegung in ihre Hand zu bekommen? — fragten sich mit Sorge unsere Petersburger Genossen, als sie das unaufhaltsam schnelle Wachsen des Generalstreiks sahen, der außerordentlich breite Schichten des Proletariats erfaßte, als sie den unwiderstehlichen Einfluß Gapons auf solche „unaufgeklärten“ Massen sahen, die sich auch von einem Provokateur hätten mitreißen lassen können. Und die Sozialdemokraten haben die naiven Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Petitionierens nicht nur nicht unterstützt — sie stritten mit Gapon, sie verteidigten offen und entschieden alle ihre Ansichten und ihre ganze Taktik. Die Geschichte, die die Arbeitermassen ohne die Sozialdemokratie machten, hat die Richtigkeit dieser Ansichten und dieser Taktik bestätigt. Die Logik der Klassenlage des Proletariats zeigte sich stärker als die Fehler, Naivitäten und Illusionen Gapons. Großfürst Wladimir, der im Namen des Zaren und mit der ganzen Machtbefugnis des Zaren handelte, hat den Arbeitermassen durch seine Henkertat gerade das gezeigt, was die Sozialdemokraten ihnen in Wort und Schrift immer gezeigt haben und zeigen werden.

Die Massen der Arbeiter und Bauern, die noch einen Rest von Glauben an den Zaren bewahrt hatten, konnten nicht zum Aufstand schreiten, sagten wir. Nach dem 9. Januar sind wir berechtigt, zu sagen: Jetzt können und werden sie zum Aufstand schreiten. „Väterchen Zar“ hat sie durch sein Blutgericht an wehrlosen Arbeitern selbst auf die Barrikaden getrieben und ihnen die ersten Lektionen im Barrikadenkampf erteilt. „Väterchen Zars“ Lektionen werden nicht umsonst gewesen sein.

Die Sozialdemokratie wird dafür zu sorgen haben, daß die Nachrichten über die Petersburger Bluttage möglichst weit verbreitet werden, daß sich die Kräfte der Sozialdemokratie fester zusammenschließen und organisieren, daß noch energischer die von ihr schon längst aufgestellte Losung propagiert wird: *Bewaffneter Aufstand des ganzen Volkes.*

6

DIE ERSTEN SCHRITTE

Der Funke, der den Brand entfachte, war einer der alltäglichen Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital — ein Streik in einem Werk. Interessant jedoch ist, daß dieser Streik der 12 000 Putilow-Arbeiter, der am Montag, dem 3. Januar, ausbrach, vor allem ein Streik der proletarischen Solidarität war. Der Anlaß war die Entlassung von vier Arbeitern. „Als die Forderung, sie wieder einzustellen, nicht erfüllt wurde“, schreibt uns am 7. Januar ein Genosse aus Petersburg, „wurde die Arbeit sofort und sehr einmütig niedergelegt. Der Streik trägt einen vollkommen disziplinierten Charakter; die Arbeiter haben einige Mann beauftragt, die Maschinen und die übrige Einrichtung gegen eine eventuelle Beschädigung durch weniger bewußte Elemente zu schützen. Dann schickten sie eine Delegation in die anderen Werke, um diesen ihre Forderungen mitzuteilen und sie aufzufordern, sich ihnen anzuschließen.“ Tausende und Zehntausende von Arbeitern schlossen sich der Bewegung an. Der legale Subatowsche Arbeiterverein, der mit Unterstützung der Regierung gegründet worden war, um das Proletariat durch eine systematische monarchistische Propaganda zu demoralisieren, hat der Bewegung in ihren Anfangsstadien und bei ihrem Wachstum in die Breite einen nicht geringen Dienst erwiesen. Es ist das eingetreten, worauf die Sozialdemokraten schon längst hingewiesen haben, als sie den Subatowleuten sagten, daß der revolutionäre Instinkt der Arbeiterklasse und der Geist der Solidarität über alle schnöden Winkelzüge der Polizei die Oberhand gewinnen wird. Die rückständigsten Arbeiter werden durch die Subatowleute in die Bewegung hineingezogen, und dann sorgt die zaristische Regierung schon selbst dafür, daß die Arbeiter weitergehen; die kapitalistische Ausbeutung selbst drängt sie

von der friedlichen und durch und durch heuchlerischen Subatowiade zur revolutionären Sozialdemokratie. Die Praxis des proletarischen Lebens und des proletarischen Kampfes wird alle „Theorien“ und alle Anstrengungen der Herren Subatowleute überwinden.*

So kam es auch. Ein Genosse, Arbeiter und Mitglied des Petersburger Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, hat uns seine Eindrücke in einem Brief vom 5. Januar in folgender Weise geschildert:

„Ich schreibe unter dem frischen Eindruck einer Versammlung der Arbeiter des Semjannikow-Werkes, die soeben an der Newskaja Sastawa stattgefunden hat. Zuerst aber ein paar Worte über die Stimmung, die unter den Petersburger Arbeitern herrscht. Wie bekannt, sind hier in letzter Zeit ‚Subatowsche‘ Organisationen unter Führung des Popen Gapon entstanden oder, besser gesagt, wieder aufgelebt. Die Organisationen haben sich in sehr kurzer Zeit beträchtlich vermehrt und sind sehr viel stärker geworden. Heute existieren bereits elf Sektionen des sogenannten ‚Vereins russischer Fabrikarbeiter‘. Und wie zu erwarten war, waren die Folgen dieser Vereine unausbleiblich dieselben wie im Süden.

Eine große Streikbewegung beginnt jetzt in Petersburg, das kann man mit Gewißheit sagen. Fast täglich hört man von einem neuen Streik, bald in diesem, bald in jenem Werk. Schon zwei Tage streiken jetzt die Putilow-Werke. Vor etwa zwei Wochen streikte die Baumwollspinnerei Schau im Wiborger Stadtteil. Der Streik dauerte fast vier Tage. Die Arbeiter haben nichts erreicht. Heute oder morgen wird dieser Streik von neuem beginnen. Überall ist die Stimmung gehoben, aber man kann nicht sagen, zugunsten der Sozialdemokratie. Ein großer Teil der Arbeiter ist für den rein ökonomischen und gegen den politischen Kampf. Es ist jedoch zu erwarten und zu hoffen, daß sich diese Stimmung ändern wird und die Arbeiter begreifen werden, daß sie ohne politischen Kampf keine ökonomischen Verbesserungen durchsetzen werden. Heute hat der Betrieb der Newa-Schiffsbaugesellschaft (Semjannikow) zu streiken angefangen. Die örtliche Sektion des ‚Vereins russischer Fabrik- und Werkarbeiter‘ versucht, als Führer des beginnenden Streiks aufzutreten, doch wird ihr das natürlich nicht gelingen. Führer wird die Sozialdemokratie sein, obwohl sie hier schrecklich schwach ist.

* Vergleiche Lenins „Was tun?“, S. 86—88. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 471/472. Die Red.)

Vom Petersburger Komitee wurden Flugblätter herausgegeben: zwei an die Spinnerei Schau und eins an die Putilow-Arbeiter. Heute war eine Versammlung der Arbeiter des Nawa-Schiffsbauwerks. Es versammelten sich ungefähr 500 Arbeiter. Zum erstenmal sprachen Mitglieder der örtlichen Sektion des ‚Vereins‘. Sie wichen politischen Forderungen aus und stellten hauptsächlich ökonomische Forderungen auf. In der Menge wurden Stimmen der Mißbilligung laut. Da erschien Strojew, ein Mitarbeiter der ‚Russkaja Gaseta‘ [Russische Zeitung], der unter den Petersburger Arbeitern großes Ansehen genießt. Strojew legte eine Resolution vor, die, wie er erklärte, von ihm und von Vertretern der Sozialdemokratie ausgearbeitet worden sei. Diese Resolution unterstreicht zwar die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen von Proletariat und Bourgeoisie, aber ungenügend. Nach Strojew sprachen Genossen, sozialdemokratische Arbeiter, die diese Resolution im Prinzip unterstützten, dabei aber ihre Begrenztheit und Unzulänglichkeit betonten. Dann begann ein Durcheinander, einige waren mit den Reden der Sozialdemokraten unzufrieden und versuchten die Versammlung zu sprengen. Mit Stimmenmehrheit sprach sich die Versammlung gegen den Vorsitzenden aus, der zu denen gehörte, die die Versammlung zu sprengen versuchten, und wählte einen neuen Vorsitzenden, einen Sozialisten. Die Mitglieder des (Subatowschen) ‚Vereins‘ gaben aber keine Ruhe und fuhren fort, die Versammlung zu stören. Obwohl die gewaltige Mehrheit der Versammlung (90 Prozent) auf seiten der Sozialisten war, ist die Versammlung schließlich ohne Ergebnis auseinander gegangen und hat die Beschlußfassung auf morgen vertagt. Jedenfalls kann man sagen, daß es den Sozialdemokraten gelungen ist, die Stimmung der Arbeiter zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Morgen wird eine große Versammlung sein. — Vielleicht werden zweitausend bis dreitausend Menschen kommen. — Dieser Tage ist eine grandiose Demonstration zu erwarten, etwas Ähnliches wie die Julidemonstration von 1903 im Süden. Der Betrieb der Französisch-Russischen Gesellschaft — ungefähr viertausend bis fünftausend Menschen — steht im Streik. Es wird berichtet, daß ein Streik der Baumwollspinnerei Stieglitz begonnen hat — ungefähr fünftausend Menschen. Ein Streik im Obuchow-Werk — fünftausend bis sechstausend Menschen — ist zu erwarten.“

Wenn wir diese Mitteilungen eines Sozialdemokraten, eines Mitglieds des Lokalkomitees (der selbstverständlich nur die Ereignisse in einem

kleinen Teil von Petersburg genau kennen konnte) mit den Berichten ausländischer, besonders englischer Zeitungen vergleichen, so müssen wir feststellen, daß sich letztere durch eine bemerkenswerte Genauigkeit auszeichnen.

Der Streik wuchs von Tag zu Tag mit schwindelerregender Schnelligkeit. Die Arbeiter veranstalteten eine Menge Versammlungen und arbeiteten ihre „Charte“, ihre ökonomischen und politischen Forderungen aus. Die einen wie die anderen liefen trotz der subatowschen Leitung im allgemeinen auf die Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms hinaus, einschließlich der Losung: Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts. Das spontane Anwachsen des in diesem Ausmaß beispiellos dastehenden Streiks ist der planmäßigen Beteiligung der organisierten Sozialdemokraten an der Bewegung weit, weit voraus geeilt. Doch überlassen wir ihnen selbst das Wort.

DER VORABEND DES BLUTSONNTAGS

In unserem Bericht über den Verlauf der Bewegung waren wir dabei stehengeblieben, wie auf Initiative Gapons für Sonntag, den 9. Januar, der Zug der Arbeitermassen zum Winterpalast festgesetzt wurde, um dem Zaren eine „Petition“ über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu überreichen. Der Streik in Petersburg war schon am Sonnabend, dem 8. Januar, zum Generalstreik geworden. Sogar offizielle Berichte schätzten die Zahl der Streikenden auf hunderttausend bis hundertfünfzigtausend. Nie zuvor hatte Rußland einen solch gewaltigen Ausbruch des Klassenkampfes gesehen. Die ganze Industrie, der ganze Handel und das gesamte öffentliche Leben der gigantischen Anderthalb-millionenstadt waren lahmgelegt. Das Proletariat zeigte in der Praxis, daß die moderne Zivilisation *von ihm und nur von ihm* getragen wird, daß durch seine Arbeit Reichtum und Luxus geschaffen werden, daß unsere gesamte „Kultur“ auf ihm ruht. Die Stadt war ohne Zeitungen, ohne Licht und ohne Wasser. Und dieser Generalstreik trug einen deutlich ausgeprägten politischen Charakter, er war der unmittelbare Auftakt zu den revolutionären Ereignissen.

Ein Augenzeuge schildert uns in einem Brief den Vorabend des historischen Tages in folgender Weise:

„Vom 7. Januar an war der Streik in Petersburg zum Generalstreik geworden. Nicht nur alle Großbetriebe und Fabriken, sondern auch viele Werkstätten standen still. Heute, am 8. Januar, ist außer dem ‚Pravitelstweny Westnik‘⁶⁵ und den ‚Wedomosti St. Peterburgskowo Gradonatschalstwa‘ [Nachrichten der St.-Petersburger Stadthauptmannschaft] keine einzige Zeitung erschienen. Die Führung der Bewegung liegt bis jetzt in den Händen der Subatowleute. Petersburg hat dergleichen noch nie erlebt,

und das Herz krampft sich einem zusammen aus Furcht vor der Ungewißheit, ob die sozialdemokratische Organisation imstande sein wird, in absehbarer Zeit die Bewegung in ihre Hand zu nehmen. Die Lage ist außerordentlich ernst. Die ganzen letzten Tage finden in allen Stadtbezirken in den Räumen des ‚Vereins russischer Arbeiter‘ täglich Massenversammlungen der Arbeiter statt. Tausende Arbeiter füllen ganze Tage lang die Straßen vor den Versammlungsräumen. Von Zeit zu Zeit werden von Sozialdemokraten Reden gehalten und Flugblätter verteilt. Sie werden im allgemeinen mit Sympathie aufgenommen, obwohl die Subatowleute eine Opposition zu organisieren versuchen. Sobald von der Selbstherrschaft die Rede ist, dann schreien sie: ‚Das geht uns nichts an, die Selbstherrschaft stört uns nicht!‘ In den Reden indessen, die die Subatowleute in den Räumen des ‚Vereins‘ halten, werden alle sozialdemokratischen Forderungen erhoben, angefangen vom Achtstundentag bis zur Einberufung einer Volksvertretung auf der Grundlage des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Nur behaupten die Subatowleute, daß die Erfüllung dieser Forderungen nicht den Sturz der Selbstherrschaft bedeute, sondern eine Annäherung des Volkes an den Zaren, die Beseitigung der Bürokratie, die den Zaren vom Volk trennt.

Auch Sozialdemokraten sprechen in den Räumen des Vereins, und ihre Reden werden mit Sympathie aufgenommen, aber die Initiative praktischer Vorschläge geht von den Subatowleuten aus. Trotz der Einwendungen der Sozialdemokraten werden diese Vorschläge angenommen. Sie laufen auf folgendes hinaus: Am Sonntag, dem 9. Januar, sollen die Arbeiter zum Winterpalast gehen und dem Zaren durch den Priester Georgi Gapon eine Petition überreichen, in der alle Forderungen der Arbeiter aufgezählt sind und die mit den Worten schließt: ‚Gib uns dies alles, oder wir müssen sterben.‘ Die Leiter der Versammlungen fügen dabei hinzu: ‚Wenn der Zar das nicht gibt, dann sind unsere Hände frei, denn das heißt, er ist unser Feind, und dann werden wir schon gegen ihn auftreten und die rote Fahne entfalten. Wenn unser Blut vergossen wird, dann kommt es auf sein Haupt.‘ Die Petition wird überall angenommen. Die Arbeiter schwören, daß sie am Sonntag alle ‚mit Frauen und Kindern‘ zum Platz kommen werden. Heute wird die Petition in den einzelnen Stadtteilen unterzeichnet, und um 2 Uhr sollen sich alle im ‚Volkshaus‘ zu einer abschließenden Kundgebung versammeln.

Dies alles geschieht ohne jede Behinderung durch die Polizei, die überall zurückgezogen wurde, wenn auch in den Höfen einiger Gebäude berittene Gendarmen verborgen sind.

In den Straßen sind heute Bekanntmachungen des Stadthauptmanns angeschlagen, die Zusammenrottungen verbieten und mit Waffengewalt drohen. Sie werden von den Arbeitern abgerissen. In der Stadt werden Truppen aus der Umgebung zusammengezogen. Die Trambahnangestellten (Schaffner und Kutscher) wurden von Kosaken mit blankem Säbel gezwungen, die Arbeit aufzunehmen.“

8

DIE ZAHL DER TOTEN UND VERWUNDETEN

Hinsichtlich der Zahl der Toten und Verwundeten gehen die Meldungen auseinander. Von einer genauen Zählung kann natürlich keine Rede sein, eine Schätzung aber ist sehr schwierig. Die Regierungsmitteilung von 96 Toten und 330 Verwundeten entspricht offensichtlich nicht der Wahrheit und wird von niemandem geglaubt. Den letzten Zeitungsmeldungen zufolge haben Journalisten am 13. Januar dem Innenminister eine Liste von 4600 *Toten und Verwundeten* übergeben, eine Liste, die von Reportern zusammengestellt wurde. Es versteht sich, daß auch diese Zahl *nicht* vollständig *sein kann*, weil es selbst am Tage (von der Nacht ganz zu schweigen) unmöglich gewesen wäre, alle bei den verschiedenen Zusammenstößen ums Leben Gekommenen und Verwundeten zu zählen.

Der Sieg der Selbstherrschaft über das wehrlose Volk hat nicht weniger Opfer gekostet als die großen Schlachten in der Mandschurei. Wie alle ausländischen Korrespondenten mitteilen, haben die Arbeiter von Petersburg nicht umsonst den Offizieren zugerufen, sie kämpften gegen das russische Volk erfolgreicher als gegen die Japaner.

DIE KÄMPFE AUF DEN BARRIKADEN³⁶

Wie wir schon gesehen haben, wird in den Berichten der Korrespondenten immer häufiger von Barrikaden in Wassiljewski-Ostrow und zum Teil auf dem Newski-Prospekt gesprochen. In einer am Montag, dem 10. (23.) Januar, herausgegebenen Regierungsmitteilung heißt es: „Auf der Schlüsselburger Chaussee, dann an der Narwskaja Sastawa, auf der Troizki-Brücke, am Alexandergarten und bei den Anlagen am Newski-Prospekt hat die Menge Barrikaden mit Drahtverhauen und mit roten Fahnen errichtet. Aus den Fenstern der benachbarten Häuser wurde mit Steinen geworfen und auf das Militär geschossen. Die Menge nahm den Polizisten die Waffen weg. Die Waffenfabrik Schof wurde geplündert. Im ersten und zweiten Revier in Wassiljewski-Ostrow wurden von der Menge Telegrafendrähte durchgeschnitten und Telegrafenmasten umgeworfen. Ein Polizeirevier wurde demoliert.“

Ein französischer Korrespondent telegraphierte am Sonntag um 2 Uhr 50 Minuten: „Das Schießen dauert an. Die Truppen haben offenbar völlig den Kopf verloren. Als ich über die Newa ging, sah ich mehrere Signalfeuer und hörte das Krachen von Gewehrsalven. In Wassiljewski-Ostrow sind die Barrikaden von Wachfeuern beleuchtet, die von den Streikenden angezündet wurden. Weiter durchzukommen gelingt mir nicht. Ein unheimliches Hornsignal ertönt, es bedeutet den Befehl, zu schießen. Ein Bataillon Soldaten mit gefällten Bajonetten nimmt im Sturm eine Barrikade aus umgeworfenen Schlitten. Es folgt ein richtiges Gemetzel. Etwa hundert Arbeiter bleiben auf dem Kampfplatz liegen. Ungefähr fünfzig verwundete Gefangene werden an mir vorbeigeführt. Ein Offizier droht mir mit der Pistole und befiehlt mir, mich davon zu machen.“

Ausführliche Beschreibungen der Barrikadenkämpfe bringen die Korrespondenten sehr wenig. Das ist begreiflich, denn die Korrespondenten waren bemüht, den gefährlichen Stellen nicht allzu nahe zu kommen. Von den Teilnehmern der Barrikadenkämpfe aber blieben verständlicherweise nur sehr, sehr wenige unversehrt. Es gab sogar einen Bericht, wonach die Barrikaden unter Artilleriefeuer genommen wurden, doch scheint er sich nicht zu bestätigen.

Nach dem Manuskript.

DER ZARENFRIEDE

Ausländische Zeitungen teilten mit, daß bei den letzten Beratungen in Zarskoje Selo (nach dem Sieg vom 9. Januar) in Anwesenheit des Zaren oder auch ohne ihn lebhaft die Frage diskutiert wurde, daß der Abschluß eines Friedens mit Japan wünschenswert sei. Im Prinzip tritt jetzt bereits die ganze Umgebung des angebeteten Monarchen für den Frieden ein. Die Zahl der staatlichen Würdenträger, die vor zehn Tagen unbedingt für die Fortsetzung des Krieges waren, hat sich jetzt bedeutend verringert, und viele von ihnen sind bereits überzeugte Anhänger des Friedens geworden.

Dies den einfältigen Sozialdemokraten vom sogenannten Zentralorgan unserer Partei zur Kenntnis, die nicht begreifen konnten, daß die Phrasen vom „Frieden *um jeden Preis*“, die hohle Phrasen blieben (denn niemand hat die Sozialdemokraten um ihre Meinung gefragt, und nichts hing von ihrer Meinung ab), in der Praxis, in der gegebenen Situation nur den erschrockenen Anhängern der Selbstherrschaft zum Vorteil gereichten. Unsere Neuiskristen haben den Umschwung in der Stimmung der gesamten europäischen Bourgeoisie nicht bemerkt (die anfangs mit Japan sympathisierte und aus Furcht vor der Revolution schon seit langem dazu übergegangen ist, für Rußland Partei zu nehmen — vgl. die „Frankfurter Zeitung“ und andere). Jetzt merken sie nicht, daß auch die Petersburger Ugrjum-Burtschejews³⁷ sich anschicken, die hohlen und banalen Phrasen vom Frieden *um jeden Preis* für ihre Zwecke auszunutzen.

*Geschrieben am 19. Januar
(1. Februar) 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

KURZE DARSTELLUNG DER SPALTUNG IN DER SDAPR³⁸

Der bekannte Führer der Schweizer Sozialdemokraten *Hermann Greulich* hat in einem Brief vom 1. Februar 1905 an die Redaktion der Zeitung „Wperjod“ (SDAPR) unter anderem seinen Bedauern über die neue Spaltung unter den russischen Sozialdemokraten Ausdruck gegeben und bemerkt: „Wer die größere Schuld an dieser Zersplitterung trägt, das werde ich nicht entscheiden, und ich habe den internationalen Entscheid bei der deutschen Parteileitung angeregt.“*

Auf diesen Brief Greulichs hat die Redaktion des „Wperjod“ zusammen mit dem Auslandsbevollmächtigten des russischen „Büros der Komitees der Mehrheit“, Genossen Stepanow, mit nachstehendem Brief geantwortet.

Da Genosse Greulich beabsichtigt, eine internationale Entscheidung herbeizuführen, teilen wir unseren Brief an Greulich allen im Ausland lebenden Freunden der Zeitung „Wperjod“ mit und bitten sie, diesen Brief in die Sprache des Landes, in dem sie sich aufhalten, zu übersetzen und eine möglichst große Zahl ausländischer Sozialdemokraten mit dem Brief bekannt zu machen.

Wünschenswert wäre auch eine Übersetzung der Broschüre Lenins „Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei“ in die fremden Sprachen sowie 1. der Resolution der Nordkonferenz und 2. der Resolution der kaukasischen Konferenz; 3. der Resolution der Südkonferenz.

Wir bitten um Mitteilung, ob dieser Bitte entsprochen werden wird.

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

DER BRIEF AN GREULICH

3. Februar 1905

Werter Genosse! In Ihrem Brief berühren Sie die Frage der Schuld der einen oder anderen Fraktion unserer Partei (der SDAPR) an der Spaltung. Sie sagen, daß Sie die deutschen Sozialdemokraten und das Internationale Büro um ihre Meinung darüber befragt hätten. Wir halten uns infolgedessen für verpflichtet, Ihnen darzulegen, wie es zur Spaltung gekommen ist. Wir werden uns auf die Anführung *genau erwiesener Tatsachen* beschränken und uns nach Möglichkeit einer Einschätzung der Tatsachen enthalten.

Bis Ende 1903 war unsere Partei die Gesamtheit der miteinander nicht verbundenen örtlichen sozialdemokratischen Organisationen, *Komitees* genannt. Das Zentralkomitee und das Zentralorgan, die auf dem I. Parteitag (Frühjahr 1898) gewählt worden waren, bestanden nicht. Die Polizei hatte sie zerschlagen, und sie waren nicht erneuert worden. Im Ausland erfolgte eine Spaltung zwischen dem „Bund russischer Sozialdemokraten“ (Organ — das „Rabotscheje Delo“, daher „Rabotschedelzen“) und Plechanow. Auf die Seite des letzteren trat die im Jahre 1900 gegründete Zeitung „Iskra“. In den drei Jahren von 1900 bis 1903 gewann die „Iskra“ einen entscheidenden Einfluß auf die russischen Komitees. Die „Iskra“ verteidigte die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie gegen den Ökonomismus (alias „Rabotschedelzentum“ = russische Abart des Opportunismus).

Das Fehlen der Parteieinheit bedrückte alle.

Im August 1903 gelang es endlich, im Ausland den *zweiten Parteitag* zusammentreten zu lassen. Es beteiligten sich sämtliche russischen Komitees, der „Bund“ (= selbständige Organisation des jüdischen Proletariats) und *beide* Auslandsfraktionen: die der „Iskra“ und die des „Rabotscheje Delo“.

Alle Teilnehmer des Parteitags erkannten den Parteitag als rechtmäßig an. Der Kampf auf dem Parteitag wurde geführt zwischen Iskristen und Antiiskristen (letztere = Rabotschedelzen und „Bund“); die Mitte nahm der sogenannte „Sumpf“ ein. Die Iskristen trugen den Sieg davon. Sie brachten ein Parteiprogramm zur Annahme (der Entwurf der „Iskra“ wurde bestätigt). Die „Iskra“ wurde als Zentralorgan und ihre Richtung

als die Richtung der Partei anerkannt. Eine Reihe taktischer Resolutionen waren in ihrem Geiste gehalten. Das angenommene Organisationsstatut (Entwurf Lenins) war das der „Iskra“. Nur in Einzelheiten war es von den Antiiskristen unter Mitwirkung der Minderheit der Iskristen verschlechtert worden. Die Verteilung der Stimmen auf dem Parteitag war folgende: Insgesamt 51 Stimmen. Davon 33 Iskristen (24 Iskristen der jetzigen *Mehrheit*, 9 Iskristen der jetzigen *Minderheit*), 10 Anhänger des „Sumpfes“ und 8 Antiiskristen (3 Rabotschedelzen und 5 Bundisten). Gegen Ende des Parteitags, vor den Wahlen, verließen sieben Delegierte (2 Rabotschedelzen und die 5 Bundisten) den Parteitag (der „Bund“ trat aus der Partei aus).

Nunmehr erwies sich die Minderheit der Iskristen, die infolge der von ihr begangenen Fehler von allen Antiiskristen und dem Sumpf unterstützt wurde, als *Minderheit des Parteitags* (24 und 9 + 10 + 1, d. h. 24 und 20). Bei den Wahlen zu den zentralen Körperschaften wurde beschlossen, drei Personen in die Redaktion des ZO und drei in das ZK zu wählen. Von den sechs Mitgliedern der alten Redaktion der „Iskra“ (Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Starower, Lenin und Martow) wurden Plechanow, Lenin und Martow gewählt. In das ZK wollte man zwei von der Mehrheit und einen von der Minderheit wählen.

Martow lehnte es ab, ohne die drei „ausgeschlossenen“ (nicht gewählten) Genossen in die Redaktion einzutreten, und die ganze Minderheit verzichtete auf eine Wahl in das ZK. Die Rechtmäßigkeit der Wahlen ist von niemand je bestritten worden und wird auch bis heute nicht bestritten, aber die Minderheit weigerte sich nach dem Parteitag, unter der Führung der vom Parteitag gewählten zentralen Körperschaften zu arbeiten.

Dieser Boykott dauerte drei Monate, von Ende August 1903 bis Ende November 1903. Die „Iskra“ (sechs Nummern, 46–51) wurde von Plechanow und Lenin zu zweit redigiert. Die Minderheit bildete eine geheime Organisation in der Partei (eine *Tatsache*, die jetzt in der Presse von den Anhängern der Minderheit selbst bestätigt worden ist und gegenwärtig von niemand mehr bestritten wird). Die russischen Komitees haben sich mit erdrückender Mehrheit (12 von den 14 Komitees, die bereits Stellung nehmen konnten) gegen diesen desorganisierenden Boykott ausgesprochen.

Plechanow aber beschloß nach der stürmisch verlaufenen Konferenz

der Auslands-„Liga“ (= Auslandsorganisation der Partei), die *in den letzten Oktobertagen* 1903 stattfand, der Minderheit nachzugeben, und erklärte vor der ganzen Partei in dem Artikel „Was man nicht tun darf“ (Nr. 52 der „Iskra“, November 1903), zur Vermeidung einer Spaltung müsse man mitunter selbst demjenigen nachgeben, der irrtümlich zum *Revisionismus* neige und als *anarchistischer Individualist* handle (die hervorgehobenen Ausdrücke gebrauchte Plechanow wörtlich in dem Artikel „Was man nicht tun darf“). Lenin trat aus der Redaktion aus, da er nicht gegen die Parteitagsbeschlüsse handeln wollte. Plechanow „kooptierte“ daraufhin alle vier früheren Redakteure. Die russischen Komitees erklärten, daß sie erst sehen wollten, welche Richtung die neue „Iskra“ einschlagen werde und ob die Minderheit um des Friedens willen in die Redaktion eingetreten sei.

Es kam, wie die Anhänger der Mehrheit vorausgesagt hatten: Weder wurde die Richtung der alten „Iskra“ beibehalten, noch tat die neue Minderheitsredaktion etwas, um den Frieden in der Partei herzustellen. Die Richtung der „Iskra“ schwenkte derart zum alten, vom II. Parteitag abgelehnten Rabotschedelzentrum ab, daß selbst Trotzki, ein angesehenes Mitglied der Minderheit, Verfasser der programmatischen Broschüre „Unsere politischen Aufgaben“, die *unter der Redaktion der neuen „Iskra“* erschien, wörtlich erklärte: „*Zwischen der alten und der neuen „Iskra“ klafft ein Abgrund.*“ Wir beschränken uns auf diese Erklärung unseres Gegners, um uns lange Erläuterungen der prinzipiellen Unbeständigkeit der „Iskra“ zu sparen.

Andererseits wurde die „geheime Organisation der Minderheit“ nicht aufgelöst, sondern setzte den Boykott des Zentralkomitees fort. Diese heimliche Spaltung der Partei in eine offene und eine geheime Organisation hemmte in unerträglicher Weise die Arbeit. Die übergroße Mehrheit der russischen Komitees, die zur Krise Stellung nahmen, verurteilte entschieden sowohl die Richtung der neuen „Iskra“ als auch das desorganisatorische Treiben der Minderheit. Von allen Seiten wurde die Forderung laut, unverzüglich einen dritten Parteitag einzuberufen, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen.

Nach unserem Parteistatut ist für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags die Erklärung von Organisationen, die zusammen die Hälfte der Gesamtzahl der Stimmen haben, erforderlich (die ordentlichen

Parteitage werden „nach Möglichkeit“ alle zwei Jahre einberufen). Die Hälfte war bereits vorhanden. Aber da verriet das Zentralkomitee die Mehrheit, indem es sich die Verhaftung einiger seiner Mitglieder zunutze machte, die der Mehrheit angehören. Unter dem Vorwand einer „Versöhnung“ gingen die nach den Verhaftungen übriggebliebenen Mitglieder des ZK ein Übereinkommen mit der geheimen Organisation der Minderheit ein und erklärten, daß diese Organisation aufgelöst werde, wobei hinter dem Rücken der Partei und entgegen den schriftlichen Erklärungen des Zentralkomitees drei Minderbeitler in das ZK kooptiert wurden. Diese Kooptierung erfolgte im November oder Dezember 1904. Die Kooptierung von drei Leuten in das ZO und drei in das ZK war es also, um die die Minderheit von August 1903 bis November 1904 kämpfte und damit die ganze Partei zerriß.

Die so gefälschten zentralen Körperschaften beantworteten die Forderung nach einem Parteitag mit Schimpfen oder mit Schweigen.

Da riß den russischen Komitees alle Geduld. Sie begannen ihre eigenen privaten Konferenzen einzuberufen. Bisher haben drei Konferenzen stattgefunden: 1. die Konferenz der vier kaukasischen Komitees; 2. die Konferenz dreier Komitees des Südens (Odessa, Nikolajew und Jekaterinowslaw) und 3. die Konferenz von sechs Komitees des Nordens (Petersburg, Moskau, Twer, Riga, der „Norden“, d. h. Jaroslawl, Kostroma und Wladimir, und schließlich Nishni-Nowgorod). Alle diese Konferenzen sprachen sich für die „Mehrheit“ aus, beschlossen, die Publizistengruppe der Mehrheit (die Gruppe Lenin, Rjadowoi, Orłowski, Galjorka³⁹, Woinow⁴⁰ und andere) zu unterstützen, und wählten ein eigenes Büro; die dritte Konferenz, d. h. die Nordkonferenz, beauftragte dieses „Büro“, sich als Organisationskomitee zu konstituieren und eine Tagung der russischen Komitees, d. h. den dritten Parteitag, einzuberufen ohne Rücksicht auf die Zentralstellen im Ausland, die sich von der Partei abgespalten haben.

So standen die Dinge am 1. Januar 1905 (neuen Stils). Das Büro der Mehrheitskomitees hat seine Tätigkeit aufgenommen (infolge unserer Polizeiverhältnisse wird sich die Einberufung des Parteitags natürlich um einige Monate verzögern: der II. Parteitag war im Dezember 1902 angekündigt worden, trat aber erst im August 1903 zusammen). Die Publizistengruppe der Mehrheit gründete ein *Organ der Mehrheit*, die Zeitung „Wperjod“, die auch seit dem 4. Januar 1905 (neuen Stils) wöchent-

lich erscheint. Bis heute (3. Februar 1905) sind bereits vier Nummern erschienen. Die Richtung der Zeitung „Wperjod“ ist die Richtung der alten „Iskra“. Im Namen der alten „Iskra“ kämpft der „Wperjod“ entschieden gegen die neue „Iskra“.

Folglich gibt es faktisch zwei Sozialdemokratische Arbeiterparteien Rußlands. Die eine mit dem Organ „Iskra“, das sich „offiziell“ Zentralorgan der Partei nennt, mit dem Zentralkomitee, mit vier von zwanzig russischen Komitees (die übrigen Komitees in Rußland, außer den zwanzig, die auf dem II. Parteitag vertreten waren, sind später entstanden, und die Frage, ob ihre Bestätigung rechtmäßig war, ist strittig). Die andere Partei mit dem Organ „Wperjod“, mit dem „Büro der russischen Komitees der Mehrheit“, mit vierzehn Komitees in Rußland (die dreizehn oben genannten plus das von Woronesh, wahrscheinlich aber auch plus die von Saratow, vom Ural, von Tula und Sibirien*).

Auf der Seite der „Neuskristen“ stehen alle Gegner der alten „Iskra“, alle Rabotschedelzen und ein großer Teil der Intellektuellen, die der Partei nahestehen. Auf der Seite der „Wperjod“-Anhänger stehen alle prinzipienfesten Anhänger der alten „Iskra“ und ein großer Teil der klassenbewußten, fortschrittlichen Arbeiter und der in Rußland praktisch tätigen Parteiarbeiter. Plechanow, der auf dem zweiten Parteitag (August 1903) und auf der Konferenz der Liga (Oktober 1903) Mehrheitler war, seit November 1903 aber verbissen gegen die „Mehrheit“ kämpft, erklärte öffentlich am 2. September 1904 (diese Äußerung liegt gedruckt vor), die Kräfte auf beiden Seiten seien ungefähr gleich.

Wir Bolschewiki behaupten, daß auf unserer Seite die Mehrheit der wirklichen, russischen Parteiarbeiter steht. Der Hauptgrund der Spaltung und das Haupthindernis für eine Vereinigung ist unserer Meinung nach das desorganisatorische Verhalten der Minderheit, die sich weigerte, sich den Beschlüssen des zweiten Parteitags unterzuordnen, und die Spaltung der Einberufung eines dritten Parteitags vorzog.

Gegenwärtig betreiben die Menschewiki überall in Rußland die Spaltung der lokalen Organisationen. So haben sie in Petersburg das Komitee daran gehindert, am 28. November eine Demonstration zu veranstalten

* Wenigstens haben sich die vier letztgenannten Komitees nach dem zweiten Parteitag sämtlich für die „Mehrheit“ ausgesprochen.

(siehe „Wperjod“ Nr. 1*). Jetzt haben sie sich in Petersburg als eine besondere Gruppe abgespalten, die sich „Gruppe beim ZK“ nennt und dem Lokalkomitee der Partei entgegenwirkt. Eine ähnliche lokale Gruppe („beim ZK“) zur Bekämpfung des Parteikomitees gründeten sie dieser Tage in Odessa. Den menschwistischen zentralen Körperschaften der Partei blieb infolge ihrer schiefen Stellung nichts anderes übrig, als die örtliche Arbeit der Partei zu desorganisieren, denn diese zentralen Körperschaften wollten sich dem Beschluß der Parteikomitees, von denen sie gewählt wurden, nicht unterordnen.

Die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „Wperjod“ und der neuen „Iskra“ sind im wesentlichen die gleichen wie die zwischen der alten „Iskra“ und dem „Rabotscheje Delo“. Wir halten diese Meinungsverschiedenheiten für wichtig, doch wären unseres Erachtens diese Meinungsverschiedenheiten an sich kein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in einer Partei, unter der Bedingung, daß es uns ermöglicht wird, unsere Auffassungen, die Auffassungen der alten „Iskra“, voll und ganz zu vertreten.

Von der Berner Gruppe zur Unterstützung der SDAPR 1905 als Sonderdruck veröffentlicht.

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 21–26. *Die Red.*

WIE TREPOW HAUST

Grausame Abrechnung mit allen Unzufriedenen ist nach dem 9. Januar zur Losung der Regierung geworden. Am Dienstag wurde zum Generalgouverneur von Petersburg mit diktatorischen Vollmachten Trepow ernannt, einer der in ganz Rußland meistgehaßten Diener des Zarismus, der sich in Moskau durch seine Grausamkeit, seine Brutalität und sein Mitwirken an den Subatowschen Versuchen zur Demoralisierung der Arbeiter einen Namen gemacht hat.

Eine Welle von Verhaftungen setzte ein. Vor allem wurden die Mitglieder der liberalen Deputation festgenommen, die sich am Sonnabend spätabends zu Witte und zu Swjatopolk-Mirski begeben hatte, um die Regierung zu bitten, die Petition der Arbeiter entgegenzunehmen und dem Militär die Anwendung von Waffengewalt gegen die friedliche Demonstration nicht zu gestatten. Selbstverständlich hatten diese Bitten gar keinen Erfolg: Witte verwies die Deputation an Swjatopolk-Mirski, und dieser weigerte sich, sie zu empfangen. Der Vizeminister des Innern, Rydsewski, empfing die Deputation sehr kühl und erklärte, man müsse nicht auf die Regierung, sondern auf die Arbeiter einwirken, die Regierung sei über alles, was vor sich gehe, sehr gut unterrichtet und habe bereits Entschlüsse gefaßt, die durch keine Fürsprachen geändert werden könnten. Interessant ist, daß in der Versammlung der Liberalen, die diese Deputation wählte, auch die Frage angeschnitten wurde, daß man den Arbeitern von dem Marsch zum Winterpalast abraten solle, worauf jedoch ein in der Versammlung anwesender Freund Gapons erklärte, dies sei nutzlos, der Entschluß der Arbeiter stehe unwiderruflich fest. (Die Meldungen stammen von Herrn Dillon, dem Korrespondenten der eng-

lischen Zeitung „The Daily Telegraph“, und wurden später von anderen Korrespondenten bestätigt.)

Gegen die verhafteten Mitglieder der Deputation, Hessen, Arsenjew, Karejew, Peschekonow, Mjakotin, Semewski, Kedrin, Schnitnikow, Iwantschin-Pissarew und Gorki (der in Riga festgenommen und nach Petersburg gebracht wurde), wurde die ganz absurde Beschuldigung erhoben, sie hätten beabsichtigt, am Tage nach der Revolution eine „provisorische Regierung Rußlands“ zu bilden. Selbstverständlich fällt diese Beschuldigung in sich zusammen. Viele der Verhafteten (Arsenjew, Kedrin, Schnitnikow) sind bereits freigelassen. Im Ausland begann unter der gebildeten bürgerlichen Gesellschaft eine energische Kampagne zugunsten Gorkis, und ein Gesuch an den Zaren um die Freilassung Gorkis wurde von vielen hervorragenden deutschen Wissenschaftlern und Schriftstellern unterschrieben. Jetzt haben sich ihnen Wissenschaftler und Schriftsteller aus Osterreich, Frankreich und Italien angeschlossen.

Am Freitagabend wurden vier Mitarbeiter der Zeitung „Nascha Shisn“ verhaftet: Prokopowitsch und seine Frau, Chishnjakow und Jakowlew (Bogutscharski). Von den Mitarbeitern der Zeitung „Naschi Dni“ [Unsere Tage] wurde Sonnabend morgen Ganeiser verhaftet. Besonders eifrig sucht die Polizei nach dem Geld, das aus dem Ausland für die Streikenden oder für die Witwen und Waisen der Ermordeten geschickt wurde. Die Verhaftungen erfolgen massenhaft: der Verhaftungsbefehl gegen Bogutscharski trug die Nummer 53, der gegen Chishnjakow schon die Nummer 109. Am Sonnabend fanden in den Redaktionen der beiden genannten Zeitungen Haussuchungen statt, und sämtliche Manuskripte ohne Ausnahme wurden beschlagnahmt, darunter ausführliche Berichte über die Ereignisse während der ganzen Woche, Berichte, verfaßt und unterschrieben von zuverlässigen Augenzeugen, die alles aufzeichneten, was sie gesehen hatten, den künftigen Generationen zur Lehre. Dieses ganze Material wird nun niemals das Licht der Welt erblicken.

Am Mittwoch war die Zahl der Verhafteten so groß, daß man je zwei und drei in eine Zelle stecken mußte. Mit den Arbeitern macht der neue Diktator schon gar keine Umstände. Am Donnerstag hat man begonnen, sie haufenweise festzunehmen und in die Heimorte abzuschieben. Dort werden sie selbstverständlich die Nachrichten über die Ereignisse des 9. Januar verbreiten und den Kampf gegen die Selbstherrschaft propagieren.

Trepow greift zu seiner alten Moskauer Politik: die Masse der Arbeiter durch wirtschaftliche Almosen zu ködern.

Unternehmer kommen mit dem Finanzminister zusammen und erwägen verschiedene Zugeständnisse an die Arbeiter, man spricht vom Neunstundentag. Der Finanzminister empfängt am Dienstag eine Arbeiterdeputation, verspricht wirtschaftliche Reformen und warnt vor politischer Agitation.

Die Polizei bietet alles auf, um Mißtrauen und Feindschaft zwischen der Bevölkerung im allgemeinen und den Arbeitern zu säen. Seit Mittwoch erhält die Auslandspresse ganz eindeutige Berichte, denen zufolge die Polizei die Petersburger Einwohner mit sensationell aufgemachten Lügenmärchen über Plünderungen und angebliche Bluttaten der Streikenden einzuschüchtern sucht. Selbst der Vizeminister des Innern, Rydsewski, versicherte am Dienstag einem Besucher, die Streikenden hätten die Absicht, zu plündern, zu brandschatzen, zu zerstören und zu morden. Die Streikenden — wenigstens ihre klassenbewußten Führer — haben, wo sie nur konnten, erklärt, daß dies eine Verleumdung ist. Die Polizei selber ließ durch Provokateure und Hausknechte Scheiben einschlagen, Zeitungskioske in Brand stecken und Läden plündern, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Die Arbeiter aber haben sich in Wirklichkeit derart friedlich benommen, daß sie das Erstaunen der Korrespondenten ausländischer Zeitungen erregten, die die Schrecken des 9. Januar mit angesehen haben.

Die Polizeiaagenten beschäftigen sich jetzt mit einer neuen „Arbeiterorganisation“. Sie suchen geeignete Arbeiter aus, verteilen unter sie Geld, hetzen sie gegen die Studenten und Literaten auf und preisen „die wahrhaftige Volkspolitik von Väterchen Zar“. Es wird nicht schwer sein, unter den zwei- bis dreihunderttausend ungebildeten, vom Hunger gepeinigten Arbeitern einige tausend zu finden, die auf diesen Köder anbeißen. Diese letzteren wird man dann „organisieren“, wird sie zwingen, die „liberalen Betrüger“ zu verfluchen und laut zu erklären, daß man sie am vergangenen Sonntag betrogen habe. Dann wird dieser Abschaum der Arbeiterklasse eine Deputation wählen, die „den Zaren demütig bitten wird, daß er ihnen erlaubt, ihm zu Füßen zu fallen und ihre am vergangenen Sonntag begangenen Verbrechen zu bereuen“. „Nach meinen Informationen“, fährt der Korrespondent fort, „wird all das von der Polizei jetzt in die Wege geleitet. Wenn diese Organisation abgeschlossen ist, wird Seine

Majestät allergnädigst geruhen, die Deputation in der Manege zu empfangen, die zu diesem Zwecke eigens hergerichtet wird. In einer zu Herzen gehenden Rede wird er seine väterliche Fürsorge für die Arbeiter und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage kundtun.“

PS. Diese Zeilen waren bereits gesetzt, als wir aus Telegrammen erfuhren, daß sich die Voraussagen des englischen Korrespondenten bewahrheitet haben. Der Zar empfing in Zarskoje eine Deputation von vierunddreißig von der Polizei ausgesuchten Arbeitern und hielt eine Rede voller konventioneller Heuchelei über die väterliche Fürsorge der Regierung und über die Vergebung der von den Arbeitern begangenen Verbrechen. Das russische Proletariat, das den Blutsonntag niemals vergessen wird, wird sich natürlich durch diese widerwärtige Komödie nicht täuschen lassen. Das Proletariat wird mit dem Zaren noch eine andere Sprache sprechen!

„*Wperjod*“ Nr. 5, 7. Februar
(25. Januar) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

PETERSBURG NACH DEM 9. JANUAR

Montag, den 10. Januar. Petersburg sieht aus wie eine soeben vom Feind eroberte Stadt. Ununterbrochen reiten Kosakenpatrouillen durch die Straßen. Hier und da sieht man Gruppen erregter Arbeiter. Abends sind viele Straßen in Dunkelheit gehüllt. Es gibt weder Elektrizität noch Gas. Gruppen von Hausmeistern bewachen die Häuser der Aristokraten. Brennende Zeitungskioske werfen seltsame Lichtreflexe auf die herumstehenden Menschen.

Auf dem Newski-Prospekt ist es zu Zusammenstößen zwischen Volk und Militär gekommen. Wieder wurde in die Menge geschossen. In der Nähe des Anitschkow-Palastes sind drei Salven abgegeben worden. Die Polizei hat die Waffenhandlungen schließen und die Waffen in die Keller schaffen lassen; sie ergreift offensichtlich alle Maßnahmen, um die Arbeiter daran zu hindern, sich zu bewaffnen. Besondere Unruhe herrscht bei den Beamten der Regierungsbehörden, sie befürchten Brandstiftungen und Sprengungen und machen sich in ihrer Panik aus Petersburg auf und davon.

Die am Sonntag vom Militär besetzten Barrikaden in Wassiljewski-Ostrow wurden am Montag von neuem errichtet und wieder von den Soldaten besetzt.

Zeitungen gibt es nicht. Die Lehranstalten sind geschlossen. In unzähligen Versammlungen diskutieren die Arbeiter über die Ereignisse und über Maßnahmen der Gegenwehr. Große Mengen von Sympathisierenden, besonders Studenten, belagern die Krankenhäuser.

Es wird berichtet, daß am Dienstagmorgen 20000 bis 30000 Arbeiter aus Kolpino mit einer Petition nach Zarskoje Selo zogen. Die Garnison

von Zarskoje Selo schickte ihnen ein Infanterieregiment und eine Feldbatterie entgegen. Fünf Werst vor Kolpino kam es zum Zusammenstoß, die Truppen eröffneten das Feuer, und um vier Uhr nachmittags waren die Arbeiter endgültig zurückgeschlagen und auseinandergetrieben. Es gab viele Tote und Verwundete. Die Arbeiter griffen zweimal die Eisenbahnlinie nach Zarskoje Selo an, wurden aber zurückgeschlagen. Auf einer Strecke von sieben Werst waren die Gleise aufgerissen, und am Morgen verkehrten keine Züge.

Die Regierung läßt die Opfer des blutigen Wladimir-Sonntags heimlich, bei Nacht begraben. Die Angehörigen und Freunde der Getöteten werden absichtlich getäuscht, damit bei den Beerdigungen keine Demonstrationen veranstaltet werden können. Ganze Wagenladungen von Leichen werden zum Preobraschenski-Friedhof geschafft. An einigen Stellen versucht die Menge dennoch, trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Polizei, Demonstrationen zu Ehren der für die Freiheit gefallenen Kämpfer zu veranstalten.

Die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Truppen ist sehr groß. Ausländische Zeitungen bringen Augenzeugenberichte, wonach am Dienstag, dem 11. Januar, auf dem Bolschoi-Prospekt Kosaken eine mit Arbeitern vollbesetzte Pferdebahn halten ließen. Einer der Arbeiter rief den Kosaken zu: „Ihr Henker!“ Daraufhin hielten die Kosaken die Pferdebahn an, zwangen alle, die darin saßen, auszusteigen, und schlugen mit der flachen Klinge auf sie ein. Einer der Mißhandelten wurde dabei verwundet. Die Bewohner der benachbarten Häuser öffneten die Fenster und riefen den Kosaken zu: „Mörder! Räuber!“ Am Freitag wurde in Telegrammen berichtet, daß bei diesem Zwischenfall auch eine Frau von den Kosaken aus der Pferdebahn hinausgejagt wurde, die vor Schreck ihr Kind fallen ließ, so daß es von den Pferden der Kosaken zertreten wurde („The Times“). Solche Siege unserer Truppen über die Arbeiter sind wahr und wahrhaftig Pyrrhussiege.

„Wperjod“ Nr. 5, 7. Februar
(25. Januar) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

DIE ERSTEN LEHREN

Die erste Welle des revolutionären Sturmes ist im Abebben. Wir stehen am Vorabend der unausbleiblichen und unvermeidlichen zweiten Welle. Die proletarische Bewegung breitet sich immer weiter aus und hat sich jetzt bis in die fernsten Randgebiete ausgedehnt. Die Gärung und Unzufriedenheit ergreift die verschiedenartigsten und rückständigsten Schichten der Gesellschaft. Handel und Industrie sind lahmgelegt, die Lehranstalten sind geschlossen, die Semstwoleute folgen dem Beispiel der Arbeiter und streiken. Wie immer, wenn eine Welle der Massenbewegung nachläßt und die nächste noch nicht herangerollt ist, häufen sich die individuellen Terrorakte: das Attentat auf den Odessaer Polizeipräsidenten, der Mord im Kaukasus, die Ermordung des Senatsprokurators in Helsingfors. Die Regierung geht von der Politik der blutigen Knute zur Politik der Versprechungen über. Sie will mit der Komödie des Empfangs einer Deputation durch den Zaren wenigstens diesen oder jenen Arbeiter hinter Licht führen.* Sie versucht durch Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken und befiehlt Kuropatkin, am Hunho eine Offensive zu beginnen. Am 9. Januar war das Blutbad in Petersburg, am 12. begann diese vom militärischen Standpunkt absolut sinnlose Offensive, die mit einer neuen ernsten Niederlage der zaristischen Generale endete. Die Russen wurden zurückgeschlagen und verloren selbst nach den Meldungen des „Nowoje-Wremja“ [Neue Zeit]-Korrespondenten an die 13 000 Mann, d. h. etwa doppelt soviel wie die Japaner. In der militärischen Leitung herrscht in der Mandschurei die gleiche Zersetzung und Demoralisierung wie in Petersburg. In der Aus-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 122/123. *Die Red.*

landspresse wechseln die Telegramme, die den Zwist zwischen Kuropatkin und Grippenberg bald bestätigen, bald dementieren, mit Telegrammen ab, in denen bald bestätigt, bald dementiert wird, daß die Großfürstenpartei die Gefahr des Krieges für die Selbstherrschaft erkannt hat und so schnell wie möglich den Frieden herbeiführen möchte.

Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen selbst die nüchternsten bürgerlichen Organe Europas nicht aufhören, von der Revolution in Rußland zu sprechen. Die Revolution wächst und reift mit einer vor dem 9. Januar ungekannten Schnelligkeit heran. Ob die zweite Welle morgen, übermorgen oder in Monaten heranfluten wird, das hängt von einer Unmenge Umstände ab, die nicht vorauszusehen sind. Um so dringender ist die Aufgabe, eine gewisse Bilanz der Revolutionstage zu ziehen und nach Möglichkeit auch die Lehren zu ziehen, die uns viel früher zustatten kommen können, als manche erwarten mögen.

Um die Revolutionstage richtig einschätzen zu können, muß man einen Rückblick auf die jüngste Geschichte unserer Arbeiterbewegung werfen. Vor fast zwanzig Jahren, im Jahre 1885, erfolgten die ersten großen Arbeiterstreiks im zentralen Industriegebiet, bei Morosow und anderen. Damals schrieb Katkow, in Rußland sei die Arbeiterfrage aufgetaucht. Und wie erstaunlich schnell hat sich das Proletariat entwickelt, indem es vom ökonomischen Kampf zu politischen Demonstrationen, von Demonstrationen zum revolutionären Ansturm überging! Rufen wir uns die wichtigsten Meilensteine des zurückgelegten Weges ins Gedächtnis. 1885 — umfassende Streiks unter verschwindend geringer Beteiligung ganz einzelner, durch keine Organisation zusammengeschlüssener Sozialisten. Die durch die Streiks hervorgerufene Erregung der Öffentlichkeit veranlaßt Katkow, den treuen Kettenhund der Selbstherrschaft, anlässlich der Gerichtsverhandlung von den „101 Salutschüssen zu Ehren der in Rußland aufgetauchten Arbeiterfrage“ zu sprechen. Die Regierung macht ökonomische Zugeständnisse. 1891 — Beteiligung der Petersburger Arbeiter an der Demonstration bei der Beisetzung Schelgunows⁴¹, politische Reden bei der Petersburger Maifeier. Es war eine sozialdemokratische Demonstration der fortgeschrittenen Arbeiter, während eine Massenbewegung nicht vorhanden war. 1896 — Streik einiger zehntausend Arbeiter in Petersburg. Massenbewegung und Anfänge der Straßenagitation, diesmal schon unter Beteiligung einer ganzen sozialdemokratischen Orga-

nisation. So gering, verglichen mit unserer jetzigen Partei, diese fast ausschließlich aus Studenten bestehende Organisation noch ist — ihr bewußtes und planmäßiges sozialdemokratisches Eingreifen und ihre Führung bewirken dennoch, daß die Bewegung im Vergleich zu dem Streik bei Morosow ein gigantisches Ausmaß erreicht und an Bedeutung gewinnt. Die Regierung macht wieder ökonomische Zugeständnisse. Die Streikbewegung hat in ganz Rußland eine feste Grundlage erhalten. Beinahe die ganze revolutionäre Intelligenz wird sozialdemokratisch. Die sozialdemokratische Partei wird gegründet. 1901 — der Arbeiter eilt dem Studenten zu Hilfe. Eine Demonstrationsbewegung setzt ein. Das Proletariat trägt seinen Ruf: Nieder mit der Selbstherrschaft! auf die Straße. Die radikale Intelligenz teilt sich endgültig in eine liberale, eine revolutionär-bürgerliche und eine sozialdemokratische. Die Beteiligung von Organisationen der revolutionären Sozialdemokratie an den Demonstrationen wird immer breiter, aktiver, unmittelbarer. 1902 — der gewaltige Streik in Rostow gestaltet sich zu einer hervorragenden Demonstration. Die politische Bewegung des Proletariats lehnt sich schon nicht mehr an die Bewegung der Intellektuellen, der Studenten an, sondern wächst unmittelbar aus dem Streik hervor. Die Beteiligung der organisierten revolutionären Sozialdemokratie ist noch aktiver. Das Proletariat erkämpft für sich und für die revolutionären Sozialdemokraten seines Komitees die Freiheit öffentlicher Massenversammlungen. Das Proletariat stellt sich zum erstenmal als Klasse allen anderen Klassen und der Zarenregierung gegenüber. 1903 — wieder verschmelzen die Streiks mit den politischen Demonstrationen, aber auf einer noch breiteren Basis. Die Streiks erfassen ein ganzes Gebiet, an ihnen beteiligen sich mehr als hunderttausend Arbeiter, in einer ganzen Reihe von Städten werden während der Streiks wiederholt politische Massenversammlungen abgehalten. Man spürt, daß wir am Vorabend von Barrikadenkämpfen stehen (Äußerung Kiewer Sozialdemokraten über die Bewegung in Kiew 1903⁴²). Der Vorabend erweist sich jedoch als verhältnismäßig lang, als ob er uns lehren wollte, daß mächtige Klassen ihre Kräfte mitunter monate- und jahrelang sammeln, als ob er die kleingläubigen Intellektuellen, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen haben, auf die Probe stellen wollte. Der intelligenzlerische Flügel unserer Partei, die Neuskristen oder (was dasselbe ist) die Neurbotschedelzen haben auch tatsächlich bereits die Suche nach „höheren

Typen“ von Demonstrationen begonnen, die darin bestehen, daß die Arbeiter mit den Semstwoleuten übereinkommen, keine panische Angst hervorzurufen. Mit der allen Opportunisten eigenen Prinzipienlosigkeit haben sich die Neuskristen zu der unglaublichen, einfach unglaublichen These verstiegen, daß in der politischen Arena zwei (!!) Kräfte vorhanden seien: Bürokratie und Bourgeoisie (siehe den zweiten Brief der „Iskra“-Redaktion anlässlich der Semstwokampagne). Die Opportunisten der neuen „Iskra“ haben auf der Jagd nach Augenblickserfolgen vergessen, daß das Proletariat eine selbständige Kraft darstellt! Es kam das Jahr 1905, und der 9. Januar entlarvte wieder einmal alle so vergeßlichen Intelligenzler. Die proletarische Bewegung erhob sich mit einem Schlag auf eine ihrer höchsten Stufen. Der Generalstreik mobilisierte in ganz Rußland sicherlich nicht weniger als eine Million Arbeiter. Die politischen Forderungen der Sozialdemokratie drangen sogar bis zu den Schichten der Arbeiterklasse durch, die noch an den Zaren glaubten. Das Proletariat durchbrach den Rahmen der polizeilichen Subatowiade, und die ganze Mitglieder-masse des legalen Arbeitervereins, der zum Kampf gegen die Revolution gegründet worden war, beschritt zusammen mit Gapon den revolutionären Weg. Der Streik und die Demonstration begannen sich vor unseren Augen zum *Aufstand* zu entwickeln. Die Beteiligung der organisierten revolutionären Sozialdemokratie war unvergleichlich stärker als in den vorhergegangenen Stadien der Bewegung, aber immer noch zu schwach, allzu schwach im Vergleich zu dem gigantischen Bedürfnis der aktiven proletarischen Masse nach sozialdemokratischer Führung.

Im großen und ganzen sind die Streik- und die Demonstrationsbewegung, die in verschiedenen Formen und aus verschiedenen Anlässen miteinander verschmolzen, in die Breite und in die Tiefe gewachsen, wobei sie immer revolutionärer wurden und sich in der Praxis mehr und mehr dem allgemeinen bewaffneten Volksaufstand näherten, von dem die revolutionäre Sozialdemokratie seit langem gesprochen hatte. Diese Schlußfolgerung aus den Ereignissen des 9. Januar zogen wir bereits in den Nummern 4* und 5 des „Wperjod“. Diese Schlußfolgerung wurde sofort und unmittelbar auch von den Petersburger Arbeitern selbst gezogen. Am 10. Januar drangen sie in eine legale Druckerei ein, setzten das nachstehende, uns von den Petersburger Genossen zugesandte Flugblatt, druck-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 85–88. *Die Red.*

ten davon mehr als 10000 Exemplare und verbreiteten es in Petersburg. Dieses ausgezeichnete Flugblatt hat folgenden Wortlaut.*

Dieser Aufruf bedarf keiner Erläuterungen. Die Selbsttätigkeit des revolutionären Proletariats ist hier vollauf zum Ausdruck gekommen. Die Aufforderung der Petersburger Arbeiter wurde nicht so rasch verwirklicht, wie sie es wünschten, sie wird noch mehr als einmal wiederholt werden müssen, und die Versuche, sie zu verwirklichen, werden noch mehrfach zu Mißerfolgen führen. Aber die gigantische Bedeutung dessen, daß die Arbeiter selbst diese Aufgabe stellen, ist unbestreitbar. Die Errungenschaft der revolutionären Bewegung, die die praktische Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt und die Möglichkeit näher gerückt hat, daß diese Aufgabe bei jeder Volksbewegung als nächstliegende auf die Tagesordnung gesetzt wird — diese Errungenschaft kann dem Proletariat durch nichts mehr genommen werden.

Es lohnt sich, auf die Geschichte der Idee des Aufstands einzugehen. Die neue „Iskra“ hat, angefangen mit dem unvergeßlichen Leitartikel in der Nummer 62, über diese Frage so viele nebelhafte Plattheiten, soviel unseres alten Bekannten Martynow durchaus würdige opportunistische Konfusion zusammengeredet, daß die genaue Rekonstruktion der alten Fragestellung besonders wichtig ist. All den Plattheiten und der ganzen Konfusion der neuen „Iskra“ kann man sowieso nicht nachgehen. Weit- aus zweckmäßiger dürfte es sein, öfter der alten „Iskra“ zu gedenken und ihre alten positiven Lösungen möglichst konkret weiterzuentwickeln.

Am Schluß der Broschüre „Was tun?“ von Lenin, auf Seite 136**, wurde die Losung des *allgemeinen bewaffneten Volksaufstands* aufgestellt. Folgendes wurde darüber ganz zu Anfang des Jahres 1902, also vor drei Jahren, gesagt: „Man stelle sich einen Volksaufstand vor. In der heutigen Zeit werden wohl alle zugeben, daß wir an ihn denken und uns auf ihn vorbereiten müssen...***“

Geschrieben Anfang Februar 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 142. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 535/536. *Die Red.*

*** Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

BRIEF AN A. A. BOGDANOW UND S. I. GUSSEW

11. II. 1905

Gestern sandte ich ein Telegramm mit meiner Zustimmung zu Ihren Änderungen ab, obwohl ich mit dem, was ich aus Ihrem Brief herauslesen konnte, durchaus nicht einverstanden bin. Aber dieses Hinziehen ist mir so zuwider geworden, und Ihre Fragen klangen wie der reinste Hohn, daß ich's aufbebe: wenn nur irgend etwas getan wird! Und wenn man eine *x-beliebige* Ankündigung über den Parteitag herausbringt, aber man soll sie *herausbringen* und nicht nur darüber reden! Sie werden sich über das Wort Hohn wundern. Aber überlegen Sie doch bloß: Vor zwei Monaten sende ich meinen Entwurf an *alle* Mitglieder des Büros.* Kein einziger interessiert sich dafür, keiner hält es für notwendig, seine Meinung zu sagen!! Und jetzt: telegrafisch... O je, wir reden von Organisation, von Zentralismus, aber in Wirklichkeit herrscht selbst im allerengsten Kreis der Genossen um die Zentralstelle eine solche Zerfahrenheit, eine solche Handwerkerei, daß einem übel wird. Die Bundisten schwätzen nicht lang und breit von Zentralismus, aber bei ihnen schreibt *jeder* einmal wöchentlich an die Zentralstelle, und die Verbindung existiert *tatsächlich*. Man braucht nur ihre „Poslednija Iswestija“ [Die letzten Nachrichten] in die Hand zu nehmen, um diese Verbindung zu sehen. Bei uns jedoch erscheint die sechste Nummer des „Wperjod“, aber von einem Redaktionsmitglied (Rachmetow) ist keine Zeile da, weder über den „Wperjod“ noch für den „Wperjod“. Bei uns „redet“ man von umfangreichen literarischen Verbindungen sowohl in Petersburg als auch in Moskau, von den jungen Kräften der Mehrheit, während wir hier, *zwei Monate* nach der Auffor-

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 548–550. *Die Red.*

derung zur Mitarbeit (Ankündigung über den „Wperjod“ und ein Brief darüber), nichts zu hören und nichts zu sehen bekommen. Die russischen Komitees aber (Kaukasus, Nishni-Nowgorod, vom Wolgagebiet und dem Süden schon ganz zu schweigen) halten das Büro für einen „Mythus“, und das mit vollem Recht. Von fremden Leuten haben wir etwas über irgendein Bündnis des Petersburger Komitees der Mehrheit mit einer Gruppe Menschewiki „gehört“ — und kein Wort von unseren eigenen Leuten. Wir weigern uns zu glauben, daß Bolschewiki einen derartigen selbstmörderischen und blödsinnigen Schritt machen können. Von Fremden haben wir etwas über eine Konferenz der Sozialdemokraten und über einen „Block“ „gehört“, aber von unseren eigenen Leuten *keinen Ton*, obwohl es heißt, dies sei ein *fait accompli**. Offenbar haben die Bolschewiki wieder einmal Lust, sich übers Ohr hauen zu lassen.

Unsere einzige Stärke ist offene Geradheit, Geschlossenheit und energischer Angriff. Die Leute scheinen aber angesichts der „Revolution“ weich geworden zu sein!! Zu einer Zeit, in der Organisiertheit hundertmal notwendiger ist denn je, verkaufen sie sich an die Desorganisatoren. Aus den Abänderungsvorschlägen zum Entwurf der Deklaration und zur Einberufung des Parteitags (die in dem Brief höchst unklar dargelegt sind) ist zu ersehen, daß man „Loyalität“ üben möchte: Papachen gebraucht direkt dieses Wort und fügt hinzu: Wenn man die Zentralstellen nicht erwähnt, wird niemand zum Parteitag kommen! Also, meine Verehrtesten, ich wette, wenn Sie so handeln, werden Sie niemals einen Parteitag bekommen, werden Sie niemals dem Pantoffel der Bonapartisten des ZO und des ZK entrinnen. Einen Parteitag einberufen *gegen* die zentralen Körperschaften, denen man das Mißtrauen ausgesprochen hat, einen Parteitag einberufen im Namen eines *revolutionären* Büros (eines nicht bestehenden und fiktiven, wenn man sich dem loyalen Statut sklavisch beugt) und dann den 9 Bonapartisten und der Liga (hahaha!) und den bonapartistischen Kreaturen (den neugebackenen Komitees) das *unbedingte* Recht auf Teilnahme am Parteitag zugestehen heißt sich lächerlich machen und sich jeder Achtung begeben. Man kann und soll die zentralen Körperschaften einladen, aber ihre Stimmen als entscheidend anerkennen, das ist, ich wiederhole es, Wahnsinn. Natürlich werden die zentralen Körperschaften zu *unserem* Parteitag sowieso nicht kommen, aber warum sollen wir ihnen

* eine vollendete Tatsache. Die Red.

ein übriges Mal Gelegenheit geben, uns ins Gesicht zu spucken? Was soll das Heucheln und Versteckspielen? Das ist einfach eine Schande. Wir haben die *Spaltung* verkündet, wir rufen zu einem Parteitag der „*Wperjod*“-*Anhänger*, wir wollen eine Partei *im Sinne des „Wperjod“* organisieren und brechen, brechen sofort *sämtliche* Beziehungen zu den Desorganisatoren ab — und da redet man uns von Loyalität, tut so, als ob ein gemeinsamer Parteitag der „*Iskra*“ und des „*Wperjod*“ möglich wäre. Die reinste Komödie! Selbstverständlich wird gleich der erste Tag, die erste Stunde des Parteitags (wenn er stattfindet) dieser Komödie ein Ende machen, aber bis zum Parteitag wird uns ein derartiges Doppelspiel dutzend- und hundertmal Schaden bringen.

Wahrhaftig, ich habe oft den Eindruck, daß neun Zehntel der Bolschewiki regelrechte Formalisten sind. Entweder tun wir alles, um durch eine eiserne Organisation diejenigen, die kämpfen wollen, zusammenzuschließen und mit dieser kleinen, aber festen Partei dem morschen Monstrum der buntscheckigen neuskristischen Elemente zu Leibe zu rücken, oder wir beweisen durch unser Verhalten, daß wir als jämmerliche Formalisten zugrunde zu gehen verdienen. Wieso verstehen die Leute denn nicht, daß wir *vor dem Büro und vor dem „Wperjod“* alles getan haben, um die Loyalität zu retten, um die Einheit zu retten, um die der Form genügenden, d. h. höheren Methoden zur Beilegung des Konflikts zu retten!?!? Jetzt aber, *nach dem Büro, nach dem „Wperjod“*, ist die Spaltung eine Tatsache. Und als die Spaltung eine Tatsache geworden war, zeigte sich, daß wir *materiell um vieles schwächer sind*. Wir müssen unsere moralische Kraft erst in eine materielle verwandeln. Die Menschewiki haben mehr Geld, mehr Literatur, mehr Transportmöglichkeiten, mehr Agenten, mehr „*Namen*“, mehr Mitarbeiter. Es wäre eine unverzeihliche Kinderei, das nicht zu sehen. Und wenn wir der Welt nicht das widerliche Bild einer vertrockneten und anämischen alten Jungfer bieten wollen, die auf ihre unfruchtbare moralische Reinheit stolz ist, so müssen wir begreifen, daß wir den Kampf und eine Kampforganisation brauchen. Nur nach langem Kampf und nur unter der Voraussetzung einer vorzüglichen Organisation kann sich unsere moralische Kraft in eine materielle verwandeln.

Wir brauchen Geld. Höchst unsinnig ist der Plan eines Parteitags *in London*, denn das würde doppelt soviel kosten. Wir können das Erscheinen des „*Wperjod*“ nicht unterbrechen, eine lange Abwesenheit aber

würde dazu führen. Der Parteitag soll einfach, kurz, zahlenmäßig nicht groß sein. Es ist ein Parteitag zur Organisierung des Kampfes. Aus allem ist zu ersehen, daß Sie sich in dieser Hinsicht Illusionen machen.

Wir brauchen Mitarbeiter für den „Wperjod“. Unsere Kräfte reichen nicht aus. Wenn wir nicht zwei, drei ständige Mitarbeiter aus Rußland bekommen, dann hat es auch keinen Zweck, dummes Zeug über einen Kampf gegen die „Iskra“ zu schwatzen. Wir brauchen Broschüren und Flugblätter, brauchen sie äußerst dringend.

Wir brauchen junge Kräfte. Ich würde empfehlen, jeden einfach an die Wand zu stellen, der zu behaupten wagt, es gäbe keine Menschen. In Rußland gibt es unzählig viele Menschen, man muß nur werben, breiter und kühner, kühner und breiter, noch breiter und noch kühner unter der Jugend werben, *ohne sie zu fürchten*. Jetzt ist Krieg. Die Jugend wird den Ausgang des ganzen Kampfes entscheiden, sowohl die Studentenjugend als auch — noch viel mehr — die Arbeiterjugend. Macht Schluß mit all den alten Gewohnheiten der Schwerfälligkeit, der Titelanbetung usw. Gründet *Hunderte* Zirkel aus jugendlichen „Wperjod“-Anhängern und spornt sie an, mit aller Kraft zu arbeiten. Erweitert das Komitee *auf das Dreifache* durch die Aufnahme von Jugendlichen, schafft fünf oder auch zehn Unterkomitees, „kooptiert“ jeden ehrlichen und energischen Menschen. Gebt jedem Unterkomitee das Recht, ohne viel Umstände Flugblätter zu schreiben und herauszugeben (kein Unglück, wenn es Fehler macht: wir werden es im „Wperjod“ „behutsam“ korrigieren). Es gilt, mit ungeheurer Schnelligkeit alle Menschen, die revolutionäre Initiative haben, zusammenzufassen und einzusetzen. Habt keine Angst davor, daß sie nicht geschult sind, macht euch keine Sorgen wegen ihrer Unerfahrenheit und Unreife. Erstens: wenn ihr es nicht versteht, sie zu organisieren und anzuspornen, so werden sie den Menschewiki und den Gapons folgen und gerade durch ihre Unerfahrenheit fünfmal mehr Schaden anrichten. Zweitens: lehren werden jetzt die Ereignisse, und zwar *in unse-rem Geist*. Schon jetzt belehren die Ereignisse alle und jeden genau im Geiste des „Wperjod“.

Aber unbedingt organisieren, organisieren und noch einmal organisieren, *Hunderte* von Zirkeln, und dabei mit den üblichen (hierarchischen) Torheiten der Komitees radikal Schluß machen. Es ist Krieg. Entweder überall *neue*, junge, frische, energische Kampforganisationen für die

revolutionäre sozialdemokratische Arbeit aller Arten, aller Formen und unter allen Schichten — oder ihr werdet untergehen mit dem Ruhm, „Komitee“leute in Amt und Würden gewesen zu sein.

Ich werde darüber im „Wperjod“ schreiben* und auf dem Parteitag sprechen. Ich schreibe Ihnen, um wieder und wieder zu *versuchen*, einen Gedankenaustausch herbeizuführen, um zu erreichen, daß man ein Dutzend *junge, frische* Arbeiter- (und andere) Zirkel mit der Redaktion *unmittelbar verbindet*, obwohl... obwohl ich, unter uns gesagt, keine Hoffnung auf die Verwirklichung dieser vermessenen Wünsche hege. Vielleicht werden Sie mich nach zwei Monaten ersuchen, telegrafisch zu antworten, ob ich mit den und den Änderungen des „Plans“ einverstanden sei... Ich antworte im voraus, daß ich mit allem einverstanden bin... Auf Wiedersehen auf dem Parteitag. Lenin.

PS. Man muß sich das Ziel setzen, den Versand des „Wperjod“ nach Rußland zu revolutionieren. Propagiert soweit wie irgend möglich Bestellungen aus Petersburg. Sollen die Studenten und insbesondere die *Arbeiter* zu Dutzenden und Hunderten an ihre eigenen Adressen bestellen. Sich heutzutage davor fürchten ist lächerlich. Alles kann die Polizei niemals abfangen. Die Hälfte oder ein Drittel wird ankommen, und das ist schon sehr viel. Regt diesen Gedanken in *jedem beliebigen* Zirkel der Jugend an, sie wird schon Hunderte eigener Wege nach dem Ausland finden. Gebt mehr Adressen für die Übersendung von Zuschriften an den „Wperjod“, soviel wie möglich.

Zuerst veröffentlicht 1925 in der
Zeitschrift „Proletarskaja
Rewoluzija“ Nr. 4 (39).

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 201–211. Die Red.

ZWEI TAKTIKEN

Seit den ersten Anfängen der proletarischen Massenbewegung in Rußland, das heißt schon seit ungefähr zehn Jahren, bestehen unter den Sozialdemokraten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Taktik. Bekanntlich ließen gerade derartige Meinungsverschiedenheiten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Strömung des Ökonomismus entstehen, die zur Spaltung in einen opportunistischen („Rabotscheje Delo“) und einen revolutionären Flügel der Partei (alte „Iskra“) führte. Doch der russische sozialdemokratische Opportunismus unterschied sich von dem westeuropäischen durch gewisse eigentümliche Besonderheiten. Er spiegelte mit außerordentlicher Prägnanz den Standpunkt oder besser gesagt das Fehlen jedes selbständigen Standpunkts bei dem intelligenzlerischen Flügel der Partei wider, der sich sowohl für die Modeworte des Bernsteinianertums als auch für die unmittelbaren Ergebnisse und Formen einer reinen Arbeiterbewegung begeisterte. Diese Begeisterung führte dazu, daß die legalen Marxisten allesamt Verrat übten und zum Liberalismus abwanderten, daß Sozialdemokraten die berühmte Theorie der „Taktik als Prozeß“ schufen, die unseren Opportunisten die Bezeichnung Nachtrabpolitiker eintrug. Sie trotteten hilflos hinter den Ereignissen her, fielen aus einem Extrem ins andere, dämpften in allen Fällen den Schwung der Tätigkeit des revolutionären Proletariats und den Glauben an seine Kräfte, wobei das alles hauptsächlich und in der Mehrzahl der Fälle mit der Berufung auf die Selbsttätigkeit des Proletariats bemäntelt wurde. Das mag kurios scheinen, ist aber eine Tatsache. Niemand hat soviel über die Selbsttätigkeit der Arbeiter geredet und niemand hat mit seiner Predigt diese Selbsttätigkeit so sehr eingengt, beschnitten und herabgewürdigt

wie die Anhänger des „Rabotscheje Delo“. „Sprecht weniger von der ‚Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse‘“, sagten die klassenbewußten, fortgeschrittenen Arbeiter zu ihren eifrigen, aber nicht klugen Ratgebern. „Wir besitzen viel mehr Aktivität, als ihr glaubt, und wir verstehen es, durch offenen, durch Straßenkampf sogar solche Forderungen zu unterstützen, die keine ‚greifbaren Resultate‘ verheißen! Und nicht an euch ist es, unsere Aktivität ‚zu steigern‘, denn gerade euch selber mangelt es an Aktivität. Betet weniger die Spontaneität an und denkt mehr an die Steigerung eurer Aktivität, ihr Herren!“ So mußte damals das Verhältnis der revolutionären Arbeiter zu den opportunistischen Intellektuellen charakterisiert werden. („Was tun?“, S. 55*.)

Die zwei Schritte, die die neue „Iskra“ zurück zum „Rabotscheje Delo“ machte, haben dieses Verhältnis wieder aufleben lassen. Aus den Spalten der „Iskra“ ergoß sich wieder die Propaganda der Nachtrabpolitik, die mit den gleichen widerwärtigen Beteuerungen getarnt wurde: ich glaube, o Herr, und bekenne mich zur Selbsttätigkeit des Proletariats! Im Namen der Selbsttätigkeit des Proletariats verteidigten Axelrod und Martynow, Martow und Liber (der Bundist) auf dem Parteitag das Recht der Professoren und Gymnasiasten, Parteimitglieder zu sein, ohne irgendeiner Organisation anzugehören. Im Namen der Selbsttätigkeit des Proletariats wurde die Theorie der „Organisation als Prozeß“ ausgeheckt, die die Desorganisation rechtfertigte und den Intellektuellenanarchismus pries. Im Namen der Selbsttätigkeit des Proletariats wurde die nicht weniger berühmte Theorie des „höheren Demonstrationstypus“ erfunden, der darin bestand, daß eine durch dreifache Wahlen gesiebte Arbeiterdeputation mit *Semstwoleuten* übereinkam, friedlich zu manifestieren, ohne panische Angst hervorzurufen. Im Namen der Selbsttätigkeit des Proletariats wurde die Idee des bewaffneten Aufstands entstellt und banalisiert, herabgewürdigt und verwirrt.

Auf diese letzte Frage möchten wir, da sie von größter praktischer Bedeutung ist, die Aufmerksamkeit des Lesers lenken. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung hat den Neunmalweisen der neuen „Iskra“ einen bösen Streich gespielt. Kaum war in Rußland ihr erster Brief verbreitet, worin im Namen „des Prozesses der planmäßigen Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Selbsttätigkeit des Proletariats“ ein höherer Demon-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 430/431. *Die Red.*

strationstypus empfohlen wurde, nämlich „die Eingabe der Arbeiter den Abgeordneten durch die Post ins Haus zuzustellen und als Flugblatt in einer beträchtlichen Anzahl von Exemplaren im Sitzungssaal der Semstowersammlung auszustreuen“; kaum war in Rußland ihr zweiter Brief eingetroffen, in dem die schon ganz sensationelle Entdeckung gemacht wurde, daß im gegenwärtigen „historischen Moment die politische Arena erfüllt ist (!) vom Streit zwischen der organisierten Bourgeoisie und der Bürokratie“ und daß „jede (man höre!) revolutionäre Bewegung der unteren Schichten nur *einen* (!) objektiven Sinn hat, der auf die Unterstützung der Losungen jener der beiden (!!) Kräfte hinausläuft, die an der Zerschlagung des gegenwärtigen Regimes interessiert ist“ (die demokratische Intelligenz war als „Kraft“ proklamiert worden); kaum hatten die klassenbewußten Arbeiter Zeit gehabt, diese herrlichen Briefe zu lesen und sich herzlich über sie lustig zu machen, als die Ereignisse des wirklichen Kampfes des Proletariats mit einem Schlag diesen ganzen politischen Plunder der neuiskristischen Publizisten in die Müllgrube fegten. Das Proletariat hat gezeigt, daß es eine dritte (in Wirklichkeit natürlich nicht dritte, sondern — der Reihenfolge nach — zweite, und der Kampffähigkeit nach erste) *Kraft* gibt, die nicht nur an der Zerschlagung der Selbstherrschaft interessiert ist, sondern auch *bereit* ist, die Selbstherrschaft *wirklich* zu zerschlagen. Seit dem 9. Januar *entwickelt sich* die Arbeiterbewegung vor unseren Augen zum Volksaufstand.

Betrachten wir nun, wie dieser Übergang zum Aufstand von den Sozialdemokraten beurteilt wurde, die ihn seinerzeit als Frage der Taktik behandelt hatten, und wie die Arbeiter selber in der Praxis an die Lösung dieser Frage gingen.

Über den Aufstand als Losung, die unsere nächsten praktischen Aufgaben bestimmt, wurde vor drei Jahren gesagt: „Man stelle sich einen Volksaufstand vor. In der heutigen Zeit werden wohl alle zugeben, daß wir an ihn denken und uns auf ihn vorbereiten müssen. Aber wie vorbereiten? Das Zentralkomitee kann doch nicht an allen Orten Agenten zur Vorbereitung des Aufstands ernennen! Selbst wenn wir ein ZK hätten, so würde es unter den gegenwärtigen russischen Verhältnissen durch solche Ernennungen absolut nichts erreichen. Das Netz von Agenten hingegen, das sich bei der Arbeit für die Schaffung und Verbreitung der gemeinsamen Zeitung von selbst bildet, brauchte nicht ‚zu sitzen und zu warten‘,

bis die Lösung zum Aufstand ausgegeben wird, sondern es würde gerade eine solche regelmäßige Arbeit leisten, die ihm im Moment des Aufstands mit größter Wahrscheinlichkeit den Erfolg sichert. Gerade eine solche Arbeit würde unbedingt die Verbindung mit den breitesten Massen der Arbeiter und mit allen Schichten, die mit der Selbstherrschaft unzufrieden sind, festigen, was für den Aufstand von so großer Wichtigkeit ist. Gerade in einer solchen Arbeit würde sich die Fähigkeit herausbilden, die allgemeine politische Lage richtig einzuschätzen, und folglich auch die Fähigkeit, den für den Aufstand passenden Moment zu wählen. Gerade eine solche Arbeit würde *alle* lokalen Organisationen daran gewöhnen, gleichzeitig auf dieselben, ganz Rußland bewegenden politischen Fragen, Vorkommnisse und Vorfälle zu reagieren, auf diese Vorfälle möglichst energisch, möglichst einheitlich und zweckmäßig zu antworten — denn der Aufstand ist doch im Grunde genommen die energischste, die einheitlichste und zweckmäßigste ‚Antwort‘ des gesamten Volkes an die Regierung. Gerade eine solche Arbeit würde endlich alle revolutionären Organisationen an allen Ecken und Enden Rußlands dazu anhalten, ständige und gleichzeitig streng konspirative Verbindungen zu unterhalten, die die *faktische* Einheit der Partei schaffen — ohne diese Verbindungen aber ist es unmöglich, den Plan des Aufstands kollektiv zu beraten und am Vorabend des Aufstands die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, über die das strengste Geheimnis gewahrt werden muß.

Mit einem Wort, der ‚Plan einer gesamtrussischen politischen Zeitung‘ ist nicht nur keine Frucht der Studierstubenarbeit von Personen, die von Doktrinarismus und Literatentum angesteckt sind (wie es Leuten schien, die nicht richtig über ihn nachgedacht haben), sondern ist im Gegenteil der praktischste Plan, *um von allen Seiten und unverzüglich mit der Vorbereitung des Aufstands zu beginnen, ohne dabei auch nur für einen Augenblick die dringende Tagesarbeit zu vergessen.* („Was tun?“*)

Die von uns unterstrichenen Schlußworte geben eine klare Antwort auf die Frage, wie sich die revolutionären Sozialdemokraten die Vorbereitung des Aufstands dachten. Aber so klar diese Antwort ist — die alte Nachtraktik mußte sich unbedingt auch in diesem Punkt offenbaren. Martynow hat kürzlich eine Broschüre, „Zwei Diktaturen“, herausgebracht, die von der neuen „Iskra“ (Nr. 84) besonders empfohlen wird. Der Verfasser ist

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 536/537. Die Red.

in der tiefsten Tiefe seines Rabotschedelzengemüts darüber empört, daß Lenin von der „Vorbereitung, Festsetzung und Durchführung des bewaffneten Volksaufstands“ reden konnte. Der gestrenge Martynow haut auf den Feind los: „Die internationale Sozialdemokratie hat auf Grund der historischen Erfahrung und der wissenschaftlichen Analyse der Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte stets festgestellt, daß nur Palastrevolutionen und Pronunziamentos im voraus *festgesetzt* und nach einem vorher aufgestellten Plan mit Erfolg durchgeführt werden können, eben deshalb, weil sie keine Volksrevolutionen, d. h. Umwälzungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen darstellen, sondern nur Umgruppierungen in der herrschenden Clique. Die Sozialdemokratie hat stets und überall festgestellt, daß eine Volksrevolution nicht im voraus *festgesetzt* werden kann, daß sie nicht künstlich gemacht wird, sondern sich selbst vollzieht.“

Wenn der Leser diese Tirade hinter sich hat, wird er vielleicht sagen, daß Martynow offenbar keinen ernstesten Gegner darstellt und daß es lächerlich wäre, ihn ernst zu nehmen. Wir würden einem solchen Leser durchaus zustimmen. Wir würden sogar einem solchen Leser erklären, daß es keine größere Qual auf Erden gibt, als sich mit allen Theorien und allen Argumentationen unserer Neuiskristen ernst auseinanderzusetzen. Schlimm ist nur, daß dieser Unsinn auch in den Leitartikeln der „Iskra“ (Nr. 62) figuriert. Noch schlimmer ist, daß es in der Partei Leute, und gar nicht wenige, gibt, die sich von diesem Unsinn verwirren lassen. Und so muß man also von nicht ernst zu nehmenden Dingen reden, wie wir ja auch von der „Theorie“ Rosa Luxemburgs reden müssen, die „die Organisation als Prozeß“ entdeckt hat. Wir müssen Martynow klarmachen, daß Aufstand nicht mit Volksrevolution verwechselt werden darf. Wir müssen ihm auseinandersetzen, daß es nur eines Kifa Mokijewitsch⁴³ würdig ist, tief sinnige Hinweise auf die Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen vorzubringen, wenn es gilt, die Frage der Methoden zum Sturz der russischen Selbstherrschaft in der Praxis zu lösen. Die genannte Umwälzung hat in Rußland bereits mit der Aufhebung der Leibeigenschaft begonnen, und gerade das Zurückbleiben unseres politischen Überbaus hinter der in den gesellschaftlichen Verhältnissen vollzogenen Umwälzung macht den Zusammenbruch des Überbaus unvermeidlich, wobei ein sofortiger Zusammenbruch, gleich *nach dem ersten Schlag*, durchaus

und absolut möglich ist, denn die „Volksrevolution“ in Rußland hat dem Zarismus bereits hundert Schläge versetzt; die Frage ist nur, ob er unter dem hundertundersten oder dem hundertundzehnten Schlag zusammenbricht. In einer Zeit, in der praktisch erwogen wird, wie einer der Schläge vom zweiten Hundert zu versetzen ist, können nur opportunistische Intellektuelle, die ihr eigenes Philistertum auf die Proletarier abwälzen möchten, ihr Gymnasiastwissen von der „Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen“ hervorkehren. Nur die Opportunisten der neuen „Iskra“ können hysterisch über den furchtbaren „jakobinischen“ Plan zetern, dessen Schwerpunkt, wie wir gesehen haben, in der allseitigen Massenagitation mit Hilfe einer politischen Zeitung liegt!

Eine Volksrevolution kann nicht festgesetzt werden, das ist richtig. Für die Kenntnis dieser Wahrheit müssen Martynow und der Verfasser des Leitartikels in Nummer 62 der „Iskra“ unbedingt gelobt werden („von was für einer Vorbereitung des Aufstands kann schließlich in unserer Partei überhaupt die Rede sein?“ fragte dort, gegen die „Utopisten“ kämpfend, ein treuer Kampfgefährte oder Jünger Martynows). Doch einen Aufstand festsetzen, falls wir ihn wirklich vorbereitet haben und falls ein Volksaufstand kraft der *eingetretenen* Umwälzungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist, das ist etwas durchaus Realisierbares. Wir wollen es den Neuskristen an einem einfachen Beispiel zu erläutern versuchen. Kann man die Arbeiterbewegung festsetzen? Nein, das kann man nicht, weil sie sich aus tausend einzelnen Akten zusammensetzt, die durch eine Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen erzeugt werden. Kann man einen Streik festsetzen? Jawohl, obwohl — Genosse Martynow, stellen Sie sich das vor! — *obwohl* jeder Streik das Resultat einer Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen ist. Wann kann man einen Streik festsetzen? Dann, wenn die Organisation oder der Zirkel, die ihn festsetzen, auf die *Masse* der betreffenden Arbeiter Einfluß haben und den Zeitpunkt der wachsenden Unzufriedenheit und Erregung in der Arbeitermasse richtig einzuschätzen verstehen. Haben Sie nun begriffen, worum es geht, Genosse Martynow und Genosse „Leitartikler“ der „Iskra“ Nummer 62? Wenn Sie es begriffen haben, so machen Sie sich jetzt die Mühe, Aufstand und Volksrevolution miteinander zu vergleichen. „Eine Volksrevolution kann nicht im voraus festgesetzt werden.“ Ein Aufstand kann festgesetzt werden, wenn diejenigen, die ihn festset-

zen, auf die Massen Einfluß haben und den Moment richtig einzuschätzen wissen.

Zum Glück ist die Selbsttätigkeit der fortgeschrittenen Arbeiter der Nachtrabphilosophie der neuen „Iskra“ weit vorausgeeilt. Während sich die „Iskra“ Theorien abquält, die beweisen sollen, daß ein Aufstand nicht von denen festgesetzt werden kann, die sich auf ihn vorbereiteten, indem sie den Vortrupp der revolutionärer Klasse organisierten, zeigen die Ereignisse, daß auch solche Leute den Aufstand festsetzen können, ja, ihn manchmal festsetzen müssen, die sich nicht auf ihn vorbereitet haben.

Hier ein Flugblatt, das wir von einem Petersburger Genossen erhielten. Es wurde von Arbeitern, die am 10. Januar in Petersburg ein legale Druckerei besetzt hatten, selbst gesetzt und in mehr als 10 000 Exemplaren gedruckt und verbreitet.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bürger! Ihr habt gestern die Bestialitäten der absolutistischen Regierung gesehen! Ihr habt das Blut in den Straßen fließen sehen! Ihr habt gesehen, wie Hunderte von Kämpfern für die Arbeitersache gemordet wurden, ihr habt den Tod gesehen, habt das Stöhnen verwundeter Frauen und wehrloser Kinder gehört! Arbeiterblut und Arbeiterhirn haben das von Arbeiterhänden gelegte Pflaster bespritzt. Wer aber hat die Truppen, die Gewehre und die Kugeln gegen die Brust der Arbeiter gerichtet? — Der Zar, die Großfürsten, die Minister, die Generale und das Hofgesindel.

Sie sind die Mörder! Tod ihnen! Zu den Waffen, Genossen, besetzt die Arsenale, die Waffenlager und die Waffenläden! Brecht die Gefängnisse auf, Genossen, befreit die Freiheitskämpfer! Zertrümmert die Polizei- und Gendarmerieverwaltungen und alle Regierungsämter. Stürzen wir die Zarenregierung, setzen wir unsere eigene Regierung ein. *Es lebe die Revolution, es lebe die konstituierende Versammlung der Volksvertreter! — Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.“*

Der Aufruf dieser Handvoll tatkräftiger fortgeschrittener Arbeiter zum Aufstand blieb ohne Erfolg. Uns würden auch mehrere erfolglose Aufrufe zum Aufstand oder mißlungene „Festsetzungen“ des Aufstands weder überraschen noch entmutigen. Wir überlassen es der neuen „Iskra“, aus diesem Anlaß über die Notwendigkeit einer „Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen“ zu schwätzen und großtuerisch den „Utopismus“ der Arbeiter zu verurteilen, die riefen: „Setzen wir unsere eigene

Regierung ein!" Nur hoffnungslose Pedanten oder Wirrköpfe können diesen Ruf für das Kernstück eines solchen Aufrufs halten. Für uns ist es wichtig, dieses ausgezeichnete, kühne praktische Herangehen an die Lösung der jetzt unmittelbar vor uns stehenden Aufgabe festzustellen und zu unterstreichen.

Der Aufruf der Petersburger Arbeiter ist nicht verwirklicht worden und konnte nicht so rasch verwirklicht werden, wie sie es wollten. Dieser Aufruf wird noch mehr als einmal wiederholt werden, und Aufstandsversuche können noch mehrmals zu Mißerfolgen führen. Aber allein die Tatsache, daß die Arbeiter selbst diese Aufgabe gestellt haben, ist von gigantischer Bedeutung. Die Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die die praktische Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt und die Möglichkeit näher gerückt hat, daß diese Aufgabe bei jeder Erregung des Volkes als nächstliegende auf die Tagesordnung gesetzt wird — diese Errungenschaft kann dem Proletariat durch nichts mehr genommen werden.

Die Sozialdemokraten hatten schon vor drei Jahren auf Grund allgemeiner Erwägungen die Lösung der Vorbereitung des Aufstands aufgestellt. Die Selbsttätigkeit des Proletariats ist unter dem Einfluß der unmittelbaren Lehren des Bürgerkriegs zu derselben Lösung gelangt. Es gibt Selbsttätigkeit und Selbsttätigkeit. Es gibt die Selbsttätigkeit eines Proletariats mit revolutionärer Initiative, und es gibt die Selbsttätigkeit eines unentwickelten und am Gängelband geführten Proletariats; es gibt eine bewußt sozialdemokratische Selbsttätigkeit und eine Subatowsche Selbsttätigkeit. Und es gibt Sozialdemokraten, die sich sogar im gegenwärtigen Zeitpunkt mit Andacht gerade in diese zweite Art der Selbsttätigkeit versenken, die glauben, man könne sich einer direkten Beantwortung der aktuellen Fragen entziehen, indem man unzählige Male das Wort „Klasse“ wiederholt. Man sehe sich Nr. 84 der „Iskra“ an. „Warum“, fällt ihr „Leitartikler“ mit Siegermiene über uns her, „warum hat nicht die enge Organisation der Berufsrevolutionäre dieser Lawine“ (am 9. Januar) „den Anstoß gegeben, sondern der Arbeiterverein? Darum, weil dieser Verein wirklich (man höre!) eine breite Organisation war, die auf der Selbsttätigkeit der Arbeitermassen beruhte.“ Wäre der Verfasser dieses klassischen Satzes nicht ein Anbeter Martynows, so hätte er vielleicht begriffen, daß der Arbeiterverein der Bewegung des revolutionären Proletariats gerade dann und insoweit von Nutzen war, als und insofern er

von der Subatowschen Selbsttätigkeit zur sozialdemokratischen Selbsttätigkeit übergang (worauf er auch sofort aufhörte, als legaler Verein zu existieren).

Wären die Neuskristen oder die Neurabotschedelzen keine Nachtrabpolitiker, so hätten sie gesehen, daß gerade der 9. Januar jenen recht gegeben hat, die voraussagten: „Die Legalisierung der Arbeiterbewegung wird letzten Endes eben uns, und nicht den Subatow, Nutzen bringen“ („Was tun?“*). Gerade der 9. Januar hat wieder einmal bewiesen, wie wichtig die dort formulierte Aufgabe ist: „Schnitter ausbilden, die imstande sind, heute Unkraut zu jäten“ (das heißt heute die demoralisierende Wirkung der Subatowiade zu paralisieren) „und morgen Weizen zu ernten“ (das heißt der Bewegung, die mit Hilfe der Legalisierung einen Schritt vorwärts getan hat, eine revolutionäre Führung zu geben). Aber die Hansnarren der neuen „Iskra“ berufen sich auf die üppige Weizenерnte, um die Bedeutung einer festgefühten Organisation revolutionärer Schnitter herabzusetzen!

Es wäre verbrecherisch, fährt derselbe Leitartikler der neuen „Iskra“ fort, „den Nachtrab der Revolution zu überfallen“. Was dieser Satz eigentlich bedeuten soll, mag Allah wissen. In welchem Zusammenhang dieser Satz mit der allgemeinen opportunistischen Physiognomie der „Iskra“ steht, darüber werden wir wahrscheinlich ein anderes Mal besonders sprechen. Jetzt genügt es, darauf hinzuweisen, daß der wirkliche politische Sinn dieses Satzes eindeutig feststeht, nämlich: Der Verfasser scharwenzelt vor dem Nachtrab der Revolution und rümpft verächtlich die Nase über die „engstirnige“ und „jakobinische“ Avantgarde der Revolution.

Der Gegensatz zwischen der Taktik des Nachtrabs und der Taktik der revolutionären Sozialdemokratie tritt um so klarer hervor, je mehr sich die neue „Iskra“ im Martynowschen Geist ereifert. Wir haben bereits in Nr. 1 des „Wperjod“** darauf verwiesen, daß sich der Aufstand an eine spontane Bewegung anschließen müsse. Wir vergessen also keineswegs die Wichtigkeit der „Sicherung des Hinterlands“, um einen militärischen Ausdruck zu gebrauchen. Wir sprachen in Nr. 4*** von der richtigen Tak-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 471. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 13. *Die Red.*

*** Siehe den vorliegenden Band, S. 94. *Die Red.*

tik der Genossen aus dem Petersburger Komitee, die von Anfang an alle ihre Anstrengungen auf die Unterstützung und weitere Entwicklung der revolutionären Elemente der spontanen Bewegung richteten und dabei dem unaufgeklärten, dem Subatowschen Nachtrab dieser spontanen Bewegung mit Zurückhaltung und Mißtrauen begegneten. Wir wollen nun mit einem Ratschlag schließen, den wir den Neuskristen noch des öfteren werden geben müssen: Würdigt die Aufgaben der Avantgarde der Revolution nicht herab, vergeßt nicht unsere Pflicht, diese Avantgarde durch unsere *organisierte* Selbsttätigkeit zu unterstützen. Macht weniger allgemeine Phrasen über die Entwicklung der Selbsttätigkeit der Arbeiter — die Arbeiter legen, von euch unbemerkt, eine gewaltige revolutionäre Selbsttätigkeit an den Tag! — achtet mehr darauf, daß ihr die unentwickelten Arbeiter durch eure eigene Nachtrabpolitik nicht demoralisiert.

„Wperjod“ Nr. 6,
14. (1.) Februar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

UBER EIN KAMPFABKOMMEN FÜR DEN AUFSTAND

Die „Rewoluzionnaja Rossija“ (Nr. 58) schreibt: „Möge endlich wenigstens jetzt der Geist der Kampfgemeinschaft die von brudermörderischem Hader zerfressenen Reihen der revolutionär-sozialistischen Fraktionen durchdringen und das verbrecherisch untergrabene Bewußtsein der sozialistischen Solidarität wieder aufleben lassen... Schonen wir soweit es geht die revolutionären Kräfte, indem wir ihre Wirkung durch einen koordinierten Ansturm steigern!“

Mehr als einmal mußten wir bereits gegen die Herrschaft der Phrase bei den Sozialrevolutionären protestieren, wir müssen auch jetzt dagegen protestieren. Wozu, meine Herren, diese schrecklichen Worte über „brudermörderischen Hader“ und dergleichen mehr? Geziemen sie sich für Revolutionäre? Gerade jetzt, wo der wirkliche Kampf entbrannt ist, wo Blut fließt, von dem die „Rewoluzionnaja Rossija“ ebenfalls so übertrieben schön spricht — gerade jetzt klingen diese häßlichen Übertreibungen vom „brudermörderischen Hader“ besonders falsch. Die Kräfte schonen, sagt ihr? Die Kräfte schont man durch eine einheitliche, geschlossene, in den prinzipiellen Fragen übereinstimmende Organisation, nicht aber durch das Zusammenleimen von Ungleichartigem. Die Kräfte werden nicht geschont, sondern vergeudet, wenn man fruchtlose Versuche eines derartigen Zusammenleimens unternimmt. Um die „Kampfgemeinschaft“ in der Tat und nicht bloß in Worten zustande zu bringen, muß man klar, deutlich und dabei *aus Erfahrung* wissen, worin eben und inwiefern wir gemeinsam vorgehen können. Sonst sind die Gespräche über Kampfgemeinschaft nur Worte, Worte, Worte, dieses Wissen aber gewinnt man unter anderem gerade durch jene Polemik, jenen Kampf und jenen Hader, von

•

dem ihr in so „schrecklichen“ Ausdrücken redet. Wäre es etwa besser, wenn wir über jene Meinungsverschiedenheiten, die ganze gigantische Ströme des russischen gesellschaftlichen und des russischen sozialistischen Denkens voneinander trennen, schweigen würden? Hat etwa nur der „Kult der Zwietracht“ den erbitterten Kampf zwischen der Volkstümlicherichtung, dieser unklaren, von sozialistischen Schwärmereien erfüllten Ideologie der demokratischen Bourgeoisie, und dem Marxismus, der Ideologie des Proletariats, hervorgerufen? Nicht doch, Herrschaften, ihr macht euch ja nur lächerlich, wenn ihr das behaupten wollt, wenn ihr nach wie vor die marxistische Auffassung vom bürgerlich-demokratischen Wesen der Volkstümlicherichtung und eures „Sozialrevolutionismus“ als „beleidigend“ betrachtet. Auch in den künftigen russischen Revolutionskomitees werden wir uns unvermeidlich streiten, auseinandersetzen und miteinander hadern — aber man muß doch aus der Geschichte lernen. Man muß dafür sorgen, daß es im Moment der Aktion nicht zu unerwarteten, für niemanden verständlichen, verworrenen Streitigkeiten kommt, man muß sich darauf vorbereiten, prinzipiell zu streiten, muß die Ausgangspunkte jeder Richtung kennen, um im voraus die mögliche Übereinstimmung und den unvermeidlichen Hader festzustellen. Die Geschichte revolutionärer Epochen liefert viele, allzu viele Beispiele für die ungeheure Schädlichkeit voreiliger und nicht ausgereifter Experimente mit einer „Kampfgemeinschaft“, die die ungleichartigsten Elemente in den Komitees des revolutionären Volkes zusammenleimt und daher zu *gegenseitigen Reibereien und bitteren Enttäuschungen* führt.

Wir wollen uns die Lehre dieser Geschichte zunutze machen. Wir sehen gerade im Marxismus, der euch ein engstirniges Dogma scheint, die Quintessenz dieser geschichtlichen Lehre und Anleitung. Wir sehen in der *selbständigen*, unversöhnlich marxistischen Partei des revolutionären Proletariats die einzige Gewähr für den Sieg des Sozialismus und den Weg zum Sieg, der am wenigsten von Schwankungen begleitet ist. Wir werden daher niemals, auch nicht in den revolutionärsten Augenblicken, auf die absolute Selbständigkeit der Sozialdemokratischen Partei, auf die absolute Unversöhnlichkeit unserer Ideologie verzichten.

Euch scheint es, daß dies die Kampfgemeinschaft *ausschließt*? Ihr irrt. Ihr könnt aus der Resolution unseres II. Parteitags ersehen, daß wir Abkommen für den Kampf und im Kampf nicht ablehnen. Wir haben in

Nr. 4 des „Wperjod“ betont, daß der Beginn der Revolution in Rußland zweifellos den Augenblick näher bringt, wo solche Abkommen praktisch verwirklicht werden.* Der gemeinsame Kampf der revolutionären Sozialdemokratie und der revolutionären Elemente der Demokratie ist in der Epoche des Sturzes der Selbstherrschaft unvermeidlich und notwendig. Wir glauben, daß wir der Sache künftiger Kampfabkommen besser dienen, wenn wir, statt bittere, vorwurfsvolle Phrasen zu reden, nüchtern und kaltblütig abwägen, unter welchen Bedingungen solche Abkommen möglich sind und welches die mutmaßlichen Grenzen ihrer, wenn man so sagen darf, „Kompetenz“ sein werden. Mit dieser Arbeit haben wir in Nr. 3 des „Wperjod“ begonnen, als wir den Fortschritt der „Partei der Sozialrevolutionäre“ von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus untersuchten.**

„Die Masse hat selbst zu den Waffen gegriffen“, schreibt die „Rewoluzionnaja Rossija“ anlässlich des 9. Januar. „Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Frage der Bewaffnung der Massen früher oder später gelöst werden wird.“ „Dann endlich wird jene Verschmelzung von Terrorismus und Massenbewegung, die wir gemäß dem ganzen Geist unserer Parteitaktik mit Wort und Tat erstreben, aufs deutlichste in Erscheinung treten und Wirklichkeit werden.“ (Wir bemerken in Parenthese, daß wir hinter das Wort „Tat“ gern ein Fragezeichen gesetzt hätten, und fahren im Zitat fort.) „Vor noch gar nicht langer Zeit waren vor unseren Augen diese beiden Faktoren der Bewegung getrennt und ermangelten infolge dieses Getrenntseins der notwendigen Kraft.“

Was wahr ist, ist wahr! Genauso verhält es sich. Der intelligenzlerische Terror und die Massenbewegung der Arbeiter waren *getrennt und ermangelten infolge dieses Getrenntseins der notwendigen Kraft*. Gerade das hat die revolutionäre Sozialdemokratie immer gesagt. Gerade deshalb bekämpfte sie stets nicht nur den Terror, sondern auch jene Schwankungen in der Richtung zum Terror, die die Vertreter des intellektuellenflügels unserer Partei mehr als einmal an den Tag legten.*** Gerade des-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 87/88. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 70-77. *Die Red.*

*** Kritschewski in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo“. Martow und Sassulitsch anlässlich des Schusses von Lekert. Die Neuskristen überhaupt in einem Flugblatt anlässlich der Tötung Plehwes.⁴⁴

halb wandte sich die alte „Iskra“ gegen den Terror, als sie in Nr. 48 schrieb: „Der terroristische Kampf der *alten Art* war die gefahrenreichste Form des revolutionären Kampfes, und die Menschen, die sich ihm widmeten, standen im Ruf, entschlossene und selbstlose Kämpfer zu sein... Jetzt aber, wo die Demonstrationen in offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt übergehen, ... hört unser alter Terrorismus auf, eine besonderen Mut erfordernde Kampfmethod zu sein... Das Heldentum ist jetzt auf die öffentlichen Plätze gegangen; die wahren Helden unserer Zeit sind jetzt jene Revolutionäre, die an der Spitze der gegen ihre Unterdrücker aufgestandenen Volksmasse marschieren... Der Terrorismus der großen französischen Revolution... begann am 14. Juli 1789 mit der Erstürmung der Bastille. Seine Kraft war die Kraft der revolutionären Bewegung des Volkes... Dieser Terrorismus war nicht entstanden, weil man von der Kraft der Massenbewegung enttäuscht war, sondern im Gegenteil, weil man felsenfest an ihre Kraft glaubte... Die Geschichte dieses Terrorismus ist für den russischen Revolutionär außerordentlich lehrreich.“ *

Ja und tausendmal ja! Die Geschichte dieses Terrorismus ist außerordentlich lehrreich. Lehrreich sind auch die angeführten Zitate aus der „Iskra“, die einer anderthalb Jahre zurückliegenden Epoche angehören. Diese Zitate führen uns in ihrer ganzen Größe jene Gedanken vor Augen, zu denen unter dem Einfluß der revolutionären Lehren auch die Sozialrevolutionäre gelangen möchten. Diese Zitate erinnern uns an die Bedeutung des *Glaubens* an die Massenbewegung, sie erinnern uns an die revolutionäre Standhaftigkeit, die nur durch Prinzipienfestigkeit erreicht wird und die allein uns vor den „Enttäuschungen“ bewahren kann, die durch einen längeren *scheinbaren* Stillstand dieser Bewegung hervorgerufen werden. Jetzt, nach dem 9. Januar, ist es auf den ersten Blick ganz unmöglich, von der Massenbewegung irgendwie „enttäuscht“ zu sein. Aber nur auf den ersten Blick. Man muß unterscheiden zwischen der momentanen „Faszinierung“ durch den hervorragenden Heroismus der Masse und jenen festen, wohlgedachten Überzeugungen, die die gesamte Tätigkeit der

* Dieser Artikel in der „Iskra“ wurde von Plechanow geschrieben und stammt aus jener Periode, als die „Iskra“ (Nr. 46 bis 51) von Plechanow und Lenin redigiert wurde. Plechanow dachte damals noch nicht an den neuen Kurs der berühmten Nachgiebigkeit gegenüber dem Opportunismus.

Partei mit der Massenbewegung unlösbar verbinden, weil sie das Prinzip des Klassenkampfes an die Spitze stellen. Man darf nicht vergessen, daß die revolutionäre Bewegung, welche hohe Stufe sie auch jetzt, nach dem 9. Januar, erreicht haben mag, jedenfalls noch viele Etappen durchmachen wird, bis unsere sozialistischen und demokratischen Parteien in einem freien Rußland auf einer neuen Grundlage neu erstehen werden. Und wir müssen über alle diese Etappen, über alle Wechselfälle des Kampfes hinweg die unlösliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratie und dem Klassenkampf des Proletariats aufrechterhalten, wir müssen ununterbrochen für die Stärkung und Festigung dieser Verbindung sorgen.

Deshalb scheint uns die folgende Behauptung der „Rewoluzionnaja Rossija“ eine offensichtliche Übertreibung zu sein: „Die Pioniere des bewaffneten Kampfes sind untergegangen in den Reihen der erregten Masse...“ Das ist eher wünschenswerte Zukunft als bereits Wirklichkeit gewordene Gegenwart. Die Tötung des Großfürsten Sergej in Moskau am 17. (4.) Februar, von der gerade heute die telegrafische Mitteilung kam, ist offensichtlich Terrorismus der alten Art. Die Pioniere des bewaffneten Kampfes sind *noch nicht* in den Reihen der erregten Masse untergegangen. Die Pioniere mit den Bomben lauerten offenbar Sergej in Moskau zu einer Zeit auf, als sich die Masse (in Petersburg) ohne Pioniere, ohne Waffen, ohne revolutionäre Offiziere und ohne revolutionären Stab „mit grimmer Wut in die stacheligen Borsten der Bajonette stürzte“, wie sich dieselbe „Rewoluzionnaja Rossija“ ausdrückt. Das Getrenntsein, von dem oben die Rede war, *besteht noch*, und die Unzulänglichkeit des individuellen, intelligenzlerischen Terrors ist um so deutlicher sichtbar, als es jetzt jedermann klar geworden ist, daß „die Masse zu den heldenmütigen Einzelgängern emporgewachsen ist, daß in ihr der Massenheroismus erwacht ist“ („Rewoluzionnaja Rossija“ Nr. 58). Die Pioniere müssen *in der Tat* in der Masse untergehen, d. h. ihre opferbereite Energie in unlösbarer, faktischer Verbindung mit der sich erhebenden Masse einsetzen, müssen mit der Masse gehen, nicht im übertragenen, nicht im symbolischen, sondern im buchstäblichen Sinne des Wortes. Daß das notwendig ist, kann jetzt kaum noch bezweifelt werden. Daß das möglich ist, beweist der 9. Januar und die fortdauernde dumpfe und tiefgehende Gärung in den Arbeitermassen. Daß das eine neue und höhere, eine schwierigere Aufgabe ist im Vergleich zu den vorangegangenen, kann

und darf uns nicht davon abhalten, ihre Lösung unverzüglich praktisch in Angriff zu nehmen.

Die Kampfgemeinschaft der sozialdemokratischen Partei mit der revolutionär-demokratischen Partei, mit der Partei der Sozialrevolutionäre, könnte ein Mittel sein, diese Lösung zu erleichtern. Eine solche Gemeinschaft wird um so leichter zu verwirklichen sein, je eher die Pioniere des bewaffneten Kampfes in den Reihen der sich erhebenden Masse „untergehen“, je entschlossener die Sozialrevolutionäre den Weg beschreiten, den sie selbst in folgenden Worten andeuten: „Möge diese beginnende Verschmelzung des revolutionären Terrorismus und der Massenbewegung wachsen und erstarken, möge die Masse möglichst bald mit terroristischen Kampfmitteln gewappnet auf den Plan treten!“ In der Erwartung, daß die Versuche, eine solche Kampfgemeinschaft herbeizuführen, möglichst bald Wirklichkeit werden, drucken wir mit Vergnügen folgendes uns von Georgi Gapon zugegangenes Schreiben ab:

„Offener Brief an die sozialistischen Parteien Rußlands.

Die blutigen Januartage in Petersburg und im übrigen Rußland haben die unterdrückte Arbeiterklasse und das absolutistische Regime mit dem blutigen Zaren an der Spitze einander Auge in Auge gegenübergestellt. Die große russische Revolution hat begonnen. Alle, denen die Volksfreiheit wirklich am Herzen liegt, müssen siegen oder sterben. In Erkenntnis der Wichtigkeit des gegenwärtigen historischen Augenblicks und angesichts der gegenwärtigen Lage der Dinge, rufe ich, der ich vor allem ein Revolutionär und Mensch der Tat bin, alle sozialistischen Parteien Rußlands auf, sofort miteinander übereinzukommen und zum bewaffneten Aufstand gegen den Zarismus zu schreiten. Alle Kräfte jeder Partei müssen mobilisiert werden. Der technische Kampfplan muß ein gemeinsamer für alle sein. Bomben und Dynamit, Einzel- und Massenterror, alles, was den Volksaufstand fördern kann. Das nächste Ziel ist der Sturz der Selbstherrschaft, eine provisorische revolutionäre Regierung, die sofort allen Kämpfern für politische und religiöse Freiheit Amnestie gewährt, sofort das Volk bewaffnet und sofort eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einberuft. Ans Werk, Kameraden! Vorwärts zum Kampf! Wiederholen wir die Losung der Petersburger Arbeiter vom 9. Januar — Freiheit oder Tod! Jetzt ist jede Verzögerung, jede Uneinigkeit ein Verbrechen am Volk, dessen Interessen ihr verteidigt. Nachdem ich alle meine Kräfte in den Dienst des Volkes gestellt habe, aus dessen Tiefen ich selbst hervorgegangen bin (Sohn eines Bauern), nachdem ich mein Schicksal unwiderruflich mit dem Kampf gegen die Unterdrücker und

Ausbeuter der Arbeiterklasse verbunden habe, werde ich natürlich mit ganzem Herzen und ganzer Seele bei denen sein, die sich mit der wirklichen Arbeit zur wirklichen Befreiung des Proletariats und der ganzen werktätigen Masse aus kapitalistischer Unterdrückung und politischer Sklaverei befassen werden.

Georgi Gapon“

Aus Anlaß dieses Briefes halten wir es unsererseits für notwendig, uns mit größtmöglicher Offenheit und Bestimmtheit zu äußern. Wir halten das von G. Gapon vorgeschlagene „Abkommen“ für möglich, nützlich und notwendig. Wir begrüßen es, daß G. Gapon eben von einem „Abkommen“ spricht, denn nur durch die Wahrung der vollen prinzipiellen und organisatorischen Selbständigkeit jeder einzelnen Partei kann erreicht werden, daß die Versuche, eine Kampfgemeinschaft dieser Parteien herbeizuführen, nicht hoffnungslos bleiben. Wir müssen mit diesen Versuchen sehr vorsichtig sein, um nicht durch eine zwecklose Vereinigung von Ungleichartigem der Sache zu schaden. Wir werden unvermeidlich getrennt marschieren müssen, wir können aber mehr als einmal und wir können gerade jetzt vereint schlagen.* Von unserem Standpunkt aus wäre es wünschenswert, daß dieses Abkommen nicht nur die sozialistischen, sondern auch die *revolutionären* Parteien einbezieht, denn das nächste Ziel des Kampfes hat nichts Sozialistisches an sich, und wir dürfen nicht die nächsten, demokratischen Ziele mit unseren Endzielen der sozialistischen Revolution verwechseln und werden eine solche Verwechslung auch niemals zulassen. Es wäre wünschenswert und von unserem Standpunkt für das Abkommen *notwendig*, daß statt des allgemeinen Aufrufs zum „Einzel- und Massenterror“ als Aufgabe der vereinigten Aktionen direkt und bestimmt die unmittelbare und faktische *Verschmelzung* des Terrorismus mit dem Aufstand der Massen formuliert wird. Der Zusatz Gapons: „alles, was den Volksaufstand fördern kann“ zeigt allerdings klar seinen Wunsch, auch den Einzelterror eben diesem Ziel unterzuordnen, aber dieser Wunsch, der auf denselben Gedanken hindeutet, den wir in Nr. 58 der „*Rewoluzionnaja Rossija*“ festgestellt haben, muß bestimmter ausgedrückt sein und seinen Niederschlag in absolut unzweideutigen praktischen Beschlüssen finden. Schließlich bemerken wir,

* „Getrennt marschieren“ und „vereint schlagen“ bei Lenin deutsch. Der Übers.

unabhängig von den Bedingungen für die Möglichkeit des vorgeschlagenen Abkommens, daß wir auch die Parteilosigkeit G. Gapons für eine negative Erscheinung halten. Da Gapon vom Glauben an den Zaren und der Überreichung von Bittschriften an den Zaren so rasch zu revolutionären Zielen übergegangen ist, konnte er sich selbstverständlich nicht auf einmal eine klare revolutionäre Weltanschauung erarbeiten. Das ist unvermeidlich, und je schneller und breiter sich die Revolution entwickeln wird, um so häufiger wird sich diese Erscheinung wiederholen. Aber volle Klarheit und Bestimmtheit in den Beziehungen zwischen den Parteien, Richtungen und Schattierungen ist die unbedingt notwendige Voraussetzung für jedes auch nur einigermaßen erfolgreiche zeitweilige Abkommen zwischen ihnen. Klarheit und Bestimmtheit sind bei jedem praktischen Schritt notwendig, sie sind die Vorbedingung für Bestimmtheit und Vermeidung von Schwankungen in der wirklichen, *praktischen* Arbeit. Der Beginn der Revolution in Rußland wird wahrscheinlich dazu führen, daß viele Personen und vielleicht auch Richtungen auf die politische Arena treten, die der Meinung sein werden, die Losung „Revolution“ sei eine für „Menschen der Tat“ völlig ausreichende Bestimmung ihrer Ziele und ihrer Aktionsmittel. Nichts kann irriger sein als eine solche Meinung. Die scheinbar höhere oder bequemere oder „diplomatischere“ Stellung außerhalb einer Partei ist in Wirklichkeit nur eine *unklarere*, verschwommenere Stellung, die unvermeidlich zu Inkonsequenzen und Schwankungen in der praktischen Tätigkeit führt. Im Interesse der Revolution darf unser Ideal keineswegs darin bestehen, daß sich alle Parteien, alle Richtungen und Schattierungen zu einem revolutionären Chaos verschmelzen. Im Gegenteil, das Wachstum und die Ausdehnung der revolutionären Bewegung, ihr immer tieferes Eindringen in die verschiedensten Klassen und Schichten des Volkes wird unvermeidlich (und das ist gut so) immer neue und neue Richtungen und Schattierungen ins Leben rufen. Nur völlige Klarheit und Bestimmtheit in ihren Beziehungen zueinander und in ihrer Haltung zur Position des revolutionären Proletariats können der revolutionären Bewegung den größten Erfolg sichern. Nur völlige Klarheit der gegenseitigen Beziehungen kann den Erfolg eines Abkommens zur Erreichung des nächsten gemeinsamen Zieles gewährleisten.

Dieses nächste Ziel ist unseres Erachtens in dem Brief von G. Gapon durchaus richtig *umrissen*: 1. Sturz der Selbstherrschaft, 2. provisorische

revolutionäre Regierung, 3. sofortige Amnestierung der Kämpfer für politische und religiöse Freiheit — natürlich auch für Streikfreiheit usw., 4. sofortige Bewaffnung des Volkes und 5. sofortige Einberufung einer gesamtrussischen konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Daß die revolutionäre Regierung allen Bürgern sofort volle Gleichberechtigung und vollständige politische Freiheit bei den Wahlen gewährt, wird von Gapon natürlich vorausgesetzt, hätte aber auch ausdrücklich erwähnt werden sollen. Ferner wäre es zweckmäßig, in das Programm der provisorischen Regierung auch die überall durchzuführende Bildung von revolutionären Bauernkomitees aufzunehmen, die den Zweck hätten, den demokratischen Umsturz zu unterstützen und ihn im einzelnen zu verwirklichen. Von der revolutionären Selbsttätigkeit der Bauernschaft hängt für den Erfolg der Revolution sehr, sehr viel ab, und eine Losung wie die von uns erwähnte könnte wahrscheinlich die verschiedenen sozialistischen und revolutionär-demokratischen Parteien vereinigen.

Möge es G. Gapon, der den Übergang von den Anschauungen des politisch unbewußten Volkes zu revolutionären Anschauungen so tief erlebt und empfunden hat, gelingen, sich die für einen Politiker notwendige Klarheit der revolutionären Weltanschauung zu erarbeiten. Möge sein Aufruf zu einem Kampfabkommen für den Aufstand von Erfolg gekrönt sein und möge das revolutionäre Proletariat im Verein mit der revolutionären Demokratie die Selbstherrschaft schneller, sicherer und um den Preis geringerer Opfer schlagen und niederringen.

„Wperjod“ Nr. 7,
21. (8.) Februar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

SOLLEN WIR DIE REVOLUTION ORGANISIEREN?

Es war vor langer, sehr langer Zeit, vor mehr als einem Jahr. In der russischen Partei waren, nach dem Zeugnis des nicht unbekanntenen deutschen Sozialdemokraten Parvus, „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ entstanden. Die dringlichste politische Aufgabe der Partei des Proletariats sei der Kampf gegen die Auswüchse des Zentralismus, gegen die Idee, den Arbeitern von einem obskuren Genf aus zu „kommandieren“, gegen die Überschätzung der Idee einer Organisation von Agitatoren, einer Organisation von Führern. Das war die tiefe, feste und unerschütterliche Überzeugung des Menschewiken Parvus, dargelegt in seiner wöchentlich in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungskorrespondenz „Aus der Welt-politik“ vom 30. November 1903.

Dem wackeren Parvus wurde damals bedeutet (siehe Lenins Brief an die Redaktion der „Iskra“, Dezember 1903*), daß er dem Klatsch zum Opfer gefallen-sei, daß dem, worin er prinzipielle Meinungsverschiedenheiten erblickte, eine Zänkerei zugrunde liege und daß die ideologische Wendung der neuen „Iskra“, die sich bemerkbar zu machen beginne, eine Wendung zum Opportunismus sei. Parvus verstummte, aber seine „Gedanken“ von der Überschätzung einer Organisation der Führer sind von den Neuiskristen auf hunderterlei Weise wiedergekaut worden.

Vierzehn Monate sind verstrichen. Die Desorganisation der Parteiarbeit und der opportunistische Charakter ihrer Propaganda sind klar zutage getreten. Der 9. Januar 1905 offenbarte den ganzen gigantischen Vorrat des Proletariats an revolutionärer Energie und die ganze Unzulänglichkeit der Organisation der Sozialdemokraten.

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 114. *Die Red.*

Parvus besann sich eines Besseren. In Nr. 85 der „Iskra“ trat er mit einem Artikel hervor, der im Grunde genommen eine völlige Umkehr von den neuen Ideen der opportunistischen neuen „Iskra“ zu den Ideen der revolutionären alten „Iskra“ bedeutet. „Ein Held war da“, sagt Parvus von Gapon, „aber kein politischer Führer, kein Aktionsprogramm, keine Organisation...“ „Es zeigten sich die tragischen Folgen des Fehlens einer Organisation...“ „Kein Zusammenhalt unter den Massen, alles geschieht ohne Plan, es gibt kein verbindendes Zentrum, kein leitendes Aktionsprogramm...“ „Die Bewegung ebte ab, weil eine verbindende und leitende Organisation fehlte.“ Und Parvus gibt die Losung aus, die wir bereits in Nr. 6 des „Wperjod“ erwähnten: „die Revolution organisieren“*. Parvus ist unter dem Einfluß der Lehren der Revolution zu der Überzeugung gelangt, daß „wir unter den obwaltenden politischen Verhältnissen diese Hunderttausende nicht organisieren können“ (gemeint ist die zum Aufstand bereite Masse). „Aber wir können“, sagt er ganz richtig und wiederholt damit einen alten Gedanken des Buches „Was tun?“, „wir können eine Organisation schaffen, die ein bindendes Ferment wäre und zur Zeit der Revolution diese Hunderttausende um sich scharen würde.“ „Es müssen Arbeiterzirkel organisiert werden mit der klar umrissenen Aufgabe: die Massen zum Aufstand vorbereiten, sie während des Aufstands um sich sammeln, und auf eine bestimmte Parole hin den Aufstand beginnen.“

Endlich! riefen wir erleichtert aus, als wir auf diese alten richtigen Gedanken stießen, die im Kehricht der neuen „Iskra“ verschüttet lagen. Endlich hat der revolutionäre Instinkt eines Funktionärs der proletarischen Partei wenigstens zeitweilig über den „Rabotscheje-Delo“-Opportunismus die Oberhand gewonnen. Endlich vernehmen wir die Stimme eines Sozialdemokraten, der nicht vor dem Nachtrab der Revolution scharwenzelt, sondern furchtlos auf die Aufgabe hinweist, die Avantgarde der Revolution zu unterstützen.

Die Neuskristen konnten Parvus selbstverständlich nicht zustimmen. „Nicht alle von Genossen Parvus entwickelten Gedanken werden von der Redaktion der ‚Iskra‘ geteilt“, heißt es in einer Anmerkung der Redaktion.

Kein Wunder! Das wäre ja noch schöner, wenn sie jene Gedanken „teil-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 136–145. *Die Red.*

ten“, die ihrem ganzen anderthalbjährigen opportunistischen Geschwätz „ins Gesicht schlagen“!

„Die Revolution organisieren“! Aber wir haben doch den klugen Gen. Martynow, der weiß, daß eine Revolution durch die Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgerufen wird, daß eine Revolution nicht festgesetzt werden kann. Martynow wird Parvus dessen Irrtum klar machen und zeigen, daß, selbst wenn Parvus die Organisierung der Avantgarde der Revolution im Auge gehabt haben sollte, dies eine „engstirnige“ und verderbliche „jakobinische“ Idee ist. Hinzu kommt, daß unser kluger Martynow den Trjapitschkin*-Martow am Gängelband führt, der die Fähigkeit besitzt, seinen Lehrer noch mehr zu vertiefen, und wohl gar imstande ist, die Losung „die Revolution organisieren“ durch die Losung „die Revolution auslösen“ zu ersetzen (siehe Nr. 85, hervorgehoben vom Verfasser).

Jawohl, lieber Leser, eben diese Losung wird uns im Leitartikel der „Iskra“ vorgesetzt. Offenbar genügt es heutzutage, sich die Zunge zu „lösen“ für das ungehinderte Schwatzen als Prozeß oder für den Prozeß des Schwatzens, um richtungweisende Artikel zu schreiben. Der Opportunist braucht immer solche Losungen, an denen bei näherer Betrachtung nichts dran ist als tönende Phrasen, als eine Art dekadente Wortakrobatik.

Organisieren und nochmals organisieren, wiederholt Parvus, als ob er plötzlich ein Bolschewik geworden wäre. Er versteht nicht, der Bedauernswerte, daß die Organisation ein Prozeß ist („Iskra“ Nr. 85, ebenso alle früheren Nummern der neuen „Iskra“, und insbesondere die prachtvollen Feuilletons der prachtvollen Rosa). Er weiß nicht, der Ärmste, daß dem ganzen Geist des dialektischen Materialismus entsprechend nicht nur die Organisation, sondern auch die Taktik ein Prozeß ist. Wie ein „Verschwörer“ trägt er sich mit der Organisation als Plan herum. Wie ein „Utopist“ bildet er sich ein, man könne so mir nichts dir nichts auf irgendeinem, Gott bewahre, zweiten oder dritten Parteitag drauflos organisieren.

Und zu welchen Ungeheuerlichkeiten des „Jakobinertums“ sich dieser Parvus doch verstiegen hat! „Den Aufstand auf eine bestimmte Parole hin beginnen“ — man stelle sich das vor! Das ist ja noch viel schlimmer

* Trjapitschkin — Typ eines Schreiberlings in Gogols „Revisor“. Der Übers.

als die von unserem berühmten Martynow widerlegte Idee der „Festsetzung“ des Aufstands. Wahrhaftig, Parvus sollte ein wenig bei Martynow in die Lehre gehen. Parvus sollte Nr. 62 der „Iskra“ lesen, aus deren Leitartikel er erfahren wird, welche schädlichen „*utopischen*“ Ideen über die Vorbereitung des Aufstands in unserer Partei 1902 und 1904 so unzeitgemäß verbreitet wurden. Parvus sollte Axelrods Vorwort zu der Broschüre des „Arbeiters“ lesen, um von jener „tiefgreifenden, verderblichen und für die Partei geradezu verheerenden Plage“ (sic!) zu erfahren, die der Sozialdemokratie von Leuten droht, die „ihre ganzen Hoffnungen auf spontane Aufstände der rückständigsten, am wenigsten bewußten und geradezu verwilderten (!) Elemente der Volksmassen setzen“.

Parvus sieht ein, daß es nicht möglich ist, jetzt Hunderttausende zu organisieren, und rückt die Aufgabe in den Vordergrund, „eine Organisation zu schaffen, die ein bindendes Ferment wäre“. Müssen sich unsere Neuskristen nicht krümmen und winden, wenn in den Spalten ihres Organs derartige Dinge gedruckt stehen? Eine Organisation als bindendes Ferment, das ist ja eben jene Organisation von Berufsrevolutionären, bei deren bloßer Erwähnung unsere Neuskristen in Ohnmacht fallen.

Wie dankbar sind wir der „Iskra“ für ihren Leitartikel neben dem Artikel von Parvus. Wie plastisch hebt sich die inhaltlose, konfuse Nachtrab-Phrasendrescherei von den klaren, prägnanten, offenen und kühnen revolutionären Losungen der alten „Iskra“ ab! Ist es nicht eine aufgeblasene hohle Phrase, wenn behauptet wird, „die Politik des Vertrauens tritt von der Bühne ab, um weder Rußland noch Europa *jedemal* wieder zu narren“? In Wirklichkeit zeigt jede beliebige Nummer einer europäischen bürgerlichen Zeitung, daß dieses Zum-Narren-Halten anhält und Fortschritte macht. „Der gemäßigte russische Liberalismus ist tödlich getroffen.“ Welch eine kindliche politische Naivität, wenn man den Liberalismus totspricht, während er nur das „bescheidene“ Verlangen hat, sich im Hintergrund zu halten. In Wirklichkeit ist der Liberalismus lebendig, er lebt und sammelt Kräfte. Gerade jetzt steht er an der Schwelle der Macht. Gerade deshalb hält er sich im Hintergrund, um im geeigneten Augenblick um so sicherer und gefahrloser die Hand nach der Macht auszustrecken. Gerade deshalb hat er es so darauf angelegt, mit der Arbeiterklasse anzubündeln. Man muß im höchsten Grade kurzsichtig sein, um dieses

Kokettieren (das gerade im jetzigen Moment hundertfach gefährlich ist) für bare Münze zu nehmen, um prahlerisch zu erklären: „Das Proletariat — der Befreier der Heimat, das Proletariat — die Avantgarde der ganzen Nation, ist in diesen Tagen von der öffentlichen Meinung der fortschrittlichen Elemente der liberal-demokratischen Bourgeoisie *in seiner heroischen Rolle anerkannt worden.*“ Begreift doch endlich, meine Herren Neuiskristen, daß die liberalen Bourgeois das Proletariat *gerade deshalb* als Helden anerkennen, weil dieses Proletariat, das dem Zarismus einen Schlag versetzt hat, noch nicht stark genug, noch nicht sozialdemokratisch genug ist, um sich eine solche Freiheit zu *erkämpfen*, die *es selbst* will. Begreift doch, daß wir keinen Grund haben, auf das jetzige liberale Scharwenzeln stolz zu sein, sondern daß wir das Proletariat warnen und ihm die Hintergründe dieses Scharwenzelns aufzeigen müssen. Ihr seht diese Hintergründe nicht? Dann hört euch doch an, was *Fabrikanten, Kaufleute, Börsianer* über die Notwendigkeit einer Verfassung *erklären!* Wie deutlich diese Erklärungen für den Tod des gemäßigten Liberalismus sprechen, nicht wahr? Die liberalen Schwätzer plappern vom Heldenmut der Proletarier, während die Fabrikanten mit lauter Stimme und nachdrücklich eine wenn auch mäßige Verfassung fordern — so liegen die Dinge, meine ehrenwerten „Führer“!*

Ganz unübertrefflich aber sind die Betrachtungen der „Iskra“ über die Frage der Bewaffnung. Die „Arbeit zur Bewaffnung des Proletariats, zum systematischen Ausbau einer Organisation, die gewährleisten würde, daß der Angriff des Volkes auf die Regierung überall und gleichzeitig erfolgt“, sei eine „technische“ (!?) Aufgabe. Wir aber sind natürlich über die schnöde Technik erhaben und schauen den Dingen auf den Grund. „So

* Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als uns folgende nicht uninteressante Nachrichten aus dem liberalen Lager zuzingen. Der Petersburger Sonderkorrespondent der deutschen bürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung“ (17. Februar 1905) zitiert folgende Äußerung eines *Petersburger liberalen Journalisten* über die politische Lage: „Die Liberalen wären dumm, wenn sie den jetzigen Augenblick verpaßten. Sie haben alle Trümpfe in der Hand, da sie so klug waren, die Arbeiter vor ihren Wagen zu spannen, und die Regierung jetzt keine Männer hat, weil die Bürokratie eben keine Männer aufkommen ließ.“ Welche heilige Einfalt muß doch in der neuen „Iskra“ herrschen, wenn sie zu einem solchen Zeitpunkt vom Tod des Liberalismus schreibt!

wichtig sie" (die „technischen“ Aufgaben) „auch sein mögen, *nicht in ihnen liegt das Schwergewicht* unserer Arbeit zur Vorbereitung der Massen für den Aufstand.“ ... „Alles Bemühen der illegalen Organisationen wird ohne jede Bedeutung bleiben, wenn sie es nicht verstehen, das Volk mit einer unersetzlichen Waffe auszurüsten, nämlich mit dem *brennenden Bedürfnis, die Selbstherrschaft anzugreifen und sich zu diesem Zweck zu bewaffnen*. Darauf müssen wir unsere Anstrengungen richten — *auf die Massenpropaganda der Selbstbewaffnung zum Zweck des Aufstands*“ (die letzten zwei Stellen vom Verfasser hervorgehoben).

Ja ja, das ist eine wirklich tiefgründige Auffassung der Frage, ganz anders als die des engstirnigen Parvus, der sich fast bis zum „Jakobinerum“ verstiegen hat. Das Schwergewicht liegt nicht in der Arbeit zur Bewaffnung und nicht im systematischen Aufbau einer Organisation, sondern in der Ausrüstung des Volkes mit dem brennenden Bedürfnis nach Bewaffnung, und zwar nach Selbstbewaffnung. Welch brennendes Gefühl der Scham für die Sozialdemokratie empfindet man bei dieser philisterhaften Banalität, die unsere Bewegung nach rückwärts zu zerren sucht! Die Ausrüstung des Volkes mit dem brennenden Bedürfnis nach Bewaffnung ist eine ständige und allgemeine Aufgabe der Sozialdemokratie, die immer und überall gilt, eine Aufgabe, die ebensogut auf Japan wie auf England, auf Deutschland wie auf Italien anwendbar ist. Überall, wo es unterdrückte und gegen die Ausbeutung kämpfende Klassen gibt, werden sie von der Propaganda des Sozialisten immer, von Anfang an und in erster Linie mit dem brennenden Bedürfnis nach Bewaffnung ausgerüstet, und dieses „*Bedürfnis*“ ist bereits vorhanden, sobald die Arbeiterbewegung *beginnt*. Die Sozialdemokratie hat nur die Aufgabe, dieses brennende Bedürfnis zu einem bewußten Bedürfnis zu machen, damit diejenigen, die es empfinden, die Notwendigkeit der Organisation und der planmäßigen Aktion erkennen und die ganze politische Konstellation in Betracht ziehen lernen. Schauen Sie sich doch bitte eine beliebige deutsche Arbeiterversammlung an, Herr „Iskra“-Redakteur, und Sie werden sehen, von welchem Haß, etwa gegen die Polizei, die Gesichter glühen, was für wuterfüllte Sarkasmen es hagelt, wie sich die Fäuste ballen. Dieses brennende Bedürfnis nach einer sofortigen Abrechnung mit den Bourgeois und ihren Lakaien, die das Volk verhöhnen — durch welche Kraft wird es zurückgehalten? Durch die Kraft der Organisation und der Disziplin,

durch die Kraft des Bewußtseins, durch die Erkenntnis, daß individuelle Morde sinnlos sind, daß die Stunde des ernsthaften, vom Volk getragenen, revolutionären Kampfes noch nicht geschlagen hat, daß die dafür geeignete politische Konstellation nicht vorhanden ist. Das ist der Grund, warum der Sozialist dem Volk unter solchen Umständen nicht sagt: Bewaffnet euch! und auch nie sagen wird, während er es stets (sonst wäre er kein Sozialist, sondern ein leerer Schwätzer) mit dem brennenden Bedürfnis auszurüsten wird, sich zu bewaffnen und den Feind anzugreifen. Gerade von diesen Bedingungen der Alltagsarbeit unterscheiden sich jetzt die Verhältnisse in Rußland. Gerade deshalb haben die revolutionären Sozialdemokraten, die bisher niemals: Zu den Waffen! riefen, aber die Arbeiter stets mit dem brennenden Bedürfnis nach Bewaffnung auszurüsten suchten, gerade deshalb haben *jetzt* alle revolutionären Sozialdemokraten, den von revolutionärer Initiative erfüllten Arbeitern folgend, die Losung ausgegeben: *Zu den Waffen!* Und ausgerechnet zu einem solchen Zeitpunkt, wo diese Losung nun endlich ausgegeben ist, verkündet die „Iskra“: Der Schwerpunkt liegt nicht in der Bewaffnung, sondern im brennenden Bedürfnis nach Selbstbewaffnung. Ist das nicht ein fruchtloses intelligenzlerisches Rasonieren, ist das nicht eine hoffnungslose Trjapitschkiniade? Zerren nicht diese Leute die Partei von den dringenden Aufgaben der revolutionären Avantgarde zurück zur Betrachtung des „Hinterteils“ des Proletariats? Und nicht die individuellen Eigenschaften des einen oder andern Trjapitschkin bewirken diese unglaubliche Banalisierung unserer Aufgaben, sondern ihre ganze Einstellung, die so unüber-trefflich in den Schlagworten formuliert ist: Organisation als Prozeß oder Taktik als Prozeß. Schon allein diese Einstellung verurteilt den Menschen unvermeidlich und unabwendbar dazu, daß er jede bestimmte Losung fürchtet, um jeden „Plan“ einen Bogen macht, vor der kühnen revolutionären Initiative zurückweicht, daß er rasoniert und altes Zeug wieder-käut, daß er Angst hat, voranzueilen, und das in einer Zeit, in der wir Sozialdemokraten offensichtlich hinter der revolutionären Aktivität des Proletariats zurückgeblieben sind. Man kann wohl sagen: Der Tote packt den Lebenden; die toten Theorien des „Rabotscheje Delo“ haben auch die neue „Iskra“ hoffnungslos erstarren lassen.

Man betrachte die Ausführungen der „Iskra“ „über die politisch führende Rolle der Sozialdemokratie als Avantgarde der Klasse des Befreiers

der Nation“. „Diese Rolle“, belehrt man uns, „kann dadurch, daß es uns gelingt, die technische Organisation und Durchführung des Aufstands ganz in unsere Hände zu bekommen, weder erreicht noch fest für uns gesichert werden.“ Man überlege nur: Die Rolle der Avantgarde kann nicht erreicht werden, wenn es uns gelingt, die Durchführung des Aufstands ganz in unsere Hände zu bekommen! Und diese Leute reden noch von Avantgarde! Sie *fürchten sich davor*, daß die Geschichte ihnen die führende Rolle in der demokratischen Umwälzung auferlegen könnte; sie denken *mit Schrecken* daran, daß sie am Ende „den Aufstand durchführen“ müßten. Ihnen schwebt der Gedanke vor — sie haben nur noch nicht den Mut, ihn in den Spalten der „Iskra“ offen auszusprechen —, die sozialdemokratische Organisation *dürfe nicht* den „Aufstand durchführen“, *dürfe nicht* danach streben, den revolutionären Übergang zur demokratischen Republik ganz in ihre Hände zu nehmen. Sie, diese unverbesslichen Girondisten des Sozialismus, wittern hier ein ungeheuerliches Jakobinertum.⁴⁵ Sie begreifen nicht, daß wir, je eifriger wir uns bemühen, die Durchführung des Aufstands ganz in unsere Hände zu nehmen, einen um so größeren Teil dieser Sache in die Hände bekommen und daß, je größer dieser Teil, um so geringer der Einfluß der antiproletarischen oder nichtproletarischen Demokratie sein wird. Sie wollen unbedingt im Nachtrab marschieren, sie erfinden sogar eine besondere Philosophie, derzufolge man im Nachtrab marschieren muß; Martynow hat schon angefangen, diese Philosophie darzulegen, und wird ihr wahrscheinlich demnächst in den Spalten der „Iskra“ die Krone aufsetzen.

Versuchen wir, die Ausführungen der „Iskra“ Schritt um Schritt zu analysieren.

„Gestützt auf die Logik des spontanen Prozesses der geschichtlichen Entwicklung, wird das klassenbewußte Proletariat alle Elemente der Organisation, alle Elemente der Gärung, die der Vorabend der Revolution erzeugt, für seine Ziele ausnutzen...“

Sehr gut! Aber *alle* Elemente ausnutzen, heißt eben *ganz* die Führung übernehmen. Die „Iskra“ schlägt sich selber, merkt es auch und beeilt sich hinzuzufügen:

„... ohne sich im geringsten dadurch beirren zu lassen, daß alle diese Elemente ihm einen Teil der technischen Führung der eigentlichen Revolution abnehmen und dadurch unwillkürlich das Hineintragen unserer

Forderungen in die rückständigsten Schichten der Volksmasse begünstigen.“

Verstehen Sie das, lieber Leser? *Alle* Elemente ausnutzen, *ohne sich* dadurch *beirren zu lassen*, daß sie uns einen Teil der *Führung* abnehmen!?!? Aber, aber, meine Herren! Wenn wirklich *wir* alle Elemente ausnutzen, wenn wirklich *unsere* Forderungen von denen übernommen werden, die wir ausnutzen, dann werden sie uns die Führung nicht *abnehmen*, sondern werden unsere Führung *annehmen*. Wenn uns *alle* diese Elemente aber wirklich die Führung abnehmen (und natürlich nicht nur die „technische“, denn die Trennung der „technischen“ Seite der Revolution von der politischen ist allergrößter Unsinn), dann nutzen nicht wir sie aus, sondern sie uns.

„Wir würden uns nur freuen, wenn nach dem Priester, der die von uns geforderte Trennung von Staat und Kirche in den Massen popularisierte, nach dem monarchistischen Arbeiterverein, der einen Volkszug zum Winterpalast organisierte, die russische Revolution um einen General bereichert würde, der als erster die Volksmassen in den Endkampf gegen das Zarenheer führt, oder um einen Beamten, der als erster den offiziellen Sturz der Zarenmacht proklamiert.“

Jawohl, auch wir würden uns darüber freuen, aber wir hätten gewünscht, daß die Freude über *mögliche* Annehmlichkeiten nicht unsere Logik trübe. Was heißt das: die *russische Revolution* würde um einen Priester oder einen General bereichert werden? Das heißt, daß der Priester oder der General Anhänger oder Führer der Revolution wird. Diese „Neulinge“ können vollkommen bewußte oder nicht vollkommen bewußte Anhänger der Revolution sein. Im letzteren Fall (der bei Neulingen der wahrscheinlichere ist) dürfen wir uns nicht freuen, sondern müssen wir betrübt sein über ihren Mangel an Bewußtsein, müssen wir diesen Mangel *mit allen Kräften korrigieren und beheben*. Solange wir das nicht getan haben, solange die Masse dem wenig bewußten Führer folgt, muß man sagen, daß nicht die Sozialdemokratie alle Elemente ausnutzt, sondern daß alle Elemente sie ausnutzen. Ein Anhänger der Revolution, der gestern Priester oder General oder Beamter war, kann ein bürgerlicher Demokrat voller Vorurteile sein, und insofern die Arbeiter *ihm* folgen, wird die bürgerliche Demokratie die Arbeiter „ausnutzen“. Ist euch das klar, meine Herren Neuskristen? Wenn ja, warum *fürchtet* ihr dann, daß

die vollkommen bewußten (*das heißt* sozialdemokratischen) Anhänger der Revolution die Führung übernehmen? Warum fürchtet ihr, daß ein sozialdemokratischer Offizier (ich wähle absichtlich ein analoges Beispiel) und Mitglied der sozialdemokratischen Organisation auf die Initiative und im Auftrag dieser Organisation die Funktionen und die Aufgaben eures angenommenen Generals „ganz in seine Hände nimmt“?

Kehren wir zu Parvus zurück. Er schließt seinen ausgezeichneten Artikel mit dem ausgezeichneten Ratschlag, die Desorganisatoren „über Bord zu werfen“. Die Beseitigung der Desorganisatoren ist, wie aus den Mitteilungen hervorgeht, die wir in der Rubrik „Aus der Partei“ veröffentlichten⁴⁶, die Losung, die von der Mehrheit der russischen Sozialdemokraten mit größter Leidenschaft und Entschiedenheit verfochten wird. Genau das tut not, Genosse Parvus: schonungslos „über Bord werfen“, und zwar als erste jene Helden der sozialdemokratischen Presse, die mit „Theorien“ über Organisation als Prozeß und Organisation als Tendenz die Desorganisation sanktionierten und sanktionieren. Man soll darüber nicht nur reden, sondern muß es auch *tun*. Man muß sofort einen Kongreß aller Parteifunktionäre einberufen, die die Partei organisieren wollen. Man darf sich nicht darauf beschränken, daß man ermahnt und ins Gewissen redet, sondern muß allen Schwankenden, allen Wankelmütigen, Unsicheren und Zweifelnden direkt und unerbittlich das Ultimatum stellen: Entscheidet euch! Von der ersten Nummer unserer Zeitung an haben wir dieses Ultimatum im Namen der Redaktion des „Wperjod“, im Namen jener ganzen Masse der russischen Parteifunktionäre gestellt, bei denen eine unsagbare Wut über die Desorganisatoren herrscht. Werft sie möglichst rasch hinaus, Genossen, und macht euch einmütig an die Organisationsarbeit! Lieber hundert revolutionäre Sozialdemokraten, die die Organisation als Plan angenommen haben, als tausend intelligenzlerische Trjapitschkins, die über die Organisation als Prozeß schwätzen!

„Wperjod“ Nr. 7,
21. (8.) Februar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

UBER DIE EINBERUFUNG DES III. PARTEITAGS

Der Redaktion des „Wperjod“ bleibt nichts weiter zu tun, als dem russischen Büro für seine Initiative ihre heiße Sympathie auszusprechen. Endlich wurde ein energischer Schritt getan, um auf eine *der Partei würdige* Art und Weise aus der Lage herauszukommen, die durch die ausländischen Bonapartisten⁴⁷ geschaffen worden ist! In der Rubrik „Aus der Partei“ bringen wir Nachrichten darüber, wie schnell die Komitees auf den Aufruf des Büros reagieren. Mögen *alle* Gruppen und Organisationen sowie einzelne Personen, die sich zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zählen oder ihr mit ihren Anschauungen und Sympathien wenigstens nahestehen, diesem Beispiel folgen. Der dritte Parteitag wird *erstmalig* unter solchen Bedingungen einberufen, daß man im voraus weiß, wie er zusammengesetzt sein wird (auf Grund des Parteistatuts), wie seine Arbeit verlaufen wird, und wer überhaupt das Recht hat, an ihm teilzunehmen. Mögen alle Genossen von diesen Bedingungen in weitestem Umfang Gebrauch machen! Mögen sie nicht vergessen, daß das Statut unserer Partei jedem die Möglichkeit garantiert, sich an den Parteitag zu wenden (§ 10 des Statuts: „Jedes Parteimitglied und *jede Person, die irgendwie in Verbindung mit der Partei steht*, hat das Recht, zu verlangen, daß seine Erklärung dem Zentralkomitee, der Redaktion des Zentralorgans *oder dem Parteitag im Original* zugestellt wird“). Mögen sie von dieser Möglichkeit *sofort* Gebrauch machen. Die Redaktion des „Wperjod“ übernimmt die Zustellung solcher Erklärungen an das russische Büro, das sich jetzt als Organisationskomitee des Parteitags konstituiert hat. Mit beschließender Stimme können am Parteitag nur die Vertreter der Komitees und anderer Parteiorganisationen teilnehmen, die auf Grund

des Statuts vollberechtigt sind. Mit *beratender Stimme* jedoch kann mit Genehmigung des Parteitags jeder teilnehmen, und mit Genehmigung des Organisationskomitees können es die Delegierten der nicht vollberechtigten Parteiorganisationen (§ 3, Anm. 2 des Parteistatuts: „Dem ZK bleibt es überlassen, zum Parteitag Delegierte derjenigen Organisationen, die den in Anm. 1 genannten Bedingungen nicht entsprechen, mit beratender Stimme einzuladen“, d. h. die nicht ein Jahr vor dem Parteitag als vollberechtigte Organisationen bestätigt worden sind. — Selbstverständlich übernimmt das Organisationskomitee, das den Parteitag im Auftrag der Mehrzahl der Komitees gegen den Willen des bonapartistischen ZK und des Rats der Partei einberuft, alle Rechte, die das ZK bei der Einberufung des Parteitags hat).

Die Redaktion des „Wperjod“ ihrerseits schlägt dem Parteitag folgende vorläufige *Tagesordnung* vor: 1. Konstituierung des Parteitags (Geschäftsordnung, Bericht des Organisationskomitees, Prüfung der Mandate). 2. Berichte der Delegierten. 3. Die Parteikrise*. 4. Die Organisationsfrage. 5. Die Stellung zum Aufstand. 6. Abkommen mit der revolutionären Demokratie für den Aufstand. 7. Das Verhältnis zu den Liberalen. 8. Die Arbeit unter der Bauernschaft und die Unterstützung der revolutionären Bauernbewegung. 9. Die Arbeit in der Armee. 10. Verbesserung der Propaganda- und der Agitationsarbeit. 11. Wahl der Parteifunktionäre.

Für den Erfolg des Parteitags ist es unbedingt notwendig, daß alle Parteimitglieder aktiv mitarbeiten bei der Ausarbeitung und Vorbereitung der Berichte und Resolutionen über diese und andere wichtige Fragen (sowie bei der Sammlung des Materials für die Berichte). Wir fordern alle Anhänger des Parteiprinzips auf, diese Arbeit *sofort* in Angriff zu nehmen. *Jeder*, der so oder anders an dem Hin und Her der Parteikrise

* In einem Brief an Lenin hat sich Bebel als Schiedsrichter zwischen den Anhängern der „Iskra“ und denen des „Wperjod“ angeboten. Lenin antwortete, daß sich weder er noch irgendein anderer der ihm bekannten Anhänger des „Wperjod“ das Recht anmaße, Schritte zu unternehmen, die die gesamte Partei binden würden, und daß der Vorschlag Bebels dem vom russischen Büro einberufenen Parteitag zur Erörterung vorgelegt werden muß. Wir sind der Meinung, daß der Parteitag diesen Vorschlag in den Punkt „Parteikrise“ aufnehmen könnte.

teilgenommen hat, kann dem Parteitag helfen, indem er eine kurze Mitteilung über seine Erfahrungen macht und seine Meinung über die Mittel zur Überwindung der Krise äußert. Jeder, der in irgendeiner Parteiorganisation oder in einer der Partei nahestehenden Organisation gearbeitet hat, kann aus eigener Erfahrung äußerst nützliches Material zur Lösung der verschiedenen Seiten der Organisationsfrage liefern. (Hier ein ungefährer Plan solcher Mitteilungen: Zeit und Ort der Arbeit; Zahl der Mitglieder der Organisation, der Arbeiter und der Intellektuellen; ihre Beziehungen zueinander; werden geschriebene Statuten benötigt und welcher Art; sind Normen notwendig — wenn ja, welche — hinsichtlich der Grenzen der Autonomie, der Arbeitsteilung, der zur Partei gehörenden oder ihr nahestehenden Gruppen, hinsichtlich der Kooptierung und des Ausschlusses von Mitgliedern; das Prinzip der Wählbarkeit; das Verhältnis der Komitees zu den Gruppen der Propagandisten, der Agitatoren, der Organisatoren, zu den Bezirks- und den Fabrikzirkeln, zu den Publikationskommissionen, den technischen Kommissionen usw. usw.)

Bei der Redaktion des „Wperjod“ ist bereits einiges Material über die Arbeit unter den Bauern und unter den Soldaten eingegangen. Uns ist eine Gruppe bekannt, die systematisch daran arbeitet, die Erfahrungen ihrer Mitglieder bei der Propaganda, Agitation und Organisation zusammenzufassen und einen Bericht an den Parteitag zusammenzustellen. Uns wurde der Bericht eines Genossen versprochen, der sich daran beteiligt hat, in einer unserer Großstädte den bewaffneten Widerstand *Hunderter* von Arbeitern für den Fall eines Judenpogroms zu organisieren, sowie der Bericht eines Genossen, der das Militärwesen studiert hat, über die Frage des Straßenkampfes. Es ist äußerst wichtig, daß möglichst viele Genossen *sofort* eine derartige Arbeit in Angriff nehmen.

Die Parteikrise ist in der Literatur bis in die kleinsten Einzelheiten klargelegt worden. Ihre Erörterung kann und darf nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Im Mittelpunkt des Parteitags müssen die *neuen Fragen* der Organisation und der Taktik stehen, die durch den neuen, gigantischen Aufschwung unserer revolutionären Bewegung aufgeworfen werden. Für die Lösung dieser Fragen ist die kollektive Erfahrung *aller* Sozialdemokraten, die irgendwie an der Bewegung teilgenommen haben, von unschätzbarem Wert. Man muß diese Erfahrungen nur möglichst schnell zusammentragen und für die Erörterung auf dem Parteitag vorbereiten.

Ans Werk, Genossen! Möge jeder, der sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verbunden fühlt, dem Parteitag sofort aktive Hilfe leisten. Dann wird die Partei die Periode der zeitweiligen Erniedrigung und Schwächung rasch überwinden und den Weg des aktiven Mitwirkens an der großen russischen Revolution beschreiten, den Weg, der zum Sieg über den verruchten Feind des russischen Volkes führt!

„Wperjod“ Nr. 8,
28. (15.) Februar 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

AUS DEM LAGER DER NEUISKRISTEN

Im Leitartikel der „Iskra“ Nr. 87 wendet Plechanow mit Erfolg die Taktik „kill with kindness“ (durch Milde töten) an, wobei er Martow einen freundlichen und nachsichtigen Blick zuwirft. Obwohl er vor dem Verfasser des Leitartikels in Nr. 85 Kratzfüße macht, *widerlegt er ihn dem Wesen der Dinge nach vollständig* und vertritt genau die Auffassungen, auf die der „Wperjod“ immer bestanden hat. Ich gratuliere! Aber klären Sie jetzt noch Ihr verwandtschaftliches Verhältnis zu Martynow, verehrtester Dialektiker. Sprechen Sie mit ihm über die schreckliche und für euch verhängnisvolle Perspektive, die Wirklichkeit wird, falls ihr, nachdem ihr „den Sieg vorbereitet“ habt (Lösung in Nr. 87), ihn auch erringt! Sprechen Sie mit ihm über die drohende Gefahr der „Macht-ergreifung“, der „Teilnahme an der provisorischen Regierung“ und der „revolutionären Diktatur“. Armer Plechanow, er wird wohl noch lange brauchen, um sich von dem Plunder frei zu machen, den die von der ganzen (?) Redaktion gebilligten Broschüren Trotzki's, Martynow's, des „Arbeiters“ und Axelrod's angehäuft haben! In der Beilage zu Nr. 86 der „Iskra“ *bekannt Popow, daß er der Verfasser des in der „Erklärung“ Lenins* veröffentlichten Briefes ist. Was zu beweisen war! Bewiesen ist, daß die Gentlemen der Minderheit die Partei systematisch betrogen haben. Wie wir schon vorausgesagt haben, versuchen die Gentlemen sich herauszuwinden, indem sie die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Frage lenken, ob Lenin das Recht hatte, den Brief, der die Bonapartisten entlarvt, zu konfiszieren. Die durch ihr moralisches Taktgefühl bekannten Martow und Popow schreien von Diebstahl, von Spionage u. a. Schimpft ruhig, meine Herren, ereifert euch nur: in Ermangelung von Argumenten bleibt euch ja nichts anderes übrig, als zu keifen.*

„Wperjod“ Nr. 8, 28. (15.) Februar 1905. *Nach dem Text des „Wperjod“.*

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 537–547. *Die Red.*

BRIEF AN DIE ORGANISATIONEN IN RUSSLAND

28. II. 1905

Liebe Genossen! Soeben erhielten wir die Nachricht, daß St. Petersburg, Tula, Moskau, der Norden, Nishni-Nowgorod, der Kaukasus und Odessa dem Parteitag zugestimmt haben —, natürlich werden ihm auch andere zustimmen. Man sagt, das ZK soll sich für den Parteitag erklärt haben. Selbstverständlich glaubt ihm jetzt niemand; alle sagen: Soll es doch zum Parteitag kommen, eingeladen sind ja alle, aber einberufen wird der Parteitag vom Büro, und nur vom Büro. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, warum das ZK auch nicht das kleinste bißchen Vertrauen mehr genießt (selbst die ganz vereinzelt Stimmen zu seinen Gunsten sind sofort widerrufen worden). Jedermann begreift, daß das ZK nur schwindelt und laviert.

Es ist äußerst wichtig, sofort mit den Vorbereitungen zum Parteitag zu beginnen und dazu alle Zirkel — die der Bezirke, der Propagandisten und der Fabriken, mit einem Wort alle und besonders die Arbeiterzirkel — ganz energisch heranzuziehen. In Nr. 8 des „Wperjod“* (der heute erscheint) sprechen wir ebenfalls darüber. Außerordentlich nützlich wäre die Teilnahme von Arbeitern am Parteitag. (Unserer Meinung nach sollte man die Teilnahme mit beratender Stimme in der großzügigsten Weise gestatten. Es ist also nur eine Frage des Geldes. Agitiert so weit wie irgend möglich: wir sind überzeugt, daß sich Arbeiter finden werden, die 150 bis 200 Rubel für einen Delegierten zusammenbringen, auch unter den Intellektuellen werden sich welche finden, die für solche Zwecke eine Extrapende geben.) Wichtige Fragen werden auf dem Parteitag beraten:

* Siehe den vorliegenden Band, S. 165–168. *Die Red.*

die Organisation, das Verhältnis zur Peripherie, der Aufstand, die Bewaffnung der Arbeiter (Einrichtung von Dynamitwerkstätten), ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären für den Aufstand, die Unterstützung der revolutionären Bauernbewegung und viele andere. Höchst wichtig sind die Berichte über die Arbeit in der Armee und unter den Bauern. Macht für den Parteitag in weitestem Umfang von den Verbindungen mit Offizieren, Studenten usw. Gebrauch. Es ist vorgesehen, auf dem Parteitag den Martowschen § 1 des Statuts durch den Leninschen zu ersetzen und zugleich die Rechte der *Parteiorganisationen* sowie der Organisationen, die der Partei *nahestehen*, zu erweitern. Das wird sehr viele Elemente der revolutionären Demokratie betreffen. Mögen sich alle, möge sich jeder so aktiv wie möglich auf den Parteitag vorbereiten.

Heißen Gruß
Lenin

Aus Petersburg schickt man uns jetzt Protokolle von Bezirksarbeiterversammlungen. Ein nachahmenswertes Beispiel. Überhaupt bitten wir die Arbeiter nachdrücklich, selber an den „Wperjod“ zu schreiben, immer wieder zu schreiben.

Zuerst veröffentlicht 1926
im *Lenin-Sammelband V*.

Nach dem Manuskript.

GESAMTPLAN DER BESCHLÜSSE DES III. PARTEITAGS

Resolutionen:

1. a) Reales Objekt der Minderheit: Zusammensetzung der Zentralstellen.

b) Parteitagsbeschlüsse nicht erfüllt.

c) Spaltung vor der Ligakonferenz: Bildung einer Geheimorganisation.

d) Ein unehrenhafter Schritt, unehrenhaft die ganze Desorganisation, die sich daraus ergeben hat.

e) Es ist schändlich, die Desorganisation mit Theorien über Organisation als Prozeß und Organisation als Tendenz, mit heuchlerischem Geschrei über Bürokratismus, Formalismus etc. rechtfertigen zu wollen.

f) Ihre Desorganisation fügte der positiven Arbeit in Rußland gewaltigen Schaden zu.

g) Von den Desorganisatoren muß man sich vollständig lösen.

h) Auftrag an die Zentralstellen: Herausgabe einer Broschüre mit einer kurzen Darlegung der Ursachen und der Geschichte der Spaltung und Mitteilung an die internationale Sozialdemokratie.

2. a) Notwendig ist eine Aussprache über die sogenannte Versöhnlerichtung.

b) Ihr einziger ehrlicher Vertreter, der nicht geheuchelt hat, war Plechanow, als er Nr. 52 der „Iskra“ schrieb.

c) Der Parteitag anerkennt die Richtigkeit der Position Plechanows auf dem II. Parteitag und auf der Ligakonferenz sowie sein aufrichtiges Bestreben, bei der Kooptierung den Frieden zu erhalten.

d) Leider hat es Plechanow nicht dabei bewenden lassen, den Revisio-nisten und individualistischen Anarchisten Zugeständnisse zu machen.

Alle Versuche seinerseits, sich *prinzipiell* zu rechtfertigen, sind offensichtlich falsch und nur dazu angetan, Verwirrung in die Köpfe und Heuchelei in die innerparteilichen Beziehungen hineinzutragen.

e) Die sogenannten Versöhnler sind jetzt heuchlerische Menschewiki. Es gibt absolut kein *selbständiges* Programm der Versöhnung außer dem Programm Plechanows, das jetzt von ihm ebenfalls abgelehnt wird (persönliche Zugeständnisse, aber prinzipielle *Auseinandersetzungen* mit den Revisionisten und anarchistischen Individualisten).

3. a) Der Parteitag anerkennt die prinzipiellen Unterschiede zwischen unserer Position und der Position der Neuiskristen.

b) Schon auf dem II. Parteitag offenbarten die Neuiskristen völlige Wankelmütigkeit in prinzipiellen Fragen; anfangs kämpften sie durchweg gegen den opportunistischen Flügel, um sich ihm schließlich (wenn auch gegen ihren Willen und ohne sich dessen bewußt zu sein) offenkundig zuzuwenden.

c) Nach dem II. Parteitag trat der opportunistische Charakter noch deutlicher hervor: auch in der Organisation die Rechtfertigung des systematischen kleinen Verrats. Abstumpfung einer solchen Waffe des proletarischen Klassenkampfes wie die Organisation. Entstellung des Marxismus bis zur Rechtfertigung und Verherrlichung der Desorganisation und des intelligenzlerischen Anarchismus.

d) In Fragen der allgemeinen Tendenz ihrer Politik mußte die „Iskra“ selbst die „Kluft zwischen der alten und der neuen „Iskra““ zugeben. Schwenkung zur Nachtrabpolitik.

- e) In der Taktik äußerte sich das in der Stellung zu den Liberalen. Die Semstwokampagne.
- f) „ „ „ „ „ „ „ „ „ zum Aufstand. Versuche zurückzuzerren und zu verwirren.
- g) „ „ „ „ „ „ „ „ „ zur Bewaffnung.
- h) „ „ „ „ „ „ „ „ „ zur Demoralisierung der unentwickelten Arbeiter mit Hilfe der Losung „Selbsttätigkeit der Arbeiter“ etc.

i) Die Neuskristen im großen und ganzen = der opportunistische Flügel in der Partei.

Prinzipiell verschiedenartige Elemente in ihrem Lager.

Organisation als Prozeß Partei und Klasse Liberale und Semstwo- kampagne Aufstand Bewaffnung revolutionäre Diktatur	} Wankelmütigkeit in prinzipiellen Fragen (II. Parteitag). } Schwenkung zum opportunistischen „Rabotscheje Delo“ (eine Kluft). } Werden gebilligt von der der Partei nahestehenden Intelligenz und von den offenen Opportunisten à la Struve. } } Unbedingt im Namen der Richtung der alten „Iskra“ kämpfen.
--	---

4. a) Der unaufrichtige Charakter des Geschreis über eine Partei der Intelligenz. Von den Liberalen ausgenutzt. Neuskristen haben selber widerrufen.

b) Demagogischer Charakter der Propaganda unter den Arbeitern. Das „Prinzip der Wählbarkeit“, seine Notwendigkeit unter *freien* politischen Verhältnissen, die Unmöglichkeit, es in *breitem* Maße in Rußland anzuwenden.

c) Leere Worte von der „Selbsttätigkeit der Arbeiter“, tarnen Nachtrabideologie; versprechen in organisatorischer Hinsicht *Unmögliches*, bringen mit billigen Mitteln gegen „Bürokratismus“, „Formalismus“ etc. auf, geben aber nichts; sehen nicht die *revolutionäre* Selbsttätigkeit der Arbeiter und trotten den untersten und rückständigsten Schichten nach.

d) Die Arbeiter sind zu warnen. Die klassenbewußten Arbeiter müssen die analogen Methoden der *Rabotschedelzen* kennen und sich merken, müssen die *Position* der alten „Iskra“ kennen und sich merken; wichtig ist, daß aus der Masse der Arbeiter bewußte sozialdemokratische Arbeiter hervorgehen, Arbeiterrevolutionäre, russische Bebel; wichtig ist, jeden Bezirk, jedes Werk etc. zu *organisieren*.

e) Nur wenn die fortgeschrittenen Arbeiter völlig bewußt handeln, wenn die Grenze zwischen Intellektuellen und Arbeitern innerhalb der Sozialdemokratie ganz beseitigt ist, wird eine *sozialdemokratische* Klassenpartei des Proletariats gewährleistet sein.

5. a) Notwendig ist, sofort den Aufstand vorzubereiten.
 b) " " eine Kampforganisation und Kampforganisationen zu schaffen.
- +7. c) " " überhaupt mehr Organisationen ins Leben zu rufen: die Revolution zu organisieren.
 d) Der Terror muß mit der Massenbewegung faktisch verschmelzen.
 e) Ziel des Aufstands: provisorische revolutionäre Regierung, Bewaffnung des Volkes, konstituierende Versammlung, revolutionäre Bauernkomitees.
 f) Aufgaben der Sozialdemokratie bei der Ausübung der Macht: restlose Durchführung des gesamten demokratischen Programms, selbständige Organisation und Organisationen der Arbeiterklasse, die revolutionäre Selbsttätigkeit des Proletariats und der Dorfarmut entwickeln, strikte Wahrung des Klassenprogramms und des Klassenstandpunkts, kritisches Verhalten zu den Illusionen der revolutionären Demokratie.
- oder 7: { g) Diese (eben genannten) Bedingungen sind auch bestimmend für ein Kampfabkommen zwischen der Sozialdemokratie und der revolutionären Demokratie für den Aufstand.
 h) Unter revolutionärer Demokratie sind die konsequenten und entschiedenen demokratischen Strömungen zu verstehen, die das *gesamte* demokratische Programm der Sozialdemokratie annehmen, die vor keinen revolutionären Maßnahmen zurückscheuen, denen aber das klare sozialdemokratische Klassenbewußtsein fehlt.
9. a) Die Resolution von Starower⁴⁸ ist prinzipiell falsch: Der Schwerpunkt liegt nicht in Erklärungen, sondern im Kampf, in der Kampfgemeinschaft.
 b) Die Erklärungen und Losungen der Liberalen und der liberalen Demokratie flößen kein Vertrauen ein (Struve).
 c) Sie wird willkürlich und falsch im Sinne der demokratischen Intelligenz ausgelegt. Abkommen mit einer *Kraft*, aber die Intelligenz ist keine Kraft. Verworrenheit bei Starower.
 d) Auf der Tagesordnung steht ein Abkommen nicht unter der Bedingung von Erklärungen, sondern unter der Bedingung der *Teilnahme* am

Aufstand, nicht mit der liberalen Demokratie, sondern mit der *revolutionären* Demokratie.

10. a) Das Abkommen mit den Semstwoleuten verletzt sogar die Bedingungen der Resolution Starowers.

b) Die Liberalen nicht abschrecken — fehl am Platz und unzeitgemäß. Unmöglich, dies mit der Gefährlichkeit des Anarchismus zu rechtfertigen.

c) Der reaktionäre Sinn der Losungen vom „höheren Typus der Demonstrationen“.

d) Der impressionistische Opportunismus der neuen „Iskra“.

e) Mißbrauch mit den Worten „Selbsttätigkeit der Klasse“ und planmäßige Entwicklung der Klasse.

f) Ihren ersten Brief veröffentlichen — zur Belehrung der jungen Parteimitglieder.

NB:

11. a) gegenwärtig ist äußerst wichtig:

b) die demokratischen Seiten zu unterstreichen,

zusammen mit der bäuerlichen Bourgeoisie gegen die Gutsbesitzer, zusammen mit dem Landproletariat gegen die Bourgeoisie.

c) das *sozialistische* (das *ganze* sozialistische) Programm nicht für eine Minute aus dem Auge zu lassen,

d) unentwegt auf dem Standpunkt des Proletariats im allgemeinen und des *Landproletariats* im besonderen zu stehen.

12. e) Die *revolutionäre* Bewegung sowohl des Landproletariats als auch der bäuerlichen Bourgeoisie gegen die Gutsbesitzer bis zur vollständigen Enteignung der Gutsbesitzerländereien unterstützen, dabei aber durch sein Tun oder Lassen keineswegs die Illusionen des kleinbürgerlichen Sozialismus nähren, sondern vielmehr mit allen Kräften gegen das monarchistische und cäsaristische Spekulieren auf die reaktionären Elemente der bäuerlichen Bourgeoisie ankämpfen.

13. a) Die große Bedeutung der Arbeit unter den Soldaten:

b) Flugblätter.

c) Militärorganisation, ihre Elemente? Eine besondere Militärorganisation kann nützlich sein je nachdem*.

* „je nachdem“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

d)*.

14. a) Als Grundlage zu nehmen ist das *Programm*...

b) Agitations- und Propagandagruppen.

c) Vorlesungen und Agitationsreden.

*

In der prinzipiellen Resolution gegen die Neuskristen muß folgendes hervorgehoben werden:

(a) Die Ablehnung oder Herabsetzung der Idee einer festgefügtten Organisation des klassenbewußten Proletariats und seiner Avantgarde, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, führt dazu, daß die Arbeiterbewegung zum Nachtrab der bürgerlichen Demokratie wird.

(b) Zu demselben Ergebnis führen die demagogische Herabsetzung der Rolle, die der bewußten Einwirkung der Sozialdemokratie auf die spontane Bewegung des Proletariats zukommt, und die theoretische Verflachung des Marxismus durch eine Auslegung, bei der die revolutionäre Initiative und die fortschrittlichen Aufgaben der Sozialdemokratie zurückgezerrt werden.

Zu demselben Ergebnis führt die Idee einer Trennung und Gegenüberstellung der technischen und der politischen Führung der Revolution und —

und —**

Geschrieben im Februar 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* Punkt d wurde nicht geschrieben. Quer über den ganzen § 13 ist ein Fragezeichen gesetzt. *Die Red.*

** Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

RESOLUTIONSENTWURFE
FÜR DEN III. PARTEITAG DER SDAPR

*Geschrieben im Februar 1905.
Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

1

RESOLUTION
ÜBER DAS DESORGANISATORISCHE VERHALTEN
DER MENSCHEWIKI ODER NEUISKRISTEN

Der Parteitag hält es für notwendig, die unbestreitbar erwiesenen Tatsachen hinsichtlich des Verhaltens der Menschewiki oder Neuiskristen nach dem zweiten Parteitag genau festzustellen. Ohne auch nur den Versuch zu machen, die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse und der Wahlen des Parteitags anzufechten, haben sie rücksichtslos die Parteitagsbeschlüsse durchbrochen. Gleich nach dem Parteitag boykottierten sie die von ihm geschaffenen zentralen Körperschaften und bildeten heimlich, hinter dem Rücken der Partei, eine besondere Organisation innerhalb der Partei. Es war das Ziel dieser Organisation, die vom Parteitag abgelehnten sechs Kandidaten mit Gewalt in die Redaktion des Zentralorgans und in das Zentralkomitee der Partei hineinzubringen. Im Kampf um dieses Ziel, das im Widerspruch zum Willen und zu den Interessen der Partei steht, desorganisierten die Menschewiki überall die positive Arbeit der Partei, indem sie überall insgeheim eine Spaltung herbeiführten, die kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten demoralisierten, das Zentralorgan der Partei in ein Organ des Klatsches und des Gezänks verwandelten und sich gemeine und beleidigende Ausfälle gegen die Parteikomitees erlaubten, welche die zentralen Körperschaften gewählt hatten und von ihnen Rechenschaft verlangten; indem sie den Rat der Partei zu einem Werkzeug der Rachegeüste eines Zirkels degradierten und nicht davor zurückschreckten, die Stimme der Partei, die den dritten Parteitag forderte, direkt zu fälschen.

Der Parteitag verurteilt aufs entschiedenste dieses desorganisorische Verhalten und warnt alle parteibewußten Sozialdemokraten vor der berüchtigten Theorie der Organisation als Prozeß, die die Desorganisation

rechtfertigt und die Theorie des revolutionären Marxismus in unerhörter Weise herabwürdigt.

Der Parteitag stellt fest, daß die Anhänger der Parteimehrheit, die Resolutionen gegen die Desorganisatoren verfaßten und einen dritten Parteitag forderten, alle Mittel erschöpft haben, die in einem ehrlichen, kameradschaftlichen Kampf gegen Parteimitglieder anwendbar sind. Jetzt, da sich die von der Partei geschaffenen Zentralstellen der Verantwortung vor der Partei endgültig entzogen haben, ist der Parteitag gezwungen, sie als außerhalb der Partei stehend zu betrachten. Der Parteitag stellt fest, daß den Anhängern des Parteiprinzips kein anderer Ausweg bleibt, als getrennt und unabhängig von den Desorganisatoren zu arbeiten. Der Parteitag beschließt daher, daß Anhänger der Minderheit oder Neuskristen in keine der Organisationen unserer Partei aufgenommen werden können.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee der Partei, zur Information der gesamten russischen und internationalen Sozialdemokratie eine kleine Broschüre herauszugeben, die diese Resolution erläutert.

2

RESOLUTION ÜBER PLECHANOWS VERHALTEN WÄHREND DER PARTEIKRISE

Der Parteitag erkennt die Position, die Plechanow auf dem zweiten Parteitag und auf der Konferenz der Auslandsliga in Fragen des Programms, der Taktik und der Organisation eingenommen hat, als richtig an. Der Parteitag stellt fest, daß Plechanow nach der Konferenz der Liga im Interesse des Parteifriedens und um die von den Menschewiki bereits vollzogene Spaltung zu beseitigen, eine Politik der Zugeständnisse den Leuten gegenüber vorschlug, die er vor der gesamten Partei (Nr. 52 der „Iskra“, 7. November 1903) zutreffend als Revisionisten und anarchistische Individualisten charakterisierte. Der Parteitag äußert sein tiefes Bedauern darüber, daß Plechanow dieser Position nicht treu blieb, sondern anfang, mit den rücksichtslosesten Mitteln und gegen den Willen der Partei sämtliche Forderungen der Menschewiki durchzusetzen, daß er

sich, um die Menschewiki zu rechtfertigen, dazu hergab, ihre von ihm als falsch anerkannte prinzipielle Position zu verteidigen und Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit der Partei zu erfinden, die es nie gegeben hat.

Der Parteitag verurteilt entschieden diese Politik der Heuchelei gegenüber den Parteimitgliedern, da eine solche Politik — ganz gleich, welchen humanen Rücksichten einzelnen Personen gegenüber sie auch entsprungen sein mag — unbedingt eine demoralisierende Wirkung auf die Partei ausüben muß.

3

RESOLUTION ÜBER DIE PRINZIPIELLE STELLUNG DER NEUISKRISTEN

Für unbedingt notwendig erachtet der Parteitag den Kampf gegen die prinzipielle Stellung der Menschewiki oder Neuiskristen, die von der revolutionären Sozialdemokratie zum Opportunismus abgelenkt sind. Das zeigte sich bereits auf dem zweiten Parteitag, und zwar sowohl in einzelnen Ausführungen als auch in der ganzen Zusammensetzung der Minderheit, die aus Gegnern der alten „Iskra“ und aus jenen Schattierungen bestand, die in prinzipiellen Fragen am wenigsten standhaft waren. Nach dem zweiten Parteitag trat diese Schwenkung der Menschewiki zum Rabotschedelzenopportunismus so klar zutage, daß sie die Kluft zwischen der alten und der neuen „Iskra“ selber eingestanden. Und tatsächlich trat die neue „Iskra“ in einer ganzen Reihe von Fragen mit absolut falschen und das Klassenbewußtsein des Proletariats trübenden Losungen und Theorien hervor. Dazu gehört die Theorie von der Organisation als Prozeß, die den Marxismus mißbraucht, um die Desorganisation und den intelligenzlerischen Anarchismus zu rechtfertigen. Dazu gehört die Rückkehr zu den falschen Auffassungen vom Verhältnis der Partei zur Klasse, Auffassungen, die die Aufgaben der Partei als Vortrupp, als Führer und Organisator der Klasse, herabsetzen. Ebenso falsch und reaktionär waren die von der neuen „Iskra“ im Gegensatz zur alten „Iskra“ vertretenen Ansichten über das Verhältnis zu den Liberalen und über die Pläne der Semstwokampagne; über die Vorbereitung des Aufstands und die famose

Idee, daß es utopisch sei, den Aufstand festsetzen und durchführen zu wollen; über die Aufgaben der Bewaffnung der Massen sowie ihrer technischen und organisatorischen Führung während der Revolution; die Ansichten darüber, daß eine revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Kleinbourgeoisie in der Epoche des Sturzes der Selbstherrschaft unmöglich und unerwünscht sei usw. Alle diese Ansichten zerrén die Partei nicht nur in theoretischer, sondern auch in unmittelbar praktischer Beziehung zurück, sie sind in der revolutionären Situation, in der sich Rußland befindet, für die Partei des revolutionären Proletariats besonders schädlich und verderblich. Der Parteitag beauftragt daher alle Parteimitglieder, in ihrer Propaganda und Agitation zu erläutern, wie falsch solche Ansichten sind.

4

RESOLUTION ÜBER DAS VERHÄLTNIS
ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN
IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

Der Parteitag verurteilt entschieden die Politik der Neuskristen, durch die in den sozialdemokratischen Organisationen zwischen Arbeitern und Intellektuellen Mißtrauen und Feindschaft gesät wird. Der Parteitag erinnert die klassenbewußten Arbeiter daran, wie sie vor einigen Jahren beim „Rabotscheje-Delo“-Flügel der Partei ähnliche Kampfmethoden kennengelernt und abgelehnt haben. Die hohlen Phrasen von der Selbsttätigkeit der Arbeiter und dem Prinzip der Wählbarkeit, mit denen die Neuskristen um sich werfen, sind von keiner wirklichen Verbesserung der Arbeit in unseren Organisationen begleitet und versprechen in demagogischer Weise Unerfüllbares. Unter freien politischen Verhältnissen kann und wird unsere Partei vollständig auf dem Prinzip der Wählbarkeit aufgebaut sein. Unter der Selbstherrschaft ist das für die Gesamtheit der Tausende von Arbeitern, die der Partei angehören, undurchführbar.

Der Parteitag erinnert noch einmal an die Aufgabe der bewußten Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: mit allen Kräften die Verbindung dieser Partei mit der Masse der Arbeiterklasse zu festigen, immer breitere Schichten von Proletariern und Halbproletariern zum vol-

len sozialdemokratischen Bewußtsein emporzuheben, ihre revolutionäre und sozialdemokratische Selbsttätigkeit zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß die Arbeitermasse selber eine möglichst große Zahl von Arbeitern hervorbringt, die wirklich fähig sind, die Bewegung und alle Organisationen der Partei zu leiten.

Der Parteitag wiederholt im Namen der Partei die Ratschläge der revolutionären Sozialdemokraten: möglichst viele unserer Partei angehörende Arbeiterorganisationen zu schaffen; danach zu streben, daß die Arbeiterorganisationen, die der Partei nicht beitreten wollen oder keine Möglichkeit dazu haben, sich wenigstens an die Partei anschließen; darauf hinzuwirken, daß möglichst viele klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiter Mitglieder der Parteikomitees werden.

ÄNDERUNG DES PARAGRAPHEN IM STATUT ÜBER DIE ZENTRALSTELLEN

Ein erheblicher Teil der in Rußland tätigen Genossen, darunter das Büro der Komitees der Mehrheit, spricht sich für *eine* Zentralstelle *in* Rußland aus.

Was bedeutet eigentlich eine solche Reform? In der einen Zentralstelle sollen die Genossen überwiegen, die in Rußland tätig sind — das ergibt sich zweifellos aus der erwähnten Tendenz. Ihre Verwirklichung hängt ganz vom Willen des Parteitags ab, der die Zentralstelle zu wählen hat. Folglich ist da nichts zu diskutieren oder zu reden.

Aber weiter, wie wird das Verhältnis des Zentralorgans zum Zentralkomitee aussehen? Das Zentralorgan, sagt man uns, ist eine vom Zentralkomitee eingesetzte Kommission. Ein (oder zwei) Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans (sagen diese Genossen) können als Teil, und zwar als *kleinerer* Teil dem Zentralkomitee angehören. Es fragt sich, worin dann die Teilnahme dieses ausländischen Teils des Zentralkomitees an den Angelegenheiten des Zentralkomitees zum Ausdruck kommen soll? Eine reale *Teilnahme* an den Angelegenheiten des Zentralkomitees „per Brief“ ist offensichtlich utopisch, davon kann nur im Scherz die Rede sein. Nur mit großer Mühe, um den Preis einer Unmenge von Scherereien, Anstrengungen, Geschimpfe und Unannehmlichkeiten kann man im Ausland eine leidliche Information *post factum** erhalten; wer von einer „Teilnahme an Entscheidungen“ vom Ausland aus spricht, tut das nur „um der Wichtigkeit halber“ oder aus Heuchelei.

Also eins von beiden: Entweder die ausländischen Mitglieder (respektive das ausländische Mitglied) des Zentralkomitees bedingen sich *laut*

* nachträglich. *Die Red.*

Parteistatut (denn andere „Verträge“ haben keine Gültigkeit) periodische Zusammenkünfte des *gesamten* Zentralkomitees im Ausland aus. Wenn das so geschieht, dann entspricht diese oberste Zentralstelle *faktisch* durchaus dem jetzigen Rat der Partei, d. h., sie wird zu einer Körperschaft, die sich drei-, vier- oder fünfmal im Jahr versammelt und der ganzen Arbeit nur die *allgemeine Richtung* gibt. Oder aber das Zentralkomitee versammelt sich in Rußland und entscheidet *dort* alle Angelegenheiten *ohne* das ausländische Mitglied; dann ist letzteres nur dem Namen nach, nämlich *offenkundig* nur *fiktiv* Mitglied des Zentralkomitees. In *Wirklichkeit* kann es bei der Entscheidung der allgemeinen Angelegenheiten *nicht* mitwirken. Unter solchen Umständen könnte man mit vollem Recht bezweifeln, ob sich Leute für diesen „Posten“ (oder für diese Sinekure?) als „Auslandsmitglieder“ des Zentralkomitees finden würden!

Eine andere (und letzte mögliche) Annahme. *Alle* Mitglieder des Zentralkomitees als der einen zentralen Körperschaft sind Genossen, die in Rußland tätig sind. Nur eine solche zentrale Körperschaft wird *real* eine einheitliche russische Zentralstelle sein. Im Ausland ernennt sie ihre Vertretung. *Praktisch* jedoch wird diese Vertretung als selbständige Zentralstelle existieren. In der Tat, man stelle sich die Redaktion des Zentralorgans vor: Natürlich braucht man hier ein *ganzes Kollegium*, das sich nur *sehr sehr langsam* herausbildet, zusammenfügt und einarbeitet (Rußland mühte sich *anderthalb Jahre* ab, um nach dem II. Parteitag ein *neues* Zentralorgan zu schaffen, und das, obwohl sich ganz Rußland für die schwere Krise der *gesamten Partei* außerordentlich interessierte!). In der Praxis würde dieses Kollegium das *wöchentlich* erscheinende Organ völlig selbständig leiten. Das russische Zentralkomitee würde sich zu der Art, wie es die Sache leitet, *bestenfalls* in Form einer „Beratung“ einmal in einem halben Jahr (oder einmal in anderthalb Jahren) — wodurch würde sich eine solche „Beratung“ von dem „Rat der Partei“ unterscheiden? — oder in Form eines „Briefes“ von einem *einzelnen* Mitglied des Zentralkomitees äußern. In der Praxis würde dieses ausländische Kollegium die Agitation und die Schulungsarbeit unter den Funktionären im Ausland (Referate und Versammlungen) zu leiten haben, in die *Hunderte* von Parteimitgliedern einbezogen werden. Das Zentralkomitee ist *physisch* nicht imstande, diese Arbeit *wirklich* zu lenken, diese Arbeit des ausländischen Kollegiums *wirklich* zu leiten. Das Zentralkomitee ist *physisch*

nicht imstande, sich an dieser Arbeit anders zu *beteiligen* als in Form von *selten* stattfindenden Beratungen mit den Personen, die diese Arbeit leisten. Und wiederum: Wodurch würden sich diese Beratungen von dem Rat der Partei unterscheiden??

Das Ergebnis: In Wirklichkeit, in der Praxis wird „eine“ Zentralstelle entweder eine *Fiktion* sein, oder es wird unbedingt und unvermeidlich auf das jetzige System hinauslaufen, auf das System, das spöttisch „Dreizentrigkeit“ genannt wird. In Wirklichkeit, in der Praxis wird der Unterschied der geographischen und politischen Bedingungen, der Bedingungen des Charakters der Arbeit unvermeidlich und unabwendbar (solange die Selbstherrschaft nicht gestürzt ist) in unserer Partei immer wieder zwei Zentralstellen notwendig machen, die nur *von Zeit zu Zeit* durch „*Beratungen*“ vereinigt werden, die in *Wirklichkeit* eben stets die Rolle des obersten oder des höchsten „Rats“ der Partei spielen werden.

Es ist durchaus verständlich, daß die Genossen in Rußland auf das Wort Ausland mit dem allgemeinen Schrei reagierten: Weg mit dem Ausland! Weg mit den zwei Zentralstellen! Diese Reaktion ist *berechtigt und lobenswert*, denn sie bedeutet, daß die Kräfte der Partei und das Selbstbewußtsein der Partei nach dem II. Parteitag gewaltig gewachsen sind. Diese Reaktion zeigt, daß unsere Partei zweifellos einen Schritt vorwärts gemacht hat. Man darf sich aber durch Worte nicht verleiten lassen, darf die augenblickliche *Stimmung*, die vorübergehende „Wut“ gegen die „Leute im Ausland“ nicht zum „System“ erheben. Auf Wut läßt sich kein Parteisystem aufbauen. Nichts ist leichter, als die einfache und knappe Regel „es gibt nur *eine* Zentralstelle“ zu beschließen; aber mit einem solchen Beschluß kommen wir keineswegs der Lösung der sehr komplizierten Frage näher, wie man real (und nicht auf dem Papier) die verschiedenen Funktionen der Arbeit in Rußland und im Ausland vereinigen kann.

Geschrieben im Februar 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

UMFRAGE

Zum III. Parteitag

Im Zusammenhang mit der Einberufung des III. Parteitags bitten uns einige in der Partei praktisch tätige Genossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auf dem Parteitag bei der bevorstehenden Erörterung der Organisationsfrage die Hinweise und Ansichten einer möglichst großen Anzahl der Genossen, die in Rußland gearbeitet haben, besonders eingehend berücksichtigt und erörtert würden. Möge darum *jeder*, der dort gearbeitet hat, seine Meinung äußern und die folgenden Fragen beantworten. Die Redaktion des „Wperjod“ wird die Antworten sammeln und dem Parteitag übergeben, so daß jeder Delegierte in der Lage sein wird, sich die kollektiven Erfahrungen einer großen Zahl von Genossen zunutze zu machen. Die wichtigsten Fragen, die im Hinblick auf die Umänderung des Statuts und die Ausarbeitung der Parteitagsresolutionen geklärt werden müssen, sind etwa folgende: 1. Ort, Zeit und Dauer der Arbeit? 2. Gearbeitet als Mitglied eines Komitees oder der Einrichtungen eines Komitees und welcher? eines Fabrikzirkels usw.? 3. Wieviel Mitglieder hatten die dem Schreibenden bekannten Komitees oder Komiteezweigstellen, Organisatorengruppen usw.? wieviel Arbeiter und wieviel Intellektuelle waren in jedem? 4. Wie ging die Kooptation aus der Peripherie in das Komitee normalerweise vor sich? Ist es möglich, die durchschnittliche Dauer der Arbeit in der Peripherie anzugeben? Gibt es Beispiele von Unzufriedenheit wegen einer Kooptation und dgl.? Bei allen Antworten muß die Zeit vor dem II. Parteitag von der nach ihm streng getrennt werden. Besonders erwünscht sind ausführliche Mitteilungen über die Zeit *vor* dem II. Parteitag. 5. Wieviel Parteiorganisationen, Gruppen, Zirkel usw. gab es *insgesamt* in der Gegend,

in der NN gearbeitet hat? Jede Gruppe, ihre Mitgliederzahl, die Funktionen usw. sind aufzuzählen. 6. Gab es Gruppen (Organisationen, Zirkel usw.), die als nicht zur Partei gehörig galten, die aber der Partei nahestanden? 7. Wie wurde die Verbindung zwischen der Peripherie (und den verschiedenen Arten peripherischer Zirkel) und dem Komitee aufrechterhalten? Waren die Funktionäre zufrieden mit diesen Formen der Verbindung? 8. Halten Sie die Einführung des Prinzips der Wählbarkeit für möglich und wünschenswert? Wenn nicht, warum nicht? Wenn ja, dann auf welche Art und Weise? Bitte genau angeben, auf welche Zirkel das Wahlrecht ausgedehnt werden müßte. 9. Halten Sie die Trennung der Komitees (Gruppen, Zirkel, Organisationen usw.) in Komitees der Intellektuellen und Komitees der Arbeiter für nützlich? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, dann bitte die Art der Trennung angeben. 10. Hat das Komitee eine zentrale, eine leitende Gruppe gewählt oder nicht? Wenn ja, auf welche Art und Weise? Wie oft wurde sie kontrolliert? War man mit dieser Einrichtung zufrieden? 11. Halten Sie geschriebene Statuten der lokalen Organisationen für nützlich und möglich? 12. Halten Sie die Formulierung irgendwelcher Normen bezüglich der lokalen Organisationen (Komitees usw.) im Parteistatut für nützlich? Wenn ja, dann bitte diese Normen kurz skizzieren. 13. Halten Sie es für wünschenswert, daß die Rechte des ZK, Komiteemitglieder und Mitglieder anderer Organisationen zu ernennen (und auszuschließen), im Parteistatut ausdrücklich festgelegt werden? Welcher Art sollen die ausdrücklichen Rechte des Zentralkomitees sein? 14. Ist es erwünscht, die Autonomie der Lokalkomitees durch besondere Normen zu sichern, und zwar durch welche? 15. Wie oft trat das Komitee oder die Gruppe, der Zirkel usw., dessen Mitglied Sie waren, zusammen? Wenn möglich, zählen Sie alle Zusammenkünfte, die in der Zeit Ihrer Tätigkeit stattgefunden haben, genau auf. Ist das nicht möglich, nennen Sie sie annähernd. Sind durch zu häufige Zusammenkünfte Schwierigkeiten entstanden? Wieviel Zusammenkünfte sind Ihrer Erfahrung nach im Monat durchschnittlich möglich und notwendig, und wie groß soll die Zahl der Teilnehmer sein?

Geschrieben im Februar 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

VORWORT ZUR BROSCHURE
„DENKSCHRIFT DES DIREKTORS
DES POLIZEIDEPARTEMENTS, LOPUCHIN“

Nicht zuviel des Guten! — will Herr Lopuchin gleichsam mit seiner Denkschrift sagen. Eine gute Sache für die Polizei ist diese „provisorische“ Verordnung über verstärkte Sicherheitsmaßnahmen, die seit 1881 eines der stabilsten, eines der Grundgesetze des Russischen Reichs geworden ist. Die Polizei erhielt alle erdenklichen Rechte und Vollmachten, um „die Einwohnerschaft in der Hand zu halten“ — nach dem treffenden Ausdruck der Denkschrift, der um so mehr in die Augen springt, je häufiger man bei der Lektüre über die unglaublich schwerfälligen, plumpen Wendungen der Kanzleisprache stolpert. Ja, die Polizei hatte es gut unter dieser „Verordnung“, aber deren „gute“ Eigenschaften haben die Polizei selbst verwöhnt. Dies einerseits. Andererseits aber sind die außerordentlichen Unterdrückungsmaßnahmen, die vor fünfundzwanzig Jahren als außerordentliche gelten konnten, derart zur Gewohnheit geworden, daß auch die Bevölkerung, wenn man so sagen darf, sich ihnen angepaßt hat. Der repressive Charakter der außerordentlichen Maßnahmen verlor seine Wirkung, ebenso wie eine neue Sprungfeder durch langen und übermäßigen Gebrauch in ihrer Spannkraft nachläßt. Die Sache lohnt nicht die Mühe — sagt der Direktor des Polizeidepartements, Herr Lopuchin, mit seiner ganzen Denkschrift, die in einem eigenartig wehmütigen und trübseligen Ton abgefaßt ist.

Auf den Sozialdemokraten macht dieser trübselige Ton, diese sachliche, nüchterne, aber nichtsdestoweniger schonungslose, gegen das russische Polizeigrundgesetz gerichtete Kritik eines Mannes von der Polizei einen wunderbar wohltuenden Eindruck. Vorbei sind die schönen Tage polizeilichen Wohlergehens! Vorbei sind die sechziger Jahre, als nicht einmal

der Gedanke an die Existenz einer revolutionären Partei auftauchte. Vorbei sind die siebziger Jahre, als die Kräfte einer solchen zweifellos vorhandenen und furchtgebietenden Partei „nur für einzelne Attentate, nicht aber für einen politischen Umsturz ausreichten“. In jenen Zeiten, als „die illegale Agitation eine Stütze in einzelnen Personen und Zirkeln fand“, hatte die neuerfundene Sprungfeder noch eine gewisse Spannkraft aufzuweisen. Doch wie sehr hat diese Sprungfeder jetzt nachgelassen, „bei dem heutigen Zustand der Gesellschaft, da sich in Rußland die Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung der Dinge und eine starke oppositionelle Bewegung breit entwickeln“! Wie sehr haben sich die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen als albern und sinnlos erwiesen, sobald man genötigt, eben *genötigt* war, sie tausendfach anzuwenden „gegen Arbeiter wegen Streiks, die friedlichen Charakter trugen und rein wirtschaftliche Beweggründe hatten“, sobald man sogar Steine als eine in politischer Beziehung nicht ungefährliche Waffe qualifizieren mußte!

Der arme Lopuchin setzt in seiner Verzweiflung zwei Ausrufungszeichen und fordert die Herren Minister auf, mit ihm zusammen über jene widersinnigen Folgen zu lachen, zu denen die Verordnung über verstärkte Sicherheitsmaßnahmen geführt hat. Alles in dieser Verordnung hat sich als untauglich erwiesen, seit die revolutionäre Bewegung wirklich ins Volk gedrungen ist und sich unlöslich mit der Klassenbewegung der Arbeitermassen verbunden hat — alles, von der polizeilichen Meldepflicht bis zu den Kriegsgerichten. Sogar die „Institution der Hauswarte“, die allerlösende, allerhaltende Institution der Hauswarte wird vom Polizeiminister einer vernichtenden Kritik unterzogen, der diese Institution beschuldigt, auf die vorbeugende Tätigkeit der Polizei schwächend einzuwirken.

Das ist nichts anderes als der vollständige Bankrott der Polizeiordnung!

Ein Bankrott, der, auch abgesehen von den Erklärungen einer so außerordentlich kompetenten Person wie des ehrenwerten Herrn Lopuchin, durch den ganzen Entwicklungsgang der zaristischen Politik bestätigt wird. Als es keine wirkliche revolutionäre Volksbewegung gab, als der politische Kampf noch nicht mit dem Klassenkampf zu einem Ganzen verbunden war, da genühten, weil es nur um einzelne Personen und Zirkel ging, bloße Polizeimaßnahmen. Gegen Klassen erwiesen sich diese Maßnahmen als bis zur Lächerlichkeit wirkungslos, und die Unzahl der Maßnahmen

begann zu einem Hemmnis für die Arbeit der Polizei zu werden. Die einst respektgebietenden Paragraphen der Verordnung über verstärkte Sicherheitsmaßnahmen wurden zu dürftigen, kleinlichen, spitzfindigen Schikanen, die sehr viel mehr die Unzufriedenheit der nicht zu den Revolutionären gehörenden „Einwohner“ schüren, als daß sie ernsthaft die Revolutionäre treffen. Gegen die Volksrevolution, gegen den Klassenkampf kann man sich nicht auf die Polizei stützen, man muß sich ebenfalls auf das Volk, ebenfalls auf Klassen stützen. Das ist die Moral der Denkschrift des Herrn Lopuchin. Und das ist auch die Moral, zu der die absolutistische Regierung in der Praxis gelangt. Die Sprungfedern der Polizeimaschine haben nachgelassen, militärische Kräfte allein genügen nicht. Man muß die nationale Zwietracht, die Rassenzwietracht schüren, man muß aus den Reihen der am wenigsten aufgeklärten Schichten der städtischen (und später selbstverständlich auch der ländlichen) Kleinbourgeoisie „Schwarzhundertschaften“ rekrutieren, man muß versuchen, alle reaktionären Elemente in der Bevölkerung selbst zur Verteidigung des Throns zusammenzuschließen, man muß den Kampf der Polizei gegen Zirkel in einen Kampf des einen Teils des Volkes gegen den anderen Teil des Volkes verwandeln.

So verfährt jetzt auch die Regierung: Sie hetzt in Baku die Tataren gegen die Armenier auf, sie versucht neue Judenpogrome hervorzurufen, sie organisiert Schwarzhundertschaften gegen Semstwoleute, Studenten und aufrührerische Gymnasiasten, sie appelliert an die treuuntertänigen Adligen und an die konservativen Elemente der Bauernschaft. Nun wohl! Wir Sozialdemokraten wundern uns nicht über diese Taktik der Selbstherrschaft und lassen uns von ihr nicht ins Bockshorn jagen. Wir wissen, daß die Regierung jetzt, da die Arbeiter begonnen haben, den bewaffneten Widerstand gegen die Pogrombanditen zu organisieren, mit der Schürung der Rassenzwietracht kein großes Glück haben wird; wenn sich die Regierung aber auf die ausbeutenden Schichten der Kleinbourgeoisie stützt, wird sie die breiten, wirklich proletarischen Massen noch mehr gegen sich aufbringen. Wir haben niemals erwartet und erwarten auch jetzt nicht politische und soziale Umwälzungen von der „Einsicht“ der Machthaber oder von dem Übertritt der Gebildeten auf die Seite der „Tugend“. Wir haben immer gelehrt und lehren auch jetzt, daß es der Klassenkampf ist, der Kampf des ausgebeuteten Teils des Volkes gegen den ausbeutenden, der den politischen Umgestaltungen zugrunde liegt und letzten Endes das

Schicksal aller solcher Umgestaltungen entscheidet. Wenn die Regierung den völligen Bankrott der polizeilichen Kleinkrämerei zugibt und zur direkten Organisierung des Bürgerkriegs übergeht, so beweist sie damit, daß die *letzte Abrechnung* naht. Um so besser. Sie beginnt den Bürgerkrieg. Um so besser. Wir sind auch für den Bürgerkrieg. Wenn wir uns irgendwo besonders sicher fühlen, so gerade auf diesem Gebiet, im Krieg der ungeheuren Masse des unterdrückten und rechtlosen, des werktätigen und die ganze Gesellschaft erhaltenden Millionenvolkes gegen das Häuflein privilegierter Nichtstuer. Die Regierung kann natürlich durch Entfaltung der Rassenzwietracht und des nationalen Hasses die Entwicklung des Klassenkampfes eine Zeitlang hemmen, aber nur auf kurze Zeit, und zwar mit dem Ergebnis, daß sich der neue Kampf auf einem noch größeren Feld abspielen wird, daß das Volk noch erbitterter gegen die Selbstherrschaft sein wird. Beweis: die Auswirkungen des Pogroms in Baku, der die revolutionäre Stimmung aller Schichten gegen den Zarismus verzehnfacht hat. Die Regierung glaubte das Volk durch den Anblick des Bluts und der vielen Opfer der Straßenkämpfe einschüchtern zu können — in Wirklichkeit *gewöhnt sie dem Volk ab*, sich vor Blutvergießen, vor einem direkten bewaffneten Zusammenstoß zu fürchten. In Wirklichkeit betreibt sie eine so großzügige und so eindrucksvolle Agitation zu unseren Gunsten, wie wir sie uns nicht hätten träumen lassen. Vive le son du canon! sagen wir mit den Worten eines französischen revolutionären Liedes — „Es lebe der Donner der Kanonen!“, es lebe die Revolution, es lebe der offene Volkskrieg gegen die zaristische Regierung und ihre Anhänger!

Geschrieben Februar–März 1905.

Zuerst veröffentlicht 1905 in der
Broschüre „Denkschrift des Direktors
des Polizeidepartements, Lopuchin“.
Verlag „Wperjod“, Genf.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Broschüre.

PLAN EINER VORLESUNG ÜBER DIE KOMMUNE⁴⁹

1. Historischer Abriss der Kommune.

Frankreich unter Napoleon III. Grundlage des Imperialismus: die Bourgeoisie schon nicht mehr, das Proletariat noch nicht...⁵⁰

Abenteurertum Napoleons III. Notwendigkeit von äußerem Glanz, Kriegen.

2. Anwachsen des Proletariats nach Juni 1848. Internationale Arbeiterassoziation 1864. Ihre Verfolgung durch Napoleon III.

Protest der französischen Arbeiter gegen den Krieg (12. Juli, Pariser Sektion der Internationale, S. 16⁵¹) und der deutschen (Arbeiterversammlung in Braunschweig am 16. Juli, in Chemnitz, Berliner Sektion der Internationale, S. 18).

3. Sedan: 2. September 1870 und Proklamierung der Republik am

4. September 1870. Die liberalen Gauner reißen die Macht an sich.

Liberalen Advokaten und doppelzüngige Monarchisten: *Thiers*.

4. Regierung der nationalen Verteidigung = Regierung des nationalen Verrats. Trochu: „Plan“ für die Verteidigung von Paris. Die Komödie der Verteidigung. Heldenmut der Pariser Arbeiter. *Kapitulation* am 28. Januar 1871.

5. Bismarck schreibt als Bedingung vor: Wahl der Nationalversammlung *innerhalb von 8 Tagen* (S. 34) zur Entscheidung über Krieg und Frieden. Intrigen Thiers' mit den Monarchisten.

Die Versammlung der Krautjunker (*ruraux*). *Nationalversammlung in Bordeaux* 630 Mitglieder = 30 Bonapartisten + 200 Republikaner (100 gemäßigte und 100 radikale) + 400 Monarchisten (200 Orleanisten + 200 Legitimisten).

Verhandlung Thiers' mit Falloux.

6. Provozierung von Paris: Ernennung von monarchistischen Gesandten; den Soldaten der Nationalgarde werden die „30 Sous“ genommen; in Paris Polizeipräfekt Valentin, Oberkommandant der Nationalgarde d'Aurelle de Paladines u. a. (Trepow und Wassiltschikow!!)⁵²; Verlegung der Nationalversammlung nach Versailles; Unterdrückung republikanischer Zeitungen usw. Die Kriegskosten sollten auf die Armen abgewälzt werden (S. 35). Bewaffnete Pariser Arbeiter und — eine monarchistische Versammlung. Konflikt unvermeidlich.

7. Marx warnt*: Zweite Adresse des Generalrats der Internationale vom 9. September 1870: „Sich nicht beherrschen lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792“, „die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchführen“, sich nicht das Ziel setzen, die Regierung zu stürzen („eine verzweifelte Torheit“): S. 25. Dasselbe schrieb Eugène Dupont, Sekretär der Internationale (des Generalrats) für Frankreich am 7. September 1870 (Weill, 134)⁵³.

8. Der letzte Akt der Provokation. Beschlagnahme der Geschütze der Nationalgarde am 18. März 1871. Betrügerische Vorwände Thiers'. Der Anschlag mißlingt. Das Zentralkomitee der Nationalgarde ruft die Kommune aus. *Es begann der Bürgerkrieg* zwischen Pariser Kommune und Versailler Regierung.

9. Richtungen in der Kommune: (a) *Blanquisten*. Noch im November 1880 tadelt Blanqui in seinem „Ni Dieu ni maître“** die Theorie des Klassenkampfes und die Trennung der Interessen des Proletariats von den Interessen der Nation. (Weill, 229) (er macht keine Trennung zwischen Arbeitern und revolutionärer Bourgeoisie). (b) *Proudhonisten* (Mutualisten) „Organisierung von Tausch und Kredit“.

Der revolutionäre Instinkt der Arbeiterklasse bricht sich Bahn trotz falscher Theorien.

10. Politische Maßnahmen der Kommune:

- (1) Abschaffung des stehenden Heeres.
- (2) Abschaffung der Bürokratie a) Wählbarkeit aller Beamten;

* Contra Blanqui, der 1870 „*La Patrie en danger*“ („Das Vaterland ist in Gefahr“. *Die Red.*) gründete. (NB)

** „Weder Gott noch Herr“. *Die Red.*

- b) ihr Gehalt nicht > 6000 fr.
- (3) Trennung der Kirche vom Staat.
- (4) Einführung des unentgeltlichen Unterrichts.

Minimal- Programm

Kommune und Bauern. In 3 Monaten wäre alles anders gewesen! (S. 49/50)*.

Kommune und Internationale. Frankel, *die Polen* (Banner der Weltrepublik).

11. *Ökonomische Maßnahmen der Kommune.*

- (1) Verbot der Nachtarbeit der Bäckergesellen.
- (2) Verbot der Geldstrafen.
- (3) Registrierung der im Stich gelassenen Fabriken, ihre Übergabe an Arbeitergenossenschaften mit Entschädigung auf Grund einer Entscheidung von Schiedskommissionen. (S. 54.)

NB	Man ergriff nicht Besitz von der Bank. Der Achtstundentag wurde nicht angenommen. Weill, 142.
----	---

- (4) Einstellung des Verkaufs von Pfändern. Zahlungserlaß (für Mietbeträge).

12. Zusammenbruch. Mängel der Organisation. Defensive Haltung. Abmachung zwischen Thiers und Bismarck { Rolle Bismarcks = gedungener Mörder }. *Die Blutwoche 21.—28. Mai 1871.*

Ihre Schrecken, Deportation etc. Verleumdungen (S. 65/66).

Kinder und Frauen...

P.** 487: 20000 auf den Straßen getötet. 3000 starben in Gefängnissen etc. Kriegsgerichte: bis 1. Januar 1875 verurteilt 13 700. Personen (80 Frauen, 60 Kinder), Deportation, Gefängnis.⁵⁴

13. Lehren: Die Bourgeoisie wird *vor nichts* haltmachen. Heute Liberale, Radikale, Republikaner, morgen Verrat, Erschießungen.

* Entlarvung der „Geheimnisse“: Winkelzüge Trochus, „Zustände“ in den Klöstern (S. 54). *Es wurde noch sehr wenig getan!*

** Page — Seite. *Die Red.*

Selbständige Organisation des Proletariats — Klassenkampf — Bürgerkrieg.

In der heutigen Bewegung stehen wir alle auf den Schultern der Kommune.

Geschrieben Februar–März 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

NEUE AUFGABEN UND NEUE KRÄFTE

Die Entwicklung der proletarischen Massenbewegung in Rußland im Zusammenhang mit der Entwicklung der Sozialdemokratie ist durch drei bedeutsame Übergänge gekennzeichnet. Der erste Übergang: von engen Propagandazirkeln zur breiten ökonomischen Massenagitation; der zweite: zur politischen Agitation in großem Maßstab und zu offenen, zu Straßendemonstrationen; der dritte: zum regelrechten Bürgerkrieg, zum direkten revolutionären Kampf, zum bewaffneten Aufstand des Volkes. Jeder dieser Übergänge wurde vorbereitet einerseits durch das Wirken des sozialistischen Denkens in vorwiegend einer Richtung, anderseits durch die tiefgreifenden Veränderungen in den Lebensbedingungen und in der ganzen Denkweise der Arbeiterklasse, durch das Erwachen immer neuer Schichten der Arbeiterklasse zu bewußterem und aktiverem Kampf. Diese Veränderungen vollzogen sich bisweilen in aller Stille, das Proletariat sammelte im Hintergrund unbemerkt seine Kräfte, so daß die Intelligenzler oft an der Dauerhaftigkeit und Lebenskraft der Massenbewegung zweifelten. Dann trat ein Umschwung ein, und die ganze revolutionäre Bewegung hob sich wie mit einem Schlag auf eine neue, höhere Stufe empor. Dem Proletariat und seinem Vortrupp, der Sozialdemokratie, entstanden *praktisch* neue Aufgaben, zu deren Lösung, wie aus dem Boden gestampft, neue Kräfte erwachsen, die noch kurz vor dem Umschwung niemand vermutet hatte. Aber all dies geschah nicht mit einem Mal, nicht ohne Schwankungen, nicht ohne Kämpfe der Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, nicht ohne Rückfälle in veraltete, scheinbar längst überholte und zu Grabe getragene Anschauungen.

Auch jetzt macht die Sozialdemokratie in Rußland eine solche Periode

der Schwankungen durch. Es gab eine Zeit, als sich der Übergang zur politischen Agitation seinen Weg durch opportunistische Theorien bahnen mußte, als man fürchtete, daß die Kräfte für die neuen Aufgaben nicht ausreichen würden, als man das Zurückbleiben der Sozialdemokratie hinter den Forderungen des Proletariats dadurch rechtfertigte, daß man in einem fort das Wort „klassenmäßig“ überaus häufig wiederholte oder daß man das Verhältnis der Partei zur Klasse im Sinne der Nachtrabpolitik auslegte. Der Verlauf der Bewegung hat diese kurzsichtigen Besorgnisse und rückständigen Auffassungen sämtlich hinweggefegt. Jetzt wird der neue Aufschwung, wenn auch in etwas anderer Form, wieder vom Kampf gegen die überlebten Zirkel und Richtungen begleitet. Die Rabotschedelzen sind in Gestalt der Neuiskristen wiedererstanden. Um unsere Taktik und unsere Organisation den neuen Aufgaben anzupassen, haben wir den Widerstand der opportunistischen Theorien über „Demonstrationen von höherem Typus“ (Plan der Semstwokampagne) oder über die „Organisation als Prozeß“ zu überwinden, haben wir gegen die reaktionäre Furcht vor der „Festsetzung“ des Aufstands oder vor der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu kämpfen. Das Zurückbleiben der Sozialdemokratie hinter den dringenden Forderungen des Proletariats wird wieder dadurch gerechtfertigt, daß man in einem fort (und sehr oft unangebracht) das Wort „klassenmäßig“ wiederholt und die Aufgaben der Partei gegenüber der Klasse degradiert. Wieder wird die Losung von der „Selbsttätigkeit der Arbeiter“ mißbraucht, indem man den niedrigsten Formen der Selbsttätigkeit huldigt und die höheren Formen der wirklich sozialdemokratischen Selbsttätigkeit, der wirklich revolutionären Initiative des Proletariats selbst ignoriert.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Verlauf der Bewegung auch diesmal alle diese Überbleibsel veralteter und dem Leben nicht gerecht werdender Auffassungen hinwegfegen wird. Ein solches Hinwegfegen darf sich jedoch keineswegs auf die bloße Widerlegung der alten Fehler reduzieren, sondern muß weit mehr darin bestehen, positive revolutionäre Arbeit zu leisten, um die neuen Aufgaben praktisch durchzuführen, um die neuen Kräfte für unsere Partei zu gewinnen und ihr nutzbar zu machen, die jetzt in so großer Zahl die revolutionäre Arena betreten. Gerade diese Fragen der positiven revolutionären Arbeit müssen

den Hauptgegenstand der Verhandlungen des bevorstehenden dritten Parteitags bilden, gerade darauf müssen jetzt alle Mitglieder unserer Partei bei ihrer lokalen und bei der allgemeinen Arbeit ihr ganzes Sinnen und Trachten konzentrieren. Was für neue Aufgaben vor uns stehen — darüber haben wir in allgemeinen Zügen bereits mehr als einmal gesprochen: Ausdehnung der Agitation auf neue Schichten der armen Bevölkerung in der Stadt und im Dorf, Schaffung einer breiteren, beweglicheren und stärkeren Organisation, Vorbereitung des Aufstands und Bewaffnung des Volkes und zu diesem Zweck ein Abkommen mit der revolutionären Demokratie. Was für neue Kräfte zur Durchführung dieser Aufgaben vorhanden sind — davon sprechen beredt die Nachrichten über allgemeine Arbeitsniederlegungen in ganz Rußland, über Streiks, über die revolutionäre Stimmung der Jugend, der demokratischen Intelligenz überhaupt und selbst vieler Kreise der Bourgeoisie. Das Vorhandensein dieser gewaltigen frischen Kräfte, die feste Gewißheit, daß sogar die gegenwärtige, in Rußland bisher nie dagewesene revolutionäre Gärung erst einen geringen Teil des ganzen in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft vorhandenen gigantischen Vorrats an Zündstoff erfaßt hat — alles das bietet die volle und unbedingte Gewähr dafür, daß die neuen Aufgaben gelöst werden können und auch bestimmt gelöst werden. Die praktische Frage, vor der wir stehen, ist vor allem die, *wie* diese neuen Kräfte auszunutzen, zu lenken, zu vereinigen und zu organisieren sind, *wie* die sozialdemokratische Arbeit hauptsächlich auf die neuen, höheren, von der gegenwärtigen Lage in den Vordergrund gerückten Aufgaben zu konzentrieren ist, ohne daß dabei auch nur im geringsten die alten, bekannten Aufgaben vergessen werden, die vor uns stehen und stehen werden, solange die Welt der kapitalistischen Ausbeutung existiert.

Um einige Methoden zur Lösung dieser praktischen Frage anzudeuten, wollen wir mit einem einzelnen, unseres Erachtens aber sehr charakteristischen Beispiel beginnen. Vor kurzem, unmittelbar vor dem Beginn der Revolution, schnitt das bürgerlich-liberale „Oswoboshdenije“ (Nr. 63) die Frage der Organisationsarbeit der Sozialdemokratie an. Das „Oswoboshdenije“ hat den Kampf zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie aufmerksam verfolgt und läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, wieder einmal die Wendung der neuen „Iskra“ zum Ökonomismus auszunutzen und (aus Anlaß der demagogischen Broschüre des „Arbei-

ters“) seine tiefe, prinzipielle Sympathie für den Ökonomismus zu betonen. Das liberale Organ hat richtig bemerkt, daß sich aus dieser Broschüre (vgl. darüber Nr. 2 des „Wperjod“*) unvermeidlich die Verneinung oder Herabsetzung der Rolle der revolutionären Sozialdemokratie ergibt. Zu den vollkommen falschen Behauptungen des „Arbeiters“, daß nach dem Sieg der orthodoxen Marxisten der ökonomische Kampf ignoriert worden sei, meint das „Oswoboshdenije“:

„Die Illusion der heutigen russischen Sozialdemokratie besteht darin, daß sie Angst hat vor der Kulturarbeit, Angst vor den legalen Wegen, vor dem Ökonomismus, vor den sogenannten nichtpolitischen Formen der Arbeiterbewegung, und dabei nicht begreift, daß nur die Kulturarbeit, nur die legalen und nichtpolitischen Formen eine genügend feste und genügend breite Basis für eine solche Bewegung der Arbeiterklasse schaffen können, die die Bezeichnung einer revolutionären Bewegung verdient.“ Das „Oswoboshdenije“ rät seinen Anhängern, „die Initiative zur Schaffung einer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu ergreifen“, nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gemeinsam mit ihr, und zieht dabei eine Parallele zur deutschen Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes⁵⁵.

Es ist hier nicht der Platz, auf diese Parallele, die völlig verfehlt ist, einzugehen. Vor allem muß die Wahrheit über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den legalen Formen der Arbeiterbewegung wiederhergestellt werden. „Die Legalisierung der nichtsozialistischen und nichtpolitischen Arbeiterverbände hat in Rußland bereits begonnen“, hieß es im Jahre 1902 in „Was tun?“. „Wir können von jetzt an nicht umhin, mit dieser Strömung zu rechnen.“** In welcher Weise das geschehen soll? — wird dort gefragt und darauf hingewiesen, daß nicht bloß die Subatowschen Lehren, sondern auch alle möglichen liberalen Harmoniereden über die „Zusammenarbeit der Klassen“ entlarvt werden müssen. (Das „Oswoboshdenije“, das die Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit auffordert, bekennt sich durchaus zur ersten Aufgabe, verschweigt aber die zweite.) „Das tun“, heißt es weiter, „heißt durchaus nicht vergessen, daß die Legalisierung der Arbeiterbewegung letzten Endes eben uns, und nicht den Subatow, Nutzen bringen wird.“ Wir sondern das Unkraut vom Weizen,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 43—49. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 471. *Die Red.*

wenn wir die Subatowiade und den Liberalismus in den legalen Vereinen entlarven. „Der Weizen, das bedeutet, daß die Aufmerksamkeit noch breiterer, auch der rückständigsten Arbeiterschichten auf soziale und politische Fragen gelenkt wird, das bedeutet, daß wir Revolutionäre von solchen Funktionen befreit werden, die ihrem Wesen nach legal sind (Verbreitung von legalen Schriften, gegenseitige Hilfe usw.) und deren Entwicklung uns unvermeidlich immer mehr Agitationsmaterial liefern wird.“

Daraus ist klar ersichtlich, daß in der Frage der „Angst“ vor den legalen Formen der Bewegung einzig und allein das „Oswoboshdenije“ das Opfer einer „Illusion“ geworden ist. Die revolutionären Sozialdemokraten haben nicht nur keine Angst vor diesen Formen, sondern weisen direkt darauf hin, daß sie sowohl *Unkraut* als auch *Weizen* enthalten. Mit seinen Betrachtungen verschleiert also das „Oswoboshdenije“ nur die reale (und begründete) *Angst* der Liberalen, die revolutionäre Sozialdemokratie könnte den *Klasseninhalt des Liberalismus* entlarven.

Ganz besonders aber interessiert uns vom Gesichtspunkt der gegenwärtigen Aufgaben die Entlastung der Revolutionäre von einem Teil ihrer Funktionen. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt des Beginns der Revolution verleiht dieser Frage eine besonders aktuelle und weittragende Bedeutung. „Je energischer wir den revolutionären Kampf führen werden, um so mehr wird die Regierung gezwungen sein, einen Teil der gewerkschaftlichen Arbeit zu legalisieren, wodurch sie uns unsere Last zum Teil abnehmen wird“, hieß es in „Was tun?“.* Doch der energische revolutionäre Kampf befreit uns von einem „Teil unserer Last“ nicht nur auf diesem Wege, sondern auch auf vielen anderen. Der gegenwärtige Zeitpunkt hat nicht bloß vieles von dem „legalisiert“, was früher verboten war. Er hat die Bewegung so sehr in die Breite wachsen lassen, daß auch ohne die Legalisierung durch die Regierung vieles in die Praxis eingegangen ist, zur Gewohnheit und für die Masse erreichbar geworden ist, was früher nur für den Revolutionär als erreichbar galt und nur für ihn erreichbar war. Der ganze geschichtliche Entwicklungsweg der sozialdemokratischen Bewegung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie sich, ungeachtet aller Hindernisse, eine immer größere Handlungsfreiheit erkämpft, den Gesetzen des Zarismus und den Maßnahmen der Polizei zum Trotz. Das revolutionäre Proletariat umgibt sich gleichsam mit einer gewissen, für die Re-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 509. *Die Red.*

gierung undurchdringlichen Atmosphäre von Sympathie und Unterstützung sowohl seitens der Arbeiterklasse als auch der anderen Klassen (die sich natürlich nur einen kleinen Teil der Forderungen der Arbeiterdemokratie zu eigen machen). Am Anfang der Bewegung mußte der Sozialdemokrat eine Unmenge Arbeit leisten, die fast der kulturreformerischen Arbeit gleichkam, oder mußte sich fast ausschließlich mit ökonomischer Agitation befassen. Und nun gehen diese Funktionen Schritt für Schritt immer mehr in die Hände neuer Kräfte, breiterer Schichten über, die in die Bewegung einbezogen werden. In den Händen der revolutionären Organisationen konzentriert sich immer mehr die Funktion der wirklichen politischen Leitung, die Funktion, aus dem Protest der Arbeiter, aus der Unzufriedenheit des Volkes sozialdemokratische Schlußfolgerungen zu ziehen. Am Anfang mußten wir die Arbeiter im direkten und im übertragenen Sinne des Wortes lesen und schreiben lehren. Jetzt hat sich das Niveau der politischen Bildung so gewaltig gehoben, daß wir alle unsere Kräfte auf die unmittelbareren sozialdemokratischen Ziele der organisatorischen Lenkung des revolutionären Stroms konzentrieren können und müssen. Jetzt leisten die Liberalen und die legale Presse eine Menge jener „vorbereitenden“ Arbeit, die bisher unsere Kräfte zu sehr in Anspruch genommen hat. Jetzt hat sich die offene, von der geschwächten Regierung nicht verfolgte Propaganda der demokratischen Ideen und Forderungen so sehr ausgebreitet, daß wir uns der völlig neuen Reichweite der Bewegung anpassen müssen. Sicher gibt es bei dieser vorbereitenden Arbeit sowohl Unkraut als auch Weizen; sicher werden die Sozialdemokraten jetzt der Bekämpfung des Einflusses der bürgerlichen Demokratie auf die Arbeiter immer mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Aber gerade eine solche Arbeit wird viel mehr wirklich sozialdemokratischen Inhalt aufweisen als unsere frühere Tätigkeit, die hauptsächlich darauf gerichtet war, die politisch unaufgeklärten Massen aufzurütteln.

Je mehr sich die Volksbewegung ausbreitet, um so mehr offenbart sich die wahre Natur der verschiedenen Klassen, um so dringlicher wird die Aufgabe der Partei, die Klasse zu führen, ihr Organisator zu sein, statt hinter den Ereignissen einherzutrotten. Je mehr sich überall die revolutionäre Selbsttätigkeit aller Art entwickelt, um so augenscheinlicher wird die Hohlheit und Inhaltlosigkeit der Rabotschedelzephrasen von der Selbsttätigkeit schlechthin, die von den Neuiskristen so gern nachgeplap-

pert werden, um so mehr tritt die Bedeutung der *sozialdemokratischen* Selbsttätigkeit hervor, um so höher sind die Anforderungen, die die Ereignisse an unsere *revolutionäre Initiative* stellen. Je breiter die neuen, an Zahl ständig zunehmenden Ströme der gesellschaftlichen Bewegung werden, um so wichtiger wird eine starke sozialdemokratische Organisation, die es versteht, für diese Ströme ein neues Flußbett zu schaffen. Je mehr uns die unabhängig von uns betriebene demokratische Propaganda und Agitation in die Hände arbeitet, um so wichtiger ist die organisierte Führung seitens der Sozialdemokratie, um die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Demokratie zu schützen.

Eine revolutionäre Epoche ist für die Sozialdemokratie dasselbe, was die Kriegszeit für eine Armee ist. Die Kader unserer Armee müssen erweitert, sie müssen von der Friedens- auf Kriegsstärke gebracht werden, die Reservisten müssen eingezogen, die Urlauber zur Fahne zurückberufen werden, neue Hilfskorps, Truppenteile und rückwärtige Dienste müssen aufgestellt werden. Man darf nicht vergessen, daß es im Kriege unvermeidlich und notwendig ist, die Kontingente mit weniger gut ausgebildeten Rekruten aufzufüllen, die Offiziere auf Schritt und Tritt durch gemeine Soldaten zu ersetzen, die Beförderung von Soldaten zu Offizieren beschleunigt und vereinfacht vorzunehmen.

Ohne Gleichnisse gesprochen: Man muß den Bestand aller Parteiorganisationen und aller der Partei nahestehenden Organisationen stark erweitern, um mit dem hundertfach stärker gewordenen Strom der revolutionären Energie des Volkes auch nur einigermaßen Schritt halten zu können. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß man die ständige Ausbildung und systematische Unterweisung in den Erkenntnissen des Marxismus zurücktreten lassen soll. Gewiß nicht; man darf aber nicht vergessen, daß jetzt von viel größerer Bedeutung für die Ausbildung und Unterweisung die Kampfhandlungen selbst sind, die die Unausgebildeten eben in unserem, ganz in unserem Sinne *unterrichten*. Man darf nicht vergessen, daß unsere „doktrinäre“ Treue zum Marxismus jetzt dadurch bekräftigt wird, daß der Gang der revolutionären Ereignisse überall *der Masse Anschauungsunterricht* erteilt und daß alle diese Unterrichtsstunden gerade unser Dogma bestätigen. Wir sprechen also nicht von einem Verzicht auf das Dogma, nicht von einem Nachlassen unseres mißtrauischen und argwöhnischen Verhaltens zu den verschwommenen Intelligenzlern

und den revolutionären Hohlköpfen; ganz im Gegenteil. Wir sprechen von neuen Methoden der Unterweisung im Dogma, die ein Sozialdemokrat unter keinen Umständen vergessen darf. Wir sprechen davon, wie wichtig es jetzt ist, die anschaulichen Lehren der großen revolutionären Ereignisse auszunutzen, um nicht mehr Zirkeln, sondern den Massen unsere alten „dogmatischen“ Lehren zu vermitteln, beispielsweise die Lehre, daß es notwendig ist, in der Praxis den Terror mit dem Aufstand der Masse zu verbinden, daß man verstehen muß, hinter dem Liberalismus der gebildeten russischen Gesellschaft die Klasseninteressen unserer Bourgeoisie zu sehen (vgl. die Polemik über diese Frage mit den Sozialrevolutionären in Nr. 3 des „Wperjod“*).

Es handelt sich also nicht darum, unsere hohen sozialdemokratischen Ansprüche herabzusetzen, in unserer orthodoxen Unversöhnlichkeit nachzulassen, sondern darum, das eine wie das andere auf *neuen* Wegen und durch neue Unterrichtsmethoden zu verstärken. In Kriegszeiten müssen die Rekruten unmittelbar in den Kampfhandlungen ausgebildet werden. Macht euch daher kühner an die neuen Unterrichtsmethoden, Genossen! Stellt kühner immer neue Kampfgruppen auf, schickt sie ins Gefecht, werbt mehr Arbeiterjugend, erweitert die gewohnten Rahmen aller Parteiorganisationen, von den Komitees bis zu den Betriebsgruppen, Berufsverbänden und Studentenzirkeln! Bedenkt, daß jede von uns verschuldete Verzögerung in dieser Sache den Feinden der Sozialdemokratie nützt, denn die neuen Bäche suchen ungeduldig nach einem Weg und werden sich, wenn sie kein sozialdemokratisches Flußbett finden, in ein nichtsozialdemokratisches ergießen. Bedenkt, daß jeder praktische Schritt der revolutionären Bewegung die jungen Rekruten unvermeidlich und unausbleiblich gerade die sozialdemokratische Wissenschaft lehren wird, denn diese Wissenschaft beruht auf der objektiv richtigen Einschätzung der Kräfte und Tendenzen der verschiedenen Klassen, die Revolution aber ist nichts anderes als das Zerstören des alten Überbaus und das selbständige Auftreten verschiedener Klassen, die auf ihre Art einen neuen Überbau zu errichten trachten. Degradiert nur nicht unsere revolutionäre Wissenschaft zu einem bloßen Buchstabendogma, banalisiert sie nicht durch jämmerliche Phrasen über Taktik als Prozeß und Organisation als Prozeß, Phrasen, mit denen man Zerfahrenheit, Unentschlossenheit und Mangel an

* Siehe den vorliegenden Band, S. 70–77. Die Red.

Initiative rechtfertigt. Gebt den verschiedenartigsten Unternehmungen der verschiedensten Gruppen und Zirkel mehr Spielraum und seid gewiß, daß sie, ganz abgesehen von unseren Ratschlägen und unabhängig von diesen Ratschlägen, durch die unerbittlichen Anforderungen des Verlaufs der revolutionären Ereignisse mit Sicherheit auf den richtigen Weg gelenkt werden. Es ist eine alte Wahrheit, daß man in der Politik oft vom Feinde lernen muß. In revolutionären Zeiten aber zwingt uns der Feind immer besonders eindringlich und rasch die richtigen Schlußfolgerungen auf.

Ziehen wir also die Schlußfolgerungen: Berücksichtigt werden müssen die hundertfach stärker gewordene Bewegung, das neue Tempo der Arbeit, die freiere Atmosphäre und das breitere Tätigkeitsfeld. Notwendig ist ein ganz anderer Schwung in der gesamten Arbeit. Notwendig ist es, den Schwerpunkt der Ausbildungsmethoden von friedlichen Unterrichtsstunden auf Kampfhandlungen zu verlagern. Notwendig ist es, kühner, schneller und in breiterem Umfang junge Kämpfer *für alle, auch für die letzten* unserer Organisationen zu werben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ohne eine Minute zu verlieren, *Hunderte* neuer Organisationen zu gründen. Jawohl, *Hunderte*, das ist keine Übertreibung, und erwidert mir nicht, es sei jetzt „zu spät“, sich mit einer solch umfangreichen Organisationsarbeit zu befassen. Nein, es ist niemals zu spät, sich zu organisieren. Die Freiheit, die wir gesetzlich erringen, und die Freiheit, deren wir uns ohne Gesetz bemächtigen, müssen wir dazu ausnutzen, die verschiedenen Parteiorganisationen zu vervielfachen und alle, bis zur letzten, zu stärken. Wie die Revolution auch verlaufen und wie sie auch ausgehen mag, wie früh sie durch diese oder jene Umstände auch zum Stehen gebracht werden mag — alle ihre realen Errungenschaften werden lediglich in dem Maße, in dem das Proletariat organisiert ist, dauerhaft und gesichert sein.

Die Losung: Organisiert euch!, die die Anhänger der Mehrheit auf dem zweiten Parteitag in präziser Formulierung ausgeben wollten, muß jetzt sofort verwirklicht werden. Wenn wir es nicht verstehen, kühn und mit Initiative neue Organisationen zu schaffen, dann müssen wir die inhaltlosen Ansprüche auf die Rolle der Avantgarde aufgeben. Wenn wir hilflos bei den bereits erreichten Grenzen, Formen und Rahmen der Komitees, Gruppen, Versammlungen und Zirkel stehenbleiben, beweisen wir

damit unser Unvermögen. Tausende von Zirkeln entstehen jetzt überall, ohne unser Zutun, ohne irgendein bestimmtes Programm oder Ziel, einfach unter dem Einfluß der Ereignisse. Die Sozialdemokraten müssen es sich zur Aufgabe machen, unmittelbare Beziehungen zu einer möglichst großen Zahl solcher Zirkel herzustellen und zu festigen, müssen ihnen helfen, müssen sie durch ihr Wissen und ihre Erfahrungen aufklären, durch ihre revolutionäre Initiative beleben. Mögen alle solche Zirkel, außer den bewußt nichtsozialdemokratischen, entweder direkt in die Partei eintreten oder sich *der Partei anschließen*. Im zweiten Fall darf man weder die Annahme unseres Programms noch bindende organisatorische Beziehungen zu uns verlangen; es genügt der bloße Protest, die bloße Sympathie mit der Sache der internationalen revolutionären Sozialdemokratie — dann werden solche *sich anschließenden* Zirkel, wenn die Sozialdemokraten energisch auf sie einwirken, unter dem Druck der Ereignisse zunächst zu demokratischen Helfern und dann zu überzeugten Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Menschen sind in Massen da, und es fehlt an Menschen — auf diese widerspruchsvolle Formel ließen sich seit jeher die Widersprüche des Organisationslebens und der organisatorischen Anforderungen der Sozialdemokratie bringen. Und dieser Widerspruch tritt jetzt besonders nachdrücklich hervor: Von allen Seiten hört man leidenschaftliche Rufe nach neuen Kräften und Klagen über den Mangel an Menschen in den Organisationen, während gleichzeitig überall unzählige Menschen ihre Hilfe anbieten, während immer wieder junge Kräfte heranwachsen, besonders in der Arbeiterklasse. Der Organisationspraktiker, der unter solchen Verhältnissen über Mangel an Menschen klagt, täuscht sich ebenso wie Madame Roland, die 1793, in einer Zeit, als die große französische Revolution den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht hatte, die Worte schrieb: Frankreich hat keine Männer, es sind alles nur Pygmäen. Wer so spricht, der sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, der gibt zu, daß ihn die Ereignisse blind gemacht haben, daß nicht er, der Revolutionär, in seinem Bewußtsein und seiner Tätigkeit die Ereignisse beherrscht, sondern daß sie ihn beherrschen, ihn überwältigt haben. Ein solcher Organisator sollte lieber in den *Ruhestand* treten und jungen Kräften Platz machen, bei denen Energie die altgewohnte, angelernte Routine vollauf ersetzt.

Menschen gibt es, noch nie hat das revolutionäre Rußland eine solche

Unmenge Menschen gehabt wie jetzt. Noch nie hat es für eine revolutionäre Klasse so ungewöhnlich günstige Bedingungen gegeben — in bezug auf zeitweilige Verbündete, bewußte Freunde, unfreiwillige Helfer — wie heute für das russische Proletariat. Menschen sind in Massen da, man muß bloß die der Nachtrabideologie entsprungenen Gedanken und Belehrungen über Bord werfen, man muß nur der Initiative, den „Plänen“ und „Unternehmungen“ Spielraum lassen; dann werden wir uns auch als würdige Vertreter der großen revolutionären Klasse erweisen, dann wird das Proletariat Rußlands die *ganze große russische Revolution* ebenso heldenhaft durchführen, wie es sie begonnen hat.

„*Wperjod*“ Nr. 9, 8. März
(23. Februar) 1905.

Nach dem Manuskript.

OSWOBOSH DENZEN UND NEUISKRISTEN, MONARCHISTEN UND GIRONDISTEN

Nr. 66 des „Oswoboshdenije“ bringt eine Besprechung der (von der „Iskra“-Redaktion gebilligten und empfohlenen, siehe „Iskra“ Nr. 84) Broschüre Martynows „Zwei Diktaturen“. Wie zu erwarten war, macht der liberale Bourgeois aus seinen Sympathien für den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratie kein Hehl. Für das „Oswoboshdenije“ ist die Broschüre Martynows *„neben der Arbeit des Herrn Akimow eines der interessantesten Erzeugnisse der gesamten neueren sozialdemokratischen Literatur“*. Konnte sich ein Liberaler anders zur Propaganda der Nachtrabpolitik verhalten, die die revolutionäre Klasse schrecken will mit der fatalen Perspektive einer Beteiligung an der provisorischen Regierung und der „revolutionären Diktatur“ bei einem *demokratischen* Umsturz (aus Angst vor dem „Jakobinertum“ verwechselt Martynow den demokratischen Umsturz mit der sozialistischen Revolution!)? Ist es ein Zufall, daß das „Oswoboshdenije“ in dem Artikel „Eine bedeutsame Wendung“ den Gedanken Plechanows, den Revisionisten Zugeständnisse zu machen, begrüßt? Womit ist die Behauptung des „Oswoboshdenije“ (Nr. 57), daß *„sachlich die Menschewisten jetzt etwas Lebensfähigeres und Wirk-sameres vertreten als die Bolschewisten“*, zu erklären? Nicht vielleicht damit, daß *„die einzige Hoffnung auf die ideologische Lebensfähigkeit des russischen Liberalismus in der Lebensfähigkeit des sozialdemokratischen Opportunismus besteht“* (siehe unsere Broschüre „Der dienst-eifrige Liberale“*)? Hatte Herr Struve recht oder unrecht, als er behauptete, daß die Broschüre Trotzki's „Unsere politischen Aufgaben“, die *unter der Redaktion der „Iskra“* (siehe Nr. 72) erschien, *„mit vollem*

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 492–495. Die Red.

Recht verschiedene Ideen in Schutz nimmt, die allen an der sozialdemokratischen Literatur Interessierten bereits aus den Schriften der Herren Akimow, Martynow und Kritschewski und anderer sogenannter Ökonomen bekannt sind“ (Nr. 57 des „Oswoboshdenije“)? Hätten Martynow und Co. über diese Fragen nachgedacht, so würden sie vielleicht den schwierigen (den ach so schwierigen!) altiskristischen Gedanken von der Ähnlichkeit der Beziehungen zwischen Jakobinern und Girondisten einerseits und zwischen revolutionären Sozialdemokraten und Opportunisten andererseits begriffen haben. (Dieser Gedanke wurde, wenn wir nicht irren, zum erstenmal in dem von Plechanow verfaßten Leitartikel der „Iskra“ Nr. 2 ausgesprochen.) Waren die Girondisten Verräter an der Sache der großen französischen Revolution? Nein. Aber sie waren inkonsequente, unentschlossene, opportunistische Verfechter dieser Sache. Deshalb wurden sie von den Jakobinern bekämpft, die ebenso konsequent die Interessen der fortgeschrittenen Klasse des 18. Jahrhunderts verfochten, wie die revolutionären Sozialdemokraten die Interessen der fortgeschrittenen Klasse des 20. Jahrhunderts konsequent verfechten. Deshalb wurden die Girondisten von den direkten Verrätern der großen Revolution, den Monarchisten, den konstitutionellen Pfaffen usw. unterstützt und gegen die Angriffe der Jakobiner in Schutz genommen. Beginnt Ihnen jetzt ein Licht aufzugehen, verehrtester Girondist Martynow? Noch nicht? Wir wollen es Ihnen weiter erläutern. Sind die Neuiskristen Verräter an der Sache des Proletariats? Nein. Aber sie sind inkonsequente, unentschlossene, opportunistische Verfechter dieser Sache (und der Prinzipien der Organisation und Taktik, die diese Sache widerspiegeln). Deshalb wird ihre Position von den revolutionären Sozialdemokraten bekämpft (von den einen direkt und offen, von den anderen insgeheim, hinter den verschlossenen Türen der Redaktionszimmer, mit Kniffen und Winkelzügen). Deshalb werden die Neuiskristen von den *direkten Verrätern* an der Sache des Proletariats, den Oswoboshdenzen, ideologisch unterstützt und in Schutz genommen. Beginnt Ihnen jetzt ein Licht aufzugehen, verehrtester Girondist Martynow?

„Wperjod“ Nr. 9, 8. März
(23. Februar) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ENDLOSE AUSFLUCHTE

Die „Iskra“ und der sogenannte Rat der Partei setzen ihre Taktik der Verschleppung, der Ausflüchte und des Ausweichens vor dem Parteitag fort. Plechanow versucht einen formalen Standpunkt einzunehmen und wiederholt mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, der Parteitag werde vom Rat einberufen und darum sei jeder nicht vom Rat einberufene Parteitag rechtswidrig. Diese Betrachtungsweise ist derart einseitig und naiv-eigensüchtig, daß man am liebsten „dem Hasen ein Stück Bärenohr geben“ möchte, nämlich Plechanow ein Ehrenzeichen verleihen möchte für strikte Befolgung des Parteistatuts und der Parteigesetze! Wir möchten höchst ehrerbietig den hochgeehrten Anhänger der dialektischen, d. h. der allseitigen Betrachtungsweise fragen: Ist der Rat für die Partei da oder die Partei für den Rat? Ist der Rat der Partei rechenschaftspflichtig, unterliegt er ihrer Kontrolle, oder ist die Partei dem Rat rechenschaftspflichtig? Wird nicht die Disziplin gegenüber dem niederen Kollegium durch die Disziplin gegenüber dem höheren Kollegium außer Kraft gesetzt?? erinnert sich unser konsequenter Hüter der Gesetzlichkeit nicht seiner diesbezüglichen Ausführungen auf dem zweiten Parteitag?

Unserem Statut nach ist der Rat der Partei verpflichtet, den Parteitag einzuberufen, wenn die Hälfte der Stimmen dafür ist. Was soll die Partei tun, wenn der Rat sich seiner Pflicht entzieht? Das Statut der deutschen Sozialdemokratischen Partei gibt auf diese Frage eine deutliche Antwort: In diesem Fall beruft nicht der Parteivorstand, sondern eine besondere, vom Parteivorstand nicht abhängige Kontrollkommission den Parteitag ein. In unserem Statut wird auf diese Frage keine Antwort

gegeben. Soll das bedeuten, fragen wir unsere Freunde von der neuen „Iskra“, daß diese Frage unlösbar ist? Soll das bedeuten, daß die Partei sich auflöst und durch den Rat ersetzt wird, wenn der Rat sich seiner Parteipflichten entzieht? Die Partei ist für den Rat da, nicht wahr?

Wir erkühnen uns, der Meinung zu sein, daß es *nicht* so ist, daß vielmehr die Partei *verpflichtet* ist, selber die Einhaltung des Statuts durch die verantwortlichen Funktionäre zu überwachen, und daß „überwachen“ nicht nur mit Worten tadeln, sondern durch die Tat korrigieren heißt. Wer es nicht versteht, von seinen Beauftragten die Erfüllung ihrer Pflichten den Auftraggebern gegenüber zu fordern und *durchzusetzen*, der verdient nicht die Bezeichnung eines politisch freien Bürgers. Wer es nicht versteht, von seinen Beauftragten die Erfüllung ihrer Parteipflichten ihren Auftraggebern gegenüber zu fordern und *durchzusetzen*, verdient nicht den Namen Parteimitglied. Der Rat ist der Beauftragte der Komitees. Die Komitees sind *verpflichtet*, von diesem Beauftragten die Erfüllung seiner Pflicht gegenüber seinen Auftraggebern durchzusetzen. Die Komitees können das *nur* tun, indem sie ihr Büro zur Einberufung des Parteitags wählen. Das haben die Komitees auch getan. Sie waren *verpflichtet*, es zu tun, wenn sie sich ihrer elementarsten Parteipflichten bewußt sein wollten.

Möchte der verehrte Genosse Plechanow nicht versuchen, die Richtigkeit dieser Behauptung zu widerlegen? Möchte er nicht versuchen, uns eine *beliebige* sozialdemokratische Partei in der Welt zu nennen, deren Mitglieder es ablehnen würden, dasselbe zu tun wie unsere Komitees, wenn die betreffende Parteikörperschaft der Einberufung des Parteitags ausweicht? Wir fordern Genossen Plechanow auf: Versuchen Sie es!

Gehen wir jetzt zu der zweiten, der *eigentlichen* Frage über: Hat sich unser Rat wirklich der Erfüllung seiner Parteipflicht, den Parteitag einzuberufen, entzogen? Diese Frage ist nicht nur eine formale, denn außer der sich aus dem Statut ergebenden Pflicht gibt es noch die Pflicht...*

*Geschrieben Ende Februar
– Anfang März 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1930
im Lenin-Sammelband XV.*

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

WEN WOLLEN SIE BETRÜGEN?

In Nr. 89 der „Iskra“, die wir soeben erhalten haben, finden wir einen Beschluß des „Rats der Partei“ vom 8. März 1905. Wie zu erwarten war, speit der „Rat“ im Ausland Gift und Galle gegen den von den russischen Parteikomitees einberufenen Parteitag und erklärt, daß „seine Teilnehmer sich durch ihre Handlungsweise selber außerhalb der Partei stellen“. Die Wut des Auslandszirkels, von dem sich die in Rußland arbeitende Partei faktisch schon lange losgelöst hat und sich jetzt auch formell löst, ist uns durchaus verständlich. Es ist auch verständlich, daß es nur dem Einfluß von Wut und Verzweiflung zuzuschreiben ist, wenn jemand so schlecht überlegt und so ungeschickt „von der Wahrheit abweicht“, wie es der Parteirat tut. „Nach dem Statut“, sagt man uns, „kann der Parteitag nur durch den Rat der Partei einberufen werden.“ Ja, ausgenommen den Fall, daß der Rat das Statut mißachtet und sich durch Betrug der zu seinen Pflichten gehörenden Einberufung des Parteitags entzieht. Eben dieser „Fall“ ist von der Partei dem Rat längst nachgewiesen worden (siehe Orlovski, „Der Rat gegen die Partei“, wo unter anderem gezeigt wird, daß nach der Arithmetik des „Rats“ $16 \times 4 = 61$ ist!). Bis zum 1. Januar 1905, heißt es weiter, habe es nach dem einstimmigen Beschluß des Rats (einschließlich Lenins) außer den Zentralstellen 33 rechtsfähige Organisationen gegeben. Das ist nicht wahr. Der Partei ist aus derselben Broschüre längst bekannt, daß es bis zum 1. Januar 1905 nur 29 rechtsfähige Organisationen gegeben hat. Das Komitee des Kubangebiets und das Kasaner Komitee, die von der „Iskra“ genannt werden, sind niemals vom Rat bestätigt worden, und das Komitee von Polesje und das des Nordwestens wurden erst am 1. April 1905 bestätigt. Es verbleiben 29 Orga-

nisationen (die Komitees von St. Petersburg, Moskau, Twer, des Nordens, von Tula, Nishni-Nowgorod, Saratow, Ural-Ufa, Sibirien, vom Dongebiet, von Charkow, Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw, Riga, Orjol-Brjansk, Smolensk, Samara, Woronesh, der Kaukasische Bund = vier Komitees, Kursk, Astrachan, Nikolajew, Krim, das Komitee des Berg- und Hüttenreviers und die Liga). Das „Büro der Komitees der Mehrheit“ berufe sich auf die Vollmachten von zehn Organisationen, sagt der Rat weiter. Das ist gelogen. Das Büro ist, wie alle Welt weiß, noch vor dem 1. Januar 1905 auf drei Konferenzen von dreizehn Komitees (sechs nördlichen, drei südlichen, vier kaukasischen) gewählt worden. Nachdem das Büro die Einberufung des Parteitags bekanntgegeben hatte, schlossen sich dem Büro die Komitees von Woronesh und Tula an, so daß sich bis zum 1. Januar 1905 von den 28 vollberechtigten russischen Organisationen 15 gegen den Willen der bonapartistischen Zentralstellen für den Parteitag erklärten. Noch nicht mitgerechnet sind hier jene vollberechtigten Organisationen (die Komitees von Saratow, Sibirien u. a.), die sich überhaupt schon vor langer Zeit für einen Parteitag ausgesprochen hatten (siehe die Broschüre von Schachow „Der Kampf um den Parteitag“). Wie lächerlich und plump die Versuche des Rats sind, das nichtunterrichtete Publikum zu betrügen, das die Dinge nicht aus Dokumenten, sondern aus dem Geschwätz der Ausländer kennenlernt, ist besonders aus folgenden zwei Beispielen zu ersehen. In der äußerst interessanten Broschüre „Bericht über die Versammlung in Genf am 2. September 1904“, herausgegeben von der Minderheit, gibt Dan zu, daß die meisten Parteikomitees alle kameradschaftlichen Beziehungen zur „Iskra“ abgebrochen haben; und Plechanow, der der Mehrheit ausgesprochen feindlich gegenübersteht, sieht sich zu der Erklärung gezwungen, daß die Kräfte der sich befehrenden Lager ungefähr gleich seien!! (Wohl gemerkt, so äußert sich ein Ausländer.) In Lenins „Erklärung“*, die nicht nur von der Minderheit nicht widerlegt, sondern im Gegenteil durch das direkte Eingeständnis Popows bestätigt worden ist, gibt kein anderer als ein Agent des Zentralkomitees zu, daß die Minderheit nur vier russische Komitees hinter sich hat und daß auf einem richtigen Parteitag zweifellos die Absetzung der Redaktion und des Rats beschlossen werden würde. Also nochmals: Wen wollt ihr betrügen, hochverehrte Helden der Kooperation? Ihr fürchtet den einzigen wirklich der Partei würdigen Ausweg —

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 544/545. *Die Red.*

den Parteitag — wie das Feuer und beteuert gleichzeitig, daß eure Gegner einen verschwindenden Teil der Organisationen, im ganzen etwa ein Viertel, hinter sich haben! In eurer Wut bemerkt ihr nicht, wie ihr euch selber schlägt. Nikolaus II. hat wohl darum solche Angst vor einer konstituierenden Versammlung, weil die Gegner des Zarismus einen verschwindenden Teil des Volkes ausmachen?

*„Wperjod“ Nr. 10,
15. (2.) März 1905.*

Nach dem Text des „Wperjod“.

PROLETARIAT UND BÜRGERLICHE DEMOKRATIE

Wir haben bereits auf die unverzeihliche Kurzsichtigkeit der Neuskristen hingewiesen, die der Meinung sind, der gemäßigte russische Liberalismus sei tödlich getroffen* und das Proletariat sei von unserer Demokratie als Vortrupp anerkannt. Im Gegenteil: Gerade jetzt spannt die bürgerliche Demokratie besonders ihre Kräfte an, um die Arbeiterbewegung in ihre Gewalt zu bekommen, gerade jetzt ist darum das Rabotschedelzentrum, das von den Neuskristen zu neuem Leben erweckt wird, besonders schädlich. Hier ein interessantes Flugblatt, das in Rußland verbreitet wird und wertvolles Material zu dieser Frage enthält:

„In letzter Zeit kann man beobachten, daß die Bourgeoisie bestrebt ist, sich zu organisieren; eine noch bezeichnendere Tatsache aber ist es, daß sich die bürgerliche Demokratie an den Arbeiter wendet. Die Demokraten wollen als Führer des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats auftreten. ‚Wir sind‘, sagen sie, ‚unserer Überzeugung nach eigentlich Sozialdemokraten; die Sozialdemokratie aber hat über ihren Parteizwistigkeiten die Bedeutung der gegenwärtigen Situation nicht begriffen und sich als unfähig erwiesen, die Arbeiterbewegung zu führen, darum wollen wir es tun.‘ Aus den weiteren Reden dieser neu aufgetauchten ‚innerlichen Sozialdemokraten‘ ist ersichtlich, daß sie, ohne ein eigenes Programm aufzustellen, die Absicht haben, nur Erläuterungen zu geben und die ihnen von den Arbeitern gestellten Anfragen zu beantworten. Die Literatur müsse demselben Bedürfnis gerecht werden und dürfe auf keinen Fall Parteicharakter tragen. So bedienen sich also diese ‚reinen Sozialdemokraten‘, die mit der Taktik und dem gegenwärtigen Verhalten des

* Siehe den vorliegenden Band, S. 158. *Die Red.*

Komitees nicht einverstanden sind, der von der Geschichte längst abgelehnten Methoden des ‚auf die Massen Lauschens‘, der Methoden des Ökonomismus seligen Angedenkens. Diese Herren, die sich für Sozialdemokraten, für echte Vertreter der Bestrebungen der Arbeiterklasse halten, diese Herren begreifen nicht oder wollen nicht begreifen, daß die Arbeiterbewegung nur dann wesentliche Ergebnisse erzielt, wenn an ihrer Spitze eine einheitliche Arbeiterpartei steht, wenn das Proletariat sich seiner besonderen Klassenstellung bewußt ist und erkennt, daß seine wirkliche Befreiung nur das Werk seiner eigenen Hände, nicht der Hände der bürgerlichen Demokratie sein kann, die die Aktionen der Arbeiterpartei diskreditiert. Diese ‚eigentlich auch‘ Sozialdemokraten, angebliche Marxisten, müßten verstehen, daß sie die Arbeitermasse demoralisieren, wenn sie ihr einzureden suchen, daß irgendwelche ‚Demokraten‘ (nicht Sozialdemokraten), die ausschließlich aus bürgerlichen Intellektuellen bestehen, den Arbeitern den Weg zur Freiheit und zum Sozialismus zeigen sollen.

Letzteres scheinen sie bei ihrer Politikasterei, die sie nur den heutigen Tag sehen läßt, überhaupt vergessen zu haben. Nach und nach tragen sie Elemente des Opportunismus in die Arbeiterbewegung hinein. Die Arbeiter hören auf, nach einer eigenen Partei zu streben, und verlassen sich auf die Intellektuellen. Warum dulden aber die neuen Freunde der Arbeiterklasse solche Erscheinungen, ja fördern sie sogar? Eine offene Antwort geben diese ‚Demokraten‘ selber: ‚Früher hat unsere Gruppe nur unter der Intelligenz gearbeitet‘, sagen sie, ‚aber die letzten Ereignisse haben uns gezwungen, uns auch an die Arbeiter zu wenden.‘

Die Herren demokratischen Rahmabschöpfer, die sich Sozialdemokraten ‚im Prinzip‘ nennen, wandten ihre wohlgeneigte Aufmerksamkeit der proletarischen Bewegung erst zu, nachdem die Massen auf die Straße gegangen waren, nachdem sich die Straßen vom Blut Tausender Arbeiter rot gefärbt hatten. Und sie, die sich als wahre Freunde der Arbeiterklasse ausgeben, ignorieren jetzt mit heuchlerischer Miene die Arbeit von Jahrzehnten, die die revolutionäre Stimmung im russischen Proletariat vorbereitet und gelenkt hat, die um den Preis zahlloser Opfer die einheitliche Sozialdemokratische Arbeiterpartei geschaffen hat. Wahrscheinlich haben diese Sozialdemokraten im ‚style moderne‘ der ganzen marxistischen Theorie nur eins entnommen (und auch das erst vor kurzem), nämlich daß einzig und allein die Kraft des organisierten Proletariats imstande

ist, die autokratische Willkür zu stürzen und die politische Freiheit zu erkämpfen, die hauptsächlich von der Bourgeoisie ausgenutzt werden wird. Diese neuen Freunde des Proletariats setzen sich der Arbeiterbewegung auf den Nacken, treiben sie mit der Reitpeitsche der unmittelbaren Resultate an und rufen: ‚Vorwärts, unserer Freiheit entgegen!‘ Wie richtig sagt doch die russische Redensart: ‚Gott schütze uns vor unseren Freunden, vor unseren Feinden werden wir uns selber schützen.‘“

„*Wperjod*“ Nr. 10,
15. (2.) März 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

PROLETARIAT UND BAUERNSCHAFT

Die Bauernaufstände beginnen. Aus verschiedenen Gouvernements wird berichtet, daß Bauern Herrngüter überfallen und Getreide und Vieh der Gutsbesitzer konfiszieren. Das Zarenheer, von den Japanern in der Mandchurei aufs Haupt geschlagen, kühlt sein Mütchen am wehrlosen Volk, indem es Expeditionen gegen den inneren Feind, gegen die Dorfarmut, unternimmt. Die städtische Arbeiterbewegung gewinnt in der revolutionären Bauernschaft einen neuen Verbündeten. Das Verhältnis der bewußten Avantgarde des Proletariats, der Sozialdemokratie, zur Bauernbewegung wird zu einer Frage von unmittelbarer praktischer Bedeutung und muß in allen unseren Parteiorganisationen, bei jedem Auftreten der Propagandisten und Agitatoren vorrangig auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Sozialdemokratie hat bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bauernbewegung sie vor eine doppelte Aufgabe stellt. Wir müssen diese Bewegung unbedingt unterstützen und vorwärtstreiben, soweit sie eine revolutionär-demokratische Bewegung ist. Gleichzeitig müssen wir unbeugsam auf unserem proletarischen Klassenstandpunkt beharren und das ländliche Proletariat, ähnlich dem städtischen und mit diesem zusammen, in einer selbständigen Klassenpartei organisieren, müssen ihm den feindlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der bäuerlichen Bourgeoisie klarmachen, müssen es zum Kampf für die sozialistische Revolution aufrufen und ihm verständlich machen, daß Unterdrückung und Elend nicht durch die Umwandlung einiger Schichten der Bauernschaft in kleine Bourgeois beseitigt werden, sondern vielmehr dadurch, daß die ganze bürgerliche Ordnung durch die sozialistische Ordnung ersetzt wird.

Diese doppelte Aufgabe der Sozialdemokratie wurde mehr als einmal in der alten „Iskra“ betont, angefangen von Nr. 3*, d. h. noch vor der ersten Bauernbewegung von 1902; sie fand ihren Ausdruck in unserem Parteiprogramm; sie wurde in unserer Zeitung (Nr. 3**) wiederholt. Heute, da es besonders wichtig ist, diese Aufgabe von ihrer praktischen Seite her klarzustellen, ist es interessant, die Bemerkungen Karl Kautskys anzuführen, der in der deutschen sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Neue Zeit“ einen Artikel „Die Bauern und die Revolution in Rußland“ veröffentlicht hat. Als Sozialdemokrat hält Kautsky sich unverbrüchlich an den durchaus wahren Satz, daß unsere Revolution *gegenwärtig* nicht vor der Aufgabe steht, die sozialistische Umwälzung zu vollziehen, sondern vor der Aufgabe, die politischen Hindernisse wegzuräumen, die der Entwicklung der bestehenden, d. h. kapitalistischen Produktionsweise im Wege stehen. Kautsky fährt fort: „In dem Verhältnis zwischen Bauer und Großgrundbesitzer dürfte die revolutionäre städtische Bewegung neutral bleiben. Sie hat keine Ursache, sich zwischen die Bauern und den Grundbesitzer zu stellen, die Schutztruppe für diesen gegen jene zu bilden; ihre Sympathien sind vollständig auf Seite des Bauern. Aber sie hat auch nicht die Aufgabe, die Bauern gegen die Gutsherren zu hetzen, die heute in Rußland eine ganz andere Rolle spielen, als etwa der Feudaladel des ancien régime in Frankreich. Übrigens würden die städtischen Revolutionäre, selbst wenn sie wollten, auf das Verhältnis zwischen Grundbesitz und Bauern sehr wenig Einfluß haben. Das machen die untereinander aus.“ Um diese Bemerkungen Kautskys richtig zu verstehen, die, aus dem Zusammenhang gerissen, nicht wenig Mißverständnisse hervorrufen könnten, muß man auch folgende Bemerkung Kautskys am Schluß des Artikels unbedingt beachten. „Übrigens dürfte es eine siegreiche Revolution“, sagt er dort, „auch keine übermäßige Überwindung kosten, die großen Latifundien der schlimmsten Gegner der Revolution ebenfalls für die Verbesserung der proletarischen und bäuerlichen Verhältnisse anzuwenden.“

Der Leser, der diese Feststellungen Kautskys aufmerksam miteinander vergleicht, wird in ihnen leicht gerade jene sozialdemokratische Fragestellung erkennen, die wir soeben umrissen haben. Einzelne Ungenauigkeiten und Unklarheiten in der Ausdrucksweise Kautskys dürften sich

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 422–430. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 70–77. *Die Red.*

durch die Flüchtigkeit seiner Bemerkungen und die mangelhafte Kenntnis des Agrarprogramms der russischen Sozialdemokratie erklären lassen. Der springende Punkt ist, daß das Verhältnis des revolutionären Proletariats zum Streit zwischen Bauern und Gutsbesitzern nicht in allen Fällen und unter allen Bedingungen der wechselnden Situationen der russischen Revolution dasselbe sein kann. Unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Situationen, muß dieses Verhältnis nicht nur das der Sympathie, sondern der direkten Unterstützung sein, und nicht nur der Unterstützung, sondern auch der „Aufhetzung“. Unter anderen Bedingungen kann und muß dieses Verhältnis neutral sein. Kautsky hat, nach seinen oben zitierten Bemerkungen zu urteilen, diese Doppelseitigkeit unserer Aufgabe richtig erfaßt — zum Unterschied nicht nur von unseren „Sozialrevolutionären“, die bis an die Ohren in den vulgären Illusionen der revolutionären Demokratie stecken, sondern auch von vielen Sozialdemokraten, die, wie Rjasanow oder X.⁵⁶, nach einer „einfachen“, für alle Kombinationen gleichen Lösung der Aufgabe suchten. Der Grundfehler solcher Sozialdemokraten (und aller Sozialrevolutionäre) besteht darin, daß sie nicht konsequent auf dem Klassenstandpunkt stehen und, indem sie eine für alle Kombinationen gleiche Lösung der Aufgabe suchen, die zwiespältige Natur der wohlhabenden und mittleren Bauernschaft vergessen. Sie operieren im Grunde nur mit zwei Klassen: entweder Gutsbesitzer und „Bauern- und Arbeiterklasse“ oder Eigentümer und Proletarier. In Wirklichkeit haben wir jedoch drei Klassen vor uns, die sich durch ihre nächsten und ihre Endziele voneinander unterscheiden: die Gutsbesitzer, die wohlhabende und zum Teil die mittlere Bauernschaft und schließlich das Proletariat. In Wirklichkeit kann die Aufgabe des Proletariats bei einer solchen Lage der Dinge keine andere als eine doppelte sein, und die ganze Schwierigkeit des sozialdemokratischen Agrarprogramms und der Agrartaktik in Rußland besteht darin, möglichst klar und genau zu bestimmen, unter welchen Bedingungen das Proletariat Neutralität üben und unter welchen es Unterstützung und „Aufhetzung“ anwenden muß.

Es kann nur eine Lösung dieser Aufgabe geben: Zusammen mit der bäuerlichen Bourgeoisie gegen alle Überreste der Leibeigenschaft und gegen die Fronherren; zusammen mit dem städtischen Proletariat gegen die bäuerliche und jede andere Bourgeoisie — das ist die „Linie“ des Landproletariats und seines Ideologen, des Sozialdemokraten. Mit anderen

Worten: Die Bauernschaft unterstützen und anspornen bis zur Wegnahme jedes beliebigen „geheiligten“ herrschaftlichen „Eigentums“, *insofern* diese Bauernschaft revolutionär-demokratisch auftritt; sich der Bauernschaft gegenüber mißtrauisch verhalten, sich von ihr gesondert organisieren, zum Kampf gegen sie bereit sein, *insofern* diese Bauernschaft reaktionär oder antiproletarisch auftritt. Noch anders ausgedrückt: Unterstützung des Bauern, wenn sein Kampf gegen den Gutsbesitzer der Entwicklung und Festigung der Demokratie nützt; Neutralität gegenüber dem Bauern, wenn sein Kampf gegen den Gutsbesitzer lediglich eine für das Proletariat und für die Demokratie gleichgültige Auseinandersetzung zwischen zwei Fraktionen der bodenbesitzenden Klasse ist.

Selbstverständlich wird eine solche Antwort die Leute nicht befriedigen, die an die Bauernfrage ohne wohlgedachte theoretische Konzeptionen herangehen, die auf eine populäre und effektvolle „revolutionäre“ (in Worten revolutionäre) Losung erpicht sind, die nicht begreifen, welche große und ernste Gefahr revolutionäres Abenteuerium gerade auf dem Gebiet der Bauernfrage bedeutet. Gegenüber solchen Leuten — in unserer Mitte gibt es ihrer gegenwärtig schon recht viele, zu ihnen gehören die Sozialrevolutionäre, und die Entwicklung der Revolution zusammen mit der Bauernbewegung garantiert das Anwachsen ihrer Reihen —, gegenüber solchen Leuten müssen die Sozialdemokraten unbeirrt den Standpunkt des Klassenkampfes gegen jede Art revolutionärer Verschwoommenheit vertreten, müssen der revolutionären Phrase das nüchterne Abwägen der verschiedenartigen Elemente der Bauernschaft gegenüberstellen. Praktisch und konkret gesprochen, wird man mit folgender Feststellung der Wahrheit am nächsten kommen: Alle Gegner der Sozialdemokratie in der Agrarfrage lassen die Tatsache außer acht, daß wir im eigentlichen europäischen Rußland eine ganze Schicht (1½–2 Millionen Höfe von insgesamt rund 10 Millionen Höfen) wohlhabender Bauern haben. In den Händen dieser Schicht befindet sich nicht weniger als die Hälfte aller Produktionswerkzeuge und allen Eigentums, über das die Bauernschaft verfügt. Diese Schicht kann nicht existieren, ohne Knechte und Tagelöhner zu beschäftigen. Diese Schicht steht den Überresten der Leibeigenschaftsordnung, den Gutsbesitzern, der Beamtschaft unstreitig feindlich gegenüber, sie ist fähig, demokratisch zu werden, noch unstreitiger aber ist ihre Feindschaft gegenüber dem ländlichen Proletariat. Jeder Versuch, im

Agrarprogramm und in der Taktik diese Klassenfeindschaft zu vertuschen, zu umgehen, ist ein bewußtes oder unbewußtes Aufgeben des sozialistischen Standpunkts.

Zwischen dem ländlichen Proletariat und der bäuerlichen Bourgeoisie steht die Schicht der Mittelbauern, deren Lage Merkmale des einen wie des andern der beiden Antipoden aufweist. Die gemeinsamen Merkmale in der Lage aller dieser Schichten, der gesamten Bauernschaft als Ganzes, machen zweifellos auch ihre ganze Bewegung zu einer demokratischen, wie stark diese oder jene Äußerungen mangelnden Bewußtseins und reaktionärer Gesinnung auch sein mögen. Unsere Aufgabe ist es, nie den Klassenstandpunkt zu verlassen und das engste Bündnis zwischen städtischem und ländlichem Proletariat zu organisieren. Unsere Aufgabe ist es, uns selbst und dem Volk den *tatsächlichen* demokratischen und revolutionären Inhalt klarzumachen, der sich hinter dem allgemeinen, aber unklaren Streben nach „Land und Freiheit“ verbirgt. Unsere Aufgabe ist daher die tatkräftigste Unterstützung und Förderung dieser Bestrebungen neben der Vorbereitung der Elemente des sozialistischen Kampfes auch im Dorf.

Um das Verhältnis der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Praxis zur Bauernbewegung genau zu bestimmen, muß der dritte Parteitag unserer Partei eine Resolution über die Unterstützung der Bauernbewegung annehmen. Hier der Entwurf einer solchen Resolution, die die oben dargelegten und in der sozialdemokratischen Literatur wiederholt entwickelten Ansichten formuliert, und die jetzt von einem möglichst breiten Kreis von Parteifunktionären beraten werden muß:

„Als Partei des klassenbewußten Proletariats erstrebt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die völlige Befreiung aller Werktätigen von jeglicher Ausbeutung und unterstützt jede revolutionäre Bewegung gegen die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Ordnung. Die SDAPR unterstützt daher auf das tatkräftigste auch die gegenwärtige Bauernbewegung; sie tritt für alle revolutionären Maßnahmen ein, die geeignet sind, die Lage der Bauernschaft zu verbessern, und wird zu diesem Zweck auch vor der Enteignung der Gutsbesitzerländereien nicht haltmachen. Hierbei strebt die SDAPR als Klassenpartei des Proletariats unbeirrbar nach einer selbständigen Klassenorganisation des ländlichen Proletariats und vergißt keinen Augenblick die Aufgabe, es über den feindlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der bäuer-

lichen Bourgeoisie aufzuklären, ihm klarzumachen, daß nur der gemeinsame Kampf des ländlichen und städtischen Proletariats gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft zur sozialistischen Revolution führen kann, die allein imstande ist, die ganze Masse der Dorfarmut wirklich von Elend und Ausbeutung zu erlösen.

Als praktische Losung für die Agitation unter der Bauernschaft und als Mittel, ein Höchstmaß an politischem Bewußtsein in diese Bewegung einzutragen, proklamiert die SDAPR die sofortige Bildung revolutionärer Bauernkomitees mit der Aufgabe, alle demokratischen Umgestaltungen allseitig zu unterstützen und sie im einzelnen durchzuführen. Auch in diesen Komitees wird die SDAPR auf eine selbständige Organisation der ländlichen Proletarier hinarbeiten, um einerseits die gesamte Bauernschaft bei allen ihren revolutionär-demokratischen Aktionen zu unterstützen und andererseits die wahren Interessen des ländlichen Proletariats in seinem Kampf gegen die bäuerliche Bourgeoisie zu schützen.“

„*Wperjod*“ Nr. 11,
23. (10.) März 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ÜBER DEN STRASSENKAMPF⁵⁷

(Ratschläge eines Kommunegenerals)

Von der Redaktion: Der vorliegende Aufsatz ist eine Übersetzung aus den Memoiren von Cluseret, einem berühmten Teilnehmer der Pariser Kommune. Seine Betrachtungen gründen sich, wie aus den weiter unten angeführten kurzen biographischen Angaben ersichtlich ist, hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Erfahrungen der Pariser Straßenaufstände. Auch hat er speziell eine Revolution des Proletariats gegen alle besitzenden Klassen im Auge, während wir in Rußland jetzt eine Revolution erleben, die in hohem Maße eine Revolution des gesamten Volkes gegen das Regierungspack ist. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die originellen Gedanken Cluserets für den russischen Proletarier lediglich als Material zu einer selbständigen, unsere Verhältnisse berücksichtigenden Durcharbeitung der Erfahrungen der westeuropäischen Genossen dienen können. Es dürfte angebracht sein, den Leser kurz mit der nicht uninteressanten Biographie des Verfassers bekannt zu machen.

Gustave-Paul Cluseret wurde am 13. Juni 1823 in Paris geboren. Er besuchte die Militärschule zu Saint-Cyr und verließ sie 1843 als Sekondleutnant (sous-lieutenant). 1848 beteiligte er sich im Range eines Leutnants sehr tatkräftig an der Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Paris (Junitage). Innerhalb von 6 Stunden stürmte er elf Barrikaden und erbeutete drei Fahnen. Für diese „Heldentat“ erhielt er den Orden der Ehrenlegion. 1855 nahm er als Hauptmann am Krimfeldzug teil. Darauf nahm er seinen Abschied. Er beteiligte sich unter Garibaldi am italienischen Befreiungskrieg. 1861 fuhr er nach Amerika und kämpfte im Bürgerkrieg gegen die Sklavenhalterstaaten. Wurde zum General befördert und erhielt (nach dem Siege bei Croskeys) das amerikanische Bürgerrecht. Kehnte

nach Frankreich zurück. Kam 1868 wegen seiner Artikel in der Zeitung „L'Art“* ins Gefängnis. Im Gefängnis Sainte-Pélagie knüpfte er Verbindungen mit Mitgliedern der Internationale an. Wegen scharfer militärischer Kritiken in der Presse wurde er als amerikanischer Bürger aus Frankreich ausgewiesen. Nach der Proklamation der Republik (4. September 1870) kehrte er nach Paris zurück; beteiligte sich an den Aufstandsversuchen in Lyon und Marseille. Am 3. April 1871 wurde er von der Kommune zum Kriegsminister ernannt. Am 16. April wurde er zum Mitglied der Kommune gewählt. Wegen der Aufgabe des Forts Issy wurde er von der Kommune abgesetzt und verhaftet, von einem Kameradschaftsgericht jedoch freigesprochen. Nach der Amnestie 1881 kehrte er nach Frankreich zurück. Er schrieb für die Zeitungen „La Commune“ und „La Marseillaise“. Wegen Aufreizung der Armee zum Ungehorsam wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er flüchtete aus Frankreich. 1888 kandidierte er bei den Wahlen zur Deputiertenkammer für die revolutionäre Partei, bekämpfte heftig den Parlamentarismus und die radikale „Clemenceau“-Partei. 1889 wurde er im zweiten Wahlkreis Toulon in die Deputiertenkammer gewählt. Gehörte der Gruppe der sozialistischen Arbeiterpartei an. Er schrieb das Buch „Armee und Demokratie“ (1869) und zwei Bände „Memoiren“ (1887), die der Kommune gewidmet sind.

„Wperjod“ Nr. 11,
23. (10.) März 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

* „Die Kunst“. Die Red.

DER ERSTE SCHRITT

Klopfet an, so wird euch aufgetan, sagten wir, nachdem wir in Nr. 91 der „Iskra“ den Beschluß des Rats der Partei vom 10. März 1905 gelesen hatten. Kaum sind die Nachrichten über den Beschluß des Rats der Partei vom 8. März 1905 und unsere Antwort in Nr. 10 des „Wperjod“* nach Rußland gelangt, da ist schon eine neue und bemerkenswerte Schwenkung des Rats zu verzeichnen; diese Schwenkung der Neuiskristen können wir nur von ganzem Herzen begrüßen und möchten ihnen wünschen, einen weiteren Schritt in dieser Richtung zu tun.

Der Beschluß des Rats vom 10. März 1905 wendet sich an die Teilnehmer des vom russischen Büro einberufenen dritten Parteitags mit dem Vorschlag, die Vermittlung der deutschen Partei und Bebels zur Wiederherstellung der Parteieinheit anzunehmen, und erklärt, daß man bereit sei, zwei Vertreter des Rats zum Parteitag zu entsenden, um über die Durchführung der Idee eines Schiedsgerichts zu verhandeln.

Bei seinem ersten Schritt „auf neuem Wege“ konnte der Rat selbstverständlich nicht ohne einige seiner alten Methoden auskommen, er mußte unbedingt die Unwahrheit wiederholen, deren inneren Widersinn wir schon in Nr. 10 des „Wperjod“ aufgezeigt haben — nämlich daß der von der Mehrheit der russischen Komitees einberufene Parteitag kein Parteitag sei, daß „eine unbedeutende Gruppe von Parteimitgliedern“ „ihre Beschlüsse der wirklichen Mehrheit der Partei aufzwingen“ wolle. Diese Ausflüchte wären erbärmlich, wenn sie nicht lächerlich wären, und noch einmal darauf eingehen möchten wir nicht. Wir möchten das um so weniger, als sich natürlich die ganze Aufmerksamkeit dem neuen Schritt

* Siehe den vorliegenden Band, S. 216–218. *Die Red.*

des Rats zuwendet, der endlich (endlich!) die Bedeutung des Parteitag für die Beilegung der Parteikrise begriffen hat und endlich den ersten Versuch, zwar einen kleinen, zaghaften, inkonsequenten, aber immerhin doch einen Versuch gemacht hat, die Dinge einfach zu sehen, sie beim richtigen Namen zu nennen und einen Weg zu probieren — einen „neuen Weg“ zur Wiederherstellung der Einheit der Partei mit Hilfe unmittelbarer Verhandlungen zwischen den nach dem zweiten Parteitag entstandenen beiden Teilen der Partei.

Wohlan! Der Anfang ist gemacht. Das hätte längst geschehen sollen, der Partei des Proletariats wären dann viele viele Monate einer qualvollen, sinnlosen, sich hinschleppenden Krise und einer heimlichen Spaltung erspart geblieben. Hätte man wirklich ernst und aufrichtig die Absicht gehabt, dem Willen der in Rußland tätigen Parteifunktionäre direkt und offen Rechnung zu tragen, dann hätte die Sozialdemokratie Rußlands ihren zeitweiligen Verfallszustand schon vor einem Jahr überwunden. Ja wohl, vor einem Jahr oder sogar noch früher.

Es war Ende Januar 1904. Der Rat der Partei trat zum erstenmal zusammen, um zu der neuen Lage in der Partei und zur Parteikrise Stellung zu nehmen; anwesend waren Plechanow, Axelrod, Martow, Wassiljew⁵⁸ und Lenin. Die beiden Letztgenannten, Mitglieder des ZK und Anhänger der Mehrheit, sahen klar, daß die Partei *faktisch* durch die Minderheit bereits gespalten ist und daß der *heimliche* Charakter der Spaltung eine unsägliche Zersetzung in die Partei hineinträgt, sie ganz demoralisiert, indem diese Spaltung der einen Seite für die ungeniertesten Methoden der „Katzbalgerei“ die Hände frei macht, die andere Seite aber durch die Verpflichtung zur Einhaltung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse bindet. Die *heimliche* Parteispaltung verhält sich (ihrer moralisch-politischen Bedeutung und ihren moralisch-politischen Folgen nach) zur offenen Spaltung ungefähr so, wie der heimliche Ehebruch zur offenen freien Liebe.

Die erwähnten Mitglieder des Rats bringen daher eine Resolution ein (am 28. Januar 1904), die von Schachow im Wortlaut abgedruckt wurde („Der Kampf um den Parteitag“, S. 81) und in der die Bolschewiki angesichts der äußerst ernsten Aufgaben der historischen Situation als erste von der Notwendigkeit des Friedens in der Partei zu sprechen beginnen, obwohl die Gegner der Bolschewiki sowohl in der Redaktion als auch im Rat, d. h. in der höchsten Parteikörperschaft, die Oberhand haben. Die

Bolschewiki machen dort einen scharfen Unterschied zwischen dem notwendigen und unvermeidlichen ideologischen Kampf einerseits und der „unwürdigen Katzbalgerei“, der Desorganisation, den Rangstreitigkeiten, dem Boykott und dergleichen mehr andererseits. Die Bolschewiki verlangen vom Rat der Partei, die Parteimitglieder aufzufordern, „alle kleinlichen Streitigkeiten schnellstens beiseite zu werfen und den ideologischen Kampf ein für allemal in solche Grenzen zu verweisen, daß er nicht zur Verletzung des Statuts führt, die praktische Tätigkeit und die positive Arbeit nicht hemmt“. Es gibt bei uns so viele vergeßliche Parteimitglieder, die gern über die Selbsttätigkeit der Partei reden, aber müßige Klatschereien einem Studium der Dokumente über die Parteisplaltung vorziehen, daß wir allen Genossen, die Klarheit über die Parteiangelegenheiten gewinnen möchten, dringend empfehlen, sich S. 81 der Broschüre „Der Kampf um den Parteitag“ anzusehen.

Die Menschewiki lehnten die Resolution von Lenin und Wassiljew natürlich ab; sie (Plechanow, Martow und Axelrod) nahmen eine Resolution an, in der das ZK aufgefordert wird, die Menschewiki zu „kooptieren“. Da sich das ZK am 26. November 1903 bereit erklärt hatte, zwei Menschewiki nach seinem, des ZK, Ermessen zu kooptieren, so bedeutete diese Resolution des Rats nichts anderes, als daß dem ZK drei bestimmte Personen aufgezwungen werden sollten. Jetzt ist bereits die gesamte Partei an Hand von Dokumenten darüber unterrichtet (aus der „Erklärung“ Lenins*), daß gerade wegen der „Drei“ prinzipielle Meinungsverschiedenheiten erfunden wurden und *bis November 1904* eine „unwürdige Katzbalgerei“ stattfand. Als Antwort auf die Resolution über die Kooptation gaben Lenin und Wassiljew eine Erklärung mit ihrer abweichenden Meinung ab (Schachow, S. 84), die wir, den Nichtinformierten oder Vergeßlichen zur Belehrung, ebenfalls durchzulesen empfehlen und in der erklärt wird, daß diese Mitglieder des ZK „entschieden und unwiderruflich kein anderes Mittel für einen ehrlichen und richtigen Ausweg aus dem gegenwärtigen Parteihader, kein anderes Mittel zur Liquidierung dieses unzulässigen Kampfes um die Zusammensetzung der Zentralstellen sehen als die sofortige Einberufung eines Parteitags“.

Die Menschewiki stimmen selbstverständlich gegen den Parteitag. Alle Ermahnungen, daß auf dem Parteitag Kompromisse jeder Art zulässig

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 537–547. Die Red.

sind, daß sonst der Kampf ebensolche widerliche Formen annehmen würde wie die heimliche und käufliche Liebe, bleiben auf sie ohne Wirkung. Wenn übrigens von seiten der Menschewiki, nachdem sie einmal beschlossen haben, sich wegen der „käuflichen Liebe“ keinen Zwang anzutun, diese Taktik natürlich und verständlich ist, so war sie von seiten des *Versöhnlers* Plechanow ein ungeheurer Fehler, den der weitere Verlauf der Krise offen zutage treten ließ. Jetzt sieht jedermann, jetzt weiß jeder aus den Tatsachen (nämlich aus den Tatsachen des späteren Verhaltens von Glebow⁵⁹ und seinem Klüngel), daß, wenn Plechanow im Januar 1904 für den Parteitag gestimmt hätte, der Parteitag sehr schnell zustande gekommen wäre und *auf dem Parteitag sich eine so starke Versöhnungspartei gebildet hätte, daß in keinem Fall die Mehrheit oder die Minderheit allein das Übergewicht bekommen hätte.* Wir wiederholen: Das ist keine leere Vermutung, sondern eine Überlegung, die durch den tatsächlichen Verlauf der späteren Ereignisse *absolut bewiesen* ist. Aber auch Plechanow zog die „käufliche Liebe“, d. h. die heimliche Spaltung, dem Versuch vor, sich direkt und offen auseinanderzusetzen und bis zum letzten auszusprechen.

Und was sehen wir jetzt? Die Menschewiki sind gezwungen — wenn auch zaghaft, inkonsequent und spät —, den von den Bolschewiki vorgeschlagenen Ausweg anzuerkennen. Die Bolschewiki beharrten auf ihrem Standpunkt und erreichten die Einberufung des Parteitags, denn sie sagten mit Recht: Wenn es den beiden teuren „Eehälften“ nicht beschieden ist, weiter „zusammenzuleben“, so müssen sie offen auseinandergelassen werden.

Gewiß: spät ist besser als niemals, und selbst den zaghaften Schritt des Rats, die Bereitschaft, zwei seiner „Vertreter“ zu entsenden, begrüßen wir von Herzen. Aber wir protestieren unbedingt gegen die Zaghaftigkeit und Inkonsequenz dieses Schritts. Warum wollt ihr denn nur zwei Vertreter des *im Ausland* residierenden Rats zum Parteitag schicken, meine Herren? Warum nicht Vertreter *aller* Parteioorganisationen? Haben doch die Mitglieder des russischen Büros der Komitees der Mehrheit alle zum Parteitag *eingeladen* und haben insbesondere sowohl an die Redaktion als auch an den Rat und an die Liga Einschreibbriefe gesandt! Woher dieser seltsame und unerklärliche Widerspruch: Einerseits habt ihr euch im Streben nach einem *beuchlerischen* Frieden mit den drei Rittern vom ZK (und offenkundig gegen den Willen der Komitees der Mehrheit) nicht

auf die Entsendung von „zwei Vertretern“ des Rats beschränkt, sondern habt *sämtliche Komitees und Organisationen der Minderheit befragt*, wie das in Nr. 83 der „Iskra“ offen erklärt wurde. Andererseits aber entsendet ihr um des *wirklichen* Friedens mit der gesamten Partei willen zu „direkten Verhandlungen“ nur zwei Vertreter, und nur vom Rat, der seinen Sitz im Ausland hat. Wo bleiben da die Menschewiki aus Rußland, mit denen übereinzukommen für uns hundertmal wichtiger ist als mit einem Verein von Literaten? Wo bleiben da die *Arbeiter*, die Mitglieder und Vertreter der Organisationen, jene Arbeiter, die ihr gegen den zweiten Parteitag aufgehetzt und von deren Selbsttätigkeit ihr so viel geschrien habt?? Wo bleiben da die Genossen Akimow und Brucker, Machow und Jegorow (oder ihre Freunde und Gesinnungsgenossen), die von ihrem Standpunkt aus konsequent die Menschewiki unterstützt haben, ohne sich jedoch zu kompromittieren, d. h. ohne sich an dem Kooptationsgezänk zu beteiligen? Wo bleiben da der Genosse Kritschewski und wo die anderen ehemaligen „Ökonomen“, mit denen ihr euch, wie Plechanow in der neuen „Iskra“ versichert, ausgesöhnt haben wollt, und viele andere? Und Genosse Rjasanow? Eure Solidarität mit ihm ist uns in vielem ebenfalls verständlich, er hat es jedoch *abgelehnt, der Liga, als einer menschewistischen Organisation, anzugehören*, wo bleibt er?

Oder wollt ihr sagen, alle diese Genossen hätten keine Mandate? Aber ihr schreibt ja einen Brief an den Parteitag „*ohne alle formalen Rücksichten*“ !!

Nein, meine Herren, wir lassen uns nicht mit Halbheiten abfinden und mit schönen Worten abpeisen. Wenn ihr wirklich — sagen wir es rund heraus, ohne „formale Rücksichten“ — gemeinsam mit uns, in den Reihen einer Organisation, arbeiten wollt, dann *kommt alle zum Parteitag* und ladet auch alle Genossen ein, von denen uns *lediglich* ideologische und keine Kooptationsrücksichten trennen. Dann vertraut auf den „guten Willen des Revolutionärs“, auf den ihr euch, als ihr dem Parteitag ausgewichen seid, so unklugerweise berufen habt, diesen „guten Willen“, der *einzig und allein* vollständig und unbedingt das Schicksal der *ganzen* auf dem Parteitag vertretenen Partei entscheiden kann. Dann sucht nach Vermittlern, die fähig sind, diesen „guten Willen“ *aller Parteitagsmitglieder* zu beeinflussen. Wir würden jeden solchen Vermittler aufrichtig begrüßen.

Klopfet an, so wird euch aufgetan... Die Bolschewiki haben durch ihren

offenen Kampf erreicht, daß wir jetzt unmittelbar vor einem möglichen direkten, unzweideutigen Ausweg aus der Krise stehen. Wir haben den Parteitag durchgesetzt. Wir haben erreicht, daß die Menschewiki den Feldwebelton eines ohne Partei gebliebenen Rats der Partei abgelegt haben und direkt und offen den Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen machen. Ob der Rat genügend Verstand und Ehrlichkeit, einen zweiten Schritt auf dem „neuen Weg“ zu tun, haben wird oder nicht — wir sind überzeugt, daß wir den endgültigen Sieg des Parteiprinzips über das Zirkelwesen auf jeden Fall durchsetzen werden.

*„Wperjod“ Nr. 11,
23. (10.) März 1905.*

Nach dem Text des „Wperjod“.

ZUR GESCHICHTE DES PARTEIPROGRAMMS⁶⁰

Wenn Plechanow hervorhebt, daß der Entwurf des Programms *nicht* von mir verfaßt ist, bringt er als erster in Form einer Anspielung, eines Tadels und Vorwurfs unsere Auseinandersetzungen über den Programm-entwurf an die Öffentlichkeit. Leider sagt er nichts über diese Auseinandersetzungen, sondern beschränkt sich auf Klatsch, d. h. auf eine zwar pikante, aber unklare und unkontrollierbare Behauptung. Ich sehe mich daher veranlaßt, zu dem Artikel meines Kollegen gegen Plechanow hinzuzufügen, daß ich dokumentarische Belege über unsere Auseinandersetzungen bei der Behandlung des Programm-entwurfs besitze und daß ich diese Belege bei Gelegenheit veröffentlichen werde. Die Leser werden dann sehen: 1. daß die Behauptung Plechanows, die Erkaltung der Beziehungen zwischen uns sei durch „Was tun?“ hervorgerufen worden, ganz unwahr ist; sie erfolgte, weil sich das Sechserkollegium bei den Auseinandersetzungen über das Programm in zwei Hälften teilte; 2. daß ich die Aufnahme der These über die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb verfochten und durchgesetzt habe; Plechanow wollte sich auf einen verschwommenen Ausdruck im Geiste des berühmten „mehr oder weniger“ beschränken; 3. daß ich an der Stelle, wo vom Klassencharakter unserer Partei die Rede war, die Ersetzung des Ausdrucks „werk-tätige und ausgebeutete Masse“ durch den Ausdruck „Proletariat“ verfochten und durchgesetzt habe; 4. daß sich Plechanow, als ich und meine Anhänger ihm im Sechserkollegium vorwarfen, in seinem Programm-entwurf den proletarischen Charakter der Partei nicht genügend klar zum Ausdruck gebracht zu haben, mit der Gegenbeschuldigung verteidigte, ich verstünde den proletarischen Charakter der Partei auf Martynowsche Art.

„Wperjod“ Nr. 11,
23. (10.) März 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ÜBER UNSER AGRARPROGRAMM

(Brief an den III. Parteitag)

Die neue Bauernbewegung, die mit jedem Tag an Breite und Intensität zunimmt, rückt die Frage unseres Agrarprogramms wieder in den Vordergrund. Das Grundprinzip dieses Programms kann natürlich keine Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen hervorrufen. Die Partei des Proletariats muß die Bewegung der Bauernschaft unterstützen. Sie wird nie den heutigen adligen Grundbesitz vor dem revolutionären Ansturm der Bauern in Schutz nehmen, aber zugleich damit wird sie stets bestrebt sein, auf dem flachen Lande den Klassenkampf zu entwickeln und politisches Bewußtsein in diesen Kampf hineinzutragen. Diese Prinzipien werden, glaube ich, von allen Sozialdemokraten geteilt. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen erst dann, wenn es gilt, diese Prinzipien auf die Wirklichkeit anzuwenden, wenn es gilt, sie im Programm entsprechend den Aufgaben des gegenwärtigen Zeitpunkts zu formulieren.

Am besten entscheidet die Wirklichkeit alle möglichen theoretischen Meinungsverschiedenheiten, und ich bin überzeugt, daß der schnelle Lauf der revolutionären Ereignisse auch diese innerhalb der Sozialdemokratie über die Agrarfrage bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigen wird. Wohl kaum jemand wird bestreiten, daß es nicht unsere Sache ist, als Projektmacher aller möglichen Bodenreformen aufzutreten, daß wir vielmehr die Verbindungen mit dem Proletariat festigen und die Bauernbewegung *unterstützen* müssen, ohne dabei die Eigentüمرتendenzen des selbständigen Bauern außer acht zu lassen, Tendenzen, deren Feindseligkeit gegenüber dem Proletariat um so schneller und deutlicher zutage treten wird, je schneller die Revolution vorwärtsschreitet.

Andererseits jedoch ist es klar, daß die gegenwärtige revolutionäre Situa-

tion eine völlig unzweideutige konkrete Losung erfordert. Zu einer solchen Losung muß die Bildung *revolutionärer Bauernkomitees* werden, und das Agrarprogramm unserer Partei hat sehr richtig diese Losung aufgestellt. In der Bauernbewegung gibt es sehr viel Unwissenheit, sehr viel Unbewußtes, und es wäre äußerst gefährlich, sich in dieser Hinsicht irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Die Unwissenheit des Bauern kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß er die *politische* Seite der Bewegung nicht erkennt; so erkennt er zum Beispiel nicht die Tatsache, daß ohne grundlegende demokratische Umgestaltungen in der *ganzen* politischen Ordnung des *ganzen Staates* irgendwelche dauerhaften Maßnahmen auf dem Gebiet der Erweiterung des Bodenbesitzes überhaupt nicht möglich sind. Der Bauer braucht Land, und sein revolutionäres Gefühl, sein instinktiver, urwüchsiger Demokratismus *kann nicht* anders zum Ausdruck kommen als darin, daß er das Land der Gutsbesitzer mit Beschlag belegt. Das wird natürlich niemand bestreiten. Die Sozialrevolutionäre machen bei dieser Feststellung halt, anstatt dieses unklare Bestreben der Bauernschaft einer Klassenanalyse zu unterziehen. Die Sozialdemokraten behaupten auf Grund einer solchen Analyse, daß die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit solidarisch kaum weitergehen *kann* als bis zur Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte, da über eine solche Agrarreform hinaus der Antagonismus zwischen dem Landproletariat und den „tüchtigen Bäuerlein“ unvermeidlich kraß hervortreten wird. Die Sozialdemokraten können natürlich nichts dagegen haben, daß der aufständische Bauer „mit dem Gutsbesitzer reinen Tisch macht“, daß er ihm das *ganze* Land wegnimmt, aber sie dürfen in einem proletarischen Programm nicht in Abenteuerium verfallen, sie dürfen nicht den Klassenkampf gegen die Eigentümer durch rosige Perspektiven solcher Umgestaltungen des Grundeigentums verschleiern (auch wenn es demokratische Umgestaltungen sind), die nichts anderes sein werden als eine Umgruppierung der Klassen oder der Eigentümerkategorien.

Bisher stand in unserem Programm die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte, und in den verschiedenen Kommentaren zum Programm wurde darauf hingewiesen, daß die Bodenabschnitte keineswegs eine Schranke sind, sondern „eine Tür, um dann weiterzugehen“*, daß das Proletariat die Bauernschaft auf diesem weiteren Weg gern unterstützen

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 417. *Die Red.*

wird, daß es aber dabei seinen vorübergehenden Verbündeten, den selbständigen Bauern, unbedingt beobachten und auf ihn aufpassen wird, ob er nicht seine Eigentümerkrallen hervorstreckt. Jetzt, angesichts der revolutionären Ereignisse, fragt man sich unwillkürlich: Wäre es nicht zweckmäßiger, diesen Grundsatz unserer Taktik aus den Kommentaren in das Programm selbst zu verlegen? Das Programm ist doch immerhin der offizielle, von der ganzen Partei bestätigte Ausdruck der Ansichten der Sozialdemokratie, während jeder Kommentar zwangsläufig die mehr oder weniger persönlichen Ansichten dieses oder jenes Sozialdemokraten darstellt. Wäre es daher nicht vernünftiger, den allgemeineren Grundsatz unserer Politik in dieser Frage in das Programm aufzunehmen und in den Kommentaren die speziellen Maßnahmen, die einzelnen Forderungen, wie zum Beispiel die der Bodenabschnitte, zu entwickeln?

Um meinen Gedanken konkreter zu erläutern, möchte ich hier anführen, wie die entsprechende Stelle in unserem Programm formuliert sein würde: (Die SDAPR fordert vor allem)... „4. die Gründung von revolutionären Bauernkomitees, um alle Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen, um eine demokratische Umgestaltung aller Verhältnisse auf dem Lande überhaupt herbeizuführen und um revolutionäre Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bauernschaft zu treffen, ohne vor der Beschlagnahme der Gutsbesitzerländereien haltzumachen. Die Sozialdemokratie wird die Bauernschaft in allen ihren revolutionär-demokratischen Unternehmungen unterstützen, wobei sie die selbständigen Interessen und die selbständige Organisation des Landproletariats verteidigen wird.“

Bei der vorgeschlagenen Formulierung würde dasjenige in das Programm aufgenommen werden, was bisher gewöhnlich in den Kommentaren entwickelt wurde, wogegen die „Bodenabschnitte“ aus dem Programm in die Kommentare kommen würden. Eine solche Änderung hätte den Vorzug, daß im Programm die Besonderheit der proletarischen Position klarer ausgesprochen wird, und Klarheit in einer so wichtigen Frage überwiegt alle redaktionellen Unbequemlichkeiten. (Eine solche Unbequemlichkeit wäre die Aufnahme einer Erläuterung statt einer bestimmten Forderung in das Programm, einer Erläuterung, die man gewöhnlich in den Kommentar verlegt. Es muß übrigens bemerkt werden, daß in unserem Programm solche Erläuterungen bereits vorhanden sind: vergleiche z. B. den Punkt über den Kampf gegen Reformpläne, die auf eine

Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung hinauslaufen.⁶¹⁾ Ein Vorzug wäre auch, daß das Programm ein für allemal den unsinnigen Gedanken aus der Welt schaffen würde, als ob die Sozialdemokratie dem Bauern sage, daß er über die Bodenabschnitte nicht hinausgehen könne und dürfe. Diesen Gedanken muß man dadurch aus der Welt schaffen, daß man eine klare Formulierung in das Programm aufnimmt, nicht dadurch, daß man sich auf eine Erläuterung in den Kommentaren beschränkt. Als Mangel der von mir vorgeschlagenen Formulierung könnte erscheinen, daß darin keine bestimmten Methoden zur Enteignung des Bodens angegeben werden. Aber ist das wirklich ein Mangel?

Die Sozialdemokraten, die über die Agrarfrage schrieben, haben mehr als einmal nachgewiesen, wie unangebracht es für uns ist, uns in dieser Hinsicht mit Projektemacherei zu befassen, denn die wichtigste Maßnahme der Bodenreform, die Nationalisierung des Grund und Bodens, würde in einem *Polizeistaat* zwangsläufig entstellt werden und der Verschleierung des Klassencharakters der Bewegung dienen. Alle anderen Maßnahmen zur Umgestaltung der Agrarverhältnisse werden jedoch bei Fortbestehen der kapitalistischen Ordnung nur eine Annäherung an die Nationalisierung, nur Teilmaßnahmen, nur einige der möglichen Maßnahmen sein, d. h. solche, auf die *sich zu beschränken* die Sozialdemokratie gar nicht die Absicht hat. Gegenwärtig sind die Sozialdemokraten gegen die Nationalisierung, und sogar die Sozialrevolutionäre haben unter dem Einfluß unserer Kritik begonnen, sich zu dieser Nationalisierung sehr viel vorsichtiger zu verhalten (vergleiche ihren Programmentwurf mit ihrer früheren „Forschheit“).

Worauf es aber ankommt, ist, daß die revolutionäre Bewegung uns zur demokratischen Republik führt, die neben der Abschaffung des stehenden Heeres u. dgl. eine unserer nächsten Forderungen ist.

In einer demokratischen Republik jedoch, wenn das Volk bewaffnet ist und wenn andere ähnliche republikanische Maßnahmen verwirklicht sind, kann die Sozialdemokratie sich nicht festlegen und sich hinsichtlich der Nationalisierung des Grund und Bodens nicht die Hände binden. Der Mangel der von mir vorgeschlagenen Formulierung ist also nur ein scheinbarer. In Wirklichkeit bietet sie eine konsequente Klassenlösung für den gegebenen Zeitpunkt – und zwar eine durchaus konkrete Lösung – und läßt zugleich vollen Spielraum für jene „revolutionär-demokratischen“

Schritte, die sich im Falle einer günstigen Entwicklung unserer Revolution als notwendig oder wünschenswert erweisen können. Gegenwärtig, und auch im weiteren Verlauf bis zum vollen Sieg des Bauernaufstands, muß die revolutionäre Losung notwendigerweise den Antagonismus zwischen *Bauer und Gutsbesitzer* berücksichtigen; und der Punkt über die Bodenabschnitte hat diesen Umstand vollkommen richtig unterstrichen, während alle möglichen „Nationalisierungen“, „Übergaben der Rente“, „Sozialisierungen“ usw. — darin gerade besteht ihr Mangel — den charakteristischen Antagonismus ignorieren und verdunkeln.

Die von mir vorgeschlagene Formulierung erweitert zugleich die Aufgabe der revolutionären Bauernkomitees bis zur „demokratischen Umgestaltung aller Verhältnisse auf dem Lande überhaupt“. In unserem Programm sind die Bauernkomitees als Losung aufgestellt, wobei sie ganz richtig als *bäuerliche* charakterisiert sind, d. h. als ständische, denn die ständische Unterdrückung kann nur durch den ganzen unterdrückten niederen Stand beseitigt werden. Liegt aber ein Grund vor, die Aufgaben dieser Komitees allein auf Agrarreformen zu beschränken? Sollen etwa für die anderen Reformen, zum Beispiel die administrativen usw., *andere* Komitees geschaffen werden? Das ganze Unglück der Bauern besteht ja, wie ich bereits erwähnt habe, darin, daß sie die politische Seite der Bewegung überhaupt nicht erkennen. Wenn es auch nur in einzelnen Fällen gelänge, eine Verbindung herzustellen zwischen erfolgreichen revolutionären Maßnahmen der Bauern zur Verbesserung ihrer Lage (Konfiskation des Getreides, des Viehs, des *Grund und Bodens*) und der Gründung und Tätigkeit von *Bauernkomitees* mit der vollen Sanktion dieser Komitees durch die revolutionären Parteien (und unter besonders günstigen Umständen auch durch eine provisorische revolutionäre Regierung), dann könnte man den Kampf um die Gewinnung der Bauern für die demokratische Republik als gewonnen betrachten. Ohne diese Gewinnung werden alle revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft sehr wenig dauerhaft sein, und alles, was sie errungen haben, wird ihnen von den an der Macht befindlichen Gesellschaftsklassen ohne Mühe weggenommen werden.

Schließlich spricht die vorgeschlagene Formulierung von der Unterstützung der „revolutionär-demokratischen“ Maßnahmen und zieht so einen deutlichen Trennungsstrich zwischen der trügerischen, angeblich sozia-

listischen *Außerlichkeit* solcher Maßnahmen wie die Besitzergreifung des Bodens durch die Bauern und ihrem wirklichen demokratischen Inhalt. Um zu erkennen, wie wichtig es für einen Sozialdemokraten ist, diesen Trennungsstrich zu ziehen, braucht man nur an die Stellung von Marx und Engels zur Agrarbewegung beispielsweise in Amerika zu erinnern (Marx 1848 über Kriege⁶², Engels 1885 über Henry George⁶³). Heutzutage wird es natürlich niemandem einfallen, den Bauernkrieg um den Grund und Boden oder die Jagd nach Grund und Boden (in den halbfeudalen Ländern oder in den Kolonien) zu *leugnen*. Wir erkennen ihre Berechtigung und Fortschrittlichkeit durchaus an, enthüllen aber zugleich ihren demokratischen, d. h. *letzten Endes* bürgerlich-demokratischen Inhalt, und deshalb bringen wir, indem wir diesen Inhalt unterstützen, unsererseits besondere „Vorbehalte“ an, verweisen auf die „selbständige“ Rolle der *proletarischen* Demokratie, auf die besonderen Ziele der Sozialdemokratie als einer Klassenpartei, die die sozialistische Revolution erstrebt.

Das sind die Erwägungen, auf Grund deren ich den Genossen vorschlage, meinen Antrag auf dem bevorstehenden Parteitag zu erörtern und den entsprechenden Punkt des Programms in dem von mir dargelegten Sinn zu erweitern.

„Wperjod“ Nr. 12,
29. (16.) März 1905.
Unterschrift: -n.

Nach dem Text des „Wperjod“.

WINKELZUGE DER BONAPARTISTEN

Genf, den 29. (16.) März

Wir erhielten soeben aus Twer folgende Mitteilung: Am 9. März wurde in einer Versammlung der Peripherie zusammen mit dem Komitee und in Anwesenheit eines Vertreters des ZK die Frage des Verhaltens zu dem vom ZK (Aufruf an die Partei vom 4. März 1905) einberufenen III. Parteitag behandelt. Es wurde eine Resolution des Komitees von Twer verlesen: „Das Komitee von Twer begrüßt den Aufruf des ZK der SDAPR, sich auf den III. Parteitag vorzubereiten (Resolution des ZK vom 4. März 1905), und hat in seiner Sitzung beschlossen, an diesem Parteitag durch die Entsendung eines Delegierten teilzunehmen. Was die Erklärung des Komitees von Twer einem Vertreter des Organisationsbüros gegenüber betrifft, der zufolge es an dem von diesem Büro organisierten Parteitag teilnehmen werde, so sieht sich das Komitee von Twer verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß diese Erklärung eine Antwort auf die Versicherung des Vertreters des Büros war*, das ZK habe beschlossen, den im Stadium

* Wie uns der Vertreter des Büros der Komitees der Mehrheit, der in einer Sitzung des Komitees und der Peripherie von Twer im Februar das Referat über den III. Parteitag hielt, mitteilt, ist diese Behauptung des Komitees von Twer „ungenau“. „Ich berichtete“, teilt er uns mit, „auf Grund einer direkten Erklärung des ZK-Mitglieds Nikititsch⁶⁴, das ZK habe die Absicht gehabt, den III. ordentlichen Parteitag anzukündigen, nämlich den vom Büro einberufenen Parteitag auf dem Wege einer Vereinbarung zu einem ordentlichen Parteitag zu machen, es sei ihm aber zu jenem Zeitpunkt infolge verschiedener Umstände noch nicht gelungen, mit dem Büro in offizielle Verhandlungen über diese Frage zu treten.“

der Organisation befindlichen Parteitag zu einem ordentlichen Parteitag zu machen.“

Die Versammlung der Peripherie schloß sich der Resolution des Komitees von Twer nicht an. Mit einer Mehrheit von sieben Stimmen gegen eine, bei einer Stimmenthaltung, wurde folgende Resolution angenommen: „Nachdem der Aufruf des ZK, sich unverzüglich auf die Einberufung des III. Parteitags vorzubereiten, endlich erfolgt ist, begrüßen wir diesen Schritt des ZK und erklären, daß wir bereits an dem vom Organisationsbüro einberufenen Parteitag teilnehmen. Hinsichtlich der im Aufruf des ZK ‚An die Partei‘ vom 4. März gemachten Vorschläge erklären wir, von ihnen nur unter der Bedingung Gebrauch machen zu können, daß eine formelle Vereinbarung zwischen dem ZK und dem Organisationsbüro zustande kommt“ (dafür – 6, dagegen – 3). Um die Meinung der übrigen drei Genossen, die dagegen stimmten, zu kennzeichnen, zitiere ich die andere Resolution, die von zwei der Genossen, die dagegen stimmten, eingebracht wurde: „Die Lokalorganisation begrüßt den Beschluß des ZK über die Einberufung des III. Parteitags und empfiehlt dem ZK und dem Organisationsbüro eindringlich, eine Vereinbarung miteinander zu treffen. Sollte eine Vereinbarung nicht zustande kommen, behält sich die Lokalorganisation ihre Handlungsfreiheit vor.“

Aus dieser Mitteilung ergibt sich folgendes: 1. Das Komitee von Twer hatte, wie das Komitee selbst zugibt, zusammen mit der Peripherie sein Einverständnis erklärt, an dem vom Büro der Komitees der Mehrheit organisierten Parteitag teilzunehmen; 2. in der Folge nahm dann das Komitee von Twer unter dem Einfluß neuer Versprechungen des ZK, den III. Parteitag einzuberufen, sein Einverständnis zurück. Die Peripherie hingegen war mit dem Komitee nicht eins und machte ihre Einwilligung in die Teilnahme an dem vom Büro bereits einberufenen Parteitag nicht rückgängig; 3. die neuen Versprechungen des ZK, den III. Parteitag einzuberufen, erfolgten in einem bisher nicht veröffentlichten und uns nicht bekannten „Aufruf an die Partei vom 4. März 1905“.

Um die Handlungsweise unseres famosen ZK nach Gebühr zu würdigen, wollen wir den Genossen 1. das Parteistatut und 2. einige Tatsachen ins Gedächtnis rufen. Nach dem Statut wird der Parteitag vom Rat und nicht vom Zentralkomitee einberufen. Das ZK macht also Versprechungen, die es nicht verantworten kann. Das Zentralkomitee verspricht etwas zu

tun, was es, das ZK, laut Statut nicht tun kann. Das Zentralkomitee verspricht oder denkt, und der Rat lenkt. Die Parteimitglieder aber, die so naiv sind, den Versprechungen des ZK Gehör zu schenken, und die das Statut schlecht kennen, lassen sich blauen Dunst vormachen. Wie der Rat „lenkt“, das zeigen die Tatsachen. In seinem Beschluß vom 8. März (n. St.) erklärt der Rat („Iskra“ Nr. 89) er „halte es im Einverständnis mit der Mehrzahl der Parteiarbeiter“ (vielleicht auch einschließlich des Komitees von Twer?) „für unzuweckmäßig, in einem solchen Augenblick den Parteitag einzuberufen“. Kann man etwa noch deutlicher sein? Läßt das etwa nicht erkennen, daß der Rat immer wieder schamlos die Partei täuscht? — denn irgendein „Einverständnis“ der „Mehrzahl der Parteiarbeiter“ hat er niemals erhalten.

Weiter, am 10. März (n. St.) d. h. zwei Tage später, faßt der Rat einen zweiten Beschluß („Iskra“ Nr. 91), worin er sich einverstanden erklärt, zu dem vom russischen Büro der Komitees der Mehrheit einberufenen Parteitag zwei Vertreter zu entsenden, *aber kein Wort über sein Einverständnis mit der Einberufung des Parteitags sagt.*

Wir wollen hinzufügen, daß der Rat nicht nur offiziell gegen die „Zweckmäßigkeit“ der Einberufung des Parteitags auftritt, sondern auch zugleich die *Stimmen für und wider den Parteitag fälscht*, indem er die Zahl der angeblich vollberechtigten Komitees erhöht und es ablehnt, der Partei mitzuteilen, ab wann und welche neuen Komitees er als bestätigt betrachtet. Im Beschluß des Rats vom 8. März (analysiert im „Wperjod“ Nr. 10)* werden als rechtsfähig ab 1. Januar 1905 die Komitees von Polesje, des Nordwestens, des Kubangebiets und das Kasaner Komitee genannt, dabei sind die beiden letztgenannten vom ZK überhaupt nicht bestätigt worden und die erstgenannten erst ab 1. April 1905 vollberechtigt.

Wir fragen die Parteimitglieder, die nicht nur als Parteimitglieder gelten, sondern auch wirklich welche sein wollen, ob sie die Absicht haben, dieses Spiel zu dulden? Der Rat fälscht die Stimmen und spricht sich gegen den Parteitag aus, und das ZK gibt „Versprechungen“ hinsichtlich des Parteitags, wobei es sich die Naivität derjenigen zunutze macht, die nicht wissen, daß laut Statut diese Versprechungen *keine formelle Bedeutung haben können!* Bestätigen diese Tatsachen nicht *voll und ganz*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 216–218. *Die Red.*

das, was wir bereits am 28. (15.) Februar im „Wperjod“ Nr. 8 schrieben, als zum erstenmal verlautete, das ZK sei mit dem Parteitag „einverstanden“? Wir stellen fest, daß seitdem *ein Monat vergangen ist*, daß die „Iskra“ seitdem die Nummern 88, 89, 90, 91 und 92 (datiert vom 10. März a. St.) herausgebracht hat, ohne auch nur mit einem *einzigem Wort* diese „heikle“ Frage, das „Einverständnis“ des ZK mit dem Parteitag, zu erwähnen! Uns bleibt nur übrig, das zu wiederholen, was im „Wperjod“ Nr. 8 gesagt wurde:

„Soeben haben wir eine Mitteilung erhalten, die im Sinne eines Einverständnisses des ZK mit einem sofortigen Parteitag verstanden werden kann. Wir garantieren vorläufig keinesfalls für die Zuverlässigkeit dieser Nachricht, halten sie jedoch für wahrscheinlich. Das Zentralkomitee hat viele Monate gegen den Parteitag gekämpft, es kassierte die Organisationen und es boykottierte und desorganisierte die Komitees, die sich für den Parteitag aussprachen. Diese Taktik hat Schiffbruch erlitten. Das ZK, das sich an die Maxime hält, ‚Zweckmäßigkeit ist alles, Formalität ist nichts‘, ist jetzt bereit, um der ‚Zweckmäßigkeit‘ willen (*das heißt um der Verbinderung des Parteitags willen*) sogar hundertmal formell zu erklären, es sei für die unverzügliche Einberufung des Parteitags. Hoffen wir, daß sich weder das Büro noch die Lokalkomitees von den Taschenspielertricks dieser ‚Schidlowski-Kommission‘⁶⁵ in der Partei hinters Licht führen lassen.“

Postskriptum. Genf, den 30. (17.) März. Man muß ein regelrechtes Tagebuch der Winkelzüge des Zentralkomitees führen. Wir erhielten folgenden Brief, den das ZK dem Büro der Komitees der Mehrheit geschickt hatte:

„Am 4. März beschloß das ZK, die Komitees der Partei zur Vorbereitung des III. Parteitags aufzufordern; ferner beschloß es, seinerseits Maßnahmen zu ergreifen, um den Parteitag nach Möglichkeit in kürzester Zeit einzuberufen.“

Da der Erfolg eines Parteitags der *gesamten Partei* und die schnellste Verwirklichung seiner Einberufung abhängig sind vom einmütigen Zusammenwirken möglichst aller Genossen und Organisationen, die sich *jetzt* für den Parteitag aussprechen, macht das ZK dem Organisationsbüro der Komitees der sogenannten ‚Mehrheit‘ den Vorschlag, eine gegenseitige Vereinbarung in dieser Angelegenheit zu treffen und gemeinsam zu arbeiten, um den Parteitag schnellstens zusammentreten zu lassen und

dafür zu sorgen, daß die *ganze* Partei so vollständig wie möglich auf dem Parteitag vertreten ist. 6. März 1905. ZK der SDAPR."

Wahrhaft grenzenlos ist doch die Langmut der russischen Komitees und ihre Vertrauensseligkeit! Warum veröffentlicht das ZK nicht seinen Aufruf vom 4. März? Warum ergeht es sich in verlogenen Phrasen über eine „Vereinbarung“ mit dem Büro? Das Büro hat zum Parteitag ausnahmslos *alle, die ganze Partei*, eingeladen und hat das vor über einem Monat offen, in aller Öffentlichkeit, getan. Das Büro hat dem ZK schon längst geantwortet, daß *Verzögerungen jetzt völlig untragbar sind*. Wer nicht nur in Worten einen *Parteitag der gesamten Partei* will, der ist eingeladen, bitte schön. Und welche Bedeutung könnte schließlich eine Vereinbarung des Büros mit dem ZK haben, wenn der Parteitag laut Statut nicht vom ZK einberufen wird, sondern vom Rat, der sich gegen den Parteitag ausgesprochen hat?

Wir wollen hoffen, daß jetzt wirklich *alle* das Doppelspiel des Rats und des Zentralkomitees sehen. Das Büro aber wird, davon sind wir überzeugt, von der Einberufung des Parteitags zu dem vom Büro bereits festgesetzten und dem Zentralkomitee mitgeteilten Termin keinen Fußbreit zurückweichen.

*Veröffentlicht Ende März 1905
als Sonderdruck zu Nr. 13 des
„Wperiod“.*

Nach dem Text des Sonderdrucks.

EINE REVOLUTION VOM TYPUS 1789 ODER VOM TYPUS 1848?

Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der russischen Revolution ist folgende:

I. Wird die Revolution bis zum *völligen* Sturz der zaristischen Regierung, bis zur Republik gehen,

II. oder wird sie sich auf eine Einschränkung, eine Begrenzung der Zarenmacht, auf eine monarchistische Konstitution beschränken?

Mit anderen Worten: Wird es eine Revolution vom Typus des Jahres 1789 oder vom Typus des Jahres 1848 sein?* (wir sagen: *vom Typus*, um nicht den albernen Gedanken aufkommen zu lassen, als ob eine Wiederholung der unwiderruflich entschwundenen sozialen, politischen und internationalen Situationen von 1789 und 1848 möglich sei).

Daß ein Sozialdemokrat das erste wünschen und darauf *hinarbeiten* muß, daran ist wohl kein Zweifel möglich.

Martynows Fragestellung indessen bedeutet nichts anderes als den aus der Nachtrabideologie entsprungenen Wunsch nach einer möglichst bescheidenen Revolution. Beim II. Typus entfällt völlig die „Gefahr“, die den Martynow Angst einjagt, die Gefahr der Machtergreifung durch das Proletariat und die Bauernschaft. Im zweiten Fall wird die Sozialdemokratie *sogar der Revolution gegenüber* unvermeidlich „oppositionell“ bleiben müssen — und sogar der Revolution gegenüber in Opposition bleiben, das ist es ja, was Martynow will.

Es fragt sich nun, welcher Typus der wahrscheinlichere ist?

* NB: Hier könnte jemand hinzufügen wollen „oder 1871“? Auf diese Frage müßte man eingehen, da viele *Nichtsozialdemokraten* sie uns wahrscheinlich als *Einwand* entgegenhalten werden.

Für I spricht 1., daß der Vorrat an Erbitterung, an revolutionärem Geist in den unteren Klassen Rußlands ungleich größer ist als in Deutschland 1848. Bei uns ist der Umschwung *schroffer*, bei uns gab es und gibt es zwischen der Selbstherrschaft und der politischen Freiheit *keinerlei* Zwischenstufen (das Semstwo zählt nicht), bei uns ist der Despotismus asiatisch-jungfräulich. 2. Der unglückselige Krieg macht bei uns einen *jähen* Zusammenbruch noch wahrscheinlicher, da er die zaristische Regierung in eine Sackgasse führt. 3. Die internationale Konstellation ist in unserem Fall günstiger, weil das proletarische Europa eine Hilfsaktion der europäischen Monarchen für die russische Monarchie unmöglich machen wird. 4. Die bewußt revolutionären Parteien, ihre Literatur und ihre Organisation sind bei uns unvergleichlich weiter entwickelt als 1789, 1848 und 1871. 5. Eine ganze Reihe vom Zarismus unterdrückter Völkern, Polen, Finnen usw., verleihen bei uns dem Ansturm gegen die Selbstherrschaft ganz besondere Energie. 6. Der Bauernschaft geht es bei uns besonders schlecht, sie ist unglaublich verelendet und hat bereits absolut nichts zu verlieren.

Alle diese Erwägungen sind natürlich bei weitem nicht absolut. Ihnen können andere gegenübergestellt werden: 1. Überreste des Feudalismus gibt es bei uns sehr wenig. 2. Die Regierung ist erfahrener und verfügt über umfangreiche Mittel zur Erkennung der revolutionären Gefahr. 3. Der Krieg kompliziert die Unmittelbarkeit der revolutionären Explosion durch Aufgaben, die nicht mit der Revolution im Zusammenhang stehen. Der Krieg ist ein Beweis für die Schwäche der russischen revolutionären Klassen, die ohne den Krieg nicht imstande waren, sich zu erheben (vergleiche Karl Kautsky, „Die soziale Revolution“). 4. Uns fehlt der Anstoß zum Umsturz aus den anderen Ländern. 5. Die nationalen Bewegungen mit der Tendenz zur Zerstückelung Rußlands sind geeignet, einen beträchtlichen Teil der russischen Groß- und Kleinbourgeoisie von unserer Revolution loszulösen. 6. Der Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist bei uns viel tiefer als 1789, 1848 und 1871, die Bourgeoisie wird daher die *proletarische* Revolution mehr fürchten und sich eher der Reaktion in die Arme werfen.

Alle diese + und – gegeneinander abzuwägen, vermag natürlich nur die Geschichte. Unsere Sache, die Sache der Sozialdemokratie, ist es, die bürgerliche Revolution soweit wie möglich *voranzutreiben*, ohne jemals

unsere *wichtigste* Aufgabe zu vergessen: die selbständige Organisation des Proletariats.

Hier eben beginnt Martynows Begriffsverwirrung. Die vollständige Revolution — das ist Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die Armbauernschaft. *Diese Klassen* aber, einmal an der Macht, werden *nicht umbinkönnen*, nach der *sozialistischen* Revolution zu streben. *Ergo** werde die Machtergreifung — zunächst ein Schritt im *demokratischen* Umsturz — durch die Logik der Dinge, gegen den Willen der Beteiligten (zum Teil auch ohne ihnen bewußt zu werden) in den sozialistischen Umsturz *übergeben*. *Und hier sei das Fiasko unvermeidlich*. Da nun Versuche einer sozialistischen Revolution unvermeidlich Fiasko erleiden werden, so müssen wir (wie Marx 1871, als er das unvermeidliche Fiasko des Aufstands in Paris voraussah) dem Proletariat *den Rat geben, keinen Aufstand zu unternehmen*, sondern abzuwarten, sich zu organisieren, *reculer pour mieux sauter***.

So sähe eigentlich der *Gedanke* Martynows (und der neuen „Iskra“) aus, wenn er ihn bis zu Ende gedacht hätte.

Geschrieben März–April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* folglich. *Die Red.*

** zurücktreten, um besser springen zu können. *Die Red.*

AN DIE PARTEI

Genossen! Ihr alle wißt, welch schwere Krise unsere Partei schon seit mehr als anderthalb Jahren durchmacht. Die zentralen Körperschaften unserer Partei, die ihren Sitz im Ausland haben, die Redaktion des Zentralorgans und der Rat der Partei, befinden sich infolge einer Reihe trauriger Ereignisse seit dem zweiten Parteitag in den Händen von Anhängern der Minderheit des Parteitags. Die Unzufriedenheit der Parteifunktionäre wuchs immer mehr und führte zu einem verhaltenen, hartnäckigen Kampf, der die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie unglaublich hemmte und das Ansehen der proletarischen Partei untergrub. Die Parteikomitees, die sich der ganzen Schädlichkeit der heimlichen Spaltung bewußt waren, forderten die Einberufung des III. Parteitags als einzigen der Partei würdigen Ausweg aus der Krise. Der Kampf um den Parteitag füllt seit dem Frühjahr 1904 das ganze Parteileben aus. Der im Ausland residierende Rat der Partei sträubte sich mit allen Mitteln gegen den Parteitag. Das Zentralkomitee versuchte die Ansprüche der Minderheit auf Kooptation zu befriedigen und hoffte damit den Frieden in der Partei wiederherzustellen, aber auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Anstatt der Wiederherstellung des Friedens kam es lediglich zu einer Verschärfung des Kampfes.

Die seither eingetretenen großen Ereignisse in der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Revolution in Rußland, der 9. Januar und seine Folgen, schufen eine neue Situation, die von der Partei eine noch stärkere Anspannung der Kräfte und der Energie erfordert. Die Notwendigkeit eines Parteitags wurde für die überwältigende Mehrheit der russischen Funktionäre immer dringlicher. Der Widerstand des Rats im

Ausland führte dazu, daß von einer Reihe russischer Komitees ein besonderes Büro für die Einberufung des Parteitags gewählt wurde. Unter diesen Umständen hielt es das ZK für seine Parteipflicht, sich dem Büro der Komitees der Mehrheit für die sofortige Einberufung des Parteitags anzuschließen.

Wie notwendig der Parteitag sogar vom eng formalen Standpunkt ist, zeigt folgendes. Aus Nr. 89 der „Iskra“ haben die Mitglieder der Partei erfahren, daß der Rat der Partei außer den zentralen Körperschaften 33 Organisationen als vollberechtigt betrachtet. Folglich waren sogar nach dieser Rechnung (sie wird von zahlreichen Parteifunktionären angefochten, die die Zahl der Parteiorganisationen mit 31 angeben) 38 Stimmen für die unbedingte Einberufung des Parteitags notwendig ($33 \times 2 = 66$; $66 + 9 = 75$; $75 : 2 = 37\frac{1}{2}$).

Die 13 Komitees, die das Büro der Komitees der Mehrheit wählten, haben sich bereits seit langem für den Parteitag ausgesprochen. Zu diesen 13 Komitees gesellten sich die Komitees vom Ural, von Tula, Woronesh, Samara, vom Nordwesten, von Smolensk, Charkow und Kasan, also 8 Komitees. Diese 21 Komitees geben zusammen mit den vier Stimmen des ZK (zwei Stimmen des ZK selbst und zwei Stimmen seiner Delegierten im Rat) $42 + 4 = 46$ Stimmen.

Geschrieben Ende März

– Anfang April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

DER ZWEITE SCHRITT

In Nr. 11 des „Wperjod“ begrüßten wir den ersten Schritt des ohne Partei geliebten Rats der Partei.* Wir fragten uns: Wird der Rat genügend Verstand und Ehrlichkeit haben, um den zweiten Schritt auf dem neuen Weg zu tun oder nicht? Jetzt haben wir soeben aus Rußland die Nachricht erhalten, daß *der zweite Schritt vom Zentralkomitee getan wurde*. Hier die Dokumente in dieser Angelegenheit, die schon jetzt veröffentlicht werden können.

1. Aufruf des ZK an die Partei vom 4. März 1905.

An die Partei

Genossen! Die Revolution in Rußland hat begonnen! Ihr Auftakt hat unwiderleglich bewiesen, daß die wichtigste und für den Ausgang der Revolution entscheidende Kraft das städtische Proletariat ist. Vom tatsächlichen Zustand der Kräfte und der Organisation unserer Partei wird es jedoch in hohem Grade abhängen, ob der Ausgang der Revolution beschleunigt wird, ob Planmäßigkeit in den revolutionären Kampf der Volksmassen hineingetragen wird, und vor allem, ob die Resultate der Revolution maximal dem Proletariat zugute kommen werden. Die Geschichte hat unserer Partei die politische und moralische Verantwortung gegenüber dem Proletariat Rußlands, gegenüber unserem ganzen Volk und schließlich gegenüber dem Proletariat der ganzen Welt auferlegt. In ihrem gegenwärtigen Zustand ist unsere Partei nicht fähig, ihre Pflicht in dem Maße zu erfüllen, wie das notwendig und möglich wäre in Anbetracht des Zustands der Kräfte, über die die Sozialdemokratie Rußlands potentiell verfügt. Das ZK hält es im gegenwärtigen Zeitpunkt für unzeitgemäß und fruchtlos, an Hand von Dokumenten klarstellen zu wollen, in welchem Maße sich

* Siehe den vorliegenden Band, S. 230–235. *Die Red.*

einzelne angesehene Parteimitglieder, einflußreiche Gruppen und ganze Parteikörperschaften in ihrer innerparteilichen Tätigkeit von ernstesten politischen Motiven oder von intelligenzlerischem Gekränktheit leiten ließen; mit einem Wort, das ZK gibt in Erkenntnis der ganzen Schwere der auf ihm lastenden Verantwortung und ohne auf die Frage einzugehen, wer und in welchem Grade an der tiefgehenden Desorganisierung der Partei schuld ist, vor der ganzen Partei seine feste Entschlossenheit bekannt, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die notwendige Einheit der Partei zu gewährleisten und eine endgültige Spaltung zu verhüten. Eine ganze Reihe neuer Fragen werden durch die Entwicklung der Revolution fast täglich vor der Sozialdemokratie Rußlands aufgeworfen. Viele dieser Fragen werden von unserer Taktik so gut wie nicht berücksichtigt, da die Taktik vorwiegend für „friedliche“ Zeiten ausgearbeitet wurde. Eine Reihe anderer Fragen werden durch die bisherigen Parteierfahrungen überhaupt nicht beantwortet, da sie ihre Existenz neuen, eben erst entstandenen Ursachen verdanken. Die Parteiliteratur hilft natürlich, aber ihre Antworten können in bezug auf Vollständigkeit, Einheitlichkeit und allgemein anerkannte Autorität die lokalen Funktionäre nicht immer befriedigen. Eine beträchtliche Anzahl von Komitees, die sich im Anschluß an Sonderkonferenzen vereinigt haben, befließen sich in jüngster Zeit einer Politik des Mißtrauens gegenüber den zentralen Parteikörperschaften, die auf Grund des vom II. Parteitag angenommenen Parteistatuts existieren, und dabei sind diese Komitees so weit gegangen, daß sie ihr eigenes Parteiorgan und ihre eigene Zentralstelle gründeten und gegenwärtig daran arbeiten, ihren eigenen Parteitag einzuberufen. Schließlich rückt im Sommer dieses Jahres die vom Parteistatut für die Einberufung des III. ordentlichen Parteitags festgelegte Zeit heran. — Unter diesen Umständen sieht das ZK das einzige und letzte Mittel zur Verhütung der Spaltung in der *Einberufung eines Parteitags der gesamten Partei in der aller-nächsten Zeit.*

Das ZK ist überzeugt, daß eine fruchtbringende Arbeit des Parteitags sowohl im Sinne einer Ausarbeitung der von der gegenwärtigen politischen Situation vor der Partei aufgeworfenen äußerst ernstesten Aufgaben als auch im Sinne der Erzielung einer wirklichen, festen Einheit der Partei, voll und ganz davon abhängen wird, ob auf dem Parteitag alle bedeutenden und einflußreichen Strömungen allseitig und vollständig vertreten sein werden, und daher hat das ZK, um die Vollständigkeit der Vertretung zu gewährleisten, auf Grund des Statuts beschlossen, in breitem Umfang von seinem Recht Gebrauch zu machen, zum Parteitag Genossen mit beratender Stimme einzuladen. In Anbetracht dessen, daß der die Partei zersetzende Zwist an einigen Orten zur direktenenspaltung beträchtlicher Gruppen von den Komitees und an anderen Orten zu

einem scharfen Antagonismus zwischen Komitees und Peripherien geführt hat, schlägt das ZK die Entsendung eigener Vertreter mit beratender Stimme zum Parteitag 1. allen Gruppen vor, die sich vor dem 1. März d. J. von den Komitees getrennt haben, und 2. allen Peripherien großer Industriezentren, wo sich mindestens 20 000 Arbeiter im Tätigkeitsbereich des Komitees befinden und wo über die Hälfte der Mitglieder der Peripherie dem Lokalkomitee ihr Mißtrauen in der Frage der Wahl des Delegierten zum Parteitag aussprechen.

Anmerkung. Als Angehörige der Peripherie schlägt das ZK vor, im gegebenen Fall lediglich die Genossen zu betrachten, die in einer der Organisationen der Unterkomitees unter Leitung und Kontrolle des Komitees eine aktive revolutionäre Arbeit leisten, und zwar auf dem Gebiet der Propaganda, der Agitation, der Organisation, des Schreibens, Druckens und Verteilens von Literatur. Da ferner laut Statut der allgemeine Parteitag vom Parteirat einzuberufen ist, fordert das ZK die Lokalkomitees auf, sich für die Einberufung des III. Parteitags als des zur Zeit einzigen Mittels zur Gewährleistung der Einheit der Partei auszusprechen; von sich aus wird das ZK seinen Beschluß über die unverzügliche Einberufung des Parteitags durch seine Vertreter im Rat der Partei unterstützen lassen und sofort eine Reihe praktischer Vorbereitungsmaßnahmen treffen. Außerdem erklärt das ZK, daß es alles in seinen Kräften Stehende tun wird, um das auf Initiative einiger Komitees zur Einberufung des Parteitags entstandene „Organisationsbüro“ zur Durchführung der Einberufung des Parteitags heranzuziehen; die Vorbereitungsarbeiten dieses Büros können zur Beschleunigung und Erleichterung der Einberufung des Parteitags dienen.

Anmerkung. Die Einzelheiten der Heranziehung des „Organisationsbüros“ der Komitees der sogenannten „Mehrheit“ zur Vorbereitung der Einberufung des Parteitags sind auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung auszuarbeiten. Da das ZK in der sofortigen Einberufung eines Parteitags der gesamten Partei das letzte Mittel sieht, um die Spaltung zu verhüten und die faktische Einheit der Partei herzustellen, die allein imstande ist, uns die notwendige Kraft zur Erfüllung der vor der Sozialdemokratie Rußlands stehenden großen Aufgaben zu geben, ruft das ZK alle Parteimitglieder zur tatkräftigsten Vorbereitung des Parteitags, der in allernächster Zeit stattfinden muß, auf.

4. März 1905

ZK der SDAPR

2. Brief des ZK an das Büro der Komitees der Mehrheit vom 6. März 1905.

Am 4. März beschloß das ZK, die Komitees der Partei zur Vorbereitung des III. Parteitags aufzufordern; ferner beschloß es, seinerseits Maßnahmen zu ergreifen, um den Parteitag nach Möglichkeit in kürzester Zeit einzuberufen.

Da der Erfolg eines Parteitags der *gesamten Partei* und die schnellste Verwirklichung seiner Einberufung abhängig sind vom einmütigen Zusammenwirken möglichst aller Genossen und Organisationen, die sich *jetzt* für den Parteitag aussprechen, macht das ZK dem Organisationsbüro der Komitees der sogenannten „Mehrheit“ den Vorschlag, eine gegenseitige Vereinbarung in dieser Angelegenheit zu treffen und gemeinsam zu arbeiten, um den Parteitag schnellstens zusammentreten zu lassen und dafür zu sorgen, daß die ganze Partei so vollständig wie möglich auf dem Parteitag vertreten ist.

6. März 1905

ZK der SDAPR

3. Gemeinsamer Aufruf an die Partei im Namen des ZK und des Büros der Komitees der Mehrheit vom 12. März 1905.

An die Partei

Das Zentralkomitee und das Büro der Komitees der Mehrheit haben die Initiative zur Einberufung des III. Parteitags ergriffen und geben allen Parteiorganisationen bekannt, daß sie, ausgehend von der dringenden Notwendigkeit der unverzüglichen Durchführung des III. Parteitags zur Festlegung der allgemeinen Taktik der Partei und zur Herstellung der organisatorischen Einheit der Partei, eine Vereinbarung in bezug auf die gemeinsame Organisierung des Parteitags auf folgenden Grundlagen getroffen haben:

1. Der Parteitag wird einberufen auf Grund der in den Deklarationen des ZK und des Büros der Komitees der Mehrheit dargelegten Programme, woraus sich folgende Tagesordnung ergibt:

a) Konstituierung des Parteitags, b) Fragen der Parteitaktik, c) Fragen der Organisation der Partei: 1. Organisation der Zentralstellen, 2. Organisation der Komitees, 3. die Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteikörperschaften und ihren Teilen, d) Rechenschaftsberichte, e) Wahlen.

2. Zum Parteitag werden alle Parteiorganisationen eingeladen, die auf Grund des Statuts des II. Parteitags das Recht der Teilnahme mit beschließender Stimme haben, d. h. die vier Kaukasischen Komitees, die Komitees von Moskau, Petersburg, Twer, Tula und Nishni-Nowgorod, das Komitee des Nordens, die Komitees von Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw und Charkow, vom Dongebiet, von Woronesh, Nikolajew, Saratow, Samara, vom Nordwesten, von Polesje, von Astrachan und die Liga; die Bünde des Donezbeckens, der Krim, des Ural und Sibiriens*; alle übrigen werden mit beratender Stimme eingeladen.

* Hinsichtlich der Komitees von Riga, Smolensk, Kursk, Orjol-Brjansk, Kasan, Kremenschug, Jelisawetgrad und des Kubangebiets siehe Punkt 3 des Vertrags zwischen dem ZK und dem Büro der Komitees der Mehrheit.

3. Die bisher vom Büro der Komitees der Mehrheit geleistete Organisationsarbeit zur Einberufung des III. Parteitags wird gebilligt.

4. Die weitere Arbeit zur Einberufung des Parteitags wird gemeinsam vom Büro der Komitees der Mehrheit und vom ZK durchgeführt, die ein Organisationskomitee bilden.

5. Die in Nr. 89 der „Iskra“ veröffentlichte Resolution des Rats der Partei gegen die Einberufung des III. Parteitags wird vom ZK und vom Büro der Komitees der Mehrheit nicht als Grund betrachtet, die Arbeit zur Organisation des Parteitags einzustellen.

12. März 1905

Der Vertrag des ZK mit dem Büro der Komitees der Mehrheit vom gleichen Tag, dem 12. März 1905, ist vorläufig nicht zu veröffentlichen.

*

Wir können also einen vollen moralischen Sieg feiern! Rußland hat über die Ausländer gesiegt. Das Parteiprinzip hat das Zirkelwesen besiegt. In letzter Minute hat das ZK eingesehen, daß der vom Büro der Komitees der Mehrheit einberufene Parteitag ein wirklicher Parteitag ist, und hat sich ihm angeschlossen. Das Zentralkomitee hat in letzter Minute genügend Zivilcourage aufgebracht, um einer parteifeindlichen Politik den Rücken zu kehren und sich gegen den Rat im Ausland aufzulehnen. Nach dem Statut unserer Partei wird der Parteitag vom Rat einberufen und nicht vom Zentralkomitee. Also haben, juristisch gesprochen, irgendwelche Erklärungen und Vereinbarungen des ZK in dieser Frage keinerlei Gültigkeit. Aber als der Rat das Statut verletzte und sich der Rechenschaftslegung vor einem Parteitag entzog, durften die Komitees nicht nur, sondern mußten sie sogar die Initiative zur Einberufung des Parteitags ergreifen, und indem das ZK das von den Komitees gewählte Büro anerkannt hat, verzichtet es darauf, dem unglückseligen Beispiel des ohne Partei gebliebenen Rats der Partei zu folgen.

Über die konkreten Fragen der Vereinbarung zwischen dem ZK und dem Büro der Komitees der Mehrheit können wir uns jetzt nicht äußern. Alle diese Fragen und ebenso auch die Frage der Tagesordnung des Parteitags, seiner Zusammensetzung usw. kann natürlich nur der Parteitag selbst entscheiden. Wir beschränken uns darum lediglich darauf, dem Parteitag Erfolg zu wünschen und an alle Genossen zu appellieren, un-

verzüglich und aufs tatkräftigste mit der allseitigen Vorbereitung des Parteitags zu beginnen. Wir brauchen zum Schluß nur zu wiederholen, was wir im „Wperjod“ Nr. 11 sagten, nämlich daß „wir jetzt unmittelbar vor einem möglichen direkten, unzweideutigen Ausweg aus der Krise stehen“*.

„Wperjod“ Nr. 13,
5. April (23. März) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 235. *Die Red.*

DAS EUROPÄISCHE KAPITAL UND DIE SELBSTHERRSCHAFT

Die sozialdemokratische Presse hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß das europäische Kapital als Retter der russischen Selbstherrschaft auftritt. Ohne Auslandsanleihen könnte sie sich gar nicht halten. Für die französische Bourgeoisie war es vorteilhaft, ihren militärischen Verbündeten zu unterstützen, besonders solange die Zahlungen auf die Anleihen pünktlich geleistet wurden. Und die französischen Bourgeois haben denn auch der absolutistischen Regierung das kleine Sümmchen von *rund zehn Milliarden Franken* (etwa 4000 Millionen Rubel) geliehen.

Aber... nichts ist ewig unter dem Mond! Der Krieg mit Japan, der die ganze Morschheit der Selbstherrschaft enthüllt hat, untergrub schließlich auch den Kredit, den sie bei der „befreundeten und verbündeten“ französischen Bourgeoisie besessen hatte. Erstens hat der Krieg die militärische Schwäche Rußlands offenbart; zweitens hat die ununterbrochene Reihe von Niederlagen, eine schwerer als die andere, die Aussichtslosigkeit des Krieges und die Unausbleiblichkeit des völligen Zusammenbruchs des gesamten absolutistischen Regierungssystems gezeigt; drittens hat das mächtige Anschwellen der revolutionären Bewegung in Rußland die europäische Bourgeoisie in tödliche Angst vor einer solchen Explosion versetzt, die ja auch Europa in Flammen setzen kann. Der Zündstoff hat sich in den letzten Jahrzehnten zu ganzen Bergen angehäuft. Und alle diese Umstände, zusammengenommen, führten schließlich zur Verweigerung weiterer Anleihen. Als die absolutistische Regierung kürzlich versuchte, in Frankreich wie bisher eine Anleihe aufzunehmen, erhielt sie eine Absage: einerseits traut das Kapital der Selbstherrschaft nicht mehr; andererseits will das Kapital in seiner Angst vor der Revolution einen Druck auf die Selbst-

herrschaft ausüben, um einen Frieden mit Japan und einen Frieden mit der liberalen russischen Bourgeoisie herbeizuführen.

Das europäische Kapital spekuliert auf den Frieden. Die Bourgeoisie nicht nur in Rußland, sondern auch in Europa hat den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution zu begreifen begonnen, sie hat Angst vor einer wirklich vom Volk getragenen, siegreichen Bewegung gegen den Zarismus. Die Bourgeoisie will die „soziale Ordnung“ einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft vor übermäßigen Erschütterungen bewahren, sie möchte die russische Monarchie als konstitutionelle oder scheinkonstitutionelle Monarchie erhalten, und darum spekuliert die Bourgeoisie aus antiproletarischem und antirevolutionärem Interesse auf den Frieden. Diese unzweifelhafte Tatsache zeigt uns anschaulich, wie selbst eine so „einfache“ und klare Frage wie die Frage Krieg und Frieden nicht richtig gestellt werden kann, wenn der Klassenantagonismus der modernen Gesellschaft außer acht gelassen wird, wenn übersehen wird, daß die Bourgeoisie bei allem, was sie tut, so demokratisch und humanitär das auch scheinen mag, vor allem und am meisten die Interessen der eigenen Klasse, die Interessen des „sozialen Friedens“, d. h. die Interessen der Niederhaltung und Wehrlosmachung aller unterdrückten Klassen schützt. Deshalb unterscheidet sich naturgemäß die proletarische Fragestellung nach dem Frieden von der bürgerlich-demokratischen Fragestellung und muß sich von ihr unterscheiden, wie das auch in bezug auf den Freihandel, auf den Antiklerikalismus usw. der Fall ist. Das Proletariat kämpft gegen den Krieg und wird stets unbeirrt gegen ihn kämpfen, ohne jedoch auch nur einen Augenblick zu vergessen, daß die Beseitigung der Kriege nur gleichzeitig mit der vollständigen Beseitigung der Teilung der Gesellschaft in Klassen möglich ist, daß man, solange die Klassenherrschaft besteht, den Krieg nicht bloß vom demokratisch-sentimentalen Standpunkt allein beurteilen darf, daß man bei einem Krieg zwischen ausbeutenden Nationen die Rolle der fortschrittlichen und der reaktionären Bourgeoisie der einen oder der anderen Nation auseinanderhalten muß. Die russische Sozialdemokratie hatte Gelegenheit, diese allgemeinen Grundsätze des Marxismus auf den japanischen Krieg praktisch anzuwenden. Als wir die Bedeutung dieses Krieges einer Betrachtung unterzogen (Nr. 2 des „Wpe-rod“, der Artikel „Der Fall von Port Arthur“*), wiesen wir darauf hin,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 39/40. *Die Red.*

daß nicht nur unsere Sozialrevolutionäre (die Guesde und Hyndman wegen deren Sympathie für Japan tadelten), sondern auch die Neuiskristen auf einen falschen, bürgerlich-demokratischen Standpunkt abgeglitten sind. Bei den Neuiskristen äußerte sich das in Betrachtungen erstens über einen „Frieden um jeden Preis“ und zweitens über die Unzulässigkeit einer „Spekulation auf den Sieg der japanischen Bourgeoisie“. Die einen wie die anderen Betrachtungen waren nur eines bürgerlichen Demokraten würdig, der die politischen Fragen auf einen sentimental Boden stellt. Die Wirklichkeit hat jetzt gezeigt, daß die Losung „Frieden um jeden Preis“ zur Losung der europäischen Börsenkönige und Reaktionäre geworden ist (Fürst Meschtscherski im „Grashdanin“⁶⁶ spricht schon jetzt deutlich von der Notwendigkeit des Friedens zur Rettung der Selbstherrschaft). Die Spekulation auf den Frieden zur Niederschlagung der Revolution tritt uns augenfällig als Spekulation eines Reaktionärs entgegen, im Gegensatz zur Spekulation der *fortschrittlichen* Bourgeoisie auf den Sieg der japanischen Bourgeoisie. Die neuiskristischen Phrasen gegen das „Spekulieren“ überhaupt haben sich eben als sentimentale Phrasen erwiesen, die dem Klassenstandpunkt fernstehen und die verschiedenen Kräfte unberücksichtigt lassen.

Die Ereignisse, die das neue Gesicht der reaktionären Bourgeoisie offenbarten, stachen so sehr in die Augen, daß nunmehr auch die „Iskra“ ihren Fehler einzusehen begann. Hat sie in Nr. 83 über unsern Artikel in Nr. 2 des „Wperjod“ ärgerlich „geknurrt“, so können wir jetzt in Nr. 90 (im Leitartikel) mit Vergnügen lesen: „Man darf nicht *nur* den Frieden fordern, denn Frieden bei Aufrechterhaltung der Selbstherrschaft bedeutet das Verderben des Landes.“ Ganz recht: Man darf nicht nur den Frieden fordern, denn ein Zarenfriede ist nicht besser (manchmal sogar schlechter) als der Zarenkrieg; man darf nicht die Losung „Frieden um jeden Preis“ aufstellen, sondern nur Frieden zusammen mit dem Sturz der Selbstherrschaft, einen Frieden, der von einem befreiten Volk, einer freien konstituierenden Versammlung geschlossen wird, d. h. also Frieden nicht um jeden Preis, sondern nur in Verbindung mit dem Sturz der Selbstherrschaft. Wir wollen hoffen, daß die „Iskra“, nachdem sie das begriffen hat, nun auch begreifen wird, daß ihre hochmoralischen Tiraden gegen das Spekulieren auf einen Sieg der japanischen Bourgeoisie fehl am Platz sind.

Doch kehren wir zum europäischen Kapital und seiner politischen „Spekulation“ zurück. Wie sehr das zaristische Rußland dieses Kapital fürchtet, ist unter anderem aus folgendem aufschlußreichen Vorfall zu ersehen. Das Organ der konservativen englischen Bourgeoisie, die „Times“, veröffentlichte einen Artikel „Ist Rußland zahlungsfähig?“. In dem Artikel wurde bis ins einzelne nachgewiesen, welche „schlaue Mechanik“ den finanziellen Machenschaften der Herren Witte, Kokowzow und Co. zugrunde liegt. Sie wirtschaften ewig mit Defizit. Sie ziehen sich nur aus der Verlegenheit, um immer tiefer und tiefer in Schulden zu geraten. Dabei wird der Erlös der Anleihen für die Zeit von der einen Anleihe bis zur anderen in die Staatskasse gelegt, und dann wird triumphierend auf die „Goldreserve“ als „frei verfügbaren Bestand“ hingewiesen. Das leihweise erhaltene Gold wird jedermann als Beweis für den Reichtum und die Zahlungsfähigkeit Rußlands vorgewiesen! Kein Wunder, daß der englische Kaufmann diese Machenschaften mit dem Gaunerstreich der berühmten gewordenen Hochstapler Humbert vergleicht, die geliehenes oder auf betrügerische Weise erlangtes Geld (oder auch einen angeblich mit Geld gefüllten Safe) vorzuzeigen pflegten, um neue Anleihen aufzunehmen! „Wenn die russische Regierung auf den Märkten des Kontinents häufig als Schuldner erscheint“, schreibt die „Times“, „so wird das nicht durch Kapitalmangel hervorgerufen, nicht durch den Bedarf gewinnbringender Unternehmungen oder durch zeitweilige und außerordentliche Ausgaben, sondern fast ausschließlich durch das normale Defizit des Nationaleinkommens. Das aber bedeutet, daß Rußland bei einem dergleichen Stand der Dinge schnurstracks dem Bankrott entgegengeht. Durch seine nationale Bilanz versinkt Rußland mit jedem Jahr immer tiefer in Schulden. Seine Schulden an das Ausland übersteigen die nationalen Mittel, und es hat keine reale Sicherheit für diese Schulden. Seine Goldreserve ist ein riesiger Humbert-Safe, dessen vielgepriesene Millionen von den Opfern der Prellerei geliehen wurden und dazu dienen, diese Opfer weiter zu prellen.“

Wie schlau, nicht wahr? Man sucht sich ein Opfer aus, das man betrügen kann, und leiht sich von ihm Geld. Dann zeigt man eben diesem Opfer dasselbe Geld als Beweis des eigenen Reichtums, um neue Anleihen bei ihm aufzunehmen!

Der Vergleich mit der bekannten Hochstaplerfamilie Humbert war so

treffend und hat das „Wesen“ und den Sinn des berühmten „frei verfügbaren Bestands“ so eindeutig angeprangert, daß der Artikel des soliden konservativen Blatts Aufsehen erregte. Finanzminister Kokowzow höchstpersönlich sandte ein Telegramm an die „Times“, das von diesem Blatt auch sofort veröffentlicht wurde (am 23. [10.] März). Der beleidigte Kokowzow forderte in dem Telegramm die Redaktion der „Times“ auf, nach Petersburg zu kommen und persönlich die Größe der Goldreserve zu kontrollieren. Die Redaktion bedankte sich für die freundliche Einladung, lehnte sie aber ab, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in dem Artikel, der den Zarendiener beleidigt hatte, die Existenz der Goldreserve gar nicht bestritten worden war. Der Vergleich mit den Humberts sollte nicht besagen, daß Rußland die Goldreserve, auf die es sich beruft, nicht besitzt, sondern daß diese Reserve im Grunde aus fremdem, geliehenem und durch nichts gedecktem Geld besteht, das absolut kein Beweis für den Reichtum Rußlands ist und auf das sich bei weiteren Anleihen zu berufen lächerlich wäre!

Herr Kokowzow hat den *Witz* des scharfsinnigen und boshaften Vergleichs nicht begriffen und hat sich durch sein Telegramm in der ganzen Welt lächerlich gemacht. Die Kontrolle der Goldreserven in den Banken gehört nicht zu den Pflichten der Journalisten — antwortete die „Times“ dem Finanzminister. Und in der Tat, die Pflicht der Presse war es, das Wesen der Machenschaften aufzudecken, die mit Hilfe dieser zwar real existierenden, aber fiktiv als Beweis für den Reichtum des Landes hingestellten „Goldreserven“ getrieben werden. Nicht darum handelt es sich — belehrt das Blatt den russischen Minister in einem Artikel zu diesem komischen Telegramm —, nicht darum handelt es sich, ob ihr diese Goldreserve habt oder nicht. Wir glauben gern, daß ihr sie habt. Es handelt sich darum, wie eure Aktiva und Passiva aussehen? Wie groß die Summe eurer Schulden ist und welche Sicherheit ihr bietet? Oder einfacher gesagt, ist die Reserve, die ihr liegen habt, euer Eigentum oder ist sie geliehen und muß zurückgezahlt werden, wobei ihr gar nicht soviel besitzt, daß ihr die ganze Schuld zurückzahlen könnt? Die englischen Bourgeois machen sich über den einfältigen Minister lustig, setzen ihm in allen Tonarten diese wahrhaftig nicht allzu komplizierte Sache auseinander und fügen belehrend hinzu: Wenn ihr jemanden sucht, um euer Soll und Haben zu kontrollieren, warum wendet ihr euch nicht an die Vertreter

des russischen Volkes? Die Vertreter des Volkes wollen ja jetzt zu einem Semski Sobor oder einer Nationalversammlung, oder wie sie da bei euch heißt, zusammentreten. Sie werden sich bestimmt nicht weigern, nicht nur die famose „Goldreserve“, sondern auch die *gesamte* Finanzwirtschaft der Selbstherrschaft *gehörig* zu kontrollieren. Und sicher werden sie eine solche Kontrolle gründlich und mit voller Sachkenntnis durchführen können.

„Aber vielleicht“, schließt die „*Times*“ sarkastisch ihren Artikel, „vielleicht ist es die Gewißheit, daß eine Vertretungskörperschaft ihr Recht auf eine solche Kontrolle geltend machen wird – vielleicht ist es eben diese Gewißheit, die die Zarenregierung veranlaßt, die Einberufung einer solchen Versammlung zu fürchten, wenigstens in dem Fall, daß diese Versammlung eine halbwegs reale Macht besitzen sollte?“

Eine boshafte Frage. Sie ist um so boshafter, um so bedeutungsvoller, als im Grunde nicht die Zeitung „*Times*“, sondern die *gesamte europäische Bourgeoisie* diese Frage stellt – und das nicht als polemischen Ausfall, sondern um damit offen zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Selbstherrschaft mißtraut, daß sie ihr kein Geld leihen will, daß sie danach strebt, es mit einer gesetzlichen Vertretung der russischen Bourgeoisie zu tun zu haben. Das ist keine Frage, sondern eine Warnung. Das ist kein Spott, sondern ein *Ultimatum*, ein Ultimatum des europäischen Kapitals an die russische Selbstherrschaft. Wenn die Bundesgenossen Japans, die Engländer, dieses Ultimatum als einen Sarkasmus formulieren, so sagen die Bundesgenossen Rußlands, die Franzosen, durch den Mund des erkonservativen und erzbürgerlichen „*Temps*“ dasselbe, nur etwas milder; sie verstoßen die Pille, aber im Grunde weigern sie sich dennoch, weitere Anleihen zu gewähren, und raten der Selbstherrschaft, sowohl mit Japan als auch mit den russischen bürgerlichen Liberalen Frieden zu schließen. Hier noch die Stimme der nicht weniger soliden englischen Zeitschrift „*The Economist*“: „In Frankreich beginnt man endlich die Wahrheit über die russischen Finanzen zu erkennen. Wir haben bereits vielfach darauf hingewiesen, daß Rußland schon lange von geliehenem Geld lebt, daß sein Staatshaushalt trotz der schöngefärbten Erklärungen sämtlicher einander ablösender Finanzminister von Jahr zu Jahr mit einem großen Defizit abgeschlossen wird, obwohl diese Defizite äußerst geschickt durch buchhalterische Kunststücke verschleiert werden, und daß der famose ‚frei ver-

fügbare Bestand' hauptsächlich aus dem Erlös der Anleihen und zum Teil aus den Einlagen in der Staatsbank besteht." Nachdem diese Fachzeitschrift für Finanzfragen der russischen Selbstherrschaft die bittere Wahrheit gesagt hat, hält sie es jedoch für notwendig, einige bürgerliche Trost- worte hinzuzufügen: Wenn ihr jetzt sofort Frieden schließt und den Liberalen Konzessionen macht, würde Europa euch zweifellos wieder Millionen und aber Millionen zu leihen beginnen.

Vor unsern Augen spielt sich etwas ab, was man als Spekulation der internationalen Bourgeoisie auf die Rettung Rußlands vor der Revolution und des Zarismus vor dem völligen Zusammenbruch bezeichnen kann. Die Spekulanten verweigern die Anleihe und üben so einen Druck auf den Zaren aus. Sie setzen ihre Macht in Bewegung, die Macht des Geldsacks. Sie wünschen eine gemäßigte und akkurate bürgerlich-konstitutionelle (oder scheinkonstitutionelle) Ordnung in Rußland. Unter dem Einfluß der sich rasch entwickelnden Ereignisse schließen sie sich, trotz ihrer unterschiedlichen Nationalität, immer enger zu einem einheitlichen bürgerlichen antirevolutionären Block zusammen, die französischen Börsianer und die englischen Finanzgewaltigen, die deutschen Kapitalisten und die russischen Kaufleute. Im Geiste dieser äußerst gemäßigten bürgerlichen Partei handelt das „Oswoboshdenije“. In Nr. 67, wo Herr Struve das „Programm der demokratischen Partei“ darlegt und sogar (auf wie lange?) das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe anerkennt (und die Bewaffnung des Volkes bescheiden mit Schweigen übergeht!), schließt er seine neue profession de foi* mit folgender charakteristischer Erklärung, die „um der Wichtigkeit halber“ halbfett gedruckt ist: „In der gegenwärtigen Situation muß außerhalb des Programms und über dem Programm jeder fortschrittlichen Partei in Rußland die Forderung der sofortigen Beendigung des Krieges stehen. Praktisch bedeutet dies, daß die gegenwärtig in Rußland bestehende Regierung — durch Vermittlung Frankreichs — Friedensverhandlungen mit der japanischen Regierung einleiten muß.“ Plastischer könnte man den Unterschied zwischen der bürgerlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Forderung nach Beendigung des Krieges wohl kaum darstellen. Das revolutionäre Proletariat stellt diese Forderung nicht „über das Programm“, es wendet sich damit nicht an die „gegenwärtig bestehende Regierung“, sondern an

* Glaubensbekenntnis. Die Red.

die freie, wirklich souveräne konstituierende Volksversammlung. Das revolutionäre Proletariat „spekuliert“ nicht auf die Vermittlung der französischen Bourgeoisie, die den Frieden offensichtlich aus antirevolutionären und antiproletarischen Interessen herbeizuführen sucht.

Schließlich schachtet jetzt mit derselben internationalen Partei der gemäßigten Bourgeoisie im Grunde auch Herr Bulygin⁶⁷, indem er geschickt Zeit zu gewinnen sucht, den Gegner müde werden läßt, ihn mit Versprechungen abpeist, absolut nichts Positives gewährt und in Rußland alles, absolut alles beim alten läßt, angefangen beim Einsatz von Truppen gegen Streikende, über Verhaftungen unzuverlässiger Personen und Repressalien gegen die Presse bis zur niederträchtigen Aufhetzung der Bauern gegen die Intellektuellen, bis zur bestialischen Auspeitschung der aufständischen Bauern. Und die Liberalen gehen auf den Leim, manche schenken bereits Bulygin Glauben, und in der Juristischen Gesellschaft versucht Herr Kusmin-Karawajew die liberale Gesellschaft zu überreden, das allgemeine Wahlrecht preiszugeben um der... um der... um der schönen Augen des Herrn Bulygin willen!

Dem internationalen Bündnis der gemäßigten konservativen Bourgeoisie kann nur eine Kraft widerstehen: das internationale Bündnis des revolutionären Proletariats. Im Sinne der politischen Solidarität hat sich dieses Bündnis bereits vollkommen gebildet. Und was die praktische Seite der Sache und die revolutionäre Initiative betrifft, so hängt in dieser Hinsicht alles ab von der Arbeiterklasse Rußlands und vom Erfolg ihres gemeinsamen demokratischen Aufmarschs zum entscheidenden Kampf, zusammen mit den Millionen der Armen in Stadt und Land.

„Wperjod“ Nr. 13,
5. April (23. März) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

SOZIALDEMOKRATIE
UND PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE
REGIERUNG

*Geschrieben Ende März
- Anfang April 1905.*

*Veröffentlicht am 5. und 12. April
(23. und 30. März) 1905
im „Wperjod“ Nr. 13 und 14.*

Nach dem Manuskript.

I

Noch vor knapp fünf Jahren schien die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ vielen Vertretern der Sozialdemokratie als verfrüht, als unverständlich für die Arbeitermassen. Diese Vertreter wurden mit Recht zu den Opportunisten gezählt. Es wurde ihnen immer wieder erklärt und schließlich klargemacht, daß sie hinter der Bewegung zurückbleiben, daß sie die Aufgaben der Partei als des Vortrupps der Klasse, als ihres Führers und Organisators, als des Vertreters der Gesamtbewegung, ihrer Grund- und Hauptziele, nicht begreifen. Diese Ziele können vorübergehend durch die tagtägliche Kleinarbeit verdeckt werden, sie dürfen jedoch nie die Bedeutung eines Leitsterns für das kämpfende Proletariat verlieren.

Und nun ist die Zeit gekommen, da die Flamme der Revolution das ganze Land erfaßt hat, da auch die Ungläubigsten an die Unvermeidlichkeit des Sturzes der Selbstherrschaft in der nächsten Zukunft glauben. Und nun will es gleichsam die Ironie der Geschichte, daß sich die Sozialdemokratie noch einmal mit solchen reaktionären, opportunistischen Versuchen befassen muß, die Bewegung nach rückwärts zu zerren, ihre Aufgaben zu degradieren, ihre Losungen zu entstellen. Die Polemik gegen die Vertreter solcher Versuche wird zum Gebot der Stunde und gewinnt (entgegen der Ansicht sehr, sehr vieler, die eine Polemik innerhalb der Partei nicht gern sehen) eine gewaltige *praktische* Bedeutung. Denn je mehr wir uns der unmittelbaren Verwirklichung unserer nächsten politischen Aufgaben nähern, um so größer wird die Notwendigkeit, diese Aufgaben vollkommen klar zu verstehen, um so schädlicher wird jede Doppeldeutig-

keit, jedes Nicht-zu-Ende-Sprechen und Nicht-zu-Ende-Denken in dieser Frage.

Dabei gibt es reichlich viel Nicht-zu-Ende-Gedachtes bei den Sozialdemokraten im Lager der Neuiskristen oder (was fast dasselbe ist) der Rabotschedelzen. Nieder mit der Selbstherrschaft! — damit sind alle einverstanden, nicht nur alle Sozialdemokraten, sondern auch alle Demokraten, sogar alle Liberalen, wenn man ihren jetzigen Erklärungen glauben darf. Doch was bedeutet das? Wie soll dieser Sturz der jetzigen Regierung konkret erfolgen? Wer soll jene konstituierende Versammlung einberufen, die jetzt — unter Anerkennung des allgemeinen usw. Wahlrechts — auch die „Oswoboshdenije“-Leute als ihre Losung aufzustellen bereit sind (siehe Nr. 67 des „Oswoboshdenije“)? Worin soll die wirkliche Gewährleistung freier und die Interessen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringender Wahlen zu einer solchen Versammlung konkret bestehen?

Wer sich auf diese Fragen keine klare und genaue Antwort gibt, der begreift nicht die Losung: Nieder mit der Selbstherrschaft! Diese Fragen aber führen uns unvermeidlich zur Frage der provisorischen revolutionären Regierung; es ist ja nicht schwer zu verstehen, daß unter der Selbstherrschaft wirklich freie Wahlen des gesamten Volkes zu einer konstituierenden Versammlung bei vollständiger Garantie einer wirklich allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmabgabe nicht nur unwahrscheinlich, sondern geradezu unmöglich sind. Und wenn wir die praktische Forderung des sofortigen Sturzes der absolutistischen Regierung nicht ins Blaue hinein erheben wollen, so müssen wir uns immerhin klar sein, *durch welche andere Regierung* wir die zu stürzende Regierung ersetzen wollen, oder anders gesagt: wie denken wir uns die Stellung der Sozialdemokratie zu einer provisorischen revolutionären Regierung?

In dieser Frage zerren die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie, d. h. die Neuiskristen, die Partei ebenso heftig zurück, wie das die Rabotschedelzen vor fünf Jahren in der Frage des allgemeinen politischen Kampfes taten. Ihre reaktionären Ansichten in diesem Punkt sind am vollständigsten in Martynows Broschüre „Zwei Diktaturen“ entwickelt, die die „Iskra“ (Nr. 84) in einer besonderen Nctiz gebilligt und empfohlen hat und auf die wir schon mehrmals die Aufmerksamkeit unserer Leser gelenkt haben.

Gleich am Anfang seiner Broschüre schreckt uns Martynow mit folgender fürchterlicher Perspektive: Wenn eine feste Organisation der revolutionären Sozialdemokratie instande wäre, „den allgemeinen bewaffneten Volksaufstand“ gegen die Selbstherrschaft „festzusetzen und durchzuführen“, wie Lenin es erträumt, „ist es dann nicht offensichtlich, daß der allgemeine Volkswille sofort nach der Revolution gerade diese Partei als provisorische Regierung einsetzen würde? Ist es dann nicht offensichtlich, daß das Volk gerade dieser Partei und keiner anderen das nächste Schicksal der Revolution anvertrauen würde?“

Es ist unglaublich, aber wahr. Der künftige Historiker der russischen Sozialdemokratie wird verwundert feststellen müssen, daß gleich zu Beginn der russischen Revolution die Girondisten der Sozialdemokratie das revolutionäre Proletariat mit einer solchen Perspektive *schreckten!* Der ganze Inhalt der Martynowschen Broschüre (und einer ganzen Reihe von Artikeln und einzelnen Stellen in den Artikeln der neuen „Iskra“) läuft auf das Ausmalen der „Schrecknisse“ dieser Perspektive hinaus. Der geistige Führer der Neuiskristen sieht hier das Wahnbild der „Macht ergreifung“, ihm erscheint das Schreckgespenst des „Jakobinertums“, des Bakunismus, des Tkatschowismus und anderer schrecklicher Ismen, mit denen die alten Weiber, die sich an die Revolution angebiedert haben, so gern politische Säuglinge schrecken. Und selbstverständlich geht es hierbei nicht ohne „Zitate“ aus Marx und Engels ab. Armer Marx und armer Engels, welcher Mißbrauch ist nicht schon mit Zitaten aus ihren Werken getrieben worden! Wie erinnerlich, berief man sich auf die Wahrheit, daß „jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist“⁶⁸, um die Beschränktheit und Rückständigkeit *unserer* politischen Aufgaben und Methoden der politischen Agitation und des politischen Kampfes zu *rechtfertigen*. Jetzt wird Engels als falscher Zeuge für die Nachtrabpolitik zitiert. Er schrieb in „Der deutsche Bauernkrieg“: „Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert.“ Man braucht nur diesen Anfang des von Martynow angeführten langen Zitats aufmerksam durchzulesen, um sich davon zu überzeugen, wie unser Nachtrabpolitiker den Gedanken des Verfassers entstellt. Engels spricht von

der Regierung, die die Herrschaft einer Klasse sichert. Ist das nicht klar? In bezug auf das Proletariat ist das folglich die Regierung, die die Herrschaft des Proletariats sichert, d. h. die Diktatur des Proletariats zur Durchführung der sozialistischen Umwälzung. Martynow begreift das nicht und verwechselt die provisorische revolutionäre Regierung in der Epoche des Sturzes der Selbstherrschaft mit der gesicherten Herrschaft des Proletariats in der Epoche des Sturzes der Bourgeoisie, er verwechselt die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft mit der sozialistischen Diktatur der Arbeiterklasse. Aus der Fortsetzung des Zitats wird indes der Engelssche Gedanke noch klarer. Der Führer der extremen Partei, sagt er, „muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eignen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.“⁶⁹

Wie die hervorgehobenen Stellen deutlich zeigen, warnt Engels gerade vor der schiefen Stellung, in die ein Führer gerät, der die wahren Interessen „seiner eignen“ Klasse und den wahren Klasseninhalt der Umwälzung nicht erkennt. Der Anschaulichkeit halber wollen wir das unserem scharfsinnigen Martynow an einem einfachen Beispiel zu erklären versuchen. Als die Narodowolzen in dem Glauben, die Interessen der „Arbeit“ zu vertreten, sich selbst und anderen beteuerten, daß 90 Prozent der Bauern in der künftigen russischen konstituierenden Versammlung Sozialisten sein würden, gerieten sie dadurch in eine schiefe Stellung, die sie unrettbar zum politischen Untergang führen mußte, denn diese „Versprechungen und Beteuerungen“ entsprachen nicht der objektiven Wirklichkeit. In Wirklichkeit hätten sie die Interessen der bürgerlichen Demokratie, die „Interessen einer fremden Klasse“ durchgeführt. Beginnt Ihnen nicht ein Licht aufzugehen, verehrtester Martynow? Wenn die Sozialrevolutionäre die in Rußland unvermeidlich bevorstehenden Agrarreformen als „Sozialisierung“, als „Übergabe des Grund und Bodens an das Volk“, als den Anfang der „ausgleichenden Bodennutzung“ hinstellen, bringen sie sich in eine schiefe Stellung, die sie unrettbar zum politischen Untergang führen muß, denn in Wirklichkeit werden gerade jene Reformen, die sie anstreben, die Herrschaft einer fremden Klasse, der bäuerlichen Bourgeoisie, sichern, so daß ihre Phrasen, Versprechungen und Be-

teuerungen um so rascher durch die Wirklichkeit widerlegt werden, je schneller die Entwicklung der Revolution vor sich geht. Begreifen Sie immer noch nicht, worum es sich handelt, verehrtester Martynow? Begreifen Sie immer noch nicht, daß der Kern des Engelsschen Gedankens im Hinweis auf die Verderblichkeit des *Verkennens* der wahren geschichtlichen Aufgaben des Umsturzes besteht, daß die Worte von Engels folglich auf unsere Narodowolzen und „Sozialrevolutionäre“ anzuwenden sind?

II

Engels weist auf die Gefahr hin, daß die Führer des Proletariats den *nichtproletarischen* Charakter der Umwälzung verkennen, der gescheite Martynow aber leitet daraus die Gefahr ab, daß die Führer des Proletariats, die sich sowohl durch ihr Programm und ihre Taktik (d. h. die ganze Propaganda und Agitation) als auch durch ihre Organisation von der revolutionären Demokratie abgegrenzt haben, bei der Schaffung der demokratischen Republik eine führende Rolle spielen könnten. Engels sieht die Gefahr darin, daß der Führer den scheinsozialistischen mit dem realdemokratischen Inhalt des Umsturzes verwechselt, der gescheite Martynow aber leitet daraus die Gefahr ab, das Proletariat könnte zusammen mit der Bauernschaft bewußt die Diktatur übernehmen bei der Durchführung der demokratischen Republik, dieser letzten Form der bürgerlichen Herrschaft und der besten Form für den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Engels sieht die Gefahr in der falschen, schiefen Stellung, in der man eines sagt und etwas anderes tut, in der man die Herrschaft der einen Klasse verspricht und in Wirklichkeit die Herrschaft einer fremden Klasse sichert; Engels sieht in dieser falschen Stellung den unrettbaren politischen Untergang, der gescheite Martynow aber leitet die Gefahr des Untergangs daraus ab, daß die bürgerlichen Anhänger der Demokratie das Proletariat und die Bauernschaft daran hindern würden, eine wirkliche demokratische Republik zu sichern. Der gescheite Martynow ist außerstande zu begreifen, daß *ein solcher* Untergang, der Untergang eines Führers des Proletariats, der Untergang Tausender Proletarier im Kampf für eine wahrhaft demokratische Republik wohl ein physischer Untergang, aber durchaus kein politischer Untergang

wäre, daß er im Gegenteil eine hervorragende politische Errungenschaft des Proletariats sein würde, eine hervorragende Verwirklichung seiner Hegemonie im Kampf um die Freiheit. Engels spricht vom politischen Untergang desjenigen, der unbewußt von seinem Klassenweg auf einen fremden Klassenweg abgeleitet, der gescheite Martynow aber, der ehrfurchtsvoll Engels zitiert, spricht vom Untergang desjenigen, der auf dem richtigen Klassenweg immer weiter vorwärts schreitet.

Der Unterschied zwischen dem Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie und dem der Nachtrabpolitik tritt hier mit aller Deutlichkeit zutage. Martynow und die neue „Iskra“ scheuen vor der dem Proletariat zusammen mit der Bauernschaft zufallenden Aufgabe der radikalsten demokratischen Umwälzung zurück, scheuen zurück vor der sozialdemokratischen Leitung dieser Umwälzung und spielen so, wenn auch unbewußt, die Interessen des Proletariats der bürgerlichen Demokratie in die Hände. Aus dem richtigen Marxschen Gedanken, daß wir nicht eine Regierungs-, sondern eine Oppositionspartei der Zukunft vorzubereiten haben, zieht Martynow den Schluß, daß wir eine Nachtrabpolitik betreiben und zur *gegenwärtigen* Revolution in Opposition stehen müssen. Darauf läuft seine politische Weisheit hinaus. Hier seine Betrachtung, über die nachzudenken wir dem Leser sehr empfehlen möchten:

„Das Proletariat kann weder die ganze politische Macht im Staat noch einen Teil von ihr erlangen, solange es nicht die sozialistische Revolution durchgeführt hat. Das ist jener unwiderlegliche Grundsatz, der uns vom opportunistischen Jaurèsismus trennt...“ (Martynow, S. 58) — und der, fügen wir von uns aus hinzu, unwiderleglich beweist, daß der verehrte Martynow die Dinge nicht auseinanderzuhalten vermag. Die Beteiligung des Proletariats an einer Regierung, die sich der sozialistischen Umwälzung widersetzt, mit der Beteiligung des Proletariats an der demokratischen Revolution in einen Topf werfen heißt hoffnungslos verkennen, worum es sich handelt. Es ist genau dasselbe, als wollte man die Teilnahme Millerands an der Regierung des Henkers Galliffet mit der Teilnahme Varlins⁷⁰ an der Kommune, die die Republik verteidigt und durchgesetzt hat, in einen Topf werfen.

Doch hören wir weiter, was unser Verfasser da zusammenredet: „Wenn dem aber so ist, so liegt es auf der Hand, daß die bevorstehende Revolution keinerlei politische Formen *gegen den Willen der gesamten* (von

Martynow hervorgehoben) Bourgeoisie realisieren kann, denn sie wird Herr des morgigen Tages sein..." Erstens: warum wird hier nur von politischen Formen gesprochen, während im vorhergehenden Satz von der Macht des Proletariats überhaupt, bis zur sozialistischen Revolution, die Rede war? warum spricht der Verfasser nicht von der Realisierung ökonomischer Formen? Weil er, ohne es selbst zu merken, von der sozialistischen Umwälzung schon zur demokratischen hinüberggesprungen ist. Geht man aber von dieser aus (dies zweitens), dann ist es ganz verfehlt, wenn der Verfasser tout court (schlankweg) vom „Willen der gesamten Bourgeoisie“ spricht, denn für die Epoche der demokratischen Umwälzung ist gerade die Verschiedenheit des Willens der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie, die sich eben erst vom Absolutismus befreit, kennzeichnend. Von demokratischer Umwälzung reden und sich auf eine einfache und bloße Gegenüberstellung von „Proletariat“ und „Bourgeoisie“ beschränken ist die größte Dummheit, denn diese Umwälzung kennzeichnet gerade jene Entwicklungsperiode der Gesellschaft, in der sie in ihrer Masse zwischen Proletariat und Bourgeoisie steht und eine gewaltige kleinbürgerliche, bäuerliche Schicht bildet. Diese gigantische Schicht hat, gerade weil die demokratische Umwälzung noch nicht vollzogen ist, bei der Realisierung der politischen Formen viel mehr Interessen mit dem „Proletariat“ gemein als die „Bourgeoisie“ im eigentlichen und engeren Sinne des Wortes. In der Verkenntung dieser einfachen Sache liegt eine der Hauptquellen der Martynowschen Konfusion.

Weiter: „... Wenn dem so ist, dann kann der revolutionäre Kampf des Proletariats durch einfache Einschüchterung der Mehrheit der bürgerlichen Elemente nur zu einem führen: zur Wiederherstellung des Absolutismus in seiner ursprünglichen Gestalt, und das Proletariat wird natürlich vor diesem eventuellen Resultat nicht haltmachen, es wird im schlimmsten Fall nicht von einer Einschüchterung der Bourgeoisie Abstand nehmen, nämlich dann, wenn die Dinge entschieden dahin treiben, daß die im Zerfall begriffene Selbstherrschaft durch ein scheinkonstitutionelles Zugeständnis belebt und gefestigt werden soll. Doch das Proletariat hat, wenn es in den Kampf zieht, selbstverständlich nicht diesen schlimmsten Fall im Auge.“

Haben Sie das verstanden, lieber Leser? Das Proletariat wird nicht Abstand nehmen von einer Einschüchterung, die zur Wiederherstellung des Absolutismus führt, wenn ein scheinkonstitutionelles Zugeständnis

drohen sollte! Das ist genau dasselbe, als wenn ich sagen würde: Mir droht eine ägyptische Plage in Gestalt einer eintägigen Unterhaltung mit Martynow allein; deshalb greife ich im schlimmsten Fall zu einer Einschüchterung, die nur zu einer zweitägigen Unterhaltung mit Martynow und Martow führen kann. Das ist das reinste Kauderwelsch, Verehrtester!

Der Gedanke, der Martynow vorschwebte, als er den von uns wiedergegebenen Unsinn niederschrieb, besteht in folgendem: Wenn das Proletariat in der Epoche der demokratischen Umwälzung anfängt, die Bourgeoisie mit der sozialistischen Revolution zu schrecken, so wird das nur zu einer Reaktion führen, die auch die demokratischen Errungenschaften beeinträchtigt. Weiter nichts. Von einer Wiederherstellung des Absolutismus in seiner ursprünglichen Gestalt oder von einer Bereitschaft des Proletariats, im schlimmsten Fall zu einer schlimmen Dummheit Zuflucht zu nehmen, kann natürlich keine Rede sein. Das Ganze läuft wiederum auf jenen von Martynow übersehenen Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung hinaus, auf das Vorhandensein jener zahlenmäßig gigantischen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung, die zur Unterstützung der demokratischen Umwälzung fähig, aber unfähig ist, im gegebenen Zeitpunkt die sozialistische Umwälzung zu unterstützen.

Hören wir unsern gescheiten Martynow weiter: „... Offensichtlich muß sich der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie am Vorabend der bürgerlichen Revolution in mancher Hinsicht von dem gleichen Kampf in seinem Endstadium, am Vorabend der sozialistischen Revolution, unterscheiden...“ Ja, das ist offensichtlich, und hätte Martynow darüber nachgedacht, worin eben dieser Unterschied besteht, so würde er den vorhergegangenen Galimathias und überhaupt seine ganze Broschüre wohl kaum geschrieben haben.

„... Der Kampf um die Einflußnahme auf den Gang und Ausgang der bürgerlichen Revolution kann nur darin zum Ausdruck kommen, daß das Proletariat einen revolutionären Druck auf den Willen der liberalen und radikalen Bourgeoisie ausüben wird, daß die demokratischeren ‚unteren Schichten‘ der Gesellschaft ihre ‚oberen Schichten‘ zwingen werden, in die Durchführung der bürgerlichen Revolution bis zu ihrem logischen Ende einzuwilligen. Der Kampf wird darin zum Ausdruck kommen, daß das Proletariat bei jeder Gelegenheit die Bourgeoisie vor das Dilemma

stellen wird: entweder zurück in die Fesseln des Absolutismus, in denen sie erstickt, oder vorwärts mit dem Volk.“

Diese Tirade ist der zentrale Punkt der Martynowschen Broschüre. Hier haben wir ihre Quintessenz, alle ihre grundlegenden „Ideen“. Und als was entpuppen sich diese gescheiterten Ideen? Sehen wir zu: Wer sind diese „unteren Schichten“ der Gesellschaft, dieses „Volk“, dessen sich unser weiser Gelehrter endlich entsinnt? Das ist eben jene viele Millionen zählende kleinbürgerliche Schicht in Stadt und Land, die durchaus fähig ist, als revolutionärer Demokrat zu handeln. Und was ist dieser Druck des Proletariats plus der Bauernschaft auf die oberen Schichten der Gesellschaft, was ist diese Vorwärtsbewegung des Proletariats zusammen mit dem Volk trotz der oberen Schichten der Gesellschaft? Das ist eben jene revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, gegen die unser Nachtrabpolitiker vom Leder zieht! Er hat nur Angst, zu Ende zu denken, hat Angst, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Er gebraucht deshalb Worte, deren Bedeutung er nicht begreift, er wiederholt zaghaft, mit lächerlichen und dummen Verrenkungen* Losungen, deren wahrer Sinn ihm entgeht. Nur einem Nachtrabpolitiker kann daher im „interessantesten“ Teil seiner Schlußfolgerungen ein solches Kuriosum passieren: revolutionärer Druck des Proletariats und des „Volkes“ auf die oberen Schichten der Gesellschaft, aber ohne revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft — das konnte nur ein Martynow fertigbringen! Martynow möchte, daß das Proletariat den oberen Schichten der Gesellschaft droht, es werde mit dem Volk vorwärts schreiten, gleichzeitig aber soll das Proletariat mit seinen neuskristischen Führern fest beschließen, auf dem demokratischen Wege nicht vorwärts zu gehen, da dies der Weg der revolutionär-demokratischen Diktatur ist. Martynow möchte, daß das Proletariat einen Druck auf den Willen der oberen Schichten ausübt, indem es seine eigene Willenlosigkeit bekundet. Martynow möchte, daß das Proletariat die oberen Schichten zu der „Einwilligung“ bewegt, die bürgerliche Revolution bis zu ihrem logischen demokratisch-republikanischen Ende zu führen, und zwar dadurch bewegt, daß es seine eigene Angst bekundet, zu-

* Wir haben bereits vermerkt, wie unsinnig der Gedanke ist, das Proletariat könnte, sei es auch nur im schlimmsten der schlimmsten Fälle, die Bourgeoisie nach rückwärts stoßen.

sammen mit dem Volk dieses Zuendeführen der Revolution *auf sich zu nehmen*, die Macht und die demokratische Diktatur zu übernehmen. Martynow möchte, daß das Proletariat bei der demokratischen Umwälzung die Avantgarde ist, und *deshalb* schreckt der gescheite Martynow das Proletariat mit der Perspektive der Beteiligung an der provisorischen revolutionären Regierung, falls der Aufstand Erfolg haben sollte!

Das ist der Gipfel der reaktionären Nachtrabpolitik. Man sollte sich vor Martynow wie vor einem Heiligen bis zur Erde verneigen, weil er die Nachtrabtendenzen der neuen „Iskra“ zu Ende geführt und sie in einer höchst aktuellen und grundlegenden politischen Frage so plastisch und systematisch zu Papier gebracht hat.*

III

Wo liegt die Quelle der Martynowschen Konfusion? Darin, daß er die demokratische und die sozialistische Umwälzung miteinander vermengt, daß er die Rolle der Zwischenschicht, jener Schicht des Volkes vergißt, die zwischen der „Bourgeoisie“ und dem „Proletariat“ steht (die kleinbürgerliche Masse der armen Stadt- und Dorfbevölkerung, die „Halbproletarier“, die Halbeigentümer), daß er die wahre Bedeutung unseres Minimalprogramms nicht versteht. Martynow hat läuten hören, daß es einem Sozialisten nicht geziemt, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen (wenn das Proletariat für die sozialistische Umwälzung kämpft), und er beeilt sich, dies so zu „verstehen“, daß man nicht zusammen mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie an der revolutionär-demokratischen Umwälzung und an jener Diktatur teilnehmen dürfe, die zur vollständigen Durchführung einer solchen Umwälzung notwendig ist. Martynow hat unser Minimalprogramm gelesen, aber nicht bemerkt, daß die strenge Aussonderung der Umgestaltungen, die sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft verwirklichen lassen, zum Unterschied von den sozialistischen Umgestaltungen keine rein theoretische, sondern eine höchst lebensnahe, praktische Bedeutung hat; er hat nicht bemerkt, daß dieses Programm in der Revolutionsperiode einer sofortigen praktischen Über-

* Der Artikel war bereits gesetzt, als uns Nr. 93 der „Iskra“ zuging, auf die wir noch zurückkommen werden.⁷¹

prüfung und Anwendung unterliegt. Martynow hat sich nicht überlegt, daß der Verzicht auf die Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur in der Zeit des Sturzes der Selbstherrschaft gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf die Durchführung unseres Minimalprogramms. In der Tat, man erinnere sich nur all der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die in diesem Programm formuliert sind, an die Forderung der Republik, der Volksbewaffnung, der Trennung der Kirche vom Staat, der vollen demokratischen Freiheiten, der entschiedenen ökonomischen Reformen. Ist es denn nicht klar, daß die Durchführung dieser Umgestaltungen auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung ohne die revolutionär-demokratische Diktatur der unteren Klassen nicht denkbar ist? Ist es denn nicht klar, daß es sich hier eben nicht allein um das Proletariat im Gegensatz zur „Bourgeoisie“ handelt, sondern um die „unteren Klassen“, die die aktive, vorwärtstreibende Kraft jeder demokratischen Umwälzung sind? Diese Klassen sind das Proletariat *plus* die nach Dutzenden Millionen zählende Schicht der armen Stadt- und Dorfbevölkerung, deren Existenzbedingungen kleinbürgerlich sind. Die Zugehörigkeit sehr vieler Vertreter dieser Masse zur Bourgeoisie steht außer Zweifel. Aber noch weniger zu bezweifeln ist, daß die völlige Verwirklichung der Demokratie im Interesse dieser Masse liegt und daß, je aufgeklärter diese Masse, um so unvermeidlicher ihr Kampf für diese völlige Verwirklichung ist. Der Sozialdemokrat wird natürlich niemals die zwiespältige politisch-ökonomische Natur der städtischen und ländlichen Kleinbürgermasse vergessen; er wird niemals vergessen, daß das für den Sozialismus kämpfende Proletariat eine besondere und selbständige Klassenorganisation haben muß. Er wird aber auch nicht vergessen, daß diese Masse „außer einer Vergangenheit eine Zukunft, außer Vorurteilen ein Urteil hat“⁷², das sie vorwärts treibt, vorwärts zur revolutionär-demokratischen Diktatur; er wird nicht vergessen, daß Aufklärung nicht allein durch Bücher erfolgt und sogar nicht so sehr durch Bücher als vielmehr durch den Gang der Revolution selbst, die den Menschen die Augen öffnet, die eine politische Schule ist. Unter solchen Umständen kann eine Theorie, die auf die Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur verzichtet, nicht anders bezeichnet werden denn als eine philosophische Rechtfertigung der politischen Rückständigkeit.

Der revolutionäre Sozialdemokrat wird eine solche Theorie mit Verachtung von sich weisen. Am Vorabend der Revolution wird er nicht nur

auf das „schlimme Ende“ hinweisen. Nein, er wird auch darauf hinweisen, daß ein gutes Ende möglich ist. Er wird davon träumen — er ist verpflichtet zu träumen, wenn er kein hoffnungsloser Philister ist —, daß es uns nach der gigantischen Erfahrung Europas, nach der beispiellosen Energieentfaltung der Arbeiterklasse in Rußland gelingen wird, für die unaufgeklärten und niedergebeugten Massen heller denn je die Fackel des revolutionären Lichtes zu entzünden, daß es uns gelingen wird — dank dem Umstand, daß wir auf den Schultern einer ganzen Reihe revolutionärer Generationen Europas stehen —, alle demokratischen Umgestaltungen, unser ganzes Minimalprogramm in einer noch nicht dagewesenen Vollständigkeit zu verwirklichen; daß es uns gelingen wird zu erreichen, daß die russische Revolution nicht eine Bewegung von einigen Monaten, sondern eine Bewegung von vielen Jahren wird, daß sie nicht nur zu kleinen Zugeständnissen der Gewalthaber, sondern zu deren völligem Sturz führt. Wenn dies aber gelingt, dann ... dann wird der revolutionäre Brand Europa in Flammen setzen; der unter der bürgerlichen Reaktion schmachkende europäische Arbeiter wird sich seinerseits erheben und uns zeigen, „wie man's macht“, dann wird der revolutionäre Aufschwung Europas auf Rußland zurückwirken und aus der Epoche einiger Revolutionsjahre eine Epoche von mehreren Revolutionsjahrzehnten machen, dann ... aber wir werden noch mehr als einmal Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, was wir „dann“ tun werden; dann werden wir nicht aus der verwünschten Genfer Ferne sprechen, sondern vor tausendköpfigen Arbeiterversammlungen in den Straßen von Moskau und Petersburg, vor den freien Versammlungen der russischen Bauern.

IV

Den Philistern der neuen „Iskra“ und ihrem „geistigen Führer“, unserem wackeren Buchstabenlehrten Martynow, kommen solche Träumereien natürlich fremd und seltsam vor. Sie fürchten die volle Verwirklichung unseres Minimalprogramms durch die revolutionäre Diktatur des einfachen, gemeinen Volkes. Sie fürchten für ihr eigenes Erkenntnisvermögen, sie haben Angst, in ihrem auswendig gelernten (aber nicht durchdachten) Lehrbuch den Faden zu verlieren, sie fürchten, daß sie nicht imstande sein werden, die richtigen und kühnen Schritte der demokra-

tischen Umgestaltungen von den abenteuerlichen Sprüngen des die Klassen ignorierenden Volkstümlersozialismus oder des Anarchismus zu unterscheiden. Ihre Philisterseele sagt ihnen mit Recht, daß es bei raschem Vorwärtsschreiten schwerer ist, den richtigen Weg zu erkennen und schnell die komplizierten und neuen Fragen zu lösen, als bei der Routine der tagtäglichen Kleinarbeit; daher murmeln sie instinktiv: Verschone mich, verschone mich! Möge der Kelch der revolutionär-demokratischen Diktatur an mir vorübergehen! Wenn wir bloß am Leben bleiben! Meine Herren, geht doch lieber „langsamen Schritts, im schüchternen Zickzack“ voran...!

Kein Wunder, daß es einem Parvus, der die Neuskristen großmütig unterstützte, solange es sich vorwiegend um die Kooptierung altehrwürdiger und verdienstvoller Leute handelte, schließlich in einer solchen Sumpfgesellschaft unheimlich geworden ist. Kein Wunder, daß ihn in dieser Gesellschaft immer häufiger das „taedium vitae“, Überdruß des Lebens, heimsuchte. Und schließlich wurde er rebellisch. Er blieb nicht stehen bei der Verteidigung der Losung „die Revolution organisieren“, die der neuen „Iskra“ tödlichen Schrecken eingejagt hatte, er machte nicht halt bei den Aufrufen, die von der „Iskra“ als Sonderdrucke veröffentlicht wurden, wobei sie sogar angesichts der „jakobinischen“ Schrecknisse die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu erwähnen unterließ.* Nein. Nachdem Parvus den Alpdruck der superklugen Axelrodschen (oder Luxemburgschen?) Theorie von der Organisation als Prozeß abgeschüttelt hat, ist er endlich imstande, vorwärtszugehen, statt wie ein Krebs rückwärts zu krabbeln. Er wollte sich nicht der „Sisyphusarbeit“⁷³ endloser Korrekturen an den Martynowschen und Martowschen Dummheiten unterziehen. Er trat direkt (leider zusammen mit dem Schwätzer Trotzki im Vorwort zu dessen schwatzhafter Broschüre „Vor dem 9. Januar“) mit einer Verteidigung der Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur hervor, der Idee von der Pflicht der Sozialdemokratie, an der provisorischen revolutionären Regierung nach dem Sturz der Selbstherrschaft

* Ich weiß nicht, ob unsere Leser die charakteristische Tatsache bemerkt haben: unter dem Haufen Plunder, den die neue „Iskra“ in Form von Sonderdrucken herausgibt, befanden sich auch gute Schriften, die von Parvus unterzeichnet waren. Die Redaktion der „Iskra“ hat sich gerade von diesen Sonderdrucken distanziert, indem sie weder unsere Partei noch ihren Verlag erwähnte.

teilzunehmen. Parvus hat tausendmal recht, wenn er sagt, daß die Sozialdemokratie kühne Schritte nach vorwärts nicht fürchten dürfe, sich nicht scheuen dürfe, Hand in Hand mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie dem Feind gemeinsame „Schläge“ zu versetzen, unter der unerläßlichen (sehr zeitgemäß in Erinnerung gebrachten) Bedingung, daß die Organisationen nicht vermengt werden; getrennt marschieren, vereint schlagen; die Verschiedenartigkeit der Interessen nicht verheimlichen; auf seinen Verbündeten wie auf seinen Feind aufpassen usw.

Aber je glühender unsere Sympathie für alle diese Losungen eines revolutionären Sozialdemokraten ist, der den Nachtrabpolitikern den Rücken gekehrt hat, um so unangenehmer haben uns einige von Parvus angeschlagene falsche Töne berührt. Wir verweisen auf diese kleinen Unrichtigkeiten nicht aus Nörgelei, sondern deshalb, weil man von ihm, dem viel gegeben ist, auch viel fordern wird. Am gefährlichsten wäre es jetzt, wenn die richtige Stellung von Parvus durch seine eigene Unbedachtsamkeit kompromittiert würde. Zu den zumindest unbedachten Wendungen in dem uns vorliegenden Vorwort von Parvus zu Trotzki's Broschüre gehört folgender Satz: „Wenn wir das revolutionäre Proletariat von den anderen politischen Strömungen absondern wollen, so müssen wir fähig sein, ideologisch an der Spitze der revolutionären Bewegung zu stehen“ (das ist richtig), „und am revolutionärsten von allen zu sein.“ Das ist falsch. Das heißt, es ist falsch, wenn man diesen Satz in jenem allgemeinen Sinn auffaßt, den er durch die Parvussche Redewendung erhält, es ist falsch vom Standpunkt des Lesers, der dieses Vorwort als etwas Selbständiges ansieht, unabhängig von Martynow und den Neuiskristen, die Parvus nicht erwähnt. Betrachtet man diesen Satz dialektisch, d. h. relativ, konkret, von allen Seiten, ohne es jenen literarischen Dilettanten gleichzutun, die sogar nach vielen Jahren aus einem geschlossenen Werk einzelne Sätze herausgreifen und ihren Sinn entstellen, so wird klar, daß dies von Parvus gerade gegen die Nachtrabpolitik gerichtet ist, und *insoweit* ist es richtig (vergleiche besonders die nachfolgenden Worte von Parvus: „wenn wir hinter der revolutionären Entwicklung *zurückbleiben*“ usw.). Aber der Leser kann doch nicht die Nachtrabpolitiker allein im Auge haben, und unter den gefährlichen Freunden der Revolution aus dem Lager der Revolutionäre gibt es außer den Nachtrabpolitikern noch ganz andere Leute: es gibt die „Sozialrevolutionäre“, es gibt Leute, die, vom Strom der Er-

eignisse mitgerissen, der revolutionären Phrase hilflos gegenüberstehen wie Nadeshdin und seinesgleichen, oder solche, bei denen der Instinkt die revolutionäre Weltanschauung ersetzt (wie Gapon). Die hat Parvus vergessen, und zwar deshalb vergessen, weil seine Darstellung, die Entwicklung seines Gedankens nicht frei vor sich ging, sondern durch die angenehme Erinnerung an jene Martynowerei gehemmt war, vor der er den Leser zu warnen versucht. Die Darstellung von Parvus ist nicht genügend konkret, denn er berücksichtigt nicht die Gesamtheit der verschiedenen in Rußland vorhandenen revolutionären Strömungen, die in der Epoche der demokratischen Umwälzung unvermeidlich sind und naturgemäß die ungenügende klassenmäßige Abgrenzung innerhalb der Gesellschaft in einer solchen Epoche widerspiegeln. Unklare, mitunter sogar reaktionäre sozialistische Gedanken verhüllen in einer solchen Zeit ganz unvermeidlich die revolutionär-demokratischen Programme und verstecken sich hinter der revolutionären Phrase (man denke an die Sozialrevolutionäre und an Nadeshdin, der allem Anschein nach nur die Visitenkarte änderte, als er von den „revolutionären Sozialisten“ zur neuen „Iskra“ überging). Unter solchen Umständen können und werden wir Sozialdemokraten nie die Lösung aufstellen „am revolutionärsten von allen sein“. Mit dem Revolutionismus eines vom Klassenboden losgerissenen Demokraten, der mit Phrasen prunkt und auf gangbare und billige Lösungen (besonders auf dem Agrargebiet) erpicht ist, wollen wir es gar nicht erst aufnehmen; wir werden uns im Gegenteil diesem Revolutionismus gegenüber stets kritisch verhalten, werden die wahre Bedeutung der Worte, den wahren Inhalt der idealisierten großen Ereignisse aufdecken und eine nüchterne Einschätzung der Klassen und der Schattierungen innerhalb der Klassen in den heißesten Situationen der Revolution lehren.

Ebenso falsch, und zwar aus demselben Grunde, sind die Sätze von Parvus: „Die provisorische revolutionäre Regierung in Rußland wird eine Regierung der Arbeiterdemokratie sein“, „wenn die Sozialdemokratie an der Spitze der revolutionären Bewegung des russischen Proletariats stehen wird, so wird diese Regierung eine sozialdemokratische sein“, die sozialdemokratische provisorische Regierung „wird eine geschlossene Regierung mit einer sozialdemokratischen Mehrheit sein“. Das *kann nicht sein*, wenn nicht von zufälligen, flüchtigen Episoden die Rede ist, sondern von einer revolutionären Diktatur, die einigermaßen von Dauer, einigermaßen im-

stande sein soll, in der Geschichte Spuren zu hinterlassen. Das kann nicht sein, weil einigermaßen dauerhaft (natürlich nicht absolut, sondern relativ) nur eine revolutionäre Diktatur sein kann, die sich auf die überwiegende Mehrheit des Volkes stützt. Das russische Proletariat aber bildet jetzt die Minderheit der Bevölkerung Rußlands. Zu einer überwiegenden, überwältigenden Mehrheit kann es nur werden, wenn es sich mit der Masse der Halbproletarier, der Halbeigentümer, d. h. mit der Masse der kleinbürgerlichen armen Bevölkerungsschichten in Stadt und Land vereinigt. Eine solche Zusammensetzung der sozialen Basis einer möglichen und wünschenswerten revolutionär-demokratischen Diktatur wird sich natürlich auch in der Zusammensetzung der revolutionären Regierung widerspiegeln, sie wird die Beteiligung der buntscheckigsten Vertreter der revolutionären Demokratie an dieser Regierung oder sogar ihr Übergewicht in dieser Regierung unvermeidlich machen. Es wäre überaus schädlich, sich in dieser Hinsicht irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Wenn der Schwätzer Trotzki jetzt (leider neben Parvus) schreibt, daß „der Priester Gapon eine einmalige Erscheinung“ sei, daß es „für einen zweiten Gapon keinen Platz gibt“, so lediglich deshalb, weil er eben ein Schwätzer ist. Gäbe es in Rußland keinen Platz für einen zweiten Gapon, so würde es bei uns auch keinen Platz für eine wirklich „große“, ihre Aufgaben bis zu Ende durchführende demokratische Revolution geben. Um zu einer großen zu werden, um an die Jahre 1789—1793, nicht 1848—1850, zu erinnern und sie noch zu übertreffen, muß sie gigantische Massen zu aktivem Leben, zu heroischen Anstrengungen, zu „gründlicher geschichtlicher Aktion“ aufrütteln, muß sie sie aus fürchterlicher Finsternis, aus beispielloser Bedrückung, aus unsäglicher Verwilderung und hoffnungsloser Stumpfheit emporheben. Die Revolution ist schon dabei, sie aufzurütteln, und sie hebt sie auch empor — die Regierung selbst erleichtert dies durch ihren krampfhaften Widerstand; aber selbstverständlich kann von einem reifen politischen Bewußtsein, von einem sozialdemokratischen Bewußtsein dieser Massen und ihrer zahlreichen „urwüchsigen“ Volks- oder gar Bauernführer keine Rede sein. Sie können nicht sofort, ohne eine Reihe revolutionärer Prüfungen durchgemacht zu haben, Sozialdemokraten werden, nicht nur infolge ihrer Unwissenheit (eine Revolution klärt, wir wiederholen es, mit märchenhafter Geschwindigkeit auf), sondern deshalb, weil sie ihrer Klassenlage nach keine Proletarier sind, weil

die objektive Logik der historischen Entwicklung sie im gegenwärtigen Zeitpunkt vor die Aufgaben durchaus nicht einer sozialistischen, sondern einer demokratischen Umwälzung stellt.

Und an dieser Umwälzung wird das revolutionäre Proletariat mit aller Energie teilnehmen, es wird die jämmerliche Nachtrapolitik der einen wie die revolutionäre Phrase der andern zurückweisen, wird in den schwindelerregenden Wirbel der Geschehnisse klassenmäßige Bestimmtheit und Klassenbewußtsein hineintragen, wird unentwegt und mutig vorwärtsschreiten, wird die revolutionär-demokratische Diktatur nicht fürchten, sondern sie vielmehr leidenschaftlich herbeisehnen, wird für die Republik und die volle republikanische Freiheit, für ernsthafte ökonomische Reformen kämpfen, damit eine wirklich weite und des 20. Jahrhunderts wirklich würdige Arena für den Kampf um den Sozialismus geschaffen wird.

DIE REVOLUTIONÄRE DEMOKRATISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER BAUERNSCHAFT⁷⁴

Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung hat ihre Aktualität nicht so sehr durch den Gang der Ereignisse erhalten als vielmehr durch die theoretischen Betrachtungen von Sozialdemokraten einer gewissen Richtung. In zwei Feuilletons (Nr. 13 und 14) haben wir die Ausführungen Martynows, der diese Frage als erster aufgerollt hat, untersucht. Es hat sich jedoch gezeigt, daß das Interesse für diese Frage so groß und die durch diese Ausführungen (siehe insbesondere Nr. 93 der „Iskra“) hervorgerufenen Mißverständnisse so gewaltig sind, daß es geboten erscheint, noch einmal auf diese Frage einzugehen. Unabhängig von der Einstellung der Sozialdemokraten zu der Wahrscheinlichkeit, daß wir in naher Zukunft diese Frage nicht nur theoretisch werden entscheiden müssen, ist auf jeden Fall Klarheit über die nächsten Ziele eine Notwendigkeit für die Partei. Ohne eine klare Antwort auf diese Frage ist schon jetzt eine konsequente, von Schwankungen oder Unklarheiten freie Propaganda und Agitation unmöglich.

Versuchen wir, das Wesen der Streitfrage zu rekonstruieren. Wenn wir nicht nur Zugeständnisse seitens der Selbstherrschaft, sondern ihren wirklichen Sturz wollen, so müssen wir die Ablösung der Zarenregierung durch eine provisorische revolutionäre Regierung anstreben, die einerseits auf Grund eines wirklich allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe eine konstituierende Versammlung einberuft und andererseits imstande ist, tatsächlich vollständige Freiheit für die Zeit der Wahlen zu sichern. Und nun fragt sich, ob es für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei statthaft ist, sich an einer solchen provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen? Diese Frage ist zum

КАВКАЗСКИЙ СОЮЗЪ РОС. СОЦ.-ДЕМ. РАБОЧЕЙ ПАРТІИ.

Пролетаріи всѣхъ странъ, соединяйтесь!

Брошюры по партійнымъ вопросамъ № 3.

**РЕВОЛЮЦИОННАЯ ДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ ДИКТА-
ТУРА ПРОЛЕТАРИАТА И КРЕСТЬЯНСТВА.**

(Перепеч. изъ № 14 „Впередъ“).



Издание Союзнаго Комитета.



Типографія Союза.

1905.

Umschlag der Broschüre W. I. Lenins
„Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats
und der Bauernschaft“

Herausgegeben vom Kaukasischen Bund der SDAPR
1905

erstenmal von den Vertretern des opportunistischen Flügels unserer Partei, namentlich von Martynow, noch vor dem 9. Januar aufgeworfen worden, wobei er und mit ihm auch die „Iskra“ diese Frage negativ entschieden. Martynow versuchte die Auffassungen der revolutionären Sozialdemokraten ad absurdum zu führen, indem er sie damit *schreckte*, daß wir, falls die Organisation der Revolution Erfolg haben und unsere Partei die Führung des bewaffneten Volksaufstands übernehmen sollte, *genötigt* sein würden, uns an einer provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen. Eine solche Beteiligung aber sei eine unzulässige „Macht-ergreifung“, ein für eine sozialdemokratische Klassenpartei unstatthafter „vulgärer Jaurèsismus“.

Verweilen wir bei den Betrachtungen der Anhänger dieser Auffassung. Wenn wir in der provisorischen Regierung sind, sagt man uns, werde die Sozialdemokratie die Macht in Händen halten; die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats könne aber die Macht nicht in Händen halten, ohne den Versuch zu machen, unser Maximalprogramm zu verwirklichen, d. h. ohne zu versuchen, die sozialistische Umwälzung durchzuführen. Bei einem solchen Unterfangen aber würde sie heute unvermeidlich eine Niederlage erleiden und sich nur blamieren, nur der Reaktion in die Hände spielen. Darum sei die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung unzulässig.

Dieser Gedankengang beruht auf einer Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, des Kampfes für die Republik (unser ganzes Minimalprogramm mit einbegriffen) und des Kampfes für den Sozialismus. Wollte sich die Sozialdemokratie sofort die sozialistische Umwälzung zum Ziel setzen, so würde sie sich in der Tat nur blamieren. Gerade gegen solche verworrenen und unklaren Ideen unserer „Sozialrevolutionäre“ hat jedoch die Sozialdemokratie stets gekämpft. Gerade deshalb betonte sie stets den bürgerlichen Charakter der in Rußland bevorstehenden Revolution, gerade deshalb forderte sie die strenge Trennung des demokratischen Minimalprogramms vom sozialistischen Maximalprogramm. Einzelne Sozialdemokraten, die dazu neigen, vor der Spontaneität zu kapitulieren, mögen all das während der Umwälzung vergessen, nicht aber die Partei als Ganzes. Die Anhänger dieser irrigen Meinung verfallen in eine Anbetung der Spontaneität, wenn sie glauben, der Gang der Dinge werde die Sozialdemokratie zwingen, in einer solchen

Lage gegen ihren Willen an die Durchführung der sozialistischen Umwälzung zu gehen. Wäre dem so, dann wäre also unser Programm falsch, dann würde es dem „Gang der Dinge“ nicht entsprechen: gerade das befürchten die Anbeter der Spontaneität, sie fürchten für die Richtigkeit unseres Programms. Aber ihre Furcht (die wir in unseren Feuilletons psychologisch zu erklären versuchten) ist im höchsten Grade unbegründet. Unser Programm ist richtig. Gerade der Gang der Dinge wird es unbedingt bestätigen, und je weiter, je mehr. Gerade der Gang der Dinge wird uns die unbedingte Notwendigkeit eines erbitterten Kampfes um die Republik „aufdrängen“, gerade er wird praktisch unsere Kräfte, die Kräfte des politisch aktiven Proletariats, in diese Richtung lenken. Gerade der Gang der Dinge wird uns bei der demokratischen Umwälzung unvermeidlich eine solche Menge von Verbündeten aus dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft aufdrängen, deren reale Bedürfnisse die Durchführung des Minimalprogramms erfordern werden, daß die Befürchtungen eines allzu raschen Übergangs zum Maximalprogramm geradezu lächerlich sind.

Aber andererseits rufen eben diese Verbündeten aus der kleinbürgerlichen Demokratie neue Befürchtungen unter den Sozialdemokraten einer gewissen Richtung hervor, Befürchtungen in bezug auf den „vulgären Jaurèsismus“. Die Beteiligung an einer Regierung zusammen mit der bürgerlichen Demokratie sei durch die Resolution des Amsterdamer Kongresses⁷⁵ verboten, das sei Jaurèsismus, d. h. unbewußter Verrat an den Interessen des Proletariats, Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der Bourgeoisie, seine Korrumpierung durch den Schein der Macht, die in Wirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft absolut unerreichbar ist.

Diese Überlegung ist nicht minder irrig. Sie zeigt, daß ihre Urheber zwar gute Resolutionen auswendig gelernt, deren Bedeutung aber nicht begriffen haben; sie haben sich einige antijaurèsistische Schlagwörter eingepaukt, ohne sie durchdacht zu haben, und wenden sie daher völlig falsch an; sie haben sich den Buchstaben, aber nicht den Geist der jüngsten Lektionen der internationalen revolutionären Sozialdemokratie angeeignet. Wer den Jaurèsismus vom dialektisch-materialistischen Standpunkt aus einschätzen will, der muß die subjektiven Motive und die objektiven historischen Bedingungen streng auseinanderhalten. Subjektiv wollte Jaurès die Republik retten und schloß zu diesem Zweck ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie. Die objektiven Bedingungen dieses „Versuchs“

bestanden darin, daß die Republik in Frankreich bereits Tatsache war und ihr keine ernste Gefahr drohte; daß die Arbeiterklasse die volle Möglichkeit für die Entwicklung einer selbständigen politischen Klassenorganisation hatte und diese Möglichkeit nicht genügend ausnützte, zum Teil gerade unter dem Einfluß der vielen parlamentarischen Spiegelfechtereien ihrer Führer; daß in Wirklichkeit die Arbeiterklasse von der Geschichte objektiv bereits vor die Aufgabe der sozialistischen Umwälzung gestellt war, von der die Millerand das Proletariat durch das Versprechen winziger sozialer Reformen *fortzulocken* suchten.

Nehmen wir nun Rußland. Subjektiv wollen solche revolutionären Sozialdemokraten wie die „Wperjod“-Leute oder Parvus der Republik den Sieg sichern und zu diesem Zweck ein Bündnis mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie schließen. Die objektiven Bedingungen unterscheiden sich von denen in Frankreich wie Himmel und Erde. Objektiv hat der historische Gang der Dinge das russische Proletariat jetzt vor die Aufgabe der demokratischen bürgerlichen Umwälzung gestellt (deren Gesamthalt wir der Kürze halber mit dem Wort Republik bezeichnen); vor derselben Aufgabe steht das ganze Volk, d. h. die ganze Masse des Kleinbürgertums und der Bauernschaft; ohne diese Umwälzung ist eine halbwegs großzügige Entwicklung einer selbständigen Klassenorganisation für die sozialistische Umwälzung undenkbar.

Man stelle sich konkret den ganzen Unterschied der objektiven Bedingungen vor und sage dann: was soll man von Leuten halten, die diesen Unterschied vergessen und sich durch die Übereinstimmung einiger Worte, durch die Ähnlichkeit einiger Buchstaben, durch die Gleichheit der subjektiven Motivierung verleiten lassen?

Weil Jaurès in Frankreich die bürgerliche Sozialreform anbetete und sich zu Unrecht mit dem subjektiven Ziel des Kampfes um die Republik drapierte, darum sollen wir russischen Sozialdemokraten auf einen ersten Kampf um die Republik verzichten! Darauf, eben darauf läuft die Weisheit der Neuskristen hinaus.

In der Tat, ist es denn nicht klar, daß der Kampf um die Republik für das Proletariat undenkbar ist ohne ein Bündnis zwischen ihm und den kleinbürgerlichen Volksmassen? Ist es denn nicht klar, daß ohne die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft nicht die leiseste Hoffnung auf einen Erfolg dieses Kampfes besteht? Einer der Haupt-

mängel der zu untersuchenden Auffassung besteht in ihrer Starrheit, ihrer Schablonenhaftigkeit, darin, daß die Bedingungen der revolutionären Zeit außer acht gelassen werden. Um die Republik kämpfen und gleichzeitig auf die revolutionäre demokratische Diktatur verzichten ist dasselbe, als wenn Oyama beschlossen hätte, bei Mukden gegen Kuropatkin zu kämpfen, dabei aber von vornherein auf den Gedanken verzichtet hätte, selber in Mukden einzuziehen. Denn wenn wir, das revolutionäre Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, die Selbstherrschaft „vereint schlagen“ wollen, so müssen wir sie auch vereint erschlagen, sie vereint totschlagen, vereint die unausbleiblichen Versuche zur Restaurierung der Selbstherrschaft zurückschlagen! (Um eventuelle Mißverständnisse zu vermeiden, betonen wir nochmals, daß wir unter Republik nicht nur und nicht einmal so sehr die Regierungsform verstehen als vielmehr die Gesamtheit der demokratischen Umgestaltungen unseres Minimalprogramms.) Man muß eine wahrhaft schülerhafte Auffassung von der Geschichte haben, um sich die Sache ohne „Sprünge“ vorzustellen, als eine allmählich und gleichmäßig aufsteigende gerade Linie: zunächst sei die liberale Großbourgeoisie an der Reihe — Konzessionsöfchen der Selbstherrschaft, dann das revolutionäre Kleinbürgertum — demokratische Republik, schließlich das Proletariat — sozialistische Umwälzung. Dieses Bild ist richtig im großen und ganzen, ist richtig „à la longue“*, wie die Franzosen sagen, etwa für ein ganzes Jahrhundert (z. B. für Frankreich von 1789 bis 1905), um aber nach diesem Bild einen Tätigkeitsplan in einer revolutionären Epoche aufzustellen — dazu muß man ein Virtuose des Philistertums sein. Sogar wenn es der russischen Selbstherrschaft jetzt nicht gelingt, sich mit der Gewährung einer kümmerlichen Verfassung herauszuwinden, wenn sie nicht nur erschüttert, sondern tatsächlich *gestürzt* wird, so wird offenbar eine ungeheure Anspannung der revolutionären Energie aller fortschrittlichen Klassen erforderlich sein, um diese Errungenschaft zu behaupten. Dieses „Behaupten“ aber ist nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft! Je mehr wir jetzt erkämpfen, je energischer wir das Er kämpfte verteidigen, um so weniger wird später die unausbleibliche künftige Reaktion zurückerobert werden können, um so kürzer werden diese Intervalle der Reaktion, um so leichter wird die Aufgabe für die uns nachfolgenden proletarischen Kämpfer sein.

* auf lange Sicht. *Der Übers.*

Und da kommen Leute, die im voraus, noch vor dem Kampf, ein bescheidenes Stückchen der künftigen Errungenschaften sozusagen mit der Elle, „à la Ilowaiski“* abmessen möchten, die vor dem Sturz der Selbstherrschaft, ja sogar noch vor dem 9. Januar die Arbeiterklasse Rußlands mit dem Popanz der schrecklichen revolutionären demokratischen Diktatur schrecken wollen! Und diese Ritter der Elle erheben Anspruch auf den Namen revolutionärer Sozialdemokraten...

Gemeinsam mit der bürgerlichen revolutionären Demokratie an der provisorischen Regierung teilnehmen, jammern sie, das bedeute doch Sanktionierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, bedeute, die Aufrechterhaltung der Gefängnisse und der Polizei, der Arbeitslosigkeit und des Elends, des Privateigentums und der Prostitution sanktionieren. Das ist ein Argument, das entweder der Anarchisten oder der Volkstümpler würdig ist. Die Sozialdemokratie wendet sich nicht vom Kampf um die politische Freiheit ab, weil das eine bürgerliche politische Freiheit ist. Die Sozialdemokratie betrachtet die „Sanktionierung“ der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vom geschichtlichen Standpunkt. Als man Feuerbach fragte, ob er den Materialismus Büchners, Vogts und Moleschotts sanktioniere, antwortete er: Rückwärts stimme ich dem Materialismus bei, aber nicht vorwärts. Genauso sanktioniert auch die Sozialdemokratie die bürgerliche Ordnung. Sie hat sich nie gescheut und wird sich auch nie scheuen zu sagen, daß sie die republikanisch-demokratische bürgerliche Ordnung im Vergleich zur absolutistisch-feudalen bürgerlichen Ordnung sanktioniert. Aber sie „sanktioniert“ die bürgerliche Republik lediglich als letzte Form der Klassenherrschaft, als die geeignetste Arena für den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sie sanktioniert sie nicht wegen ihrer Gefängnisse und ihrer Polizei, ihres Privateigentums und ihrer Prostitution, sondern um gegen diese netten Einrichtungen auf breiter Grundlage und ungehindert kämpfen zu können.

Natürlich sind wir weit entfernt von der Behauptung, unsere Beteiligung an der revolutionären provisorischen Regierung bringe für die Sozialdemokratie keinerlei Gefahren mit sich. Es gibt keine Form des Kampfes, keine politische Situation, die nicht Gefahren mit sich brächte, und es kann auch keine geben. Fehlt der revolutionäre Klasseninstinkt, fehlt eine ge-

* Ilowaiski — russischer Historiker, Autor vieler offizieller Geschichtsbücher. *Der Übers.*

schlossene, auf der Höhe der Wissenschaft stehende Weltanschauung, fehlt (die Genossen Neuskristen mögen es mir nicht übelnehmen) Grütze im Kopf, dann ist auch die Teilnahme an Streiks gefährlich — sie könnte zum Okonomismus führen —, auch die Teilnahme am parlamentarischen Kampf — sie könnte mit parlamentarischem Kretinismus⁷⁶ enden —, auch die Unterstützung der liberalen Semstwodemokratie — sie könnte in einen „Plan der Semstwokampagne“ münden. Dann ist es sogar gefährlich, die höchst nützlichen Werke von Jaurès und Aulard über die Geschichte der französischen Revolution zu lesen — das könnte Martynows Broschüre über zwei Diktaturen zur Folge haben.

Angenommen, die Sozialdemokratie würde auch nur einen Augenblick lang die Klassenbesonderheit des Proletariats dem Kleinbürgertum gegenüber vergessen, sie würde zu unrechter Zeit ein für uns ungünstiges Bündnis mit der einen oder anderen nicht vertrauenswürdigen intelligenzlerischen kleinbürgerlichen Partei schließen, die Sozialdemokratie würde auch nur für einen Augenblick ihre selbständigen Ziele sowie die Notwendigkeit außer acht lassen, die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats und seiner selbständigen politischen Organisation (in allen erdenklichen politischen Situationen, bei allen nur denkbaren politischen Konstellationen, bei allen nur möglichen politischen Wendepunkten und Umwälzungen) in den Vordergrund zu stellen, dann wäre die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung selbstverständlich äußerst gefährlich. Aber unter dieser Annahme, wir wiederholen es, ist jeder beliebige politische Schritt im selben Grade gefährlich. Wie unbegründet es ist, diese eventuellen Gefahren mit den nächsten Aufgaben in Verbindung zu bringen, wie sie heute von der revolutionären Sozialdemokratie gestellt werden, davon wird sich jeder an Hand der einfachsten Tatsachen überzeugen. Wir wollen nicht von uns sprechen, wir wollen nicht die im „Wperjod“ veröffentlichten zahlreichen Erklärungen, Warnungen, Hinweise hinsichtlich der vorliegenden Frage wiedergeben — wir berufen uns auf Parvus. Er spricht sich für die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung aus und unterstreicht mit aller Energie die Bedingungen, die wir niemals vergessen dürfen: vereint schlagen, getrennt marschieren, die Organisationen nicht vermengen, dem Verbündeten wie dem Feind auf die Finger sehen usw. Wir wollen auf diese im Feuilleton bereits behandelte Seite der Sache nicht näher eingehen.

Nein. Die wirkliche politische Gefahr für die Sozialdemokratie liegt jetzt durchaus nicht dort, wo die Neuskristen sie suchen. Nicht der Gedanke an die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft darf uns schrecken, sondern jener Geist der Nachtrabpolitik und der Starrheit, der auf die Partei des Proletariats zersetzend wirkt und in allen möglichen Theorien über die Organisation als Prozeß, die Bewaffnung als Prozeß usw. zum Ausdruck kommt. Nehmen wir zum Beispiel den neuesten Versuch der „Iskra“, einen Unterschied zu machen zwischen der provisorischen revolutionären Regierung und der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Ist das nicht ein Musterbeispiel starrer Scholastik? Leute, die solche Unterschiede erfinden, sind zwar fähig, schöne Worte aneinanderzureihen, aber vollkommen unfähig, zu denken. Das Verhältnis zwischen den genannten Begriffen ist in Wirklichkeit ungefähr dasselbe wie das Verhältnis zwischen der juristischen Form und dem Klasseninhalt. Wer „provisorische revolutionäre Regierung“ sagt, der betont die staatsrechtliche Seite der Sache, die Entstehung der Regierung nicht aus dem Gesetz, sondern aus der Revolution, den provisorischen Charakter der Regierung, die an die künftige konstituierende Versammlung gebunden ist. Aber mag die Form, mag die Entstehung, mögen die Bedingungen sein wie sie wollen, es ist jedenfalls klar, daß die provisorische revolutionäre Regierung nicht umhinkann, sich auf bestimmte Klassen zu stützen. Es genügt, sich dieser Binsenwahrheit zu erinnern, um einzusehen, daß die provisorische revolutionäre Regierung nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Folglich wird die Partei durch den Unterschied, den die „Iskra“ macht, nur zu unfruchtbaren Wortgefechten zurückgezerrt und von der Aufgabe abgelenkt, die Klasseninteressen in der russischen Revolution konkret zu analysieren.

Oder nehmen wir einen anderen Einwand der „Iskra“. Zu dem Ruf: Es lebe die revolutionäre provisorische Regierung! bemerkt sie mit erhobenem Zeigefinger: „Die Verbindung der Worte ‚es lebe‘ und ‚Regierung‘ besudelt die Lippen.“ Ist das nicht hohle Phrasendrescherei? Da reden sie vom Sturz der Selbstherrschaft und haben Angst, sich durch ein Hoch auf die revolutionäre Regierung zu besudeln! Man muß sich wahrhaftig wundern, daß sie keine Angst haben, sich durch ein Hoch auf die Republik zu besudeln: setzt doch die Republik notwendig eine Regierung

voraus, und kein Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß diese Regierung eben eine bürgerliche sein wird. Welcher Unterschied besteht denn zwischen einem Hoch auf die provisorische revolutionäre Regierung und einem Hoch auf die demokratische Republik? Muß denn die Sozialdemokratie, die politische Führerin der revolutionärsten Klasse, einer anämischen und hysterischen alten Jungfer gleichen, die geziert auf einem Feigenblatt besteht: Das, was eine bürgerlich-demokratische Regierung voraussetzt, darf man hochleben lassen, aber die provisorische revolutionär-demokratische Regierung direkt darf man nicht hochleben lassen?

Man stelle sich folgendes Bild vor: Der Arbeiteraufstand in Petersburg hat gesiegt. Die Selbstherrschaft ist gestürzt. Die provisorische revolutionäre Regierung ist proklamiert. Die bewaffneten Arbeiter jubeln bei dem Ruf: Es lebe die provisorische revolutionäre Regierung! Abseits stehen die Neuskristen, richten ihre keuschen Blicke gen Himmel, schlagen sich an ihre moralisch feinfühligte Brust und sprechen: Wir danken dir, Gott, daß wir nicht sind wie diese Zöllner, daß wir unsere Lippen durch solche Wortverbindungen nicht besudelt haben...

Nein und tausendmal nein, Genossen! Keine Angst, daß die energischste, vor nichts haltmachende Beteiligung an der republikanischen Umwälzung zusammen mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie euch besudeln könnte! Übertreibt nicht die Gefahren dieser Beteiligung, mit denen unser organisiertes Proletariat sehr wohl fertig werden kann. Monate der revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft werden mehr schaffen als Jahrzehnte der friedlichen, abstumpfenden Atmosphäre politischer Stagnation. Wenn die russische Arbeiterklasse es nach dem 9. Januar verstanden hat, unter den Bedingungen der politischen Sklaverei mehr als eine Million Proletarier zu einer kollektiven, standhaften und konsequenten Aktion zu mobilisieren, so werden wir unter den Bedingungen einer revolutionär-demokratischen Diktatur Dutzende Millionen der armen Stadt- und Dorfbevölkerung mobilisieren, werden wir die russische politische Revolution zum Prolog der europäischen sozialistischen Umwälzung machen.

„Wperjod“ Nr. 14,
12. April (30. März) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

FRANZÖSISCH-RUSSISCHE SCHMIERGELDER!

Unter dieser Überschrift veröffentlichte kürzlich der deutsche sozialdemokratische „Vorwärts“ ein außerordentlich wertvolles Dokument: einen Originalbrief des Herrn Jules Guoin, des Direktors einer großen Maschinenfabrik in Batignolles (Vorstadt von Paris), an einen Ministerialbeamten in Petersburg. Die französische Fabrik hat durch Vermittlung dieses Herrn einen Auftrag von 114 Lokomotiven erhalten. Der Gesamtwert des Auftrags (27 700 Franken pro Lokomotive) beläuft sich auf drei Millionen Franken, das sind rund 1 200 000 Rubel. Für die Vermittlung bei Beschaffung des Auftrags erhält der würdige Ministerialbeamte (der, fügen wir unsererseits hinzu, wahrscheinlich einen ziemlich hohen Posten bekleidet), wie aus dem Brief hervorgeht, zunächst einmal zwei Prozent der Kaufsumme. Das macht ungefähr 25 000 Rubel. Aus dem Brief (den wir aus Platzmangel nicht vollständig wiedergeben) ist zu ersehen, daß der Vermittler von diesem Betrag 13 000 Franken bereits erhalten hat, der Rest wird zu verschiedenen Terminen ausgezahlt. Die für die russischen Eisenbahnen notwendigen Abänderungen im Bau der Lokomotiven werden außerdem besonders bezahlt. Der Vertreter der Pariser Firma in Petersburg verpflichtet sich, diesem Beamten vorher die Höhe des Zuschlags, den die Fabrik dafür beansprucht, mitzuteilen. Gelingt es dem Beamten, bei der russischen Regierung einen höheren Preis, über den von der Fabrik festgesetzt hinaus, zu „erzielen“, so wird die Differenz laut Vertrag ebenfalls dem Beamten, als dem „Vermittler“, gutgeschrieben. Das wird in der deutschen Übersetzung des französischen Briefes als „Vermittlungsgebühr“ bezeichnet. In Wirklichkeit versteckt sich hinter diesem Ausdruck selbstverständlich eine ganz unverschämte Gaunerei und Staats-

kassenplünderung, die von einem französischen Kapitalisten und einem russischen Ministerialbeamten gemeinschaftlich, auf Verabredung betrieben wird.

Mit Recht meint der „Vorwärts“, dieser Brief werfe ein grelles Licht auf die russische Korruption und auf die Art, in der das ausländische Kapital sich diese Korruption zunutze mache. Der Brief beweise aktenmäßig, wie die „Geschäfts“praktiken der zivilisierten kapitalistischen Nationen aussehen. Wohl würden solche Praktiken überall in Europa geübt, aber nirgends mit solcher Schamlosigkeit wie in Rußland, nirgends bestehe für die Korruption solche „politische Sicherheit“ (Sicherheit vor der Aufdeckung) wie im absolutistischen Rußland. Man begreife da, folgern die deutschen Sozialdemokraten, warum der europäischen Industrie an der Erhaltung des russischen Absolutismus liegt, mit dessen verantwortungslosen Beamten sich insgeheim so herrlich Geschäfte abwickeln lassen, und warum sich anderseits die russische Bürokratie mit Händen und Füßen gegen jede Verfassung wehrt, die der Administration mit öffentlicher Kontrolle droht. Man könne sich nach diesem Beispiel ungefähr denken, was die russische Bürokratie am Russisch-Japanischen Krieg „verdient“, welche Summen etwa bei den Verkäufen deutscher Ozean-schiffe an Rußland in die Taschen der russischen Ministerialbeamten in Petersburg geflossen sind! Das nationale Unglück ist ein goldner Boden für die Heereslieferanten und die korrupten Beamten.

„Wperjod“ Nr. 14,
12. April (30. März) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

DER UNSCHULDIGE HAT SCHULD*

In Nr. 92 veröffentlicht die „Iskra“ einen Artikel unter der Überschrift „Die Zickzacklinie des festen Kurses“, der nachzuweisen sucht, daß der „Wperjod“ in Wirklichkeit gar nicht fest und unentwegt an den Prinzipien und der Linie der alten „Iskra“ festhält, sondern im Gegenteil zickzackartig den Fußstapfen der neuen „Iskra“ folgt. Eigentlich ist diese Behauptung so komisch, daß es sich nicht lohnt, ernsthaft darauf einzugehen. Charakteristisch ist hier nicht der Inhalt der neuiskristischen Polemik, denn einen Inhalt hat sie nicht, sondern ihre Methoden. Auf diese Methoden lohnt sich einzugehen; ihre Analyse zeigt, daß es verschiedene Arten von Polemik gibt. Mit ihrer Polemik machte sich die alte „Iskra“ unbeliebt, aber keinem Menschen kam es je in den Sinn, diese Polemik als nicht prinzipiell zu bezeichnen. Ihrer Polemik wegen verachtet man die neue „Iskra“, weil sowohl die Masse der praktisch tätigen Parteifunktionäre als auch die konsequenten Rabotschedelzen und die „Versöhnler“ mit Plechanow an der Spitze den nichtprinzipiellen Charakter dieser Polemik sehen.

Mit welchen Kunstgriffen diese Polemik operiert, wollen wir eben dem Leser zeigen.

Folgen wir Schritt für Schritt der „Iskra“. Der „Wperjod“ treibe die Partei zur Spaltung, sagt sie. Das ist eine Unwahrheit. Alle, die die Partei-krise nicht nach Klatschereien, sondern nach Dokumenten studiert haben, wissen, daß gerade die Minderheit sofort nach dem zweiten Parteitag die Partei gespalten hat, aber heimlich, durch die Schaffung einer Geheimorganisation. Die „Iskra“ heuchelt jetzt und sagt die Unwahrheit. Für

* Wegen Platzmangels verspätet.

eine offene Spaltung kann man hassen, für eine heimliche muß man verachten. Der „Wperjod“ will keine heimliche Spaltung, das ist alles.

Ferner will man uns in der Frage des Autonomismus und des Zentralismus einen Widerspruch nachweisen. Lenin habe in den „Schritten“* versichert, der Autonomismus sei ein Prinzip des Opportunismus, während jetzt das Büro der Komitees der Mehrheit selbst für eine möglichst weitgehende Autonomie der Lokalkomitees eintrete. Lenin habe versichert, der Bürokratismus verhalte sich zum Demokratismus wie das Organisationsprinzip der revolutionären Sozialdemokratie zum Organisationsprinzip der Opportunisten, aber das Büro der Komitees der Mehrheit selber spreche von Bürokratismus. Das ist der Inhalt der Anklage gegen uns. Wieder ist sie auf einer direkten Unwahrheit aufgebaut. Lenin hat in den „Schritten“ (und schon vor den „Schritten“, in dem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“**) dutzend- und hundertmal ausgesprochen, erklärt, erinnert und unterstrichen, daß die Phrasen gegen den Bürokratismus, für den Autonomismus usw. äußerst unbestimmt sind, einen ganz verschiedenartigen und willkürlich austauschbaren Sinn haben. Im Grunde genommen, sagte Lenin hundertmal, wird mit diesen Phrasen lediglich der Wunsch nach Kooptation bemäntelt. Diese Worte Lenins haben jetzt ihre vollständige und dokumentarische Bestätigung gefunden. Wenn man aber diese Worte prinzipiell nehmen will (*wenn man will!*), sagte Lenin, so sehen wir folgendes. Bürokratismus allgemein genommen, kann bedeuten Kanzleigeist, Verschleppung, Papierkram, Formalismus. Solch ein Bürokratismus, sagte Lenin, ist schlecht, und er illustrierte seine Worte an Hand des bekannten Statutenentwurfs von Martow. Für den einigermaßen gewissenhaften Leser ist es klar, daß das Büro der Komitees der Mehrheit von einem solchen Bürokratismus spricht, und dem „Wperjod“ einen Widerspruch vorzuwerfen, ist eine Kinderei. Bürokratismus kann die Verletzung der berechtigten und, wenn man so sagen darf, „natürlichen“ Rechte jeder Opposition bedeuten, kann den Kampf gegen die Minderheit mit unerlaubten Mitteln bedeuten. Solch ein Bürokratismus ist möglich, sagte Lenin, aber er hat nichts Prinzipielles an sich. Man muß ihn bekämpfen, bekämpfen durch die Ausarbeitung verfassungsmäßiger Garantien der Rechte der Minderheit. Solche Garantien haben als erste

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 197–430. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 197–430 und S. 105–109. *Die Red.*

klar, direkt und offen die Felsenfesten oder, wie man sie heute nennt, die „Wperjod“-Leute in der bekannten Deklaration der 22* vorgeschlagen, die im August, vor sieben Monaten, erschien, ohne daß die Neuiskristen auch nur den geringsten Versuch gemacht hätten, ihre Stellung zu dieser Deklaration unzweideutig zu definieren.

Außer diesen Auffassungen von Bürokratismus, Antiautonomismus usw. ist aber auch eine wirklich prinzipielle Auffassung solcher Erscheinungen möglich, nämlich nicht als einzelner Unrichtigkeiten, Extreme usw., sondern als der allgemeinen Prinzipien der ganzen Organisation. Eine solche Auffassung wollten uns die Menschewiki gegen unseren Willen, ungeachtet unseres Widerstands aufzwingen. Lenin hat sowohl in seinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“ als auch in den „Schritten“ hundertmal vor dieser Auffassung gewarnt, die den konkreten und tatsächlichen Verlauf der Krise und der Spaltung entstellt. Lenin sagte in dem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“ geradezu: Laßt diesen Unsinn, Herrschaften, es ist zu neun Zehnteln Gezänk! Deswegen fiel man über Lenin her, und das Zentralorgan begann nachzuweisen, daß es sich um Prinzipien handelt. Wenn das aber der Fall ist, dann ist allerdings das Prinzip des Autonomismus ein opportunistisches Prinzip der sozialdemokratischen Organisation, antwortete Lenin, und das werden die „Wperjod“-Anhänger stets antworten. Wenn das der Fall ist, dann ist euer Geschrei gegen den Bürokratismus prinzipiell durchaus von derselben Art wie das Geschrei der Jaurèsisten in Frankreich, der Bernsteinianer in Deutschland und der Reformisten in Italien. So steht die Sache; um sich davon zu überzeugen, braucht man nur auf Grund von Dokumenten und nicht auf Grund von Versicherungen guter Freunde die Parteikrise zu studieren. Schon auf dem zweiten Parteitag hat Lenin dem Bundisten Liber gesagt (siehe Protokolle), daß er gegen den kleinlichen Zentralismus die Autonomie eines „x-beliebigen“ Komitees wie z. B. des Tulaer verteidigen werde**; mit keiner Silbe wandte sich Lenin gegen die Gewährleistung einer solchen Autonomie in § 8 unseres Parteistatuts. Aber das Prinzip des Autonomismus haben weder Lenin noch das Büro der Komitees der Mehrheit jemals verteidigt; es wurde verteidigt von Akimow, von Liber, von den Neuiskristen. Wenn man einen unorientierten Leser

* Siehe ebenda, S. 459–467. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 486. *Die Red.*

vor sich hat, macht es natürlich keine Mühe, die Sache zu verdrehen, indem man aus verschiedenen Stellen Worte herausgreift, die unter ganz verschiedenen Bedingungen gesagt wurden und einen ganz verschiedenen Sinn haben; Zeitungen jedoch, die mit solchen Methoden polemisieren, behandelt man wie das „Nowoje Wremja“⁷⁷.

Nehmen wir die Broschüre des „Arbeiters“. Worin liegt der Sinn der Sache, den die „Iskra“ verdreht? Darin, daß die prinzipienlosen Leute sich mit ihrem Geschrei über das Prinzip des Autonomismus usw. verrannt haben, denn die Antwort konnte nur die Forderung des Prinzips der Wählbarkeit sein. Daraufhin bliesen die Leute, die sich so verrannt hatten, zum Rückzug. Die „Wperjod“-Anhänger aber sagten und sagen noch: Mit Phrasen und mit „Prinzipien“ des Autonomismus, des Demokratismus um sich zu werfen, ist unanständig; wenn aber ernste, sachliche Änderungen des Statuts im Geiste eines unter den russischen Verhältnissen möglichen Demokratismus notwendig sind, dann wollen wir sie offen und ehrlich besprechen. Der „Wperjod“ hat den „Arbeiter“ herausgefordert: Zeigen Sie uns auch nur eine Stelle in der sozialdemokratischen Literatur, wo die Notwendigkeit, in die Parteikomitees Arbeiter aufzunehmen, so deutlich ausgesprochen wird wie bei Lenin*. Der „Arbeiter“, den die Neuskristen völlig verwirrt gemacht haben, antwortete in der Presse, er nehme die Herausforderung an; wie sich aber zeigte, versteht er gar nicht, was es bedeutet, eine Herausforderung anzunehmen, denn er hat keine andere Stelle gezeigt, sondern nur gedroht, Lenin „einmal die Meinung zu sagen“ oder mit ihm „abzurechnen“. Natürlich hat der „Wperjod“ auf diese schrecklichen Drohungen gar nicht geantwortet.

Nehmen wir weiter die Frage einer einzigen Zentralleitung. Lenin soll in den „Schritten“ gesagt haben, daß die Opportunisten für eine einzige Zentralleitung sind, jetzt aber trete das Büro der Komitees der Mehrheit dafür ein. Wiederum eine grobe Verdrehung, die auf einen uninformierten oder unaufmerksamen Leser berechnet ist. Wer sich die Mühe nimmt, die „Schritte“ durchzulesen, wird sehen (auf S. 28, die von dem Feuilletonschreiber der „Iskra“ sorgfältig umgangen wird), daß Lenin schon lange vor dem ersten, gegen zwei zentrale Parteistellen gerichteten Artikel eines Bolschewiken (d. h. vor dem Artikel Rjadowois in der Broschüre „Unsere

* Siehe den vorliegenden Band, S. 46. *Die Red.*

Mißverständnisse“) geschrieben hat: die Idee zweier Zentralstellen „zog die zeitweiligen (!) und besonderen Anforderungen eben der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unter den Verhältnissen der politischen Sklaverei in Betracht, die bedingen, daß zunächst im Ausland eine Operationsbasis für den revolutionären Ansturm geschaffen wird“. „Die erste Idee“, heißt es in den „Schritten“ gleich darauf von der Idee des Zentralismus überhaupt, „die allein (!) prinzipielle, mußte“ (nach dem Plan der alten „Iskra“) „das ganze Statut durchdringen; die zweite, eine Teilidee, aus den zeitweiligen Umständen des Ortes und der Aktionsmethode geboren, fand ihren Ausdruck in der scheinbaren Abweichung vom Zentralismus, in der Schaffung zweier Zentralstellen“ (S. 28)*. Wir überlassen nun dem Leser das Urteil über die polemischen Methoden des „Nowoje Wremja“ unserer Partei! Die „Iskra“ versucht einfach den Leser zu täuschen, indem sie ihm vorenthält, 1. daß Lenin schon längst auf die zeitweilige, *bedingte* Bedeutung der Idee zweier Zentralstellen hingewiesen hat; 2. daß Lenin deshalb das Eintreten der Opportunisten für eine einzige Zentralstelle nie durch allgemeine Prinzipien zu erklären gesucht hat, sondern ausschließlich „durch die zeitweiligen Umstände des Ortes und der Aktionsmethode“, durch Umstände, unter denen für eine einzige Zentralleitung *faktisch* der opportunistische Flügel der Partei eintrat und eintreten mußte. Daß die alte „Iskra“ ein Bollwerk des Kampfes gegen den Opportunismus war, ist eine Tatsache. Daß auf dem Parteitag gerade der opportunistische Flügel die Minderheit bildete, ist auch eine Tatsache. Ist es da verwunderlich, daß jetzt, nachdem sich die neue „Iskra“ als opportunistisch erwiesen, nachdem Rußland größere Prinzipientreue und Parteidiszipliniertheit an den Tag gelegt hat als das Ausland, daß sich jetzt die „zeitweiligen Umstände“ geändert haben? Es würde uns jetzt nicht im geringsten überraschen, wenn die Rabotschedelzen, Martynow, der „Sumpf“ und die Neuiskristen (beispielsweise auf dem dritten Parteitag) für zwei Zentralstellen und alle Bolschewiki (oder fast alle) für eine einzige einträten. Das wäre nur eine den „zeitweiligen Umständen“ entsprechende Änderung der Methoden des Kampfes für dieselben Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie, die Prinzipien der alten „Iskra“, für die Lenin und die Bolschewiki unbeirrt gekämpft haben und weiter kämpfen. In einer solchen Wendung „Wunder“ erblicken

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 238. *Die Red.*

können nur Leute vom Schlage des „Nowoje Wremja“. (Wir sagten, daß für *eine* Zentralstelle womöglich fast alle Bolschewiki sein werden. Wie das auf dem III. Parteitag sein wird, werden wir noch sehen. Unter uns gibt es verschiedene Meinungen über die Bedeutung der „zeitweiligen Umstände des Ortes und der Aktionsmethode“, und alle diese Meinungen werden wir auf dem Parteitag miteinander vergleichen und „summierem“.)

Die polemischen Methoden der neuen „Iskra“ sind wohl durch das Vorhergehende genügend klar geworden, und wir können uns nunmehr kürzer fassen. Die „Iskra“ sagt, das Büro der Komitees der Mehrheit habe die Parteidisziplin verletzt, indem es entgegen dem Parteistatut, unter Umgehung des Rats der Partei den Parteitag einberuft. Das ist nicht wahr, denn der Rat hat durch die Ablehnung des Parteitags das Statut viel früher verletzt. Wir haben das schon vor langem und offen in der Presse dargelegt (Orlowski)⁷⁸. Nachdem die Menschewiki durch die heimliche Spaltung die Partei zerrissen haben und dem Parteitag durch Betrügereien ausgewichen sind, blieb uns kein anderer praktischer Ausweg aus der absurden Lage als ein Parteitag gegen den Willen der Zentralstellen. Die „Iskra“ sagt, der Leitartikel „Neue Aufgaben und neue Kräfte“ in Nr. 9 des „Wperjod“, in dem die Notwendigkeit betont wird, die Anzahl der mannigfaltigsten Parteiorganisationen sehr erheblich zu erhöhen, widerspreche der Idee des Leninschen Paragraphen 1 des Statuts, denn Lenin habe, als er seine Idee auf dem Parteitag verteidigte, von der Notwendigkeit gesprochen, den Begriff Partei einzuengen. Diesen Einwand der „Iskra“ könnte man als logische Denkaufgabe empfehlen, um Gymnasialschüler in Polemik zu unterrichten. Die Bolschewiki sagten und sagen auch jetzt, man müsse die Partei auf eine Summe oder einen Komplex von Parteiorganisationen beschränken und dann die Anzahl dieser Organisationen vermehren (siehe Protokolle des Parteitags sowie die „Schritte“, S. 40 und andere, besonders S. 40/41 und 46)*. Die neue „Iskra“ verwechselt die Erweiterung des *Rahmens* der Partei mit der Erweiterung des *Begriffs* Partei, die Erhöhung der *Anzahl der Parteiorganisationen* mit der Erweiterung der Partei *über die Grenzen der Parteiorganisationen hinaus!* Um diese Sache, die so viel Kopfzerbrechen bereitet, zu erklären, wollen wir ein kleines, nicht allzu schwieriges Beispiel

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 256–258, 263/264. *Die Red.*

anführen: Nehmen wir der Einfachheit halber an, eine ganze Armee besteht aus Personen der gleichen Waffengattung; der Bestand der Armee ist auf die Summe der Personen zu beschränken, die wirklich, nachgewiesenermaßen, schießen können; es wird nicht gestattet, daß dieser oder jener Phrasen vorbringt und seine Kriegstauglichkeit beteuert; dann gilt es, sich alle Mühe zu geben, um die Anzahl derjenigen zu erhöhen, die fähig sind, die Prüfung in der Schießkunst zu bestehen. Beginnt ihr nun ein wenig zu begreifen, worum es sich handelt, meine Herren Neuisakristen?

Um den „Wperjod“ anzuprangern, schreibt die „Iskra“: „Früher wurden nur konsequente Sozialdemokraten verlangt, die als solche anerkannt werden mußten, jetzt werden zum Sanktuarium alle Elemente zugelassen, mit Ausnahme der bewußt nichtsozialdemokratischen.“ Nehmen wir Nr. 9 des „Wperjod“ und lesen: „Mögen alle... Zirkel, außer den bewußt nichtsozialdemokratischen, entweder direkt in die Partei eintreten oder sich der Partei anschließen (vom Verfasser hervorgehoben). Im zweiten Fall darf man weder die Annahme unseres Programms noch bindende organisatorische Beziehungen zu uns verlangen.“* Ist es nicht klar, daß die „Iskra“ eine direkte Fälschung begeht, wenn sie das, was „früher“ für den Eintritt in die Partei „verlangt wurde“, mit dem verwechselt, was „jetzt“ für eine Gruppe, die sich der Partei anschließt, „zulässig ist“? Die Bolschewiki haben früher gesagt und sagen auch jetzt im „Wperjod“, daß die Selbsteinreihung in die Partei intelligenzlerischer Anarchismus ist, daß die Parteimitglieder die „bindenden organisatorischen Beziehungen“ nicht nur in Worten anerkennen müssen. Dies nicht begreifen kann nur jemand, der absichtlich Verwirrung stiften will. Die Losung des „Wperjod“ lautete: Für die neuen Aufgaben organisiert neue Kräfte in den Parteiorganisationen oder wenigstens in Organisationen, die sich der Partei angeschlossen haben. Die Losung der „Iskra“ lautet: „Weit auf die Tür!“ Die einen sagen: Nehmt neue Schützen in eure Regimenter auf, organisiert diejenigen, die schießen lernen, zu Hilfstrupps. Die anderen sagen: Weit auf die Tür! Jeder, der Lust hat, soll sich selbst in die Armee einreihen!

In der Frage der Organisation der Revolution und der Organisation der Bewaffnung will uns jetzt die „Iskra“ weismachen, daß zwischen ihr und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 210. Die Red.

dem „Wperjod“ keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir fragen vor allem: Und wie verhält es sich mit Parvus? Wenn der böse „Wperjod“ die Meinungsverschiedenheiten erfunden hat, warum spricht ihr euch nicht freimütig mit dem Neuskristen Parvus aus, den man doch nicht verdächtigen kann, die „Iskra“ allzusehr mit Krittellei zu verfolgen? Ihr selber mußtet doch als erste zugeben, mit Parvus nicht einverstanden zu sein? Wozu dieses Versteckspiel? Dem Wesen der Sache nach erwidert hier die neue „Iskra“ dem „Wperjod“ haargenau so, wie das „Rabotscheje Delo“ der alten „Iskra“ erwiderte. Man kann den Genossen, die sich für die Geschichte *ihrer* Partei interessieren, nicht genug empfehlen, das „Rabotscheje Delo“ wieder zu lesen, besonders Nr. 10. Dem „Rabotscheje Delo“ wurde nachgewiesen, daß es die Aufgaben des politischen Kampfes degradiert. Es erwiderte darauf: Aber die „Iskra“ unterschätzt den ökonomischen Kampf. Der neuen „Iskra“ wird nachgewiesen, daß sie die Aufgaben, die Revolution zu organisieren, den Aufstand durchzuführen, die Arbeiter zu bewaffnen, die Aufgabe der Beteiligung der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung degradiert. Die neue „Iskra“ erwidert: Aber der „Wperjod“ unterschätzt die Spontaneität der Revolution und des Aufstands, den Vorrang der Politik vor der „Technik“ (Bewaffnung). Die gleiche Nachtrabposition führt zu gleichen Argumenten. Ihr Unvermögen, in der Frage der neuen Aufgaben eine richtungweisende Losung auszugeben, bemänteln sie mit dem Gerede, die alten Aufgaben seien äußerst wichtig. Einzelne Worte werden aus dem Zusammenhang gerissen, um zu zeigen, wie der Opponent selber die Bedeutung der alten Aufgaben, die Bedeutung des Abc der Sozialdemokratie schätzt. Wir schätzen natürlich sehr das Abc der Sozialdemokratie, werte Genossen Neuskristen, aber *wir wollen nicht ewig beim bloßen Abc stehenbleiben*. Das ist alles. Weder Parvus noch dem Büro der Komitees der Mehrheit noch dem „Wperjod“ wäre es jemals in den Sinn gekommen, jene Abc-Wahrheit zu bestreiten, daß die Arbeiter selbst sich bewaffnen können, werden und müssen, auch ohne die Organisationen und die Partei. Wenn aber die „Iskra“ ihre berühmte „Selbstbewaffnung“ als *Losung* aufstellt, so ruft selbstverständlich diese Anbetung der Spontaneität bei jedem ein Lächeln hervor. Wenn die „Iskra“, Parvus *korrigierend*, eine neue, der tiefstinstigsten Werke Kritschewskis und Akimows würdige Aufgabe entdeckt, nämlich „die Arbeiter mit dem brennenden

Bedürfnis nach Selbstbewaffnung auszurüsten“, so zieht sie sich natürlich nur Spott zu. Wenn die „Iskra“ in einem Zeitpunkt, in dem zu den alten Aufgaben der Sozialdemokratie neue Aufgaben — die Bewaffnung der Massen, der Straßenkampf usw. — hinzugekommen sind, nichts Eiligeres zu tun hat, als diese Aufgaben (mit deren Verwirklichung kaum erst begonnen wurde) durch abfällige Klügeleien über die „Technik“ und ihre zweitrangige Rolle zu degradieren, wenn die „Iskra“, statt die alten, üblichen und ständigen politischen Aufgaben der Partei durch die neuen Aufgaben der „Technik“ zu ergänzen, Betrachtungen über die Trennung dieser von jenen anstellt, so sieht natürlich jedermann in diesen Betrachtungen eine neue Spielart der Nachtrabpolitik.

Zum Schluß wollen wir als Kuriosum den Versuch der „Iskra“ erwähnen, die gute Reputation von sich abzuwälzen, die sie durch ihre berühmte Theorie: keine Panik zu erzeugen, erworben hat. Die „Iskra“ bezeichnet jetzt schon selber diese Frage als „berühmt“ und sucht nachzuweisen, daß das Büro der Komitees der Mehrheit ebenfalls predige, „keine Panik zu erzeugen“, wenn es in seinem Flugblatt über den Aufstand empfiehlt, mit dem Eigentum von Kleinbürgern vorsichtig umzugehen und es (ausgenommen im Falle zwingender Notwendigkeit) nicht zu zerstören, damit die Kleinbürger nicht grundlos verängstigt werden.⁷⁹ Die „Iskra“ jubelt: Auch ihr wollt also die Leute nicht ängstigen!

Ist das nicht herrlich? Ein Übereinkommen mit den Semstwoleuten, bei einer friedlichen Demonstration keine Panik zu erzeugen, wird verglichen mit der Warnung, ohne besondere Notwendigkeit während des Aufstands kein Eigentum zu zerstören! Und dabei einerseits „Demonstrationen von höherem Typus“ und andererseits die verächtliche, niedrige „Technik“ des bewaffneten Straßenkampfes... Eine kleine Frage, meine Freunde: Warum ist jeder Sozialdemokrat* einverstanden und wird einverstanden sein mit dem Rat, die Kleinbürger während des Aufstands nicht ohne Notwendigkeit zu verängstigen? und warum ist umgekehrt euer Plan der Semstwo-kampagne, nach eurem eigenen Geständnis, unter den Sozialdemokraten „berühmt“ geworden? warum protestierten gegen diesen Plan aus euren

* Nur die Anarchisten waren bisher damit nicht einverstanden. In ihrem Flugblatt fielen sie über den „Wperjod“ her, wobei sich zeigte, daß sie den Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung überhaupt nicht verstanden haben.

eigenen Reihen sowohl Parvus als auch viele andere? warum geniert ihr euch selber bis heute, diesen berühmten Plan zu veröffentlichen? Vielleicht deshalb, weil eure Ratschläge in eurem famosen Brief ebenso unangebracht und lächerlich waren, wie die Ratschläge des Büros unbestritten und von der Sozialdemokratie allgemein anerkannt sind?

*„Wperjod“ Nr. 15,
20. (7.) April 1905.*

Nach dem Text des „Wperjod“.

DAS AGRARPROGRAMM DER LIBERALEN

Die legalen Zeitungen meldeten schon vor längerer Zeit, daß in Moskau eine Beratung von Semstwoleuten stattfand, die aus verschiedenen Gegenden Rußlands zusammengekommen waren. Die „Moskowskije Wedomosti“⁸⁰ versuchten sogar aus diesem Anlaß Lärm zu schlagen und zeterten über die von der Regierung in Rußland geduldeten revolutionären Tagungen, über die Notwendigkeit einer Tagung der monarchistischen Partei usw., doch niemand beachtete ernsthaft dieses Geschrei, da die Polizei jetzt mit Unruhen viel ernsterer Art alle Hände voll zu tun hat. Die Semstwoleute haben allem Anschein nach den Rahmen der üblichen konstitutionellen Wünsche nicht überschritten. Ihre Beratungen waren jedoch deshalb von erheblichem Interesse, weil sie auch die Agrarfrage umfaßten. Wir geben hier vollständig jene Thesen wieder, die den Zeitungsmeldungen zufolge auf der Tagung mit Stimmenmehrheit angenommen wurden:

„1. Das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben muß sich auch auf das Gebiet der Agrarverhältnisse erstrecken. 2. Eine richtige Gestaltung der Agrargesetzgebung setzt eine grundlegende Umgestaltung voraus (??). 3. Die bevorstehende Agrarreform muß auf folgenden Grundsätzen aufgebaut sein: I. Verbesserung der ökonomischen Lage der ackerbautreibenden Klasse durch obligatorischen Loskauf der notwendigen zusätzlichen Bodenstücke aus den Ländereien der Grundeigentümer im Interesse der landarmen Gruppen der verschiedenen Kategorien (die Ausarbeitung dieser Frage ist mehreren Personen übertragen). II. Erklärung der fiskalischen und eines Teils der Apanageländereien zu einem staatlichen Bodenfonds; Vergrößerung dieses Fonds durch Kauf und Loskauf von Ländereien der Grundeigentümer und seine Verwertung im Interesse der werktätigen Bevölkerung. III. Ordnen der Pachtbedingungen

durch staatliches Eingreifen in die Pachtverhältnisse. IV. Bildung von öffentlich-staatlichen Schiedskommissionen zur Durchführung der Agrarmaßnahmen gemäß den obenerwähnten Grundsätzen. V. Richtige Gestaltung des Um- und Ansiedlungswesens auf breiter Grundlage, Erleichterung der Benutzung verschiedener Arten von Kredit, Reform der Bauernbank und Förderung genossenschaftlicher Unternehmungen. VI. Grundlegende Revision der gesetzlichen Flurregelung mit dem Ziel, die Flurbereinigung zu erleichtern, zu beschleunigen und zu verbilligen, die Gemengelage von privatem Bodenbesitz und Anteilland aufzuheben, den Umtausch der Grundstücke zu ermöglichen usw.“

Bevor wir dieses außerordentlich aufschlußreiche Programm Punkt für Punkt analysieren, wollen wir ein wenig auf seine allgemeine Bedeutung eingehen. Zweifellos beweist schon allein die Tatsache, daß Vertreter der Gutsbesitzerklasse mit einem solchen Programm hervortreten, anschaulicher als langatmige Erörterungen, daß sich Rußland, verglichen mit allen ausgebildeten kapitalistischen Nationen Westeuropas, durch eine hervorstechende Besonderheit auszeichnet. Welcher Art ist nun diese Besonderheit? Besteht sie in einer halbsozialistischen Dorfgemeindeordnung und dementsprechend im Fehlen einer bürgerlichen Intelligenz und einer bürgerlichen Demokratie bei uns, wie das die alten Sozialisten, die Volkstümler, dachten und wie zum Teil die „Sozialrevolutionäre“ denken? Oder besteht sie in der Fülle von Überresten der Leibeigenschaft, die unser Dorf überziehen, eine breite und freie Entwicklung des Kapitalismus unmöglich machen und gerade bei den Elementen der bürgerlichen Demokratie eine volkstümmlerische Stimmung erzeugen? Sozialisten, die sich über die Dinge einigermaßen Gedanken machen, werden sich nicht erlauben, diese Frage mit ausweichenden Redensarten abzutun oder mit einer Berufung auf das Abstrakte und Theoretische der Frage, das in einer revolutionären Epoche angeblich unangebracht ist, oder etwa mit dem Hinweis auf die Tatsache der Bauernaufstände, die das vorsorgliche Entgegenkommen der Gutsbesitzer sozusagen hinreichend erkläre. Ausweichen oder Prinzipienlosigkeit in theoretischen Fragen ist gerade in einer revolutionären Epoche gleichbedeutend mit vollständigem ideologischem Bankrott, denn gerade jetzt ist eine wohldurchdachte und feste Weltanschauung notwendig, damit der Sozialist die Ereignisse beherrscht und nicht die Ereignisse ihn. Der Hinweis auf die Bauernaufstände besagt ebenfalls nichts, denn den Inhalt des Programms, das jetzt von den in

Semstwoverbänden politisch organisierten Grundbesitzern angenommen wurde, bilden die Wünsche, wie sie im Verlauf mehrerer Jahrzehnte von der gesamten liberalen Presse und allen liberalen Politikern geäußert wurden. Das Programm der Volkstümmer ist zum Programm der Gutsbesitzer geworden — diese Tatsache gibt eine klare politische Antwort auf die von uns gestellte Frage. In einer revolutionären Epoche werden die theoretischen Diskussionen über gesellschaftliche Themen durch das offene Auftreten der verschiedenen Klassen entschieden.

Sehen wir uns nun das Agrarprogramm der Liberalen näher an. Unsere legale Presse ist geneigt, aus Anlaß dieses Programms Lobeshymnen anzustimmen. Die „*Ekonomitscheskaja Gaseta*“ [Wirtschaftszeitung] zum Beispiel „konstatiert die Tatsache, daß Semstwoleute mit einem Agrarprogramm hervortreten, und zwar mit einem ungleich extremeren“ (sieh mal an!), „als man hätte erwarten können, wenn man von der landläufigen Vorstellung über die heutige Zusammensetzung der Semstwokreise ausgeht“ (also extrem vom Standpunkt der Herren Gutsbesitzer?). „Das beweist“, fährt das Blatt fort, „daß die Gruppe der Semstwopolitiker sowohl politischen Takt als auch tiefes Verständnis für die um uns her vor sich gehenden Erscheinungen besitzt“ ...

Der Takt und das Verständnis der Herren Gutsbesitzer besteht darin, daß sie, als die Bauern selber begannen, aktiv und bestimmt in das Gebiet der Agrarverhältnisse einzugreifen, von der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens zu sprechen anfangen. Eine alte und ewig neue Geschichte! Staatliches Eingreifen in die Agrarverhältnisse hat es in Rußland ständig gegeben: wenn es ein Eingreifen zugunsten der höheren Klassen war, nannte man es in der Polizeisprache „Ordnung“; wenn das Eingreifen von unten beginnt, spricht man von „Unruhen“. Aber mit Verlaub, welches Eingreifen wollen denn nun die Gutsbesitzer? Aus ihrem Programm ist zu ersehen, daß es ihnen ausschließlich um ein Eingreifen in die Verhältnisse von Bodenbesitz und Bodennutzung zu tun ist. Alle ihre Maßnahmen, vom Loskauf zusätzlicher Bodenstücke bis zum Kredit und zum Umtausch von Bodenstücken, beziehen sich ausschließlich auf jene Personen, die den Boden wirtschaftlich nutzen, d. h. auf die verschiedenen Kategorien der selbständigen Eigentümer. Und die Landarbeiter, die keine Wirtschaft haben? Sind doch bei uns in Rußland allein in den 50 „inneren“ Gouvernements schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts

nicht weniger als *dreieinhalb Millionen* Landarbeiter gezählt worden, für die die landwirtschaftliche Lohnarbeit die Hauptquelle ihres Lebensunterhalts bildete. Jetzt ist die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter zweifellos noch größer, wobei die überwiegende Mehrzahl von ihnen keine oder so gut wie keine Wirtschaft besitzt. Außer denjenigen, die weder Haus noch Hof besaßen, gab es bei uns vor zehn Jahren in den erwähnten Gouvernements von ungefähr zehn Millionen bäuerlichen *Wirtschaften* über drei Millionen, die keine Pferde hatten. Sie alle sind nur dem Namen nach Landwirte. Höherer Lohn, ein kürzerer Arbeitstag und gesündere Arbeitsbedingungen bilden ihr eigentliches Lebensinteresse. Die Herren Gutsbesitzer schweigen wohlweislich über ein Eingreifen in die Beziehungen zwischen „Lohnherren“ und Arbeitern. Und man kann sicher sein, daß niemand ernstlich an ein derartiges Eingreifen auch nur denken wird, solange die Landarbeiter selbst nicht eingegriffen haben.

Wir Sozialdemokraten sollten auf *dieses* Eingreifen die größte Aufmerksamkeit lenken. Das erfordern sowohl die unmittelbaren praktischen Interessen der Bewegung als auch unsere allgemeinen Prinzipien. Der bürgerlich-demokratische Charakter des russischen Liberalismus und der russischen Volkstümlerrichtung äußerte und äußert sich unter anderem gerade darin, daß die Interessen der kleinen Bauernwirtschaft die der landwirtschaftlichen Lohnarbeit ganz überschatten. Gewiß, der überzeugte Volkstümmler, und mitunter auch der „Sozialrevolutionär“, ist geneigt, dies für ganz natürlich zu halten in Anbetracht der (in seiner Einbildung, aber nicht im Leben der Bauern) „zweitrangigen“ Rolle der Lohnarbeit, in Anbetracht dessen, daß bei der weiteren Entwicklung der „Dorfgeheimetraditionen“, der „im Arbeitsleben wurzelnden Anschauungen“ und der „ausgleichenden Bodennutzung“ diese Rolle eventuell auf ein Nichts reduziert werden *könnte*. Aber diese Neigung, mag sie mit noch so glühenden und aufrichtigen, sozialistisch klingenden Worten motiviert werden, zeugt in Wirklichkeit von einem kleinbürgerlich eingeeengten Gesichtskreis, von nichts sonst. Diese Art Schwärmerei, die dem russischen Bauern ebenso eigen ist wie dem russischen Intellektuellen, ist eine kleinbürgerliche Schwärmerei. Die Blumen dieser volkstümmlerischen Schwärmerei sind eben jene imaginären Blumen, die eine Kette der werktätigen Menschheit schmücken, und die sozialdemokratische Kritik muß solche Blumen rücksichtslos herabreißen, „nicht damit der Mensch die phantasielose, trost-

lose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche“⁸¹.

Wir sympathisieren voll und ganz mit der Bauernbewegung. Wir würden es sowohl für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung Rußlands als auch für das russische Proletariat als einen ungeheuren Gewinn betrachten, wenn es der Bauernschaft mit unserer Hilfe gelänge, den Gutsbesitzern auf revolutionärem Wege *alle* ihre Ländereien wegzunehmen. Aber selbst diesen günstigen Ausgang angenommen — *auch dann* könnte die Masse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter nur vorübergehend an Zahl abnehmen, sie könnte aber keineswegs verschwinden. *Auch dann* würden die selbständigen Interessen der ländlichen Lohnarbeiter eben selbständige Interessen bleiben.

Der Übergang des Grund und Bodens in die Hände der Bauern würde keinesfalls die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in Rußland vernichten, er würde im Gegenteil für ihre Entwicklung eine breitere Grundlage schaffen, er würde den Typus dieser Entwicklung mehr dem amerikanischen als etwa dem italienischen annähern. Die Vermögensunterschiede unter den Bauern, die schon jetzt gewaltig und lediglich infolge der allgemeinen Unterdrückung durch die absolutistisch-leibeigenschaftliche Ordnung verhältnismäßig wenig sichtbar sind, würden keineswegs aufhören zu bestehen. Die Erweiterung des inneren Marktes, die Entwicklung des Austauschs und der Warenwirtschaft auf neuer Stufenleiter, das rasche Wachstum der Industrie und der Städte — alle diese unvermeidlichen Folgen einer ernstlichen Verbesserung der Lage der Bauern würden unausbleiblich die Vermögensunterschiede verstärken. Je mehr Illusionen in dieser Hinsicht bei uns verbreitet sind, um so entschiedener muß die Sozialdemokratie sie bekämpfen, wenn sie wirklich die Interessen der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit und nicht nur in einem ihrer Stadien repräsentieren will.*

Solange eine vollständige sozialistische Umwälzung nicht vollzogen ist, werden keine noch so radikalen und revolutionären Maßnahmen agrarischer Umgestaltungen die Klasse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter beseitigen. Der Traum von der Verwandlung aller Menschen in kleine Bourgeois ist eine reaktionäre Abgeschmacktheit. Deshalb müssen wir

* Vgl. den weiter unten veröffentlichten Artikel von Marx aus dem Jahre 1846. (Siehe den vorliegenden Band, S. 318–324. *Die Red.*)

schon jetzt an der Entwicklung des Klassenbewußtseins der ländlichen Lohnarbeiter, an ihrer selbständigen Klassenorganisation arbeiten. Die Streikwelle der Städte kann und muß auf das flache Land nicht nur in Gestalt von Bauernaufständen übergreifen, sondern auch in Gestalt von richtigen Arbeiterstreiks — besonders zur Zeit der Heu- und Getreideernte. Die in unserem Programm im Abschnitt über die Arbeiter enthaltenen Forderungen, die in unzähligen Fällen die städtischen Arbeiter ihren Unternehmern gegenüber erheben, müssen auch, mit entsprechenden Änderungen auf Grund der Verschiedenheit der Existenzbedingungen, von den Landarbeitern gestellt werden. Man muß den Umstand ausnutzen, daß wir vorläufig in Rußland (abgesehen von dem Gesetz über eigenmächtiges Verlassen der Arbeit) noch keine besonderen Gesetze haben, die die Lage des Landarbeiters im Vergleich zu der des städtischen herabdrücken. Man muß dafür Sorge tragen, daß die Welle des proletarischen Aufschwungs bei den Landarbeitern eine spezifisch proletarische Stimmung und proletarische Kampfmethoden hinterläßt.

Die kleinbürgerliche Schicht der Dorfbevölkerung, die Bauernschaft im eigentlichen und engeren Sinne des Wortes, ist in gewissen geschichtlichen Perioden unvermeidlich revolutionär. Ihre gegenwärtige revolutionäre Einstellung ergibt sich unvermeidlich aus allen Bedingungen der „alten Ordnung“, und wir müssen sie eifrig unterstützen und fördern. Aber ebenso unvermeidlich wird sich aus den Lebensbedingungen der neuen Ordnung, des neuen, freien kapitalistischen Rußlands der Übergang eines Teils der ländlichen Kleinbourgeoisie auf die Seite der „Ordnung“ ergeben — und das wird um so schneller geschehen, je mehr Land die Bauern jetzt den Gutsbesitzern wegnehmen. Eine wirklich revolutionäre Klasse, eine Klasse, die unter allen Umständen, bis zum letzten revolutionär ist, kann auch im Dorf nur das Landproletariat sein. Die Verwandlung des armseligen, verschüchterten Mushik in einen freien, energischen europäischen Farmer ist eine ungeheure demokratische Errungenschaft — aber wir Sozialisten werden keinen Augenblick vergessen, daß diese Errungenschaft für die vollständige Befreiung der Menschheit von jeder Unterdrückung nur dann und nur insofern von realem Nutzen sein wird, als dem Farmer ein zielbewußter, freier, organisierter Landproletarier gegenübersteht.

Die Herren liberalen Gutsbesitzer schweigen sich über den Landarbei-

ter aus. Was den zukünftigen Farmer betrifft, so haben sie all ihre Sorge darauf gerichtet, ihn so schnell wie möglich und mit dem geringsten Verlust für ihre Tasche (es wäre vielleicht richtiger zu sagen: mit möglichstem Nutzen für ihre Tasche) zu ihrem Bundesgenossen, zu einem Privateigentümer, zu einer Stütze der Ordnung zu machen. Mit welchen erbärmlichen Almosen denken sie sich loszukaufen! Die einzige revolutionäre Maßregel, die Konfiskation der Apanageländereien, beschränken sie auf einen Teil dieser Ländereien, wobei sie Angst haben, die Konfiskation als Konfiskation zu bezeichnen, und zudem die Kirchenländereien mit keinem Wort erwähnen. Sie versprechen zwar den Landarmen ein zusätzliches Bodenstück, bestehen aber auf einer Ablösezahlung, ohne sich auch nur mit einem Wort darüber zu äußern, wer die Ablösesumme für diese Ländereien zahlen soll. Sie halten es offenbar für selbstverständlich, daß der Bauer zahlen wird — wie bei der berühmten Ablösung des Jahres 1861. Die Gutsbesitzer werden ihr schlechtestes Land zu überhohen Preisen abgeben — das ist es, was aus ihren zusätzlichen Bodenstücken zu werden verspricht. Alle von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen in bezug auf Kredit, Genossenschaften, Umtausch von Bodenstücken usw. gehören ganz in den engen Kreis der Eigentumsinteressen. Was die Pacht betrifft — eine der wundesten Fragen der bäuerlichen Wirtschaft —, so beschränken sie sich auf die ganz unbestimmte Losung „ordnen“. Darunter kann man alles verstehen, was man will, auch eine Erhöhung der Pachtzinsen unter dem Schein der Normung, und wir haben bereits oben festgestellt, was die Vertreter der herrschenden Klassen unter „Ordnung“ verstanden haben und verstehen.

Für den wichtigsten und politisch gefährlichsten Punkt des liberalen Programms halten wir aber den Punkt über die „öffentlich-staatlichen Schiedskommissionen“. Die Art der Durchführung der Agrarumgestaltung ist von ungeheurer Bedeutung, denn gerade von der Art der Durchführung wird es konkret und real abhängen, einen wie ernsthaften Charakter die Umgestaltung haben wird. Den Volkstümlern haben wir es zu verdanken, wenn wir aus alter Gewohnheit auch in dieser Frage (wie in vielen anderen) das Hauptaugenmerk auf den ökonomischen Gewinn richten und die politische Seite der Sache ignorieren oder unterschätzen. Dieser Standpunkt, für einen Kleinbürger natürlich, für einen „Bauern“ verständlich, ist für einen Sozialdemokraten absolut unzulässig.

Einem Sozialdemokraten ist die Umgruppierung in den Klassen oder in den Kategorien der Besitzer und Eigentümer gleichgültig, wenn diese Umgruppierung nicht von einem politischen Gewinn begleitet ist, der den Klassenkampf des Proletariats erleichtert. Vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Schwärmerei sind alle möglichen Projekte über „ausgleichende Bodennutzung“ usw. wichtig. Vom Standpunkt des Sozialdemokraten sind solche Projekte müßige und schädliche Denkübungen, die das gesellschaftliche Bewußtsein von den realen Bedingungen der realen demokratischen Errungenschaften ablenken. Die Sozialdemokraten werden niemals vergessen, daß die herrschenden Klassen stets und überall bestrebt sind, die Werktätigen durch ökonomische Almosen zu spalten und zu demoralisieren. Auf dem Gebiet der Agrarumgestaltungen ist diese Politik für sie besonders leicht und wird von ihnen besonders geschickt betrieben.

Um so bestimmter und entschiedener müssen wir auf der *grundlegenden* Forderung unseres Agrarprogramms bestehen: auf der Gründung von revolutionären Bauernkomitees, die selber wirklich grundlegende (nicht etwa im Sinne der Gutsbesitzer „grundlegende“) Agrarumgestaltungen vornehmen würden. Sonst wird sich jede Agrarreform unvermeidlich und unausbleiblich in einen neuen Betrug verwandeln, in eine neue Falle, wie die berühmte „Reform“ des Jahres 1861. Die „öffentlich(?) -staatlichen Schiedskommissionen“ aber sind doch eine direkte Vorbereitung der Falle! Unter „Öffentlichkeit“ verstehen wir die Gutsbesitzer, unter „Staat“ die Beamten. „Öffentlich-staatliche Kommission“ heißt also *Kommission der Gutsbesitzer und Beamten* und weiter nichts.

Das ist der Punkt, auf den wir sofort das Schwergewicht unserer Agitation auf dem flachen Lande legen müssen. Hört ihr es, Bauern? Man will euch wieder einmal auf Beamtenart beglücken, man will euer Leben durch das Eingreifen der Gutsbesitzer „ordnen“, man will euch das Land „ablösen“ lassen nach dem Muster der alten Ablösung unseligen Angedenkens! Die Gutsbesitzer sind so anständig, so herzensgut: sie sehen, daß man ihnen ihr Land ohne Entschädigung fortzunehmen droht, und da willigen sie großmütig ein, es zu *verkaufen* — selbstverständlich zu einem angemessenen Preis... Seid ihr mit einem solchen Eingreifen der Gutsbesitzer und der Beamten einverstanden? Oder wollt ihr *selbst* ein-

greifen und euch selbst ein freies Leben schaffen? Dann schließt euch mit dem städtischen Proletariat zusammen, kämpft für die Republik, erhebt euch zum Aufstand, der euch eine revolutionäre Regierung und revolutionäre Bauernkomitees bringen wird!

*„Wperjod“ Nr. 15,
20. (7.) April 1905.*

Nach dem Text des „Wperjod“.

MARX ÜBER DIE AMERIKANISCHE „SCHWARZE UMTEILUNG“

In Nr. 12 des „Wperjod“* war davon die Rede, daß Marx in der Agrarfrage gegen Kriege polemisierte. Das war nicht im Jahre 1848, wie es irrtümlich in dem Artikel des Genossen —n hieß, sondern im Jahre 1846. Ein Mitarbeiter von Marx, Hermann Kriege, damals noch ein sehr junger Mann, siedelte 1845 nach Amerika über und gründete dort als Organ zur Propagierung des Kommunismus die Zeitschrift „Der Volkstribun“. Er betrieb jedoch diese Propaganda so, daß sich Marx gezwungen sah, im Namen der deutschen Kommunisten gegen die Kompromittierung der Kommunistischen Partei durch Hermann Kriege entschiedene Stellung zu nehmen. Die Kritik an der von Kriege eingeschlagenen Richtung, 1846 im „Westphälischen Dampfboot“⁸² veröffentlicht und im zweiten Band der von Mehring herausgegebenen Marxschen Schriften abgedruckt, ist heute für die russischen Sozialdemokraten von außerordentlichem Interesse.

Die Sache ist die, daß die Agrarfrage damals durch den Verlauf der amerikanischen sozialen Bewegung ebenso in den Vordergrund gerückt worden war wie jetzt in Rußland, wobei es sich eben nicht um eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft, sondern um die Schaffung der elementaren, der Grundbedingungen für eine wirkliche Entwicklung des Kapitalismus handelte. Dieser letzte Umstand ist besonders wichtig, wenn man eine Parallele zwischen der Stellung von Marx zu den amerikanischen Ideen der „schwarzen Umteilung“ und der Stellung der russischen Sozialdemokraten zu der heutigen Bauernbewegung ziehen will.

Kriege lieferte in seiner Zeitschrift keinerlei Material für ein Studium der konkreten sozialen Besonderheiten der amerikanischen Zustände und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 242. *Die Red.*

zur Aufklärung des wahren Charakters der damaligen Bewegung der Agrarreformer, die eine Beseitigung der Rente anstrebten. Dafür kleidete Kriege (ganz wie unsere „Sozialrevolutionäre“) die Frage der Agrarrevolution in prunkvolle, hochtrabende Phrasen. „Jeder Arme“, schrieb Kriege, „wird auf der Stelle in ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft verwandelt, sobald man ihm die Gelegenheit gibt, produzierend tätig zu sein. Diese ist ihm aber für immer gesichert, sobald ihm die Gesellschaft ein Stück Land gibt, darauf er sich und seine Familie ernähren kann... Wird diese ungeheure Bodenfläche (die 1400 Millionen Acres nord-amerikanischer Staatsländereien) dem Handel entzogen und in begrenzten Quantitäten der Arbeit* zugesichert, so ist mit einem Schlage der Armut in Amerika ein Ende gemacht...“

Dem entgegnet Marx: „Daß es nicht in der Macht der Gesetzgeber liegt, durch Dekrete die Fortentwicklung des von Kriege gewünschten patriarchalischen Zustandes zum industriellen Zustande zu hemmen, oder die industriellen und kommerziellen Staaten der Ostküste der Vereinigten Staaten in die patriarchalische Barbarei zurückzuwerfen, diese Einsicht wäre zu erwarten gewesen.“

Wir haben also den regelrechten Plan einer amerikanischen schwarzen Umteilung vor uns: eine große Bodenfläche dem Handel entziehen, das Recht auf Grund und Boden sichern, den Bodenbesitz oder die Bodennutzung begrenzen. Und Marx übt von Anfang an nüchterne Kritik an diesem Utopismus, er weist darauf hin, daß sich der patriarchalische Zustand unvermeidlich zum industriellen Zustand fortentwickelt, d. h., er verweist auf die Unvermeidlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus, um in der heutigen Sprache zu reden. Es wäre jedoch ein großer Fehler, zu glauben, daß die utopistischen Träume der Teilnehmer an der Bewegung Marx veranlaßt hätten, sich zu dieser Bewegung überhaupt ablehnend zu verhalten. Nichts dergleichen. Schon damals, ganz am Anfang seiner literarischen Tätigkeit, verstand es Marx, den realen fortschrittlichen Inhalt der Bewegung aus dem Flitterkram seiner ideologischen Umhüllun-

* Man erinnere sich, was die „Rewoluzionnaja Rossija“, von Nr. 8 angefangen, über das Abwandern des Bodens vom Kapital zur Arbeit, über die Bedeutung der Staatsländereien in Rußland, über die ausgleichende Bodennutzung, über die bürgerliche Idee der Einbeziehung des Grund und Bodens in den Handelsverkehr usw. geschrieben hat. Ganz wie Kriege!

gen herauszuschälen. Im zweiten Abschnitt seiner Kritik, betitelt: „Ökonomie“ (d. h. politische Ökonomie) „des Volkstribunen und seine Stellung zum Jungen Amerika“ schrieb Marx:

„Wir erkennen die Bewegung der amerikanischen Nationalreformer in ihrer historischen Berechtigung vollständig an. Wir wissen, daß diese Bewegung ein Resultat erstrebt, das zwar für den Augenblick den Industrialismus der modernen bürgerlichen Gesellschaft befördern würde, das aber als Resultat einer proletarischen Bewegung, als Angriff auf das Grundeigentum überhaupt und speziell unter den in Amerika bestehenden Verhältnissen durch seine eigenen Konsequenzen zum Kommunismus fortreiben muß. Kriege, der sich mit den deutschen Kommunisten in New York der Anti-Rent-Bewegung angeschlossen hat, überklebt diese dünne Tatsache mit seinen überschwenglichen Redensarten, ohne sich auf den Inhalt der Bewegung je einzulassen, und beweist dadurch, daß er über den Zusammenhang des Jungen Amerika mit den amerikanischen Verhältnissen sehr unklar ist. Wir führen hier noch ein Beispiel an, wie er eine agrarisch zugestützte Parzellierung des Grundbesitzes in amerikanischem Maßstabe mit seiner Menschheitsbegeisterung überschüttet.

Nr. 10 des ‚Volkstribun‘ im Artikel ‚Was wir wollen‘ heißt es: ‚Die amerikanischen Nationalreformer nennen den Boden das gemeinschaftliche Erbe aller Menschen . . . und wollen durch die gesetzgebende Macht des Volkes Mittel getroffen wissen, die 1400 Millionen Acres Land, welche noch nicht in die Hände räuberischer Spekulanten gefallen sind, der ganzen Menschheit als unveräußerliches Gemeingut zu erhalten.‘ Um dies ‚gemeinschaftliche Erbe‘, dies ‚unveräußerliche Gemeingut‘ in seiner Gemeinschaftlichkeit der ganzen Menschheit zu erhalten, adoptiert er den Plan der Nationalreformer: ‚jedem Bauer, wes Landes er auch sei, 160 Acker amerikanischer Erde zu seiner Ernährung zu Gebote zu stellen‘, oder wie dies Nr. 14, ‚Antwort an Conze‘, ausgedrückt wird: ‚Von diesem noch unberührten Gute des Volks soll niemand mehr als 160 Acker in Besitz nehmen und auch diese nur, wenn er sie selbst bebaut‘. Der Boden soll also dadurch ‚unveräußerliches Gemeingut‘ und zwar ‚der ganzen Menschheit‘ bleiben, daß man unverzüglich anfängt, ihn zu teilen; Kriege bildet sich dabei ein, er könne die notwendigen Folgen dieser Teilung, Konzentration, industriellen Fortschritt und dergleichen durch Gesetze verbieten. 160 Acres Land gelten ihm für ein stets gleich bleibendes

Maß, als ob der Wert einer solchen Bodenfläche nicht nach ihrer Qualität verschieden sei. Die ‚Bauern‘ werden, wenn auch nicht ihren Boden, doch ihre Bodenprodukte untereinander und mit andern austauschen müssen, und wenn die Leute so weit gekommen sind, wird es sich bald zeigen, daß der eine ‚Bauer‘ auch ohne Kapital durch seine Arbeit und die größere ursprüngliche Produktivität seiner 160 Acres den andern wieder zu seinem Knechte herabdrückt. Und dann, ist es nicht einerlei, ob ‚der Boden‘ oder die Produkte des Bodens ‚in die Hände räuberischer Spekulanten fallen‘? Nehmen wir einmal Krieges Geschenk an die Menschheit ernsthaft. 1400 Millionen Acres sollen ‚der ganzen Menschheit als unveräußerliches Gemeingut‘ erhalten werden. Und zwar sollen auf jeden ‚Bauer‘ 160 Acres kommen. Hiernach läßt sich berechnen, wie stark Krieges ‚ganze Menschheit‘ ist — genau $8\frac{3}{4}$ Millionen ‚Bauern‘, die als Familienväter jeder eine Familie von fünf Köpfen, also eine Gesamtmasse von $43\frac{3}{4}$ Millionen Menschen repräsentieren. Wir können ebenfalls berechnen, wie lange die ‚alle Ewigkeit‘ dauert, für deren Dauer ‚das Proletariat in seiner Eigenschaft als Menschheit die ganze Erde‘, wenigstens in den Vereinigten Staaten, in Anspruch nehmen kann. Wenn die Bevölkerung der Vereinigten Staaten in demselben Maße zunimmt, wie bisher, das heißt sich in fünfundzwanzig Jahren verdoppelt, so dauert diese ‚alle Ewigkeit‘ nicht volle vierzig Jahre; in dieser Zeit sind diese 1400 Millionen Acres okkupiert, und es bleibt den Nachfolgenden nichts mehr ‚in Anspruch zu nehmen‘. Da aber die Freigebung des Bodens die Einwanderung sehr vermehren würde, so könnte Krieges ‚Ewigkeit‘ schon eher ‚alle‘ werden; besonders wenn man bedenkt, daß Land für 44 Millionen Menschen nicht einmal für den jetzt existierenden europäischen Pauperismus ein zureichender Abzugskanal sein würde, da in Europa der zehnte Mann ein Pauper ist und die britischen Inseln allein 7 Millionen liefern. Eine ähnliche ökonomische Naivität findet sich in Nr. 13: ‚An die Frauen‘, wo Kriege meint, wenn die Stadt New York ihre 52000 Acker auf Long Island freigäbe, so reiche das hin, um ‚mit einem Male‘ New York von allem Pauperismus, Elend und Verbrechen auf ewig zu befreien.

Hätte Kriege die Bodenbefreiungs-Bewegung als eine unter bestimmten Verhältnissen notwendige erste Form der proletarischen Bewegung, als eine Bewegung gefaßt, die durch die Lebensstellung der Klasse, von der sie ausgeht, notwendig zu einer kommunistischen sich fortentwickeln

muß, hätte er gezeigt, wie die kommunistischen Tendenzen in Amerika ursprünglich in dieser scheinbar allem Kommunismus widerstrebenden agrarischen Form auftreten mußten: so wäre nichts dagegen zu sagen gewesen. So aber erklärt er eine allerdings noch untergeordnete Bewegungsform bestimmter wirklicher Menschen für eine Sache der Menschheit, stellt sie wider sein besseres Wissen als letztes höchstes Ziel aller Bewegung überhaupt hin und verwandelt dadurch die bestimmten Zwecke der Bewegung in baren überschwenglichen Unsinn. Er singt indes ungestört in demselben Aufsatz (Nr. 10) seinen Triumphgesang weiter: „Also damit gingen endlich die alten Träume der Europäer in Erfüllung, es würde ihnen auf dieser Seite des Ozeans eine Stätte bereitet, die sie nur zu beziehen und mit ihrer Hände Arbeit zu befruchten brauchten, um allen Tyrannen der Welt mit Stolz entgegenrufen zu können: Das ist *meine* Hütte, die ihr nicht gebaut, das ist *mein* Herd, um dessen Glut ihr mich beneidet.“

Er hätte hinzufügen können: Das ist *mein* Misthaufen, den ich und mein Weib, Kind, Knecht und Vieh produziert haben. Welche Europäer sind es denn aber, deren ‚Träume‘ hier in Erfüllung gehen? Nicht die kommunistischen Arbeiter, sondern bankerotte Krämer und Handwerksmeister oder ruinierte Kotsassen, die nach dem Glücke streben, in Amerika wieder Kleinbürger und Bauern zu werden. Und was für ein ‚Wunsch‘ ist es, der durch die 1400 Millionen Acres realisiert werden soll? Kein anderer als der, alle Menschen in Privateigentümer zu verwandeln, ein Wunsch, der ebenso unausführbar und kommunistisch ist, wie der, alle Menschen in Kaiser, Könige und Päpste zu verwandeln.“

Die Kritik von Marx ist giftig und sarkastisch. Marx geißelt Kriege gerade wegen jener Züge in seinen Anschauungen, die wir jetzt bei unseren „Sozialrevolutionären“ sehen: Herrschaft der Phrase, kleinbürgerliche Utopien, die als höherer revolutionärer Utopismus hingestellt werden, Verkennung der realen Grundlagen des modernen Wirtschaftssystems und seiner Entwicklung. Mit hervorragendem Scharfblick weist Marx, der damals erst *angehender* Ökonom war, auf die Rolle des Austauschs, der Warenwirtschaft hin. Wenn nicht den Boden, sagt er, so werden die Bauern doch ihre Bodenprodukte austauschen müssen, und damit ist bereits alles gesagt! Diese ganze Fragestellung ist in sehr, sehr vielem auf die russische Bauernbewegung und ihre kleinbürgerlichen „sozialistischen“ Ideologen anwendbar.

Marx ist jedoch gleichzeitig weit entfernt von einer einfachen „Ablehnung“, von einer doktrinären Ignorierung dieser kleinbürgerlichen Bewegung, von der vielen Buchstabengelehrten eigentümlichen Furcht, sich durch die Berührung mit der revolutionären kleinbürgerlichen Demokratie die Finger zu beschmutzen. Während Marx die Unsinnigkeit der ideologischen Umhüllungen der Bewegung schonungslos verspottet, sucht er materialistisch nüchtern ihren *wirklichen* historischen Inhalt, ihre unvermeidlichen Folgen zu bestimmen, die kraft der objektiven Bedingungen, unabhängig vom Willen und Bewußtsein, von den Wünschen und Theorien dieser oder jener Personen, eintreten müssen. Marx tadelt daher nicht, sondern billigt vielmehr durchaus die Unterstützung dieser Bewegung durch die Kommunisten. Auf dem dialektischen Standpunkt stehend, d. h. die Bewegung allseitig betrachtend, sowohl die Vergangenheit wie die Zukunft berücksichtigend, betont Marx die revolutionäre Seite des Angriffs gegen das Grundeigentum, erkennt er die kleinbürgerliche Bewegung als eine eigenartige erste Form der proletarischen, kommunistischen Bewegung an. Das, was ihr durch diese Bewegung zu erreichen hofft, sagt Marx zu Kriege, werdet ihr nicht erreichen: statt Brüderlichkeit wird kleinbürgerliche Absonderung eintreten, statt der Unveräußerlichkeit der Bauernanteile die Einbeziehung des Grund und Bodens in den Handel, statt eines Schlages gegen die räuberischen Spekulanten die Erweiterung der Basis für die kapitalistische Entwicklung. Aber jener kapitalistische Schaden, den ihr irrigerweise vermeiden zu können glaubt, ist ein historischer Nutzen, denn er wird die gesellschaftliche Entwicklung ungeheuer beschleunigen und neue, höhere Formen der kommunistischen Bewegung ganz erheblich näher bringen. Der dem Grundeigentum versetzte Schlag wird die unvermeidlichen weiteren Schläge gegen das Eigentum überhaupt erleichtern; das revolutionäre Auftreten der unteren Klasse mit einer Umgestaltung, die vorübergehend ein bescheidenes Wohlergehen für bei weitem nicht alle sichert, erleichtert das unausbleiblich bevorstehende revolutionäre Auftreten der untersten Klasse mit einer Umgestaltung, die tatsächlich allen Werktätigen das volle Menschenglück sichern wird.

Uns russischen Sozialdemokraten muß Marx' Fragestellung gegenüber Kriege Vorbild sein. Über den tatsächlichen, kleinbürgerlichen Charakter der gegenwärtigen Bauernbewegung in Rußland gibt es keinen Zweifel;

wir müssen das mit allen Mitteln erläutern und rücksichtslos, unversöhnlich gegen alle diesbezüglichen Illusionen aller „Sozialrevolutionäre“ oder primitiven Sozialisten kämpfen. Die besondere Organisation einer selbständigen Partei des Proletariats, die durch alle demokratischen Umwälzungen hindurch die vollständige sozialistische Revolution anstrebt, muß unser ständiges Ziel sein, das wir keinen Augenblick aus dem Auge verlieren dürfen. Aber deshalb der Bauernbewegung den Rücken kehren zu wollen, wäre hoffnungsloseste Philisterhaftigkeit und Pedanterie. Nein, der revolutionär-demokratische Charakter dieser Bewegung ist unzweifelhaft, und wir müssen sie mit allen Kräften unterstützen, entwickeln, sie zu einer politisch zielbewußten und klassenmäßig bestimmten Bewegung machen, sie vorwärtstreiben, mit ihr zusammengehen, Hand in Hand bis zum Ende — denn wir gehen viel weiter als bis zum Ende jeglicher Bauernbewegung, wir gehen bis zum äußersten Ende jeder Teilung der Gesellschaft in Klassen. Es dürfte kaum ein anderes Land auf der Welt geben, wo die Bauernschaft solche Leiden, solche Unterdrückung und Erniedrigung wie in Rußland auszustehen hätte. Je finsterer diese Unterdrückung war, um so machtvoller wird jetzt das Erwachen, um so unwiderstehlicher der revolutionäre Ansturm der Bauern sein. Es ist Sache des klassenbewußten revolutionären Proletariats, diesen Ansturm mit allen Kräften zu unterstützen, damit er von dem alten, fluchbeladenen, leibeigenschaftlich-absolutistischen Rußland der Sklaven nicht einen Stein auf dem anderen läßt, damit er eine neue Generation freier und kühner Menschen schafft, ein neues, republikanisches Land, in dem sich unser proletarischer Kampf für den Sozialismus frei entfalten kann.

„Wperjod“ Nr. 15,
20. (7.) April 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

DER ENTLARVTE RAT DER PARTEI

Soeben erschien als Sonderdruck aus Nr. 95 der „Iskra“ ein Beschluß des „Rats der Partei“, datiert: Genf, 7. April 1905. Dieser Beschluß enthält in ununterbrochener Folge lauter „Abweichungen von der Wahrheit“. Die wichtigsten seien hier festgehalten.

Man sagt uns, der Rat sei bemüht gewesen, zu verhindern, daß der Kampf innerhalb der Partei ihre Einheit untergräbt. Das ist nicht wahr. Aus unwiderlegten und unwiderlegbaren Dokumenten müssen alle Parteimitglieder wissen, daß die ZK-Mitglieder Lenin und Wassiljew vor mehr als einem Jahr, im Januar 1904, im Rat den Vorschlag machten, an die gesamte Partei die Aufforderung zu richten, mit dem Boykott Schluß zu machen und zu verhindern, daß Zirkel sich heimlich Gelder der Gesamtpartei aneignen.* *Der Rat lehnte diesen Vorschlag ab.* Statt dessen beteiligte sich der Rat direkt an der *heimlichen Spaltung* der Partei und sanktionierte den Kampf der geheimen Organisation der Minderheit um die „Kooptation“. Dieser Kampf wurde, wie jetzt dokumentarisch nachgewiesen ist, seit dem zweiten Parteitag betrieben, d. h. von August 1903 bis November oder Dezember 1904.

Seit Januar 1904 war also der Rat nicht mehr die höchste Körperschaft der Partei, sondern ein Werkzeug der geheimen Organisation der Minderheit. Das Bestehen dieser Organisation ist öffentlich und in der Presse nicht nur von dem versöhnlerischen ZK, sondern auch von der „Iskra“ selbst zugegeben worden, nämlich zu der Zeit, als das ZK auf die Seite der Minderheit überging.

Als Werkzeug der geheimen Organisation der Minderheit richtete der

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 139–141. *Die Red.*

Rat alle Anstrengungen darauf, dem von den Komitees geforderten allgemeinen Parteitag auszuweichen. Volle anderthalb Jahre wurde die sozialdemokratische Arbeit in Rußland durch das desorganisierende Treiben der im Ausland residierenden Minderheit gehemmt. Volle anderthalb Jahre führten die Komitees in Rußland einen ununterbrochenen hartnäckigen Kampf um den Parteitag, einen Kampf gegen den Rat in Genf, der die Resolutionen der Komitees entweder unterschlug oder sie mit den größten Beschimpfungen zurücksandte („Hochstapler, banale Komödie, Dokumentenfabrikation“ — Ausdrücke aus einem Brief Martows, siehe die Broschüre von Orłowski „Der Rat gegen die Partei“). Jeder größere Schritt dieses qualvollen Kampfes gegen das Treiben der geheimen Spalter ist jetzt dokumentarisch in der Literatur bezeugt. Schon im Oktober 1904, d. h. vor einem halben Jahr, wurde der Beweis erbracht, z. B. in der Broschüre Orłowskis „Der Rat gegen die Partei“, daß sich der Rat ohne Angabe von Gründen der ihm laut Statut obliegenden Pflicht, den Parteitag einzuberufen, entzogen hat. Danach sprach eine lange Reihe von Parteikomitees in Rußland eines nach dem anderen dem Rat und allen zentralen Körperschaften *in aller Form das Mißtrauen* aus. Aber der Rat ließ das völlig unbeachtet und hielt ungeniert die Partei zum Narren. Der Rat war ein Werkzeug der Minderheit. Der Rat erklärt sich jetzt in dem Beschluß vom 7. April 1905 direkt zu *einem der streitenden Lager*, hat sich aber indessen nicht geniert, den Titel, die Rechte und die Vollmachten einer Körperschaft der *Gesamtpartei* für sich in Anspruch zu nehmen, und hat sich geweigert, der Partei das von ihr erhaltene Mandat zurückzugeben! Das war ein einziger fortlaufender, himmelschreiender Vertrauensbruch.

Nachdem die Parteikomitees in Rußland erkannt hatten, daß der Rat dem Parteitag ausweicht, ließen sie schließlich *selber* durch das von ihnen auf drei Konferenzen gewählte „Büro“ *den Parteitag einberufen*, und da beeilte sich *sogar das auf die Seite der Minderheit übergetretene ZK*, seinen Fehler zu korrigieren. Das *russische ZK*, das mit den Komitees der Mehrheit nicht nur nicht sympathisiert, sondern sie sogar bekämpft hatte, mußte *angesichts der Entwicklung der Dinge in Rußland* und da es das wirkliche Übergewicht der Mehrheit in Rußland kannte, die völlige Unparteilichkeit des Büros der Komitees der Mehrheit bei der Einberufung des Parteitags anerkennen, mußte sich *gegen den Parteirat auflehnen*. Wie wir bereits in der Presse festgestellt haben und wie alle russischen

Parteifunktionäre aus der Deklaration wissen, hat sich das russische ZK in dem Aufruf an die gesamte Partei vom 12. März 1905 *direkt gegen den Rat aufgelehnt*: es erklärt in Punkt 5 der Deklaration, daß „die Resolution des Rats vom 8. März gegen den Parteitag“ (Nr. 89 der „Iskra“) „nicht als Grund betrachtet wird, die Arbeiten zur Organisierung des Parteitags einzustellen“.

Was bedeutet diese Erklärung, die unser Rat so sorgfältig verschweigt? Sie bedeutet: Das russische ZK, das die russischen Angelegenheiten kennt und die Behauptungen des ausländischen Rats offenbar nachgeprüft hat, *bezeichnet diese Behauptungen* als falsch, hält die Ausreden gegen die Einberufung des Parteitags für erfunden und betrachtet die Tatsache *als erwiesen*, daß die übergroße Mehrheit der russischen Komitees, die sich über den Sachverhalt informieren konnten, den Parteitag fordert.

Darum also schweigt sich unser Rat über die in Punkt 5 enthaltene Erklärung des ZK aus! Bedeutet diese Erklärung doch, daß die Behauptungen des Rats vor der gesamten Partei als falsch entlarvt werden, daß der Rat überführt wird, die Meinung der Parteioffentlichkeit gefälscht zu haben!

Vergebens versucht deshalb der Rat, die Partei noch einmal irrezuführen, indem er Beratungen oder Vereinbarungen der streitenden Lager vorschlägt. *In Rußland ist eine solche Vereinbarung bereits zustande gekommen*. Die russische Zentralstelle der Menschewiki war das ZK — dies wurde von der „Iskra“ selbst in der Mitteilung über die Annahme der Julideklaration des ZK durch die menschewistischen Organisationen offen erklärt. Die russische Zentralstelle der Mehrheit war das Büro der Komitees der Mehrheit. Die *russischen Zentralstellen* beider streitenden Lager *haben bereits eine Vereinbarung über einen gemeinsamen Parteitag getroffen*. Hieraus ist zu ersehen, daß es in Rußland Menschewiki gibt, die das Parteiprinzip und die Parteieinheit etwas mehr schätzen, als die ausländischen Menschewiki es tun. Hieraus ist zu ersehen, daß die russischen Menschewiki in Gestalt ihrer Zentralstelle, des Zentralkomitees, selber den ausländischen Rat entlarven und ihm den Rücken kehren. Hieraus ist zu ersehen, daß nach der Vereinbarung zwischen den russischen Zentralstellen der beiden streitenden Lager von irgendeiner Vereinbarung mit dem ausländischen Rat, d. h. mit den in Genf sitzenden Gentlemen keine Rede sein kann.

Ganz zu Unrecht spricht deshalb unser Rat von seiner Absetzung durch das ZK in der Zukunftsform. Das ist nicht Zukunft, sondern Vergangenheit. Punkt 5 des Aufrufs des ZK an die Partei vom 12. März 1905 zeigt allen, die den Sinn dessen, was sie lesen, zu verstehen vermögen, daß diese Absetzung bereits erfolgt ist. Rußland, in Gestalt der vereinigten Zentralstellen der beiden Lager, hat das Ausland abgesetzt. Der Rat der Partei repräsentiert jetzt nicht die Partei, sondern eine Gruppe in Genf lebender Personen.

Wie richtig diese Schilderung der Parteiangelegenheiten ist, geht besonders deutlich aus folgendem hervor: Der Rat der Partei erklärt, daß sein Beschluß vom 7. April 1905 einstimmig gefaßt wurde. Die Parteimitglieder, die das lesen, müssen natürlich annehmen, daß an der Beschlußfassung *auch die zwei im Rat vertretenen Mitglieder des ZK* beteiligt waren. Eine solche Annahme, die der Rat bei den Lesern hervorgerufen sucht, muß jedoch mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

Beweis: Wie wir bereits in Nr. 13 des „Wperjod“ erwähnten, haben wir noch nicht das Recht, den Vertrag zwischen dem Büro der Komitees der Mehrheit und dem ZK zu veröffentlichen. Gleichzeitig aber wurde uns mitgeteilt, daß wenigstens ein Punkt dieses Vertrags in dem Fall zu veröffentlichen ist, wenn der Rat der Partei einen gegen die Einberufung des III. Parteitags gerichteten Beschluß fassen sollte.

Dieser Fall ist jetzt eingetreten.

Deshalb veröffentlichen wir nunmehr den ersten Punkt des unveröffentlichten Vertrags.

„Vertrag zwischen dem Büro der Komitees der Mehrheit und dem ZK, unterzeichnet am 12. März 1905:

Erster Punkt: Das Organisationskomitee, bestehend aus Vertretern des ZK und des Büros der Komitees der Mehrheit, organisiert sofort den III. Parteitag, unabhängig von einer wie immer gearteten Resolution des Rats der Partei über die Einberufung des Parteitags.“

Das ist doch wohl klar?

Das ZK hat sich in einer besonderen Klausel vorbehalten, die *künftigen* Resolutionen des Rats nicht zu befolgen, ohne dies zunächst zu veröffentlichen, für den Fall, daß der Rat ausnahmsweise einmal ehrlich handeln sollte. Die Menschewiki in Rußland haben demnach noch geglaubt, der Rat wäre, sei es auch ausnahmsweise, zu ehrlichem Handeln fähig.

Die Menschewiki in Rußland, in Gestalt ihrer russischen Zentralstelle, haben jetzt eine Enttäuschung erlebt.

Es ist nunmehr endgültig bewiesen, daß das dem Rat durchaus günstig gestimmte ZK genötigt war, in eigener Person seinen Auslandskollegen restlos zu entlarven.

Und jetzt haben wir an die Leser nur noch eine kleine abschließende Frage zu stellen: Was soll man nach alledem von den in Genf sitzenden Mitgliedern des Rats denken, die in der Presse, in aller Öffentlichkeit erklärten, der Beschluß des Rats vom 7. April 1905 in Genf sei einstimmig angenommen worden?

„Wperjod“ Nr. 15,
20. (7.) April 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

OFFENER BRIEF
AN DEN VORSITZENDEN DES RATS DER SDAPR,
GENOSSEN PLECHANOW⁸⁸

Werter Genosse!

Am 4. (17.) April richtete das ZK an den Rat der Partei die Mitteilung, daß es als seine Vertreter im Rat die Genossen Johansen⁸⁴ und Walerjan⁸⁵ bestimmt habe, und ersuchte, möglichst bald eine Sitzung des Rats in der durch das Parteistatut vorgeschriebenen Zusammensetzung anzuberaumen.

Da wir keine Antwort auf dieses Ersuchen erhielten, erlaubten wir uns, Ihnen die Bitte erneut vorzutragen, und erhielten am 22. (9.) April eine Antwort, in der Sie es ablehnen, eine Sitzung des Rats einzuberufen, solange wir „fortfahren, das Parteistatut zu verletzen und als Usurpatoren der Funktionen des Parteirats aufzutreten“.

Die durch die Weigerung, eine offizielle Sitzung des Rats einzuberufen, geschaffene Lage macht es uns unmöglich, dem Rat eine Reihe von Mitteilungen zu machen; da es aber unserer Meinung nach nicht angeht, länger damit zu warten, so sind wir gezwungen, vor der ganzen Partei an Sie eine schriftliche Darlegung der wichtigsten Erklärungen zu richten, die in der nächsten Sitzung des Rats hätten abgegeben werden sollen.

1. Das ZK erklärt dem Rat der Partei, daß sich bis zum 4. (17.) April für die Einberufung des III. Parteitags folgende vollberechtigte Parteiorganisationen ausgesprochen haben: die Komitees von Petersburg und Moskau, der Nordbund, die Komitees von Nishni-Nowgorod, Twer, Tula und Riga, der Sibirische Bund, die Komitees von Woronesh, Saratow und Odessa, der Kaukasische Bund (8 Stimmen), die Komitees von Nikolajew, vom Ural, von Orjol-Brjansk, Kursk, Smolensk, Polesje, des Nordwestens, von Charkow und Samara – insgesamt 21 Organisationen, die zusammen das Recht auf 48 Stimmen haben. Für die Einberufung des Parteitags hat

sich auch das Zentralkomitee ausgesprochen und den Beschluß gefaßt, einen Delegierten sowie seine Vertreter im Parteirat zum Parteitag zu entsenden.

Von den Komitees Astrachan, Kasan, Kubangebiet, Dongebiet, vom Bund des Berg- und Hüttenreviers, vom Komitee Jekaterinoslaw, vom Krimbund, von der Liga, von der Redaktion des Zentralorgans und von den drei Auslandsmitgliedern des Rats sind entweder gar keine Resolutionen eingegangen oder aber Resolutionen des Inhalts, daß die Einberufung des Parteitags unerwünscht sei.

Das Kiewer Komitee endlich hat, obgleich es am 25. März eine Resolution gegen den Parteitag angenommen hatte, hinterher einen Delegierten zum Parteitag gewählt und ihn ins Ausland gesandt.

Somit haben sich von 75 Stimmen*, die auf dem Parteitag die gesamte Partei vertreten, 52 Stimmen (das Kiewer Komitee nicht mitgerechnet) für die Einberufung des III. Parteitags ausgesprochen.

Unter diesen Umständen hält es das Zentralkomitee für notwendig, durch seine Vertreter im Rat der Partei darauf zu dringen, daß der Rat sofort der ihm nach § 2 des Parteistatuts obliegenden formalen Pflicht nachkommt, den Parteitag einzuberufen, wenn dies Parteiorganisationen verlangen, die zusammen ein Anrecht auf die Hälfte der Stimmen auf dem Parteitag haben.

Da nach den beim ZK vorhandenen Unterlagen sich gegenwärtig viel mehr Stimmen für den Parteitag ausgesprochen haben, als das Statut verlangt (52 von 75), so muß die Bekanntgabe der Einberufung des Parteitags durch den Rat sofort und vorbehaltlos erfolgen, ohne daß irgendwelche im Parteistatut nicht vorgesehene Vorbedingungen oder Forderungen erhoben werden.

2. Das Zentralkomitee ist fest überzeugt, daß eine Frage von so außerordentlicher Wichtigkeit — die Einberufung des Parteitags in einer Situation, wie sie die Partei und ganz Rußland zur Zeit durchleben — selbst dann, wenn alle Mitglieder des Rats der Partei es aufrichtig meinen, nicht ausschließlich rein formal entschieden werden kann. Dazu ist unser Parteistatut nicht genügend ausgearbeitet, es gibt zum Beispiel keine Antwort auf die Frage der Frist, innerhalb welcher der Rat der Partei *verpflichtet*

* Siehe das in Nr. 89 der „Iskra“ veröffentlichte Verzeichnis der vollberechtigten Organisationen.

ist, den Parteitag einzuberufen, wenn die vorgeschriebene Zahl der Stimmen für die Einberufung erreicht ist. Die zentralen Körperschaften der Partei müssen bei dieser wie bei anderen Fragen zu einer *Auslegung* des Statuts greifen und nicht nur den in aller Form zum Ausdruck gebrachten Willen der Partei berücksichtigen, die sich, wie aus Punkt 1 ersichtlich, bereits für den Parteitag ausgesprochen hat, sondern auch die tatsächliche Lage der Dinge, sowohl innerhalb der Partei als auch in Rußland überhaupt.

Das ZK hält es für seine Pflicht, dem Rat der Partei zur Kenntnis zu bringen, daß die Parteikrise in Rußland solche Ausmaße erreicht hat, daß die gesamte Parteiarbeit fast zum Stillstand gekommen ist. Die Lage in den Komitees ist im höchsten Grade verworren. Es gibt fast keine einzige taktische oder organisatorische Frage, die in den lokalen Organisationen nicht zu den erbittertsten Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen geführt hätte, und zwar meist nicht so sehr aus sachlichen Gründen als infolge der Zugehörigkeit der Streitenden zu den verschiedenen Lagern der Partei. Weder der Rat der Partei noch das ZO oder das ZK genießen bei der Mehrzahl der Parteiarbeiter die nötige Autorität, überall entstehen Doppelorganisationen, die sich gegenseitig in der Arbeit hemmen und die Partei in den Augen des Proletariats diskreditieren. Den Genossen, die sich vorwiegend mit publizistischer Tätigkeit befassen, einer Tätigkeit, die auch in einer Atmosphäre des Mißtrauens seitens eines bedeutenden Teils der Partei ununterbrochen weitergehen kann, ist die Ausweglosigkeit, die Unerträglichkeit der Lage, in der sich zur Zeit die allgemeinen Parteiangelegenheiten befinden, vielleicht nicht so sichtbar, wie den Funktionären der praktisch tätigen Zentralstelle, die in Rußland bei ihrer Tätigkeit mit jedem Tag auf immer größere Schwierigkeiten stoßen. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo die Entwicklung der inneren Gegensätze unseres Parteilebens jenen engen und, wie wir jetzt schon alle sehen, durchaus nicht vollkommenen Statutenrahmen, den uns der II. Parteitag gegeben hat, zu sprengen droht. Neue Formen oder zumindest eine Modifizierung der alten Formen sind notwendig, und durchführen kann das nur der Parteitag, der einzige Gesetzgeber der sozialdemokratischen Partei, da ihm und nur ihm die Festsetzung *allgemein verbindlicher* Normen zusteht, die keine Konferenz, keine partielle Vereinbarung zu geben vermag. In Erkenntnis der Wichtigkeit einer möglichst baldigen Beilegung

der Parteikrise durch einen Parteitag hat der größte Teil der russischen Komitees bereits alle Maßnahmen zur raschesten Durchführung des Parteitags getroffen, einschließlich der Wahl und Entsendung von Delegierten; und zwar gilt das nicht nur für die Komitees der Mehrheit, die sich schon früher für die Einberufung des Parteitags ausgesprochen haben, sondern auch für die Mehrzahl der Komitees der Minderheit, der Gruppen und Peripherien. Die Partei hat sich für den Parteitag ausgesprochen und für seine Vorbereitung riesige Mittel und Anstrengungen aufgewendet. Die zentralen Körperschaften der Partei, die jetzt, da die Einberufung des Parteitags unzweifelhaft zu erfolgen hat, kein formales Recht mehr haben, die Verkündung des Parteitags zu verschieben, sind moralisch verpflichtet, ihrerseits alles zu tun, damit dieser Kraftaufwand der Partei auch Nutzen bringt. Wenn Dutzende Delegierte, die aktivsten Genossen, die in Rußland gegenwärtig so nötig gebraucht werden, auf unbestimmte Zeit im Ausland zurückgehalten werden müßten, wenn sie — was noch schlimmer wäre — nach Rußland zurückkehren müßten, ohne daß der Parteitag stattgefunden hätte, und zwar nur deshalb nicht stattgefunden hätte, weil die Genossen aus dem ZO nicht gewillt waren, vom Buchstaben des Parteistatuts zugunsten seines Geistes, zugunsten des höheren Interesses der Erhaltung der Parteieinheit abzuweichen, so würde das eine unzulässige Vergeudung von Parteikräften und die Unfähigkeit der Parteiführer bedeuten, jene Aufgaben zu bewältigen, vor die uns das Parteileben gestellt hat. Wenn die Formen sich überlebt haben, wenn diese Formen für die wachsende und sich entwickelnde Partei zu eng geworden sind, darf man die Rettung nicht nur darin erblicken, daß man zum hundertsten und aber hundertsten Mal von der Heiligkeit des Buchstabens des Gesetzes spricht. Das ist kein Ausweg aus der Krise, der einzige Ausweg kann nur die Einberufung des Parteitags sein.

3. Auf Grund von § 6 des Parteistatuts, der dem Zentralkomitee die Organisation und Leitung aller Unternehmungen überträgt, die von Bedeutung für die Gesamtpartei sind, besteht das ZK auf seinem unveräußerlichen und keiner Beschränkung unterliegenden Recht, vorbereitende Maßnahmen zu treffen und die gesamte praktische Arbeit zur Organisation der Parteitage zu leisten. Jeden Versuch anderer Parteikörperschaften, sich in diese Arbeit einzumischen, betrachtet das ZK, die einzige praktisch tätige Zentralstelle der Partei, als Verletzung des Partei-

statuts und weist einen solchen Versuch als einen Anschlag auf die Rechte des ZK zurück. Was die Rechte anbelangt, die der § 2 des Statuts dem Rat der Partei hinsichtlich der Einberufung von Parteitag einräumt, so faßt sie das Zentralkomitee in dem Sinne auf, daß der Rat die Einberufung des Parteitags zu verkünden und eine Kontrolle über die tatsächlich ausgeführte Arbeit des ZK auszuüben hat.

Auf Grund des oben Gesagten erklärt das ZK, daß seine Vereinbarung mit dem Büro der Komitees der Mehrheit über die Einberufung des III. Parteitags nur insofern im Widerspruch zum Statut der Partei steht, als darin die Absicht zum Ausdruck kommt (siehe § 1 des Vertrags), den Parteitag auch ohne eine vorherige formelle Verkündung durch den Rat der Partei einzuberufen.

4. Das ZK beschloß am 12. März, nachdem es Mitteilungen über die Resolutionen von 18 vollberechtigten Parteiorganisationen, das ZK selbst nicht mitgerechnet, für die Einberufung des III. Parteitags erhalten hatte, dies dem Rat zur Kenntnis zu bringen, und sandte dem Rat folgende Erklärung: „Das ZK setzt den Rat der Partei davon in Kenntnis, daß sich gegenwärtig (12. März) 18 vollberechtigte Parteikomitees (das ZK nicht mitgerechnet), d. h. mehr als die Hälfte der beschlußfähigen Stimmen, deren Teilnahme am III. Parteitag durch das Parteistatut gesichert ist, für die Einberufung des III. Parteitags ausgesprochen haben. In allernächster Zukunft sind ähnliche Resolutionen von einigen weiteren Komitees zu erwarten. Unter diesen Umständen hält das ZK die sofortige Einberufung des Parteitags für notwendig und ersucht den Rat der Partei, seine Einberufung durch Annahme eines entsprechenden Beschlusses zu verkünden. Alle Dokumente zu dieser Frage, die sich beim Zentralkomitee befinden, werden in der nächsten Zeit dem Rat der Partei zugestellt.“ Zugleich damit wies das Zentralkomitee schon am 10. März seinen Agenten, den Gen. Wadim⁸⁶, an, sich sofort ins Ausland zu begeben, um dem Rat der Partei, an dessen Sitzungen der Gen. Wadim als Vertreter des ZK teilzunehmen bevollmächtigt war, über die Lage der Dinge zu berichten. Infolge einer unglücklichen Verkettung der Umstände wurde Gen. Wadim verhaftet, bevor er die Grenze erreicht hatte. Was das hier angeführte Dokument betrifft, in dem das ZK das Vorhandensein von Resolutionen konstatiert, die den Rat verpflichten, sofort die Einberufung des Parteitags zu verkünden, so soll dieses Dokument nach inoffiziellen Mitteilun-

gen, die die Mitglieder des Zentralkomitees, die Genossen Johansen und Walerjan, am 4. (17.) April von Genossen Deutsch erhalten haben, gar nicht angekommen sein. Später korrigierte Genosse Deutsch diese Angabe, indem er erklärte, daß das Dokument zwar in Locarno angekommen sei, aber erst nach der Sitzung des Rats vom 7. April. Da wir, die Vertreter des ZK, zu der Sitzung des Rats nicht zugelassen wurden, haben wir nicht die Möglichkeit, klarzustellen, warum diese Erklärung des ZK den Mitgliedern des Rats mit solcher Verspätung zugestellt wurde. Aber selbst wenn sie nach der Sitzung der drei Mitglieder des Rats in Locarno angekommen war, hätten die Genossen vom ZO und das fünfte Mitglied des Rats angesichts der Wichtigkeit des Dokuments, in dem das Vorhandensein von Unterlagen für die Einberufung des Parteitags festgestellt wird, sofort zusammentreten und den durch das Parteistatut vorgeschriebenen Beschluß fassen oder zumindest, da der Vertreter des Zentralkomitees nicht eintraf, weil er vor dem Erreichen der Grenze verhaftet worden war, die Veröffentlichung des Beschlusses vom 7. April aufhalten müssen.

5. Das Zentralkomitee bestreitet die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse des Rats der Partei, die seit Februar 1905 gefaßt wurden, da seit Ende Januar, seitdem die Genossen B. und Wtorow⁸⁷ nach Rußland abgereist sind, das ZK niemand zur Vertretung im Rat der Partei bevollmächtigt hat. Schon lange vor dem jetzigen Konflikt zwischen dem ZK und den im Ausland lebenden Mitgliedern des Rats, nämlich am 14. Februar 1904, hatte die Vollversammlung des ZK einen Beschluß gefaßt, der den § 4 des Statuts über die Vertretung des ZK im Rat in dem Sinne erläutert, daß die dem Rat angehörenden Mitglieder des ZK ihre Vollmacht vom Gesamtkollegium erhalten und daß sogar Mitglieder des ZK, die sich aus diesem oder jenem Grund im Ausland aufhalten, nicht berechtigt sind, an den Sitzungen des Rats teilzunehmen, wenn darüber kein Beschluß der Vollversammlung des ZK gefaßt worden ist.

Diese Erläuterung des ZK diente als Grundlage für die Vertretung des ZK im Ausland, und seit Februar 1904 nahmen die Vertreter des ZK am Rat der Partei ausnahmslos nur dann teil, wenn sie vorher von der Vollversammlung des ZK bestätigt worden waren. Gen. Glebow und Lenin, Gen. Glebow während seines zweiten Aufenthalts im Ausland, Gen. B., der frühere Vertreter des ZK im Rat, bis zu seiner Abreise nach Rußland, Gen. Wtorow, der im Januar ins Ausland reiste und bevollmächtigt wor-

den war, über bestimmte Fragen mit der Redaktion des ZO in Verhandlungen zu treten und an den Sitzungen des Rats teilzunehmen — sie alle erhielten ihre Vollmachten nicht von diesem oder jenem Mitglied des ZK oder ihrem Vorgänger als Vertreter im Rat der Partei, sondern von der Vollversammlung des ZK. Die Gründe, die das ZK veranlaßten, den erwähnten Beschluß vom 14. Februar 1904 zu fassen und in der ganzen späteren Praxis strikt an ihm festzuhalten, bestanden darin, daß eine solche Organisation der Vertretung des ZK im Rat das einzige Mittel darstellte, um zu verhindern, daß im Rat der Partei Genossen als Vertreter des ZK auftreten, die mit dem ZK nicht in genügend enger Fühlung stehen und mit den Einzelheiten seiner Politik in allen Fragen des Parteilebens nicht vertraut sind. Ja, wir sagen noch mehr: die Ernennung der zwei betreffenden Mitglieder des Rats *nur durch die Vollversammlung des ZK* war das einzige Mittel, der in Rußland tätigen Zentralstelle im Rat der Partei einen Einfluß zu sichern, der wenigstens annähernd demjenigen gleichkommt, den die Genossen vom ZO genießen, die im Rat nicht nur zahlenmäßig, sondern auch durch die Autorität überwiegen, die einige von ihnen durch lange Jahre ruhmreichen Kampfes in den vordersten Reihen nicht nur der russischen, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie erworben haben. Das ZK, das diesen Genossen, den Mitgliedern des Rats, stets die gebührende Hochachtung zollt, würde jedoch seine Pflicht vor der Gesamtpartei verletzen, wenn es auch nur für kurze Zeit eine solche Änderung der Zusammensetzung des Rats der Partei zuließe, bei der die Entscheidungen von einem Kollegium getroffen werden, das ausschließlich aus Genossen besteht, die zwar sehr verdienstvoll und ehrwürdig sind, aber durch die Macht der Umstände nicht an der unmittelbaren praktischen Arbeit, die in Rußland geleistet wird, teilnehmen können. Da unser Ersuchen, eine Sitzung des Rats anzuberaumen, abgelehnt wurde, konnten wir nicht feststellen, mit welchem Recht Gen. Deutsch, den Genosse Wtorow als provisorischen Vertreter des ZK in der ausländischen „technischen Kommission“ bestimmt hatte, es für möglich erachtete, im Rat der Partei namens des ZK aufzutreten, mit dessen Arbeit in Rußland er überhaupt niemals Kontakt gehabt hat. Das ZK erklärt dieses Auftreten des Gen. Deutsch für ungültig, da es nicht vorher vom ZK bestätigt worden war, und selbst wenn man annimmt, daß Gen. Wtorow (damals nur ein Agent des ZK) oder sogar irgendein

Mitglied des ZK den Gen. Deutsch gebeten habe, das ZK im Rat der Partei zu vertreten, so wird die Rechtsungültigkeit der von Genossen Deutsch eingenommenen Position dadurch nicht beseitigt, da die erwähnte Vollmacht nur von der Vollversammlung des ZK erteilt werden kann, das aber ist hinsichtlich der Vertretung des Gen. Deutsch im Rat nicht geschehen. Auf Grund des oben Dargelegten betrachtet das ZK alle Beschlüsse des Rats der Partei, die nach der Abreise der Genossen B. und Wtorow aus dem Ausland gefaßt wurden, als ohne jede Mitwirkung des ZK zustande gekommen und fordert eine Überprüfung aller Fragen in einer neuen Sitzung, unter Hinzuziehung der rechtmäßigen Vertreter des ZK.

6. Das Zentralkomitee streitet dem Rat der Partei das Recht ab, über irgendeine der Zentralstellen Gericht zu halten und von diesen die unbedingte Unterordnung unter alle Beschlüsse des Rats zu fordern. Laut Statut besteht die Aufgabe des Rats darin, die Tätigkeit des ZK und der Redaktion des ZO miteinander in Einklang zu bringen und zu koordinieren; falls es aber zu einem Konflikt zwischen einer Zentralstelle und dem Rat kommt, kann die Lösung des Konflikts offensichtlich nur durch einen außerordentlichen Parteitag erfolgen. Die Stimme des Rats der Partei kann bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm selbst und einer der Zentralstellen nicht entscheidend sein, da der Rat dann gleichzeitig Richter und streitende Partei sein würde. Indessen wurde durch die Weigerung, eine Sitzung des Rats der Partei unter Beteiligung von Vertretern des ZK einzuberufen, von den drei Mitgliedern des Rats (Mitgliedern der Redaktion des ZO) faktisch gegen das ZK nicht nur das Urteil gefällt, sondern auch bereits die Strafe vollzogen, indem ihm, dem ZK, das — ohne Verletzung des Statuts unveräußerliche — Recht auf eine eigene Vertretung im Rat der Partei entzogen wurde.

Auch andere Maßnahmen werden getroffen, um das ZK unter allen Umständen zu zwingen, sich den Beschlüssen der drei Mitglieder des Rats (Mitglieder der Redaktion des ZO) zu fügen. Als zum Beispiel das ZK seinen eigenen Agenten im Ausland, nämlich den Gen. Deutsch, aufforderte, alle technischen und finanziellen Angelegenheiten des ZK dem mit ihrer Leitung betrauten Mitglied des ZK, Genossen Walerjan, zu übergeben, da weigerte sich Gen. Deutsch, dies zu tun, und berief sich dabei auf den Konflikt zwischen dem ZK und dem Rat.

Wenn also das ZK in § 1 seiner Vereinbarung mit dem Büro der Komitees der Mehrheit seine Bereitwilligkeit erklärt hat, den Parteitag selbst im Fall einer Weigerung des Rats einzuberufen, und sich damit in Widerspruch zum Statut gesetzt hat, so haben die drei Mitglieder des Rats ihrerseits zweimal das Statut verletzt, indem sie dem ZK das Recht entzogen haben, am Rat teilzunehmen, sowie das Recht, über die technischen und finanziellen Unternehmungen des ZK im Ausland zu verfügen und sie zu kontrollieren (Verletzung von § 2 und § 6 des Parteistatuts).

Das Zentralkomitee konstatiert vor der Partei den oben dargelegten, vom Standpunkt des Parteistatuts unlösbaren Konflikt zwischen dem (nur von zwei Mitgliedern des ZO und dem fünften Mitglied des Rats vertretenen) Rat der Partei und dem ZK und erklärt angesichts der Tatsache, daß sich der Vorsitzende des Rats der Partei diesen einzuberufen weigert, daß der Vorsitzende des Rats, Genosse Plechanow, durch diese seine das Statut gröblich verletzende Handlung dem Rat der Partei die Möglichkeit nimmt, seine Funktion auszuüben, und damit faktisch den Rat der Partei eigenmächtig aufhebt.

Die unbedingte Unterordnung des ZK unter den Rat der Partei, auf der Sie, Genosse, als einer unbedingten Voraussetzung bestehen, ohne die der Rat nicht einberufen werden kann, läuft faktisch auf eine Vertagung des Parteitags auf unbestimmte Zeit und auf eine Verletzung des klar zum Ausdruck gebrachten Willens der Partei hinaus.

Das ZK stellt seine Loyalität gegenüber der Partei höher als die Loyalität gegenüber den drei Auslandsmitgliedern des Rats und überläßt daher diesen ganzen Konflikt dem Urteil der Partei selbst.

23. (10.) April 1905

Zentralkomitee der SDAPR

„Wperjod“ Nr. 16,
30. (17.) April 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ZUR FRAGE DES III. PARTEITAGS

Auf die Nachricht, daß sich das ZK dem Büro der Komitees der Mehrheit angeschlossen hat, um einen allgemeinen Parteitag einzuberufen, hat die „Iskra“ (Nr. 94) mit Gekeif und Hysterie, mit neuen persönlichen Verdächtigungen, mit Märchen über die Stärke der Gruppen der Minderheit usw. geantwortet. Alle diese Ausfälle, die der famosen Ligakonferenz würdig gewesen wären, werden wir selbstverständlich nicht beantworten. Im großen und ganzen sind nur zwei Punkte wert, herausgegriffen zu werden. Wenn der Parteitag stattfinden sollte, heißt es in der „Iskra“, dann nur als eine *Konferenz gesonderter Strömungen*. Mit anderen Worten, die Neuskristen geben zu, sich von der Partei abgesondert zu haben, erkennen die Spaltung als vollzogen an. Die offene Anerkennung dieser Tatsache würden wir einer widerwärtigen heimlichen Spaltung stets vorziehen. Aber wie reimt sich das eigentlich zusammen, meine Herren: ihr gebt selber zu, ein Teil der Partei zu sein, der sich von dem anderen Teil abgespalten hat, gleichzeitig aber haltet ihr in aller Bescheidenheit an Titeln und Ämtern der Gesamtpartei fest („ZO“, „Rat“)? Ist das etwa ehrlich?

Zweitens. Die „Iskra“ betrachtet gewöhnlich die Partei als gespalten, wenn es sich um die Rechenschaftslegung der Zentralstellen vor der Partei handelt, wenn es sich aber um die Macht der Zentralstellen über die Partei handelt, dann betrachtet die „Iskra“ die Partei als einheitlich. So auch jetzt. Einerseits „gesonderte Strömungen“, andererseits „kann nur der Rat den Parteitag einberufen“. Sehr gut, meine Herren! Aber warum schweigt denn euer „Rat“? Warum reagierte er nicht auf die Erklärung

des ZK vom 4. März 1905? Warum findet man in der „Iskra“ Nr. 94 kein Wort über den Rat? Haben die Parteimitglieder nicht recht, wenn sie fragen: Besteht denn ihr Rat überhaupt noch? ist er denn in der Lage, zusammenzutreten und Beschlüsse zu fassen?

Geschrieben im April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

PLAN FÜR EIN FLUGBLATT ZUM 1. MAI

1. „Frühling“ der Worte und Scheußlichkeit der Taten.
2. Bulygins Betrug.
3. Der Krieg und der Zusammenbruch des Regierungssystems.
4. Zerrüttung, Hunger, Cholera...
5. Sankt Petersburg, Riga, Warschau etc. *Der 9. Januar.*
6. Baku und die drohende antijüdische Bewegung.
7. Revolutionärer Streik und revolutionäre Bewegung am 9. Januar und danach. Die Revolution!
8. Die Bauernbewegung. Ihre Unterdrückung und ihre Ziele.
9. Die konstituierende Versammlung und die provisorische revolutionäre Regierung.
10. Kampf um die Republik und alle demokratischen Freiheiten.
11. Der Kampf des Proletariats um die Republik und für den Sozialismus.
12. Das revolutionäre russische Proletariat an der Spitze des revolutionären Weltproletariats.

Der 1. Mai überhaupt.

Wie weit hat man es getrieben? 1—4.

Die revolutionäre Bewegung. 5 und 7.

Die Hetze der Regierung. 6.

Die Bauernbewegung. 8.

Der bewaffnete Aufstand.

Die Ziele des Kampfes. 9—11.

-
- O. Der 1. Mai überhaupt.
 - A. Der Beginn der Revolution 1–6.
 - B. Der Kampf der Arbeiter und Bauern 7–8.
 - C. Die Ziele des Kampfes 9–11.
 - D. Die welthistorische Bedeutung der russischen Revolution 12.
-

Geschrieben vor dem 12. (25.) April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

*Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands**Proletarier aller Länder, vereinigt euch!***DER ERSTE MAI⁸⁸**

Genossen Arbeiter! Der große Feiertag der Arbeiter der ganzen Welt steht bevor. Am 1. Mai feiern sie ihr Erwachen zum Licht und zum Wissen, ihren Zusammenschluß zu einem einheitlichen brüderlichen Bund für den Kampf gegen jede Unterdrückung, gegen jede Willkür, gegen jede Ausbeutung, für den Kampf um den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft. Alle, die arbeiten, die durch ihre Arbeit die Reichen und Vornehmen ernähren, die ihr Leben damit verbringen, für kärglichen Lohn über ihre Kräfte hinaus zu arbeiten, die niemals in den Genuß der Früchte ihrer Arbeit kommen, die mitten im Luxus und im Glanz unserer Zivilisation wie Lastvieh leben — sie alle reichen sich die Hände zum Kampf für die Befreiung und das Glück der Arbeiter. Nieder mit der Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten oder verschiedener Konfessionen! Eine solche Feindschaft nützt nur den Räubern und Tyrannen, die aus der Unwissenheit und der Zersplitterung des Proletariats ihren Vorteil ziehen. Der Jude und der Christ, der Armenier und der Tatar, der Pole und der Russe, der Finne und der Schwede, der Lette und der Deutsche — alle, alle marschieren zusammen unter dem einen gemeinsamen Banner des Sozialismus. Alle Arbeiter sind Brüder, und ihr fester Bund ist die einzige Gewähr für das Wohl und das Glück der ganzen werktätigen und unterdrückten Menschheit. Am 1. Mai hält dieser Bund der Arbeiter aller Länder, die internationale Sozialdemokratie, Heerschau über seine Kräfte und schließt sich zusammen zum neuen, unermüdlchen, unbeugsamen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Genossen! Wir stehen jetzt in Rußland am Vorabend großer Ereignisse. Wir haben den letzten erbitterten Kampf gegen die absolutistische

Zarenregierung aufgenommen, und wir müssen diesen Kampf bis zum siegreichen Ende führen. Seht, welches Unglück diese Regierung der Wüteriche und Tyrannen, die Regierung der käuflichen Zarenhöflinge und der Steigbügelhalter des Kapitals über das ganze russische Volk gebracht hat! Die Zarenregierung hat das russische Volk in den wahnwitzigen Krieg gegen Japan getrieben. Hunderttausende junger Menschenleben sind dem Volk entrissen und im Fernen Osten zugrunde gerichtet worden. Es fehlen einem die Worte, um all die Leiden zu beschreiben, die dieser Krieg mit sich bringt. Und worum geht es in diesem Krieg? Um die Mandchurei, die unsere räuberische Zarenregierung China weggenommen hat! Um fremdes Land wird russisches Blut vergossen und unser Land ruiniert. Immer schwerer wird das Leben des Arbeiters und des Bauern, immer fester ziehen ihnen Kapitalisten und Beamte die Schlinge um den Hals, die Zarenregierung aber schickt das Volk aus, fremdes Land zu rauben. Die unfähigen zaristischen Generale und die käuflichen Beamten haben die russische Flotte der Vernichtung preisgegeben, haben Hunderte und Tausende von Millionen Volksvermögen verschleudert, haben ganze Armeen verloren — der Krieg aber wird weiter fortgesetzt und fordert immer neue Opfer. Das Volk wird ruiniert, Industrie und Handel kommen zum Erliegen, Hunger und Cholera drohen auszubrechen, die absolutistische Zarenregierung aber geht in sturer Verbblendung den alten Weg; sie ist bereit, Rußland zugrunde gehen zu lassen, wenn nur das Häuflein der Wüteriche und Tyrannen gerettet wird, sie beginnt neben dem Krieg gegen Japan einen zweiten Krieg — den Krieg gegen das ganze russische Volk.

Noch nie hat Rußland ein solches Erwachen aus dem Schlaf, aus Dumpfheit und Unfreiheit erlebt wie jetzt. Alle Klassen der Gesellschaft, von den Arbeitern und Bauern bis zu den Gutsbesitzern und Kapitalisten, sind in Bewegung geraten, überall — in Petersburg und im Kaukasus, in Polen und in Sibirien — sind Stimmen der Empörung laut geworden. Überall fordert das Volk die Einstellung des Krieges, es fordert die Errichtung einer freien Volksverwaltung, die Einberufung von Deputierten aller, ausnahmslos aller Staatsbürger zu einer konstituierenden Versammlung, um eine Volksregierung einzusetzen und das Volk vor jenem Abgrund zu retten, dem die zaristische Selbstherrschaft das Volk entgegenführt. Petersburger Arbeiter, etwa zweihunderttausend an der Zahl,

zogen mit dem Priester Georgi Gapon am Sonntag, dem 9. Januar, zum Zaren, um ihm diese Forderungen des Volkes darzulegen. Der Zar empfindet die Arbeiter wie Feinde, der Zar ließ Tausende wehrloser Arbeiter auf den Straßen von Petersburg niederschließen. Der Kampf brodelte jetzt in ganz Rußland, die Arbeiter streiken, sie fordern Freiheit und ein besseres Leben, in Riga und in Polen, an der Wolga und im Süden fließt Blut, überall erheben sich die Bauern. Der Kampf um Freiheit wird zum Kampf des ganzen Volkes.

Die Zarenregierung gebärdet sich wie toll. Sie will Geld borgen, um den Krieg fortzusetzen, aber man gewährt ihr schon keinen Kredit mehr. Sie verspricht, Volksvertreter einzuberufen, aber in Wirklichkeit bleibt alles beim alten, die Verfolgungen hören nicht auf, die Beamtenwillkür bleibt dieselbe, es gibt keine freien Versammlungen, keine freien Volkszeitungen, die Gefängnisse, in denen die Kämpfer für die Sache der Arbeiter schmachten, werden nicht geöffnet. Die zaristische Regierung will ein Volk gegen das andere hetzen: in Baku verleumdete sie die Armenier bei den Tataren und ließ es so zu einem Blutbad kommen, jetzt bereitet sie ein neues Gemetzel gegen die Juden vor, indem sie im unwissenden Volk Haß gegen die Juden entfacht.

Genossen Arbeiter! Wir werden eine solche Verhöhnung des russischen Volkes nicht länger dulden. Wir erheben uns zur Verteidigung der Freiheit, wir setzen uns gegen alle zur Wehr, die den Zorn des Volkes von unserm wirklichen Feind ablenken wollen. Wir werden uns mit der Waffe in der Hand zum Aufstand erheben, um die Zarenregierung zu stürzen und Freiheit für das ganze Volk zu erkämpfen. Zu den Waffen, Arbeiter und Bauern! Veranstaltet geheime Zusammenkünfte, stellt Kampfgruppen auf, versorgt euch mit allen nur möglichen Waffen, schickt Vertrauensleute zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, um euch Rat zu holen! Möge der 1. Mai dieses Jahres für uns der Feiertag des Volksaufstands sein, bereiten wir uns darauf vor, achten wir auf das Signal zum entscheidenden Angriff gegen den Tyrannen. Nieder mit der Zarenregierung! Wir werden sie stürzen und eine provisorische revolutionäre Regierung einsetzen, damit diese eine konstituierende Volksversammlung einberuft. Die Deputierten des Volkes sollen durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählt werden. Alle Freiheitskämpfer sollen aus den Gefängnissen entlassen werden und aus der Ver-

bannung zurückkehren. Die Volksversammlungen sollen offen veranstaltet werden und die Zeitungen des Volkes ohne Überwachung durch die verfluchten Beamten erscheinen. Das ganze Volk soll sich bewaffnen, jedem Arbeiter soll eine Waffe gegeben werden, damit das Volk selbst, und nicht eine Handvoll Räuber, über sein Schicksal entscheidet. In den Dörfern sollen freie Bauernkomitees zusammentreten, damit die Macht der Gutsbesitzer, der Fronherren, gestürzt wird, damit das Volk von den Beamten nicht mehr verhöhnt wird, damit die Bauern den ihnen geraubten Grund und Boden zurückerhalten.

Das wollen die Sozialdemokraten, dafür rufen sie auf, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen: für volle Freiheit, für die demokratische Republik, für den Achtstundentag, für die Bauernkomitees. Rüstet euch zu dem großen Kampf, Genossen Arbeiter, legt am 1. Mai die Fabriken und Betriebe still, oder greift zu den Waffen, handelt so, wie es euch die Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei raten. Die Stunde des Aufstands hat noch nicht geschlagen, aber sie ist nicht mehr fern. Die Arbeiter der ganzen Welt blicken jetzt mit angehaltenem Atem auf das heroische russische Proletariat, das der Sache der Freiheit unzählige Opfer gebracht hat. Die Petersburger Arbeiter riefen bereits an jenem berühmten 9. Januar: Freiheit oder Tod! Arbeiter ganz Rußlands, wir wiederholen diesen hehren Kampf Ruf, wir werden keine Opfer scheuen, wir erkämpfen uns durch den Aufstand die Freiheit, durch die Freiheit den Sozialismus!

Es lebe der 1. Mai, es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Es lebe die Freiheit der Arbeiter und Bauern, es lebe die demokratische Republik! Nieder mit der zaristischen Selbstherrschaft!

1905

Das Büro der Komitees der Mehrheit
Die Redaktion des „Wperjod“

Geschrieben vor dem 12. (25.) April 1905.

*Veröffentlicht als Flugblatt
im Jahre 1905.*

Nach dem Text des Flugblatts.

DER VERFASSUNGSSCHACHER

Zeit gewinnen — damit ist Bulygin jetzt beschäftigt, wie man sich in den Kreisen der Petersburger Aristokratie mit gutem Grund erzählt. Er sucht die vom Zaren versprochenen Reformen so weit wie möglich zu verschleppen und sie auf Nichtigkeiten zu reduzieren, durch die die Macht des Selbstherrschers und der absolutistischen Beamtenschaft nicht im geringsten geschmälert werden würde. Statt einer Konstitution bereitet er, wie wir schon seinerzeit im „Wperjod“ vermerkten*, eine beratende Kammer ohne irgendwelche Rechte vor. Jetzt besitzen wir die Bestätigung des von uns Gesagten, nämlich den Wortlaut des Bulyginschen Entwurfs, den die deutsche liberale „Vossische Zeitung“ veröffentlicht hat. Als Verfasser des Entwurfs werden, den Angaben dieser Zeitung zufolge, Bulygin, Jermolow, Schtscherbatow, Meschtscherski, Graf Scheremetew und Fürst Urussow genannt. Der Inhalt des Entwurfs ist folgender:

Zur Durchsicht (weiter nichts!) und Ausarbeitung aller Gesetzentwürfe werden zwei Einrichtungen geschaffen: 1. der Staatsbeirat und 2. die Staatsversammlung. Das Recht der gesetzgeberischen Initiative gehört jedem Mitglied des Staatsbeirats sowie Mitgliedern der Versammlung, wenn sich ihrer nicht weniger als 20 zusammenfinden. Die Gesetzesvorschläge werden der Versammlung zur Begutachtung und Annahme vorgelegt, dann gehen sie an den Staatsbeirat, um schließlich *dem Zaren zur Genehmigung vorgelegt zu werden*. Der Zar entscheidet, in welcher Form die Gesetzesvorschläge zum Gesetz erhoben werden oder ob sie ganz fallengelassen werden sollen.

Die Bulyginsche „Verfassung“ beschränkt also die Selbstherrschaft

* Siehe den vorliegenden Band, S. 266. *Die Red.*

nicht im mindesten, sie führt lediglich beratende Kammern ein: ein Oberhaus und ein Unterhaus! Das Oberhaus oder der Staatsbeirat besteht aus 60 gewählten Mitgliedern, die von den Adelsversammlungen von 60 Gouvernements (einschließlich der polnischen) gewählt werden, ferner aus Personen des Beamten- und Offiziersstandes, die der Zar ernennt. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Beirats darf 120 nicht überschreiten. Das Mandat der gewählten Mitglieder läuft drei Jahre. Die Verhandlungen des Beirats werden öffentlich oder hinter verschlossenen Türen geführt, je nach dem Ermessen des Beirats selbst.

Das Unterhaus oder die Staatsversammlung setzt sich nur aus gewählten Mitgliedern zusammen (die Minister und Ressortchefs haben Sitz und Stimme in beiden Kammern), und zwar: je 10 Vertreter aus jedem der 34 Gouvernements mit Semstwoinstitutionen (zusammen 340); je 8 Vertreter aus den 3 Gouvernements mit Semstwoinstitutionen aber ohne Adelsversammlungen (zusammen 24); je 8 aus den 9 nordwestlichen Gouvernements (72); je 5 aus den 10 polnischen Gouvernements (50); je 5 aus den 3 Ostseegouvernements (15); 30 von Sibirien; 30 vom Kaukasus; 15 von Mittelasien und Transkaspien; 32 von Finnland; 20 von den Großstädten (Sankt Petersburg 6, Moskau 5, Warschau 3, Odessa 2, Lodz, Kiew, Riga und Charkow je einer); 10 von der orthodoxen Geistlichkeit; je einer von den Katholiken, Lutheranern, Armeniern, Mohammedanern und Hebräern. Insgesamt also 643 Mitglieder. Diese Versammlung wählt ein Ausführendes Komitee, das sich aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und 15 Mitgliedern zusammensetzt. Ihre Vollmachten gelten für die Dauer von drei Jahren. Das Ausführende Komitee ist eine dauernde Einrichtung; die Versammlung tagt nur zweimal im Jahr, nämlich im Februar-März und Oktober-November. Die Sitzungen können je nach Belieben der Versammlung öffentlich oder geheim sein. Die Mitglieder der Versammlung sind während der Dauer ihrer Vollmachten unantastbar. Gewählt werden können nur russische Untertanen nicht unter 25 Jahren, die russisch sprechen und schreiben können. Sie erhalten eine Vergütung von 3000 Rubel im Jahr.

Die Wahlen sollen in folgender Weise vor sich gehen. In den 34 Gouvernements mit Semstwoinstitutionen werden je 2 Vertreter von der Adelsversammlung und je 3 von der Semstwoversammlung des Gouvernements gewählt, ferner einer von der städtischen Bevölkerung durch

Vermittlung besonderer Wahlmänner, 3 von den Bauern durch besondere Wahlmänner und einer von der Kaufmannschaft durch deren Wahlmänner. Nach ähnlichen Grundsätzen werden die Abgeordneten auch in den Gouvernements ohne Semstwoinstitutionen gewählt — wir verzichten auf eine Schilderung all dieser albernen bürokratisch-polizeilichen Einrichtungen. Um zu veranschaulichen, wie die indirekten Wahlen durchgeführt werden sollen, wollen wir nur die Wahlordnung für die bäuerlichen Abgeordneten in den Gouvernements mit Semstwoinstitutionen anführen.

Jeder Amtsbezirk wählt 3 Wahlmänner. Diese versammeln sich in der Kreisstadt und wählen *unter dem Vorsitz des Adelsmarschalls* (!) drei Wahlmänner zweiter Stufe. Diese Wahlmänner versammeln sich in der Gouvernementshauptstadt unter dem Vorsitz des Gouvernementsadelsmarschalls und wählen drei bäuerliche Abgeordnete, die unbedingt dem Bauernstand angehören müssen. Die Wahlen sind somit dreistufig!

Herr Bulygin arbeitet nicht übel. Nicht umsonst zahlt der Zar ihm sein Gehalt. Wie der Leser sieht, ist seine Verfassung das reinste Spottbild einer Volksvertretung. Die Macht des Selbstherrschers wird, wie wir schon erwähnten, durch nichts beschränkt. Beide Kammern tragen ausschließlich beratenden Charakter, zu entscheiden hat einzig und allein der Zar. Das bedeutet ködern, ohne etwas zu geben. Erstens ist der Charakter der „Vertretung“ ein speziell *adliger, gutscherrlicher*. Die Adligen haben auf Grund der Wahlen die Hälfte der Stimmen im Oberhaus und ungefähr die Hälfte im Unterhaus (in den Gouvernements mit Semstwoinstitutionen werden von den 10 Abgeordneten aus jedem Gouvernement 2 direkt von den Adligen gestellt und 3 von den im Grunde ebenfalls adligen Semstwoversammlungen). Die Bauern sind von den Wahlen bis zur Lächerlichkeit zurückgedrängt. Durch das dreistufige Wahlsystem wird das einfache Volk doppelt und dreifach gesiebt, ehe es Zutritt zur Versammlung erhält.

Zweitens: Am auffälligsten ist die *völlige Ausschaltung der Arbeiter*. Die ganze Vertretung dieses Hammelparlaments ist auf dem ständischen Prinzip aufgebaut. Einen „Stand“ der Arbeiter gibt es nicht und kann es nicht geben. Bei den Wahlen der städtischen Bevölkerung und der Kaufmannschaft kann ausschließlich die Industrie- und Handelsbourgeoisie das Sieb der verschiedenen Wahlmännerkategorien passieren, wobei es

äußerst bemerkenswert ist, daß diese Bourgeoisie im Vergleich zum Adel regelrecht in den Hintergrund gedrängt wird. Die Zarendiener haben, wie man sieht, vor dem gutsherrlichen Liberalismus keine allzu große Angst: sie sind klug genug, um hinter diesem oberflächlichen Liberalismus die zutiefst konservative soziale Natur des „wilden Gutsbesitzers“ zu erkennen.

Ein weitgehendes Bekanntmachen der Arbeiter und Bauern mit der Bulyginschen Verfassung wird außerordentlich nützlich sein. Man kann die wahren Bestrebungen und die Klassenbasis der angeblich über den Klassen stehenden Zarenmacht kaum anschaulicher zeigen. Man kann sich schwerlich ein besseres Material für den Anschauungsunterricht über das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe vorstellen.

Interessant ist auch, die letzten Meldungen über die russischen politischen Parteien mit dieser kümmerlichen „Verfassung“ der Gutsbesitzer und Beamten zu vergleichen. Abgesehen von den extremen Parteien, den Terroristen und den Reaktionären, zählt ein englischer Korrespondent (der offenbar in der „Gesellschaft“ verkehrt und deshalb das einfache Volk, wie etwa die Arbeiter, nicht sieht) drei Parteien: 1. die konservative oder panslawistische (das „slawophile“ System: dem Zaren — die Macht der Gewalt, den Untertanen — die Macht der Meinung, d. h. eine Repräsentativversammlung mit lediglich beratender Stimme); 2. die liberale oder „opportunistische“ Partei (ihr Führer ist Schipow, ihr Programm ist, wie das Programm aller Opportunisten, ein „Zwischen-zwei-Stühlen-Sitzen“) und 3. die radikale *oder* (dieses „oder“ ist charakteristisch!) konstitutionelle Partei, die die Mehrzahl der Semstwoleute, der Professoren „und Studenten“ (?) umfaßt. Ihr Programm ist allgemeines Wahlrecht und geheime Stimmabgabe.

Die Konservativen, heißt es, versammeln sich jetzt zu einer Tagung in Petersburg, die Liberalen kommen Anfang Mai in Moskau zusammen und die Radikalen zur selben Zeit in Petersburg. In Regierungskreisen betrachte man das allgemeine Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe als gleichbedeutend mit der „Proklamation der Republik“. Die „Radikalen“ seien von allen Parteien die zahlreichste.

Der Bulyginsche Entwurf ist allem Anschein nach ein Entwurf der konservativen Partei. Der Entwurf der Oswoboshdenzen ähnelt sehr dem

Programm der „radikalen oder konstitutionellen“ (in Wirklichkeit gar nicht radikalen und nur mangelhaft konstitutionellen) Partei. Die „liberale“, Schipowsche Partei endlich will wahrscheinlich etwas mehr haben, als Bulygin bietet, und etwas weniger, als die Konstitutionalisten fordern.

Der Schacher ist in vollem Gange. Man kommt gut ins Geschäft. Die feinen Herren der Gesellschaft nennen ihren Preis, die gerissenen Herren Hofschranzen fordern den ihren. Alles geht darauf aus, daß die einen wie die andern im Preis nachgeben, und dann . . . das Geschäft perfekt machen, *ehe sich die Arbeiter und Bauern eingemischt haben.*

Die Regierung treibt ein geschicktes Spiel: Die Konservativen schreckt sie mit den Liberalen, die Liberalen schreckt sie mit den „radikalen“ Oswoboshdenzen, die Oswoboshdenzen mit der Republik. In die Sprache der Klasseninteressen und namentlich des Hauptinteresses — Ausbeutung der Arbeiter durch die Bourgeoisie — übersetzt, bedeutet dieses Spiel: Werden wir doch lieber handelseinig, meine Herren Gutsbesitzer und Kaufleute, einigen wir uns doch lieber auf gütlichem Wege, friedlich und schiedlich, über die Teilung der Macht, ehe es zu spät ist, ehe die wahre Volksrevolution einsetzt, ehe das ganze Proletariat und die ganze Bauernschaft sich erhoben haben, die sich mit kümmerlichen Verfassungen, indirekten Wahlen und sonstigem von den Beamten ausgehecktem Plunder nicht abpeisen lassen.

Das klassenbewußte Proletariat darf sich keinerlei Illusionen hingeben. Nur in ihm, nur in dem von der Bauernschaft unterstützten Proletariat, nur im bewaffneten Aufstand beider, nur in ihrem entschlossenen Kampf unter der Losung „Freiheit oder Tod“ liegt die Gewähr einer wirklichen Befreiung Rußlands von der ganzen leibeigenschaftlich-absolutistischen Ordnung.

„Wperjod“ Nr. 16,
30. (17.) April 1905.
Unterschrift: K-w.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ÜBER VIERZEHN TÄGIGE RECHENSCHAFTSBERICHTE DER PARTEIORGANISATIONEN

Vierzehntägige Rechenschaftsberichte *aller* Parteiorganisationen und insbesondere aller Parteiorganisationen der *Arbeiter* wären von gewaltiger Bedeutung für die Festigung des Mitgliederbestands und der organisatorischen Geschlossenheit der Partei sowie auch speziell für die Neuregelung der Vertretung der Partei (auf den Parteitag) entsprechend der Zahl der organisierten Arbeiter.

Diese Rechenschaftsberichte könnte man auszugsweise im Zentralorgan der Partei abdrucken und so ein äußerst wertvolles Material über das wirkliche, unverfälschte Leben der Partei zugänglich machen.

Die Zahl der Mitglieder in den Zirkeln, Gruppen usw. könnte ebenfalls veröffentlicht werden, wenn man, sagen wir, jede Gruppe oder jede Organisation mit einem Buchstaben oder mit zwei bezeichnen würde. Solche Rechenschaftsberichte über den Mitgliederbestand unserer Parteiorganisationen würden ein gutes Kontrollmaterial abgeben. (Der Einwand, sie würden zuviel Platz einnehmen, ist nicht stichhaltig. Rechnen wir zwei Buchstaben und zwei Ziffern, die die Zahl der Mitglieder angeben, z. B. ab 13, cd 41, ef 17 usw. so erhalten wir pro Druckzeile einer Zeitungsspalte *elf* solcher Mitteilungen.)

Der Parteitag sollte den Zeitabschnitt zwischen dem III. und dem IV. Parteitag (1 Jahr) in zwei Teile teilen. Im Verlauf der ersten Hälfte sollte sich *jede* Parteiorganisation, bis zu der untersten Arbeiterzelle unserer Partei hinunter, konstituieren und unbedingt regelmäßige Verbindungen mit der Zentralstelle und die regelmäßige Absendung vierzehntägiger Rechenschaftsberichte *organisieren*. Ich sage: organisieren, weil es nicht genügt, sich eine Adresse zu beschaffen und dahin zu schrei-

ben, man muß die Adressen überprüfen, muß erreichen, daß die Rechenschaftsberichte auch wirklich ihr Ziel erreichen usw. usf. Um diesen neuen Brauch einzuführen und die neue (vierzehntägige) Berichterstattung mit aller Regelmäßigkeit zu organisieren, müßte eine Frist von 4 bis 5 Monaten* ohne weiteres ausreichen. *Wenn man will*, kann man es zweifellos auch in einem Drittel dieser Zeit schaffen.

Später, in der zweiten Hälfte des Jahres, kann man den vierzehntägigen Rechenschaftsberichten der Parteiorganisationen schon sozusagen konstitutionelle Bedeutung beilegen, d. h. von ihnen die Neuregelung der Vertretung der Partei auf dem IV. Parteitag direkt abhängig machen. So beschließt zum Beispiel der III. Parteitag im April 1905 etwa folgendes: Als Parteiorganisationen, die das Recht haben, bei der Neuregelung der Vertretung der Partei auf dem IV. Parteitag berücksichtigt zu werden, gelten nur diejenigen, die seit dem 1. September 1905 der Zentralstelle regelmäßig vierzehntägige Rechenschaftsberichte zugestellt haben. Nur auf Grund dieser Rechenschaftsberichte für mindestens drei Monate (d. h. minimum 6 Rechenschaftsberichte) wird auf dem IV. Parteitag die Vertretung der Partei auf den Parteitag so festgelegt werden, daß sie der Zahl der in den sozialdemokratischen Vereinigungen jedes Orts organisierten Arbeiter proportional entspricht. Darum muß in jedem Rechenschaftsbericht unbedingt die Zahl der Mitglieder angegeben werden.

Geschrieben Ende April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* Im Laufe dieser Frist muß *jede* Organisation der Zentralstelle ihre Chiffre (zwei oder drei Buchstaben = *Name* der Organisation) mitteilen und durchsetzen, daß wenigstens ein Rechenschaftsbericht im ZO veröffentlicht wird, damit sich *alle* Mitglieder dieser Organisation von deren Verbindung mit der Zentralstelle überzeugen können.

III. PARTEITAG DER SDAPR ⁸⁹

12. (25.) April—27. April (10. Mai) 1905

Die Reden, Referate, Resolutionen und Resolutionsentwürfe wurden zuerst veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle.“ Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des 1905 herausgegebenen Buches „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR“ und nach dem Manuskript.

Россійская Соц.-Дем. Рабочая Партія.
ПРОЛЕТАРІЯ ВСЕХЪ СТРАНЪ, СОЕДИНЯЙТЕСЬ!

ТРЕТІЙ ОЧЕРЕДНОЙ СЪѢЗДЪ

Росс. Соц.-Дем. Рабочей Партія.

**ПОЛНЫЙ ТЕКСТЪ
ПРОТОКОЛОВЪ.**

Изданіе Центрального Комитета.

ЖЕНЕВА
Типографія Партія. 6, Quai du Cheval Blanc, 6.
1905.

Umschlag des Buches „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR.
Vollständiger Text der Protokolle.“ Herausgegeben vom ZK, Genf

1905

Verkleinert

1

REDE ÜBER DIE RECHTSGÜLTIGKEIT DES PARTEITAGS
13. (26.) APRIL

Ich möchte auf die Bemerkungen über die Rechtsgültigkeit der Einberufung des Parteitag antworten. Das ZK war der Meinung, daß der Parteitag nicht rechtsgültig sei. Das ZK selbst nannte seine Epistel an den Rat der Partei ein „Reuebekennnis“. Aber hatte das ZK etwas zu bereuen? Der Parteitag ist durchaus rechtsgültig. Nach dem Buchstaben des Statuts kann man ihn allerdings für rechtsungültig halten, aber wir würden in karikaturenhafte Formalismus verfallen, wenn wir das Statut so auffassen würden. Dem Sinn des Statuts nach ist der Parteitag völlig rechtsgültig. Nicht die Partei existiert für den Rat der Partei, sondern der Rat der Partei für die Partei. Schon auf dem II. Parteitag wurde anlässlich des Zwischenfalls mit dem Organisationskomitee darauf hingewiesen, und zwar von Gen. Plechanow persönlich, daß die Disziplin gegenüber einem untergeordneten Kollegium hinter der Disziplin gegenüber einem übergeordneten Kollegium zurücktritt. Das ZK hat erklärt, daß es bereit sei, sich dem Rat der Partei zu fügen, wenn der Rat der Partei sich der Partei, d. h. dem Parteitag fügt. Das ist eine durchaus berechnete Forderung. Der Rat der Partei hat sie jedoch zurückgewiesen. Das ZK habe aber doch, so wendet man ein, den Rat der Partei der Illoyalität verdächtigt und ihm das Mißtrauen ausgesprochen. Aber schließlich haben in allen konstitutionellen Ländern die Bürger das Recht, diesen oder jenen Amtspersonen oder Körperschaften das Mißtrauen auszusprechen. Dieses Recht kann ihnen nicht genommen werden. Und selbst wenn das ZK rechtswidrig gehandelt hätte, gab das denn dem Rat der Partei das Recht, ebenfalls rechtswidrig zu handeln? Wo ist die Garantie für den Punkt des Statuts, wonach der Rat der Partei den Parteitag einberufen muß, wenn sich die

Hälfte der vollberechtigten Stimmen dafür ausspricht? Im Statut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt es einen Punkt, der der Kontrollkommission das Recht einräumt, den Parteitag einzuberufen, falls der Vorstand sich weigert, das zu tun. Wir haben keinen solchen Paragraphen, und die Garantie für die Einberufung des Parteitags liegt voll und ganz bei der Partei selbst. Vom Standpunkt des Geistes des Statuts und sogar, wenn man es als Ganzes nimmt, seinem Buchstaben nach, ist es klar, daß der Rat der Partei der Beauftragte der Parteikomitees ist. Der Beauftragte der Komitees weigert sich, den Willen seiner Auftraggeber auszuführen. Wenn der Beauftragte den Willen der Partei nicht ausführt, bleibt der Partei nichts anderes übrig, als dies selbst zu tun. Die Komitees unserer Partei hatten nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, selber den Parteitag einzuberufen. Und ich behaupte, daß der Parteitag vollkommen rechtmäßig einberufen worden ist. Wer ist der Richter bei diesem Streit zwischen dem Rat der Partei und den Komitees? Das sind die Komitees selbst, das ist die Partei. Der Wille der Partei ist schon seit langem zum Ausdruck gekommen. Die Verzögerungen und Verschleppungen durch die Zentralstellen im Ausland haben ihn nicht zu ändern vermocht. Die Komitees waren verpflichtet, selber den Parteitag einzuberufen, und er ist rechtmäßig einberufen worden.

Eine Erwiderung an den Gen. Tigrow. Gen. Tigrow sagt, man dürfe den Rat der Partei nicht richten, das Organisationskomitee aber richte ihn durch sein Referat. Ich glaube, der Gen. Tigrow irrt, wenn er meint, daß man in Abwesenheit des Angeklagten nicht richten dürfe. In der Politik ist man immer wieder genötigt, in Abwesenheit zu richten. Richten wir denn nicht ständig die Sozialrevolutionäre, die Bundisten und andere in unserer Publizistik, in unseren Versammlungen und überall? Was soll man denn tun, wenn man nicht in Abwesenheit richten darf? Der Rat der Partei will ja nicht zum Parteitag erscheinen, und so wäre man ja überhaupt niemals in der Lage, über jemanden ein Urteil zu fällen. Sogar die offiziellen Gerichte urteilen in Abwesenheit, wenn der Angeklagte nicht vor Gericht erscheinen will.

2

REDE ÜBER DIE VOLLBERECHTIGUNG
DES KASANER KOMITEES
UND DES KOMITEES DES KUBANGEBIETS
14. (27.) APRIL

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist ersichtlich, daß die Partei durch insgesamt 75 beschlußfähige Stimmen repräsentiert wird, so daß unser Parteitag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung unzweifelhaft als rechtsgültig anerkannt werden muß. Zieht man das Mißtrauen in Betracht, das gegenwärtig unserem Parteitag gegenüber besteht, so muß man das „liberale“ Vorgehen der Mandatsprüfungskommission loben, die eine möglichst große Zahl von Komitees zu bestätigen sucht, um die für den Parteitag erforderliche rechtsgültige Mehrheit zu vergrößern. Wenn man die Sache von dieser Seite betrachtet, bin ich sogar bereit, diesem „Liberalismus“ Sympathie entgegenzubringen, doch muß man andererseits vorsichtig und allen gegenüber gleichermaßen unparteiisch sein. Ausgehend von diesen Erwägungen, kann ich mit der Bestätigung der Komitees von Kasan und vom Kubangebiet durch die Mandatsprüfungskommission nicht einverstanden sein. Die „Iskra“ hat sie in Nr. 89 zwar in der Liste der vollberechtigten Komitees aufgeführt, aber in der Liste der vollberechtigten Organisationen, die in den Protokollen des Rats der Partei enthalten ist, sind sie nicht zu finden. In der Sitzung des Rats der Partei führte Gen. Martow die Liste der vollberechtigten Komitees bis zum 1. September 1904 an.

(Es folgt ein Auszug aus den Protokollen des Rats der Partei):

„Martow verliest seine Resolution: Der Rat der Partei ist gemäß § 2 des Statuts verpflichtet, einen Parteitag einzuberufen, wenn dies von den Parteioorganisationen verlangt wird, die insgesamt ein Anrecht auf die Hälfte der Stimmen auf dem Parteitag haben. Gemäß Anmerkung 1 zu § 3 des Statuts haben nur

jene Organisationen das Recht, auf dem Parteitag vertreten zu sein, die in dieser Hinsicht seit der Annahme des Parteistatuts als bestätigt gelten.

Die Organisationen aber, die auf dem II. Parteitag nicht vertreten waren, gelten als bestätigt, wenn ihre Bestätigung durch das ZK nicht später als ein Jahr vor dem Parteitag erfolgte. I. Der Rat der Partei beschließt, daß die gleiche Frist der Bestätigung einer Organisation notwendig ist, damit ihre Stimme bei der Ermittlung der Zahl der Organisationen, die sich für die Einberufung eines Parteitags ausgesprochen haben, anerkannt wird. Organisationen, die auf dem II. Parteitag vertreten waren und von ihm gewählt wurden, gelten als vollberechtigt. II. Infolgedessen haben bis September 1904 nur folgende Organisationen das Recht, über die Einberufung eines Parteitags zu entscheiden: 1. Das ZK, 2. das ZO, 3. die Auslandsliga, 4.–20. die Komitees von Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew, Odessa, Nikolajew, vom Dongebiet, von Jekaterinoslaw, Saratow, Ufa (jetzt Uralsgebiet), vom Norden, von Tula, Twer, Nishni-Nowgorod, Baku, Batum und Tiflis (bis die Jahresfrist nach der Bestätigung des Kaukasischen Bundes abgelaufen ist), 21.–23. der Bund des Berg- und Hüttenreviers (des Donezbeckens), der Sibirische und der Krimbund.

Die Vollberechtigung dieser Organisationen vorausgesetzt, haben sie auf dem Parteitag Anrecht auf 46 Stimmen. Zusammen mit den fünf Stimmen der Mitglieder des Rats der Partei beträgt die Gesamtzahl der Stimmen auf dem Parteitag 51, so daß folglich zur Einberufung des Parteitags 26 Stimmen erforderlich sind, d. h. die Stimmen von 13 der hier aufgezählten vollberechtigten Organisationen. Das ZK wird ersucht, die Daten über die von ihm nach dem Parteitag bestätigten neuen Komitees dem Rat der Partei zu unterbreiten.“

Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig angenommen.

Anschließend verlas Gen. Glebow in seiner Rede in derselben Sitzung die Liste der neugebildeten Komitees.

Die Rede des Gen. Glebow (aus den Protokollen des Rats der Partei):

„Ich bin mit Gen. Martow einverstanden und kann daher die neugebildeten Komitees nur aufzählen: Smolensk und Astrachan, bestätigt im September 1903; Woronesh (Kampfkasse), im Januar 1904; Riga, im Januar; Polesje, im April; Nordwestgebiet, im April; Kursk, im Januar; Orjol-Brjansk, im September 1903; Samara, im September 1903; Uralsgebiet (Ufa), im April.“

Diese Tatsachen wurden in der Broschüre des Gen. Orłowski „Der Rat gegen die Partei“ veröffentlicht, und bis jetzt hat der Rat der Partei sie nicht widerlegt, hat das Datum der Bestätigung der strittigen Komitees

nicht veröffentlicht, was dafür spricht, daß offenbar die Beweise für diese Bestätigung fehlen. In derselben Sitzung des Rats der Partei wies Gen. Martow in einer seiner Reden darauf hin, daß seiner Meinung nach im August noch zwei Komitees bestätigt werden müßten, nämlich die von Kremenschug und Poltawa, aber wiederum kein Wort über die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet.

Weiter: Nach der Julideklaration sandte mir Gen. Glebow die vollständigen Protokolle der Sitzungen des ZK, in denen weder eine Bestätigung des Kasaner noch des Kubaner Komitees zu finden ist, und auch nachher war in den Sitzungen des ZK, wie das ZK-Mitglied Gen. Letnew⁹⁰ bezeugt, von ihrer Bestätigung keine Rede. Allerdings scheint sich das ZK-Mitglied Gen. Simin⁹¹ zu erinnern, als seien die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet bestätigt worden, doch kann er nichts Bestimmtes sagen.

Der Beschluß der Kommission, diese Komitees auf Grund der faktischen Feststellung, daß sie über ein Jahr praktisch tätig sind, als vollberechtigt anzuerkennen, ist nicht richtig, und ich beantrage daher, diese Komitees als nicht rechtsfähig zu erklären.

3

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE STELLUNG
DER SDAPR ZUM BEWAFFNETEN AUFSTAND

In der Erwägung,

1. daß das Proletariat, das seiner ganzen Lage nach die fortgeschrittenste und konsequenteste revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen ist, Führer und Leiter in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung in Rußland zu sein;

2. daß nur die Verwirklichung dieser Führung in der Revolution dem Proletariat die günstigste Position für den weiteren Kampf um den Sozialismus, gegen die besitzenden Klassen des im Entstehen begriffenen bürgerlich-demokratischen Rußlands sichern wird;

3. daß das Proletariat die Führung nur verwirklichen kann, wenn es unter dem Banner der Sozialdemokratie zu einer selbständigen politischen Kraft organisiert ist und bei Streiks und Demonstrationen so einheitlich wie möglich auftritt —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR, daß die Aufgabe, die Kräfte des Proletariats für den unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft auf dem Wege der politischen Massenstreiks und des bewaffneten Aufstands zu organisieren und zu diesem Zweck einen informatorischen und leitenden Apparat zu schaffen, eine der Hauptaufgaben der Partei im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt bildet; der Parteitag beauftragt daher sowohl das ZK als auch die Lokalkomitees und Bünde, die Vorbereitung des politischen Massenstreiks sowie die Organisation besonderer Gruppen zur Beschaffung und Verteilung von Waffen, zur Ausarbeitung eines Plans für den bewaffneten Aufstand und für die unmittelbare Leitung des Aufstands in Angriff zu nehmen. Die Erfüllung dieser Aufgabe soll und darf keinesfalls die allgemeine Arbeit zur Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats beeinträchtigen, sondern muß diese Arbeit im Gegenteil tiefer und erfolgreicher gestalten.

Geschrieben am 14. (27.) April 1905.

4

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DEN BEWAFFNETEN
AUFSTAND

Auf Grund der Erfahrungen der praktisch tätigen Funktionäre und der Stimmung der Arbeitermassen konstatiert der Parteitag, daß unter Vorbereitung des Aufstands nicht nur die Bereitstellung von Waffen, die Bildung von Gruppen usw. zu verstehen ist, sondern auch das Sammeln von Erfahrungen durch praktische Versuche einzelner bewaffneter Aktionen, wie zum Beispiel Angriffe bewaffneter Abteilungen gegen Polizei und Militär anlässlich der einen oder anderen öffentlichen Volksversammlung oder Überfälle bewaffneter Abteilungen auf Gefängnisse, Dienststellen der Regierung usw. Der Parteitag überläßt es voll und ganz den lokalen Parteileitungen und dem ZK, den Rahmen solcher Aktionen und die passendsten Anlässe dafür zu bestimmen, da sich der Parteitag völlig auf das Urteilsvermögen der Genossen verläßt, die eine unnütze Vergeudung der Kräfte in vereinzelt und unbedeutenden Terrorakten zu verhüten wissen werden; zugleich lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit, die oben angeführten, der bisherigen Erfahrung entnommenen Hinweise zu beachten.

Geschrieben Ende April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

REDE ÜBER DEN BEWAFFNETEN AUFSTAND

15. (28.) APRIL

Hier wurde gesagt, grundsätzlich sei diese Frage klar genug. In der sozialdemokratischen Literatur sind jedoch Äußerungen anzutreffen (siehe „Iskra“ Nr. 62 und das Vorwort des Gen. Axelrod zur Broschüre des „Arbeiters“), die erkennen lassen, daß die Frage gar nicht so klar ist. Die „Iskra“ und Axelrod redeten von Verschwörertum, sie äußerten die Befürchtung, man werde allzuviel an den Aufstand denken. Es hat sich jedoch gezeigt, daß man zuwenig an ihn gedacht hat... Im Vorwort zur Broschüre des „Arbeiters“ sagt Gen. Axelrod, daß es sich nur um einen Aufstand der „verwilderten Massen des Volkes“ handeln könne. Die Wirklichkeit hat aber gezeigt, daß es sich nicht um einen Aufstand „verwilderter Massen“ handelt, sondern um einen Aufstand der bewußten Masse, die eines organisierten Kampfes fähig ist. Die ganze Geschichte des letzten Jahres hat gezeigt, daß wir die Bedeutung und die Unvermeidlichkeit des Aufstands unterschätzt haben. Man muß die Aufmerksamkeit der praktischen Seite der Sache zuwenden. Hier ist die Erfahrung der Praktiker und der Arbeiter — in Petersburg, in Riga, im Kaukasus — äußerst wichtig. Deshalb würde ich empfehlen, daß die Genossen über ihre Erfahrungen sprechen, das wird unseren Debatten den scholastischen Charakter nehmen und ihnen einen praktischen Charakter verleihen. Es muß geklärt werden, wie die Stimmung des Proletariats ist, ob sich die Arbeiter fähig fühlen, zu kämpfen und den Kampf zu leiten. Man muß die kollektive Erfahrung, die bisher nicht verallgemeinert wurde, zusammenfassen.

REDE ÜBER DEN BEWAFFNETEN AUFSTAND

16. (29.) APRIL

In den Debatten wurde die Frage auf eine praktische Grundlage gestellt — die Stimmung der Massen. Gen. Leskow⁹² hat recht, daß die Stimmung unterschiedlich ist. Aber auch Gen. Sharkow hat recht, wenn er meint, wir müßten damit rechnen, daß es unbedingt zum Aufstand kommen wird, ganz gleich, wie wir uns ihm gegenüber verhalten. Es fragt sich nun: bestehen zwischen den beantragten Resolutionen grundsätzliche Unterschiede? Ich sehe sie einfach nicht. Obwohl ich als höchst unversöhnlich gelte, will ich doch versuchen, die beiden Resolutionen zu versöhnen und miteinander in Einklang zu bringen, will mich mit ihrer Versöhnung befassen. Ich habe nichts gegen den Abänderungsantrag zur Resolution des Gen. Woinow. Auch im Zusatzantrag sehe ich keine prinzipiell abweichende Meinung. Aus der energischsten Teilnahme folgt noch nicht die Hegemonie. Gen. Michailow hat sich meines Erachtens positiver ausgedrückt, bei ihm ist die Hegemonie unterstrichen, und zwar in konkreter Form. Das englische Proletariat ist berufen, die sozialistische Revolution zu verwirklichen, das unterliegt keinem Zweifel; aber seine Unfähigkeit, die Revolution im gegenwärtigen Zeitpunkt durchzuführen — da es nicht soz. organisiert, andererseits aber durch die Bourgeoisie korrumpiert ist —, steht ebenfalls außer Zweifel. Derselbe Gedanke ist auch bei Gen. Woinow ausgedrückt; die energischste Teilnahme ist zweifellos auch die entscheidende. Ob das Proletariat den Ausgang der Revolution entscheidet — das kann man nicht unbedingt behaupten. Dasselbe gilt von der Rolle des Führers. Die Resolution des Gen. Woinow ist vorsichtiger formuliert. Die Sozialdemokratie kann den Aufstand organisieren, ja sie kann ihn sogar entscheiden, ob ihr aber die Führung gesichert wird, das

läßt sich nicht im voraus bestimmen, das wird von der Kraft, von der Organisiertheit des Proletariats abhängen. Das Kleinbürgertum kann besser organisiert sein und seine Diplomaten können sich als stärker, als besser vorbereitet erweisen. Gen. Woinow ist vorsichtiger, er sagt: „Du kannst es machen“; „Du wirst es machen“, sagt Gen. Michailow. Es ist wohl möglich, daß das Proletariat den Ausgang der Revolution entscheiden wird, doch kann man das nicht unbedingt behaupten. Die Genossen Michailow und Sosnowski machen denselben Fehler, den sie Gen. Woinow vorwerfen: „Prahle nicht, bevor du die Schlacht gewonnen hast.“ — „Zur Sicherung ist notwendig“, sagt Gen. Woinow, sie aber sagen: „notwendig und hinreichend“. Was die Bildung von besonderen Kampfgruppen betrifft, so kann ich sagen, daß ich sie für notwendig halte. Wir brauchen die Bildung besonderer Gruppen nicht zu fürchten.

7

RESOLUTION ÜBER DEN BEWAFFNETEN AUFSTAND³⁸

In der Erwägung,

1. daß das Proletariat, das seiner Lage nach die fortgeschrittenste und einzige konsequent-revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen ist, die Führung in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu verwirklichen;

2. daß diese Bewegung gegenwärtig bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands geführt hat;

3. daß sich das Proletariat unvermeidlich auf das tatkräftigste an diesem Aufstand beteiligen und daß diese Beteiligung das Schicksal der Revolution in Rußland entscheiden wird;

4. daß das Proletariat die Führung in dieser Revolution nur verwirklichen kann, wenn es zu einer einheitlichen und selbständigen politischen Kraft unter dem Banner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen ist, die seinen Kampf nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch leitet;

5. daß nur die Verwirklichung dieser Führung dem Proletariat die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus gegen die besitzenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Rußlands sichern kann —

erkennt der III. Parteitag der SDAPR an, daß die Aufgabe, das Proletariat zum unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstands zu organisieren, eine der wichtigsten und unaufschiebbaren Aufgaben der Partei im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt ist.

Der Parteitag beauftragt daher alle Parteiorganisationen:

a) dem Proletariat durch Propaganda und Agitation nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch die praktisch-organisatorische Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstands klarzumachen;

b) bei dieser Propaganda und Agitation die Rolle der politischen Massenstreiks zu erläutern, die bei Beginn und im Verlauf des Aufstands große Bedeutung haben können;

c) die energischsten Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats sowie zur Ausarbeitung eines Plans des bewaffneten Aufstands und der unmittelbaren Leitung des Aufstands zu ergreifen und, soweit erforderlich, zu diesem Zweck besondere Gruppen aus Parteifunktionären zu bilden.

Geschrieben am 16. (29.) April 1905

Nach dem Manuskript.

REDE ÜBER DAS VERHALTEN ZUR TAKTIK
DER REGIERUNG AM VORABEND DER UMWÄLZUNG
18. APRIL (1. MAD)

Wir befinden uns in einer schwierigen Lage. Vor uns liegen drei Resolutionen und drei Abänderungsanträge. Die Resolutionen mehren und häufen sich, ein Vorgang, der überhaupt nicht geregelt ist. Das Thema ist, wie sich zeigt, umfangreicher, als der Referent angenommen hatte. Man wird die Resolution an die Kommission zurückverweisen müssen, obwohl Gen. Sergejew⁹⁴ diesen Vorschlag offenbar lächerlich findet. Die Frage des öffentlichen Auftretens haben alle Redner berührt. Das Referat entspricht dem Thema, muß aber ergänzt werden. Hinsichtlich der Beteiligung an den verschiedenen Vereinen sind zwei Meinungen aufeinandergeprallt. Der Parteitag kann über die Beteiligung an solchen Vereinen keine kategorischen Anweisungen geben. Man muß alle Mittel zur Agitation ausnützen. Aus der Erfahrung mit der Schidlowski-Kommission läßt sich keine unbedingt ablehnende Einstellung ableiten. Man sagt, die Resolution bringe nichts Neues. Was gut ist, soll man aber immer wieder sagen. Die Meinung des Gen. Simin ist zu starr. Ob man sich an einem Semski Sobor beteiligen soll — das kann man nicht kategorisch beantworten. Alles wird abhängen von der politischen Situation, vom Wahlsystem und anderen konkreten Bedingungen, die man nicht im voraus einkalkulieren kann. Man sagt, der Semski Sobor sei ein Betrug. Das stimmt, aber manchmal muß man an Wahlen teilnehmen, um einen Betrug zu entlarven. Mehr als eine allgemeine Direktive kann man nicht geben. Ich wiederhole: Meiner Meinung nach sind alle Resolutionen an die Kommission zurückzuverweisen, und deren Zusammensetzung muß erweitert werden.

ERGÄNZUNG ZUR RESOLUTION ÜBER DAS VERHALTEN
ZUR POLITIK DER REGIERUNG
VOR UND WÄHREND DER UMWÄLZUNG

Vielleicht könnte man Gen. Alexandrow⁹⁵ durch (beispielsweise) folgende Abänderungen an der Resolution von Schmidt⁹⁶ zufriedenstellen:

1. statt „beschließt“ (der Parteitag): der Parteitag *bestätigt* die bisherige, vom II. Parteitag festgelegte Taktik der Sozialdemokratie und erläutert sie im einzelnen entsprechend den Erfordernissen des gegenwärtigen Zeitpunkts (oder etwas in dieser Art);

2. noch einen Punkt zu der Resolution hinzuzufügen mit etwa folgendem Inhalt:

Was jene wirklichen und scheinbaren Zugeständnisse betrifft, die die ins Wanken geratene Selbstherrschaft jetzt der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen macht, so muß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei *sie ausnutzen*, um einerseits jede Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und jede Erweiterung der Freiheit dem Volk als *bleibende Errungenschaft zu sichern*, damit der Kampf verstärkt werden kann, und um andererseits vor dem Proletariat unentwegt die reaktionären Ziele der Regierung zu entlarven, die bestrebt ist, die Arbeiterklasse zu spalten, zu demoralisieren und ihre Aufmerksamkeit von den dringenden Interessen der Arbeiterklasse in der Zeit der Revolution abzulenken.

Geschrieben Ende April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

RESOLUTIONSENTWURF ZUR FRAGE DES OFFENEN
POLITISCHEN AUFTRETENS DER SDAPR

In der Erwägung,

1. daß die revolutionäre Bewegung in Rußland die absolutistische Regierung bereits bis zu einem gewissen Grade erschüttert und desorganisiert hat, so daß diese gezwungen ist, ein freies politisches Auftreten der ihr feindlichen Klassen in verhältnismäßig bedeutendem Maße zuzulassen;

2. daß von dieser Freiheit des politischen Auftretens am meisten und fast ausschließlich die bürgerlichen Klassen Gebrauch machen, die dadurch ihre bisherige ökonomische und politische Vorherrschaft über die Arbeiterklasse noch verstärken und die Gefahr der Verwandlung des Proletariats in ein einfaches Anhängsel der bürgerlichen Demokratie vergrößern;

3. daß sich bei den Arbeitermassen immer mehr und mehr das Streben nach einem selbständigen öffentlichen Wirken auf der politischen Arena entwickelt und (zum Durchbruch kommt, ans Tageslicht tritt), wenn auch (in weniger wichtigen Fällen sogar wenn auch) ohne jede Mitwirkung der Sozialdemokratie –

lenkt der III. Parteitag der SDAPR die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen darauf, daß es notwendig ist:

a) alle Gelegenheiten des offenen politischen Auftretens der Gesellschaft und des Volkes in der Presse, in Vereinen und Versammlungen auszunutzen, um den allgemein-demokratischen Forderungen die selbständigen Klassenforderungen des Proletariats entgegenzustellen, um sein Klassenbewußtsein zu entwickeln, um es im Verlauf derartiger Aktionen zu einer selbständigen sozialistischen Kraft zu organisieren;

b) alle legalen oder halblegalen Mittel und Wege zur Schaffung von Arbeitervereinen, -verbänden und -organisationen auszunutzen, wobei

man bestrebt sein muß, den überwiegenden Einfluß der Sozialdemokratie auf diese Vereine (auf diesem oder jenem Wege) zu sichern, sie zu Stützpunkten der künftigen öffentlich wirkenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland zu machen;

c) Maßnahmen zu treffen, damit unsere Parteiorganisationen neben der Beibehaltung und dem Ausbau ihres konspirativen Apparats sofort in allen Fällen, wo dies möglich ist, darangehen, zweckmäßige Formen für den Übergang zum öffentlichen Wirken der Sozialdemokratie vorzubereiten, ohne dabei Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht der Regierung zu scheuen.

Geschrieben am 19. April (2. Mai) 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE TEILNAHME
DER SOZIALDEMOKRATIE
AN EINER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN
REGIERUNG

In der Erwägung,

1. daß für den wirklich freien und offenen Massenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie eine möglichst weitgehende politische Freiheit und folglich eine möglichst vollständige Verwirklichung der republikanischen Ordnung notwendig ist;

2. daß Vertreter der verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung, der Bauernschaft usw. gegenwärtig in immer größerer Zahl mit revolutionär-demokratischen Losungen auftreten, die sich naturgemäß und unvermeidlich aus den elementaren Bedürfnissen der Volksmasse ergeben, welche unbedingt befriedigt werden müssen — was unter der Selbstherrschaft unmöglich ist —, weil das die objektive Entwicklung des ganzen gesellschaftlich-ökonomischen Lebens in Rußland gebieterisch verlangt;

3. daß die internationale revolutionäre Sozialdemokratie stets die Notwendigkeit anerkannt hat, der revolutionären Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen alle reaktionären Klassen und Einrichtungen die tatkräftigste Unterstützung durch das Proletariat zu sichern, vorausgesetzt, daß die Partei des Proletariats ihre völlige Selbständigkeit wahrt und sich zu ihren zeitweiligen Verbündeten streng kritisch verhält;

4. daß der Sturz der absolutistischen Regierung in Rußland nicht möglich ist, ohne daß sie durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt wird, und daß nur eine solche Regierung imstande ist, wirkliche Freiheit und eine richtige Willensäußerung des ganzen Volkes bei der Errichtung der neuen politischen Ordnung Rußlands zu gewährleisten und die

Verwirklichung unseres nächsten, unmittelbaren Programms der politischen und ökonomischen Umgestaltungen zu sichern;

5. daß ohne Ersetzung der absolutistischen Regierung durch eine sich auf alle revolutionär-demokratischen Klassen und Klassenelemente in Rußland stützende provisorische revolutionäre Regierung die Erkämpfung der Republik und die Gewinnung der rückständigen und unaufgeklärten Schichten des Proletariats und besonders der Bauernschaft für die Revolution unmöglich ist — jener Schichten, deren Interessen unbedingt im Gegensatz zum absolutistisch-leibeigenschaftlichen Regime stehen und die in bedeutendem Maße nur infolge des Drucks der abstumpfenden politischen Atmosphäre an der Selbstherrschaft festhalten oder sich vom Kampf gegen die Selbstherrschaft fernhalten;

6. daß in Rußland eine zwar erst am Anfang ihrer Entwicklung stehende, aber doch bereits organisierte Sozialdemokratische Arbeiterpartei existiert, die fähig ist, vor allem, wenn politische Freiheit herrscht, das Verhalten ihrer Delegierten in einer provisorischen revolutionären Regierung zu kontrollieren und zu lenken, so daß die Gefahr eines Abweichens dieser Delegierten vom richtigen Weg ihrer Klasse vermieden werden kann —

erachtet es der dritte Parteitag der SDAPR für möglich, daß Bevollmächtigte der Partei an der provisorischen revolutionären Regierung teilnehmen, um gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie schonungslos alle konterrevolutionären Anschläge zu bekämpfen und um die selbständigen Klasseninteressen des Proletariats zu verteidigen; Bedingung für eine solche Beteiligung muß die strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein, die die vollständige, sozialistische Umwälzung anstrebt und in dieser Hinsicht allen bürgerlich-demokratischen Parteien und Klassen feindlich gegenübersteht.

Geschrieben Ende April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUR RESOLUTION ÜBER DIE TEILNAHME
DER SOZIALDEMOKRATIE AN EINER PROVISORISCHEN
REVOLUTIONÄREN REGIERUNG

Noch ein Argument, das für die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung spricht:

— daß die Empfehlung des rechten Flügels unserer Partei, schon jetzt die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung kategorisch abzulehnen, unvermeidlich die Tatkraft des revolutionären Proletariats, die auf die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstands gerichtet ist, zu Unentschlossenheit, Halbheit und Zersplitterung verurteilt; —

Geschrieben Ende April 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

REFERAT ÜBER DIE TEILNAHME
DER SOZIALDEMOKRATIE
AN EINER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN
REGIERUNG
18. APRIL (1. MAD)

Meine Aufgabe ist es, die Fragestellung der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung darzulegen. Auf den ersten Blick mag es sonderbar erscheinen, daß eine solche Frage aufgetaucht ist. Man sollte glauben, daß die Sache der Sozialdemokratie glänzend steht, daß die Wahrscheinlichkeit ihrer Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung sehr groß ist. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Wollte man diese Frage vom Standpunkt der unmittelbar bevorstehenden praktischen Verwirklichung behandeln, so wäre es eine Donquichotterie. Diese Frage ist uns jedoch weniger durch die praktische Situation als vielmehr durch eine Pressepolemik aufgedrängt worden. Man muß stets im Auge behalten, daß Martynow als erster diese Frage noch vor dem 9. Januar aufgeworfen hat. Folgendes schrieb er in seiner Broschüre „Zwei Diktaturen“ (S. 10/11):

„Der Leser stelle sich für einen Augenblick die Leninsche Utopie verwirklicht vor. Er stelle sich vor, daß es der Partei, deren Rahmen so eng gezogen ist, daß ihr nur Berufsrevolutionäre als Mitglieder angehören, gelungen ist, ‚den allgemeinen bewaffneten Volksaufstand vorzubereiten, festzusetzen und durchzuführen‘. Ist es dann nicht offensichtlich, daß der allgemeine Volkswille sofort nach der Revolution gerade diese Partei als provisorische Regierung einsetzen würde? Ist es dann nicht offensichtlich, daß das Volk gerade dieser Partei und keiner anderen das nächste Schicksal der Revolution anvertrauen würde? Ist es dann nicht offensichtlich, daß diese Partei, wenn sie das ihr früher vom Volk erwiesene Vertrauen nicht täuschen will, gezwungen, ja verpflichtet sein würde, die Macht in ihre Hände zu nehmen und sie zu behalten, bis sie durch revolutionäre Maßnahmen den Sieg der Revolution gesichert hat?“

Eine solche Fragestellung klingt unglaublich, ist aber Tatsache: Martynow ist der Meinung, daß wir, wenn wir den Aufstand sehr gut vorbereiten und in Gang bringen, in eine verzweifelte Lage geraten. Hätten wir einem Ausländer von unserer Polemik erzählt, so würde er eine solche Fragestellung nicht für möglich halten, würde uns nicht verstehen. Nur wenn man die Entwicklung der Anschauungen der russischen Sozialdemokratie und den Charakter der „Nachtrab“-ansichten des „Rabotscheje Delo“ kennt, kann man unsere Polemik verstehen. Die Frage wurde zu einer unaufschiebbaren theoretischen Frage, deren Klärung notwendig ist. Es ist die Frage nach der Klarheit unserer Ziele. Ich möchte die Genossen sehr bitten, daß sie bei der Darlegung unserer Debatten vor den russischen Parteipraktikern Martynows Fragestellung mit Nachdruck unterstreichen.

In Nr. 96 der „Iskra“ ist ein Artikel von Plechanow abgedruckt. Wir schätzten und schätzen Plechanow sehr für alle jene „Kränkungen“, die er den Opportunisten zugefügt hat und die ihm die ehrenvolle Feindschaft vieler Leute eingetragen haben. Aber dafür, daß er Martynow verteidigt, können wir ihn nicht schätzen. Da steht nicht mehr der frühere Plechanow vor uns. Er überschreibt seinen Artikel: „Zur Frage der Machtergreifung“. Das engt die Frage künstlich ein. So haben wir die Frage nie gestellt. Plechanow schildert die Dinge so, als ob der „Wperjod“ Marx und Engels als „Virtuosen des Philistertums“ bezeichnet hätte. In Wirklichkeit stimmt das aber nicht, das ist eine kleine Unterschiebung. Die Gesamtkonzeption von Marx in dieser Frage hat der „Wperjod“ ausdrücklich als richtig unterstrichen. Die Worte über das Philistertum bezogen sich auf Martynow oder L. Martow. So sehr wir bereit sind, alle, die mit Plechanow zusammenarbeiten, zu schätzen — aber Martynow ist nun einmal nicht Marx. Umsonst vertuscht Plechanow den Martynowismus.

Martynow behauptet, aus einer entscheidenden Teilnahme am Aufstand erwachse für uns die große Gefahr, daß das Proletariat uns zwingen würde, die Macht zu übernehmen. Dieser Gedankengang enthält eine gewisse originelle Logik, allerdings eine nach rückwärts gerichtete Logik. Im Zusammenhang mit diesem eigenartigen Hinweis auf die Gefahr eines Sieges im Kampf gegen die Selbstherrschaft fragte der „Wperjod“ Martynow und L. Martow, worum es sich denn handle: um die sozialistische oder die demokratische Diktatur? Man zitiert uns die berühmten Worte

von Engels über die gefährliche Stellung eines Führers, der die Macht im Namen einer Klasse erhalten hat, die für die vollständige Herrschaft noch nicht reif ist. Wir haben im „Wperjod“ auseinandergesetzt, daß Engels auf die gefährliche Stellung eines Führers hinweist, wenn dieser *post factum* die Divergenz zwischen Prinzipien und Wirklichkeit, zwischen Worten und Tatsachen feststellt. Eine solche Divergenz führt zum Untergang im Sinne des politischen Zusammenbruchs, nicht der physischen Niederlage.* Ihr müßt (das ist der Gedanke von Engels) behaupten, daß die Umwälzung eine sozialistische sei, während sie in Wirklichkeit nur eine demokratische ist. Würden wir dem Proletariat Rußlands jetzt versprechen, daß wir in der Lage seien, ihm heute schon die vollständige Herrschaft zu sichern, so würden wir denselben Fehler begehen wie die Sozialrevolutionäre. Gerade über diesen Fehler der Sozialrevolutionäre, die sagten; die Revolution werde „keine bürgerliche, sondern eine demokratische“ sein, haben wir Sozialdemokraten uns immer lustig gemacht. Wir haben stets gesagt, daß die Revolution die Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird, daß sie aber dem Proletariat die notwendigen Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um den Sozialismus schaffen wird.

Da es sich nun um eine demokratische Umwälzung handelt, so haben wir zwei Kräfte vor uns: die Selbstherrschaft und das revolutionäre Volk, d. h. das Proletariat als die wichtigste der kämpfenden Kräfte und die Bauernschaft sowie alle möglichen kleinbürgerlichen Elemente. Die Interessen des Proletariats fallen nicht mit denen der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zusammen. Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß diese Klassendivergenz im Schoße des revolutionären Volkes unvermeidlich ist. Das Objekt des Kampfes kann bei heftigen Kämpfen aus einer Hand in die andere übergehen. Das revolutionäre Volk erstrebt die Selbstherrschaft des Volkes, alle reaktionären Elemente verteidigen die Selbstherrschaft des Zaren. Eine erfolgreiche Umwälzung kann daher nichts anderes sein als die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, deren Interessen, soweit sie *gegen die Selbstherrschaft des Zaren* gerichtet sind, miteinander übereinstimmen. Über die Losung „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ sind sich sowohl die „Iskra“ wie der „Wperjod“ einig, aber der „Wperjod“ fügt hinzu, wenn vereint schlagen, dann auch

* Siehe den vorliegenden Band, S. 273/274. *Die Red.*

vereint erschlagen und vereint die Versuche des Feindes, das Verlorene wiederzugewinnen, zurückschlagen. Nach dem Sturz der Selbstherrschaft wird der Kampf nicht aufhören, sondern sich verschärfen. Die reaktionären Kräfte werden sich gerade dann erst richtig zum Kampf organisieren. Wenn wir die Losung des Aufstands ausgeben, dürfen wir die Sozialdemokratie mit einem eventuellen Sieg des Aufstands nicht schrecken. Wenn wir die Selbstherrschaft des Volkes erkämpft haben, müssen wir sie auch behaupten — das aber ist eben die revolutionär-demokratische Diktatur. Wir haben gar keinen Grund, uns vor ihr zu fürchten. Die Er kämpfung der Republik bedeutet für das Proletariat eine gigantische Errungenschaft, obwohl für den Sozialdemokraten die Republik kein „absolutes Ideal“ ist, wie für den bürgerlichen Revolutionär, sondern nur eine Garantie der Freiheit für den auf breiter Basis geführten Kampf um den Sozialismus. Parvus sagt, in keinem Land habe die Eroberung der Freiheit so ungeheure Opfer gekostet. Das stimmt. Das bestätigt auch die europäische bürgerliche Presse, die die russischen Ereignisse als Außenstehende aufmerksam verfolgt. Der Widerstand der Selbstherrschaft gegen die elementarsten Reformen ist ungeheuer stark, und je stärker die Wirkung, um so stärker die Gegenwirkung. Daher die hohe Wahrscheinlichkeit des völligen Zusammenbruchs der Selbstherrschaft. Die ganze Frage der revolutionären demokratischen Diktatur hat dann einen Sinn, wenn die Selbstherrschaft endgültig gestürzt wird. Möglicherweise wiederholen sich bei uns die Ereignisse von 1848—1850, d. h., die Selbstherrschaft wird nicht gestürzt, sondern nur eingeschränkt und in eine konstitutionelle Monarchie verwandelt. Dann kann von irgendeiner demokratischen Diktatur keine Rede sein. Sollte aber die absolutistische Regierung wirklich gestürzt werden, so muß sie durch eine andere ersetzt werden. Und diese andere kann nur eine provisorische revolutionäre Regierung sein. Sie kann sich nur auf das revolutionäre Volk, d. h. auf das Proletariat und die Bauernschaft stützen. Sie kann nur eine Diktatur sein, d. h. nicht eine Organisation der „Ordnung“, sondern eine Organisation des Krieges. Wer eine Festung stürmt, kann, auch nachdem er sie in seinen Besitz gebracht hat, nicht auf die Fortsetzung des Krieges verzichten. Entweder — oder: Entweder wir nehmen die Festung, um sie zu halten, oder wir stürmen gar nicht und erklären, daß wir nur ein kleines Plätzchen neben der Festung haben wollen.

Ich komme nun zu Plechanow. Er wendet eine völlig falsche Methode an. Er weicht den wichtigen, prinzipiellen Fragen aus und verlegt sich auf kleinliche Krittelei, wobei er von gewissen Unterschiebungen Gebrauch macht. (Zwischenruf von Gen. Barsow: „Jawohl!“) Der „Wperjod“ behauptet, das Schema von Marx (nämlich das Schema, wonach die Selbstherrschaft zunächst durch die bürgerliche Monarchie und dann durch die kleinbürgerliche demokratische Republik abgelöst wird) ist im allgemeinen richtig, wir wären aber Philister, wenn wir von vornherein nach diesem Schema eine Grenze bestimmen wollten, über die wir nicht hinausgehen. Es ist also „verlorene Liebesmühe“*, wenn Plechanow Marx verteidigt. Bei der Verteidigung Martynows beruft sich Plechanow auf die „Ansprache“⁹⁷ der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten⁹⁸ an die Mitglieder des Bundes. Plechanow gibt auch diese „Ansprache“ falsch wieder. Er übergeht mit Schweigen, daß diese „Ansprache“ geschrieben wurde, als der volle Sieg des Volkes ungeachtet des siegreichen Aufstands des Berliner Proletariats 1848 bereits mißlungen war. Die bürgerlich-konstitutionelle Monarchie hatte bereits den Absolutismus abgelöst, und folglich konnte von einer provisorischen Regierung, die sich auf das ganze revolutionäre Volk stützte, keine Rede sein. Der ganze Sinn der „Ansprache“ besteht darin, daß Marx der Arbeiterklasse nach dem Mißlingen des Volksaufstands riet, sich zu organisieren und vorzubereiten. Sind diese Ratschläge etwa geeignet, die Lage in Rußland, bevor der Aufstand begonnen hat, zu klären? Können etwa diese Ratschläge unsere Streitfrage, die den siegreichen Aufstand des Proletariats voraussetzt, lösen? Die „Ansprache“ beginnt folgendermaßen: „In den beiden Revolutionsjahren 1848/49 hat sich der Bund in doppelter Weise bewährt; einmal dadurch, daß seine Mitglieder an allen Orten energisch in die Bewegung eingriffen... ferner dadurch, daß seine Auffassung der Bewegung“ (wie sie unter anderem im „Kommunistischen Manifest“ niedergelegt ist) „als die einzig richtige sich erwiesen hat“... „Zu gleicher Zeit wurde die frühere feste Organisation des Bundes bedeutend gelockert. Ein großer Teil der Mitglieder, in der revolutionären Bewegung direkt beteiligt, glaubte die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend. Die einzelnen Kreise und Gemeinden ließen ihre Verbindungen mit der Zentralbehörde erschlaffen

* „verlorene Liebesmühe“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

und allmählich einschläfern. Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft, sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu lokalen Zwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten.“ („Ansprache“, S. 75*.)

Marx stellt also im Jahre 1850 fest, daß in der bereits verflossenen Revolution von 1848 die kleinbürgerliche Demokratie hinsichtlich der Organisation als Partei gewonnen, die Arbeiterpartei aber verloren hat. Selbstverständlich war die ganze Aufmerksamkeit von Marx darauf gerichtet, die Arbeiterpartei nicht wieder ins Schlepptau der Bourgeoisie geraten zu lassen. Es sei „...höchst wichtig, daß ...in diesem Augenblicke..., wo eine neue Revolution bevorsteht, ...die Arbeiterpartei... möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig auftritt, wenn sie nicht wieder wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“. („Ansprache“, S. 76.)

Gerade infolge dieser besseren Organisiertheit der bürgerlichen Demokratie bezweifelt Marx nicht, daß sie unbedingt das Übergewicht erhalten wird, wenn die neue Umwälzung sofort erfolgt. „Daß die kleinbürgerliche Demokratie während der weiteren Entwicklung der Revolution für einen Augenblick den überwiegenden Einfluß in Deutschland erhalten wird, unterliegt keinem Zweifel.“ („Ansprache“, S. 78.) Wenn wir alles das in Betracht ziehen, verstehen wir, warum Marx in der „Ansprache“ von der Teilnahme des Proletariats an einer provisorischen revolutionären Regierung kein Wort sagt. Plechanow ist daher ganz im Unrecht, wenn er behauptet, Marx habe „nicht einmal den Gedanken zugelassen, daß die politischen Vertreter des Proletariats gemeinsam mit den Vertretern der Kleinbürgerschaft an der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung arbeiten könnten“ („Iskra“ Nr. 96). Das stimmt nicht. Die Frage der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung wird von Marx nicht aufgeworfen. Plechanow aber stellt die Sache so hin, als ob Marx diese Frage ablehnend entschieden hätte. Marx sagt: Wir Sozialdemokraten waren ganz im Schlepptau, wir sind schlechter organisiert, wir müssen uns selbständig organisieren für den Fall, daß die Kleinbürger-

* Die Seitenzahlen beziehen sich auf Karl Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, 1885. *Der Übers.*

schaft nach der neuen Umwälzung zur Macht gelangt. Martynow zieht aus dieser Gedankenreihe von Marx folgenden Schluß: Wir Sozialdemokraten, die wir jetzt besser organisiert sind als die kleinbürgerliche Demokratie und zweifellos eine selbständige Partei bilden, müssen fürchten, daß wir im Falle eines siegreichen Aufstands *genötigt* sein werden, an einer provisorischen revolutionären Regierung teilzunehmen. Ja, Genosse Plechanow, Marxismus und Martynowismus sind zwei verschiedene Dinge! Um den ganzen Unterschied zwischen der Lage Rußlands im Jahre 1905 und der Deutschlands im Jahre 1850 möglichst anschaulich zu zeigen, wollen wir auf einige weitere interessante Stellen der „Ansprache“ eingehen. Bei Marx war von einer demokratischen Diktatur des Proletariats gar keine Rede, denn er glaubte an die unmittelbare sozialistische Diktatur des Proletariats, die sofort nach der kleinbürgerlichen Umwälzung kommen werde. Über die Agrarfrage zum Beispiel sagt er, daß die Demokratie eine kleinbürgerliche Bauernklasse bilden wolle, die Arbeiter aber müßten diesem Plan im Interesse des Landproletariats und in ihrem eigenen Interesse entgegentreten, sie müßten verlangen, daß das konfiszierte feudale Grundeigentum Staatsgut bleibt und zu Arbeiterkolonien verwandt wird, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaus bearbeitet. Es ist klar, daß Marx angesichts solcher Pläne von einer demokratischen Diktatur *nicht* sprechen konnte. Er schrieb nicht am Vorabend der Revolution als ein Vertreter des organisierten Proletariats, sondern nach der Revolution als ein Vertreter der sich organisierenden Arbeiter. Marx hebt als erste Aufgabe hervor: „Die Zentralbehörde wird sich, sobald dies irgend möglich ist, nach dem Sturze der bestehenden Regierungen nach Deutschland begeben, sofort einen Kongreß berufen und diesem die nötigen Vorlagen wegen der Zentralisation der Arbeiterklubs... machen.“ Der Gedanke einer selbständigen Arbeiterpartei, der uns in Fleisch und Blut übergegangen ist, war also damals neu. Man darf nicht vergessen, daß sich Marx im Jahre 1848, als er die freie und extrem revolutionäre Zeitung (die „Neue Rheinische Zeitung“⁹⁹) redigierte, auf keine Arbeiterorganisation stützte. Seine Zeitung wurde von radikalen Bourgeois gestützt, die sie beinahe im Stich ließen, als Marx darin nach den Junitagen über die Pariser Bourgeoisie herfiel. Deshalb wird in der „Ansprache“ so viel von der selbständigen Organisation der Arbeiter gesprochen. Es wird dort davon

gesprochen, daß neben der neuen offiziellen Regierung zugleich revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in Form von Arbeiterklubs und Arbeiterkomitees, sei es in Form von Gemeinderäten und Gemeindevorständen, errichtet werden müssen. Es wird dort davon gesprochen, daß die Arbeiter bewaffnet sein und eine selbständige proletarische Garde bilden müssen. Im zweiten Punkt des Programms wird betont, daß für die Nationalvertretung neben den bürgerlichen Kandidaten Arbeiterkandidaten, möglichst aus Bundesmitgliedern, aufgestellt werden müssen. Wie schwach dieser Bund war, geht daraus hervor, daß Marx die Notwendigkeit der Aufstellung eigener Kandidaten erst beweisen mußte. Aus alledem folgt, daß Marx die Frage der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung nicht zu erwähnen und auch nicht zu entscheiden die Absicht hatte, weil diese Frage damals keine praktische Bedeutung haben konnte; die ganze Aufmerksamkeit richtete sich ausschließlich auf die Organisation einer selbständigen Arbeiterpartei.

Plechanow sagt ferner in der „Iskra“, daß der „Wperjod“ keine sachlichen Beweise erbringe, daß er sich auf die Wiederholung einiger immer wieder gebrauchter Redensarten beschränke, daß der „Wperjod“ Marx angeblich kritisieren wolle. Stimmt das? Sehen wir nicht umgekehrt, daß der „Wperjod“ die Frage auf eine konkrete Grundlage stellt, indem er die realen gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigt, die in Rußland am Kampf um die demokratische Umwälzung beteiligt sind? Plechanow dagegen sagt kein Wort über die konkreten russischen Verhältnisse. Sein ganzes Gepäck beschränkt sich auf ein paar am unrechten Ort angeführte Zitate. Das ist ungeheuerlich, aber es ist Tatsache. Die russische Situation unterscheidet sich derart von der westeuropäischen, daß Parvus sogar die Frage stellen konnte, wo denn bei uns die revolutionäre Demokratie sei. Da Plechanow nicht beweisen kann, daß der „Wperjod“ Marx „kritisieren“ will, müssen eben Mach und Avenarius herhalten. Es ist mir absolut unerfindlich, was diese Schriftsteller, für die ich nicht die geringste Sympathie hege, mit der Frage der sozialen Revolution zu tun haben sollen. Sie schrieben über individuelle und soziale Organisation der Erfahrung, oder irgend etwas Ähnliches, machten sich aber wahrhaftig keine Gedanken über die demokratische Diktatur. Ist etwa Plechanow bekannt, daß Parvus ein Anhänger von Mach und Avenarius geworden ist? (Heiterkeit.) Oder vielleicht ist es um Plechanow so bestellt, daß

ihm nichts anderes übrigbleibt, als ohne jeden Zusammenhang Mach und Avenarius aufs Korn zu nehmen? Plechanow sagt weiter, Marx und Engels hätten bald den Glauben an eine nah bevorstehende soziale Revolution verloren. Der Bund der Kommunisten war zerfallen. Es begannen Emigrantenzänkereien, die Marx und Engels damit erklärten, daß es wohl Revolutionäre, aber keine Revolution gab. Plechanow schreibt in der „Iskra“: „Sie“ (Marx und Engels, die den Glauben an eine nahe soziale Revolution verloren hatten) „hätten die politischen Aufgaben des Proletariats dann schon mit Rücksicht darauf formuliert, daß die demokratische Ordnung während einer längeren Periode vorherrschend bleiben werde. Aber gerade deshalb hätten sie die Teilnahme der Sozialisten an einer kleinbürgerlichen Regierung noch entschiedener verurteilt“ („Iskra“ Nr. 96). Warum? Keine Antwort. Plechanow verwechselt wieder die demokratische Diktatur mit der sozialistischen, d. h., er verfällt in den Fehler Martynows, vor dem der „Wperjod“ wiederholt energisch gewarnt hat. Ohne die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist in Rußland eine Republik unmöglich. Diese Behauptung hat der „Wperjod“ auf Grund einer Analyse der realen Situation aufgestellt. Leider kannte Marx diese Situation nicht und hat darüber nicht geschrieben. Und deshalb kann man mit bloßen Zitaten aus Marx die Analyse dieser Situation weder bestätigen noch widerlegen. Über die konkreten Verhältnisse aber sagt Plechanow kein Wort.

Noch weniger angebracht ist das zweite Zitat aus Engels. Erstens ist es äußerst befremdlich, daß Plechanow sich auf einen Privatbrief beruft, ohne zu erwähnen, wo und wann er veröffentlicht worden ist.¹⁰⁰ Für die Veröffentlichung von Engelsschen Briefen wären wir sehr dankbar, hätten aber gewünscht, ihren vollen Wortlaut zu sehen. Immerhin haben wir einige Anhaltspunkte, um uns ein Urteil über den wahren Sinn des Briefes von Engels zu bilden.

Wir wissen genau — dies zweitens —, daß die Situation im Italien der neunziger Jahre in keiner Weise der russischen ähnlich war. In Italien herrschte bereits mehr als vierzig Jahre Freiheit. In Rußland kann die Arbeiterklasse von einer solchen Freiheit ohne die bürgerliche Revolution nicht einmal träumen. Folglich konnte die Arbeiterklasse in Italien schon längst eine selbständige Organisation für die sozialistische Umwälzung entwickeln. Turati ist der italienische Millerand. Es ist daher sehr wohl

möglich, daß Turati schon damals mit millerandistischen Ideen auftrat. Diese Annahme wird vollauf dadurch bestätigt, daß sich Engels — Plechanows eigenen Worten zufolge — genötigt sah, Turati den Unterschied zwischen einer bürgerlich-demokratischen und einer sozialistischen Umwälzung auseinanderzusetzen. Engels befürchtete also gerade, daß Turati in die schiefe Stellung eines Führers geraten werde, der den sozialen Sinn der Umwälzung, an der er teilnimmt, nicht begreift. Folglich müssen wir von Plechanow nochmals wiederholen, daß er die demokratische und die sozialistische Umwälzung verwechselt.

Aber vielleicht findet sich bei Marx und Engels eine Antwort nicht auf die Frage nach der konkreten Situation in Rußland, sondern nach den allgemeinen Prinzipien des revolutionären Kampfes des Proletariats? Die „Iskra“ wenigstens hat eine solche allgemeine Frage gestellt.

In Nr. 93 schreibt sie: „Der beste Weg, das Proletariat zu einer Partei zu organisieren, die dem bürgerlich-demokratischen Staat oppositionell gegenübersteht, ist der Weg der Entwicklung der bürgerlichen Revolution von unten durch den Druck des Proletariats auf die am Ruder stehende Demokratie.“ Die „Iskra“ schreibt: „Der ‚Wperjod‘ will, daß der Druck des Proletariats auf die Revolution (?) nicht nur von unten, nicht nur von der Straße her kommt, sondern auch von oben, aus den Paradezimmern der provisorischen Regierung.“ Diese Formulierung stimmt; der „Wperjod“ will das wirklich. Hier haben wir eine wirklich allgemeine prinzipielle Frage vor uns: ist die revolutionäre Aktion nur von unten oder auch von oben zulässig? Auf diese allgemeine Frage kann man bei Marx und Engels eine Antwort finden.

Ich meine den interessanten Aufsatz von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit“¹⁰¹ (1873). Engels schildert kurz die spanische Revolution von 1873, als das Land von einem Aufstand der Intransigenten, d. h. der extremen Republikaner, erfaßt war. Engels betont, daß damals von einer sofortigen Emanzipation der Arbeiterklasse gar nicht die Rede sein konnte. Die Aufgabe bestand darin, für das Proletariat das Zurücklegen der Vorstufen, die die soziale Revolution vorbereiten, zu beschleunigen und die Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die spanische Arbeiterklasse konnte diese Möglichkeit nur ausnutzen, indem sie sich aktiv an der Revolution beteiligte. Daran wurde sie gehindert durch den Einfluß der Bakunisten und nicht zuletzt durch ihre Idee des allgemeinen Streiks, die von

Engels treffend kritisiert wird. Engels schildert unter anderem die Ereignisse in Alcoy, einer Fabrikstadt mit 30 000 Einwohnern. Das Proletariat war dort Herr der Situation geworden. Und was tat es da? Entgegen den Grundsätzen des Bakunismus mußte man sich an der provisorischen revolutionären Regierung beteiligen. „Die Bakunisten“, sagt Engels, „hatten seit Jahren gepredigt, jede revolutionäre Aktion von oben nach unten sei verderblich, alles müsse von unten nach oben organisiert und durchgesetzt werden.“

So also beantwortet Engels die von der „Iskra“ gestellte allgemeine Frage nach dem „Von-oben und Von-unten“. Das Prinzip der „Iskra“: „nur von unten und in keinem Fall von oben“ ist ein anarchistisches Prinzip. Als Schlußfolgerung aus den Ereignissen der spanischen Revolution stellt Engels fest: „Die Bakunisten waren gezwungen... ihre eigenen Grundsätze über Bord zu werfen, ... den Grundsatz, daß die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei“ (wie uns jetzt Plechanow einreden will). Entgegen ihren Grundsätzen figurierten sie „in den Regierungsausschüssen der einzelnen Städte, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitierte Minderzahl“. Engels mißfällt also nur, daß die Bakunisten in der Minderzahl waren, nicht aber, daß sie dort figurierten. Am Schluß der Broschüre sagt Engels, das Beispiel der Bakunisten habe ein „Muster davon geliefert, wie man eine Revolution nicht machen muß“.

Wenn Martow seine revolutionäre Tätigkeit ausschließlich auf die Aktion von unten beschränken wollte, würde er den Fehler der Bakunisten wiederholen.

Doch die „Iskra“, die prinzipielle Meinungsverschiedenheiten mit dem „Wperjod“ erfunden hat, begibt sich selbst auf unseren Standpunkt. So sagt Martynow, daß das Proletariat – gemeinsam mit dem Volk – die Bourgeoisie zwingen müsse, die Revolution bis zu Ende zu führen. Das aber ist eben nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des „Volkes“, d. h. des Proletariats und der Bauernschaft. Die Bourgeoisie will gar nicht die Revolution bis zu Ende führen. Das Volk jedoch muß das infolge seiner sozialen Lebensbedingungen wollen. Die revolutionäre Diktatur wird es aufklären und in das politische Leben einbeziehen.

Die „Iskra“ schreibt in Nr. 95:

„Sollte aber, unabhängig von unserem Willen, die innere Dialektik der Revolution uns schließlich doch an die Macht bringen, während die nationalen Verhältnisse zur Verwirklichung des Sozialismus noch nicht reif sind, so würden wir nicht zurückweichen. Wir würden uns zum Ziel setzen, den engen nationalen Rahmen der Revolution zu sprengen und den Westen auf den Weg der Revolution zu stoßen, wie Frankreich vor hundert Jahren den Osten auf diesen Weg gestoßen hat.“

Die „Iskra“ gibt also selber zu, daß wir, wenn das Unglück passieren sollte, daß wir siegten, gerade so handeln müßten, wie der „Wperjod“ es sagt. In der praktischen Frage folgt also die „Iskra“ den Fußstapfen des „Wperjod“ und untergräbt ihre eigene Position. Ich verstehe nur nicht, wie man Martow und Martynow gegen ihren eigenen Willen an die Macht schleppen könnte? Das ist doch reiner Unsinn.

Die „Iskra“ führt Frankreich als Beispiel an. Es war aber ein jakobinisches Frankreich. Während einer Revolution mit dem Jakobinertum schrecken wollen ist die größte Abgeschmacktheit. Die demokratische Diktatur ist, wie ich schon sagte, nicht eine Organisation der „Ordnung“, sondern eine Organisation des Krieges. Selbst wenn wir Petersburg eroberten und Nikolaus guillotinierten, hätten wir einige Vendées¹⁰² vor uns. Marx hat das ausgezeichnet verstanden, als er 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ an die Jakobiner erinnerte. Er sagte, der Terrorismus von 1793 sei nichts als eine plebejische Manier gewesen, mit dem Absolutismus und der Konterrevolution fertig zu werden.¹⁰⁸ Auch wir ziehen die „plebejische“ Manier, mit der russischen Selbstherrschaft fertig zu werden, vor und überlassen der „Iskra“ die girondistischen Manieren. Die russische Revolution hat eine noch nie dagewesene günstige Situation vor sich (ein volksfeindlicher Krieg, der asiatische Konservatismus der Selbstherrschaft usw.). Diese Situation läßt einen erfolgreichen Ausgang des Aufstands erhoffen. Die revolutionäre Stimmung des Proletariats wächst zusehends. Zu einem solchen Zeitpunkt ist der Martynowismus nicht nur eine Dummheit, sondern ein Verbrechen, denn er lähmt den Schwung der revolutionären Energie des Proletariats und drosselt seinen revolutionären Enthusiasmus. (Ljadow: „Sehr richtig!“) Es ist derselbe Fehler, den in einer anderen Situation, nicht in der Frage der demokratischen, sondern der sozialistischen Diktatur, in der deutschen Partei Bernstein gemacht hat.

Um Ihnen eine konkrete Vorstellung zu geben, wie in Wirklichkeit die famosen „Paradezimmer“ der provisorischen revolutionären Regierung aussehen, will ich auf eine weitere Quelle verweisen. In seiner Schrift „Die Reichsverfassungskampagne“ schildert Engels, wie er sich im Umkreis dieser „Paradezimmer“ an der Revolution beteiligt hat.¹⁰⁴ Er beschreibt z. B. den Aufstand in Rheinpreußen, eines der industriell am stärksten ausgebildeten Zentren Deutschlands. Die Chancen für den Sieg der demokratischen Partei, sagt er, waren hier besonders günstig. Die Aufgabe bestand darin, alle disponiblen Kräfte auf das rechte Rheinufer zu werfen, den Aufstand weiter zu verbreiten und zu versuchen, hier mittels der Landwehr den Kern einer revolutionären Armee zu organisieren. Eben dieser Vorschlag wurde von Engels gemacht, als er nach Elberfeld reiste, um das möglichste zur Ausführung seines Plans zu tun. Und Engels greift die kleinbürgerlichen Führer an, weil sie es nicht verstanden, den Aufstand zu organisieren oder Geldmittel zu beschaffen, z. B. für den Unterhalt der Arbeiter, die auf den Barrikaden kämpften, usw. Man hätte energischer handeln müssen, sagt Engels. Der erste Schritt hätte die Entwaffnung der Elberfelder Bürgerwehr und die Verteilung ihrer Waffen unter die Arbeiter sein müssen, sodann die Erhebung einer Zwangssteuer zum Unterhalt der so bewaffneten Arbeiter. Doch alle diese Vorschläge gingen einzig und allein von mir aus, sagt Engels. Der löbliche Sicherheitsausschuß fand sich durchaus nicht gemüßigt, auf dergleichen „terroristische Maßregeln“ einzugehen.

Wenn uns also unsere Marx und Engels (will sagen Martynow und Martow) (schallendes Gelächter) mit dem Jakobinertum schrecken, so hat Engels die revolutionäre Kleinbürgerschaft gezeißelt, weil sie die „jakobinische“ Handlungsweise verschmähte. Engels begriff: Krieg führen wollen und dabei — während des Krieges — auf die Staatskasse und die Staatsmacht verzichten, wäre ein unwürdiges Spiel mit Worten gewesen. Wo werdet ihr das Geld für den Aufstand hernehmen, wenn er zum Volksaufstand wird, ihr Herren Neuskristen? Doch nicht aus der Staatskasse? Das wäre ja bürgerlich! Das wäre doch Jakobinertum!

Über den Aufstand in Baden schreibt Engels, daß die insurrektionelle Regierung alle Aussicht auf Erfolg hatte, denn sie „fand... bei ihrem Amtsantritt eine fertige Armee, reichlich versehene Arsenalen, ...einen gefüllten Staatsschatz und eine so gut wie einstimmige Bevölkerung vor“.

Was unter diesen Umständen zu tun war, will jedermann gleich von Anfang gesagt haben. Man mußte Truppen zusammenraffen zum Schutz der Nationalversammlung, die Preußen und Österreicher zum Rückzug zwingen, den Aufstand in die benachbarten deutschen Staaten weitertragen „und die zitternde deutsche sogenannte Nationalversammlung unter den terrorisierenden Einfluß einer insurgierten Bevölkerung und einer insurgierten Armee stellen... Man mußte ferner die Macht der Insurrektion zentralisieren, ihr die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen und durch sofortige Abschaffung aller Feudallasten die ackerbaureibende Bevölkerung bei der Insurrektion interessieren.“ Alles das mußte sofort geschehen, „um dem Aufstand einen energischen Charakter zu geben“... „Acht Tage nach Einsetzung des Landesausschusses war es schon zu spät.“

Wir sind überzeugt, daß die revolutionären Sozialdemokraten, die sich während des Aufstands in Rußland als Soldaten der Revolution zur Verfügung stellen, nach dem Beispiel von Engels ebensolche „jakobinische“ Ratschläge erteilen werden. Unsere „Iskra“ jedoch zieht es vor, über die Farbe der Umschläge für die Stimmzettel zu schreiben und die Frage der provisorischen revolutionären Regierung und des revolutionären Schutzes der konstituierenden Versammlung in den Hintergrund zu schieben. Unsere „Iskra“ will auf keinen Fall „von oben“ handeln.

Aus Karlsruhe ging Engels nach der Pfalz. In der provisorischen Regierung saß sein Freund d'Ester (der ihn einst aus der Haft befreit hatte). „Von einer offiziellen Beteiligung an der Bewegung, die unsrer Partei ganz fremd stand, konnte natürlich... keine Rede sein“, sagt Engels. Er wollte in der Bewegung „die einzige Stellung einnehmen“, die ein Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung“ „in dieser Bewegung einnehmen konnte: die des Soldaten“. Wir sprachen schon von dem Zerfall des Bundes der Kommunisten, durch welchen Engels in eine Lage versetzt wurde, in der er überhaupt keine Verbindung mit Arbeiterorganisationen hatte. Das macht das von uns hier angeführte Zitat verständlich: „Es versteht sich“, schreibt Engels, „daß auch mir Zivil- und militärische Stellen in Menge angetragen wurden, Stellen, die ich in einer proletarischen Bewegung anzunehmen keinen Augenblick gezaudert hätte. Ich lehnte sie unter diesen Umständen sämtlich ab.“

Wie man sieht, fürchtete Engels nicht, von oben zu handeln, er fürchtete nicht die zu große Organisiertheit und zu große Stärke des Prole-

tariats, die ihn hätte veranlassen können, an der provisorischen Regierung teilzunehmen. Im Gegenteil, Engels bedauerte, daß die Bewegung nicht erfolgreich genug, nicht proletarisch genug war, weil den Arbeitern jede Organisation fehlte. Aber auch unter diesen Umständen übernahm Engels einen Posten: er diente in der Armee als Adjutant von Willich, übernahm die Herbeischaffung von Munition, transportierte unter ungeheuren Schwierigkeiten Pulver, Blei, Patronen usw. „Für die Republik zu sterben, war von nun an das Ziel meines Muts“, schreibt Engels.

Ich überlasse es Ihnen, Genossen, darüber zu urteilen, ob dieses den Worten von Engels nachgezeichnete Bild der provisorischen Regierung jenen „Paradezimmern“ ähnlich sieht, mit denen die neue „Iskra“ uns die Arbeiter abspenstig machen will. (Beifall.) (Der Redner verliest seinen Resolutionsentwurf und erläutert ihn.)

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE PROVISORISCHE
REVOLUTIONÄRE REGIERUNG

In der Erwägung,

1. daß sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats Rußlands als auch seine Interessen im Kampf für die sozialistischen Endziele die möglichst volle politische Freiheit und folglich die Ersetzung der absolutistischen Regierungsform durch die demokratische Republik erfordern;

2. daß der bewaffnete Volksaufstand, wenn er vollen Erfolg hat, d. h., wenn die Selbstherrschaft gestürzt wird, notwendigerweise die Schaffung einer provisorischen revolutionären Regierung zur Folge haben wird, die allein fähig ist, die volle Freiheit der Agitation zu gewährleisten und eine wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringende, auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen;

3. daß diese demokratische Revolution in Rußland die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird, und daß letztere in einem bestimmten Augenblick unweigerlich mit allen Mitteln versuchen wird, dem Proletariat Rußlands möglichst viele Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR:

a) in der Arbeiterklasse ist die Überzeugung von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung zu verbreiten, in Arbeiterversammlungen müssen die Voraussetzungen für die sofortige vollständige Verwirklichung aller nächsten politischen und ökonomischen Forderungen unseres Programms besprochen werden;

b) im Falle des siegreichen Volksaufstands und der vollständigen Niederwerfung der Selbstherrschaft ist die Teilnahme von Bevollmächtigten

unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zu dem Zweck zulässig, alle konterrevolutionären Anschläge schonungslos zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren;

c) die unerläßlichen Vorbedingungen für eine solche Teilnahme sind: strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt und insofern allen bürgerlichen Parteien unversöhnlich feindlich gegenübersteht;

d) unabhängig davon, ob eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird, ist in den breitesten Schichten des Proletariats der Gedanke zu propagieren, daß das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat einen ständigen Druck auf die provisorische Regierung ausüben muß, um die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern.

Geschrieben vor dem 18. April (1. Mai) 1905.

15

REDE ÜBER DIE ABÄNDERUNGSANTRÄGE
ZUR RESOLUTION ÜBER DIE
PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG
19. APRIL (2. MAD)

Im großen und ganzen teile ich die Ansicht des Gen. Simin. In meiner Eigenschaft als Publizist habe ich begreiflicherweise auf die literarische Formulierung der Frage geachtet. Auf die Wichtigkeit des Kampfziels ist von Gen. Simin sehr richtig hingewiesen worden, und ich stimme ihm vollkommen bei. Man kann nicht kämpfen, wenn man nicht darauf rechnet, den Punkt, um den man kämpft, auch zu besetzen...

Der Abänderungsantrag des Gen. Simin zu Punkt 2: „daß die Errichtung usw. ... eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird, die allein“ usw., ist durchaus zweckmäßig, und ich akzeptiere ihn gern. Ebenso der Abänderungsantrag zu Punkt 3; hier ist es sehr angebracht, darauf hinzuweisen, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen die Bourgeoisie zwangsläufig erstarken wird. In Punkt a) des beschließenden Teils ist der Ausdruck „das Proletariat wird verlangen“ besser als meine Formulierung, weil das Schwergewicht auf das Proletariat verlegt wird. In Punkt b) ist der Hinweis auf die Abhängigkeit vom Kräfteverhältnis durchaus angebracht. Bei dieser Formulierung wird, wie mir scheint, der Abänderungsantrag des Gen. Andrejew¹⁰⁵ hinfällig. Übrigens würde ich gern die Meinung der russischen Genossen hören, ob der Ausdruck „aller nächsten Forderungen“ klar ist, oder ob man nicht in Klammern „des Minimalprogramms“ hinzufügen sollte. In Punkt c) heißt es bei mir „die Vorbedingung ist“, bei Gen. Simin heißt es „als Bedingung wird gestellt“. Offenbar bedarf es hier einer stilistischen Korrektur. Dort, wo von der Kontrolle der Partei die Rede ist, scheint mir meine alte Formulierung „Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie“ besser zu sein als die von Gen. Simin vorgeschlagene „Beibehaltung“.

Unsere Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit der Sozialdemokratie nicht nur „beizubehalten“, sondern sie auch stets zu „wahren“. Der diesen Punkt betreffende Abänderungsantrag des Gen. Sosnowski verschlechtert nur die Formulierung, indem er sie verschwommener macht. Die Abänderungsanträge des Gen. Andrejew sind in den Punkten meiner Resolution und der des Gen. Simin zum Teil mit enthalten. Übrigens dürfte es kaum angebracht sein, in der Formulierung den Ausdruck „provisorische Regierung“ in der Mehrzahl zu gebrauchen, wie Gen. Andrejew vorschlägt. Natürlich ist es möglich, daß wir viele provisorische Regierungen haben werden, aber das soll nicht betont werden, da wir eine derartige Zersplitterung keineswegs für erstrebenswert halten. Wir werden stets für eine einheitliche provisorische Regierung ganz Rußlands eintreten und werden uns bemühen, „eine einheitliche Zentralkörperschaft, und zwar eine russische“ zu schaffen. (Heiterkeit.)

16

REFERAT ZUR RESOLUTION ÜBER DIE
UNTERSTÜTZUNG DER BAUERNBEWEGUNG
19. APRIL (2. MAD)

In Anbetracht der Erklärung von 17 Genossen, die auf die dringende Notwendigkeit einer Beschleunigung der Parteitagsverhandlungen hingewiesen haben, will ich mich bemühen, mich so kurz wie möglich zu fassen. Eigentlich gibt es in der zur Debatte stehenden Frage keine prinzipiellen Streitpunkte; selbst in der Zeit der an „prinzipiellen“ Meinungsverschiedenheiten reichen Parteikrise sind solche nicht hervorgetreten.

Außerdem ist der Resolutionsentwurf schon vor längerer Zeit in der Zeitung „Wperjod“ veröffentlicht worden, und so werde ich mich auf eine einfache Verteidigung dieser Resolution beschränken.

Die Frage der Unterstützung der Bauernbewegung zerfällt eigentlich in zwei Fragen: 1. die theoretischen Grundlagen und 2. die praktischen Erfahrungen der Partei. Die letztgenannte Frage wird der zweite Referent, Gen. Barsow¹⁰⁶, beantworten, der die am weitesten fortgeschrittene Bauernbewegung, nämlich in Gurien, sehr gut kennt. Was die theoretischen Grundlagen der Frage anbelangt, so handelt es sich jetzt darum, die von der Sozialdemokratie bereits ausgearbeiteten Losungen auf die gegenwärtige Bauernbewegung anzuwenden. Diese Bewegung wächst und breitet sich zusehends aus. Die Regierung macht wieder ihre alten Versuche, die Bauern durch Scheinzugeständnisse zu prellen. Dieser Politik der Korruption müssen die Losungen unserer Partei entgegengestellt werden.

Diese Losungen sind meines Erachtens im folgenden Resolutionsentwurf formuliert:

„Als Partei des klassenbewußten Proletariats erstrebt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die völlige Befreiung aller Werktätigen von jeglicher Ausbeutung und unterstützt jede revolutionäre Bewegung

gegen die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Ordnung. Die SDAPR unterstützt daher auf das tatkräftigste auch die gegenwärtige Bauernbewegung; sie tritt für alle revolutionären Maßnahmen ein, die geeignet sind, die Lage der Bauernschaft zu verbessern, und wird zu diesem Zweck auch vor der Enteignung der Gutsbesitzerländereien nicht haltmachen. Hierbei strebt die SDAPR als Klassenpartei des Proletariats unbeirrbar nach einer selbständigen Klassenorganisation des ländlichen Proletariats und vergißt keinen Augenblick die Aufgabe, es über den feindlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der bäuerlichen Bourgeoisie aufzuklären, ihm klarzumachen, daß nur der gemeinsame Kampf des ländlichen und städtischen Proletariats gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft zur sozialistischen Revolution führen kann, die allein imstande ist, die ganze Masse der Dorfarmut wirklich von Elend und Ausbeutung zu erlösen.

Als praktische Losung für die Agitation unter der Bauernschaft und als Mittel, ein Höchstmaß an politischem Bewußtsein in diese Bewegung hineinzutragen, proklamiert die SDAPR die sofortige Bildung revolutionärer Bauernkomitees mit der Aufgabe, alle demokratischen Umgestaltungen allseitig zu unterstützen und sie im einzelnen durchzuführen. Auch in diesen Komitees wird die SDAPR auf eine selbständige Organisation der ländlichen Proletarier hinarbeiten, um einerseits die gesamte Bauernschaft bei allen ihren revolutionär-demokratischen Aktionen zu unterstützen und andererseits die wahren Interessen des ländlichen Proletariats in seinem Kampf gegen die bäuerliche Bourgeoisie zu schützen“ („Wperjod“ Nr. 11 *).

In der Agrarkommission, die von den Delegierten noch vor Beginn des Parteitags zu seiner Vorbereitung gebildet wurde, ist dieser Entwurf bereits behandelt worden. Trotz des Durcheinanders der Meinungen zeigten sich doch einige Hauptschattierungen, und auf diese will ich eingehen. Der Charakter der möglichen und der notwendigen revolutionären Maßnahmen in der Agrarfrage läuft dem Resolutionsentwurf nach auf eine „Verbesserung der Lage der Bauernschaft“ hinaus. Die Resolution bringt also damit klar die allgemeine Überzeugung aller Sozialdemokraten zum Ausdruck, daß die Umgestaltung der eigentlichen Grundlagen der gegenwärtigen gesellschaftlich-ökonomischen Ordnung durch diese Maßnahmen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 226/227. *Die Red.*

keineswegs erreicht werden kann. Darin unterscheiden wir uns von den Sozialrevolutionären. Die revolutionäre Bewegung der Bauernschaft kann zu einer bedeutenden Verbesserung ihrer Lage führen, sie kann aber nicht den Kapitalismus durch eine andere Produktionsweise ersetzen.

Die Resolution spricht von Maßnahmen, die vor der Enteignung der Gutsbesitzerländereien nicht haltmachen. Man sagt, diese Formulierung ändere unser Agrarprogramm. Ich halte diese Meinung für falsch. Gewiß könnte man den Text besser redigieren: Nicht unsere Partei, sondern die Bauernschaft wird vor der Enteignung nicht haltmachen; unsere Partei ihrerseits unterstützt die Bauernschaft, unterstützt sie auch dann, wenn die Bauernschaft vor diesen Maßnahmen nicht haltmacht. Statt Enteignung sollte man den engeren Begriff „Konfiskation“ gebrauchen, denn wir sind entschieden gegen jede Form des Loskaufs. Wir werden vor Maßnahmen der Konfiskation des Bodens niemals haltmachen. Sieht man von diesen einzelnen Korrekturen ab, so wird sich zeigen, daß unsere Resolution keine Änderung des Agrarprogramms bedeutet. Alle sozialdemokratischen Publizisten haben sich stets in dem Sinn ausgesprochen, daß der Punkt über die Bodenabschnitte der Bauernbewegung keinesfalls eine Grenze setzt, sie keinesfalls einengt oder begrenzt. Plechanow wie auch ich haben in der Presse darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratische Partei die Bauern niemals von revolutionären Maßnahmen der Agrarumgestaltung einschließlich der „schwarzen Umteilung“¹⁰⁷ zurückhalten wird. Wir ändern also unser Agrarprogramm nicht. Wir müssen uns jetzt mit aller Bestimmtheit über die praktische Frage, die konsequente Unterstützung der Bauern, äußern, damit jede Möglichkeit der Mißverständnisse und Mißdeutungen beseitigt wird. Die Bauernbewegung steht jetzt auf der Tagesordnung, und die Partei des Proletariats muß offiziell erklären, daß sie diese Bewegung mit allen Mitteln unterstützt und ihren Schwung keineswegs einengen wird.

Weiter wird in der Resolution davon gesprochen, daß es notwendig ist, die Interessen des ländlichen Proletariats hervorzuheben und eine besondere Organisation des ländlichen Proletariats zu schaffen. In einer Versammlung von Sozialdemokraten erübrigt es sich, diese elementare Wahrheit zu begründen. In der Agrarkommission wurde der Wunsch geäußert, einen Hinweis auf die Unterstützung von Streiks der Landarbeiter und Bauern, besonders während der Getreide- und Heuernte usw., hinzu-

zufügen. Prinzipiell ist dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden. Vielleicht äußern sich die Parteipraktiker über die eventuelle Bedeutung eines solchen Hinweises für die nächste Zukunft.

In der Resolution wird dann von der Bildung revolutionärer Bauernkomitees gesprochen.

In Nr. 15 des „Wperjod“ wurde näher auf den Gedanken eingegangen, daß die Forderung der sofortigen Bildung von revolutionären Bauernkomitees zum Zentralpunkt der Agitation werden müsse.* Von der „Verbesserung der Lebenslage“ sprechen jetzt sogar die Reaktionäre; sie treten aber für die beamtenhafte, bürokratische Methode einer scheinbaren Verbesserung ein, während die Sozialdemokratie natürlich für den revolutionären Weg eintreten muß. Die Hauptaufgabe ist, in die Bauernbewegung politisches Bewußtsein hineinzutragen. Die Bauern erkennen mehr oder weniger, was ihnen not tut, verstehen es aber nicht, ihre Wünsche und Forderungen mit dem gesamten politischen System in Zusammenhang zu bringen. Deswegen können sie von politischen Hochstaplern so leicht geprellt werden, die die Frage der politischen Umgestaltungen auf wirtschaftliche „Verbesserungen“ reduzieren, welche in Wirklichkeit ohne politische Umgestaltungen undurchführbar sind. Deshalb ist die Losung der revolutionären Bauernkomitees die einzig richtige. Ohne das von diesen Komitees zu realisierende revolutionäre Recht werden die Bauern nie das behaupten können, was sie sich jetzt erkämpfen. Man wendet ein, daß wir auch hier das Agrarprogramm ändern, denn im Programm wird von revolutionären Bauernkomitees nicht gesprochen und auch nicht von ihren Aufgaben auf dem Gebiet der demokratischen Umgestaltungen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Wir ändern unser Programm nicht, sondern wenden es auf den gegebenen konkreten Fall an. Die Bauernkomitees können unter den gegebenen Verhältnissen nur revolutionär sein, das steht außer Zweifel, und daher wenden wir, wenn wir darauf hinweisen, das Programm auf die revolutionäre Situation an, ändern es aber nicht. In unserem Programm heißt es zum Beispiel, daß wir die Selbstbestimmung der Nationen anerkennen: wenn die konkreten Bedingungen uns veranlassen sollten, uns für die Selbstbestimmung einer bestimmten Nation, für ihre volle Unabhängigkeit auszusprechen, so wird das keine Änderung, sondern eine Anwendung des Programms sein. Die Bauernkomi-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 316. *Die Red.*

tees sind eine elastische Einrichtung, die unter den heutigen Bedingungen ebenso brauchbar ist wie, sagen wir, unter der provisorischen revolutionären Regierung, wo diese Komitees zu Organen der Regierung werden würden. Man sagt, diese Komitees können reaktionär werden, statt revolutionär. Wir Sozialdemokraten haben aber nie die Doppelnatur des Bauern und die Möglichkeit einer gegen das Proletariat gerichteten reaktionären Bauernbewegung verkannt. Nicht darum handelt es sich jetzt, sondern vielmehr darum, daß gegenwärtig die Bauernkomitees, die gebildet werden, um die Umgestaltung der Agrarverhältnisse zu sanktionieren, nur revolutionär sein können. Die Bauernbewegung ist gegenwärtig zweifellos revolutionär. Man sagt: Wenn die Bauern vom Grund und Boden Besitz ergriffen haben, werden sie sich beruhigen. Das ist möglich. Aber die absolutistische Regierung kann nicht ruhig sein, wenn die Bauern vom Grund und Boden Besitz ergreifen, und das ist der springende Punkt. Diese Besitzergreifung kann nur von einer revolutionären Regierung oder von revolutionären Bauernkomitees sanktioniert werden.

Endlich umreißt der Schlußteil der Resolution noch einmal die Stellung der Sozialdemokratie in den Bauernkomitees, nämlich die Notwendigkeit, mit dem Landproletariat zusammenzugehen und es getrennt und selbständig zu organisieren. Auch im Dorf ist nur das Proletariat die Klasse, die bis zu Ende revolutionär sein kann.

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE UNTERSTÜTZUNG DER BAUERNBEWEGUNG

In der Erwägung,

1. daß sich die gegenwärtig anschwellende Bauernbewegung, obgleich sie spontan und politisch unbewußt ist, dennoch unvermeidlich gegen die bestehende politische Ordnung und *gegen die privilegierten Klassen* richtet;

2. daß es zu den Aufgaben der Sozialdemokratie gehört, jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung zu unterstützen;

3. daß die Sozialdemokraten auf Grund des oben Dargelegten danach streben müssen, daß die revolutionär-demokratischen Züge (Besonderheiten) der Bauernbewegung klar hervortreten, sich entfalten und bis zur letzten Konsequenz entwickelt werden;

4. daß die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats in allen Fällen und unter allen Umständen unentwegt nach einer selbständigen Organisation des Landproletariats streben muß und ihm den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der Dorfbourgeoisie klarzumachen hat —

beauftragt der III. Parteitag der SDAPR alle Parteiorganisationen:

a) unter den breitesten Schichten des Proletariats zu propagieren, daß die SDAPR sich die tatkräftigste Unterstützung der jetzigen Bauernbewegung zur Aufgabe macht, daß sie deren revolutionären Erscheinungsformen, einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, *in keiner Weise entgegenwirken wird*;

b) als praktische Losung für die Agitation unter der Bauernschaft und als Mittel, ein Höchstmaß an politischem Bewußtsein in die Bauernbewe-

gung hineinzutragen, mit dem Plan der sofortigen Bildung von revolutionären Bauernkomitees hervorzutreten, die das Ziel haben sollen, alle revolutionär-demokratischen Umgestaltungen im Interesse der Bauernschaft durchzuführen und die Bauernschaft von der Unterdrückung durch Polizei, Beamtenschaft und Gutsbesitzer zu befreien;

c) den Bauern zu empfehlen, den Militärdienst zu verweigern, die Steuerzahlungen einzustellen und die Behörden nicht anzuerkennen, um so die Selbstherrschaft zu desorganisieren und den revolutionären Ansturm gegen sie zu unterstützen;

d) in den Bauernkomitees die selbständige Organisation des ländlichen Proletariats und seine möglichst enge Verbindung mit dem städtischen Proletariat in einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei der Arbeiterklasse anzustreben.

Geschrieben am 20. April (3. Mai) 1905.

REDE ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN
ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN IN DEN
SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN
20. APRIL (3. MAD)

Ich kann mich mit den Genossen nicht einverstanden erklären, die sagten, es sei unangebracht, auf diese Frage einzugehen. Das ist durchaus angebracht. — Hier wurde gesagt, daß die Träger der sozialdemokratischen Ideen vorwiegend Intellektuelle waren. Das stimmt nicht. In der Epoche des Ökonomismus waren die Träger der revolutionären Ideen Arbeiter und nicht Intellektuelle. Dies bestätigt auch der „Arbeiter“, der Verfasser der Broschüre, die mit einem Vorwort von Gen. Axelrod erschienen ist.

Gen. Sergejew behauptete hier, das Prinzip der Wählbarkeit werde kein besseres Informiertsein mit sich bringen. Das stimmt nicht. Wenn man das Prinzip der Wählbarkeit *tatsächlich* anwendete, würde es zweifellos besseres Informiertsein mit sich bringen. — Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Anstifter der Spaltungen gewöhnlich Intellektuelle waren. Dieser Hinweis ist sehr wichtig, er löst aber die Frage nicht. Ich habe schon längst in meinen gedruckten Schriften den Rat gegeben, daß man in möglichst großer Zahl Arbeiter in die Komitees aufnimmt.* Die Periode nach dem II. Parteitag ist gekennzeichnet durch die mangelhafte Erfüllung dieser Pflicht — diesen Eindruck habe ich aus den Gesprächen mit Parteipraktikern gewonnen. Wenn man in Saratow in das Komitee nur einen Arbeiter aufgenommen hat, so beweist das, daß man nicht verstanden hat, die geeigneten Leute aus den Reihen der Arbeiter auszuwählen. Unzweifelhaft war das auch durch die Spaltung in der Partei bedingt: der Kampf um die Behauptung der Komitees hat sich auf die

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 229. *Die Red.*

praktische Arbeit schädlich ausgewirkt. Eben deshalb haben wir uns in jeder Weise bemüht, die Einberufung des Parteitags zu beschleunigen.

Die Aufgabe der künftigen Zentralleitung wird es sein, eine beträchtliche Zahl unserer Komitees zu reorganisieren. Die Trägheit der Komiteeleute muß überwunden werden. (Beifall und Zischen.)

Ich höre, daß Gen. Sergejew zischt, während die Nicht-Komiteeleute Beifall klatschen. Ich denke, die Sache muß weiter gefaßt werden. Arbeiter in die Komitees aufzunehmen ist nicht nur eine pädagogische, sondern auch eine politische Aufgabe. Die Arbeiter haben Klasseninstinkt, und bei einiger politischer Übung werden sie ziemlich schnell standhafte Sozialdemokraten. Ich wäre sehr dafür, daß in unseren Komitees auf je 2 Intellektuelle 8 Arbeiter kämen. Wenn der Ratschlag, der in der Parteiliteratur erteilt wurde, nach Möglichkeit Arbeiter in die Komitees aufzunehmen, sich als ungenügend erwiesen hat, so wäre es zweckmäßig, daß dieser Ratschlag im Namen des Parteitags erteilt wird. Wenn ihr eine klare und bestimmte Direktive des Parteitags habt, so werdet ihr ein radikales Mittel zur Bekämpfung der Demagogie haben — den klar ausgesprochenen Willen des Parteitags.

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DAS VERHÄLTNIS
ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN
IN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN

In der Erwägung,

1. daß die schon seit der Zeit des Ökonomismus begonnenen Versuche, zwischen den der Partei angehörenden Arbeitern und Intellektuellen Feindschaft und Mißtrauen zu säen, vom rechten Flügel unserer Partei bis auf den heutigen Tag systematisch fortgesetzt werden, Versuche, unsere Parteiorganisationen als reine Intellektuellenorganisationen hinzustellen, was von den Feinden der Sozialdemokratie geschickt ausgenutzt wird, Versuche, die sozialdemokratischen Organisationen dessen zu beschuldigen, daß sie durch die Parteidisziplin die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse fesseln, Versuche, mit der Losung des Prinzips der Wählbarkeit groß zu tun, wobei meist keine ernsten Schritte unternommen werden, die Losung in die Tat umzusetzen;

2. daß die *vollständige* Durchsetzung des Prinzips der Wählbarkeit, die unter freien politischen Bedingungen möglich und notwendig ist, unter der Selbstherrschaft nicht realisiert werden kann, daß aber auch unter der Selbstherrschaft die Anwendung des Systems der Wählbarkeit in viel größerem Umfang, als es jetzt geschieht, möglich gewesen wäre, wenn dies nicht durch die verschwommene Form der Parteiorganisation und den Umstand, daß sie faktisch *desorganisiert* ist, verhindert worden wäre, was die Partei eben dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zu verdanken hat —

erinnert der III. Parteitag der SDAPR, der es als seine Aufgabe ansieht, durch eine Reihe organisatorischer Reformen bis zu den nächsten Parteitagen die Vorbedingungen für eine wirkliche, möglichst *umfassende* Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit im Parteileben zu schaffen, noch

einmal an die Aufgabe der bewußten Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: mit allen Kräften die Verbindung der Partei mit der Masse der Arbeiterklasse zu festigen, immer breitere Schichten von Proletariern und Halbproletariern zu vollem sozialdemokratischem Bewußtsein emporzuheben, ihre revolutionäre sozialdemokratische Selbsttätigkeit zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß die Arbeitermasse eine möglichst große Zahl von Arbeitern hervorbringt, die fähig sind, die Bewegung und die Organisationen der Partei zu leiten, sowohl als Mitglieder der lokalen Zentralstellen als auch der Zentralleitung der gesamten Partei; möglichst viele unserer Partei angehörende Arbeiterorganisationen zu schaffen; danach zu streben, daß die Arbeiterorganisationen, die der Partei nicht beitreten wollen oder keine Möglichkeit dazu haben, sich wenigstens an die Partei anschließen.

Geschrieben am 22. April (5. Mai) 1905.

20

EINE BEMERKUNG WÄHREND DER ERÖRTERUNG
DER RESOLUTION ÜBER DAS VERHÄLTNIS
ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN
IN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN
22. APRIL (5. MAJ)

Ich konnte nicht ruhig dasitzen, als gesagt wurde, es gebe keine Arbeiter, die als Komiteemitglieder geeignet wären. Die Frage wird in die Länge gezogen; offenbar gibt es eine Krankheit in der Partei. Arbeiter müssen in die Komitees aufgenommen werden. Sonderbar: An Publizisten sind auf dem Parteitag ganze drei anwesend, die übrigen sind Komiteeleute, es zeigt sich aber, daß die Publizisten für die Aufnahme von Arbeitern sind, während sich die Komiteeleute aus irgendeinem Grund ereifern.

Die Äußerungen der Genossen Golubin¹⁰⁸ und Michailow sind höchst wertvoll.

REDE ANLÄSSLICH DER RESOLUTIONEN
ÜBER DAS VERHÄLTNIS
ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN
IN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN
22. APRIL (5. MAI)¹⁰⁹

Ich bin darin mit Gen. Sergejew nicht einverstanden: gerade solche Parteitage-resolutionen gibt es nicht. Die frommen Wünsche der Literaten reichen nicht aus. Außerdem wurden die Resolutionen nicht abgelehnt, sondern in einen anderen Punkt der Tagesordnung aufgenommen. Man verweist darauf, daß den Arbeitern das Recht eingeräumt wird, mit Zustimmung des ZK das Komitee abzusetzen. Das ist zuwenig: eine Direktive ist notwendig, keine Demagogie. Gen. Sergejew legt den „Wperjod“ falsch aus, wenn er daraus „von schönen Worten wird man nicht satt“ zitiert. Gerade die Kürze des Paragraphen im Statut zwingt dazu, eine Resolution anzunehmen, die eine bestimmte Direktive gibt. Ich bin gegen den Antrag des Gen. Andrejew. Es stimmt nicht, daß es weder die „Ökonomen“ noch die „Menschewiki“ waren, die mit der Demagogie angefangen haben. Im Gegenteil, eben sie waren die Demagogen. Die Resolution ist ja gerade eine Sicherheitsmaßnahme gegen Demagogie. Darum bestehe ich darauf, daß die Resolution nicht abgesetzt wird.

REDE BEI DER ERÖRTERUNG DES PARTEISTATUTS
21. APRIL (4. MAI)

Ich muß gestehen, daß die Argumente, mit denen Gen. Iwanow seinen Gedanken einer einzigen Zentralleitung vertritt, mir nicht stichhaltig scheinen. (Der Redner verliest die Argumentation des Gen. Iwanow):

„Zu den Paragraphen 4 und 5. Das System der zwei Zentralstellen mit einer Balancierstange – dem Rat der Partei – ist vom Leben selbst verurteilt worden. Aus der Geschichte der Parteikrise ist offensichtlich, daß dieses System einen zu günstigen Boden für die Entwicklung von Meinungsverschiedenheiten, Gezänk und Hofintrigen bildet. Es bedeutet die Unterordnung Rußlands unter das Ausland: die personelle Zusammensetzung des ZK ist infolge von Verhaftungen unbeständig, die Redaktion des Zentralorgans ist beständig, der Rat befindet sich im Ausland. Alle wichtigeren Einwände gegen eine einzige Zentralleitung, die mit der faktischen Trennung zwischen Rußland und dem Ausland begründet werden, bestätigen nur einerseits den Gedanken der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer Spaltung zwischen den beiden Zentralstellen, werden aber andererseits in bedeutendem Maße hinfällig, wenn der Parteitag periodische Beratungen zwischen den russischen und den ausländischen Mitgliedern des ZK zur Pflicht macht.“

Die hier erwähnten schönen Eigenschaften waren jedoch, wie sich herausstellte, gleichermaßen dem ausländischen ZO wie auch dem „echt russischen“ ZK eigen. In der ganzen Konstruktion des Gen. Iwanow sehe ich den von der Logik vorgesehenen Fehlschuß: *post hoc, ergo propter hoc**. Weil die drei Zentralstellen, man verzeihe mir den Ausdruck, sich dreckig benommen haben, sollen wir nur eine Zentralstelle haben. Ich

* nach diesem, also infolgedessen. *Die Red.*

sehe hier nicht das „propter“! Unser Übel war nicht durch den Mechanismus bedingt, sondern durch Personen: Es handelt sich darum, daß sich einzelne Personen unter dem Deckmantel einer formalen Auslegung des Statuts der Pflicht entzogen, den Willen des Parteitags auszuführen. Hatte sich etwa das „echt russische“ ZK nicht „dialektisch“ in sein Gegenteil verwandelt? Gen. Iwanow denkt so: Das Ausland hat sich schlecht benommen, also muß man es unter „Belagerungszustand“ stellen und es mit „eiserner Faust“ anpacken. Ich war bekanntlich immer ein Anhänger des „Belagerungszustands“ und der „eisernen Faust“ und werde deshalb gegen solche Maßnahmen keine Einwände erheben, aber hat denn das ZK nicht dasselbe verdient? Wer wird außerdem bestreiten, daß das ZO beständig sein kann, das ZK aber nicht? Das ist immerhin eine Tatsache. In bezug auf die praktische Seite aber enthalte ich mich jeder Polemik. Früher hatten wir einen Rat, jetzt werden wir eine Beratung (des ausländischen und des russischen Teils des ZK) haben. Bloß ein paar Buchstaben mehr. Unser Karren war immer nach rechts, in die Richtung des ZO, abgerutscht — Gen. Iwanow legt rechts Stroh unter, für die Zukunft, aber meiner Meinung nach müßte man auch links, an der Seite des ZK, Stroh unterlegen. Ich würde mich dem Vorschlag des Gen. Michailow über die Kassation der Komitees anschließen, aber ich weiß wirklich nicht, was die Peripherie eigentlich ist? Die „Amtspersonen und Siegelbewahrer“ müssen ausgeräuchert werden, aber wie läßt sich der Begriff Peripherie präzise definieren? „Zwei Drittel der Stimmen der Peripherie“! — wer wird denn aber ein genaues Register der Peripherie führen können? Außerdem muß ich den Parteitag davor warnen, das Statut mit allzu vielen Paragraphen zu füllen. Schöne Paragraphen schreiben ist leicht, aber in der Praxis sind sie dann meist überflüssig. Man soll die Statuten nicht zu einer Sammlung frommer Wünsche machen...

REDE ÜBER DIE REDAKTION VON § 9
DES PARTEI STATUTS
21. APRIL (4. MAD)

Ich war für die Kassation der Komitees, aber im Rat der Partei, damals, als unser Fraktionszwist entbrannt war, sprach ich mich dagegen aus, weil die Anwendung dieses Rechts bis zu einem gewissen Grade unschicklich wäre. Wenn dieser Paragraph die Komitees bedroht, die aus Intellektuellen bestehen, bin ich durchaus dafür. Die Intellektuellen müssen immer mit eiserner Faust angepackt werden. Sie sind immer die Anstifter aller möglichen Zänkereien, und deshalb beantrage ich, an Stelle des Wortes „Peripherie“ die Worte „organisierte Arbeiter“ zu setzen (der Redner reicht seinen Abänderungsvorschlag schriftlich ein): „§ 9. Ein Lokalkomitee muß vom ZK aufgelöst werden, wenn sich zwei Drittel der Arbeiter des betreffenden Orts, die den Organisationen der Partei angehören, für die Auflösung aussprechen.“

Auf eine kleine Intellektuellenperipherie kann man sich nicht verlassen, aber auf Hunderte organisierter Arbeiter kann und soll man es. Diesen Paragraphen möchte ich eng mit der Frage der Rechenschaftslegung verknüpfen. In dieser Hinsicht sollten wir uns ein Beispiel am „Bund“ nehmen, der die Zahl der organisierten Arbeiter immer genau kennt. Wenn unser ZK immer wissen wird, wieviel organisierte Arbeiter in der betreffenden Organisation sind, wird es ihre Meinung berücksichtigen müssen und verpflichtet sein, auf Verlangen der organisierten Arbeiter das Lokalkomitee zu kassieren.

24

REDE ÜBER EIN ABKOMMEN
MIT DEN SOZIALREVOLUTIONÄREN
23. APRIL (6. MAI)

Ich muß dem Parteitag über den mißlungenen Versuch eines Übereinkommens mit den Sozialrevolutionären berichten. Ins Ausland kam Gen. Gapon. Er suchte die Sozialrevolutionäre auf, dann die „Iskra“ und schließlich auch mich. Er sagte mir, er stehe auf dem Standpunkt der Sozialdemokraten, halte es aber aus bestimmten Gründen nicht für möglich, dies öffentlich zu erklären. Ich sagte ihm, daß Diplomatie eine sehr schöne Sache sei, aber nicht unter Revolutionären. Ich will hier unser Gespräch nicht wiedergeben, sein Inhalt ist im „Wperjod“ dargelegt worden.* Auf mich machte Gapon den Eindruck eines der Revolution unbedingt ergebenden Menschen, voller Initiative und klug, wenn auch leider ohne eine konsequente revolutionäre Weltanschauung.

Nach einiger Zeit erhielt ich von Gen. Gapon eine schriftliche Einladung zu einer Konferenz sozialistischer Organisationen, die nach Gapons Absicht den Zweck hatte, deren Tätigkeit zu koordinieren. Hier die Liste jener 18 Organisationen, die diesem Schreiben nach zur Konferenz des Gen. Gapon eingeladen waren:

1. Partei der Sozialrevolutionäre, 2. SDAPR, „Wperjod“, 3. SDAPR, „Iskra“, 4. Polnische Sozialistische Partei, 5. Sozialdemokratie Polens und Litauens, 6. PPS, „Proletariat“, 7. Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 8. „Bund“, 9. Armenische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation, 10. Armenische Revolutionäre Föderation (Droschak), 11. Belorussische Sozialistische Hromada, 12. Lettischer Sozialdemokratischer Verband, 13. Finnische Partei des aktiven Widerstands, 14. Finnische Arbeiterpartei, 15. Georgische Partei der sozialistisch-föderalistischen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–154. *Die Red.*

Revolutionäre, 16. Ukrainische Revolutionäre Partei, 17. Litauische Sozialdemokratische Partei, 18. Ukrainische Sozialistische Partei.

Ich wies sowohl den Gen. Gapon als auch einen angesehenen Sozialrevolutionär darauf hin, daß die fragwürdige Zusammensetzung der Konferenz die Sache erschweren könne. Auf der Konferenz würden die Sozialrevolutionäre ein gewaltiges Übergewicht haben. Das Zustandekommen der Konferenz zog sich beträchtlich in die Länge. Wie aus den mir von Gen. Gapon vorgelegten Dokumenten zu ersehen ist, antwortete die „Iskra“, daß sie direkte Übereinkommen mit organisierten Parteien vorziehe. Eine „feine“ Anspielung auf den „Wperjod“, der ja bekanntlich ein Desorganisator ist usw. Letzten Endes erschien dann die „Iskra“ nicht zur Konferenz. Wir, die Vertreter der Redaktion des „Wperjod“ wie auch des Büros der Komitees der Mehrheit, waren zur Konferenz erschienen. An Ort und Stelle sahen wir, daß die Konferenz eine sozialrevolutionäre Konferenz war. Wie sich herausstellte, waren die Arbeiterparteien entweder gar nicht eingeladen worden, oder es waren keine Belege für eine erfolgte Einladung vorhanden. So war zum Beispiel die Finnische Partei des aktiven Widerstands vertreten, die Finnische Arbeiterpartei aber nicht.

Auf unsere Frage, warum? wurde uns geantwortet, daß der Finnischen Arbeiterpartei die Einladung durch die Partei des aktiven Widerstands übermittelt worden sei, da man nach den Aussagen des Sozialrevolutionärs, der dies mitteilte, nicht gewußt habe, wie man sie direkt erreichen könne. Indessen ist jedem, der im Ausland einigermaßen Bescheid weiß, bekannt, daß man mit der Finnischen Arbeiterpartei zumindest durch den Führer der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Branting, in Verbindung treten kann. Auf der Konferenz waren Vertreter der PPS anwesend, aber es war kein Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens da, und man konnte keine Auskunft erhalten, ob sie eingeladen worden war. Von der Litauischen Sozialdemokratie und der Ukrainischen Revolutionären Partei war, wie uns derselbe Sozialrevolutionär mitteilte, keine Antwort gekommen.

Von Anfang an wurde die nationale Frage in den Vordergrund gestellt. Die PPS warf die Frage mehrerer konstituierender Versammlungen auf. Und das veranlaßt mich, zu sagen, daß es künftig notwendig sein wird, entweder ganz auf die Teilnahme an solchen Konferenzen zu verzichten

oder eine Konferenz aus Vertretern der Arbeiterparteien einer Nationalität einzuberufen, oder Vertreter der Lokalkomitees der Partei aus den Landesteilen mit nichtrussischer Bevölkerung einzuladen. Daraus folgere ich aber keineswegs, daß wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten Konferenzen unmöglich sind. Es müssen eben nur rein sachliche Fragen erörtert werden.

Wir können vom Ausland aus die Zusammensetzung der Konferenzen usw. nicht kontrollieren. Unerläßlich ist die Vertretung der russischen Zentralleitung, und zwar unbedingt unter Teilnahme von Vertretern der Lokalkomitees. Die Frage, derentwegen wir die Konferenz verließen, betraf die Letten. Beim Verlassen der Konferenz überreichten wir folgende Erklärung:

„Der wichtige historische Zeitabschnitt, den Rußland jetzt durchmacht, stellt den im Lande wirkenden sozialdemokratischen und revolutionär-demokratischen Parteien und Organisationen die Aufgabe, eine praktische Übereinkunft zu schließen, um mit größerem Erfolg das absolutistische Regime angreifen zu können.

Indem wir deshalb der zu diesem Zweck einberufenen Konferenz eine außerordentlich große Bedeutung beimessen, müssen wir natürlich die Frage ihrer Zusammensetzung mit aller Strenge beurteilen.

In der von Gen. Gapon einberufenen Konferenz ist leider diese notwendige Vorbedingung für eine fruchtbare Arbeit nicht genügend beachtet worden, und daher waren wir gezwungen, schon bei Beginn ihrer Konstituierung Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet waren, dieser Konferenz einen realen Erfolg zu sichern.

Der lediglich auf das Praktische gerichtete Charakter der Konferenz erforderte zum Beispiel vor allem, daß der Zutritt nur solchen Organisationen gewährt wird, die in Rußland eine wirklich reale Kraft darstellen.

Indessen erwies sich die Zusammensetzung der Konferenz in bezug auf die Realität einiger Organisationen als überaus unbefriedigend. Da war sogar eine Organisation vertreten, die nicht daran zweifeln läßt, daß sie nur eine Fiktion ist. Wir sprechen vom Lettischen Sozialdemokratischen Verband.

Der Vertreter der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei forderte die Abweisung dieses Verbandes und gab dieser Forderung einen ultimativen Charakter.

Nachdem dann in einer besonderen Beratung der Vertreter von vier sozialdemokratischen Organisationen unter Teilnahme der Delegierten des ‚Verbandes‘ festgestellt worden war, daß dieser Verband eine reine Fiktion ist,

sahen natürlich auch wir — die übrigen auf der Konferenz anwesenden sozialdemokratischen Organisationen und Parteien — uns veranlaßt, uns dieser ultimativen Forderung anzuschließen.

Aber hier stießen wir schon bei den ersten Schritten auf den heftigen Widerstand aller revolutionär-demokratischen Parteien, die durch ihre Weigerung, unsere ultimative Forderung zu erfüllen, eine fiktive Gruppe einer Reihe bekannter sozialdemokratischer Organisationen vorzogen.

Schließlich wurde die praktische Bedeutung der Konferenz noch mehr beeinträchtigt durch die Abwesenheit einer ganzen Reihe anderer sozialdemokratischer Organisationen, deren Beteiligung, soweit wir dies feststellen konnten, nicht durch die erforderlichen Maßnahmen gesichert worden war.

Aus allen diesen Gründen gezwungen, die Konferenz zu verlassen, sprechen wir zugleich die Überzeugung aus, daß der Mißerfolg des einen Versuchs kein Hemmnis bildet für das beharrliche Streben, einen solchen Versuch in aller nächster Zukunft zu wiederholen, und daß die vor allen revolutionären Parteien stehende Aufgabe des praktischen Übereinkommens durch diese nächste Konferenz, zusammengesetzt nicht aus fiktiven, sondern aus den wirklich in Rußland arbeitenden Organisationen, erfüllt werden wird.

Für die Lettische SDAP — F. Rosin
 Für den ‚Wperjod‘ der SDAPR — N. Lenin
 Für das ZK des ‚Bund‘ — I. Gelfin
 Für die Armenische Sozialdemokratische
 Arbeiterorganisation — Lerr.“

Anderthalb bis zwei Wochen später übergab mir Gen. Gapon folgende Erklärung:

„Lieber Genosse! Ich übermittle Ihnen zwei Deklarationen der Ihnen bekannten Konferenz und bitte, diese dem bevorstehenden III. Parteitag der SDAPR zur Kenntnis zu bringen. Ich fühle mich verpflichtet, von mir aus die Bemerkung hinzuzufügen, daß ich diese Deklarationen, mit einigen Vorbehalten in den Fragen des sozialistischen Programms und des föderalistischen Prinzips, akzeptiere.

Georgi Gapon“

Zusammen mit dieser Erklärung wurden zwei interessante Dokumente übergeben, in denen folgende Stellen die Aufmerksamkeit auf sich lenken:

„Anwendung des föderativen Prinzips auf die Beziehungen zwischen den Nationalitäten, die in *einem* Staat verbleiben...

Sozialisierung, d. h. Übergang aller Ländereien, deren Bearbeitung auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht, in die öffentliche Verwaltung und in die Nutzung der werktätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung, wobei die Festsetzung der konkreten Formen, der Aufeinanderfolge bei der Durchführung dieser Maßnahme und ihres Umfangs der Kompetenz der Parteien der einzelnen Nationalitäten überlassen bleibt, entsprechend den Besonderheiten der örtlichen Verhältnisse ihres Landes; Entwicklung der öffentlichen, kommunalen und kommunalen Wirtschaft...

...Brot den Hungernden!

Die Erde und ihre Schätze allen Werktätigen!

...Eine konstituierende Versammlung aus Vertretern aller Gegenden des Russischen Reiches, mit Ausnahme von Polen und Finnland!

...Einberufung einer konstituierenden Versammlung für den Kaukasus, als einen autonomen, föderativ mit Rußland verbundenen Teil..."

Wie aus den angeführten Zitaten ersichtlich ist, hat das Ergebnis der Konferenz die Bedenken, die uns zum Verlassen der Konferenz veranlaßten, vollauf bestätigt. Wir haben hier eine Kopie des sozialrevolutionären Programms mit allen möglichen Zugeständnissen an die nationalistischen nichtproletarischen Parteien vor uns. Es wäre sonderbar gewesen, ohne die nationalen proletarischen Parteien an der Lösung der auf der Konferenz zur Debatte gestellten Fragen mitzuarbeiten. Die Konferenz hat zum Beispiel die Forderung einer besonderen konstituierenden Versammlung für Polen aufgestellt. Wir können weder dafür noch dagegen sein. In unserem Programm wird das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationalitäten anerkannt. Es geht aber nicht an, diese Frage ohne die Sozialdemokratie Polens und Litauens zu entscheiden. Die Konferenz hat die konstituierende Versammlung geteilt — und das in Abwesenheit der Arbeiterparteien! Wir können nicht zulassen, daß solche Fragen ohne die Partei des Proletariats praktisch entschieden werden. — Gleichzeitig finde ich jedoch, daß die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten die Möglichkeit praktischer Konferenzen keinesfalls ausschließen, aber — 1. in Rußland, 2. nachdem geprüft wurde, inwieweit es sich um reale Kräfte handelt, und 3. unter Ausschaltung der nationalen Fragen und indem man wenigstens Vertreter der Lokalkomitees jener Landesteile zur Konferenz einladet, in denen es nationale sozialdemokratische und nicht-sozialdemokratische Parteien gibt.

Ich komme nun zu der vorliegenden Resolution über praktische Vereinbarungen mit den Sozialrevolutionären (der Redner verliest den Entwurf in der Fassung des Genossen Woinow):

„In Bestätigung des Verhältnisses der SDAPR zur Partei der Sozialrevolutionäre, wie es durch die Resolution des II. Parteitags festgelegt wurde, und in der Erwägung,

1. daß zeitweilige Kampfabkommen der Sozialdemokraten mit der Organisation der Sozialrevolutionäre zum Kampf gegen die Selbstherrschaft gegenwärtig im allgemeinen wünschenswert sind;

2. daß solche Abkommen in keinem Fall die völlige Selbständigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beeinträchtigen oder die Einheitlichkeit und Reinheit ihrer proletarischen Taktik und ihrer Prinzipien verletzen dürfen –

beauftragt der III. Parteitag der SDAPR das ZK und die Lokalkomitees, erforderlichenfalls zeitweilige Kampfabkommen mit den Organisationen der Sozialrevolutionäre zu treffen, wobei örtliche Übereinkommen nur unter unmittelbarer Kontrolle des ZK getroffen werden dürfen.“

Ich bin mit diesem Entwurf einverstanden. Vielleicht könnte man nur den Schluß irgendwie mildern, z. B. statt „unter unmittelbarer Kontrolle des ZK“ lediglich „unter Kontrolle des ZK“ sagen.

25

REDE ZUM TÄTIGKEITSBERICHT DES ZK
25. APRIL (8. MAI)

Der Tätigkeitsbericht des ZK hat tatsächlich mehr die Technik als die Politik des ZK behandelt. Seit 1900 verfolge ich die Tätigkeit des zentralen Apparats der Partei und muß einen riesigen Fortschritt feststellen. Wenn er uns nicht befriedigt, nun, ganz zufrieden werden wir wohl erst unter der Diktatur des Proletariats sein, und auch dann wohl kaum! Vergeßt nicht, daß die „Kooptation“ immer noch Schaden stiftet! Das ZK spricht wenig von seiner Politik, weil es darüber nichts Erfreuliches sagen konnte. Sein Hauptfehler war sein Kampf gegen die Einberufung des Parteitags. Wäre der Parteitag vor einem Jahr einberufen worden, wäre er viel versöhnlicher ausgefallen. Ich selbst bin für Kassation, aber in einem Fall bin ich unbedingt dagegen — wenn es wegen der Agitation für den Parteitag geschieht, aber darauf will ich nicht weiter eingehen: es ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, denn über neunundneunzig Gerechte. Was die Vorwürfe an meine Adresse anbelangt, will ich nur sagen, daß ein Publizist ohne Partei außerstande ist, etwas zu tun.

RESOLUTION ÜBER DIE HERAUSGABE
DER PARTEITAGSPROTOKOLLE¹¹⁰

Der Parteitag beauftragt das ZK, unverzüglich die Herausgabe eines kurzen Berichts über den III. Parteitag mit dem vollen Wortlaut des Programms, des Statuts und der Resolutionen in Angriff zu nehmen.

Der Parteitag beauftragt das ZK, mit allen Mitteln die Veröffentlichung dieses Berichts zu beschleunigen.

Der Parteitag beauftragt die Kommission für die Herausgabe der Parteitagprotokolle: 1. endgültig festzulegen, was aus Gründen der Konspiration auf keinen Fall zu veröffentlichen ist; 2. festzulegen, auf welche Weise und in welchem Umfang die Parteimitglieder mit dem unveröffentlichten Teil der Protokolle des III. Parteitags bekannt zu machen sind; 3. die für die Herausgabe notwendigen Kürzungen vorzunehmen, die sich lediglich auf die Diskussion zur Geschäftsordnung oder auf die abgelehnten kleineren Abänderungsanträge zu den Resolutionen erstrecken dürfen.

Geschrieben am 25. April (8. Mai) 1905.

RESOLUTIONSENTWURF ZU DEN EREIGNISSEN
IM KAVKASUS¹¹¹

In der Erwägung,

1. daß die besonderen Bedingungen der sozialen und politischen Situation im Kaukasus die Schaffung der kampffähigsten Organisationen unserer Partei eben dort begünstigten;

2. daß die revolutionäre Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung des Kaukasus sowohl in den Städten als auch in den Dörfern bereits zum Volksaufstand gegen die Selbstherrschaft gediehen ist;

3. daß die absolutistische Regierung bereits Truppen und Artillerie nach Gurien entsendet, um die rücksichtsloseste Zerschlagung aller wichtigen Aufstandsherde vorzubereiten;

4. daß ein Sieg der Selbstherrschaft über den Volksaufstand im Kaukasus — solch ein Sieg würde durch die Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung aus verschiedenen Völkerstämmen erleichtert werden — äußerst schädliche Folgen für den Erfolg des Aufstands in ganz Rußland haben würde —

sendet der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Namen des klassenbewußten Proletariats Rußlands dem heldenhaften Proletariat und der Bauernschaft des Kaukasus flammende Grüße und beauftragt das ZK und die Lokalkomitees der Partei, die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, um durch Broschüren, Kundgebungen, Arbeiterversammlungen, Aussprachen in den Zirkeln usw. die Nachrichten über die Lage im Kaukasus möglichst weit zu verbreiten, sowie Maßnahmen, um den Kaukasus rechtzeitig mit bewaffneten Kräften zu unterstützen.

Geschrieben am 26. April (9. Mai) 1905.

POLITISCHE SOPHISTEREIEN

Die russische Revolution hat kaum begonnen, und schon offenbart sie mit aller Deutlichkeit die üblichen Züge der politischen Revolutionen der Bourgeoisie. Die unteren Schichten sind die Kämpfer, die oberen die Nutznießer. Alle Riesenlasten des revolutionären Kampfes entfielen und entfallen auch jetzt auf das Proletariat als Klasse und auf vereinzelte junge Menschen, die der bürgerlichen Intelligenz entstammen. Alle zum Teil schon eroberten Freiheiten (richtiger: armseligen Stückchen Freiheit) fallen zu neun Zehnteln den Oberschichten der Gesellschaft, den nichtarbeitenden Klassen zu. In Rußland herrscht jetzt, den Gesetzen trotzend, eine unvergleichlich größere Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit als vor zehn Jahren, als vor einem Jahr, aber den Nutzen davon haben in einigermaßen nennenswertem Umfang nur die bürgerlichen Zeitungen, nur die „liberalen“ Versammlungen. Die Arbeiter drängen zur Freiheit, sie bahnen sich allerorts ihren Weg in Gebiete, die ihnen bisher unbekannt waren und die als völlig unzugänglich gegolten hatten, aber dieses Vordringen des proletarischen Elements widerlegt nicht, sondern bestätigt vielmehr unsern Gedanken. Die Aktivität bei der Beteiligung am politischen Kampf steht in umgekehrtem Verhältnis zur Aktivität bei der Aneignung der Früchte des Kampfes. Das Verhältnis zwischen der legalen und der illegalen (d. h. der vom Gesetz zugelassenen und der gesetzwidrigen) Bewegung ist um so „günstiger“, je günstiger die Lage der einen oder der anderen Klasse in der gesellschaftlich-ökonomischen Ordnung ist. Die Bewegung der liberalen Bourgeoisie ergoß sich, besonders nach dem 9. Januar, so ergiebig in die vom Gesetz *geduldeten* Formen, daß die illegale liberale Bewegung vor unseren Augen mit erstaunlicher

Schnelligkeit verblaßt. Die Bewegung der Arbeiterklasse — *ungeachtet* dessen, daß sie in einer ihrer wichtigsten Phasen eine ultra „gesetzliche“ Form annahm (Überreichung einer Bittschrift an den Zaren durch die Petersburger Arbeiterschaft) — erwies sich als überaus gesetzwidrig und wurde einer überaus harten, der militärischen Bestrafung unterworfen. Die Bewegung der Arbeiterklasse ist unvergleichlich breiter geworden, aber das Verhältnis zwischen dem legalen und dem illegalen Element hat sich fast gar nicht zugunsten des legalen geändert.

Woher dieser Unterschied? Eben daher, daß die ganze gesellschaftlich-ökonomische Ordnung Rußlands demjenigen die meisten Früchte sichert, der am wenigsten arbeitet. Im Kapitalismus kann es nicht anders sein. Das ist ein Gesetz des Kapitals, das sich nicht allein das ökonomische, sondern auch das politische Leben unterwirft. Die Bewegung der unteren Schichten steigert die revolutionäre Kraft; sie bringt eine Volksmasse in Bewegung, die erstens fähig ist, das ganze morsche Gebäude wirklich niederzureißen, und die zweitens durch keinerlei Besonderheiten ihrer Existenz an dieses Gebäude gebunden ist, die es bereitwillig niederreißen wird. Mehr als das: Selbst ohne sich ihrer Ziele voll bewußt zu sein, ist diese Volksmasse dennoch fähig und geneigt, das Gebäude umzustürzen, weil ihre Lage ausweglos ist, weil die ewige Unterdrückung sie auf den revolutionären Weg treibt, weil sie nichts zu verlieren hat als ihre Ketten. Diese Volkskraft, das Proletariat, kommt den Herren des morschen Gebäudes so drohend vor, weil schon die Lage des Proletariats an und für sich etwas ist, was alle Ausbeuter bedroht. Die kleinste Bewegung des Proletariats, so bescheiden sie auch am Anfang sein, von welch geringfügigem Anlaß sie auch ausgelöst sein mag, droht daher unvermeidlich über ihre unmittelbaren Ziele hinauszuwachsen und zu einer unversöhnlichen, einer für die *ganze* alte Ordnung verheerenden Kraft zu werden.

Die grundlegenden Besonderheiten der Lage des Proletariats im Kapitalismus verleihen der Bewegung dieser Klasse die unentwegte Tendenz, zu einem erbitterten Kampf ums *Ganze*, um den völligen Sieg über alles Dunkle, Ausbeuterische, Versklavende zu werden. Umgekehrt hat die Bewegung der liberalen Bourgeoisie aus denselben Gründen (d. h. infolge der grundlegenden Besonderheiten der Lage der Bourgeoisie) die Tendenz zum Paktieren statt zum Kämpfen, zu Opportunismus statt Radikalismus, zu bescheidener Berücksichtigung der wahrscheinlichsten, am ehesten

möglichen nächstliegenden Errungenschaften statt des „taktlosen“, kühnen und entschiedenen Anspruchs auf den vollständigen Sieg. Wer wirklich kämpft, der kämpft naturgemäß ums Ganze; wer Paktieren dem Kämpfen vorzieht, nennt naturgemäß von vornherein jene „Brocken“, mit denen er bestenfalls geneigt ist, sich zufriedenzugeben (schlimmstenfalls läßt er es auch bei Nichtkämpfen bewenden, d. h., er findet sich auf lange mit den Herren der alten Welt ab).

Es ist deshalb völlig selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie als die Partei des revolutionären Proletariats um ihr Programm so besorgt ist, daß sie lange vorher ihr Endziel — das Ziel der vollständigen Befreiung der Werktätigen — so sorgfältig festlegt und sich gegen alle Versuche, dieses Endziel zu beschneiden, so eifersüchtig verwahrt; aus denselben Gründen trennt die Sozialdemokratie so dogmatisch streng und doktrinär unnachgiebig die kleinen, nächstliegenden ökonomischen und politischen Ziele vom Endziel. Wer um das Ganze, um den vollständigen Sieg kämpft, muß sich davor hüten, sich von den kleinen Errungenschaften die Hände binden zu lassen, sich vom Wege abbringen zu lassen und das zu vergessen, was noch verhältnismäßig fern liegt, ohne welches aber alle kleinen Errungenschaften völlig eitel sind. Umgekehrt ist einer Partei der Bourgeoisie, mag sie noch so freiheitliebend und volksfreundlich sein, diese Sorge um Programme, das ewig kritische Verhalten gegenüber geringfügigen, allmählichen Verbesserungen unverständlich und fremd.

Auf solche Gedanken brachte uns der „Entwurf einer russischen Verfassung“, der dieser Tage von der Redaktion des „Oswoboshdenije“ [Die Befreiung] unter dem Titel „Das staatliche Grundgesetz des Russischen Reichs“ herausgegeben wurde. Dieser Entwurf, in Rußland schon ziemlich lange bekannt, ist jetzt mit Anmerkungen und einer erläuternden Denkschrift als „einzige vollständige, endgültige und von den Verfassern selbst durchgesehene Ausgabe“ erschienen. Wie sich herausstellt, stammt dieser Entwurf gar nicht vom „Bund der Befreiung“, sondern wurde vielmehr von einer privaten Gruppe ausgearbeitet, die diesem Bund angehört. Wir sehen hier also wieder einmal jene dem Liberalismus eigene Angst vor einem klaren, bestimmten, offenen Programm. Die liberale Partei besitzt in Rußland unermesslich größere Geldmittel und publizistische Kräfte, unermesslich größere Bewegungsfreiheit auf legalem Boden als die Sozialdemokratie — und gleichzeitig dieses auffällige Zurückbleiben hinter

der Sozialdemokratie in bezug auf ein deutlich und bestimmt formuliertes Programm. Die Liberalen machen geradezu einen Bogen um ein Programm; was sie vorziehen, sind einzelne, sich widersprechende Erklärungen in ihrem Organ (z. B. über die Frage des allgemeinen Wahlrechts) oder „Entwürfe“ von privaten Gruppen, die die Partei (oder den gesamten „Bund der Befreiung“) als Ganzes in keiner Weise binden. Das kann natürlich kein Zufall sein; es ist das unvermeidliche Resultat der sozialen Lage der Bourgeoisie als Klasse in der modernen Gesellschaft, einer Klasse, die zwischen Selbstherrschaft und Proletariat eingeklemmt und wegen kleinlicher Interessenunterschiede in Fraktionen gespalten ist. Die politischen Sophistereien ergeben sich ganz naturgemäß aus dieser Lage.

Auf eine der Sophistereien möchten wir jetzt die Aufmerksamkeit der Leser lenken. Die Grundzüge des Verfassungsentwurfs der Oswoboshdenzen sind bekannt: die Monarchie wird beibehalten — die Frage der Republik wird nicht einmal erwogen (offenbar nehmen die „Realpolitiker“ der Bourgeoisie diese Frage gar nicht ernst!) —, es soll ein parlamentarisches *Zweikammersystem* geschaffen werden mit allgemeinem, *direktem*, gleichem und geheimem Wahlrecht für das Unterhaus, mit *zweistufigen* Wahlen für das Oberhaus. Die Vertreter im Oberhaus werden von den Semstwoversammlungen und den Stadtdumas gewählt. Auf die Einzelheiten dieses Entwurfs einzugehen, halten wir für überflüssig. Interessant ist seine allgemeine Konzeption und seine „prinzipielle“ Verteidigung.

Die Staatsmacht wollen unsere edlen Liberalen möglichst gleichmäßig und „gerecht“ zwischen drei Kräfte aufteilen: Monarch, Oberhaus (Semstwokammer) und Unterhaus (Kammer der Volksvertreter): absolutistische Bürokratie, Bourgeoisie und „Volk“ (das heißt Proletariat, Bauernschaft und Kleinbürgertum überhaupt). Die liberalen Publizisten träumen in der Tiefe ihrer Seele davon, den Kampf zwischen diesen verschiedenen Kräften und den verschiedenen Kombinationen dieser Kräfte zu ersetzen durch deren „gerechte“ Verkoppelung zu einer Einheit ... auf dem Papier! Man muß für eine allmähliche, ausgeglichene Entwicklung sorgen, man muß das allgemeine Wahlrecht vom Standpunkt des Konservativismus rechtfertigen (Vorwort des Herrn Struve zu diesem Entwurf); man muß eine reale Sicherung der Interessen der herrschenden Klassen (das heißt einen realen Konservativismus) in Gestalt der Monarchie und des Oberhauses

schaffen; man muß diese ganze, wie sie meinen schlaue, in Wirklichkeit aber äußerst naive Konstruktion in hochtrabende Sophistereien kleiden. Das russische Proletariat wird noch sehr, sehr lange mit den Sophistereien der Liberalen zu tun haben. Es ist an der Zeit, sie etwas näher kennenzulernen!

Die Verteidigung des Zweikammersystems beginnen die Liberalen mit einer Analyse der vermutlichen Einwände gegen dieses System. Es ist bezeichnend, daß diese Einwände von A bis Z dem üblichen liberal-volkstümlicheren Gedankengut entnommen sind, das von unserer legalen Presse großzügig propagiert wird. Die russische Gesellschaft habe einen „zutiefst demokratischen Charakter“; so etwas wie eine höhere Klasse, die durch politische Verdienste, Reichtum usw. stark wäre, existiere in Rußland nicht, da der Adel bei uns ein Dienstädel gewesen sei, ohne „politischen Ehrgeiz“, und obendrein sei seine materielle Bedeutung „untergraben“. Vom Standpunkt der Sozialdemokraten ist es geradezu lächerlich, diese volkstümlicheren Phrasen, an denen kein Wort wahr ist, irgendwie ernst zu nehmen. Die politischen Privilegien des Adels in Rußland sind allgemein bekannt; seine Stärke erhellt ohne weiteres aus den Tendenzen der konservativen und der gemäßigten oder Schipowschen Partei; seine materielle Bedeutung wird lediglich von der Bourgeoisie „untergraben“, mit der der Adel verschmilzt, wobei dieses ganze Untergraben keineswegs verhindert hat, daß in den Händen des Adels gigantische Mittel konzentriert sind, die ihm erlauben, Dutzende Millionen Werkstätiger auszuplündern. Die klassenbewußten Arbeiter dürfen sich in dieser Hinsicht keine Illusionen machen, die Liberalen brauchen die volkstümlicheren Phrasen von der Bedeutungslosigkeit des russischen Adels nur, um die Pille der künftigen konstitutionellen Privilegien des Adels zu versüßen. Diese liberale Logik ist eine psychologische Notwendigkeit: man muß unsern Adel als bedeutungslos hinstellen, um die Privilegien des Adels als unbedeutende Abweichung von der Demokratie hinstellen zu können.

Psychologisch notwendig sind angesichts der Lage der Bourgeoisie zwischen Hammer und Amboß auch die idealistischen Phrasen, mit denen jetzt unser Liberalismus im allgemeinen und seine Lieblingsphilosophen im besonderen so geschmacklos operieren. „Für die russische Befreiungsbewegung“, lesen wir in der erläuternden Denkschrift, „ist die Demo-

kratie nicht nur ein Faktum, sondern auch ein moralisch-politisches Postulat. Höher als die historische Rechtfertigung einer jeden Gesellschaftsform stellt sie die sittliche Rechtfertigung "... Kein übles Beispiel für jene schwülstigen und jedes Inhalts baren Phrasen, mit denen unsere Liberalen ihre Vorbereitungen zum Verrat an der Demokratie „rechtfertigen“! Sie jammern über „die *übelsten Beschuldigungen* (?), die gegen die russische liberale Partei von den Vertretern der extremeren Elemente geäußert werden, als wolle diese Partei an die Stelle der bürokratischen Selbstherrschaft eine bürgerlich-adlige Selbstherrschaft setzen“, und gleichzeitig lassen unsere Liberalen die einzige wirklich demokratische Institution ihres Entwurfs, die Kammer der Volksvertreter, die Macht sowohl mit der Monarchie als auch mit dem Oberhaus, der Semstwokammer, teilen!

Hier ihre „sittlichen“ und „moralisch-politischen“ Argumente für ein Oberhaus. Erstens, „das Zweikammersystem existiert in Europa überall, mit Ausnahme von Griechenland, Serbien, Bulgarien und Luxemburg“ ... Also doch nicht überall, wenn es eine Reihe von Ausnahmen gibt? Und was ist das eigentlich für ein Argument? In Europa gibt es sehr viele antidemokratische Institutionen, deshalb ... deshalb muß unser „zutiefst demokratischer“ Liberalismus sie übernehmen? Das zweite Argument: „Es ist gefährlich, die gesetzgebende Macht in den Händen eines Organs zu konzentrieren“, man müsse ein anderes Organ schaffen, um Fehler, „übereilte“ Beschlüsse zu korrigieren ... „soll denn Rußland kühner als Europa sein?“ Der russische Liberalismus will also nicht kühner sein als der europäische, der aus Angst vor dem Proletariat bereits *offenkundig* seine ganze Fortschrittlichkeit eingebüßt hat! Schöne Führer der „Befreiungs“bewegung, das muß man sagen! Noch hat Rußland keinen einzigen halbwegs ernsthaften Schritt zur Freiheit gemacht, da haben die Liberalen schon Angst vor „Übereilung“. Mit diesen Argumenten, meine Herren, kann man ja ebensogut auch den Verzicht auf das allgemeine Wahlrecht rechtfertigen!

Das dritte Argument: „Eine der Hauptgefahren, die jeder politischen Ordnung in Rußland drohen, ist die Verwandlung in ein Regime jakobinischer Zentralisation.“ Wie entsetzlich! Die liberalen Opportunisten scheinen nicht abgeneigt zu sein, von den Opportunisten der Sozialdemokratie, den Neuiskristen, Waffen gegen den Demokratismus der unteren

Volksschichten zu entleeren. Der unsinnige Popanz des „Jakobinertums“, den Axelrod, Martynow und Co. hervorgeholt haben, leistet den Oswoboshdenzen einen nützlichen Dienst. Aber gestatten Sie, meine Herren, wenn Sie wirklich die Extreme des Zentralismus (und nicht die „Extreme“ des konsequenten Demokratismus) fürchten, warum dann das allgemeine Wahlrecht für die *lokalen* Selbstverwaltungsorgane auf dem Lande und in den Städten *beschränken*?? Und Sie beschränken es ja. In Artikel 68 Ihres Entwurfs beschließen Sie, daß „jede Person, die das Recht hat, an den Wahlen zu der Kammer der Volksvertreter teilzunehmen, das Recht auf die gleiche Teilnahme an den lokalen Wahlen hat, *wenn sie im betreffenden Kreis oder in der betreffenden Stadt im Laufe einer bestimmten, auf nicht höher als ein Jahr anzusetzenden Frist ansässig war*“. Dieser Artikel führt nämlich einen *Zensus* ein, er macht das Wahlrecht faktisch zu einem *nicht allgemeinen*, denn jeder begreift, daß gerade die Arbeiter, Landarbeiter und Tagelöhner am häufigsten von Stadt zu Stadt, von Kreis zu Kreis wandern müssen und keinen festen Wohnsitz haben. Das Kapital wirft die Arbeitermassen von einem Ende des Landes zum anderen, hindert sie daran, sesshaft zu werden, und *deswegen* soll der Arbeiterklasse ein Teil ihrer politischen Rechte abgesprochen werden!

Diese Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts wird gerade für jene ländlichen und städtischen Institutionen durchgeführt, die das Oberhaus, die Semstwokammer, zu wählen haben. Zum Kampf angeblich gegen die Extreme des jakobinischen Zentralismus dient eine *doppelte* Abweichung vom Demokratismus: erstens die Beschränkung des *allgemeinen* Wahlrechts durch einen Ansässigkeitszensus, zweitens der Verzicht auf das Prinzip des *direkten* Wahlrechts durch Einführung zweistufiger Wahlen! Geht daraus nicht klar genug hervor, daß der Popanz des Jakobinertums nur den Opportunisten aller Spielarten dient?

Ja, nicht umsonst bezeugte Herr Struve den sozialdemokratischen Girondisten, den Neutiskristen, seine grundsätzliche Sympathie, nicht umsonst pries er Martynow, den ruhmreichen Streiter gegen den „Jakobinismus“. Die sozialdemokratischen Gegner des Jakobinertums ebneten und ebneten der liberalen Bourgeoisie geradezu den Weg.

Die Behauptung der Oswoboshdenzen, daß gerade das von den Semstwoinstitutionen zu wählende Oberhaus fähig sein werde, das „Prinzip der Dezentralisation“, das „Moment der Vielgestaltigkeit der verschiedenen

Teile Rußlands" zum Ausdruck zu bringen, ist der größte Unsinn. Die Dezentralisation kann sich nicht in der Einschränkung des allgemeinen Charakters der Wahl ausdrücken; die Vielgestaltigkeit kann nicht durch die Einschränkung des Prinzips der direkten Wahlen zum Ausdruck kommen. Nicht das ist der springende Punkt, den die Oswoboshdenzen zu verdunkeln suchen. Der springende Punkt ist, daß nach ihrem System das Oberhaus unvermeidlich *vorwiegend* und hauptsächlich zu einem Organ des Adels und der Bourgeoisie wird, denn gerade das Proletariat wird durch den Ansässigkeitszensus und das zweistufige Wahlsystem am meisten zurückgedrängt. Dieser Kernpunkt leuchtet jedem, der mit den politischen Fragen einigermaßen vertraut ist, so sehr ein, daß die Verfasser des Entwurfs selbst den unausbleiblichen Einwand voraussehen.

„Aber, wird man sagen“, lesen wir in der Denkschrift, „mögen die Wahlen organisiert sein wie sie wollen, die überwiegende Bedeutung im lokalen Leben dürfte den *Großgrundbesitzern und der Unternehmerklasse* vorbehalten bleiben. Wir meinen“ (welche zutiefst demokratische Meinung!), „daß auch hier eine übertriebene Angst vor dem ‚bürgerlichen Element‘ zutage tritt. Es ist durchaus nicht ungerecht (!), wenn die grundbesitzende und industrielle Klasse eine ausreichende (!) Möglichkeit erhält, ihre Interessen zu vertreten“ (das allgemeine Wahlrecht genügt dem bürgerlichen Element nicht!), „wenn zugleich damit den anderen Bevölkerungsgruppen eine breite Möglichkeit der Vertretung eröffnet wird. Moralisch unzulässig und politisch gefährlich sind lediglich Privilegien“ ...

Mögen sich die Arbeiter diese „liberale“ Moral gut einprägen. Sie gestattet, mit Demokratismus zu prahlen, die „Privilegien“ zu verurteilen und zugleich den Ansässigkeitszensus, die zweistufigen Wahlen und die Monarchie zu *rechtfertigen*. ... Die Monarchie ist demnach kein „Privileg“ oder aber — ein moralisch zulässiges und politisch ungefährliches Privileg!

Einen schönen Anfang machen unsere Führer der „Befreiungs“bewegung aus der Gesellschaft! Selbst in ihren kühnsten Entwürfen, die ihre Partei als Ganzes nicht im geringsten binden, erfinden sie bereits von vornherein eine Rechtfertigung der Reaktion, verteidigen sie die Privilegien der Bourgeoisie, indem sie sophistisch zu beweisen suchen, daß ein Privileg kein Privileg ist. Selbst in ihrer durch materielle Rücksichten am wenigsten gebundenen, von den unmittelbar politischen Zielen am wei-

testen entfernten publizistischen Tätigkeit prostituieren sie schon den Begriff Demokratismus und verleumden sie die konsequentesten bürgerlichen Demokraten, die Jakobiner der Epoche der großen französischen Revolution. Was soll denn dann weiter kommen? Wie werden die vor der Partei verantwortlichen und praktisch tätigen Politiker der liberalen Bourgeoisie erst sprechen, wenn sich die am meisten idealistisch gesinnten Liberalen schon jetzt mit der theoretischen Vorbereitung des Verrats beschäftigen? Wenn schon die kühnsten Wünsche der äußersten Linken des Oswoboshdenzentrums nicht über eine Monarchie mit einem Zweikammerparlament hinausgehen, wenn die Ideologen des Liberalismus nur diesen Preis fordern, wie niedrig wird dann der Preis sein, über den die Geschäftemacher des Liberalismus *handelseinig* werden?

Dem revolutionären Proletariat liefern die politischen Sophistereien des Liberalismus ein zwar geringes, aber wertvolles Material, aus dem es den wahren Klassencharakter selbst der fortschrittlichen Elemente der Bourgeoisie kennenlernen kann.

„Wperjod“ Nr. 18,
18. (5.) Mai 1905.

Nach dem Text des „Wperjod“.

Пролетарий

МАЙ 27 (14) МАИ 1905 ГОДА

№ 1.

РЕДАКЦИОННО-ИЗДАТЕЛЬСКИЙ ОТДЕЛ

Центральный Орган Российской Социалдемократической Рабочей Партии.

Выходные и III съезд Российской Социалдемократической Рабочей Партии

Издание № 141. Редакция № 111. Адрес: Москва, Большая Дмитровская ул., д. 10. Цена: 1 руб. 50 коп. в год. Подписка: 1 руб. 50 коп. в год. Доставка: по почте. Редакция: Москва, Большая Дмитровская ул., д. 10. Телефон: 1111. Ответственный редактор: И. В. Сталин.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач. Важнейшими из них являются: борьба за демократические свободы, за социальную справедливость и за осуществление программы рабочего движения.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач. Важнейшими из них являются: борьба за демократические свободы, за социальную справедливость и за осуществление программы рабочего движения.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

ПРОГРАММА РАБОЧЕГО ДВИЖЕНИЯ

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

ПРОГРАММА РАБОЧЕГО ДВИЖЕНИЯ

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

ПРОГРАММА РАБОЧЕГО ДВИЖЕНИЯ

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

ПРОГРАММА РАБОЧЕГО ДВИЖЕНИЯ

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания.

Вопросы, связанные с III съездом Российской Социалдемократической Рабочей Партии, являются предметом особого внимания. В настоящее время партия находится в состоянии напряженной деятельности, стремясь к осуществлению своих программных задач.

Erste Seite der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ Nr. 1 vom 27. (14.) Mai 1905 mit W. I. Lenins Artikel „Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ und den wichtigsten Resolutionen des Parteitags
Verkleinert

BERICHT ÜBER DEN III. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS

Genossen Arbeiter! Vor kurzem hat der III. Parteitag der SDAPR stattgefunden, der einen neuen Abschnitt in der Geschichte unserer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einleiten wird. Rußland erlebt einen großen historischen Zeitabschnitt. Die Revolution hat begonnen und greift immer weiter um sich, erfaßt immer neue Gegenden und neue Bevölkerungsschichten. Das Proletariat steht an der Spitze der Kampfkräfte der Revolution. Es hat der Sache der Freiheit schon die größten Opfer gebracht und rüstet jetzt zur entscheidenden Schlacht gegen die zaristische Selbstherrschaft. Die bewußten Vertreter des Proletariats sind sich im klaren, daß die Freiheit die Werktätigen noch nicht aus Elend, Knechtung und Ausbeutung erlösen wird. Die Bourgeoisie, die heute für die Freiheit eintritt, wird am Tage nach der Revolution versuchen, den Arbeitern einen möglichst großen Teil ihrer Errungenschaften zu entreißen, sie wird als unversöhnlicher Feind der sozialistischen Forderungen des Proletariats auftreten. Wir haben jedoch keine Furcht vor einer freien, vereinigten und erstarkten Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Freiheit uns einen breiten und offenen Massenkampf für den Sozialismus ermöglichen wird. Wir wissen, daß die ökonomische Entwicklung mit unerbittlicher Gewalt — und je freier sie vor sich geht, um so schneller — die Macht des Kapitals unterhöhlen und den Sieg des Sozialismus vorbereiten wird.

Genossen Arbeiter! Um dieses große Ziel zu erreichen, müssen wir alle klassenbewußten Proletarier zu einer einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vereinigen. Die Herausbildung unserer Partei begann schon vor langem, gleich nach der breiten Entfaltung der Arbeiterbewegung in den Jahren 1895 und 1896. Im Jahre 1898 trat der

erste Parteitag zusammen, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gründete und ihre Aufgaben umriß. 1903 fand der zweite Parteitag statt, der der Partei ein Programm gab, eine Reihe Resolutionen über die Taktik annahm und zum erstenmal den Versuch machte, eine einheitliche Parteiorganisation zu schaffen. Die Lösung dieser letzten Aufgabe ist der Partei allerdings nicht sofort gelungen. Die Minderheit des zweiten Parteitags wollte sich der Mehrheit nicht unterordnen und betrieb die Spaltung der Partei. Diese Spaltung hat der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung großen Schaden zugefügt. Der erste Schritt zu dieser Spaltung war die Weigerung, die Beschlüsse des zweiten Parteitags auszuführen und unter der Leitung der von ihm geschaffenen zentralen Körperschaften zu arbeiten; der letzte Schritt bestand darin, daß die Teilnahme am III. Parteitag abgelehnt wurde. Der III. Parteitag wurde von einem Büro, das von der Mehrheit der in Rußland tätigen Komitees gewählt worden war, und vom ZK der Partei einberufen. Zum Parteitag wurden alle Komitees eingeladen, alle Gruppen, die sich abgesondert hatten, sowie die mit den Komitees unzufriedenen Peripherien; in ihrer übergroßen Mehrheit, einschließlich fast aller Komitees und Organisationen der Minderheit, wählten sie ihre Delegierten und sandten sie zum Parteitag ins Ausland. Somit wurde alles getan, was unter unseren Polizeiverhältnissen möglich ist, um einen Parteitag der gesamten Partei zustande zu bringen, und nur die Weigerung dreier Auslandsmitglieder des früheren Rats der Partei hatte den Boykott des Parteitags durch die gesamte Parteiminderheit zur Folge. Wie aus der unten angeführten Resolution des Parteitags¹¹² ersichtlich ist, macht der III. Parteitag diese drei Mitglieder für die Spaltung der Partei voll verantwortlich. Trotzdem und ungeachtet der Abwesenheit der Minderheit hat der III. Parteitag alle Maßnahmen getroffen, um der Minderheit eine Zusammenarbeit mit der Mehrheit innerhalb der Partei zu ermöglichen. Der III. Parteitag hat jene Wendung zu den veralteten, überholten Anschauungen des Ökonomismus, die sich in unserer Partei bemerkbar machte, für falsch erklärt, hat jedoch gleichzeitig genaue und bestimmte, im Parteistatut festgelegte, für sämtliche Parteimitglieder verbindliche Garantien der Rechte einer jeden Minderheit geschaffen. Die Minderheit hat jetzt das unbedingte, durch das Parteistatut gewährleistete Recht, ihre Ansichten zu vertreten und einen ideologischen Kampf zu führen, solange die Diskussionen und Diffe-

renzen nicht zur Desorganisation führen, die positive Arbeit nicht behindern, unsere Kräfte nicht zersplittern und den einheitlichen Kampf gegen die Selbstherrschaft und die Kapitalisten nicht behindern. Das Recht, Parteiliteratur herauszugeben, ist durch das Statut jetzt jeder vollberechtigten Parteiorganisation eingeräumt. Dem ZK der Partei wird jetzt zur Pflicht gemacht, jegliche Parteiliteratur zu befördern, sobald fünf vollberechtigte Komitees, d. h. ein Sechstel aller vollberechtigten Parteikomitees, dies verlangen. Die Autonomie der Komitees ist genauer festgelegt, die personelle Zusammensetzung der Komitees ist für unantastbar erklärt worden, d. h., dem ZK ist das Recht genommen worden, Mitglieder der Lokalkomitees abzusetzen oder ohne Zustimmung des Komitees neue Mitglieder zu ernennen. Die einzige Ausnahme hiervon bildet der Fall, wenn zwei Drittel der organisierten Arbeiter die Absetzung eines Komitees verlangen: in diesem Fall muß nach dem vom III. Parteitag beschlossenen Statut die Absetzung durch das ZK unbedingt erfolgen, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder mit dem Beschluß der Arbeiter einverstanden sind. Jedem Lokalkomitee wird das Recht eingeräumt, Peripherieorganisationen als Parteiorganisationen zu bestätigen. Die Peripherie hat das Recht, Kandidaten für das Komitee aufzustellen. Die Grenzen der Partei sind, dem Wunsche der Parteimehrheit entsprechend, genauer bestimmt worden. An Stelle von zwei oder drei Zentralstellen ist eine geschaffen worden. Den in Rußland tätigen Genossen ist gegenüber dem ausländischen Teil der Partei ein entschiedenes Übergewicht gesichert. Mit einem Wort, der dritte Parteitag hat alles getan, um jede Möglichkeit von Vorwürfen gegen die Mehrheit, ihr Übergewicht zu mißbrauchen, Vorwürfe in bezug auf mechanische Unterdrückung, Despotismus der zentralen Parteikörperschaften usw. usf. zu zerstreuen. Für alle Sozialdemokraten ist die volle Möglichkeit geschaffen, gemeinsam zu arbeiten, zuversichtlich in die Reihen einer einheitlichen Partei einzutreten, deren Rahmen genügend weit gespannt und die lebensfähig, gefestigt und stark genug ist, um die Traditionen des alten Zirkelwesens zu überwinden, um die Spuren vergangener Reibungen und kleinlicher Konflikte auszumerzen. Mögen nun alle Funktionäre der Sozialdemokratie, denen das Parteiprinzip wirklich am Herzen liegt, dem Ruf des III. Parteitags folgen, mögen seine Beschlüsse der Ausgangspunkt sein für die Wiederherstellung der Einheit der Partei, für die Beseitigung jeder Desorganisation, für den Zu-

sammenschluß der Reihen des Proletariats. Wir sind überzeugt, daß gerade die klassenbewußten Arbeiter, die am besten die Bedeutung einer gemeinsamen, einmütigen Arbeit zu schätzen wissen, die am tiefsten die ganze Schädlichkeit der Zwistigkeiten, der Schwankungen und der Uneinigkeit empfunden haben, jetzt mit aller Energie auf der allgemeinen und unbedingten Anerkennung der Parteidisziplin durch alle Mitglieder der Partei, seien es einfache Mitglieder oder verantwortliche Funktionäre, bestehen werden!

Bestrebt, in allen Beschlüssen zu Fragen der Organisation und der Taktik die Kontinuität mit den Arbeiten des zweiten Parteitags aufrechtzuerhalten, versuchte der III. Parteitag, in den Resolutionen über die Vorbereitung der Partei auf das öffentliche Wirken, über die Notwendigkeit der tatkräftigsten praktischen Teilnahme am bewaffneten Aufstand und dessen Leitung durch die Partei und schließlich über die Stellung der Partei zu einer provisorischen revolutionären Regierung die neuen Aufgaben der Gegenwart zu berücksichtigen. Der Parteitag lenkte die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf die Notwendigkeit, jedes Schwanken der Regierung, jede durch Gesetze oder faktisch erfolgende Erweiterung der Freiheit unserer Tätigkeit zur Festigung der Klassenorganisation des Proletariats, zur Vorbereitung seines öffentlichen Wirkens auszunutzen. Aber außer diesen allgemeinen und grundlegenden Aufgaben der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfordert die gegenwärtige revolutionäre Situation von der Partei, daß sie die Rolle des Vorkämpfers für die Freiheit, die Rolle der Avantgarde im bewaffneten Aufstand gegen die Selbstherrschaft übernimmt. Je hartnäckiger sich die Zarenmacht dem Freiheitsstreben des Volkes widersetzt, um so mächtiger wächst die Kraft des revolutionären Ansturms, um so wahrscheinlicher ist der vollständige Sieg der Demokratie mit der Arbeiterklasse an der Spitze. Die Durchführung der siegreichen Revolution und die Verteidigung ihrer Errungenschaften lassen dem Proletariat gigantische Aufgaben erwachsen. Das Proletariat wird aber vor großen Aufgaben nicht zurückschrecken. Es wird mit Verachtung diejenigen abweisen, die ihm aus seinem Sieg Unglück prophezeien. Das Proletariat Rußlands wird seine Pflicht restlos zu erfüllen wissen. Es wird sich an die Spitze des bewaffneten Volksaufstands zu stellen wissen. Es wird vor der schwierigen Aufgabe der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung nicht zurückschrecken, wenn ihm diese Aufgabe zufallen sollte. Es wird verstehen, alle

konterrevolutionären Anschläge abzuwehren, alle Feinde der Freiheit erbarmungslos niederzuwerfen, die demokratische Republik unter Einsatz aller Kräfte zu verteidigen und auf revolutionärem Wege die Verwirklichung unseres ganzen Minimalprogramms durchzusetzen. Nicht fürchten sollen die Proletarier Rußlands diesen Ausgang — leidenschaftlich herbeisehnen müssen sie ihn. Wenn wir in der bevorstehenden demokratischen Revolution den Sieg erringen, machen wir einen gigantischen Schritt vorwärts, unserem sozialistischen Ziel entgegen; wir werden ganz Europa von dem schweren Joch einer reaktionären Militärmacht erlösen und unseren Brüdern, den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, die unter der bürgerlichen Reaktion schmachten und jetzt angesichts der Erfolge der Revolution in Rußland neuen Mut schöpfen, behilflich sein, schneller, entschlossener und kühner zum Sozialismus zu schreiten. Mit Hilfe des sozialistischen Proletariats Europas aber wird es uns gelingen, nicht nur die demokratische Republik zu behaupten, sondern auch mit Siebenmeilenschritten dem Sozialismus entgegenzueilen.

Vorwärts denn, Genossen Arbeiter, zum organisierten, einmütigen und beharrlichen Kampf für die Freiheit!

Es lebe die Revolution!

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Zentralkomitee der SDAPR

„Proletari“ Nr. 1,
27. (14.) Mai 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

UBER DIE KONSTITUIERUNG DES PARTEITAGS¹¹⁸

In Ergänzung zu der Resolution, die zu Beginn des Parteitags angenommen wurde, hält es das ZK für notwendig, auf Grund späterer Informationen noch folgendes hinzuzufügen. Die Gesamtzahl der vollberechtigten Stimmen unserer Partei wurde vom Parteitag endgültig auf 71 festgesetzt, d. h. 62 Stimmen von 31 vollberechtigten Organisationen und 9 Stimmen der zentralen Körperschaften der Partei. Die Komitees Kremmentschug, Kasan und Kubangebiet wurden vom Parteitag nicht als vollberechtigt anerkannt. Auf dem Parteitag waren von folgenden Komitees Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: Petersburg, Moskau, Twer (gegen Ende des Parteitags), Riga, der Norden, Tula, Nishni-Nowgorod, das Uralgebiet, Samara, Saratow, der Kaukasische Bund (8 Stimmen, also gleich 4 Komitees), Woronesh, Nikolajew, Odessa, Polesje, der Nordwesten, Kursk und Orjol-Brjansk. Insgesamt 21 Organisationen mit 42 Stimmen, außerdem die Delegierten des ZK und die Vertreter des ZK im Rat der Partei mit insgesamt 4 Stimmen. Alles in allem 46 Stimmen von 71. Mit beratender Stimme waren anwesend die Delegierten des Komitees von Archangelsk, des Uralbundes (ein zweiter Delegierter, der gegen Ende des Parteitags eintraf), der Komitees von Kasan und Odessa; der Gruppen von Jekaterinoslaw, Charkow, Minsk, der Redaktion des „Wperjod“ und des Komitees der Auslandsorganisation. Der Delegierte des Komitees Kremmentschug hatte den Wunsch geäußert, an den Verhandlungen des Parteitags teilzunehmen, kam aber zu spät. Ferner erhielten die Delegierten des dritten Parteitags während der Tagung ein Dokument, aus dem hervorging, daß dank den Bemühungen des Organisationskomitees, eine Tagung der gesamten Partei zustande zu bringen,

Vertreter folgender Organisationen ins Ausland gekommen waren: der Petersburger Gruppe des ZK, der Odessaer Gruppe des ZK, der Komitees von Nikolajew, Charkow, Kiew, Jekaterinoslaw, des Kubangebiets, des Donegebiets, des Donezbundes, des Sibirischen Bundes, der Peripherie des Moskauer Komitees, der Peripherie von Sormowo, des Smolensker Komitees, des Krimbundes und des Ukrainischen Sozialdemokratischen Bundes. Dieses Dokument ist ein Brief, der „An die Genossen, die auf Grund der Einladung des Organisationskomitees zum Parteitag zusammengekommen sind“, adressiert und von Vertretern aller genannten Organisationen unterzeichnet ist. Daraus läßt sich ersehen, daß es dem Organisationskomitee wirklich gelungen war, einen Parteitag der Gesamtpartei im vollen Sinne des Wortes möglich zu machen.

Der Parteitag hielt im ganzen 26 Sitzungen ab. Auf der Tagesordnung standen Fragen der Taktik: 1. der bewaffnete Aufstand; 2. das Verhalten zur Politik der Regierung vor und während der Umwälzung; 3. die Stellung zur Bauernbewegung. Dann Fragen der Organisation: 4. das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den Organisationen der Partei; 5. das Parteistatut. Ferner die Fragen des Verhältnisses zu anderen Parteien und Organisationen, nämlich: 6. das Verhältnis zum abgespaltenen Teil der SDAPR; 7. zu den nationalen sozialdemokratischen Parteien; 8. zu den „Sozialrevolutionären“; 9. zu den Liberalen. Ferner 10. Verbesserung der Propaganda und Agitation; 11. Bericht des ZK; 12. Berichte der Delegierten der Lokalkomitees; 13. Wahlen; 14. Bestimmungen über die Veröffentlichung der Protokolle und Parteitagsschlüsse und über den Funktionsantritt der neugewählten Funktionäre.

Mit der Herausgabe der Parteitagsschlüsse wurde eine besondere vom Parteitag gewählte Kommission beauftragt, die ihre Arbeit bereits begonnen hat.

ZK der SDAPR

„Proletari“ Nr. 1,
27. (14.) Mai 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

DER DRITTE PARTEITAG

Der lange und zähe Kampf in der SDAPR um den Parteitag ist endlich zu Ende. Der dritte Parteitag hat stattgefunden. Eine ausführliche Einschätzung der ganzen von ihm geleisteten Arbeit wird erst nach Erscheinen der Parteitagsprotokolle möglich sein. Heute wollen wir lediglich auf Grund des veröffentlichten „Berichts“* und der Eindrücke der Parteitagsteilnehmer auf die wichtigsten Marksteine der Parteientwicklung hinweisen, die in den Resolutionen des III. Parteitags ihren Ausdruck gefunden hat.

Drei Hauptfragen standen vor der Partei des klassenbewußten Proletariats in Rußland am Vorabend des III. Parteitags. Erstens die Frage der Parteikrise. Zweitens die wichtigere Frage der Organisationsform der Partei überhaupt. Drittens die Hauptfrage, die Frage unserer Taktik in der gegenwärtigen revolutionären Periode. Betrachten wir, wie diese drei Fragen gelöst wurden, und gehen wir dabei vom weniger wesentlichen zum wesentlicheren über.

Die Parteikrise hat sich allein durch die Tatsache der Einberufung des Parteitags von selbst gelöst. Die Grundlage der Krise bildete bekanntlich die hartnäckige Weigerung der Minderheit des II. Parteitags, sich der Mehrheit zu fügen. Diese Krise war so qualvoll und so langwierig, weil sich die Einberufung des III. Parteitags so lange hinauszog und weil tatsächlich eine Spaltung der Partei vorhanden war, eine versteckte und heimliche Spaltung, bei der eine äußerliche und zur Schau gestellte Einheit geheuchelt wurde, während die Mehrheit die größten Anstrengungen machte, möglichst rasch einen direkten Ausweg aus der unmöglichen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 431–437. *Die Red.*

Lage zu finden. Der Parteitag wies diesen Ausweg, indem er die Minderheit kategorisch vor die Frage der Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse, d. h. vor die Frage stellte: entweder faktische Wiederherstellung oder vollständige Zerstörung der Einheit der Partei in aller Form. Die Minderheit löste diese Frage im zweiten Sinne, sie zog die Spaltung vor. Daß sich der Rat der Partei ungeachtet des unmißverständlich ausgesprochenen Willens der Mehrheit der vollberechtigten Parteiorganisationen weigerte, am Parteitag teilzunehmen, daß sich die ganze Minderheit weigerte, zum Parteitag zu erscheinen, das war, wie in dem „Bericht“ bereits gesagt wurde, der letzte Schritt zur Spaltung. Auf die formelle Rechtsgültigkeit des Parteitags, die in dem „Bericht“ vollkommen bewiesen wird, soll hier nicht eingegangen werden. Das Argument, ein Parteitag, der nicht durch den Rat der Partei, d. h. nicht laut Parteistatut, einberufen wurde, sei rechtsungültig, kann, wenn man die ganze Geschichte des Parteikonflikts in Betracht zieht, schwerlich ernst genommen werden. Für jeden, der die Grundprinzipien jeglicher Organisation der Partei überhaupt begriffen hat, ist es klar, daß die Disziplin gegenüber einer niederen Körperschaft bedingt wird durch die Disziplin gegenüber der höheren Körperschaft; die Disziplin gegenüber dem Rat der Partei wird bedingt durch die Unterordnung des Rats der Partei unter seine Auftraggeber, d. h. unter die Komitees und ihre Gesamtheit, den Parteitag. Wer mit diesem Abc nicht einverstanden ist, muß unweigerlich zu der absurden Schlußfolgerung gelangen, daß nicht die beauftragten Personen den Auftraggebern verantwortlich und rechenschaftspflichtig sind, sondern umgekehrt. Aber wir wiederholen: Es lohnt nicht, bei dieser Frage länger zu verweilen, einerseits deshalb nicht, weil nur diejenigen die Sache nicht begreifen, die sie nicht begreifen wollen, und andererseits, weil nach vollzogener Spaltung der Streit zwischen den gespaltenen Teilen über Formalitäten zu einer überaus trockenen und zwecklosen Scholastik wird.

Die Minderheit hat sich jetzt von der Partei abgespalten, das ist eine vollendete Tatsache. Die Beschlüsse und noch mehr die Protokolle des Parteitags werden wahrscheinlich den einen Teil der Minderheit davon überzeugen, wie naiv die verschiedenen Märchen von mechanischer Unterdrückung usw. sind, davon überzeugen, daß im neuen Statut die Rechte der Minderheit vollauf gewährleistet sind, werden sie von der Schädlichkeit der Spaltung überzeugen, und dieser Teil der Minderheit wird zur

Partei kommen. Der andere Teil wird sich vielleicht eine Zeitlang sträuben, den Parteitag anzuerkennen. Diesem Teil bleibt uns nur zu wünschen, daß er sich so schnell wie möglich zu einer in sich geschlossenen Organisation mit ihrer besonderen Taktik und ihrem besonderen Statut organisiert. Je schneller das geschieht, um so leichter wird es für jeden einzelnen, für die breite Masse der Parteiarbeiter sein, sich über die Ursachen der Spaltung und darüber, wie sie einzuschätzen ist, klarzuwerden, um so leichter werden sich praktische Vereinbarungen zwischen der Partei und der abgespaltenen Organisation, je nach den Bedürfnissen der örtlichen Arbeit, verwirklichen lassen, um so eher endlich wird der Weg zu der unausbleiblichen künftigen Wiederherstellung der Einheit der Partei zu überblicken sein.

Wir kommen nun zur zweiten Frage, zu den allgemeinen Organisationsnormen der Partei. Der III. Parteitag hat diese Normen ziemlich wesentlich umgearbeitet und dabei das ganze Parteistatut überprüft. Diese Überprüfung bezog sich auf drei Hauptpunkte: a) die Änderung des § 1 des Statuts; b) die genaue Festlegung der Rechte des ZK und der Autonomie der Komitees, wobei diese Autonomie erweitert wurde; c) die Bildung einer einzigen Zentralleitung. Was den berühmten § 1 des Statuts angeht, so wurde diese Frage in der Parteiliteratur bereits genügend geklärt. Daß es falsch ist, die verschwommene Formulierung Martows prinzipiell zu verteidigen, steht einwandfrei fest. Kautskys Versuch, diese Formulierung nicht mit prinzipiellen Erwägungen, sondern mit dem Hinweis zu verteidigen, daß sie vom Standpunkt der russischen konspirativen Bedingungen bequem sei, hatte keinen Erfolg und konnte keinen haben. Wer in Rußland gearbeitet hat, weiß sehr gut, daß es solche Bequemlichkeitsgründe gar nicht gibt. Jetzt gilt es, die ersten Erfahrungen der kollektiven Arbeit der Partei an der Durchführung des neuen § 1 des Statuts abzuwarten. Wir betonen, an seiner Durchführung wird man noch arbeiten, und zwar viel arbeiten müssen. Damit sich — „unter der Kontrolle einer der Parteiorganisationen“ — jemand selbe: zum Parteimitglied erklärt, dazu bedarf es überhaupt keiner Arbeit, denn diese Formel ist leerer Schall und ist auch die ganze Zeit vom zweiten bis zum dritten Parteitag leerer Schall geblieben. Um ein breites Netz von verschiedenartigen Parteiorganisationen zu schaffen, angefangen von engen und konspirativen, bis zu den möglichst breiten und möglichst wenig konspirativen,

dazu ist eine beharrliche, langwierige und geschickte organisatorische Arbeit notwendig, die nunmehr unserem Zentralkomitee und in noch höherem Maße unseren Lokalkomitees zufällt. Gerade die Komitees werden es sein, die die größte Anzahl Organisationen als Parteioorganisationen zu bestätigen haben werden und dabei jede unnötige Verschleppung und Pedanterie vermeiden müssen; gerade die Komitees werden stets und unaufhörlich unter den Arbeitern die Idee zu propagieren haben, daß es notwendig ist, möglichst viele der verschiedenartigsten Arbeiterorganisationen zu schaffen, die unserer Partei beitreten. Wir können hier auf diese interessante Frage nicht weiter eingehen. Es sei nur bemerkt, daß die revolutionäre Epoche eine scharfe Abgrenzung der Sozialdemokratie von allen und jeglichen demokratischen Parteien besonders notwendig macht. Eine solche Abgrenzung aber ist undenkbar, ohne daß ständig an der Vergrößerung der Zahl der Parteioorganisationen und an der Festigung ihrer Verbindung untereinander gearbeitet wird. Dieser Festigung ihrer Verbindung sollen unter anderem die vierzehntägigen Berichte dienen, die der Parteitag beschlossen hat. Es ist zu wünschen, daß diese Berichte keine papierne Angelegenheit bleiben, daß die Praktiker sich dabei nicht gleich alle Schrecken des Amtsschimmels und Bürokratismus ausmalen, sondern daß sie sich zunächst ein wenig zur Gewohnheit machen, daß sie zum Beispiel einfach die Zahl der Mitglieder jeder Parteioorganisation, auch der kleinsten, von der Zentralstelle am weitesten entfernten, mitteilen. „Aller Anfang ist schwer“, sagt das Sprichwort; aber später wird man dann sehen, welche ungeheure Bedeutung die Gewohnheit regelmäßiger organisatorischer Beziehungen hat.

Über die Frage einer einzigen Zentralleitung wollen wir keine langen Ausführungen machen. Der III. Parteitag hat die „Zweizentrigkeit“ mit der gleichen überwiegenden Mehrheit abgelehnt, mit der der II. Parteitag sie angenommen hatte. Die Gründe dafür wird jeder leicht einsehen, der die Geschichte der Partei aufmerksam verfolgt. Parteitage pflegen nicht so sehr Neues zu schaffen, als vielmehr bereits fertige Resultate zu verankern. Zur Zeit des II. Parteitags war und galt die Redaktion der „Iskra“ als fester Stützpunkt, ihr wurde das Übergewicht verliehen. Daß die Genossen in Rußland über die Genossen im Ausland das Übergewicht haben sollen, schien bei dem damaligen Entwicklungsstand der Partei noch problematisch. Nach dem zweiten Parteitag erwies sich gerade die im Aus-

land residierende Redaktion als wenig standhaft, die Partei dagegen war gewachsen, unzweifelhaft und beträchtlich gewachsen, namentlich in Rußland. Die Ernennung der Redaktion des Zentralorgans durch das Zentralkomitee der Partei mußte unter diesen Umständen bei der Masse der Parteiarbeiter Anklang finden.

Die Versuche schließlich, die Rechte des ZK von denen der Lokalkomitees und den ideologischen Kampf vom desorganisierenden Gezänk möglichst exakt abzugrenzen, ergaben sich ebenfalls aus dem ganzen Verlauf der Ereignisse nach dem II. Parteitag. Hier haben wir eine fortschreitende und systematische „Akkumulation von Parteierfahrung“ vor uns. Der Brief Plechanows und Lenins vom 6. Oktober 1903* an die mißvergnügten Redakteure wurde in dem Bestreben geschrieben, die Elemente der Gereiztheit von den Elementen einer Meinungsverschiedenheit zu trennen. Das Ultimatum des ZK vom 25. November 1903 zeigt das gleiche Bestreben in Gestalt des formellen Vorschlags einer Gruppe von Publizisten. Die Erklärung der Vertreter des ZK im Rat der Partei Ende Januar 1904** war ein Versuch, die ganze Partei aufzurufen, die ideologischen Formen des Kampfes vom Boykott und dgl. zu trennen. In Lenins Brief vom 26. Mai 1904*** an die Mitglieder des ZK in Rußland wurde die Notwendigkeit anerkannt, die Rechte der Minderheit in aller Form zu garantieren. Die bekannte „Deklaration der 22“ (Herbst 1904) stellte dasselbe in einer deutlicheren, sorgfältiger ausgearbeiteten und kategorischen Form dar. Es ist ganz natürlich, daß auch der III. Parteitag diesen Weg einschlug, der „das Trugbild des Belagerungszustands zerstreut, durch formelle Beschlüsse endgültig zerstreut hat“. Worin eben diese formellen Beschlüsse, d. h. die Änderung des Parteistatuts bestehen, wollen wir hier nicht wiederholen, da dies aus dem Statut und aus dem „Bericht“ ersichtlich ist. Wir wollen nur zwei Dinge vermerken. Erstens darf man wohl hoffen, daß die Garantierung des Rechts, Literatur herauszugeben, und die Sicherung der Komitees vor „Kassation“ die Rückkehr der abgespaltenen nationalen sozialdemokratischen Organisationen in die Partei erleichtern wird. Zweitens mußte man bei der Festlegung der Unantastbarkeit des personellen Bestands der Komitees in Betracht ziehen, daß diese Unantast-

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 356/357. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 139–141. *Die Red.*

*** Siehe ebenda, S. 431–434. *Die Red.*

barkeit mißbraucht werden kann, d. h. daß „Unabsetzbarkeit“ bei einem absolut untauglichen Komitee fehl am Platz ist. So entstand § 9 des neuen Parteistatuts; er legt die Bedingungen fest, auf Grund deren ein Komitee aufzulösen ist, nämlich wenn dies zwei Drittel der Arbeiter des betreffenden Orts, die den Parteiorganisationen angehören, fordern. Wir wollen die Ergebnisse der Erfahrung abwarten, um zu entscheiden, inwieweit sich diese Regel als praktisch erweist.

Wenn wir schließlich zum letzten und wichtigsten Gegenstand der Parteitagsverhandlungen übergehen, zur Festlegung der Taktik der Partei, so ist zu bemerken, daß hier nicht der Platz ist, die einzelnen Resolutionen aufzuzählen und ihren Inhalt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Wir werden vielleicht Gelegenheit haben, das in besonderen Artikeln, die sich mit den wichtigsten Resolutionen beschäftigen, zu tun. Hier jedoch kommt es darauf an, die allgemeine politische Situation, über die sich der Parteitag klar werden mußte, zu umreißen. Verlauf und Ausgang der angebrochenen russischen Revolution können zweifacher Art sein. Vielleicht gelingt es der zaristischen Regierung doch noch, sich aus der eisernen Umklammerung, in der sie sich befindet, dadurch herauszuwinden, daß sie winzige Zugeständnisse macht oder irgendeine „Schipowsche“ Verfassung gewährt. Ein solcher Ausgang ist wenig wahrscheinlich, aber wenn sich die internationale Lage der Selbstherrschaft bessern sollte, z. B. im Falle eines relativ günstigen Friedens, wenn sich der Verrat der Bourgeoisie an der Sache der Freiheit rasch als Kompromiß mit den Machthabern realisieren sollte, wenn der unvermeidliche revolutionäre Ausbruch oder die Ausbrüche mit einer Niederlage des Volkes enden sollten — dann wird es zu diesem Ausgang kommen. Dann erwartet uns Sozialdemokraten und das ganze klassenbewußte Proletariat ein langer grauer Alltag: die grausame scheinkonstitutionelle Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse, die Unterdrückung der politischen Selbsttätigkeit der Arbeiter in jeder erdenklichen Weise, der langsame ökonomische Fortschritt unter neuen Verhältnissen. Wir werden selbstverständlich nicht den Mut verlieren, wie immer die Revolution auch ausgehen mag, wir werden jede Veränderung der Verhältnisse ausnützen, um die selbständige Organisation der Arbeiterpartei zu erweitern und zu festigen, um das Proletariat politisch zum neuen Kampf zu erziehen. Diese Aufgabe hat der Parteitag unter anderem in der Resolution über das offene Auftreten der SDAPR in Betracht gezogen.

Möglich und wahrscheinlicher ist der andere Ausgang der Revolution, nämlich jener „vollständige Sieg der Demokratie mit der Arbeiterklasse an der Spitze“, von dem in dem „Bericht“* gesprochen wird. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß wir alles, was irgend in unseren Kräften steht, tun werden, um dieses Resultat zu erreichen, um die Bedingungen außer Kraft zu setzen, die den ersten Ausgang herbeiführen würden. Und die objektiven historischen Verhältnisse gestalten sich günstig für die russische Revolution. Der sinnlose und schändliche Krieg zieht die tödliche Schlinge um die zaristische Regierung immer enger und schafft eine ungewöhnlich günstige Situation für die revolutionäre Vernichtung des Militarismus, für eine breite Propaganda der Volksbewaffnung an Stelle des stehenden Heeres und für eine rasche Durchführung dieser Maßnahme, da sie die Sympathie der Masse der Bevölkerung hat. Die lange und uneingeschränkte Herrschaft des Absolutismus hat eine in der Geschichte wohl noch nie dagewesene revolutionäre Energie im Volke angehäuft: neben der gewaltigen Arbeiterbewegung wächst und breitet sich die Erhebung der Bauern aus, schließt sich die kleinbürgerliche Demokratie — vor allem Vertreter der freien Berufe — zusammen. Die Ironie der Geschichte straft die Selbstherrschaft damit, daß selbst die ihr freundlich gesinnten gesellschaftlichen Kräfte, wie etwa der Klerikalismus, sich zum Teil gegen sie organisieren und dabei den Rahmen des Polizeibürokratismus sprengen oder ihn weiter dehnen müssen. Es gärt unter der Geistlichkeit, sie strebt nach neuen Lebensformen, Klerikale treten auf den Plan, christliche Sozialisten und christliche Demokraten tauchen auf, Empörung herrscht unter den „Andersgläubigen“, den Sektierern usw.: das alles arbeitet in höchstem Maße der Revolution in die Hände und schafft einen äußerst günstigen Boden zur Agitation für die völlige Trennung der Kirche vom Staat. Die Zahl der freiwilligen und der unfreiwilligen, der bewußten und der unbewußten Bundesgenossen der Revolution wächst und vergrößert sich zusehends. Die Wahrscheinlichkeit des Sieges des Volkes über die Selbstherrschaft nimmt zu.

Dieser Sieg wird nur möglich durch eine heroische Anspannung der Kräfte des Proletariats. Er stellt an die Sozialdemokratie Anforderungen, wie sie die Geschichte an eine Arbeiterpartei in der Epoche der demokratischen Umwälzung noch nie und nirgends gestellt hat. Wir haben nicht

* Siehe den vorliegenden Band, S. 436. *Die Red.*

die gewohnten Bahnen einer langsamen Vorbereitungsarbeit vor uns, sondern die gewaltigen, grandiosen Aufgaben der Organisation des Aufstands, der Konzentration der revolutionären Kräfte des Proletariats, ihres Zusammenschlusses mit den Kräften des ganzen revolutionären Volkes und des bewaffneten Angriffs sowie die Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung. In den Resolutionen, die jetzt zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht worden sind, hat der III. Parteitag versucht, diese neuen Aufgaben zu berücksichtigen und den Organisationen der klassenbewußten Proletarier entsprechende Direktiven zu geben.

Rußland nähert sich der Entscheidung des jahrhundertelangen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes gegen die Selbstherrschaft. Jetzt zweifelt schon niemand mehr daran, daß das Proletariat an diesem Kampf den tatkräftigsten Anteil nehmen und daß gerade sein Anteil am Kampf den Ausgang der Revolution in Rußland entscheiden wird. Wir Sozialdemokraten müssen uns jetzt als würdige Vertreter und Führer der revolutionärsten Klasse erweisen, wir müssen ihr helfen, die größtmögliche Freiheit — das Unterpfand für den siegreichen Vormarsch zum Sozialismus — zu erkämpfen.

„Proletari“, Nr. 1,
27. (14.) Mai 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

SIEGREICHE REVOLUTION

Man hört und liest jetzt oft diese Worte. Was bedeuten sie eigentlich? Man soll aus dem Begriff „Revolution“ keinen Abgott machen (das werden die bürgerlichen Revolutionäre unvermeidlich tun und tun es bereits). Man darf sich keine Illusionen machen, keine Mythen dichten — das verträgt sich absolut nicht mit der materialistischen Geschichtsauffassung und dem Klassenstandpunkt.

Und dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß sich vor unseren Augen ein Kampf zweier Kräfte abspielt, ein Kampf auf Leben und Tod — eben zweier Kräfte, denn das Kampfobjekt ist jetzt einzig und allein die Selbstherrschaft des Zaren, respektive die Selbstherrschaft des Volkes. Diese zwei Kräfte sind Revolution und Konterrevolution.

Unsere Aufgabe ist es also, uns genaue Rechenschaft darüber zu geben, welches ist 1. der Klasseninhalt dieser sozialen Kräfte; 2. welches ist der reale, ökonomische Inhalt ihres Kampfes jetzt, in der gegenwärtigen Zeit.

Die kurze Antwort auf diese Fragen (eine Antwort, die ausführlich entwickelt werden muß) ist folgende:

revolutionäre Kräfte = Proletariat und Bauernschaft (die Bauernschaft als Hauptvertreter des *revolutionären* Kleinbürgertums; verschwindend geringe *revolutionäre* Bedeutung der Intelligenz).

Siegreiche Revolution = demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Inhalt der Umwälzung = Schaffung einer demokratischen politischen Ordnung, die ihrer ökonomischen Bedeutung nach gleichwertig ist mit 1. freier Entwicklung des Kapitalismus; 2. Vernichtung der Überreste der Leibeigenschaft; 3. Erhöhung des Lebens- und Kulturniveaus der Masse

der Bevölkerung, besonders ihrer unteren Schichten. [Amerika und Rußland, Pauperismus und Kapitalismus.]

Mythenbildung* als unvermeidliche Folge der Stellung der bürgerlichen Demokratie in der Geschichte. [Vergleiche die Resolutionen der Advokaten¹¹⁴.] Alle sind „Sozialisten“ ...

Umwälzung, Umsturz** ... wo? bei der Intelligenz?? bei den Advokaten – *Nihil****. Nur bei den Proletariern und bei den *Bauern*. Was kann ihre Errungenschaften sichern?? Nur die Republik, die demokratische Diktatur.

Geschrieben Mai-Juni 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* „Mythenbildung“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „Umwälzung, Umsturz“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

*** *Nihil* – nichts. *Die Red.*

ÜBER DIE VERWECHSLUNG VON POLITIK UND PÄDAGOGIK

Es gibt bei uns nicht wenig Sozialdemokraten, die bei jeder Niederlage, die den Arbeitern in einzelnen ihrer Gefechte mit den Kapitalisten oder mit der Regierung beigebracht wird, in Pessimismus verfallen und jedes Gespräch über die höheren und hohen Ziele der Arbeiterbewegung mit dem Hinweis auf den unzureichenden Grad unseres Einflusses auf die Masse geringschätzig abwehren. Dazu fehlt uns die Kraft! Das schaffen wir nicht! sagen solche Leute. Es ist zwecklos, von der Rolle der Sozialdemokratie als Avantgarde in der Revolution zu reden, wenn wir nicht einmal die Stimmung der Massen richtig kennen, wenn wir es nicht verstehen, mit der Masse zu verschmelzen, die Arbeitermasse zu mobilisieren! Die Mißerfolge der Sozialdemokraten am 1. Mai dieses Jahres haben solche Stimmungen bedeutend verstärkt. Die Menschewiki oder Neuskristen beeilten sich selbstverständlich, sie aufzugreifen, um wieder einmal als besondere Losung die Losung aufzustellen: Heran an die Massen! Gleichsam irgend jemandem zum Trotz, gleichsam als Antwort auf die Gedanken und Gespräche über die provisorische revolutionäre Regierung, über die revolutionär-demokratische Diktatur usw.

Man muß gestehen, daß dieser Pessimismus und die Schlußfolgerungen, die von den voreiligen neuskristischen Publizisten daraus gezogen werden, einen sehr gefährlichen Zug aufweisen, der geeignet ist, der sozialdemokratischen Bewegung schweren Schaden zuzufügen. Für jede lebendige und mit dem Leben eng verbundene Partei ist Selbstkritik zweifellos unbedingt notwendig. Nichts ist abgeschmackter als selbstgefälliger Optimismus. Nichts ist berechtigter als Hinweise auf die ständige, unbedingte

Notwendigkeit der Vertiefung und Erweiterung, der Erweiterung und Vertiefung unseres Einflusses auf die Massen, unserer streng marxistischen Propaganda und Agitation, unseres Verbundenseins mit dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse usw. Aber gerade weil solche Hinweise stets und immer, unter allen Umständen und in allen Situationen berechtigt sind, dürfen sie nicht zu besonderen Losungen gemacht werden, können sie nicht die Versuche rechtfertigen, auf ihnen irgendeine besondere Richtung in der Sozialdemokratie aufzubauen. Hier gibt es eine Grenze; wenn man sie überschreitet, dann führen diese unstreitig richtigen Hinweise zu einer Einengung der Aufgaben und zur Hemmung des Schwungs der Bewegung, zu einer doktrinären Vernachlässigung der dringenden, der vordringlichen politischen Aufgaben der Gegenwart.

Die Arbeit unter den Massen und den Einfluß auf die Massen vertiefen und erweitern muß man immer. Ohne das ist der Sozialdemokrat eben kein Sozialdemokrat. Keine einzige Organisation, keine Gruppe, kein Zirkel kann als sozialdemokratische Organisation gelten, wenn sie diese Arbeit nicht ständig und regelmäßig betreiben. In hohem Grade besteht der ganze Sinn unserer strengen Absonderung zu einer besonderen selbständigen Partei des Proletariats darin, daß wir stets und unentwegt diese marxistische Arbeit leisten, um nach Möglichkeit die ganze Arbeiterklasse auf das Niveau des sozialdemokratischen Bewußtseins emporzuheben, ohne daß wir uns durch irgendwelche politischen Stürme, auch nicht durch die stärksten politischen Stürme — und erst recht nicht durch politischen Dekorationswechsel — von dieser dringenden Arbeit ablenken lassen. Ohne diese Arbeit würde die politische Tätigkeit unweigerlich in eine Spielerei ausarten, denn ernsthafte Bedeutung gewinnt diese Tätigkeit für das Proletariat nur dann und nur in dem Maße, in dem sie die Masse einer bestimmten Klasse aufrüttelt, ihr Interesse weckt und sie zur aktiven, führenden Teilnahme an den Ereignissen mobilisiert. Diese Arbeit ist, wir sagten es schon, immer notwendig: nach jeder Niederlage kann und muß man an sie erinnern, muß man sie hervorheben, denn die Schwäche dieser Arbeit ist *stets* eine der Ursachen für die Niederlage des Proletariats. Nach jedem Sieg muß man gleichfalls *stets* an sie erinnern und ihre Bedeutung unterstreichen, denn sonst wird der Sieg nur ein scheinbarer Sieg, werden seine Früchte nicht gesichert, wird seine reale Bedeutung vom Standpunkt unseres großen Gesamtkampfes für unser Endziel verschwin-

dend gering sein oder kann sich sogar als negativ erweisen (nämlich in dem Fall, wenn ein Teilsieg unsere Wachsamkeit einschläfert, das Mißtrauen gegenüber den unzuverlässigen Verbündeten abschwächt und uns den Augenblick für einen weiteren und ernsthafteren Ansturm gegen den Feind verpassen läßt).

Aber gerade deshalb, weil diese Arbeit der Vertiefung und Erweiterung des Einflusses auf die Massen stets gleichermaßen notwendig ist, sowohl nach jedem Sieg als auch nach jeder Niederlage, sowohl in der Zeit der politischen Stagnation als auch in der stürmischsten revolutionären Zeit, gerade deshalb darf man aus dem Hinweis auf diese Arbeit keine besondere Losung machen, darf man darauf keine besondere Richtung aufbauen, ohne Gefahr zu laufen, sich auf das Gebiet der Demagogie zu begeben und die Aufgaben der fortgeschrittenen und einzigen wirklich revolutionären Klasse zu degradieren. In der politischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei gibt es jetzt und künftig immer ein bestimmtes Element der Pädagogik: man muß die ganze Klasse der Lohnarbeiter zu Kämpfern für die Befreiung der ganzen Menschheit von jeder Unterdrückung erziehen, man muß stets neue und immer neue Schichten dieser Klasse schulen, man muß es verstehen, zu den rückständigsten, unentwickeltesten, von unserer Wissenschaft und der Wissenschaft des Lebens am wenigsten berührten Vertretern dieser Klasse Zugang zu finden, um fähig zu sein, mit ihnen zu sprechen und ihr Vertrauen zu gewinnen, um fähig zu sein, sie taktvoll und geduldig zum sozialdemokratischen Bewußtsein emporzuheben; unsere Lehre darf nicht zu einem trockenen Dogma werden, sie soll nicht allein durch das Buch vermittelt werden, sondern auch durch die Teilnahme am tagtäglichen Lebenskampf dieser rückständigsten und unentwickeltesten Schichten des Proletariats. In dieser tagtäglichen Arbeit gibt es, wir wiederholen, ein bestimmtes Element der Pädagogik. Ein Sozialdemokrat, der diese Arbeit vernachlässigt, würde aufhören, Sozialdemokrat zu sein. Das ist richtig. Aber bei uns vergißt man jetzt oft, daß der Sozialdemokrat, der die Aufgaben der Politik auf Pädagogik reduzieren wollte, ebenfalls – wenn auch aus einem anderen Grunde – aufhören würde, Sozialdemokrat zu sein. Wer auf den Gedanken käme, aus dieser „Pädagogik“ eine besondere Losung zu machen, sie der „Politik“ *entgegenzustellen*, auf dieser Entgegenstellung eine besondere Richtung aufzubauen, an die Masse im Namen dieser

Losung gegen die „Politiker“ der Sozialdemokratie zu appellieren, der würde sofort und unvermeidlich zur Demagogie abgleiten.

Jeder Vergleich hinkt, das ist seit eh und je bekannt. In jedem Vergleich wird nur eine Seite oder werden nur einige Seiten der zu vergleichenden Gegenstände oder Begriffe gleichgesetzt, von den andern Seiten wird vorübergehend und unter Vorbehalt abstrahiert. Erinnern wir den Leser an diese allgemein bekannte, aber oft vernachlässigte Wahrheit, und vergleichen wir die sozialdemokratische Partei mit einer großen Schule, die gleichzeitig eine Elementar-, eine Mittel- und eine Hochschule ist. Nie und unter keinen Umständen wird diese große Schule den Unterricht des Abc, die Unterweisung in den Anfangsgründen des Wissens und den Anfangsgründen des selbständigen Denkens vernachlässigen dürfen. Wenn jedoch jemand die Fragen des höheren Wissens durch den Hinweis auf das Abc abtun wollte, wenn jemand anfangen wollte, die unsicheren, zweifelhaften, „engen“ Resultate dieses höheren Wissens (das einem sehr viel kleineren Personenkreis zugänglich ist, verglichen mit dem Kreis, der das Abc erlernt) den dauerhaften, tiefen, breiten und soliden Resultaten der Elementarschule entgegenzustellen, so würde er eine unglaubliche Kurzsichtigkeit an den Tag legen. Er würde sogar dazu beitragen, den ganzen Sinn dieser großen Schule völlig zu entstellen, denn das Ignorieren der Fragen des höheren Wissens würde es nur den Scharlatanen, Demagogen und Reaktionären erleichtern, diejenigen zu verwirren, die lediglich das Abc erlernt haben. Oder noch ein anderes Beispiel: Vergleichen wir die Partei mit der Armee. Weder in Friedens- noch in Kriegszeiten darf man die Ausbildung der Rekruten, das Schießenlernen, die Vermittlung der elementaren militärischen Kenntnisse in die Breite und in die Tiefe der Massen vernachlässigen. Wenn jedoch die Leiter von Manövern oder von wirklichen Schlachten...*

*Geschrieben im Juni 1905.
Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.*

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. Die Red.

BRIEF AN DAS
INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE BÜRO

Genf, den 2. Juni 1905

An das Internationale Sozialistische Büro

Werte Genossen! Vor einigen Wochen fand der III. Parteitag der SDAPR statt. In Kürze wird in französischer und deutscher Sprache eine besondere Broschüre¹¹⁵ mit einer Übersetzung der Parteitagsresolutionen erscheinen und dem Büro zugestellt werden. Gemäß dem Beschluß des Parteitags ist die Zeitung „Iskra“ nicht mehr das Zentralorgan der Partei. Von jetzt an wird das in Genf erscheinende Wochenblatt „Proletari“¹¹⁶ das Zentralorgan sein.

Das Zentralkomitee, das gemäß dem neuen Statut die einzige zentrale Körperschaft unserer Partei ist, wird einen Vertreter der Partei für das Internationale Büro bestimmen. Wir bitten Sie, sich in Zukunft an den Vertreter des ZK, Genossen Uljanow: 3, rue de la Colline, Genève, zu wenden.

Nehmen Sie, werte Genossen, unseren brüderlichen Gruß entgegen.

Für das ZK der SDAPR
N. Lenin (W. Uljanow)

*Veröffentlicht 1905 als
hektographierter Sonderdruck.*

Nach dem Text des hektographierten Sonderdrucks.

RATSCHLÄGE DER KONSERVATIVEN BOURGEOISIE

Vor einigen Wochen fand in Moskau eine zweite Tagung der Semstwowvertreter statt. Die russischen Zeitungen dürfen kein Wort über diese Tagung schreiben. Die englischen Blätter berichten eine ganze Reihe Einzelheiten, und zwar auf Grund der Berichte von Augenzeugen, die der Tagung beiwohnten und telegrafisch nicht nur die Beschlüsse der Tagung übermittelten, sondern auch inhaltlich die Reden von Vertretern der verschiedenen Schattierungen wiedergaben. Die Quintessenz der Beschlüsse der 132 Semstwowvertreter besteht in der Annahme gerade jenes Verfassungsprogramms, das Herr Struve veröffentlichte und das wir in Nr. 18 des „Wperjod“ („Politische Sophistereien“)* besprochen haben. Dieses Programm sieht eine aus zwei Kammern bestehende Volksvertretung unter Beibehaltung der Monarchie vor. Das Oberhaus soll aus Delegierten der Semstwos und der Stadtdumas bestehen, das Unterhaus durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählt werden. Unsere legalen Zeitungen, die gezwungen sind, über die Tagung Stillschweigen zu bewahren, haben bereits begonnen, ausführlich über dieses Programm zu berichten, so daß eine Analyse des Programms jetzt besonders große Bedeutung gewinnt.

Was die Semstwotagung selbst anbelangt, so werden wir wahrscheinlich noch mehr als einmal auf sie zurückkommen. Vorläufig wollen wir nur — an Hand der englischen Zeitungen — ein besonders interessantes Ereignis dieser Tagung mitteilen, nämlich die Differenzen oder die Spaltung zwischen der „liberalen“ oder opportunistischen oder Schipowschen Partei und der „radikalen“ Partei. Die Differenzen entstanden wegen des

* Siehe den vorliegenden Band, S. 422–430. *Die Red.*

allgemeinen Wahlrechts, von dem die erstgenannte Partei nichts wissen will. Am Sonntag, dem 7. Mai (24. April), zeigte sich, daß 52 Teilnehmer der Tagung Schipow unterstützten und bereit waren, die Tagung zu verlassen, falls das allgemeine Wahlrecht anerkannt werden sollte. Am Montag stimmten etwa zwanzig von ihnen zusammen mit der Mehrheit für das allgemeine Wahlrecht. Dann wurde einstimmig eine Resolution über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts angenommen, wobei sich außerdem eine große Mehrheit für das direkte Wahlrecht und gegen die Vertretung der Stadtdumas und der Semstvos (in der konstituierenden Versammlung) aussprach. *Bis auf weiteres* haben also die Schipowleute auf der Semstwotagung eine Niederlage erlitten. Die Mehrheit gelangte zu dem Schluß, daß die Beibehaltung der Monarchie und die Abwendung der Revolution nur möglich sei durch die Gewährung des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts, dessen schädliche Wirkung durch die indirekten und ungleichen Wahlen zu einer der beiden Kammern aufgehoben werde.

Außerst lehrreich ist es, wie die englische konservative Bourgeoisie diese Tagung und diesen Beschluß einschätzt. „Für uns Ausländer“, schreibt die „Times“, „ist es ganz unmöglich, die politische Bedeutung dieser bemerkenswerten Tagung abzuschätzen, bevor wir nicht aus sicheren Quellen erfahren, in welchem Maße die Tagung auf die Unterstützung der breiten Masse des russischen Volkes rechnen kann. Diese Tagung kann den Beginn einer wirklichen konstitutionellen Reform bedeuten; sie kann die erste Stufe auf dem Wege zur Revolution sein; sie kann ein bloßes Feuerwerk sein, dem gegenüber die Bürokratie sich tolerant verhielt, weil sie weiß, daß es ohne jeden Schaden für sie abbrennen wird.“

Eine sehr treffende Charakteristik! In der Tat, der weitere Verlauf der russischen Revolution wird durch solch ein Ereignis wie diese Tagung noch lange nicht bestimmt. Die „Unterstützung der breiten Masse des Volkes“ ist noch fraglich, nicht in dem Sinne, daß die Unterstützung durch das Volk an und für sich fraglich wäre (diese Unterstützung steht außer Zweifel), sondern vielmehr im Sinne der Intensität dieser Unterstützung. Wenn die Regierung den Aufstand niederschlägt, dann war die liberale Tagung eben bloß ein Feuerwerk. Und die gemäßigten europäischen

Liberalen raten selbstverständlich zum goldenen Mittelweg: eine gemäßigte Verfassung, um der Revolution vorzubeugen. Aber die Kopfflosigkeit der Regierung flößt ihnen Bedenken und Unzufriedenheit ein. Das Verbot, die Beschlüsse der Tagung zu veröffentlichen, kommt der „Times“ seltsam vor, da ja die Delegierten, in ihre Kreise zurückgekehrt, alle Mittel besitzen, um die ganze russische Gesellschaft von ihren Beschlüssen zu unterrichten. „Das völlige Verbot der Tagung, die Verhaftung der versammelten Semstwoleute, die Benutzung ihrer Tagung als Vorwand für eine Scheinreform — solche und ähnliche Maßnahmen der Regierung wären zu verstehen. Aber den Semstwoleuten erlauben, zusammenzukommen und auseinanderzugehen, und dann ihre Beschlüsse zu verschweigen versuchen — das ist einfach dumm.“

Die Dummheit der zaristischen Regierung, die von ihrer Kopfflosigkeit und ihrer Ohnmacht zeugt (denn Kopfflosigkeit in einem revolutionären Augenblick ist das untrüglichste Zeichen der Ohnmacht), bereitet dem europäischen Kapital ernststen Kummer (die „Times“ ist ein Organ der City, der soliden Finanzmagnaten einer der reichsten Städte der Welt). Diese Kopfflosigkeit vergrößert die Wahrscheinlichkeit einer wirklichen, siegreichen, auf ihrem Wege alles hinwegfegenden Revolution, die der europäischen Bourgeoisie Entsetzen einflößt. Sie schilt die Selbstherrschaft wegen ihrer Kopfflosigkeit und die Liberalen wegen der „Maßlosigkeit“ ihrer Forderungen! „Im Laufe von knapp fünf Tagen“, entrüstet sich die „Times“, „seine Ansichten wechseln und extreme Beschlüsse fassen (das allgemeine Wahlrecht) und dazu noch in einer Frage, in der die erfahrensten gesetzgebenden Versammlungen Europas eine ganze Sitzungsperiode lang gezögert hätten, eine Entscheidung zu treffen!“ Das europäische Kapital rät dem russischen, sich an ihm ein Beispiel zu nehmen. Wir zweifeln nicht, daß dieser Rat willige Ohren finden wird — doch schwerlich vor der *Beschränkung* der Selbstherrschaft. Noch viel „maßloser“, noch viel revolutionärer als die russische Bourgeoisie ist seinerzeit die europäische Bourgeoisie gegen den Absolutismus aufgetreten. Die „Unnachgiebigkeit“ der russischen Selbstherrschaft und die Maßlosigkeit des russischen Liberalismus sind keine Folge ihrer Unerfahrenheit, wie man das aus der Art, wie die „Times“ die Frage stellt, folgern könnte, sondern sind von Bedingungen abhängig, die außerhalb ihres Willens liegen: von der internationalen Situation, von der Außenpolitik und vor allem

von jenem Erbe der russischen Geschichte, das die Selbstherrschaft in eine ausweglose Lage gebracht hat, abhängig davon, daß sich unter der Selbstherrschaft Gegensätze und Konflikte angehäuft haben, wie sie Westeuropa nicht gekannt hat. Die vielgepriesene einstige Festigkeit und Stärke des russischen Zarismus bedingt zwangsläufig die Stärke des gegen ihn gerichteten revolutionären Ansturms. Das ist allen Anhängern des Allmählichkeitsprinzips und allen Opportunisten sehr unangenehm, das jagt selbst vielen Sozialdemokraten aus dem Lager der Nachtrabpolitiker Schrecken ein, aber es ist eine Tatsache.

Die „Times“ trauert über die Niederlage Schipows. Noch im November war er das anerkannte Haupt der Reformpartei! Und jetzt ... „so schnell frißt die Revolution ihre eigenen Kinder“. Armer Schipow! Eine Niederlage erleiden und sich noch dazu den Ruf eines Geschöpfes der Revolution zuziehen — wie ungerecht das Schicksal doch ist! Über die „Radikalen“, die Schipow auf der Semstwotagung durchfallen ließen, ist die „Times“ ganz entrüstet. Sie verfechten, zetert entsetzt die „Times“, die theoretischen Grundsätze des französischen Konvents. Die Doktrin der Gleichheit und der Gleichberechtigung aller Bürger, der Souveränität des Volkes usw. sei, „wie die Ereignisse bereits gezeigt haben, wohl die schädlichste unter allen Erfindungen der verderblichen Sophistik, die Jean Jacques Rousseau der Menschheit hinterlassen hat“. Sie sei „der wichtigste Eckstein, die Wurzel des Jakobinertums, dessen bloße Existenz für das Gedeihen einer gerechten und heilsamen Reform eine verhängnisvolle Bedeutung hat“.

Wie rührend vereint diese Vorliebe, das „Jakobinertum“ als Popanz zu verwenden, die Opportunisten des Liberalismus mit den Opportunisten der Sozialdemokratie! Aber in der Epoche der demokratischen Revolution können nur entweder hoffnungslose Reaktionäre oder hoffnungslose Philister aus dem Jakobinertum einen Popanz machen.

„Proletari“ Nr. 2,
3. Juni (21. Mai) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

ÜBER DIE PROVISORISCHE
REVOLUTIONÄRE REGIERUNG

*Veröffentlicht am 3. und 9. Juni
(21. und 27. Mai) 1905
im „Proletari“ Nr. 2 und 3.*

Nach dem Text des „Proletari“.

ERSTER ARTIKEL

PLECHANOWS HISTORISCHE FESTSTELLUNG

Der III. Parteitag hat eine Resolution zur Frage der provisorischen revolutionären Regierung angenommen. Diese Resolution bringt genau jenen Standpunkt zum Ausdruck, den wir in der Zeitung „Wperjod“ vertreten haben. Wir wollen jetzt alle Einwände gegen unseren Standpunkt eingehend untersuchen und den eigentlichen prinzipiellen Sinn sowie die praktische Bedeutung der Parteitagsresolution allseitig erläutern. Beginnen wir mit dem Versuch Plechanows, diese Frage auf einen streng prinzipiellen Boden zu stellen. Plechanow überschrieb seinen Artikel: „Zur Frage der Machtergreifung“. Er kritisiert „die Taktik, die“ (offenbar ist der „Wperjod“ gemeint) „auf die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat gerichtet ist“. In Wirklichkeit hat der „Wperjod“, wie jeder, der diese Zeitung kennt, sehr gut weiß, die Frage der *Machtergreifung* nie aufgeworfen und keinerlei „Taktik auf die Machtergreifung gerichtet“. Plechanow versucht, die tatsächlich zur Debatte stehende Frage durch eine andere, eine erdichtete zu ersetzen; um sich davon zu überzeugen, braucht man sich nur den Verlauf der Polemik in Erinnerung zu rufen.

Martynow hatte in seinen berühmten „Zwei Diktaturen“ als erster die Frage aufgeworfen. Er behauptete, daß sich für unsere Partei, wenn sie sich am Aufstand führend beteiligen werde, im Falle eines Erfolges die Notwendigkeit ergeben werde, an der provisorischen revolutionären Regierung teilzunehmen, eine solche Teilnahme aber sei prinzipiell unzulässig und könne nur zu einem verderblichen und kompromittierenden Ergebnis führen. Die „Iskra“ verteidigte diese Einstellung. Der „Wperjod“ erwiderte, daß ein solcher Ausgang des Aufstands im Gegenteil das am

meisten Wünschenswerte sei, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung, die mit der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gleichbedeutend ist, zulässig sei, daß es ohne eine solche Diktatur nicht gelingen werde, die Republik zu behaupten. Bei der Beantwortung der von Martynow gestellten Frage gingen also beide streitenden Lager von zwei gleichen Voraussetzungen aus, gelangten aber zu verschiedenen Schlußfolgerungen. Beide setzten voraus 1. die führende Beteiligung der Partei des Proletariats am Aufstand, 2. den Sieg des Aufstands und den vollständigen Sturz der Selbstherrschaft, trennten sich aber bei der Beurteilung der taktischen Schlußfolgerungen aus diesen Voraussetzungen. Sieht das etwa aus wie eine „Taktik, die auf die Ergreifung (??) der Macht gerichtet ist (!!)“? Ist es nicht klar, daß Plechanow der Martynowschen Fragestellung, die in der „Iskra“ und im „Wperjod“ behandelt wurde, auszuweichen sucht? Wir diskutierten darüber, ob eine siegreiche Durchführung des Aufstands gefährlich und verderblich sei, da sie zu der Notwendigkeit führen könne, an einer provisorischen revolutionären Regierung teilzunehmen. Plechanow möchte darüber diskutieren, ob man die Taktik auf die Machtergreifung richten solle. Wir fürchten, daß der Wunsch Plechanows (der nur vom Standpunkt einer Vertuschung der Martynowschen Fragestellung aus zu verstehen ist) ein frommer Wunsch bleiben wird, denn niemand hat über dieses Thema diskutiert, und es diskutiert auch niemand darüber.

Welche Bedeutung diese Verwechslung der Frage in der ganzen Argumentation Plechanows hat, geht besonders anschaulich aus der Episode mit den „Virtuosen des Philistertums“ hervor. Dieser vom „Wperjod“ gebrauchte Ausdruck läßt Plechanow keine Ruhe. An die siebenmal kommt er auf ihn zurück und versucht voller Grimm und Zorn seinen Lesern einzureden, der „Wperjod“ habe sich erdreistet, Marx und Engels mit diesem nicht allzu schmeichelhaften Beinamen zu belegen, der „Wperjod“ beginne Marx zu „kritisieren“ usw. usf. Wir verstehen sehr wohl, daß es Plechanow, der sich zum Ziel gesetzt hat, Martynow zu rehabilitieren und den „Wperjod“ „herunterzureißen“, sehr angenehm wäre, wenn der „Wperjod“ etwas gesagt hätte, was auch nur die entfernteste Ähnlichkeit mit dem Unsinn hätte, den Plechanow ihm zuschreibt. Aber die Sache ist die, daß der „Wperjod“ nichts dergleichen gesagt hat, und jeder auf-

merksame Leser wird Plechanow, der eine interessante prinzipielle Frage durch eine ganz nichtige und kleinliche Nörgelei verwirrt hat, mühelos entlarven.

So langweilig es auch ist, auf Nörgeleien einzugehen, müssen wir doch ausführlich erklären, was es in Wirklichkeit mit dieser Episode, mit den berüchtigten „Virtuosen des Philistertums“, auf sich hat. Der Gedankengang des „Wperjod“ war folgender. Wir alle sprechen von der Erkämpfung der Republik. Um sie wirklich zu erkämpfen, ist es notwendig, daß wir die Selbstherrschaft „vereint schlagen“, wir, d. h. das revolutionäre Volk, das Proletariat und die Bauernschaft. Aber das genügt noch nicht. Es genügt nicht einmal, die Selbstherrschaft „vereint zu erschlagen“, d. h. die absolutistische Regierung gänzlich zu stürzen. Es ist darüber hinaus noch notwendig, die unvermeidlich bevorstehenden verzweifelten Versuche, die gestürzte Selbstherrschaft wiederherzustellen, „vereint zurückzuschlagen“. Dieses „vereint zurückschlagen“, angewandt auf die revolutionäre Epoche, ist nichts anderes als die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, ist die Teilnahme des Proletariats an der revolutionären Regierung. Leute, die die Arbeiterklasse mit der möglichen Perspektive dieser Diktatur *schrecken*, d. h. Leute wie Martynow und L. Martow in der neuen „Iskra“, geraten darum in Widerspruch zu ihrer eigenen Losung des Kampfes für die Republik und der Vollendung der Revolution. Im Grunde genommen argumentieren diese Leute so, als ob sie ihren Kampf für die Freiheit begrenzen und beschneiden wollten, als ob sie sich im voraus ein ganz bescheidenes Stückchen der Errungenschaften, irgendeine kümmerliche Verfassung statt der Republik abmessen möchten. Solche Leute, sagte der „Wperjod“, verflachen philisterhaft die bekannte marxistische These von den drei Hauptkräften der Revolution des 19. (und 20.) Jahrhunderts und ihren drei Grundstadien. Nach dieser These ist das erste Stadium der Revolution die Einschränkung des Absolutismus, durch die die Bourgeoisie befriedigt wird; das zweite ist die Erkämpfung der Republik, wodurch das „Volk“, d. h. die Bauernschaft und überhaupt die Kleinbourgeoisie, befriedigt wird; das dritte ist die sozialistische Umwälzung, die allein das Proletariat zu befriedigen vermag. „Dieses Bild ist richtig im großen und ganzen“, schrieb der „Wperjod“. In der Tat haben wir einen Aufstieg zu diesen schematisch umrissenen drei verschiedenen Stufen vor uns, ver-

schieden je nach den Klassen, welche uns bei diesem Aufstieg bestenfalls begleiten können. Wenn wir aber dieses richtige marxistische Schema der drei Stufen so auffaßten, daß man sich *vor jedem Aufstieg* im voraus ein bescheidenes Stück, zum Beispiel nicht mehr als eine Stufe, abmessen müßte, wenn wir, bevor überhaupt der Aufstieg begonnen hat, nach diesem Schema einen „Tätigkeitsplan in einer revolutionären Epoche aufstellen“ wollten, wären wir Virtuosen des Philistertums.

Das war der Gedankengang des „Wperjod“ in Nr. 14.* Und an den letzten, hervorgehobenen Worten begann nun Plechanow herumzunörgeln. Der „Wperjod“, erklärt er triumphierend, habe somit Marx einen Philister genannt, denn Marx habe gerade nach diesem Schema einen Tätigkeitsplan mitten in der revolutionären Epoche aufgestellt!

Und der Beweis? Der Beweis besteht darin, daß im Jahre 1850, als das revolutionäre Volk Deutschlands in den Kämpfen der Jahre 1848/49 eine Niederlage erlitten hatte, weil es den Absolutismus nicht zu erschlagen vermochte, als die liberale Bourgeoisie schon eine kümmerliche Verfassung bekommen hatte und auf die Seite der Reaktion übergegangen war, kurzum, als die deutsche demokratisch-revolutionäre Bewegung erst eine, die erste Stufe erklimmen hatte und stehengeblieben war, ohne Kraft für den weiteren Aufstieg, daß damals ... damals Marx gesagt hat, der neue revolutionäre Aufstieg werde ein Aufstieg zu der zweiten Stufe sein.

Sie lächeln, lieber Leser? Plechanows Syllogismus ist in der Tat ein wenig ... wie könnte man das recht milde ausdrücken? ... „dialektisch“ geraten. Weil Marx in der entsprechenden konkreten Situation einer konkreten demokratischen Revolution gesagt hat, daß nach erfolgtem Aufstieg zur ersten Stufe der Aufstieg zur zweiten bevorstehe, *deshalb* könnten nur „Kritiker“ von Marx jene Leute als Philister bezeichnen, die uns, noch bevor der Aufstieg zur ersten Stufe erfolgt ist, mit der furchtbaren Perspektive schrecken, daß (im Falle eines besonders gut organisierten und durchgeführten Aufstands) ein Sprung über zwei Stufen auf einmal in Aussicht stehe.

Ja, ja, Marx „kritisieren“ ist nicht schön ... aber eine verfehlte Berufung auf Marx ist auch nicht gerade das Richtige. Martynow mißlang die Auslegung von Marx. Und Plechanow ist die Verteidigung Martynows mißlungen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 292/293. *Die Red.*

Möge jedoch nicht irgendein sehr kritisch eingestellter Leser aus unseren Worten den Schluß ziehen, daß wir eine „Taktik“ propagieren, die darauf „gerichtet ist“, unbedingt eine Stufe zu überspringen, unabhängig vom Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Kräfte. Nein, eine solche Taktik propagieren wir keineswegs. Wir kämpfen nur gegen die Beeinflussung des Proletariats durch Leute, die es fertigbringen, von der Republik und von der Vollendung der Revolution zu reden, und gleichzeitig sich und andere mit der Möglichkeit schrecken, an der demokratischen Diktatur teilnehmen zu müssen. Wir haben bereits in Nr. 14 des „Wperjod“ bemerkt, daß natürlich nach dem jetzigen revolutionären Aufschwung unvermeidlich eine Reaktion eintreten wird, daß diese uns aber von der Freiheit um so weniger werden nehmen können, je mehr wir jetzt erkämpfen und je schonungsloser wir in der Epoche der möglichen (und wünschenswerten) demokratischen Diktatur die konterrevolutionären Kräfte unterdrücken und vernichten. Wir haben ferner in Nr. 14 des „Wperjod“ bemerkt, daß die Frage dieser Diktatur überhaupt nur dann einen Sinn hat, wenn man einen Verlauf der Ereignisse voraussetzt, bei dem die demokratische Revolution bis zum vollständigen Sturz des Absolutismus, bis zur Republik geht und nicht auf halbem Wege stehenbleibt.

Gehen wir nun von der Episode mit den „Virtuosen des Philistertums“ zum Inhalt der von Plechanow zitierten berühmten „Ansprache“ (der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an den Bund vom März 1850) über. In dieser außerordentlich interessanten und lehrreichen „Ansprache“ (die man im vollen Wortlaut ins Russische übersetzen sollte) untersucht Marx die konkrete politische Situation in Deutschland im Jahre 1850. Er verweist auf die Wahrscheinlichkeit eines neuen politischen Ausbruchs, stellt fest, daß im Falle einer Revolution die Macht unvermeidlich auf die republikanische, kleinbürgerliche demokratische Partei übergehen werde, und analysiert die Taktik des Proletariats. Marx untersucht gesondert die Taktik vor der Revolution, während der Revolution und nach dem Sieg der kleinbürgerlichen Demokratie; er besteht darauf, daß es notwendig sei, „eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei“ herzustellen, er kämpft mit allen Kräften gegen ihr Herabsinken „zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie“, er unterstreicht die Wichtigkeit der Bewaffnung der Arbeiter, der Organisation einer selbständigen proletarischen Garde, der

strengen Kontrolle der Proletarier über die verräterische kleinbürgerliche Demokratie usw.

Die ganze „Ansprache“ enthält kein Wort über die Beteiligung der Arbeiterpartei an einer provisorischen revolutionären Regierung oder über die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Daraus folgert Plechanow, Marx habe „offenkundig nicht einmal den Gedanken zugelassen, daß die politischen Vertreter des revolutionären Proletariats gemeinsam mit den Vertretern der Kleinbürgerschaft an der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung arbeiten könnten“. Die Logik dieser Schlußfolgerung hinkt. Die Frage der Beteiligung der Arbeiterpartei an einer provisorischen revolutionären Regierung wird von Marx *gar nicht aufgeworfen*, Plechanow aber schlußfolgert, Marx entscheide diese Frage überhaupt und prinzipiell in absolut negativem Sinne. Marx spricht nur von der konkreten Situation, Plechanow aber zieht einen allgemeinen Schluß und untersucht die Frage überhaupt nicht in ihrer Konkretheit. Dabei braucht man sich nur einige der von Plechanow weggelassenen Stellen der „Ansprache“ anzusehen, um zu erkennen, daß seine Schlußfolgerungen völlig falsch sind.

Die „Ansprache“ wurde auf Grund der Erfahrung zweier Jahre einer revolutionären Epoche, der Jahre 1848 und 1849, geschrieben. Die Resultate dieser Erfahrung formuliert Marx folgendermaßen: „Zu gleicher Zeit“ (d. h. in den Jahren 1848 und 1849) „wurde die frühere feste Organisation des Bundes bedeutend gelockert. Ein großer Teil der Mitglieder, in der revolutionären Bewegung direkt beteiligt, glaubte die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend. Die einzelnen Kreise und Gemeinden ließen ihre Verbindungen mit der Zentralbehörde erschlaffen und allmählich einschläfern. Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft, sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu lokalen Zwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten.“*

* „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“, K. Marx: „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, 1885, Anhang IX, S. 75 [Berlin 1952. Der Übers.]. Hervorhebungen in den Zitaten überall von uns.

Und auf der folgenden Seite der „Ansprache“ erklärt Marx, es sei „...höchst wichtig, daß ... in diesem Augenblicke..., wo eine neue Revolution bevorsteht, ... die Arbeiterpartei ... möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig auftritt, wenn sie nicht wieder wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“.

Man denke sich in die Bedeutung dieser kategorischen Behauptungen richtig hinein! Nach zwei Jahren offener Revolution, nach dem Sieg des Volksaufstands in Berlin, nach der Einberufung eines Revolutionsparlaments, nachdem sich ein Teil des Landes in offenem Aufstand befunden hatte und die Macht zeitweilig in die Hände revolutionärer Regierungen übergegangen war, konstatiert Marx, daß das revolutionäre Volk eine Niederlage erlitten hat und daß hinsichtlich der Organisation als Partei die kleinbürgerliche Demokratie *gewonnen*, die Arbeiterpartei *verloren* hat. Zeigt uns das nicht aufs deutlichste eine politische Situation, in der gar kein Anlaß bestand, die Frage einer Beteiligung der Arbeiterpartei an der Regierung auch nur zu stellen? Nach zwei Jahren einer revolutionären Epoche, in deren Verlauf Marx neun Monate lang offen eine höchst revolutionäre Zeitung der Arbeiterpartei herausgegeben hatte, mußte konstatiert werden, daß diese Partei völlig desorganisiert war, daß eine einigermaßen scharf ausgeprägte proletarische Richtung in der allgemeinen Strömung überhaupt nicht vorhanden war (die „Arbeiterverbrüderung“ Stephan Borns¹¹⁷ war zu unbedeutend), daß das Proletariat nicht nur völlig unter die Herrschaft, sondern auch unter die Leitung der Bourgeoisie geraten war! Die ökonomischen Verhältnisse waren bekanntlich noch äußerst unentwickelt, eine Großindustrie fehlte fast vollständig, eine selbständige Arbeiterbewegung von einigermaßen nennenswertem Umfang gab es nicht, das Kleinbürgertum herrschte unangefochten. Da ist es verständlich, daß ein Schriftsteller, der die konkrete Situation untersuchte, unter solchen Umständen nicht einmal den Gedanken aufkommen lassen durfte, die Arbeiterpartei könne sich an einer provisorischen Regierung beteiligen. Da ist es verständlich, daß Marx in seiner „Ansprache“ den Mitgliedern des Bundes der Kommunisten Wahrheiten einbleuen mußte (man verzeihe mir diesen Ausdruck), die uns jetzt Binsenwahrheiten zu sein scheinen. Marx mußte erst beweisen, daß die Arbeiter bei den Wahlen eigene Kandidaten aufstellen müssen, unabhängig von der bürger-

lichen Demokratie. Marx mußte die demokratischen Phrasen widerlegen, denen zufolge die Absonderung der Arbeiter die demokratische Partei „spalte“ (wohlgemerkt! spalten kann man nur, was gestern noch einheitlich war und was in ideologischer Hinsicht noch einheitlich ist!). Marx mußte die Mitglieder des Bundes der Kommunisten davor warnen, sich von diesen Phrasen betören zu lassen. Marx mußte im Namen der Zentralbehörde des Bundes versprechen, bei der ersten Gelegenheit einen Kongreß der Arbeiterpartei einzuberufen, um die Arbeiterklubs zu zentralisieren — in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 fehlten noch die Bedingungen, die es erlaubt hätten, an die Möglichkeit eines besonderen Kongresses der Arbeiterpartei auch nur zu denken!

Die Schlußfolgerung daraus ist klar: In der berühmten „Ansprache“ berührt Marx überhaupt nicht die Frage, ob eine Beteiligung des Proletariats an einer provisorischen revolutionären Regierung prinzipiell zulässig sei. Marx untersucht ausschließlich die konkrete Situation Deutschlands im Jahre 1850. Dabei sagt Marx kein Wort von einer Beteiligung des Bundes der Kommunisten an einer revolutionären Regierung, weil unter den damaligen Verhältnissen der Gedanke an eine solche Beteiligung im Namen der Arbeiterpartei zum Zweck der demokratischen Diktatur nicht einmal aufkommen konnte.

Marx' Gedanke ist folgender: Wir deutschen Sozialdemokraten von 1850 sind nicht organisiert, wir haben in der ersten Periode der Revolution eine Niederlage erlitten, wir sind vollständig ins Schlepptau der Bourgeoisie geraten; wir müssen uns selbständig organisieren, auf jeden Fall, unbedingt und unter allen Umständen selbständig, sonst werden wir auch bei einem künftigen Sieg der organisatorisch erstarkten und mächtigen kleinbürgerlichen Partei wieder im Nachtrab marschieren.

Martynows Gedanke war folgender: Wir russischen Sozialdemokraten von 1905 sind in einer selbständigen Partei organisiert und wollen an der Spitze des kleinbürgerlichen Volkes zum ersten Sturmangriff gegen die Feste des Zarismus marschieren. Wenn wir aber den Sturmangriff gar zu gut organisieren und ihn, was Gott verhüten möge, siegreich durchführen, so müssen wir am Ende noch an einer provisorischen revolutionären Regierung oder gar an der demokratischen Diktatur teilnehmen. Eine solche Beteiligung ist jedoch prinzipiell unzulässig.

Und Plechanow will uns allen Ernstes weismachen, man könne Marty-

now an Hand von Marx verteidigen? Plechanow scheint die Leser der „Iskra“ für Kinder zu halten. Wir können nur eins sagen: Marxismus und Martynowismus sind zwei verschiedene Dinge.

Um mit der „Ansprache“ zu Ende zu kommen, muß noch folgende falsche Meinung Plechanows richtiggestellt werden. Mit Recht weist er darauf hin, daß Marx im März 1850, als die „Ansprache“ geschrieben wurde, an die Hinfälligkeit des Kapitalismus glaubte und die sozialistische Revolution ihm „ganz nahe“ bevorzustehen schien. Marx hat seinen Fehler sehr schnell korrigiert: schon am 15. September 1850 trennte er sich von Schapper (Schapper blieb mit Willich im Bund in der Minderheit und trat aus ihm aus), der dem bürgerlich-demokratischen Revolutionarismus oder Utopismus so sehr erlegen war, daß er sagte: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen.“ Marx erwiderte Schapper, daß man nicht statt der wirklichen Verhältnisse den eigenen bloßen Willen für das Triebrad der Revolution halten dürfe. Das Proletariat werde vielleicht noch 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchmachen müssen, „nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch“ (die Proletarier) „selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen“¹¹⁸. Plechanow schildert kurz diese Meinungsänderung von Marx und folgert:

„Sie“ (Marx und Engels nach dieser „Meinungsänderung“) „hätten die politischen Aufgaben des Proletariats dann schon mit Rücksicht darauf formuliert, daß die demokratische Ordnung während einer längeren Periode vorherrschend bleiben werde. *Aber gerade deshalb hätten sie die Teilnahme der Sozialisten an einer kleinbürgerlichen Regierung noch entschiedener verurteilt*“ („Iskra“ Nr. 96).

Diese Folgerung Plechanows ist ganz falsch. Sie läuft eben auf jene Verwechslung der sozialistischen und der demokratischen Diktatur hinaus, die wir L. Martow und Martynow schon mehrfach zum Vorwurf machen mußten. Marx und Engels haben 1850 keinen Unterschied zwischen demokratischer und sozialistischer Diktatur gemacht, oder richtiger, sie haben von der ersten gar nicht gesprochen, weil ihnen der Kapitalismus hinfällig, der Sozialismus nahe schien. Sie haben deshalb zu jener Zeit auch keinen Unterschied zwischen Minimalprogramm und Maximalprogramm gemacht. Macht man aber diesen Unterschied (wie wir Mar-

xisten es jetzt alle tun, die wir gegen den bürgerlich-demokratischen Revolutionarismus der „Sozialrevolutionäre“ kämpfen, weil sie diesen Unterschied verkennen), so muß man die Frage der sozialistischen und der demokratischen Diktatur *getrennt* behandeln. Plechanow handelt inkonsequent, wenn er es nicht tut. Indem er eine ausweichende Formulierung wählt und von der „Teilnahme der Sozialisten an einer kleinbürgerlichen Regierung“ überhaupt spricht, setzt er gerade damit die Frage der sozialistischen Diktatur an die Stelle der klar, bestimmt und präzise gestellten Frage der demokratischen Diktatur. Er verwechselt (um den Vergleich des „Wperjod“ zu gebrauchen*) die Teilnahme Millerands an der Regierung an der Seite Galliffets in der Epoche, die der sozialistischen Umwälzung vorausgeht, mit der Teilnahme Varlins an der revolutionären Regierung an der Seite von kleinbürgerlichen Demokraten, die die Republik verteidigt und durchgesetzt haben.

Marx und Engels betrachteten im Jahre 1850 den Sozialismus als nahe bevorstehend, und deshalb unterschätzten sie die demokratischen Errungenschaften, die ihnen im Hinblick auf den unzweifelhaften Sieg der kleinbürgerlichen demokratischen Partei durchaus gesichert schienen.¹¹⁹ 25 Jahre später, 1875, wies Marx auf die undemokratische Staatsordnung Deutschlands hin, die er einen „mit parlamentarischen Formen verbrämten ... Militärdespotismus“ nannte.¹²⁰ 35 Jahre später, 1885, prophezeite Engels, daß bei der nächsten europäischen Erschütterung die kleinbürgerliche Demokratie in Deutschland ans Ruder kommen werde.¹²¹ Daraus ergibt sich das gerade Gegenteil von dem, was Plechanow beweisen will: Hätten Marx und Engels eine verhältnismäßig längere Herrschaft der demokratischen Ordnung als unvermeidlich betrachtet, dann hätten sie der *demokratischen* Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *eine um so größere* Bedeutung beigemessen, um die Republik zu festigen, um alle Spuren des Absolutismus vollständig zu vernichten und die Bahn für den Kampf um den Sozialismus völlig frei zu machen. Sie hätten dann *erst recht* die Nachtrabpolitiker verurteilt, die es fertigbringen, das Proletariat am Vorabend der demokratischen Umwälzung mit der *Möglichkeit* einer revolutionär-demokratischen Diktatur zu *schrecken*.

Plechanow fühlt wohl selbst die Schwäche seiner Position, die auf einer falschen Auslegung der „Ansprache“ beruht. Vorsichtshalber macht er

* Siehe den vorliegenden Band, S. 274. *Die Red.*

daher den Vorbehalt, daß er mit seiner Feststellung nicht den Anspruch erhebe, die Frage ganz erschöpft zu haben — obwohl er seine Schlußfolgerungen mit „erschöpfender“ Entschiedenheit zieht und dabei nichts vorbringt als eine Feststellung, die mit der Sache nichts zu tun hat, und nicht einmal den Versuch macht, die konkrete Fragestellung des „Wperjod“ zu untersuchen. Plechanow versucht dem „Wperjod“ anzudichten, er wolle Marx „kritisieren“ und vertrete den Standpunkt von Mach und Avenarius. Dieser Versuch kann uns nur ein Lächeln abnötigen: Es muß schlecht um Plechanows Position bestellt sein, wenn er unter den tatsächlichen Behauptungen des „Wperjod“ keine Zielscheibe finden kann und daher Dinge aufs Korn nehmen muß, die weder mit der Zeitung „Wperjod“ noch mit der zur Debatte stehenden Frage auch nur das geringste zu tun haben. Schließlich beruft sich Plechanow auf einen weiteren Beweis, der ihm „unwiderlegbar“ scheint. In Wirklichkeit ist dieser Beweis (Engels' Brief an Turati vom Jahre 1894) ganz und gar verfehlt.

Wie aus der Plechanowschen Darlegung dieses Briefes hervorgeht (Plechanow bringt leider nicht den vollen Wortlaut des Briefes und erwähnt nicht, ob er veröffentlicht worden ist und wo), mußte Engels Turati beweisen, daß zwischen der sozialistischen und der kleinbürgerlichen Revolution ein Unterschied besteht. Damit ist alles gesagt, Gen. Plechanow! Turati ist ein italienischer Millerand, ein Bernsteinianer, dem Giolitti einen Sitz in seiner Regierung angeboten hatte. Turati verwechselte offenbar die zwei Umwälzungen, die einen verschiedenen Klasseninhalt haben. Er bildete sich ein, die Interessen der Herrschaft des Proletariats durchsetzen zu können, Engels aber machte ihm klar, daß in der gegebenen Situation in Italien im Jahre 1894 (d. h. einige Jahrzehnte nach Italiens Aufstieg zur „ersten Stufe“, nach der Eroberung der politischen Freiheit, die es dem Proletariat gestattete, sich offen, auf breiter Basis und selbstständig zu organisieren!), er, Turati, in der Regierung der siegreichen kleinbürgerlichen Partei in Wirklichkeit die Interessen einer fremden Klasse, des Kleinbürgertums, vertreten und durchführen werde. Wir haben es also mit einem Fall des Millerandismus zu tun; der „Wperjod“ hatte sich ausdrücklich gegen eine Verwechslung des Millerandismus mit der demokratischen Diktatur gewandt, Plechanow aber hat die Argumente des „Wperjod“ nicht einmal gestreift. Wir haben ein charakteristisches Beispiel jener schiefen Stellung vor uns, vor der Engels die

Führer der extremen Parteien schon vor langem gewarnt hatte, einer Stellung nämlich, in der sie den wahren Charakter der Umwälzung verkennen und unbewußt die Interessen einer „fremden“ Klasse durchführen. Um Himmels willen, Gen. Plechanow, hat denn das die geringste Beziehung zu der Frage, die von Martynow angeschnitten und vom „Wperjod“ behandelt wurde? Wenn die Gefahr besteht, daß Leute, die die erste Stufe erklommen haben, die zweite und dritte Stufe verwechseln, kann dann diese Gefahr als Rechtfertigung dafür dienen, daß man uns vor dem Aufstieg zur ersten Stufe mit der Perspektive schreckt, möglicherweise zwei Stufen auf einmal nehmen zu müssen??

Nein, Plechanows „kleine historische Feststellung“ beweist rein gar nichts. Seine prinzipielle Schlußfolgerung, „an einer revolutionären Regierung zusammen mit Vertretern der Kleinbürgerschaft teilnehmen, heißt das Proletariat verraten“, wird in keiner Weise bestätigt durch Hinweise auf die Situation in Deutschland 1850 und in Italien 1894, die grundverschieden waren von der Situation in Rußland im Januar und im Mai 1905. Diese Hinweise sagen gar nichts über die Frage der demokratischen Diktatur und der provisorischen revolutionären Regierung. Sollte aber Plechanow seine Schlußfolgerung auf *diese* Frage anwenden wollen, sollte er *jede* Beteiligung des Proletariats an einer revolutionären Regierung während des Kampfes um die Republik, während der demokratischen Umwälzung, für *prinzipiell unzulässig* halten, so machen wir uns anheischig, ihm zu beweisen, daß dies ein „Prinzip“ des Anarchismus ist, das von Engels in der unzweideutigsten Weise verurteilt wurde. Diesen Beweis werden wir im folgenden Artikel erbringen.

ZWEITER ARTIKEL

NUR VON UNTEN ODER VON UNTEN UND VON OBEN?

Im vorigen Artikel haben wir Plechanows historische Feststellung untersucht und gezeigt, daß Plechanow unbegründet allgemeine und prinzipielle Schlüsse aus Worten von Marx zieht, die sich nur und ausschließlich auf die konkrete Situation in Deutschland im Jahre 1850 beziehen. Diese

konkrete Situation erklärt vollauf, warum Marx damals die Frage der Beteiligung des Bundes der Kommunisten an einer provisorischen revolutionären Regierung nicht aufwarf und gar nicht aufwerfen konnte. Nun wollen wir die allgemeine und prinzipielle Frage der Zulässigkeit einer solchen Beteiligung untersuchen.

Zunächst einmal muß die strittige Frage genau formuliert werden. In dieser Beziehung können wir glücklicherweise eine Formulierung benutzen, die von unseren Opponenten stammt, um dadurch jede Auseinandersetzung über das Wesen des Streites zu vermeiden. In Nr. 93 der „Iskra“ heißt es: „Der beste Weg für eine solche Organisierung“ (eine Organisierung des Proletariats zu einer Partei, die dem bürgerlich-demokratischen Staat oppositionell gegenübersteht) „ist der Weg der Entwicklung der bürgerlichen Revolution *von unten*“ (von der „Iskra“ hervorgehoben) „durch den Druck des Proletariats auf die am Ruder stehende Demokratie.“ Und weiter sagt die „Iskra“ vom „Wperjod“: „Er will, daß der Druck des Proletariats auf die Revolution nicht nur ‚von unten‘, nicht nur von der Straße her kommt, sondern auch von oben, aus den Paradezimmern der provisorischen Regierung.“

Die Frage ist also klar formuliert. Die „Iskra“ will den Druck von unten, der „Wperjod“ — „nicht nur von unten, sondern auch von oben“. Der Druck von unten ist der Druck der Staatsbürger auf die revolutionäre Regierung. Der Druck von oben ist der Druck der revolutionären Regierung auf die Staatsbürger. Die einen *beschränken* ihr Wirken auf den Druck von unten. Die andern sind mit einer solchen Beschränkung nicht einverstanden und fordern die *Ergänzung* des Drucks von unten durch den Druck von oben. Der Streit läuft somit eben auf die Frage hinaus, die wir im Untertitel gestellt haben: Nur von unten oder von unten und von oben? Der Druck von oben, „aus den Paradezimmern der provisorischen Regierung“, ist für das Proletariat in der Epoche der demokratischen Revolution prinzipiell unzulässig, sagen die einen. Es ist für das Proletariat in der Epoche der demokratischen Revolution prinzipiell unzulässig, auf den Druck von oben, auf die Beteiligung an der provisorischen revolutionären Regierung ein für allemal zu verzichten, sagen die andern. Es handelt sich also nicht darum, ob der Druck von oben in der gegebenen Situation wahrscheinlich, ob er bei dem und dem Kräfteverhältnis durchführbar ist. Nein, wir untersuchen jetzt überhaupt keine konkrete Situation, und an-

gesichts der wiederholten Versuche, eine Streitfrage durch eine andere zu ersetzen, bitten wir die Leser dringend, dies im Auge zu behalten. Wir haben es mit der allgemeinen prinzipiellen Frage zu tun, ob in der Epoche der demokratischen Revolution der Übergang von dem Druck von unten zum Druck von oben *zulässig* ist.

Um diese Frage zu klären, betrachten wir zunächst einmal die Geschichte der taktischen Anschauungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Hat es nicht in dieser Geschichte Auseinandersetzungen gerade über die allgemeine Frage der Zulässigkeit des Drucks von oben gegeben? Ja, eine solche Auseinandersetzung hat es gegeben. Die Veranlassung dazu war der spanische Aufstand im Sommer 1873. Engels behandelte die Lehren, die das sozialistische Proletariat aus diesem Aufstand zu ziehen hat, in dem Artikel „Die Bakunisten an der Arbeit“, der 1873 in der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Volksstaat“¹²² veröffentlicht und 1894 in der Broschüre „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘“ nachgedruckt wurde. Sehen wir uns an, welche allgemeinen Schlüsse Engels gezogen hat.¹²³

Am 9. Februar 1873 dankte der spanische König Amadeo ab, „der erste streikende König“, wie Engels witzig bemerkt. Am 12. Februar wurde die Republik proklamiert, und gleich darauf brach in den baskischen Provinzen ein Karlistenaufstand los. Am 10. April wurde eine konstituierende Versammlung gewählt, die am 8. Juni die föderative Republik proklamierte. Am 11. Juni konstituierte sich ein neues Ministerium unter Pi y Margall. In dem Ausschuß, der die neue Verfassung entwerfen sollte, waren die extremen Republikaner, die sogenannten „Intransigenten“ (die Unversöhnlichen) nicht vertreten. Und als nun am 3. Juli diese neue Verfassung proklamiert wurde, machten die Intransigenten einen Aufstand. Vom 5. bis 11. Juli siegten sie in den Provinzen Sevilla, Granada, Alcoy, Valencia und einigen anderen. Die Regierung Salmerons, der den zurückgetretenen Pi y Margall ablöste, ließ gegen die aufständischen Provinzen Militär marschieren. Nach einem mehr oder weniger hartnäckigen Widerstand wurde der Aufstand unterdrückt: Cadiz fiel am 26. Juli 1873, Cartagena am 11. Januar 1874. Das sind die kurzen chronologischen Angaben, die Engels seiner Darstellung voranschickt.

Bei der Einschätzung der Lehren dieser Vorgänge betont Engels vor allem, daß der Kampf für die Republik in Spanien keineswegs ein Kampf

für die sozialistische Umwälzung war und auch nicht sein konnte. „Spanien“, sagt Engels, „ist ein in der Industrie so sehr zurückgebliebenes Land, daß dort von einer *sofortigen* vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse noch gar nicht die Rede sein kann. Ehe es dahin kommt, muß Spanien noch verschiedene Vorstufen der Entwicklung durchmachen und eine ganze Reihe von Hindernissen aus dem Wege räumen. Den Verlauf dieser Vorstufen in die kürzestmögliche Zeitdauer zusammenzudrängen, diese Hindernisse rasch zu beseitigen — dazu bot die Republik die Gelegenheit. Diese Gelegenheit konnte aber nur benutzt werden durch tätiges *politisches* Eingreifen der spanischen Arbeiterklasse. Dies fühlte die Masse der Arbeiter; sie drang überall darauf, daß man sich an den Ereignissen beteilige, daß man die Gelegenheit zum Handeln benutze, statt, wie bisher, den besitzenden Klassen das Feld für ihre Aktion und ihre Intrigen frei zu lassen.“

Es handelte sich also um den Kampf für die Republik, um die demokratische, nicht um die sozialistische Revolution. Die Frage des Eingreifens der Arbeiter in die Ereignisse wurde damals auf zweierlei Weise gestellt: Einerseits wurde von den Bakunisten (oder „Allianzisten“, den Begründern der „Allianz“ zum Kampf gegen die Marxsche „Internationale“) die politische Tätigkeit, die Teilnahme an den Wahlen usw. negiert. Andererseits waren sie gegen die Beteiligung an einer Revolution, die nicht die sofortige volle Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziel hat, gegen jede Beteiligung an einer revolutionären Regierung. Vom Standpunkt unserer Streitfrage ist gerade diese letztgenannte Seite der Angelegenheit für uns von besonderem Interesse. Dies war auch, nebenbei gesagt, der Anlaß zur Formulierung des *prinzipiellen* Unterschieds zwischen den zwei taktischen Lösungen.

„Die Bakunisten“, sagt Engels, „hatten seit Jahren gepredigt, *jede revolutionäre Aktion von oben nach unten sei verderblich, alles müsse von unten nach oben organisiert und durchgesetzt werden.*“

Das Prinzip „nur von unten“ ist also ein *anarchistisches* Prinzip.

Engels zeigt gerade, wie überaus widersinnig dieses Prinzip in der Epoche der demokratischen Revolution ist. Aus ihm ergibt sich naturgemäß und zwangsläufig die praktische Schlußfolgerung, daß die Errichtung revolutionärer Regierungen ein Verrat an der Arbeiterklasse sei. Und die Bakunisten zogen in der Tat diesen Schluß, sie erhoben zum Prinzip, daß

„die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei“.

Wie der Leser sieht, haben wir gerade jene zwei „Prinzipien“ vor uns, zu denen sich auch die neue „Iskra“ verstiegen hat, nämlich: 1. zulässig sei nur die revolutionäre Aktion von unten, im Gegensatz zu der Taktik „sowohl von unten als auch von oben“; 2. die Beteiligung an einer provisorischen revolutionären Regierung sei Verrat an der Arbeiterklasse. Diese beiden neuskristischen Prinzipien sind anarchistische Prinzipien. Der tatsächliche Verlauf des Kampfes um die Republik in Spanien hat gerade den ganzen Widersinn und den ganzen reaktionären Charakter dieser beiden Prinzipien vor Augen geführt.

Engels zeigt dies an Hand einzelner Episoden der spanischen Revolution. Da bricht zum Beispiel die Revolution in der Stadt Alcoy aus. Alcoy ist eine Fabrikstadt neueren Datums von etwa 30 000 Einwohnern. Trotz der Leitung der Bakunisten, die von der Idee, die Revolution zu organisieren, prinzipiell nichts wissen wollten, siegt der Arbeiteraufstand. Hinterher prahlten dann die Bakunisten, sie seien „Herren der Situation“ geworden. Und was machten die „Herren“ aus ihrer „Situation“? fragt Engels. Erstens errichteten sie in Alcoy einen „Wohlfahrtsausschuß“, d. h. eine revolutionäre Regierung. Dabei hatten dieselben Allianzisten (Bakunisten) auf ihrem Kongreß am 15. September 1872, d. h. knapp zehn Monate vor der Revolution, beschlossen, „daß jede Organisation einer politischen, sogenannten provisorischen oder revolutionären Gewalt nur eine neue Prellerei sein kann und für das Proletariat ebenso gefährlich sein würde wie alle jetzt bestehenden Regierungen“. Statt diese anarchistischen Phrasen zu widerlegen, beschränkt sich Engels auf die sarkastische Bemerkung, daß gerade die Anhänger der Resolution „Mitglieder dieser provisorischen und revolutionären Regierungsgewalt“ in Alcoy waren. Engels behandelt diese Herrschaften mit der ihnen gebührenden Verachtung, weil sie, an die Macht gelangt, „absolute Rat-, Tat- und Hilflosigkeit“ an den Tag legten. Mit derselben Verachtung hätte Engels auf die bei den Girondisten der Sozialdemokratie so beliebten Beschuldigungen des „Jakobinismus“ geantwortet. Er zeigt, daß in einer Reihe anderer Städte, z. B. in San Lucar de Barrameda (eine Hafenstadt bei Cadix mit 26 000 Einwohnern), „die Allianzisten... auch hier, ganz gegen ihre anarchischen Grundsätze, eine revolutionäre Regierung gebildet“ hatten. Was er ihnen zum Vorwurf

macht, ist, daß sie „mit ihrer Herrschaft nichts anzufangen wußten“. Engels, der sehr gut weiß, daß die bakunistischen Arbeiterführer an den provisorischen Regierungen *zusammen mit den Intransigenten*, d. h. zusammen mit den Republikanern, den Vertretern der Kleinbürgerschaft, teilgenommen haben, macht den Bakunisten nicht ihre Beteiligung an der Regierung zum Vorwurf (wie das nach den „Prinzipien“ der neuen „Iskra“ getan werden müßte), sondern *mangelhafte Organisiertheit, nicht genügend energische Beteiligung* und die Unterordnung der Bakunisten unter die Leitung der Herren bürgerlichen Republikaner. Mit welch vernichtendem Sarkasmus Engels jene Leute überschüttet hätte, die in der Epoche der Revolution die Bedeutung der „technischen“ und militärischen Leitung degradieren, ist unter anderm daraus zu ersehen, daß Engels den bakunistischen Arbeiterführern Vorwürfe machte, weil sie, die in der revolutionären Regierung saßen, die „politische und *militärische* Leitung“ den Herren bürgerlichen Republikanern überließen und selber die Arbeiter mit pomphaften Redensarten und papiernen Projekten „sozialer“ Reformen abfertigten.

Als echter Jakobiner der Sozialdemokratie wußte Engels die Wichtigkeit der Aktion von oben nicht nur zu schätzen, hielt er die Beteiligung an einer revolutionären Regierung zusammen mit der republikanischen Bourgeoisie nicht nur für zulässig, sondern *forderte* auch eine solche Beteiligung sowie die energische militärische Initiative der revolutionären Macht. Engels hielt sich dabei für verpflichtet, *praktisch* anleitende *militärische* Ratschläge zu erteilen.

„Trotzdem“, sagt er, „hatte der, wenn auch hirnlos eingeleitete, Aufstand immer noch große Aussicht auf Erfolg, *wäre er nur mit einigem Verstand geleitet worden**, selbst nur nach der Weise der spanischen Militärrevolten, wo die Garnison einer Stadt sich erhebt, zur nächsten zieht, die schon vorher bearbeitete Garnison dieser Stadt mit sich fortreißt und lawinenartig anschwellend gegen die Hauptstadt vordringt, bis ein glückliches Gefecht oder der Übertritt der gegen sie gesandten Truppen den

* „Wäre er nur mit einigem Verstand geleitet worden.“ [Bei Lenin deutsch. *Der Übers.*] Armer Engels! Schade, daß er die neue „Iskra“ nicht kannte! Er hätte dann gewußt, wie verderblich, schädlich, utopisch, bürgerlich, technisch einseitig und verschwörerisch eng die „jakobinische“ Idee ist, daß ein Aufstand *geleitet* werden kann!

Sieg entscheidet. Diese Methode war diesmal ganz besonders anwendbar. Die Insurgenten waren überall seit längerer Zeit in Freiwilligenbataillone organisiert, deren Disziplin zwar erbärmlich war, aber sicher nicht erbärmlicher als die der Reste der alten, größtenteils auseinandergegangnen spanischen Armee. Die einzig zuverlässigen Truppen der Regierung waren die Gendarmen, und diese waren über das ganze Land zerstreut. Es kam vor allem darauf an, die Zusammenziehung der Gendarmen zu verhindern, und dies konnte nur geschehn, indem man angriffsweise verfuhr und sich aufs offene Feld wagte; viel Gefahr war nicht dabei, da die Regierung den Freiwilligen nur ebenso undisziplinierte Truppen entgegenstellen konnte, wie sie selbst waren. Und wollte man siegen, so gab's kein anderes Mittel."

So urteilte ein Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, als er Aufgaben des Aufstands und des unmittelbaren Kampfes in der Epoche eines revolutionären Ausbruchs vor sich hatte! Obwohl der Aufstand von den kleinbürgerlichen Republikanern begonnen wurde, obwohl für das Proletariat weder die Frage der sozialistischen Umwälzung noch die der elementar notwendigen politischen Freiheit stand — trotz alledem schätzte Engels die aktivste Beteiligung der Arbeiter am Kampf um die Republik ungemein hoch ein; forderte Engels von den Führern des Proletariats, daß sie ihre gesamte Tätigkeit der Notwendigkeit unterordnen, in dem begonnenen Kampf zu siegen; ging Engels, selbst ein Führer des Proletariats, dabei sogar auf Einzelheiten der militärischen Organisation ein; verschmähte Engels auch die veralteten Kampfmethoden der Militärrevolten nicht, insoweit dies für den Sieg notwendig war; maß Engels dem angriffsweisen Vorgehen und der Zentralisation der revolutionären Kräfte die allergrößte Bedeutung bei. Die bittersten Vorwürfe machte er den Bakunisten deswegen, weil sie das, „was im deutschen Bauernkrieg und in den deutschen Aufständen vom Mai 1849 ein unvermeidliches Ubel war — die *Zersplitterung und Vereinzelung der revolutionären Kräfte*, die denselben Regierungstruppen erlaubte, einen Aufstand nach dem andern niederzuschlagen —“, zum Prinzip erhoben hatten. Die Ansichten von Engels über die Durchführung des Aufstands, über die Organisation der Revolution, über die Ausnutzung der revolutionären Regierungsgewalt sind von den Nachtrabansichten der neuen „Iskra“ himmelweit entfernt.

Die Lehren der spanischen Revolution zusammenfassend, stellt Engels

vor allem fest: „Die Bakunisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen.“ Und zwar mußten sie erstens den Grundsatz der politischen und der Wahlenthaltung, den Grundsatz der „Abschaffung des Staats“ fallenlassen. Zweitens „ließen sie den Grundsatz fallen, daß die Arbeiter sich an keiner Revolution beteiligen dürften, die nicht die sofortige vollständige Emanzipation des Proletariats zum Zweck habe, und beteiligten sich an einer eingestandenermaßen rein bürgerlichen Bewegung“. Drittens — und diese Schlußfolgerung gibt gerade die Antwort auf unsere Streitfrage — „schlugen sie ihrem kaum erst proklamierten Glaubenssatz ins Gesicht: daß die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei — indem sie ganz gemütlich in den Regierungsausschüssen der einzelnen Städte figurierten, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitierte Minderzahl“. Unfähig, den Aufstand zu leiten, die revolutionären Kräfte zersplitternd, statt sie zu zentralisieren, die Leitung der Revolution den Herrn Bourgeois überlassend, die solide und starke Organisation der Internationale auflösend, „haben uns die Bakunisten in Spanien ein unübertreffliches Muster davon geliefert, wie man eine Revolution *nicht* machen muß“.

*

Das oben Dargelegte zusammenfassend, kommen wir zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die prinzipielle Beschränkung der revolutionären Aktion auf den Druck von unten und der Verzicht auf den Druck auch von oben ist *Anarchismus*.

2. Wer die neuen Aufgaben in der Epoche der Revolution, die Aufgaben der Aktion von oben nicht begreift, wer die Bedingungen und das Programm einer solchen Aktion nicht festzulegen versteht, der hat keine Ahnung von den Aufgaben des Proletariats in jeder demokratischen Revolution.

3. Das Prinzip, daß für die Sozialdemokratie die Beteiligung an einer provisorischen revolutionären Regierung zusammen mit der Bourgeoisie unzulässig, daß jede solche Beteiligung ein Verrat an der Arbeiterklasse sei, ist ein Prinzip des *Anarchismus*.

4. Jede „ernsthafte revolutionäre Lage“ stellt die Partei des Proletariats vor die Aufgabe der zielbewußten Leitung des Aufstands, der Organisation der Revolution, der Zentralisierung aller revolutionären Kräfte, der kühnen militärischen Offensive, der tatkräftigsten Ausnutzung der revolutionären Regierungsgewalt.

5. Marx und Engels hätten die Taktik der neuen „Iskra“ in dem jetzigen revolutionären Augenblick nie billigen können und hätten sie auch nie gebilligt, denn diese Taktik besteht gerade in der Wiederholung aller oben aufgezählten Fehler. Marx und Engels hätten die prinzipielle Stellung der neuen „Iskra“ als eine Betrachtung des „Hinterteils“ des Proletariats und als eine Wiederholung der anarchistischen Irrtümer bezeichnet.

Im folgenden Artikel wollen wir die Aufgaben der provisorischen revolutionären Regierung untersuchen.¹²⁴

DIE KATASTROPHE

Die Seeschlacht in der Straße von Korea fesselt die Aufmerksamkeit der politischen Presse der ganzen Welt. Zunächst versuchte die zaristische Regierung, ihren getreuen Untertanen die bittere Wahrheit zu verheimlichen, überzeugte sich aber bald von der Aussichtslosigkeit eines derartigen Versuchs. Die völlige Vernichtung der gesamten russischen Flotte zu verheimlichen wäre ohnehin unmöglich gewesen.

Wenn wir die politische Bedeutung der letzten Seeschlacht einschätzen wollen, müssen wir wiederholen, was wir in Nr. 2 des „Wperjod“* anlässlich des Falls von Port Arthur gesagt haben. Der vollständige militärische Zusammenbruch des zaristischen Rußlands wurde schon damals offenbar, aber das baltische Geschwader ließ den russischen Patrioten noch einen Hoffnungsschimmer. Alle begriffen, daß der endgültige Ausgang des Krieges von dem Sieg der einen oder der anderen Seite zur See abhängt. Die Selbstherrschaft erkannte, daß ein unglücklicher Kriegsausgang gleichbedeutend ist mit dem Sieg des „inneren Feindes“, d. h. mit dem Sieg der Revolution. Deshalb wurde alles auf eine Karte gesetzt. Hunderte Millionen Rubel wurden verausgabt, um das baltische Geschwader eiligst auf die Reise zu schicken. Eine buntscheckige Besatzung wurde zusammengestellt, in aller Eile wurden auf den Kriegsschiffen die letzten Vorkehrungen zur Ausfahrt getroffen, die Zahl dieser Schiffe wurde dadurch vergrößert, daß man den neuen und mächtigen Panzerschiffen „alte Kästen“ beigesellte. Eine große Armada — ebenso groß, ebenso schwerfällig, sinnlos, ohnmächtig, ungeheuerlich wie das ganze Russische Reich — stach in See, verausgabte wahnsinnig viel Geld für Kohlen, für ihren Unterhalt und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 34–42. *Die Red.*

rief, besonders nach dem glorreichen Sieg über die Fischerboote, wobei alle Gebräuche und Forderungen der Neutralität aufs gröbste verletzt wurden, das allgemeine Gelächter Europas hervor. Nach sehr bescheidenen Berechnungen kostete diese Armada an die 300 Millionen Rubel, und ihre Entsendung kam auf 100 Millionen Rubel zu stehen, insgesamt wurden also 400 Millionen Rubel für diesen letzten militärischen Einsatz der zaristischen Selbstherrschaft verschleudert.

Nun ist auch der letzte Einsatz verloren. Alle hatten das erwartet, aber niemand hatte geglaubt, daß die Niederlage der russischen Flotte zu einer so grausamen Vernichtung werden würde. Wie eine Horde Wilder stürzte sich die Armada der russischen Schiffe, blindlings auf die vorzüglich bewaffnete und mit allen modernen Verteidigungsmitteln ausgestattete japanische Flotte. Eine zweitägige Schlacht — und von den zwanzig Kriegsschiffen Rußlands mit ihren 12 000 bis 15 000 Mann Besatzung waren dreizehn versenkt und vernichtet, vier gefangengenommen, und nur eines („Almas“) konnte sich retten und entkam nach Wladiwostok. Mehr als die Hälfte der Besatzung kam um, Roshestwenski „persönlich“ wurde, ebenso wie sein nächster Gehilfe Nebogatow, gefangengenommen, während die ganze japanische Flotte — sie verlor nur drei Torpedoboote — aus dem Kampf unversehrt hervorging.

Die russische Kriegsflotte ist endgültig vernichtet. Der Krieg ist unwiderruflich verloren. Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis die russischen Truppen endgültig aus der Mandschurei vertrieben sind, bis sich Japan Sachalins und Wladiwostoks bemächtigt. Wir haben nicht nur eine militärische Niederlage, sondern den vollständigen militärischen Zusammenbruch der Selbstherrschaft vor uns.

Die Bedeutung dieses Zusammenbruchs als eines Zusammenbruchs des ganzen politischen Systems des Zarismus wird mit jedem neuen Schlag der Japaner sowohl für Europa als auch für das ganze russische Volk immer klarer. Alles wendet sich gegen die Selbstherrschaft — die verletzte nationale Eigenliebe der Groß- und der Kleinbourgeoisie und der empörte Stolz der Armee, der Schmerz über den Verlust von Zehntausenden und Hunderttausenden junger Menschenleben in dem sinnlosen Kriegsabenteuer und die Erbitterung wegen der Verschleuderung von Hunderten Millionen an Volksgeldern, die Furcht vor dem unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruch und einer langen Wirtschaftskrise infolge dieses Krie-

ges und die Angst vor einer mächtigen Volksrevolution, die der Zar (nach der Meinung der Bourgeoisie) durch rechtzeitige „vernünftige“ Zugeständnisse abwenden könnte und müßte. Das Verlangen nach Frieden wächst und breitet sich aus, die liberale Presse ist entrüstet, selbst die gemäßigtsten Elemente, wie die Grundbesitzer der „Schipowschen“ Richtung, beginnen zu drohen, und sogar das lakaienhafte „Nowoje Wremja“ fordert die sofortige Einberufung einer Volksvertretung.

Die europäische Bourgeoisie, diese sicherste Stütze der Zarenmacht, beginnt ebenfalls die Geduld zu verlieren. Es ängstigt sie die unvermeidliche Umgruppierung in den internationalen Beziehungen, die wachsende Macht des jungen und frischen Japans, der Verlust eines militärischen Bundesgenossen in Europa. Es beunruhigt sie das Schicksal jener Milliarden, die sie der Selbstherrschaft großmütig geliehen hatte. In große Unruhe versetzt sie die russische Revolution, die das europäische Proletariat allzusehr erregt und einen revolutionären Weltbrand heraufzubeschwören droht. Im Namen der „Freundschaft“ mit dem Zarismus appelliert sie an seine Vernunft, dringt sie auf Frieden — Frieden mit den Japanern und Frieden mit der liberalen russischen Bourgeoisie. Europa verschließt keineswegs die Augen davor, daß der Frieden mit Japan jetzt nur um einen sehr hohen Preis erkaufte werden kann, aber es kalkuliert nüchtern und sachlich, daß jeder neue Monat des Krieges außerhalb und der Revolution innerhalb des Landes diesen Preis unvermeidlich erhöht und die Gefahr eines solchen revolutionären Ausbruchs vergrößert, der die ganze Politik der „Zugeständnisse“ wie ein Sandkörnchen hinwegfegen würde. Europa begreift, daß es der Selbstherrschaft furchtbar schwer, ja fast unmöglich ist, jetzt haltzumachen — sie ist bereits zu weit gegangen, und nun versucht Europa, dieses bürgerliche Europa, sich selbst und seinen Verbündeten mit rosigen Traumbildern zu beruhigen.

Folgendes schreibt zum Beispiel das Blatt der französischen patriotischen Bourgeoisie, „Le Siècle“, in einem kleinen Artikel von Cornély, betitelt „Das Ende einer Epopöe“: „Jetzt, wo die Russen nach einer Reihe von Niederlagen zu Lande auch zu Wasser geschlagen worden sind, erwacht ihrer Regierung die Pflicht, Frieden zu schließen und ihre Streitkräfte zu reorganisieren. Abenteuerliche Regierungen sind mitunter durch ihre Ansprüche oder zum Schutz ihrer Sicherheit gezwungen, die von ihnen beherrschten Völker in einen Krieg hineinzuziehen. Und da für solche

Regierungen der Einsatz im Kampf um den Sieg ihre eigene Existenz ist, so verlangen sie von ihren Völkern immer neue und neue Opfer und führen sie so in das endgültige Verderben. So verlief in Frankreich die Geschichte unserer beiden Kaiserreiche. So wäre auch die Geschichte des dritten Kaiserreichs verlaufen, wenn bei uns die Errichtung eines solchen gelungen wäre.

Die Lage der russischen Regierung hingegen ist eben eine andere; sie wurzelt in den tiefsten Tiefen des russischen Volkes, und das gemeinsame Unglück entzweit nicht Regierung und Volk, sondern schweißt sie nur fester zusammen. Ein besiegter Cäsar ist kein Cäsar mehr. Ein unglücklicher Zar kann doch ein heiliger und populärer Zar bleiben.“

Aber o weh! Die Prahlerei des chauvinistischen französischen Krämers ist „schon zu offenkundig“, seine Beteuerungen, der Krieg habe die russische Regierung und das Volk nicht entzweit, stehen zu den allgemein bekannten Tatsachen so sehr im Widerspruch, daß sie ein Lächeln hervorrufen und als naive und harmlose List anmuten. Um seinen Freund und Bundesgenossen, den russischen Selbstherrscher, vor der unvermeidlichen Katastrophe zu bewahren, der er, wie ein echter „Cäsar“, blind und starrsinnig entgegengeht, versichert der französische Bourgeois diesem Cäsar freundlich, daß er anderen Cäsaren nicht ähnlich sein dürfe, daß er noch einen andern, einen bessern Ausweg habe. „Was die Menschen wünschen, glauben sie gern.“ Die französische Bourgeoisie wünscht sich so sehr einen mächtigen Bundesgenossen, den Zaren, daß sie sich mit einem romantischen Märchen von dem Unglück, das das russische Volk mit dem Zaren zusammenschweiße, einullt. Ernsthaft glaubt selbstverständlich auch Herr Cornély nicht an das Märchen — um so weniger haben wir Veranlassung, es ernst zu nehmen.

Abenteuerlich pflegen nicht nur die Regierungen von Cäsaren zu sein, sondern auch die der legitimsten Monarchen einer sehr alten Dynastie. In der russischen Selbstherrschaft, die um ein ganzes Jahrhundert hinter der Geschichte zurückgeblieben ist, gibt es mehr Abenteuerliches als in irgendeinem der französischen Kaiserreiche. Die Selbstherrschaft hat in ausgesprochen abenteuerlicher Weise das Volk in einen sinnlosen und schändlichen Krieg gestürzt. Jetzt steht sie vor dem verdienten Ende. Der Krieg hat alle Schwären der Selbstherrschaft aufgedeckt, hat ihre ganze Fäulnis zum Vorschein gebracht, ihre völlige Entzweigung mit dem Volk offenbart

und die einzigen Stützen der Cäsarenherrschaft zerschlagen. Der Krieg war ein strenges Gericht. Das Volk hat sein Urteil über diese Regierung von Räufern bereits gesprochen. Die Revolution wird das Urteil vollstrecken.

„Proletari“ Nr. 3,
9. Juni (27. Mai) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

REVOLUTIONÄRER KAMPF UND LIBERALES MAKLERTUM

Die Entstehung von politischen Parteien ist eine der interessantesten und charakteristischsten Besonderheiten unserer interessanten Epoche. Die alte Ordnung, die Selbstherrschaft, bricht zusammen. Immer breitere Schichten, nicht nur der sogenannten „Gesellschaft“, d. h. der Bourgeoisie, sondern auch des „Volkes“, d. h. der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, beginnen darüber nachzudenken, wie und was für eine neue Ordnung aufgebaut werden soll. Für das klassenbewußte Proletariat sind diese Versuche der verschiedenen Klassen, ein Programm zu umreißen und eine Organisation des politischen Kampfes aufzustellen, von großer Bedeutung. Wenn diese Versuche, die meist von einzelnen, niemandem rechenschaftspflichtigen und niemanden führenden „Politikern“ ausgehen, auch noch soviel Zufälliges, Willkürliches, mitunter Phrasenhaftes enthalten – im großen und ganzen äußern sich darin dennoch mit unwiderstehlicher Kraft die Grundinteressen und die Grundtendenzen der großen gesellschaftlichen Klassen. Aus dem scheinbaren Chaos von Erklärungen, Forderungen, Programmen zeichnet sich die politische Physiognomie unserer Bourgeoisie und ihr wahres (nicht nur vorgetäushtes) politisches Programm ab. Das Proletariat erhält immer mehr und mehr Material, um beurteilen zu können, wie die russische Bourgeoisie, die jetzt von politischem Handeln spricht, *handeln* wird, welche Stellung sie im entscheidenden revolutionären Kampf, dem Rußland so rasch entgegengieht, einnehmen wird.

Das im Ausland erscheinende „Oswoboshdenije“ [Die Befreiung], das ohne jede Behinderung durch die Zensur die Bilanz der zahllosen Manifestationen der russischen Liberalen zieht, liefert manchmal besonders

wertvolles Material zum Studium der Politik der Bourgeoisie. Das soeben von ihm veröffentlichte (oder aus der Zeitung „Nowosti“ [Neuigkeiten] vom 5. April nachgedruckte) „Programm des ‚Bundes der Befreiung‘“, mit lehrreichen Kommentaren von Herrn P. S., bildet eine vortreffliche Ergänzung zu den Beschlüssen der Semstwotagungen und zum Verfassungsentwurf der „Oswoboshdenije“-Leute, von dem wir in Nr. 18 des „Wperjod“* gesprochen haben. „Mit der Ausarbeitung und Votierung dieses Programms“, sagt mit Recht Herr P. S., „ist ein großer Schritt zur Schaffung einer russischen konstitutionell-demokratischen Partei getan.“

Zweifellos ist das für die russischen Liberalen ein großer Schritt, der sich vom Hintergrund der schon ziemlich langen Epopöe liberaler Manifestationen abhebt. Wie klein ist aber dennoch dieser große liberale „Schritt“ verglichen mit dem, was zur Schaffung einer wirklichen Partei notwendig ist, verglichen sogar mit dem, was die Sozialdemokratie zu diesem Zweck schon geschaffen hat! Die Bourgeoisie verfügt über eine unermesslich größere Freiheit des legalen Auftretens als das Proletariat, über unvergleichlich mehr intellektuelle Kräfte und Geldmittel, über ungleich größere Bequemlichkeiten für die Organisation einer Partei — und trotzdem haben wir immer noch eine „Partei“ vor uns ohne offiziellen Namen, ohne ein allgemeines, klares und genaues Programm, ohne Taktik, ohne Parteiorganisation, eine „Partei“, die nach der Äußerung des kompetenten Herrn P. S. aus einer „Semstwofraktion“ und aus dem „Bund der Befreiung“, d. h. aus einem unorganisierten Konglomerat von Personen plus einer Organisation besteht. Vielleicht sind übrigens die Mitglieder der Semstwofraktion „Parteimitglieder“ in jenem berühmten Sinne, daß sie das Programm anerkennen und dabei „unter der Kontrolle einer der Parteiorganisationen“, einer der Gruppen des „Bundes der Befreiung“, arbeiten? So sehr eine derartige Auffassung der Parteimitgliedschaft dem ganzen Geist der Sozialdemokratie widerspricht, so bequem und zweckmäßig ist sie für die Liberalen, so sehr entspricht sie ihrer ganzen politischen Physiognomie. Aus dieser Auffassung von der Partei (ausgedrückt nicht in einem geschriebenen Statut, sondern im realen Aufbau dieser „Partei“) ergibt sich unter anderem die Tatsache, daß die organisierten Parteimitglieder, d. h. die Mitglieder des „Bundes der Befreiung“, in ihrer Mehrzahl zwar für das Einkammersystem sind, es aber nichtsdestoweniger in ihr

* Siehe den vorliegenden Band, S. 424/425. *Die Red.*

Programm nicht aufgenommen haben, daß sie diese Frage völlig mit Schweigen übergehen — den unorganisierten Parteimitgliedern zuliebe, der „Semstwofraktion“ zuliebe, die für das Zweikammersystem ist. Das „Kräfte“verhältnis ist für die politisch aktive Bourgeoisie sozusagen providentiell: die organisierten Intellektuellen denken und die unorganisierten Geschäftemacher, die Geldsäcke, die Kapitalisten, lenken.

Herr P. S., der aus vollem Herzen das Programm des „Bundes der Befreiung“ begrüßt, verteidigt dabei *prinzipiell* den Umstand, daß das Programm unklar, unvollständig und unfertig ist, daß es in organisatorischer Hinsicht verschwommen ist und daß über Taktik nichts gesagt wird, verteidigt es mit Erwägungen der „Realpolitik“! Wir werden noch auf diesen herrlichen, für das ganze Wesen des bürgerlichen Liberalismus äußerst charakteristischen Begriff zurückkommen; zunächst aber wollen wir die Grundlagen des liberalen Programms untersuchen.

Wie wir bereits sagten, hat die Partei keinen offiziellen Namen. Herr P. S. bezeichnet sie mit demselben Namen, der wohl auch in den Spalten unserer legalen liberalen Zeitungen figuriert, nämlich als „konstitutionell-demokratische Partei“. Wie unwichtig die Frage des Namens auf den ersten Blick auch scheinen mag, so erhalten wir auch hier sofort Material, um zu erläutern, warum die Bourgeoisie, zum Unterschied vom Proletariat, sich mit politischer Verschwommenheit begnügen und sie sogar „prinzipiell“ verteidigen *muß* — eben „muß“, nicht allein aus den subjektiven Stimmungen oder Eigenschaften ihrer Führer heraus, sondern infolge der objektiven Existenzbedingungen der gesamten Bourgeoisieklasse als Ganzes. Die Bezeichnung „konstitutionell-demokratische Partei“ erinnert sofort an den bekannten Ausspruch: Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen. Die Bezeichnung „konstitutionell-demokratische Partei“ ist erfunden worden, um den *monarchistischen* Charakter der Partei zu verbergen. In der Tat, wer wüßte denn nicht, daß diese ganze Partei, sowohl in Gestalt ihres Unternehmerflügels, der Semstwofraktion, als auch in Gestalt des „Bundes der Befreiung“, für die Monarchie eintritt? Die einen wie die anderen sprechen nicht einmal von der Republik, da sie solche Gespräche für „unseriös“ halten, und in ihrem Verfassungsentwurf wird unverhüllt und eindeutig die Monarchie als Regierungsform anerkannt. Wir haben folglich eine Partei von Anhängern der konstitutionellen Monarchie vor uns, eine Partei der konstitutionellen

Monarchisten. Das ist eine Tatsache, die nicht dem geringsten Zweifel unterliegt und durch keinerlei Redensarten über die „prinzipielle“ Anerkennung der Republik aus der Welt zu schaffen ist (obwohl wir solche Redensarten von den „konstitutionellen Demokraten“ bisher noch nicht zu hören bekamen!), denn es geht ja eben nicht um eine rein „prinzipielle“, sondern um die praktisch-politische Anerkennung der Republik, um den Willen, die Republik zu erkämpfen, und um die Notwendigkeit, zu kämpfen.

Aber das ist es ja gerade, daß es den Herren Bourgeois *unmöglich* ist, sich schon jetzt mit ihrem richtigen Namen zu bezeichnen. Das ist ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, nackt auf die Straße zu gehen. Man kann nicht offen die Wahrheit sagen, man kann nicht laut aussprechen, was ist*, weil das gleichbedeutend wäre mit der Anerkennung eines der ungeheuerlichsten und schädlichsten politischen Privilegien, gleichbedeutend mit der Anerkennung des eigenen *Antidemokratismus*. Dies kann die um politische Freiheit kämpfende Bourgeoisie nicht zugeben, nicht nur deshalb, weil das sehr blamabel, genierlich und unanständig wäre. Nein, die Männer der bürgerlichen Politik machen vor keiner Unanständigkeit halt, sobald ihre Interessen das erfordern. Aber augenblicklich erfordern ihre *Interessen* die Freiheit, und die Freiheit kann man nicht *ohne das Volk* erlangen, die Unterstützung des Volkes aber kann man sich nicht sichern, ohne sich „Demokrat“ (= Anhänger der Selbstherrschaft des Volkes) zu nennen, *ohne seinen Monarchismus zu verbergen*.

Die Klassenlage der Bourgeoisie führt somit unvermeidlich dazu, daß schon die Formulierung ihrer politischen Grundaufgaben mit innerer Unbeständigkeit und Verlogenheit verbunden ist: Der Kampf um die Freiheit, um die Vernichtung der jahrhundertealten Privilegien der Selbstherrschaft ist unvereinbar mit der Verteidigung der Privilegien des Privateigentums, denn diese Privilegien zwingen dazu, mit der Monarchie „behutsam umzugehen“. Das reale Programm der monarchistischen Verfassung wird deshalb in das hübsche, luftige Gewand einer demokratischen Verfassung gehüllt. Und diese Beschönigung der realen Inhalte des Programms durch ein wissentlich verlogenes, zur Schau getragenes Flitterwerk nennt sich „Realpolitik“ ... Der Ideologe der liberalen Bourgeoisie spricht deshalb mit unnachahmlicher Geringschätzung, mit großartiger Selbstgefälligkeit von der „theoretischen Selbsterbauung“, mit der sich die „Ver-

* „aussprechen, was ist“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

treter der extremen Parteien“ beschäftigen („Oswoboshdenije“ Nr. 69/70, S. 308). Die Realpolitiker der Bourgeoisie wollen sich weder an Gesprächen noch auch nur an Träumen von der Republik erbauen, da sie für die Republik nicht kämpfen wollen. Aber gerade deshalb fühlen sie den unwiderstehlichen Drang, das Volk mit dem Lockmittel des „Demokratismus“ zu erbauen. Sie wollen sich nicht darüber täuschen, daß sie nicht imstande sind, auf die Monarchie zu verzichten, und gerade deshalb müssen sie das Volk täuschen, indem sie ihren Monarchismus verschweigen.

Wie man sieht, ist der Name einer Partei gar keine so zufällige und so unwichtige Sache, wie man auf den ersten Blick glauben könnte. Mitunter verrät schon das Schreiende, das Gekünstelte des Namens das tiefe innere Gebrechen des ganzen Programms und der ganzen Taktik einer Partei. Je tiefer der Ideologe der Großbourgeoisie seine Ergebenheit gegenüber der Monarchie empfindet, um so lauter sind seine Versicherungen und Beteuerungen, mit denen er alle Welt von seiner demokratischen Gesinnung überzeugen möchte. Je mehr der Ideologe der Kleinbourgeoisie deren Unbeständigkeit, deren Unfähigkeit zum konsequenten und standhaften Kampf für die demokratische Revolution und für den Sozialismus widerspiegelt, um so größer wird sein Eifer sein, wenn er von der Partei der „Sozialrevolutionäre“ redet, von der treffend gesagt wurde, daß ihr Sozialismus gar nicht revolutionär ist und ihr Revolutionarismus mit Sozialismus überhaupt nichts zu tun hat. Es fehlt nur noch, daß die Verfechter der Selbstherrschaft sich „Volkspartei“ nennen (wie sie es bereits mehr als einmal versucht haben), damit wir ein vollständiges Bild davon bekommen, wie Klasseninteressen in politischen Aushängeschildern umgemodelt werden.

Das Aushängeschild der liberalen Bourgeoisie (oder das Programm des „Bundes der Befreiung“) beginnt, wie es einem Aushängeschild auch zukommt, mit einer effektvollen Einleitung: „Der ‚Bund der Befreiung‘ ist der Meinung, daß sich die schwere äußere und innere Krise, die Rußland durchmacht, gegenwärtig derart zugespitzt hat, daß das Volk die Lösung dieser Krise in die eigenen Hände nehmen muß, zusammen mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen, die gegen das bestehende Regime aufgetreten sind.“

Die Macht soll also in die Hände des Volkes übergehen, es lebe die Selbstherrschaft des Volkes an Stelle der Selbstherrschaft des Zaren. Nicht

wahr, meine Herren? Das ist es doch, was der Demokratismus verlangt?

Aber nein, das wäre theoretische Selbsterbauung und Verkennung der Realpolitik. Zur Zeit befindet sich die gesamte Macht in den Händen der absolutistischen Monarchie. Ihr gegenüber steht das Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, die den Kampf bereits begonnen haben, ihn hartnäckig führen und sich womöglich... womöglich durch diesen Kampf bis zur vollständigen Niederwerfung des Feindes hinreißen lassen. Doch neben dem „Volk“ stehen noch „andere gesellschaftliche Gruppen“, d. h. die „Gesellschaft“, d. h. die Bourgeoisie, die Grundbesitzer, die Kapitalisten, die Berufszintelligenz. Also muß man die Macht in drei gleiche Teile teilen. Das eine Drittel läßt man der Monarchie, das andere gibt man der Bourgeoisie (ein Oberhaus, das auf einem indirekten und, wenn möglich, faktisch ungleichen, nicht auf dem allgemeinen Wahlrecht beruht), das restliche Drittel ist für das Volk (ein Unterhaus auf der Basis des allgemeinen usw. Wahlrechts). Das würde eine „gerechte“ Teilung sein, bei der ein sicherer Schutz des Privateigentums sowie die Möglichkeit gewährleistet wäre, die organisierte Gewalt der Monarchie (Armee, Bürokratie, Polizei) gegen das Volk zu richten, falls es sich durch irgendeine der „unvernünftigen“ Forderungen, die die „Vertreter der extremen Parteien aus lauter theoretischer Selbsterbauung“ aufstellen, „hinreißen“ lassen sollte. Diese gerechte Teilung, durch die das revolutionäre Volk auf eine ungefährliche Minderheit, auf ein Drittel, reduziert wird, würde eine „grundlegende Umgestaltung nach den Grundsätzen des Demokratismus“ sein, aber beileibe nicht nach den Grundsätzen des Monarchismus oder nach denen der bürgerlichen Privilegien.

Wie soll diese Teilung bewerkstelligt werden? Durch ehrliches Maklertum. Das hat Herr P. Struve schon vor langem prophetisch vorausgesagt, schon im Vorwort zu Wittes Denkschrift, wo er feststellte, daß die gemäßigten Parteien durch die Verschärfung des Kampfes zwischen den extremen Parteien stets gewinnen. Der Kampf zwischen der Selbstherrschaft und dem revolutionären Volk verschärft sich. Man muß zwischen jener und diesem lavieren, man muß sich gegen die Selbstherrschaft auf das revolutionäre Volk stützen (indem man es mit dem „Demokratismus“ ködert) und gegen die „Extreme“ des revolutionären Volkes auf die Monarchie. Bei geschicktem Lavieren wird unbedingt so etwas wie die oben-

erwähnte Teilung herauskommen, wobei der Bourgeoisie auf jeden Fall und unbedingt mindestens das eine „Drittel“ gesichert sein wird, während die Verteilung der Anteile zwischen Volk und Selbstherrschaft vom Ausgang ihres Entscheidungskampfes abhängt. Auf wen man sich vorzugsweise zu stützen hat, hängt ganz von der Situation ab: das ist das Wesen der Kuhhandel-, wollte sagen der „Real“ politik.

Im gegebenen Augenblick befindet sich noch die ganze Macht in den Händen der Selbstherrschaft. Deshalb muß man sagen, daß das Volk die Macht in seine Hände nehmen müsse. Deshalb muß man sich Demokrat nennen. Deshalb muß man die „sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen usw. Wahlrechts zur Ausarbeitung einer russischen Verfassung“ fordern. Das Volk ist jetzt nicht bewaffnet, es ist zersplittert, nicht organisiert, machtlos gegen die absolutistische Monarchie. Die vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung wird es vereinigen und eine große Kraft darstellen, die der Macht des Zaren entgegensteht. Dann erst, wenn die Macht des Zaren und die vereinigte Kraft des revolutionären Volkes einander gegenüberstehen, dann erst kommt für die Bourgeoisie der wahre Festtag, dann erst wird man mit der größten Aussicht auf Erfolg diese beiden Kräfte „in Einklang bringen“ und das günstigste Resultat für die besitzenden Klassen sichern können.

So rechnen die Realpolitiker des Liberalismus. Die Rechnung ist nicht dumm. In diese Rechnung wird ganz bewußt die Beibehaltung der Monarchie und die Zulassung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung nur neben der Monarchie eingesetzt. Die Bourgeoisie will nicht den Sturz der bestehenden Macht, die Ersetzung der Monarchie durch die Republik. Deshalb ist die Bourgeoisie Rußlands (nach dem Vorbild der deutschen Bourgeoisie von 1848) für eine „Vereinbarung“ zwischen Volk und Thron. Um dieser Vereinbarungspolitik den Erfolg zu sichern, darf weder das eine noch das andere der kämpfenden Lager, weder das Volk noch der Thron, einen vollständigen Sieg davontragen, müssen sie sich gegenseitig die Waage halten. Dann und nur dann wird sich die Bourgeoisie mit der Monarchie einigen und dem Volk die Unterwerfung vorschreiben, das Volk zwingen können, sich mit einem „Drittel“... oder vielleicht gar mit einem Hundertstel der Macht zufriedenzugeben. Die konstituierende Versammlung wird gerade Kraft genug

haben, den Zaren zur Gewährung einer Verfassung zu zwingen, aber eine größere Kraft wird *und darf sie* (vom Standpunkt der Interessen der Bourgeoisie) *nicht* besitzen. Sie soll nur der Monarchie die Waage halten, sie aber nicht stürzen, sie soll die materiellen Machtinstrumente (Armee usw.) in den Händen der Monarchie belassen.

Die Oswoboshdenzen machen sich über die Schipowleute lustig, die dem Zaren die Kraft der Macht und dem Volk die Kraft der Meinung gewähren wollen. Aber stehen denn die Oswoboshdenzen im Grunde genommen nicht auf demselben Standpunkt wie die Schipowleute? Sie wollen doch auch dem Volk nicht die *ganze* Macht geben, sie selbst sind doch auch für eine *Vereinbarung* der Macht des Zaren mit der Meinung des Volkes!

Wir sehen also, daß die Interessen der Bourgeoisie als Klasse im gegebenen revolutionären Augenblick ganz natürlich und unvermeidlich dazu führen, die Losung der konstituierenden Versammlung aufzustellen, aber *keinesfalls die Losung der provisorischen revolutionären Regierung*. Die erste Losung ist die Losung oder wurde zur Losung der Politik der Vereinbarung, des Kuhhandels und des Maklertums. Die zweite ist die Losung des revolutionären Kampfes. Die erste ist die Losung der monarchistischen Bourgeoisie, die zweite die Losung des revolutionären Volkes. Die erste Losung sichert am ehesten die Möglichkeit, trotz des revolutionären Ansturms des Volkes die Monarchie beizubehalten. Die zweite bahnt den direkten Weg zur Republik. Die erste läßt dem Zaren die Macht und beschränkt sie nur durch die Meinung des Volkes. Die zweite ist die einzige Losung, die konsequent und vorbehaltlos zur Selbstherrschaft des Volkes im vollen Sinne dieses Wortes führt.

Nur dieser grundlegende Unterschied zwischen den politischen Aufgaben, die sich die liberale Bourgeoisie, und denen, die sich das revolutionäre Proletariat stellt, erklärt uns außer den obenerwähnten noch eine ganze Reihe zweitrangiger Züge im „Oswoboshdenzen“-Programm. Nur vom Standpunkt dieses Unterschieds kann man z. B. die *Notwendigkeit* des Vorbehalts der Oswoboshdenzen begreifen, daß die Beschlüsse ihres Bundes „nur insofern als *bindend* angesehen werden können, als die politischen Verhältnisse unverändert bleiben“, daß ein „Element des Provisoriums und der Bedingtheit“ im Programm zulässig sei. Dieser Vorbehalt (der in den Kommentaren des Herrn P. S. eingehend und besonders „ge-

nießerisch" entwickelt wird) ist für die Partei der „Vereinbarung“ zwischen Volk und Zarismus unbedingt notwendig. Dieser Vorbehalt gibt aufs deutlichste zu verstehen, daß die Mitglieder des „Bundes der Befreiung“ im Namen der Kuhhandel- („Real“-)politik auf sehr, sehr viele ihrer demokratischen Forderungen verzichten werden. Ihr Programm ist nicht der Ausdruck ihrer unerschütterlichen Überzeugungen (die die Bourgeoisie nicht hat), es weist nicht darauf hin, wofür unbedingt gekämpft werden muß. Nein, ihr Programm ist ein bloßes *Feilschen*, das von vornherein mit einem unausbleiblichen „Preisnachlaß“ rechnet, je nach der „Festigkeit“ des einen oder des anderen kämpfenden Lagers. Die konstitutionell-„demokratische“ (lies: konstitutionell-monarchistische) Bourgeoisie wird sich mit dem Zarismus auf einen niedrigeren Preis einigen als ihr jetziges Programm, das unterliegt keinem Zweifel, und das klassenbewußte Proletariat darf sich in dieser Hinsicht keine Illusionen machen. Daher die Gegnerschaft des Herrn P. S. gegen die Teilung in ein Minimalprogramm und ein Maximalprogramm, gegen „feste programmatische Beschlüsse überhaupt“. Daher die Beteuerungen des Herrn P. S., daß das Programm des „Bundes der Befreiung“ (das absichtlich nicht in Form einer präzisen Formulierung bestimmter Forderungen, sondern in Gestalt einer literarischen, annähernden *Schilderung* dieser Forderungen dargelegt ist), „mehr als genug ist für eine Partei, die sich realpolitische Ziele gesetzt hat“. Daher wird im Programm der monarchistischen „Demokraten“ die Bewaffnung des Volkes verschwiegen, daher weicht man einer entschiedenen Formulierung der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat aus, daher bezeichnet man die Abschaffung der indirekten Steuern als undurchführbar, daher ersetzt man die politische Selbstbestimmung der unterdrückten Völkerschaften durch ihre kulturelle Selbstbestimmung. Daher auch die naiv offenerzige Feststellung des Zusammenhangs zwischen Demokratismus und den Interessen des Kapitals, die Feststellung, daß die „Förderung einzelner Unternehmungen und Unternehmer durch die verstärkte Förderung der Entwicklung der Produktivkräfte des Volkes“ ersetzt, die „Prosperität der Industrie“ begünstigt werden muß usw. Daher die Reduzierung der Agrarreform auf eine rein bürokratische „Zuweisung“ von Land an die Bauern, wobei den Gutsbesitzern unbedingt eine „Entschädigung“ für die den Bauern zuzuweisenden Ländereien garantiert wird, d. h. mit anderen Worten, die entschiedene Verteidigung der Un-

antastbarkeit des die Knechtschafts- und Leibeigenschaftsverhältnisse aufrechterhaltenden „Eigentums“. Das alles — wir wiederholen — ist das natürliche und unvermeidliche Resultat der Stellung der Bourgeoisie als Klasse in der modernen Gesellschaft. Das alles bestätigt den grundlegenden Unterschied zwischen der proletarischen Politik des revolutionären Kampfes und der bürgerlichen Politik des liberalen Maklertums.

„Proletari“ Nr. 3,
9. Juni (27. Mai) 1905.

*Nach dem mit dem Manuskript
vergleichenen Text des „Proletari“.*

AN DIE JÜDISCHEN ARBEITER¹²⁵

Anlässlich der Herausgabe des Berichts über den III. Parteitag der SDAPR in jiddischer Sprache hält es die Redaktion des Zentralorgans der Partei für notwendig, einige Worte zu sagen.

Die Lebensbedingungen des klassenbewußten Proletariats der ganzen Welt verlangen die Herstellung einer möglichst engen Verbindung und einer größeren Einheitlichkeit im planmäßigen sozialdemokratischen Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten. Die große Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, die vor über einem halben Jahrhundert zum erstenmal erscholl, ist jetzt nicht mehr nur die Losung der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder. Diese Losung wird immer mehr lebendige Wirklichkeit, sowohl in der Vereinheitlichung der Taktik der internationalen Sozialdemokratie als auch in der Herstellung der organisatorischen Einheit unter den Proletariern der verschiedenen Nationalitäten, die unter dem Joch ein und desselben despotischen Staates für die Freiheit und den Sozialismus kämpfen.

In Rußland leiden die Arbeiter aller Nationalitäten unter einem wirtschaftlichen und politischen Joch, wie es in keinem anderen Staat besteht, und zwar vor allem jene Arbeiter, die nicht der russischen Nationalität angehören. Die jüdischen Arbeiter leiden nicht nur unter dem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Joch, das sie als eine rechtlose Nationalität niederdrückt, sondern außerdem noch unter einem Joch, das sie der elementaren Bürgerrechte beraubt. Je drückender dieses Joch ist, um so gebieterischer ist die Notwendigkeit einer möglichst engen Vereinigung der Proletarier der verschiedenen Nationalitäten, da ohne solch eine Vereinigung ein siegreicher Kampf gegen dieses Joch nicht möglich ist. Je eifriger die räuberische zaristische Selbstherrschaft bestrebt ist, Zwietracht, Miß-

trauen und Feindschaft unter den von ihr unterdrückten Nationalitäten zu säen, je widerwärtiger ihre Politik der Aufhetzung der unaufgeklärten Massen zu bestialischen Pogromen ist, um so mehr haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, daran zu arbeiten, daß sich alle zersplitterten sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Nationalitäten in einer einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vereinigen.

Der I. Parteitag unserer Partei, der im Frühjahr 1898 stattfand, setzte sich das Ziel, diese Einheit zu verwirklichen. Um jeden Gedanken an einen national begrenzten Charakter der Partei auszuschließen, nannte sie sich nicht Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands. Die Organisation der jüdischen Arbeiter, der „Bund“, trat der Partei als autonomer Teil bei. Leider wurde von diesem Zeitpunkt an die Einheit der jüdischen und nichtjüdischen Sozialdemokraten in einer Partei untergraben. Unter den Führern des „Bund“ begannen sich nationalistische Ideen zu verbreiten, die zu der ganzen Weltanschauung der Sozialdemokratie in krassstem Widerspruch stehen. Statt auf die Annäherung der jüdischen Arbeiter an die nichtjüdischen hinzuarbeiten, begab sich der „Bund“ auf den Weg der Lösung jener von diesen, indem er auf seinen Kongressen die Sonderstellung der Juden als Nation betonte. Anstatt die Arbeit des I. Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Rußlands in der Richtung einer noch festeren Vereinigung des „Bund“ mit der Partei fortzusetzen, unternahm der „Bund“ Schritte zu seiner Lostrennung von der Partei: Zunächst trat der „Bund“ aus der einheitlichen Auslandsorganisation der SDAPR aus und gründete eine selbständige Auslandsorganisation; als sich dann der II. Parteitag unserer Partei im Jahre 1903 mit erheblicher Stimmenmehrheit weigerte, den „Bund“ als einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, trat der „Bund“ auch aus der SDAPR aus. Er beharrte fest darauf, daß er nicht nur der einzige Vertreter des jüdischen Proletariats sei, sondern daß er außerdem in seiner Tätigkeit durch keinen territorialen Rahmen beengt werden dürfe. Es versteht sich, daß der II. Parteitag der SDAPR solche Bedingungen nicht annehmen konnte, weil in einer ganzen Reihe von Gebieten, zum Beispiel in Südrußland, das organisierte jüdische Proletariat der allgemeinen Parteiorganisation angehört. Ohne darauf Rücksicht zu nehmen, trat der „Bund“ aus der Partei aus und zerstörte so die Einheit des sozialdemokratischen Proletariats, un-

geachtet der auf dem II. Parteitag gemeinsam geleisteten Arbeit und ungeachtet des Programms und des Organisationsstatuts der Partei.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hat auf ihrem II. und III. Parteitag ihrer unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß dieser Austritt aus der Partei ein schwerer und bedauerlicher Fehler des „Bund“ ist. Dieser Fehler des „Bund“ ist das Resultat seiner prinzipiell unhaltbaren nationalistischen Ansichten, das Resultat eines unbegründeten Anspruchs auf das Monopol der alleinigen Vertretung des jüdischen Proletariats, aus dem sich unvermeidlich das föderalistische Organisationsprinzip ergibt, das Resultat einer jahrelangen Politik der Entfernung und Absonderung von der Partei. Wir sind überzeugt, daß dieser Fehler korrigiert werden muß und mit dem weiteren Wachstum der Bewegung auch unbedingt korrigiert wird. In ideologischer Hinsicht betrachten wir uns als eins mit dem jüdischen sozialdemokratischen Proletariat. Unser Zentralkomitee betrieb nach dem II. Parteitag keine nationalistische Politik, sondern bemühte sich um die Bildung von solchen Komitees (Polesje, Nordwesten), die alle Arbeiter eines Orts, sowohl die jüdischen als auch die nichtjüdischen, zu einem Ganzen zusammenfassen. Auf dem III. Parteitag der SDAPR wurde die Herausgabe von Literatur in jiddischer Sprache beschlossen. Wir beginnen jetzt mit der Durchführung dieses Beschlusses und drucken in jiddischer Sprache die vollständige Übersetzung des Berichts über den III. Parteitag der SDAPR, der russisch bereits erschienen ist. Aus diesem Bericht werden die jüdischen Arbeiter — sowohl diejenigen, die gegenwärtig unserer Partei angehören, als auch jene, die vorübergehend außerhalb der Partei stehen — ersehen, wie sich unsere Partei entwickelt. Die jüdischen Arbeiter werden aus diesem Bericht ersehen, daß unsere Partei bereits auf dem Wege ist, jene innere Krise zu überwinden, unter der sie nach dem II. Parteitag zu leiden hatte. Sie werden sehen, welches die tatsächlichen Bestrebungen unserer Partei sind und wie ihr Verhältnis zu den anderen nationalen sozialdemokratischen Parteien und Organisationen ist, sie werden sehen, wie das Verhältnis der Gesamtpartei und ihrer zentralen Körperschaft zu den einzelnen Teilen ist, aus denen sie besteht. Endlich werden sie daraus ersehen — und das ist das Wichtigste —, welche taktischen Direktiven der III. Parteitag der SDAPR für die Politik des ganzen klassenbewußten Proletariats im gegebenen revolutionären Zeitpunkt ausgearbeitet hat.

Genossen! Die Zeit des politischen Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft, des Kampfes des Proletariats für die Freiheit aller Klassen und Völker Rußlands, für die Freiheit des proletarischen Strebens zum Sozialismus rückt näher. Schwere Prüfungen harren unser. Von unserem Bewußtsein und unserer vorbereitenden Arbeit, von unserer Einigkeit und Entschlossenheit hängt der Ausgang der Revolution in Rußland ab. Also kühner und einmütiger an die Arbeit! Tun wir alles, was in unseren Kräften steht, damit die Proletarier der verschiedenen Nationalitäten unter der Führung der wirklich einigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands der Freiheit entgegengehen!

*Die Redaktion des Zentralorgans der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands*

Geschrieben Ende Mai (Anfang Juni) 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1905 als Vorwort
zu der Broschüre „Bericht über den
III. Parteitag der Sozialdemokratischen
Arbeiterpartei Rußlands“ in jiddischer
Sprache.*

*Nach dem ins Russische
rückübersetzten Text der
Broschüre.*

EIN NEUER REVOLUTIONÄRER ARBEITERBUND

Uns wurden in Rußland gedruckte und verbreitete Aufrufe des Zentralkomitees des Russischen Befreiungsbundes (RBB) zugestellt: 1. ein Aufruf ohne Anrede, der die Ziele des RBB und seinen Charakter darlegt; 2. ein Aufruf an die Arbeiter über die Gründung eines Arbeiterbundes des RBB und 3. das Statut dieses Arbeiterbundes. Aus den Dokumenten ist zu ersehen, daß „der RBB nicht irgendeine Partei mit einem bestimmten, nur ihr eigenen Programm ist, sondern vielmehr eine Vereinigung aller derer, die danach streben, daß die Macht der Selbstherrschaft entzogen und dem Volk übergeben wird, und zwar mit Hilfe des bewaffneten Aufstands, auf dem Wege der Einberufung einer“ aus dem allgemeinen usw. Wahlrecht hervorgegangenen „konstituierenden Versammlung“. „Die unaufschiebbare Notwendigkeit“, lesen wir im ersten Aufruf, „das allgemeine nächste Ziel, die konstituierende Versammlung; zu erreichen, veranlaßte die Entstehung des RBB, der das Ziel verfolgt, alle diejenigen, die die politische Freiheit Rußlands erstreben, zusammenzufassen und praktisch das Werk der Revolution zu vollbringen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, stellt der RBB seine Tätigkeit ein, nachdem er einer organisierten Bürgermiliz den Schutz der Volksvertreter und die Sache der öffentlichen Sicherheit übertragen hat.“

Das Statut des Arbeiterbundes besteht aus 43 Paragraphen. Als Ziel des Arbeiterbundes wird festgelegt: „1. Organisierung von Kampfgruppen für den bewaffneten Aufstand; 2. Sammlung der notwendigen Geldmittel für die Bewaffnung und für eine Literatur streng proletarischen Charakters.“ Die Organisation des Arbeiterbundes besteht aus vierstufigen Kollegien: 1. Gruppen von Arbeitern (vorwiegend aus ein und der-

selben Werkstatt); 2. Räte der Betriebe; 3. Bezirksversammlungen und 4. Komitees des Arbeiterbundes. Alle höheren Kollegien bestehen aus gewählten Vertretern der unteren Kollegien mit zwei Ausnahmen: erstens gehört den Komitees des Arbeiterbundes je ein Mitglied des ZK des Russischen Befreiungsbundes an, und zweitens wird kein Wort darüber gesagt, ob dieses ZK gewählt wird, ob es irgendeiner Kontrolle untersteht. Über das Verhältnis des Arbeiterbundes zum RBB heißt es lediglich: „Über uns (das ZK des RBB) wird der Arbeiterbund mit allen anderen Arbeiter- und Nicht-Arbeitervereinigungen verbunden sein.“ Über die Organisation des RBB selbst und über das Verhältnis seines ZK zum ganzen RBB wird kein Wort gesagt. In dem Aufruf an die Arbeiter legt das ZK des RBB seine unmittelbare Aufgabe so dar: „Wir werden einen genauen Plan des Aufstands ausarbeiten, werden euch sagen, wie Kampfgruppen aufzustellen sind, werden euch lehren, wie man sich bewaffnet, und werden Schußwaffen besorgen. Wir werden schließlich die Aktionen aller derer zusammenfassen, die, über alle Städte und Dörfer verstreut, Rußland vom Joch der Selbstherrschaft befreien wollen, und werden, wenn wir das getan haben, das Signal zum allgemeinen Aufstand geben.“ Schließlich sei noch bemerkt, daß es im Statut des Arbeiterbundes (§ 4) heißt: „Der Aufruf zur Bildung eines Arbeiterbundes wird in allen Betrieben von St. Petersburg und Umgebung verteilt werden.“

Aus dem oben Dargelegten ist zu ersehen, daß wir es hier mit einem Versuch zu tun haben, den bewaffneten Volksaufstand im allgemeinen und den Aufstand der Petersburger Arbeiter im besonderen „selbständig“, außerhalb der Parteien zu organisieren. Wir gehen hier nicht auf die Frage ein, inwieweit dieser Versuch ernst zu nehmen ist — darüber läßt sich endgültig nur auf Grund seiner Resultate und vorläufig nur auf Grund privater und konspirativer Informationen über den RBB urteilen, wir haben jedoch *keinerlei* solche Informationen. Wir wollen uns daher mit der Einschätzung der prinzipiellen Bedeutung dieses Versuchs befassen und auf die taktischen und organisatorischen Aufgaben eingehen, vor die er die Sozialdemokratie stellt.

Ohne Zweifel haben wir hier einen schlagenden Beweis dafür, wie sehr die Frage des bewaffneten Volksaufstands herangereift ist. Sie wird schon nicht mehr von den Theoretikern, sondern bereits von den Praktikern aufgeworfen. Man stellt sie nicht als Schlußfolgerung aus einem bestimmten

Programm (so wurde diese Frage beispielsweise in der sozialdemokratischen Literatur des Auslands im Jahre 1902 gestellt)*, sondern als brennende Tagesfrage der praktischen Bewegung. Hier handelt es sich schon nicht mehr um die Erörterung der Frage, nicht einmal um die Vorbereitung des Aufstands im allgemeinen, sondern um seine unmittelbare Durchführung. Es ist offensichtlich, daß der ganze Verlauf der Dinge zum Aufstand *drängt*, daß der ganze Kampf um die Freiheit gerade einen solchen definitiven Ausgang notwendig gemacht hat. Daraus ist übrigens auch zu ersehen, wie gründlich sich jene Sozialdemokraten irren, die die Partei davon zurückzuhalten suchen, eine solche Aufgabe unmittelbar auf die Tagesordnung zu setzen.

Ferner beweist der von uns betrachtete Versuch, daß die *revolutionäre Demokratie in Rußland einen großen Schritt vorwärts gemacht hat*. Schon vor langem, nämlich im „Wperjod“ Nr. 7**, verwiesen wir auf das Erscheinen dieser neuen Gruppe unter den der Selbstherrschaft feindlichen Kräften, Parteien und Organisationen. Wir verwiesen darauf, daß schon allein der Charakter der sich in Rußland vollziehenden Revolution, nämlich der bürgerlich-demokratischen Revolution, unweigerlich dazu führt und führen wird, daß jene äußerst verschiedenartigen kampfswilligen Elemente wachsen und sich vervielfachen werden, die die Interessen der unterschiedlichsten Volksschichten zum Ausdruck bringen, die zum entschlossenen Kampf bereit, der Sache der Freiheit leidenschaftlich ergeben und willens sind, dieser Sache alles zu opfern, die sich aber über die historische Bedeutung der sich vollziehenden Revolution, über ihren Klasseninhalt nicht klar sind und nicht klar sein können. Die schnelle Zunahme solcher gesellschaftlicher Elemente ist äußerst charakteristisch für eine Epoche, in der das ganze Volk von der Selbstherrschaft unterdrückt ist und in der der offene politische Kampf die Klassen noch nicht endgültig voneinander abgrenzen, noch nicht deutlich umrissene, selbst den breiten Massen verständliche Parteien entstehen lassen konnte. Aber alle diese klassenmäßig nicht abgegrenzten, eine Zwischenstellung einnehmenden Elemente sind es gerade, die die Kader der revolutionären Demokratie bilden. Ihre Bedeutung für den Kampf in der demokratischen Revolution ist sehr groß: ihre Parteilosigkeit, ihre unbestimmte Lage dient einerseits als Symptom

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 536. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 152–154. *Die Red.*

dafür, daß sich die Zwischenschichten der Bevölkerung, Schichten, die sich am wenigsten mit dieser oder jener der beiden feindlichen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft verschmolzen haben, die Schichten der Bauernschaft, der Kleinbürgerschaft usw., zum erbitterten Kampf und zum Aufstand erheben. Wenn anderseits diese parteilosen Revolutionäre den revolutionären Weg betreten, dann ist das eine Gewähr dafür, daß die von einer klassenmäßigen Bestimmtheit am weitesten entfernten und in jeder Beziehung rückständigsten Volksschichten jetzt leichter, in breiterem Umfang und schneller aufgerüttelt und in den Kampf einbezogen werden können. Früher war in Rußland einzig und allein die Intelligenz revolutionär. Später wurde das städtische Proletariat revolutionär. Jetzt werden eine ganze Reihe anderer tief „im Volk“ verwurzelter und aufs engste mit der Masse verbundener sozialer Elemente gegen die Selbstherrschaft revolutionär. Das Auftreten dieser Elemente ist für die Sache des Volksaufstands notwendig. Ihre Bedeutung für den Kampf, wir wiederholen es, ist sehr groß. Aber ihre politische Bedeutung für die proletarische Bewegung kann manchmal nicht nur gering, sondern sogar negativ sein. Diese Elemente sind eben deshalb Nur-Revolutionäre, Nur-Demokraten, weil sie keine Verbindung mit der einen bestimmten Klasse haben, die sich streng von der herrschenden Bourgeoisie abgegrenzt hat, d. h. mit dem Proletariat. Indem sie für die Freiheit kämpfen, ohne eine enge Verbindung mit dem proletarischen Kampf um den Sozialismus herzustellen, spielen diese Elemente eine Rolle, deren objektive Bedeutung darauf hinausläuft, die Interessen der Bourgeoisie durchzuführen. Wer der Sache der Freiheit im allgemeinen dient, ohne der besonderen Sache der proletarischen Ausnutzung dieser Freiheit, der Ausnutzung dieser Freiheit für den proletarischen Kampf um den Sozialismus zu dienen, der ist letzten Endes ein Kämpfer für die Interessen der Bourgeoisie und nichts weiter. Wir setzen den Heldenmut dieser Menschen nicht herab. Wir schmälern durchaus nicht ihre gewaltige Rolle bei der Er kämpfung der Freiheit. Aber wir behaupteten und behaupten mit allem Nachdruck: Ihre Tätigkeit bietet noch nicht die geringste Garantie dafür, daß die Früchte des Sieges, die Früchte der Freiheit im Interesse des Proletariats, im Interesse des Sozialismus genutzt werden. Wer außerhalb der Parteien steht, der dient, und sei es auch gegen seinen Willen und ohne sich dessen bewußt zu sein, den Interessen der herrschenden Partei. Wer außerhalb der Parteien für die Frei-

heit kämpft, der dient den Interessen jener Kraft, die unter der Freiheit unvermeidlich herrschen wird, d. h. den Interessen der Bourgeoisie. Darum haben wir oben die Organisierung des Aufstands außerhalb der Parteien als „selbständig“ in Anführungsstrichen bezeichnet. In Wirklichkeit ist die Parteilosigkeit, die eine scheinbare Selbständigkeit gewährleistet, die allergrößte Unselbständigkeit, die größte Abhängigkeit von der herrschenden Partei. In Wirklichkeit sind Nur-Revolutionäre und Nur-Demokraten nicht mehr als ein Vortrupp der bürgerlichen Demokratie und manchmal auch ihre bloße Hilfskraft, ja sogar ihr Kanonenfutter.

Gehen wir jetzt von diesen allgemeinen Betrachtungen dazu über, uns eingehender mit unseren Dokumenten bekannt zu machen. „Geben wir für eine Zeitlang die Parteistreitigkeiten und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten auf“, ruft das ZK des RBB in seinem ersten Aufruf aus, „schließen wir uns zu einem mächtigen Ganzen, zum Russischen Befreiungsbund zusammen und stellen wir unsere Kräfte, Mittel und Kenntnisse dem Volk in seinem großen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Selbstherrschaft, zur Verfügung. Bis zur konstituierenden Versammlung müssen wir alle zusammengehen: erst sie wird die politische Freiheit bringen, ohne die ein richtiger Kampf der Parteien undenkbar ist.“ Ein einigermaßen klassenbewußter Arbeiter weiß ausgezeichnet, daß das gegen die Selbstherrschaft kämpfende Volk aus Bourgeoisie und Proletariat besteht. Die Bourgeoisie verlangt sehr nach Freiheit, die Bourgeoisie macht jetzt am meisten Lärm, sie tritt sowohl in der Presse als auch in Versammlungen gegen die Selbstherrschaft auf, aber wird sich etwa ein derart naiver Mensch finden, der nicht begreift, daß die Bourgeoisie nicht nur auf das Privateigentum an Grund und Boden und am Kapital nicht verzichten, sondern es im Gegenteil gegen die Eingriffe der Arbeiter mit aller Macht verteidigen wird? Für den Arbeiter bedeutet das Aufgeben der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit der Bourgeoisie, neben der er gegen die Selbstherrschaft kämpft, das *Aufgeben des Sozialismus*, das Aufgeben des Gedankens an den Sozialismus, das Aufgeben der Arbeit zur Vorbereitung des Sozialismus. Mit einem Wort: Für den Arbeiter bedeutet das, den Gedanken an seine ökonomische Befreiung, an die Befreiung der Werktätigen von Elend und Unterdrückung, aufzugeben. Denn überall in der Welt erwarb sich die Bourgeoisie meist dadurch die Freiheit, daß sie die Arbeiter für sie kämpfen und sie erkämpfen ließ, um dann selbst

mit rasender Wut gegen den Sozialismus loszuschlagen. Die Aufforderung, die Meinungsverschiedenheiten aufzugeben, ist also eine *bürgerliche* Aufforderung. Unter dem Schein der Parteilosigkeit setzt das ZK des RBB den Arbeitern bürgerliche Phrasen vor, flößt es ihnen bürgerliche Ideen ein, demoralisiert es ihr sozialistisches Bewußtsein durch bürgerlichen Dunst. Mit dem Gedanken, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Bourgeois für eine Zeitlang aufzugeben, können bewußt nur die Feinde des Sozialismus, die liberalen Bourgeois, die Oswoboshdenzen sympathisieren und unbewußt nur revolutionäre Demokraten, wie etwa die Sozialrevolutionäre, die sich um den Sozialismus keine große Sorge machen. Die Arbeiter müssen um die Freiheit kämpfen, *ohne auch nur einen Augenblick* aufzuhören, an den Sozialismus zu denken, ohne aufzuhören, für die Verwirklichung des Sozialismus zu arbeiten, ohne aufzuhören, die Kräfte und die Organisation für die Erringung des Sozialismus vorzubereiten.

Das ZK des RBB erklärt: „In bezug auf das Verhältnis zu den bestehenden Parteien und Organisationen erklären wir, das ZK des RBB, daß wir das Entstehen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten mit den sozialdemokratischen Parteien nicht für möglich halten, da die Idee des Bundes ihren Programmen nicht widerspricht“... Diese Worte zeigen, wie herzlich wenig das ZK des RBB vom Sozialismus versteht. Das Zentralkomitee hält das Entstehen von Meinungsverschiedenheiten mit der Sozialdemokratie nicht einmal für möglich, während wir bereits das Vorhandensein einer tiefgehenden prinzipiellen Meinungsverschiedenheit aufgezeigt haben! Das Zentralkomitee sieht keinen Widerspruch zwischen der Idee des Bundes und dem Programm der Sozialdemokratie, während wir schon gezeigt haben, daß dieser Widerspruch ebenso tief ist wie der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Unsere grundlegende Meinungsverschiedenheit mit dem RBB besteht gerade darin, daß der RBB den Sozialismus völlig mit Schweigen übergeht. Jede politische Richtung, die den Sozialismus *mit Schweigen übergeht*, steht im grundsätzlichen Widerspruch zum Programm der Sozialdemokratie.

Die von uns zitierten Worte zeigen, daß der RBB mit der Sozialdemokratie sympathisiert. Da wir außer dem von ihm herausgegebenen Flugblatt nichts vom RBB wissen, können wir vorläufig die Aufrichtigkeit seiner Sympathie nicht beurteilen. Auf jeden Fall werden wir uns niemals mit einer bloßen platonischen Sympathie zufriedengeben — platonische

Liebe allein genügt uns nicht. Wir wollen, daß man mit uns nicht nur sympathisiert, sondern daß man uns versteht und daß unser Programm von denen geteilt wird, die nicht möchten, daß ihre Ideen diesem Programm widersprechen. Der Russische Befreiungsbund bezeichnet es als seine Aufgabe, „Literatur, die eine streng proletarische (von uns hervor gehoben) Weltanschauung vertritt, unter den Arbeitern weit zu verbreiten“. Das sind vortreffliche Worte, aber Worte allein genügen nicht. Und wenn diese trefflichen Worte den Taten widersprechen, dann wird keinerlei Aufrichtigkeit die Verfasser dieser Worte davor bewahren, in Wirklichkeit zu Wegbereitern bürgerlicher Ideen in der Arbeiterklasse zu werden. In der Tat, man überlege nur, was diese „streng proletarische Weltanschauung“ bedeutet. Wer wird beurteilen, ob die betreffende Weltanschauung streng proletarisch ist? Ist es denkbar, diese Frage zu entscheiden, wenn man „die Parteistreitigkeiten und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten für eine Zeitlang aufgibt“? Wird man nicht zu diesem Zweck die Verbreitung von Literatur unter den Arbeitern „für eine Zeitlang aufgeben“ müssen?

Das Zentralkomitee des RBB kommt wieder mit der Losung von der „Selbsttätigkeit“ der Arbeiter. Unsere Partei hat schon mehr als einmal Versuche erlebt, unter dem Banner dieser vielgepriesenen Losung eine besondere Richtung in der Sozialdemokratie ins Leben zu rufen: so die „Ökonomen“ in der Vergangenheit, so die Menschewiki oder Neuskristen in der Gegenwart. Jedesmal und immer wieder stellte sich heraus, daß diese Losung (unabhängig davon, ob diejenigen, die sie propagieren, sich dessen bewußt sind oder nicht) nur geeignet ist, den Elementen zu dienen, die die prinzipielle Konsequenz und den Ideengehalt der Bewegung am wenigsten schätzten. Man betrachte diese neue Verwendung der alten Losung: vollzieht sich nicht vor unseren Augen eine Verschmelzung der Aufforderung zur „selbsttätigen“ Beurteilung dessen, was eine „streng proletarische Weltanschauung“ ist, mit der „selbsttätigen“ Wiederholung antiproletarischer, bürgerlicher Phrasen, mit der Predigt des bürgerlichen Gedankens der Parteilosigkeit? Wir erwidern dem ZK des RBB: Es gibt nur eine streng proletarische Weltanschauung, nämlich den *Marxismus*. Ein streng proletarisches Programm und eine streng proletarische Taktik sind Programm und Taktik der internationalen revolutionären Sozialdemokratie. Das bestätigen uns unter anderem gerade die Erfahrungen

des Proletariats, die Erfahrungen der proletarischen Bewegung in der ganzen Welt, von Deutschland bis Amerika, von England bis Italien. Über ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit diese Bewegung im Jahre 1848 zum erstenmal die breite politische Bühne betrat; Parteien des Proletariats wurden gegründet und sind zu Millionenarmeen angewachsen; sie haben eine Reihe von Revolutionen erlebt, wurden den verschiedenartigsten Prüfungen unterzogen, erlebten Abweichungen nach rechts und nach links, den Kampf sowohl gegen den Opportunismus als auch gegen den Anarchismus. Und diese ganzen gigantischen Erfahrungen bestätigen die marxistische Weltanschauung und das sozialdemokratische Programm. Und sie alle sind die *Garantie* dafür, daß auch jene Arbeiter, die heute dem RBB folgen, in ihrer Masse unweigerlich und unbedingt zur Sozialdemokratie stoßen werden!

Zitieren wir weiter aus dem Aufruf: ... „Als eine vorwiegend praktische Organisation hat der RBB in seiner Tätigkeit auch mit der Partei der Sozialrevolutionäre insofern keine Differenzen, als uns die Gemeinsamkeit der Mittel — der bewaffnete Kampf gegen die Selbstherrschaft — und die Gemeinsamkeit des Ziels — die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf demokratischen Grundlagen — eint“ ... Nach allem oben Dargelegten kann uns natürlich diese Annäherung zwischen der revolutionären Demokratie und den Sozialrevolutionären nicht wundernehmen. Da der RBB gerade an der zitierten Stelle des Aufrufs den praktischen Charakter seiner Organisation hervorhebt und seine Solidarität mit den Sozialrevolutionären („insofern als“) auf die Gemeinsamkeit der Mittel und des nächsten Ziels beschränkt, nimmt er offenbar vorläufig davon Abstand, das Verhältnis der „Prinzipien“ der Sozialrevolutionäre zu den Prinzipien einer „streng proletarischen Weltanschauung“ zu bestimmen. Eine derartige Zurückhaltung wäre eine sehr schlechte Empfehlung für einen Sozialdemokraten, ist aber eine sehr gute Empfehlung für einen revolutionären Demokraten. Leider zeigt jedoch der nächste Satz des Aufrufs, wie weit eine „parteilose“ Position führen kann... „Wir haben sogar“, erklärt das ZK des RBB, „nicht einmal etwas gegen den ‚Bund der Befreiung‘, trotz des grundlegenden Unterschieds zwischen unseren politischen Überzeugungen, vorausgesetzt natürlich, daß der ‚Bund der Befreiung‘ zu der Einsicht gelangt, daß für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung der bewaffnete Aufstand unvermeidlich ist.“

Erstens möchten wir dazu bemerken, daß der RBB, wenn er grundlegend nur mit den politischen Ansichten des „Bundes der Befreiung“ differiert, demnach offenbar gegen das ökonomische Programm des „Bundes der Befreiung“ nichts einzuwenden hat, das heißt, daß er den Sozialismus direkt ablehnt und sich voll und ganz auf den Boden der revolutionären *bürgerlichen* Demokratie stellt! Dieser Schlußfolgerung widerspricht allerdings die Sympathie des RBB für eine „streng proletarische Weltanschauung“, aber es liegt nun einmal im Wesen einer „parteilosen“ Position, endlose und ausweglose Widersprüche zu erzeugen.

Zweitens: Worin besteht eigentlich der grundlegende Unterschied zwischen den politischen Überzeugungen des RBB und denen des „Bundes der Befreiung“? Der RBB hat sich jetzt selbst geschlagen: Eben erst hatte er dazu aufgefordert, „bis zur konstituierenden Versammlung zusammenzugehen“ und „für eine Zeitlang“ (offenbar für die Zeit bis zur konstituierenden Versammlung) „die Parteistreitigkeiten und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten aufzugeben“, und jetzt läßt sich ausgerechnet der RBB selber noch vor der konstituierenden Versammlung in einen Streit ein und erklärt, daß er mit dem „Bund der Befreiung“, der doch die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auf demokratischen Grundlagen in sein Programm aufgenommen hat, nicht einverstanden sei!! Warum verschweigt der RBB, der „seine politischen Überzeugungen zu propagieren“ wünscht, worin diese Überzeugungen eigentlich bestehen? Ist der RBB republikanisch zum Unterschied von dem monarchistischen „Bund der Befreiung“? Gehört zu den politischen Überzeugungen des RBB beispielsweise die Forderung, das stehende Heer abzuschaffen und es durch die Volksbewaffnung zu ersetzen? die Forderung nach völliger Trennung der Kirche vom Staat? nach der restlosen Abschaffung der indirekten Steuern? usw. Durch die Zurückstellung der Parteistreitigkeiten und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten wollte der RBB die Sache einfacher und leichter machen, hat sie aber in Wirklichkeit durch die völlige Unklarheit seiner Position nur komplizierter und schwieriger gemacht.

Drittens: Wie werden wir erfahren, ob der „Bund der Befreiung“ die Bedingung erfüllt, die ihm der RBB stellt, d. h., wie erfahren wir, daß der „Bund der Befreiung“ wirklich „zu der Einsicht gelangt, daß der bewaffnete Aufstand unvermeidlich ist“? Werden wir abwarten, bis der „Bund

der Befreiung“ darüber eine offizielle Erklärung abgibt? Aber der „Bund der Befreiung“ hat nicht die Absicht, über die Mittel zur Verwirklichung seines Programms irgend etwas zu sagen. Der „Bund der Befreiung“ läßt seinen Mitgliedern Handlungsfreiheit, nicht nur in bezug auf die Wahl dieser Mittel, sondern sogar in bezug auf eine Änderung des Programms. Der „Bund der Befreiung“ betrachtet sich als einen Teil der „konstitutionell-demokratischen“ (lies konstitutionell-monarchistischen) Partei, deren anderen Teil die Semstwofraktion bildet, die sich durch kein Programm und keine Taktik zu binden wünscht. Welche Bedeutung hat denn danach die Bedingung, die der RBB dem „Bund der Befreiung“ stellt? Wer wüßte denn ferner nicht, daß sich die Oswoboshdenzen eben deshalb durch kein genau festgelegtes Programm, durch keine Taktik binden, damit sie in einzelnen Fällen die volle Freiheit haben, sich (besonders inoffiziell) sowohl für den Terror als auch für den Aufstand auszusprechen? Folglich kommen wir zu der zweifelsfrei feststehenden Schlußfolgerung, daß es einflußreichen Mitgliedern und sogar einflußreichen Gruppen des „Bundes der Befreiung“ durchaus nicht schwer sein wird, falls sie es wünschen, dem RBB beizutreten und in ihm die führende Stellung einzunehmen. In Anbetracht der parteilosen Position des RBB wird eine ganze Reihe nicht von seinem Willen abhängender Umstände (reiche Geldquellen, gesellschaftliche Verbindungen usw.) einen solchen Ausgang begünstigen. Dieser Ausgang aber würde bedeuten, daß die bewaffneten Kampfgruppen des Volkes zu einem Instrument der liberalen Bourgeoisie werden und der Arbeiteraufstand den Interessen der Bourgeoisie untergeordnet wird. Dieser Ausgang würde die politische Exploitation des Proletariats durch die Bourgeoisie in der russischen demokratischen Revolution bedeuten. Bei diesem Ausgang liefe die Sache darauf hinaus, daß die Bourgeoisie das Geld für die Bewaffnung des Proletariats gäbe, daß sie dafür sorgte, das Proletariat durch die Predigt der Parteilosigkeit vom Sozialismus abzulenken und seine Verbindung mit der Sozialdemokratie zu schwächen, daß die Bourgeoisie also die allergrößten Chancen hätte, die Arbeiter zu ihrem Werkzeug zu machen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, ihre eigenen, besonderen, „parteimäßigen“, proletarischen Interessen in der Revolution durchzusetzen.

*

Aus allem Gesagten ergeben sich von selbst die taktischen Aufgaben, vor die der neue Bund die Sozialdemokratie stellt. Ob dieser Bund, der RBB, und besonders sein keiner Kontrolle unterstehendes und niemandem rechenschaftspflichtiges ZK Vertrauen verdient oder nicht, das wissen wir nicht. Wir werden nicht über das ZK des RBB sprechen, sondern über den Arbeiterbund des RBB, und nicht einmal über diesen Arbeiterbund, sondern über dergleichen Arbeiterbünde überhaupt. In dieser oder jener Form, unter dieser oder jener Bezeichnung, in diesem oder jenem Ausmaß entstehen heute überall und allerorts in Rußland solche „Bünde“, Organisationen, Gruppen und Zirkel. Die ganze Politik der Selbstherrschaft, die das Volk zwingt, zu den Waffen zu greifen und zum Aufstand zu rüsten, führt unweigerlich zur Bildung solcher Gruppen. Die buntscheckige, klassenmäßig unbestimmte, häufig zufällige Zusammensetzung dieser Gruppen in Verbindung damit, daß die sozialdemokratische Arbeit äußerst ungenügend in die Breite und Tiefe dringt, verleiht diesen Gruppen unvermeidlich den Charakter parteiloser revolutionär-demokratischer Gruppen. Wie sich die Sozialdemokratie in der Praxis zu ihnen verhalten wird, ist eine der vordringlichsten Fragen unserer Partei.

Wir müssen uns vor allem und unbedingt aller Mittel bedienen, um den Mitgliedern solcher Gruppen im allgemeinen und den Arbeitern im besonderen den sozialdemokratischen Standpunkt klarzumachen, ohne die geringste Unklarheit zu lassen, ohne in dieser Hinsicht irgend etwas zu verschweigen, wobei wir ihnen zugleich auseinandersetzen müssen, daß sich das Proletariat unbedingt parteimäßig, unbedingt in der sozialdemokratischen Partei organisieren muß, wenn es nicht von der Bourgeoisie politisch exploitiert werden will. Es wäre aber furchtbare Pedanterie, wenn wir es uns einfallen ließen, solche Gruppen mit einer Handbewegung abzutun, oder wenn wir ihr Entstehen und ihre ungeheure Bedeutung für die Sache des Kampfes um die Freiheit „verschlafen“ würden. Es wäre unverzeihlicher Doktrinarismus, wenn die Sozialdemokraten den solchen Gruppen angehörenden „außerparteilichen“ Arbeitern Hochmut oder Verachtung entgegenbringen würden. Vor diesen Fehlern, die besonders deshalb möglich sind, weil sich der Ökonomismus traurigen Angedenkens und die engstirnige Auffassung unserer Aufgaben im Geiste der Nachtrabpolitik in den Reihen der Sozialdemokratie wieder regen — vor diesen Fehlern möchten wir alle Parteimitglieder besonders warnen. Man muß

alle Anstrengungen machen, um zwischen diesen Gruppen und den Organisationen unserer Partei einen gegenseitigen Austausch von Hilfeleistungen herzustellen, damit eine möglichst große Zahl von Arbeitern bewaffnet wird. Es bedarf eines außerordentlich vorsichtigen, taktvollen und kameradschaftlichen Verhaltens zu den Arbeitern, die bereit sind, für die Freiheit zu sterben, die sich für den Kampf organisieren und bewaffnen, die voll und ganz mit dem proletarischen Kampf sympathisieren, wobei das uns Trennende darin besteht, daß ihnen die sozialdemokratische Weltanschauung fehlt, daß sie Vorurteile gegen den Marxismus hegen und daß bei ihnen diese oder jene veralteten revolutionären Ansichten fortbestehen. Nichts ist leichter als die Methode, mit solchen in ihrem Denken nicht mit uns übereinstimmenden Arbeitern unverzüglich zu brechen oder sich einfach von ihnen fernzuhalten; aber nichts ist auch dümmere als eine solche Methode. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nur durch die Einheit der breiten Massen des Proletariats stark sein kann, aber infolge der zersplitternden, spaltenden und abstumpfenden kapitalistischen Verhältnisse ergibt sich diese Einheit nicht auf einen Schlag, sondern nur um den Preis zäher Arbeit und unendlicher Geduld. Wir müssen an die Erfahrungen unserer europäischen Genossen denken, die ein behutsames, kameradschaftliches Verhalten sogar den Arbeitern gegenüber, die Mitglieder katholischer Vereine sind, für ihre Pflicht halten, die sie nicht durch ein verächtliches Verhalten zu deren religiösen und politischen Vorurteilen abstoßen, sondern beharrlich, taktvoll und geduldig jeden Schritt des politischen und ökonomischen Kampfes ausnutzen, um sie aufzuklären und sie auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes dem klassenbewußten Proletariat näher zu bringen. Um wieviel mehr ist es unsere Pflicht, uns den Arbeiterrevolutionären gegenüber aufmerksam zu verhalten, die bereit sind, für die Freiheit zu kämpfen, die aber der Sozialdemokratie noch fernstehen! Wir wiederholen: Auf keinen Fall die sozialdemokratischen Auffassungen verschweigen, aber auch auf keinen Fall die revolutionären Gruppen geringschätzen, die diese Auffassungen nicht teilen. Solange sich solche Gruppen nicht offiziell irgendeiner nichtsozialdemokratischen Partei angeschlossen haben, solange haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sie als *der SDAPR nabestehende* Gruppen zu betrachten. Eben in diesem Licht müssen wir zum Beispiel auch den Arbeiterbund des Russischen Befreiungsbundes betrachten. Wir müssen alles daransetzen, um

die Mitglieder dieses Bundes mit der sozialistischen Literatur bekannt zu machen, um unsere Auffassungen in den Versammlungen aller Verzweigungen dieses Bundes mündlich zu propagieren. Selbst in den freien europäischen Ländern hält man den Gedanken für utopisch, man könne im Kapitalismus alle Proletarier zu bewußten Sozialdemokraten machen. Aber der Gedanke des führenden Einflusses der Sozialdemokratie auf die ganze Masse des Proletariats ist weder in Europa noch in Rußland utopisch. Wir müssen nur lernen, diesen Einfluß zu verwirklichen, wir dürfen nicht vergessen, daß unser bester Verbündeter bei der Aufklärung der nicht klassenbewußten Arbeiter unsere Feinde, die Regierung und die Bourgeoisie, sein werden — dann erreichen wir, daß im entscheidenden Augenblick die ganze Masse der Arbeiter dem Aufruf der Sozialdemokratie folgt!

„Proletari“ Nr. 4,
17. (4.) Juni 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE DEMOKRATISCHEN AUFGABEN DES REVOLUTIONÄREN PROLETARIATS

Die Sozialdemokratie als bewußte Wortführerin der Arbeiterbewegung setzt sich die vollständige Befreiung aller Werktätigen von jeder Unterdrückung und Ausbeutung zum Ziel. Die Erreichung dieses Ziels, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, erfordert eine sehr hohe Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus und eine sehr große Organisiertheit der Arbeiterklasse. Ohne politische Freiheit ist weder eine volle Entwicklung der Produktivkräfte in der modernen bürgerlichen Gesellschaft noch ein umfassender, offener und freier Klassenkampf, noch eine politische Aufklärung, Erziehung und Zusammenschweißung der Massen des Proletariats denkbar. Deshalb stellt sich das klassenbewußte Proletariat stets die Aufgabe, einen entschiedenen Kampf für die volle politische Freiheit, für die demokratische Revolution zu führen.

Diese Aufgabe stellt sich nicht das Proletariat allein. Auch die Bourgeoisie braucht politische Freiheit. Die gebildeten Vertreter der besitzenden Klassen haben seit langem die Fahne der Freiheit gehißt; die revolutionäre Intelligenz, die hauptsächlich diesen Klassen entstammt, hat heldenhaft für die Freiheit gekämpft. Aber die Bourgeoisie als Ganzes ist zum entschiedenen Kampf gegen die Selbstherrschaft unfähig: sie fürchtet, in diesem Kampf ihr Eigentum zu verlieren, das sie an die bestehende Gesellschaft kettet; sie fürchtet ein allzu revolutionäres Auftreten der Arbeiter, die niemals bei der demokratischen Revolution allein stehenbleiben, sondern die sozialistische Umwälzung anstreben werden; sie fürchtet den völligen Bruch mit dem Beamtentum, mit der Bürokratie, deren Interessen mit denen der besitzenden Klassen durch tausenderlei Fäden verknüpft

sind. Deshalb zeichnet sich der Kampf der Bourgeoisie um die Freiheit durch Ängstlichkeit, Inkonsequenz und Halbheit aus. Eine der Aufgaben des Proletariats ist es, die Bourgeoisie vorwärts zu treiben, vor dem ganzen Volk die Losungen für eine vollständige demokratische Umwälzung auszugeben, selbständig und mutig die Verwirklichung dieser Losungen in Angriff zu nehmen, mit einem Wort, die Avantgarde, der Vortrupp im Kampf für die Freiheit des ganzen Volkes zu sein.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, mußten die russischen Sozialdemokraten bereits mehr als einmal gegen die Inkonsequenz des bürgerlichen Liberalismus kämpfen. Wir erinnern zum Beispiel daran, wie Herr Struve seine von der Zensur nicht behinderte Tätigkeit als politischer Kämpfer für die „Befreiung“ Rußlands einleitete. Er begann sie mit dem Vorwort zu Wittes „Denkschrift“, worin (um in der Sprache der heutigen politischen Gruppierungen zu reden) die ausgesprochen „Schipowsche“ Losung aufgestellt wurde: „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“. Die Sozialdemokratie wies die ganze Rückständigkeit, die ganze Absurdität, den ganzen reaktionären Inhalt dieser Losung nach, sie forderte ein bestimmtes und entschiedenes demokratisches Programm, stellte selbst ein solches Programm als untrennbaren Bestandteil ihres Parteiprogramms auf. Die Sozialdemokratie mußte in ihren eigenen Reihen gegen die zu enge Auffassung der demokratischen Aufgaben kämpfen, als die sogenannten Ökonomen diese Aufgaben in jeder Weise degradierten, den „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung“ predigten und behaupteten, man müsse damit beginnen, Rechte zu erkämpfen, um dann politische Agitation zu treiben und erst später, allmählich (Stadientheorie) zum politischen Kampf überzugehen.

Jetzt hat sich der politische Kampf außerordentlich ausgebreitet, die Revolution hat das ganze Land erfaßt, die gemäßigtsten Liberalen sind „radikal“ geworden, und es könnte scheinen, daß solche historischen Tatsachen aus der jüngsten Vergangenheit, wie wir sie angeführt haben, unangebracht sind und mit der lebendigen, stürmischen Gegenwart nichts zu tun haben. Doch kann dies nur auf den ersten Blick so scheinen. Gewiß, solche Losungen wie konstituierende Versammlung und allgemeines, direktes, gleiches Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe (Losungen, die die Sozialdemokraten schon seit langem und früher als alle anderen in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben) sind Gemeingut geworden, sie sind

vom illegalen „Oswoboshdenije“ angenommen worden, gehören zum Programm des „Bundes der Befreiung“, wurden zu Losungen der Semstwoleute und werden von der legalen Presse in allen Tonarten wiederholt. Es steht außer Zweifel, daß der Demokratismus der russischen Bourgeoisie in den letzten Jahren und Monaten Fortschritte gemacht hat. Die bürgerliche Demokratie lernt aus den Ereignissen, läßt die primitiven Losungen (wie die Schipowsche: Rechte und ein machtbefugtes Semstwo) fallen und hinkt der Revolution nach. Aber eben nachhinken tut sie der Revolution; an Stelle der alten Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten, zwischen Demokratismus im Prinzip und Demokratismus in der „Realpolitik“ entstehen neue Widersprüche, denn die wachsende Revolution stellt immer höhere Forderungen an die Demokratie. Die bürgerliche Demokratie jedoch bleibt stets hinter den Ereignissen zurück, auch wenn sie ihre Losungen steigert, tritt immer hintennach, formuliert diese Losungen immer um einige Grade niedriger, als dies der wirkliche revolutionäre Kampf um die wirkliche Freiheit wirklich erfordert.

In der Tat, nehmen wir die bereits landläufig gewordene, allgemein anerkannte Losung: konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen usw. Wahlrechts. Genügt sie vom Standpunkt des konsequenten Demokratismus? Genügt sie vom Standpunkt der wichtigsten revolutionären Aufgaben der Gegenwart? Auf beide Fragen kann man nicht anders als verneinend antworten. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur unser Parteiprogramm aufmerksam durchzugehen, an das unsere Organisationen leider nicht oft genug denken, das sie viel zu wenig zitieren und verbreiten. (Als eine glückliche Ausnahme, die weite Nachahmung verdient, erwähnen wir den unlängst erfolgten Abdruck unseres Parteiprogramms in Flugblättern der Komitees von Riga, Woronesh und Moskau.) Unser Programm stellt auch die Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung (der Ausdruck „vom ganzen Volk gewählt“ soll in aller Kürze das allgemeine usw. Wahlrecht bedeuten) in den Vordergrund. Aber in unserem Programm steht diese Losung nicht isoliert da, sondern in einem solchen Zusammenhang, mit solchen Ergänzungen und Erläuterungen, daß Leute, die den Kampf für die Freiheit am wenigsten konsequent führen oder sogar gegen die Freiheit kämpfen, keine Mißdeutung vornehmen können. Diese Losung steht in unserem Programm im Zusammenhang mit den Losungen: 1. Sturz der zaristi-

schen Selbstherrschaft; 2. ihre Ablösung durch die demokratische *Republik*; 3. durch eine demokratische Verfassung gesicherte *Selbstherrschaft des Volkes*, d. h. Konzentrierung der *gesamten* obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes zusammengesetzt ist und aus einer einzigen Kammer besteht.

Ist etwa daran zu zweifeln, daß jeder konsequente Demokrat alle diese Losungen unbedingt anerkennen muß? Bedeutet doch das Wort „Demokrat“ sowohl dem grammatikalischen Sinn wie der politischen Bedeutung nach, die ihm durch die gesamte Geschichte Europas verliehen wurde: Anhänger der Selbstherrschaft des Volkes. Es ist also lächerlich, von Demokratismus zu sprechen und gleichzeitig auch nur eine einzige dieser Losungen zu verneinen. Aber der grundlegende Widerspruch zwischen dem Bestreben der Bourgeoisie, um jeden Preis das Privateigentum zu schützen, und dem Wunsch, die Freiheit zu erlangen, ist so tief, daß die Vertreter, die Anhänger der liberalen Bourgeoisie unvermeidlich in diese lächerliche Lage geraten. Wie alle Welt weiß, entsteht in Rußland mit großer Schnelligkeit eine sehr breite liberale Partei, der der „Bund der Befreiung“, eine Menge Semstwoleute und Zeitungen wie „*Nascha Shisn*“ [Unser Leben], „*Naschi Dni*“ [Unsere Tage], „*Syn Otetschestwa*“ [Sohn des Vaterlandes], „*Russkije Wedomosti*“ [Russische Nachrichten] usw. usf. angehören. Diese liberal-bürgerliche Partei läßt sich gern „konstitutionell-demokratische“ Partei nennen. In Wirklichkeit aber ist diese Partei, wie aus den Erklärungen und dem Programm des illegalen „*Oswoboshdenije*“ zu ersehen ist, eine *monarchistische* Partei. Sie will gar nicht die Republik. Sie will nicht das Einkammersystem und führt für das Oberhaus ein indirektes und faktisch nicht allgemeines Wahlrecht (Ansässigkeitszensus) ein. Sie will gar nicht den Übergang der *gesamten* obersten Staatsgewalt in die Hände des Volkes (obwohl sie zum Schein mit großer Vorliebe von dem Übergang der Macht auf das Volk redet!). Sie will nicht den Sturz der Selbstherrschaft, sie will lediglich eine Teilung der Macht zwischen 1. der Monarchie, 2. dem Oberhaus (in welchem Grundbesitzer und Kapitalisten überwiegen werden) und 3. dem Unterhaus, das *allein* auf demokratischen Grundlagen basiert.

Wir haben also die unzweifelhafte Tatsache vor uns, daß unsere „demokratische“ Bourgeoisie selbst in Gestalt ihrer fortschrittlichsten, gebil-

detsten, vom Kapital unmittelbar am wenigsten abhängigen Vertreter hinter der Revolution einherhinkt. Diese „demokratische“ Partei fürchtet die Selbstherrschaft des Volkes. Indem sie unsere Losung der vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung wiederholt, entstellt sie in Wirklichkeit vollständig den Sinn und die Bedeutung dieser Losung, betrügt sie das Volk durch den Gebrauch, richtiger gesagt, durch den Mißbrauch dieser Losung.

Was ist eine „vom ganzen Volk gewählte konstituierende“ Versammlung? Es ist eine Versammlung, die erstens wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt; dazu ist das allgemeine usw. Wahlrecht und die volle Garantie der freien Wahlagitation erforderlich. Es ist eine Versammlung, die zweitens *wirklich die Kraft und die Macht besitzt*, eine Staatsordnung zu „konstituieren“, die die Selbstherrschaft des Volkes garantiert. Es ist klar wie der Tag, daß ohne diese zwei Bedingungen die Versammlung weder eine wirklich vom ganzen Volk gewählte noch eine wirkliche konstituierende sein kann. Aber unsere liberalen Bourgeois, unsere konstitutionellen Monarchisten (die sich dem Volk zum Hohn Demokraten nennen), wollen für *keine* dieser Bedingungen eine reale Garantie schaffen! Durch nichts garantieren sie eine vollständig freie Wahlagitation und den wirklichen Übergang der Gewalt und der Macht in die Hände der konstituierenden Versammlung; was sie *garantieren*, ist vielmehr die *Unmöglichkeit* des einen wie des anderen, denn sie garantieren die Monarchie. Die reale Macht und Gewalt bleibt in den Händen Nikolaus' des Blutigen: das bedeutet, daß der schlimmste Feind des Volkes, wenn er die Versammlung einberuft, auch den allgemeinen und freien Charakter der Wahlen „garantiert“. Wie demokratisch, nicht wahr? Das bedeutet, daß die konstituierende Versammlung niemals die volle Gewalt und die ganze Macht haben wird und sie auch (nach der Absicht der liberalen Bourgeois) niemals haben soll; sie soll kraft- und machtlos bleiben; sie soll lediglich mit Nikolaus II. *verhandeln, übereinkommen, vereinbaren und feilschen*, damit er geruhe, ihr, der Versammlung, ein Teilchen seiner Zarenmacht zu schenken! Die durch allgemeine Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung unterscheidet sich durch nichts von einem Unterhaus. Die konstituierende Versammlung, die einberufen wird, um den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen und durchzuführen, wird also von der liberalen Bourgeoisie dazu bestimmt, *über dem Willen des Volkes den Willen eines*

Oberhauses und außerdem noch den Willen der Monarchie, den Willen Nikolaus' zu „konstituieren“.

Liegt es nicht auf der Hand, daß die Herren liberalen Bourgeois, die Oswoboshdenzen, wenn sie über eine vom Volk gewählte konstituierende Versammlung sprechen, Reden halten und schreien, in Wirklichkeit eine *gegen das Volk gerichtete* Versammlung vorbereiten? Statt Befreiung des Volkes wollen sie auf konstitutionellem Weg das Volk erstens der Macht des Zaren (monarchistisches Prinzip) und zweitens der Macht der organisierten Großbourgeoisie (Oberhaus) unterwerfen.

Wer diese Schlußfolgerung in Abrede stellen will, mag versuchen, folgende Behauptungen zu beweisen: 1. daß die Wahlen wirklich Ausdruck des Volkswillens sein können, wenn es keine volle Agitationsfreiheit gibt, wenn die Privilegien, die die zaristische Regierung in dieser Agitation haben kann, nicht tatsächlich aufgehoben sind; 2. daß eine Versammlung von Volksvertretern ohne reale Gewalt und Macht — da diese in den Händen des Zaren verbleiben — wirklich mehr als nur eine beratende Körperschaft ist. Das eine wie das andere können nur abgefeymte Scharlatane oder hoffnungslose Dummköpfe behaupten. Die Geschichte beweist unwiderlegbar, daß eine neben der Macht des Monarchen bestehende Versammlung von Volksvertretern in Wirklichkeit, solange diese Macht in den Händen der Monarchie bleibt, eine beratende Körperschaft ist, die nicht den Willen des Monarchen dem Willen des Volkes unterordnet, sondern nur den Willen des Volkes mit dem Willen des Monarchen in *Übereinstimmung* bringt, d. h. die Macht zwischen dem Monarchen und dem Volk teilt, keine neue Ordnung konstituiert, sondern sie erteilscht. Die Geschichte beweist unwiderlegbar, daß ohne Ablösung der gegen die Revolution kämpfenden Regierung durch eine provisorische revolutionäre Regierung von wirklich freien Wahlen, von einer einigermaßen hinreichenden Informierung des *ganzen* Volkes über die Bedeutung und den Charakter dieser Wahlen keine Rede sein kann. Selbst wenn wir für einen Augenblick das Unwahrscheinliche und Unmögliche annehmen, nämlich daß die zaristische Regierung, nachdem sie sich zur Einberufung einer „konstituierenden“ (lies: beratenden) Versammlung entschlossen hat, *formell* die Freiheit der Agitation garantiert, so verbleiben ihr dennoch alle jene riesigen Vorteile und Vorrechte in der Agitation, die die organisierte Staatsmacht bietet: diese Vorteile und Vorrechte in der Agitation bei den Wah-

len zur ersten Volksversammlung wird derjenige ausnutzen, der mit allen Mitteln das Volk unterdrückt und dem das Volk mit Gewalt die Freiheit zu entreißen begonnen hat.

Mit einem Wort, wir gelangen wieder zu demselben Schluß, zu dem wir auch voriges Mal („Proletari“ Nr. 3)* gelangten, als wir diese Frage von einer anderen Seite untersuchten. Die Losung der vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung ist an und für sich, als solche, jetzt die Losung der monarchistischen Bourgeoisie, die Losung des Kuhhandels zwischen der Bourgeoisie und der zaristischen Regierung. Die Losung des revolutionären Kampfes kann nur der Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ablösung durch eine provisorische revolutionäre Regierung sein, die die konstituierende Versammlung einzuberufen hat. Das Proletariat Rußlands soll sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben: Man benutzt die allgemeine Aufregung, um das Proletariat durch die Anwendung seiner eigenen Losungen zu betrügen. Wenn wir nicht imstande sein sollten, der bewaffneten Macht der Regierung die Macht des bewaffneten Volkes entgegenzustellen, wenn die zaristische Regierung nicht aufs Haupt geschlagen und durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt werden sollte, wird jede Versammlung von Volksvertretern, mag man sie auch vom ganzen Volk gewählt und konstituierend titulieren, in Wirklichkeit eine Versammlung von Vertretern der Großbourgeoisie zum Kuhhandel mit dem Zaren über die Verteilung der Macht untereinander sein.

Je mehr sich der Kampf des Volkes gegen den Zaren seiner Entscheidung nähert, je wahrscheinlicher ein rasches Zustandekommen der geforderten Einberufung von Volksvertretern wird, um so strenger muß das revolutionäre Proletariat der „demokratischen“ Bourgeoisie auf die Finger sehen. Je eher wir die Freiheit erringen, um so eher wird sich dieser Verbündete des Proletariats in seinen Feind verwandeln. Zur Vertuschung dieser Verwandlung werden erstens die Unklarheit, Unvollständigkeit und Unbestimmtheit der scheindemokratischen Losungen der Bourgeoisie dienen und zweitens das Bestreben, die Losungen des Proletariats zu einer Phrase zu machen, die *realen* Garantien der Freiheit und der Revolution durch leere Versprechungen zu ersetzen. Die Arbeiter müssen jetzt ihre Aufmerksamkeit verzehnfachen und die „Demokraten“ wachsam im Auge be-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 492–494. *Die Red.*

halten. Die Worte „vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung“ werden leere Worte bleiben, wenn diese Versammlung infolge der für die Wahlen und für die Wahlagitation real vorhandenen Bedingungen nicht imstande sein wird, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen, wenn sie nicht die Kraft haben wird, die neue Ordnung selbständig zu konstituieren. Das Schwergewicht verschiebt sich jetzt von der Einberufung der konstituierenden Versammlung auf die *Methoden* dieser Einberufung. Wir stehen am Vorabend entscheidender Ereignisse. Das Proletariat darf den allgemein-demokratischen Losungen nicht trauen, sondern muß ihnen seine eigenen, proletarisch-demokratischen Losungen in ihrem ganzen Umfang entgegenstellen. Nur eine Kraft, die sich von diesen Losungen leiten läßt, kann den vollständigen Sieg der Revolution tatsächlich sichern.

„Proletari“ Nr. 4,
17. (4.) Juni 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE ERSTEN SCHRITTE DES BÜRGERLICHEN VERRATS

Genf, Mittwoch, den 21. (8.) Juni

Der Telegraf brachte gestern die Mitteilung, daß am Montag eine Semstwodelegation von Nikolaus II. empfangen wurde, der in Erwiderung auf die Reden des Fürsten Sergej Trubezkoi und des Herrn Fjodorow sein Versprechen, Volksvertreter einzuberufen, ausdrücklich bestätigt haben soll.

Um die Bedeutung dieses „Ereignisses“ richtig einzuschätzen, muß man vor allem einige Tatsachen festhalten, die in der Auslandspresse mitgeteilt worden sind.

Am 24. und 25. Mai alten Stils tagten in Moskau drei Versammlungen von Vertretern der Semstvos und der Städte, insgesamt etwa 300 Personen. In dem uns zur Verfügung stehenden, aus Rußland zugesandten lithographierten Text einer von ihnen angenommenen Petition an den Zaren und einer Resolution ist die Zahl der Delegierten nicht angegeben, es wird darin lediglich erwähnt, daß an der Beratung außer Semstwo- und Stadtdumaabgeordneten auch noch Bürgermeister und Adelsmarschälle teilgenommen haben. Die Vertreter des adligen Grundbesitzes und des städtischen Kapitals besprachen die politischen Schicksale Rußlands. Wie die ausländischen Korrespondenten mitteilen, war die Diskussion sehr hitzig. Großen Einfluß übte die gemäßigte und an Verbindungen zum Hof reiche Schipowsche Partei aus. Am radikalsten waren die Provinzler, am gemäßigtsten die Petersburger; das „Zentrum“ bildeten die Moskauer. Man beriet über jedes Wort der Petition, für die schließlich auch Petersburg stimmte. Das Ergebnis war eine patriotische und untertänige Petition.

„Einzig und allein von heißer Liebe zum Vaterland getrieben“, lassen die ehrenwerten Bourgeois „jeden Zwist und alle sie trennenden Unterschiede“ beiseite und wenden sich an den Zaren. Sie verweisen auf die „große Gefahr für Rußland, ja für den Thron“, die nicht so sehr von außen als vielmehr von „innerer Zwietracht“ drohe. (Rußland wird zwar vor dem „Thron“ genannt, aber unsere Patrioten wandten sich vor allem an den Thron, und drohen nur — privat und in aller Stille —, sich an das Volk zu wenden.) Wie üblich, strotzt die Petition von konventioneller Lüge, sie schiebt die Schuld auf die Berater des Zaren, auf die Entstellung seiner Anweisungen und Anordnungen, die zur Verstärkung der Polizeigewalt geführt habe, die „Stimme der Wahrheit“ nicht zum Throne dringen ließ, usw. Das Ergebnis ist die Bitte, „ehe es zu spät ist“, „unverzüglich Volksvertreter einzuberufen, die zu diesem Behuf von allen Untertanen gleich und ohne Unterschied zu wählen sind“. Die Volksvertreter sollen „im Einvernehmen“ mit dem Zaren über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden und eine „erneuerte Staatsordnung“ (ebenfalls im Einvernehmen mit dem Zaren) „einführen“. Die Petition enthält also weder die exakte Forderung des angeblich von der „konstitutionell-demokratischen“ Partei angenommenen allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts (die direkte und die geheime Abstimmung sind ganz weggelassen, was natürlich kein Zufall ist) noch die Forderung irgendwelcher Garantien der Wahlfreiheit. Wehleidig klagen die Verfasser der Petition: „Die Unterdrückung der Person und der Gesellschaft, die Unterdrückung der Redefreiheit und Willkür aller Art häufen sich und wachsen“, nennen aber keine Gegenmaßnahmen. „Im Einvernehmen“ mit dem Zaren wächst die Willkür — im Einvernehmen mit dem Zaren möge die Staatsordnung „erneuert werden“... Die Vertreter der Bourgeoisie halten fest an der Theorie der „Vereinbarung“, natürlich nicht des Volkes, sondern der Bourgeoisie mit den Unterdrückern des Volkes.

Um dem Zaren die Petition zu überreichen, wählte die Beratung eine Delegation, bestehend aus den Herren Heyden, Golowin, Petrunkewitsch, G. und N. Lwow, Pjotr und Pawel Dolgorukow, Kowalewski, Nowossilzew, Roditschew, Schachowskoi und Serg. Trubezkoi. Von Petersburg schlossen sich später der Audienz bei Nikolaus II. die Herren Korff, Nikitin und Fjodorow an.

Die gleiche Beratung nahm dann folgende *Resolution* an, von der die

ausländische Presse nichts berichtet, die aber in dem russischen Flugblatt wiedergegeben ist:

„Die Beratung der vereinigten Gruppen von Semstwo- und Stadtdumaver-
tretern, die trotz Meinungsverschiedenheiten über einzelne politische Fragen
von der gemeinsamen Überzeugung durchdrungen ist, daß die Grundursache
der gegenwärtigen schwierigen inneren und äußeren Lage Rußlands in dem bis
heute unveränderten bürokratischen Regime gesucht werden muß, welches die
persönliche und gesellschaftliche Freiheit negiert, das Selbstbewußtsein und die
Selbsttätigkeit des Volkes unterdrückt, die Bevölkerung von der Teilnahme am
Staatsleben fernhält und die durch nichts beschränkte und sich immer mehr ver-
stärkende Willkür einer nicht verantwortlichen Administration erzeugt; daß
dieses Regime, das im Laufe von vielen Jahren Gewalt, Lüge und Zersetzung
in unser inneres Leben brachte, heute in verhängnisvoller Weise zu einer
ernsten äußeren Gefahr geführt hat, indem es den Staat in einen verheerenden
Krieg hineinriß, im Verlauf dieses Krieges innere Wirren auslöste und förderte
und das Land zu einer Reihe von Niederlagen führte, die mit einer in der russi-
schen Geschichte beispiellos dastehenden Vernichtung unserer Seestreitkräfte
endeten — diese Beratung erachtet in der Erwägung, daß ein Fortbestehen des
gegenwärtigen Regimes nicht nur den inneren Frieden, die Ordnung und das
Wohlergehen des Volkes, sondern auch die Festigkeit des Throns, die Integri-
tät und äußere Sicherheit Rußlands bedroht, folgendes als zur Rettung des Lan-
des unbedingt notwendig:

1. die unverzügliche Einberufung einer frei gewählten Volksvertretung, die
gemeinsam mit dem Monarchen über die Frage von Krieg und Frieden ent-
scheiden und eine staatliche Rechtsordnung festsetzen soll;
2. die sofortige Abschaffung der Gesetze, Einrichtungen, Bestimmungen und
Verordnungen, die den Grundsätzen der Freiheit der Person, der Rede, der
Presse und der Vereins- und Versammlungsfreiheit zuwiderlaufen, sowie die
Verkündung einer politischen Amnestie;
3. die sofortige Erneuerung des Bestands der Administration durch Berufung
von Personen zur Leitung der zentralen Verwaltung, die der Sache der staat-
lichen Umgestaltung aufrichtig ergeben sind und der Gesellschaft Vertrauen
einflößen.“

In welcher Beziehung diese Resolution zur Petition und zu den Aufträ-
gen der Delegation steht, d. h., ob letztere sich verpflichtet hat, den Inhalt
der Resolution vorzutragen oder sie zusammen mit der Petition zu über-
reichen, ist nicht bekannt. Vielleicht ist die Petition das offizielle Doku-
ment für den „Thron“ und die Resolution das inoffizielle für das „Volk“?

Über den Charakter der Debatten in der Beratung berichtet der Korrespondent der französischen Zeitung „Le Matin“¹²⁶, Herr Gaston Leroux, daß die „fortschrittlichsten“ Delegierten, die Semstwoleute aus der Provinz, für zweistufige Wahlen eingetreten seien, weil sie befürchteten, daß bei direkten Wahlen die „Städte“ sie erdrücken würden (offenbar fürchteten sie, daß bei direkten Wahlen die Privilegien der Gutsbesitzer gegenüber der Bauernschaft nicht ganz gesichert sein würden). Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schrieb:

„Das russische Semstwo zerfällt als politische Partei in drei Fraktionen: die *liberale* Semstwomajorität, die vom Grafen Heyden geführt wird, die *gemäßigt-liberale*, nationalistisch-slawophile Semstwominorität mit Herrn Schipow an der Spitze und die Gruppe der radikalen konstitutionalistischen Semstwomänner. Bei der Wahl der Delegierten nach Petersburg war es charakteristisch, daß gerade ‚feudale‘ Vertreter gewählt wurden. Wollten die Gemäßigten sich vor dem Zaren durch die Träger hochangesehener alter Namen würdig vertreten sehen, so wünschten die Radikalen, die sich über das Ergebnis der Petition keinen Illusionen hingaben, die Vertreter der alten Geschlechter möchten sich mit eigenen Sinnen davon überzeugen, daß die Regierung *gutwillig* keinen Fußbreit weichen werde.“

Die Bequemlichkeiten der von Herrn Struve gepriesenen verschwommenen Organisation der „konstitutionell-demokratischen“ (lies: monarchistischen) Partei traten in der Praxis sehr schnell zutage. Für Schachern und Feilschen, für Winkelzüge und Schliche ist eine starke und feste Parteiorganisation unbequem. Mögen sowohl der „Bund der Befreiung“ (das dürfte wohl die „Gruppe der Radikalen“ sein, von der der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schrieb) als auch die „Semstwowfraktion“ (d. h. sowohl die Anhänger Heydens als auch die Anhänger Schipows, von dem sich Herr Struve *jetzt* offiziell loszusagen versucht?) der „Partei“ angehören. Der Semstwowfraktion wiederum gehören die Anhänger Heydens und Schipows und... die „Radikalen“ an. Finde sich zurecht, wer kann! Getrieben von heißer Liebe zum Vaterland und zu den Privilegien der Bourgeoisie, einigten sie sich alle auf die *Theorie der Vereinbarung*, die wir bereits mehr als einmal im „Proletari“ erläutert haben und die sowohl in der „Petition“ als auch in der „Resolution“ klar hervortritt.

Die Resolution sollte offenbar die „idealen“ Bedürfnisse der Radikalen befriedigen, während die Petition in der Auslegung der „gemäßigten“

Delegierten der materiellen Abmachung mit dem Zarismus dienen soll. Vor dem uneingeweihten Plebs wurden sowohl die Gruppierung der Beratungsfractionen als auch die Vollmachten der Delegation, sowohl die Bedingungen der Abmachung als auch die weiteren Absichten der Semstwoleute aufs sorgfältigste verheimlicht. Das „Volk“, in dessen Namen die Herren Bourgeois mit dem Zaren feilschen, braucht die hohe Politik der „konstitutionell-demokratischen Partei“ nicht zu kennen! Die Herren Bourgeois werden sich mit dem Zaren über die Unterdrückung der Redefreiheit, über die Erstickung der Stimme der Wahrheit, über *Volksvertreter*, über ein Rußland, das „sich um ein einheitliches *Volksbanner* schart“, usw. unterhalten — das Volk jedoch braucht die ganze Wahrheit über die Politik der liberalen und „Oswoboshdenije“-Krämer gar nicht zu wissen... Ja, ja, nicht umsonst beschuldigte kürzlich Herr Struve im „Oswoboshdenije“ die „extremen Parteien“ (d. h. besonders die Sozialdemokraten) der übermäßigen Vorliebe für die enge, verschwörerische, jakobinische „Konspiration“. Wir Sozialdemokraten konspirieren vor dem Zaren und den zaristischen Spürhunden, wobei wir gleichzeitig dafür sorgen, daß das Volk über unsere Partei alles weiß, daß es über die Schattierungen innerhalb der Partei informiert ist, über die Entwicklung ihres Programms und ihrer Taktik, und sogar darüber, was dieser oder jener Parteitagsdelegierte auf dem Parteitag gesagt hat. Die Herren gebildeten Bourgeois, die Oswoboshdenzen, konspirieren... vor dem Volk, das über die famose „konstitutionell-demokratische“ Partei nichts Genaueres weiß, dafür aber sind sie offenerzig mit dem Zaren und seinen Spürhunden. Wenn das keine Demokraten sind?

Worüber die Semstwodelegierten mit dem Höflingspack, das sie nicht zum Zaren vorlassen wollte, offenerzig gesprochen haben, wissen wir nicht. Jedenfalls fanden lange und offenerzige Unterredungen statt. Die ausländischen Blätter griffen gierig nach den Meldungen über jeden Schritt der „hohen Politik“ der Herren Delegierten. — Petersburg, 9. Juni (27. Mai). Die Semstwodelegation wird vor allem eine Unterredung mit dem Herrn Minister des Innern, Bulygin, haben, um sich über Trepow zu beschweren. — 10. Juni (28. Mai). Bulygin erklärte der Delegation, daß der Zar sie nicht empfangen werde, und riet ihr, aus Petersburg abzureisen. — 12. Juni (30. Mai). Man hält es für wahrscheinlich, daß der Zar die Delegation empfangen werde. — 15. (2.) Juni. Sondertelegramm des

Herrn Gaston Leroux an die Zeitung „Le Matin“: „Die Semstwodelegierten nahmen die Bedingungen für eine Audienz beim Kaiser an, die ihnen das Hofministerium stellte. Darauf begab sich heute abend Baron Fredericks nach Zarskoje Selo, um sich beim Zaren zu erkundigen, ob er die Deputation empfangen wolle.“

Hört ihr das, russische Arbeiter und Bauern? So handeln die „Oswoboshdenije“-„Demokraten“, die Feinde des Verschwörertums, die Hasser der Konspiration! Sie verschwören sich mit dem Hofministerium seiner polizeilichen Majestät, sie konspirieren mit den Spionen gegen das Volk. Sie wollen Vertreter des „Volkes“ sein und akzeptieren die ihnen von den Spionen gestellten Bedingungen, wie sie mit dem Zaren über die Nöte des „Volkes“ sprechen sollen!

So handeln, „von heißer Liebe zum Vaterland getrieben“, die reichen, unabhängigen, aufgeklärten, liberalen Herren. Ganz anders als der ungehobelte, ungebildete, von jedem Aufseher abhängige Arbeiterpöbel, der da mit irgendeinem frechen Popen so ohne weiteres und vor aller Augen zum Zaren rennt, ohne sich mit den einflußreichen Spionen über die Bedingungen einer Unterredung mit dem Zaren verständigt zu haben. Ist denn bei einer politisch so ungebildeten Volksmasse an die Republik oder auch nur an direkte Wahlen oder das Einkammersystem zu denken? Die politisch gebildeten Leute kennen sich überall aus und verstehen, daß man sich zuerst über die Hintertreppe zu den Spionen begeben, daß man sich mit ihnen wohl auch über Inhalt und Stil der Petition an den Zaren beraten muß, damit dann die „Stimme der Wahrheit“ auch wirklich „zum Throne dringt“.

Worauf sich die „Vertreter“ des, mit Verlaub zu sagen, „Volkes“ mit den zaristischen Spionen geeinigt haben, wissen wir nicht. Wir wissen aus den Telegrammen, daß beim Empfang der Delegation Fürst S. Trubezkoi eine „lange Rede“ gehalten hat und eine halbe Stunde lang die schwierige Lage Rußlands und die Verhältnisse schilderte, die die Semstwoteute gezwungen haben, sich direkt (nicht durch die Spione?) an den Zaren zu wenden. Die Rede habe auf den Zaren einen tiefen Eindruck gemacht. Herr Fjodorow sprach dann im Namen der Vertreter von Petersburg. Der Zar antwortete mit einer langen Rede. Er äußerte sein Bedauern über die ungeheuren Opfer, die der Krieg forderte, er beklagte die jüngste Niederlage zur See und schloß mit den Worten: „Ich danke Ihnen, meine Herren,

für die Gefühle, die Sie zum Ausdruck brachten" (nette Gefühle müssen das gewesen sein, diese Gefühle des „Demokraten“ Trubezkoi, über deren Ausdruck er sich mit den Spionen beraten hatte!). „Ich glaube Ihrem Wunsch“ (der Zar glaubt der liberalen Bourgeoisie; die liberale Bourgeoisie glaubt dem Zaren; eine Hand wäscht die andere), „gemeinsam mit mir an der Errichtung einer neuen, auf neuen Grundlagen aufgebauten Staatsordnung mitzuarbeiten. Mein Wunsch, eine Volksversammlung einzuberufen“ (wann? gewählte Vertreter? wie und von wem gewählt? — darüber fiel kein Wort. Herr Trubezkoi hat offensichtlich dem vergötterten Monarchen die „Resolution“ der Beratung verheimlicht. Wahrscheinlich hatten die Spione geraten, mit dem Zaren über dieses Thema nicht zu sprechen!), „ist unerschütterlich. Ich denke tagtäglich daran. Mein Wille wird ausgeführt werden. Das können Sie schon heute der Bevölkerung in Stadt und Land verkünden. Bei diesem neuen Werke werden Sie mich unterstützen. Die Volksversammlung wird die Einheit Rußlands mit seinem Kaiser“ (die Einheit der Trubezkoi und Fjodorow mit dem Kaiser?) „wiederherstellen und wird das Fundament einer Ordnung bilden, die auf volkstümlichen russischen Grundlagen beruhen wird.“ Die Delegierten haben von dem Empfang — so lautet das offizielle Telegramm — einen ausgezeichneten Eindruck gewonnen; auch der Zar schien zufrieden zu sein...

Das hört sich allerdings wahr an! Der Zar ist zufrieden, zufrieden sind die liberalen Bourgeois. Sie sind bereit, einen dauerhaften Frieden miteinander zu schließen. Zufrieden ist die Selbstherrschaft und die Polizei (echt volkstümliche russische Grundlagen). Zufrieden ist der Geldsack (von nun an wird man sich mit ihm ständig und regelmäßig beraten).

Ob aber die Arbeiter und die Bauern, deren Interessen die bürgerlichen Verräter verschachern, zufrieden sein werden?

„REVOLUTIONÄRE“ IN GLACÉHANDSCHUHEN

Freitag, den 23. (10.) Juni

Ausländische Zeitungen kommentieren bereits in gewissem Umfang den Empfang der Semstwodelegation durch den Zaren. Wie üblich ergeht sich die bürgerliche Presse in lakaienhafter Unterwürfigkeit und lobt gerührt die Nachgiebigkeit des Zaren und die Verständigkeit der Semstwoleute, wenn auch manche Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Versprechungen, die in so unbestimmter Form gegeben wurden, laut werden. Die sozialistischen Zeitungen erklären rundheraus und unmißverständlich, daß dieser Empfang eine Komödie gewesen ist.

Für die Selbstherrschaft ist es vorteilhaft, Zeit zu gewinnen und die liberale Bourgeoisie an der Nase herumzuführen. Auf der einen Seite diktatorische Vollmachten für Trepow, auf der anderen Seite nichts sagende und nichts kostende Versprechungen für die Liberalen, um in deren ohnehin schwankenden Reihen neue Schwankungen hervorzurufen. Die Taktik der absolutistischen Regierung ist nicht dumm. Die Liberalen spielen die Loyalen, die Mäßigen und Bescheidenen. Warum sollte schließlich die Regierung ihre Dummheit und Feigheit nicht ausnutzen? „Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg.“ Es gibt keinen Krieg ohne Kriegslist, und wenn der „Feind“ (die liberale Bourgeoisie) halb Feind, halb einfältiger Freund ist, warum soll man ihn dann nicht an der Nase herumführen?

Herr Gaston Leroux, von dem wir schon im Leitartikel sprachen, berichtet über den Empfang der Deputation folgende Einzelheiten, die zwar nicht verbürgt, aber jedenfalls charakteristisch und bemerkenswert sind. „Baron Fredericks, der Hofminister, äußerte den Delegierten gegenüber, daß er beim besten Willen den Empfang des Herrn Petrunkewitsch durch

den Kaiser kaum werde erwirken können, da ihm revolutionäre Verbindungen nachgesagt werden. Dem Minister wurde erwidert, der österreichische Kaiser habe ja unter seinen Ministern Andrassy gehabt, obwohl dieser seinerzeit verurteilt worden war. Dieses Argument beseitigte die letzten Hindernisse, und sämtliche Delegierten wurden empfangen.“

Ein gutes Argument. Die westeuropäische Bourgeoisie hat anfangs immerhin wirklich gekämpft, sie war irgendwann einmal sogar republikanisch, ihre Führer wurden „verurteilt“, verurteilt wegen *Hochverrats*, d. h. nicht nur wegen revolutionärer Verbindungen, sondern wegen *wirklicher revolutionärer Handlungen*. Später, nach vielen Jahren, mitunter Jahrzehnten, fanden sich diese Bourgeois mit der jämmerlichsten und kümmerlichsten Verfassung ab, einer Verfassung nicht nur ohne Republik, sondern auch ohne das allgemeine Wahlrecht, ohne wirkliche politische Freiheit. Die liberalen Bourgeois machten endgültig Frieden mit dem „Thron“ und mit der Polizei, kamen selber ans Ruder und unterdrückten und unterdrücken unausgesetzt auf bestialische Weise jedes Streben der Arbeiter nach Freiheit und sozialen Reformen.

Die russische liberale Bourgeoisie möchte das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden: Es ist angenehm, als ein Mann mit „revolutionären Verbindungen“ zu gelten, und es ist nützlich, unter Kaiser Nikolaus dem Blutigen ministerfähig zu sein. Die russischen liberalen Bourgeois wollen keineswegs eine „Verurteilung“ wegen Hochverrats riskieren. Sie ziehen den *direkten Sprung* in jene Zeit vor, in der ehemalige Revolutionäre wie Andrassy zu Ministern der Ordnungspartei wurden! Graf Andrassy hatte 1848 so energisch an der revolutionären Bewegung teilgenommen, daß er nach der Niederschlagung der Revolution *zum Tode verurteilt und symbolisch (in effigie) gehängt wurde*. Er lebte dann als Emigrant in Frankreich und England und kehrte erst nach der Amnestie von 1857 nach Ungarn zurück. Dann begann seine „Minister“karriere. Die russischen Liberalen wollen keine Revolution, sie fürchten sie, sie wollen sofort, ohne Revolutionäre gewesen zu sein, in den Ruf *gewesener Revolutionäre* kommen! Sie wollen gleich aus dem Jahr 1847 in das Jahr 1857 hinüberspringen! Sie wollen sich sofort mit dem Zaren auf eine Verfassung von der Art jener Verfassungen einigen, wie sie in Europa zur Zeit der wütendsten Reaktion nach der *Niederlage* der Revolution von 1848 zustande kamen.

Ja, ja, das Beispiel Andrassy ist trefflich gewählt. Wie die Sonne in einem Wassertropfen, so spiegelt sich in diesem Vergleich Andrassys mit Petrunkewitsch die Parallele zwischen der seinerzeit revolutionären und republikanischen bürgerlichen Demokratie Europas und der (sogar nach dem 9. Januar 1905) konstitutionell-monarchistischen bürgerlichen „Demokratie“ Rußlands. Die europäischen Bourgeois kämpften zuerst auf den Barrikaden für die Republik, dann lebten sie im Exil, schließlich wurden sie der Freiheit untreu, verrieten die Revolution und traten in den Dienst der konstitutionellen Monarchen. Die russischen Bourgeois wollen „aus der Geschichte lernen“ und „die Entwicklungsstadien abkürzen“: sie wollen gleich die Revolution verraten, gleich zu Verrätern der Freiheit werden. In ihren intimen Gesprächen wiederholt einer dem andern die Worte, die Christus zu Judas sagte: Was du tust, das tue bald!

„Als die Delegierten in das Zimmer des Palais geführt wurden, in dem der Zar erscheinen sollte“, fährt Herr Gaston Leroux fort, „bemerkte man plötzlich, daß der Revolutionär Petrunkewitsch keine Glacéhandschuhe hatte. Der Oberst der Leibgarde Putjatin streifte schnell die seinen ab und gab sie dem Revolutionär Petrunkewitsch.“

Der Empfang begann. Fürst Trubezkoi hielt seine Rede. Wie Herr Gaston Leroux berichtet, begann er mit dem Dank dafür, daß der Zar „geruht habe, sie zu empfangen, und ihnen damit sein Vertrauen bewiesen habe“. Fürst Trubezkoi versicherte (wohl im Namen der ganzen „konstitutionell-demokratischen“ oder „Oswoboshdenije“-Partei?), daß sie „Männer der Ordnung und des Friedens“ seien, daß „der Zar“ von seinen Ratgebern „getäuscht“ werde. Die „mutigste“ Stelle seiner Rede war die, daß eine Vertreterversammlung nach Ständen, wie Bulygin sie plant, „unzulässig“ sei... und was glaubt ihr wohl, weshalb?... weil „Sie, Majestät, nicht der Zar der Adligen, der Kaufleute und der Bauern, sondern der Zar von ganz Rußland sind“. „Die Vertretung muß das ganze Volk ohne Ausnahme einbeziehen.“ Über die Resolution der Semstwoberatung, die wir im Leitartikel brachten*, verlautete, wie auch zu erwarten war, kein Wort.

Herr Fjodorow hielt sich in seiner Rede an die *finanzielle Seite* der... „Revolution in Glacéhandschuhen“. Der Staatshaushalt werde sich nach dem Krieg um 300 bis 400 Millionen vergrößern, eine „enorme Anstren-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 523. *Die Red.*

gung des Fortschritts und der Zivilisation“ werde notwendig sein, und dazu bedürfe es der „Unabhängigkeit der Gesellschaft“ und des „Appells an alle begabten Männer aus dem Volk“ (gewählt unter der Kontrolle Trepows?).

Die Antwort des Zaren ist bekannt. „Nach der Beendigung seiner Rede“, telegraphiert Herr Gaston Leroux, „unterhielt sich der Zar sehr freundlich mit jedem Delegierten. Er ging sogar so weit, daß er den berühmten Revolutionär (Petrunkevitsch) fragte, ob er Adelsmarschall sei. Als jener verneinte, drückte der Zar die Hoffnung aus, daß der Tag kommen werde, an dem er Adelsmarschall würde, und wandte sich dann einem anderen Delegierten zu. Als der Zar das Zimmer verließ, wurden die Delegierten in einen hinteren Raum des Palais geführt, wo ihnen ein Frühstück angeboten wurde, das ihrer Meinung nach etwa 75 Kopeken kosten mochte. Aber immerhin waren die Delegierten zufrieden mit dem Verlauf...“ (Wenn auch nicht gleich die Ernennung zum Minister versprochen wurde, so doch wenigstens zum Adelsmarschall! Andrassy hat ja wahrscheinlich auch mit so etwas wie einem Adelsmarschall angefangen!) „Sie hatten bereits begonnen, unzählige Telegramme in alle Welt zu schicken“ (darüber, daß nunmehr das Vertrauen zwischen Zar und „Volk“ wiederhergestellt sei?), „als ihnen der offizielle Text der Antwort des Zaren mitgeteilt wurde. Groß war ihr Erstaunen, als sie darin den einzigen wichtigen Satz, der auch nur irgend etwas zu versprechen schien, nicht fanden. Der Satz: ‚Mein kaiserlicher Wille, Volksvertreter einzuberufen, ist unerschütterlich‘, war folgendermaßen wiedergegeben: ‚Mein kaiserlicher Wille ist unerschütterlich.‘ Die Delegierten sandten diesen offiziellen Text, den sie nicht annehmen konnten, sofort zurück. Heute warteten sie mit einer gewissen Ungeduld auf jenen Text, der die Worte, die sie alle gehört hatten, enthalten sollte. Einer der Delegierten sagte mir heute abend“ (das Telegramm des Herrn G. Leroux ist vom 20. (7.) Juni datiert) „über diese sonderbare Wortverwechslung: Das ist keine Selbstherrschaft mehr, das ist regelrechte Taschenspielererei.“

Nicht übel gesagt oder nicht übel erfunden, wenn Herr Leroux das alles erfunden hat. Mit Taschenspielererei hat es auf jeden Fall zu tun, auch wenn das Versprechen, Volksvertreter einzuberufen, in den offiziellen Text der Rede aufgenommen werden sollte. Glacéhandschuhe, und zwar die Glacéhandschuhe des Lakaien, sind das wahre Emblem des politischen Aktes

der Herren Petrunkewitsch und Roditschew. Sie begannen ja selber mit einem Taschenspielerkunststück, nicht nur in der Hinsicht, daß sie über die Bedingungen der Audienz verhandelten, sondern auch in der, daß sie ihre Resolution und ihre wirklichen Wünsche in die Tasche steckten, ungehörige Dinge über den Betrug des Zaren sprachen usw. usf. Sie dürfen sich jetzt nicht darüber beschweren, daß man ihnen auf ihre Taschenspielererei mit Taschenspielererei geantwortet hat. Denn das Versprechen, Volksvertreter überhaupt einzuberufen, bedeutet rein gar nichts und gibt rein gar nichts, da es vollkommen freien Spielraum für eine „Verfassung“ à la Buljgin und à la Trepow und für alle möglichen Verschleppungen läßt. Alles bleibt beim alten — nur haben die Liberalen, zum Narren gehalten wie dumme Jungen und durch das Versprechen eines Adelsmarschalltitels blamiert, der Selbstherrschaft einen Dienst erwiesen, indem sie Telegramme mit dem Wort „Vertrauen“ versandten und solche Berichte über die Audienz erstatteten, wie es z. B. Herr Nikitin in der Petersburger Duma tat.

Wir möchten nicht die Rolle der Cassandra¹²⁷ übernehmen. Wir möchten nicht ein lächerliches und schmähhches Ende der russischen Revolution prophezeien. Aber wir haben die Pflicht, den Arbeitern und dem ganzen Volk offen und unverblümt zu sagen: Die Sache treibt einem solchen Ende zu. Die konstitutionelle, angeblich demokratische Partei und alle diese Herren Oswoboshdenzen treiben die Sache eben einem solchen Ende zu, keinem anderen. Laßt euch durch das Prasseln und Tönen der radikalen Oswoboshdenzenreden oder durch die Semstworesolutionen nicht täuschen. Das sind gemalte Kulissen für das „Volk“, hinter den Kulissen aber wird eifrig gefeilscht. Die liberale Bourgeoisie versteht die Rollen zu verteilen: den radikalen Schwätzer schickt man zu den Banketten und Versammlungen, den gerissenen Geschäftsmann hingegen zu den Hofschranzen, um dort „den Boden vorzubereiten“. Da aber die ganze Macht nach wie vor und ungeschmälert in den Händen der Selbstherrschaft bleibt, wird das unvermeidliche Ergebnis eines *solchen* Verlaufs der Dinge eine „Verfassung“ sein, die hundertmal mehr der Buljginischen als der des „Oswoboshdenije“ ähnlich sein wird.

Das Schicksal der russischen Revolution hängt jetzt vom Proletariat ab. Nur das Proletariat vermag diesem Kuhhandel ein Ende zu machen. Nur das Proletariat kann durch eine erneute heldenhafte Anstrengung die

Massen in Bewegung bringen, die schwankende Armee spalten, die Bauernschaft auf seine Seite ziehen und mit bewaffneter Hand die Freiheit für das ganze Volk erringen, indem es die Feinde der Freiheit mitleidslos zertritt und die selbstsüchtigen und wankelmütigen bürgerlichen Maulhelden der Freiheit beiseite schiebt.

„Proletari“ Nr. 5,
26. (13.) Juni 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

OFFENER BRIEF AN DIE REDAKTION
DER „LEIPZIGER VOLKSZEITUNG“¹²⁸

Werte Genossen!

In der Nummer 135 der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt Genosse K. Kautsky über die Spaltung der russischen Sozialdemokratie. Wir müssen Sie bitten, unsere Antwort auf die Angriffe des Gen. Kautsky zu drucken sowie auch uns zu gestatten, tatsächliche Unwahrheiten in dem erwähnten Artikel richtigzustellen. Wir werden so kurz wie möglich sein.

Kautsky sagt, „die deutsche Ausgabe der Resolutionen des eben abgehaltenen russischen Kongresses konnte zu keinem ungelegeneren Zeitpunkt erscheinen“, die Resolutionen „müssen der Mehrzahl der Leser ein ganz falsches Bild der Verhältnisse in der russischen Sozialdemokratie beibringen“. Kautsky geht so weit, die deutschen Genossen aufzufordern; diese Resolutionen nicht weiterzuverbreiten.

Wir gestatten uns darauf zu erwidern, daß nichts den deutschen Genossen ein so richtiges Bild von den Verhältnissen in der russischen Sozialdemokratie geben kann, wie die authentischen Resolutionen des dritten Parteitags der SDAPR sowie auch die Resolutionen der von den Neuiskristen besuchten „Konferenz“.

Wir erklären, daß Kautsky einen großen Irrtum begeht, wenn er über Dinge schreibt, die er im besten Fall nur vom Hörensagen kennt, und daß seine Schilderung der Verhältnisse in der russischen Sozialdemokratie sehr schief ist. Z. B. ist es einfach lächerlich, wenn Kautsky annimmt, daß „die Resolutionen (des III. Parteitags der SDAPR) vielleicht jetzt schon ihre Gültigkeit selbst für diejenigen, die sie faßten*, verloren haben“. Einigungsverhandlungen zwischen uns und den Neuiskristen gibt es genug und gab es immer genug während der letzten 2—3 Monate, aber bis jetzt ist das Resultat dieser Verhandlungen gleich Null.

* In der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Druckfehler: „haßten“.

Wir protestieren energisch gegen den Versuch, unsere Stimme in der deutschen sozialdemokratischen Presse mundtot zu machen mittels eines so groben, mechanischen, unerhörten Mittels wie des Boykotts der Broschüre, die nichts als eine Übersetzung der Resolutionen des dritten Parteitags der SDAPR enthält und die im Münchener Parteiverlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (G. Birk & Co.) erschienen ist. Kautsky hat kein Recht, über seine Unparteilichkeit zu sprechen. Er war immer parteilich im jetzigen Kampfe innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Es war sein gutes Recht, natürlich. Aber wer parteilich ist, tut besser, nicht zuviel über Unparteilichkeit zu sprechen, um nicht der Heuchelei geziehen zu werden.

Kautsky schildert alle Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR als „Attacken Lenins und seiner Freunde gegen Plechanow und dessen Freunde“. Drei kleine Bemerkungen dazu. Erstens, von den 17 Resolutionen berühren nur vier direkt oder indirekt unsere Gegner innerhalb der SDAPR. Zweitens ist Plechanow jetzt aus der Redaktion der Iskra ausgetreten. Siehe Nr. 101 der „Iskra“. Das zeigt, wie wenig Kautsky von unseren Verhältnissen versteht. Drittens bitten wir die deutschen Genossen zu überlegen, welchen Eindruck es auf russische Sozialdemokraten machen muß, wenn ein Mann mit der Autorität des Genossen Kautsky in dieser Weise die Arbeiten des ganzen Parteitags herunterzureißen sucht mit solcher „Schilderung“: „Attacken Lenins und seiner Freunde“? Was würde man in Deutschland von Leuten denken, die sich anmaßen, die Verhandlungen meinetwegen des Dresdener Parteitags (ohne die Protokolle gelesen zu haben) so zu schildern: Attacken Kautskys und seiner Freunde...?

Ein Wort der Warnung an alle deutschen Sozialdemokraten: Parteigenossen! Betrachten Sie wirklich die SDAPR als Ihre Bruderpartei, dann glauben Sie kein Wort davon, was Ihnen sogenannte unparteiliche Deutsche über unsere Spaltung erzählen. Fordern Sie nur Dokumente, authentische Dokumente. Und vergessen Sie nicht: das Vorurteil ist weiter von der Wahrheit entfernt als die Unkenntnis.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Die Redaktion des Zentralorgans („Der Proletarier“)
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

PS. Die französischen Sozialisten verstehen unter der Unparteilichkeit etwas anderes als die Deutschen. Soeben hat ihr Zentralorgan „Le Socialiste“ die Übersetzung der Resolutionen des dritten Parteitags der SDAPR als besondere Beilage gedruckt.

Geschrieben nach dem 12. (25.) Juni 1905.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.*

*Nach dem deutschsprachigen
Text des Sammelbandes.*

EIN BILD DER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIERUNG

Situation: Der Zarismus in St. Petersburg geschlagen. Die absolutistische Regierung gestürzt, geschlagen, aber nicht erschlagen, nicht totgeschlagen, *nicht vernichtet*, nicht mit der Wurzel ausgerottet.

Die provisorische revolutionäre Regierung appelliert an das Volk. *Selbsttätigkeit* der Arbeiter und Bauern. Vollständige Freiheit. Das Volk ordnet selbst sein Leben. *Programm der Regierung* = vollständige republikanische Freiheiten, Bauernkomitees zur *völligen* Umgestaltung der Agrarverhältnisse. Das Programm der sozialdemokratischen Partei *eine Sache für sich*. Die Sozialdemokraten in der provisorischen Regierung = *Delegierte, Beauftragte* der sozialdemokratischen Partei.

Dann – konstituierende Versammlung. *Wenn* das Volk sich erhoben hat, *kann es...** (wenn auch vielleicht nicht sofort) die Mehrheit bilden (Bauern und Arbeiter). *Ergo*** , revolutionäre *Diktatur* des Proletariats und der Bauernschaft.

Rasender Widerstand der finsternen Kräfte. Der Bürgerkrieg *auf dem Höhepunkt* – *Vernichtung* des Zarismus.

Die Organisation des Proletariats wächst; Propaganda und Agitation der Sozialdemokratie zehntausendfach gesteigert: alle Regierungsdruckereien etc. etc. „Mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion wird also der Umfang der Masse zunehmen, deren Aktion sie ist.“ ***¹²⁰

Die Bauernschaft hat selbst die Regelung *aller* Agrarverhältnisse, den ganzen Grund und Boden in ihre Hände genommen. *Dann* wird die *Nationalisierung* Tatsache.

* Ein Wort nicht zu entziffern. *Die Red.*

** Folglich. *Die Red.*

*** Die zitierten Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Gewaltiges Wachstum der Produktivkräfte — die gesamte Dorfintelligenz, alle technischen Kenntnisse werden eingesetzt zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, Befreiung von den Fesseln (Kulturreformer, Volkstümler etc. etc.) ... Gigantische Entwicklung des kapitalistischen Fortschritts...

Krieg: Die *Festung* geht aus einer Hand in die andere über. Entweder stürzt die Bourgeoisie die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, oder diese Diktatur setzt Europa in Brand und dann...?

Will man die Frage der revolutionären Diktatur marxistisch behandeln, so muß man sie auf eine Analyse des *Kampfes der Klassen* zurückführen.

Ergo, welche hauptsächlich gesellschaftlichen Kräfte kommen in Betracht? *Ordre de bataille**?

(α) die bürokratisch-militärisch-höfischen Elemente sind für den Absolutismus, *plus* die unaufgeklärten Elemente des Volkes (ein sich rasch zersetzendes Konglomerat, gestern noch allmächtig, morgen ohnmächtig). (Innere dynastische etc. Auseinandersetzungen unvermeidlich.)

Organisation sehr stark, maximum

(β) die mittlere und große gemäßigt-liberale Bourgeoisie.

(Hierher zähle ich die liberalen Gutsbesitzer, die großen Finanzmagnaten, die Kaufleute, Fabrikanten etc. etc. Das ist = Σ ** der Herren und Gebieter eines bürgerlichen Landes. „Die können alles.“)

Organisation
sehr lose

Konflikte zwischen den Fraktionen unvermeidlich — aber alle sind schon jetzt für eine Verfassung, morgen dann erst recht.

Ideologische Führer in Hülle und Fülle aus den Reihen der Beamten, der Gutsbesitzer, der Journalisten.

* Schlachtordnung. *Die Red.*

** Σ (griech. Buchstabe) — in der Mathematik Bezeichnung für „Summe“.
Der Übers.

(γ) die kleinbürgerliche und bäuerliche Schicht. Dutzende von Millionen.

Das „Volk“
par excellence*

Organisation minimum

Größte Unwissenheit,
größte Desorganisiertheit.

Ihre Lage ist am ausweglosesten, die unmittelbaren Vorteile von der Revolution am größten. Höchste Unbeständigkeit (heute revolutionär, morgen, nach geringfügigen Verbesserungen, für die Ordnung).

Demokratie.

Ideologische Führer — sehr viel
demokratische Intelligenz.

„Typus“ des Sozialrevolutionärs.

(δ) das Proletariat.

sehr große Organisiertheit, Disziplin

Revolutionär. Kritisch eingestellt zur Kleinbourgeoisie. Weniger ideologische Führer als bei allen übrigen, nur die sozialdemokratische Intelligenz und die sozialdemokratischen gebildeten Arbeiter. Im Vergleich zu der vorhergehenden Schicht zahlenmäßig viel schwächer, aber Kampffähigkeit** viel stärker.

Objekt des Kampfes = Republik (darin inbegriffen alle demokratischen Freiheiten, das Minimalprogramm und ernsthafte soziale Reformen).

α — absolut dagegen.

β — für eine Verfassung, gegen die Republik (½—½). ((Element des Kuhhandels.))

γ — während der Revolution (nicht fest) für die Republik ((unbeständige Elemente des Kampfes)).

δ — voll und ganz für die Republik.

Geschrieben Juni—Juli 1905.

Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

* schlechthin. Die Red.

** „Kampffähigkeit“ bei Lenin deutsch. Der Übers.

DER KAMPF DES PROLETARIATS UND DER SERVILISMUS DER BOURGEOISIE

Aufstand und bewaffnete Barrikadenkämpfe in Lodz, Blutbad in Iwanowo-Wosnessensk, allgemeine Streiks und Schießerei auf die Arbeiter in Warschau und in Odessa, schimpfliches Ende der Komödie mit der Semstwodelegation — das sind die wichtigsten politischen Ereignisse der vergangenen Woche. Fügt man hinzu, was die Genfer Blätter heute (am 28. [15.] Juni) melden: Bauernunruhen im Kreis Lebedin, Gouvernement Charkow, die Zerstörung von fünf Herrengütern und die Entsendung von Truppen dorthin — so spiegelt sich in den Ereignissen einer Woche der Charakter aller grundlegenden gesellschaftlichen Kräfte wider, der jetzt während der Revolution so offen und deutlich zutage tritt.

Das Proletariat befindet sich in ständiger Wallung, besonders seit dem 9. Januar; es läßt dem Feind keinen ruhigen Augenblick, wobei es als Hauptangriffsmittel den Streik verwendet, sich in direkte Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht des Zarismus nicht einläßt und seine Kräfte für den großen Entscheidungskampf vorbereitet. In den industriell am meisten entwickelten Gegenden, wo die Arbeiter politisch am reifsten sind, wo sich zur wirtschaftlichen und allgemeinen politischen Unterdrückung noch die nationale Unterdrückung gesellt, handeln die Polizei und die Truppen des Zarismus besonders herausfordernd, provozieren sie die Arbeiter geradezu. Und die Arbeiter, auch jene, die nicht zum Kampf vorbereitet waren, auch jene, die sich zunächst nur auf die Verteidigung beschränkten, führen uns — wir denken hierbei hauptsächlich an das Proletariat von Lodz — nicht nur ein neues Beispiel des revolutionären Enthusiasmus und Heldenmuts, sondern auch der höheren Formen des Kampfes vor Augen. Ihre Bewaffnung ist noch schwach, äußerst schwach,

ihr Aufstand ist immer noch ein Teilaufstand, ohne Verbindung mit der allgemeinen Bewegung, und dennoch machen sie einen Schritt vorwärts, überziehen sie mit ungeheurer Geschwindigkeit die Straßen der Stadt mit Dutzenden von Barrikaden, fügen den Truppen des Zarismus beträchtliche Verluste zu und setzen sich in einzelnen Häusern erbittert zur Wehr. Der bewaffnete Aufstand wächst in die Tiefe und in die Breite. Die neuen Opfer der zaristischen Henker — in Lodz sind an die 2000 Menschen getötet oder verwundet worden — entzünden in neuen Zehntausenden und Hunderttausenden von Staatsbürgern flammenden Haß gegen die fluchbeladene Selbstherrschaft. Die neuen bewaffneten Kämpfe zeigen immer anschaulicher, daß der bewaffnete Entscheidungskampf des Volkes gegen die bewaffneten Kräfte des Zarismus unvermeidlich ist. Die einzelnen Ausbrüche fügen sich immer deutlicher zu dem Bild einer in ganz Rußland auflodernden Feuersbrunst zusammen. Der proletarische Kampf erfaßt neue, die rückständigsten Bezirke, und der Eifer der Zarensherger dient nur der Revolution, da er die ökonomischen Zusammenstöße zu politischen werden läßt, den Arbeitern überall an ihrem eigenen Schicksal die unbedingte Notwendigkeit des Sturzes der Selbstherrschaft klarmacht und sie zu künftigen Helden und Kämpfern des Volksaufstands erzieht.

Bewaffneter Volksaufstand! Immer näher führen die Ereignisse selbst, führt der elementare Prozeß der sich ausbreitenden und verschärfenden revolutionären Bewegung an diese Losung heran, die von der Partei des Proletariats in Gestalt des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit solcher Entschiedenheit ausgegeben wurde. Mögen daher alle Schwankungen und Zweifel schnellstens überwunden werden, möge jeder recht bald erkennen, wie unsinnig, wie unwürdig heute alle Versuche sind, dieser unaufschiebbaren Aufgabe, der tatkräftigsten Vorbereitung des bewaffneten Aufstands, auszuweichen, wie gefährlich jede Verzögerung ist und wie dringend notwendig die Vereinigung, die Zusammenfassung der überall ausbrechenden Teilaufstände ist. Einzelne sind diese Ausbrüche machtlos. Die organisierte Macht der zaristischen Regierung kann die Aufständischen nacheinander niederschlagen, wenn die Bewegung ebenso spontan-langsam wie bisher von einer Stadt auf die andere, von einem Bezirk auf den anderen übergreift. Vereinigt aber können diese Ausbrüche sich zu einem mächtigen revolutionären Feuerstrom vereinigen, dem keine Macht der Welt widerstehen wird. Und

diese Vereinigung kommt, sie kommt auf Tausenden Wegen, die wir nicht kennen und nicht ahnen. An diesen einzelnen Ausbrüchen und Kämpfen lernt das Volk, was Revolution ist — unsere Sache ist es nur, nicht hinter den Aufgaben der Stunde zurückzubleiben, stets imstande zu sein, die nächstfolgende, höhere Stufe des Kampfes aufzuzeigen, die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit und der Gegenwart zu verwerten und die Arbeiter und Bauern immer nachdrücklicher und eindringlicher aufzufordern, vorwärts, immer weiter vorwärts zu stürmen, bis zum vollständigen Sieg des Volkes, bis zur vollständigen Vernichtung des absolutistischen Gesindels, das jetzt mit der Verzweiflung eines zum Tode Verurteilten kämpft.

Wie oft fanden sich innerhalb der Sozialdemokratie, besonders auf ihrem Intellektuellenflügel, Leute, die die Aufgaben der Bewegung zu degradieren suchten, die aus Kleinmut den Glauben an die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse verloren hatten. Manche glauben auch heute noch, daß das Proletariat, da die demokratische Umwälzung ihrem sozialen und ökonomischen Charakter nach eine bürgerliche ist, nicht danach streben dürfe, in dieser Umwälzung die führende Rolle zu spielen, aufs energischste daran teilzunehmen und die fortschrittlichen Lösungen des Sturzes der Zarenmacht und der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung aufzustellen. Die Ereignisse belehren auch diese rückständigen Leute. Die Ereignisse bestätigen die kämpferischen Schlußfolgerungen, die sich aus der revolutionären Theorie des Marxismus ergeben. Der bürgerliche Charakter der demokratischen Revolution bedeutet nicht, daß sie nur der Bourgeoisie nützlich sein kann. Im Gegenteil, am nützlichsten und notwendigsten ist sie dem Proletariat und der Bauernschaft. Die Ereignisse zeigen immer anschaulicher, daß nur das Proletariat fähig ist zum entscheidenden Kampf für die vollständige Freiheit, für die Republik, im Gegensatz zur Unzuverlässigkeit und Wankelmütigkeit der Bourgeoisie. Das Proletariat kann sich an die Spitze des gesamten Volkes stellen und die Bauernschaft für sich gewinnen, die von der Selbstherrschaft nichts als Unterdrückung und Gewalttaten und von den bürgerlichen Volksfreunden nichts als Verrat und Treubruch zu erwarten hat. Das Proletariat wird schon allein durch die Lage, die es als Klasse in der modernen Gesellschaft einnimmt, befähigt, früher als alle übrigen Klassen zu erkennen, daß die großen historischen Fragen letzten Endes nur

durch Gewalt entschieden werden, daß die Freiheit nicht ohne größte Opfer zu erringen ist, daß der bewaffnete Widerstand des Zarismus mit bewaffneter Hand gebrochen und niedergedrungen werden muß. Andernfalls werden wir von der Freiheit nichts zu sehen bekommen, andernfalls erwartet Rußland das Schicksal der Türkei, ein langwieriger, qualvoller Abstieg und Zerfall, qualvoll insbesondere für alle werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen. Mag die Bourgeoisie sich erniedrigen und liebdienern, mag sie in ihrem Streben nach einer erbärmlichen Parodie auf die Freiheit feilschen und um Almosen betteln. Das Proletariat wird den Kampf aufnehmen und die durch die niederträchtigen und unerträglichen Zustände der Leibeigenschaft und Entwürdigung gepeinigete Bauernschaft mit sich reißen, es wird vorwärts marschieren bis zur vollständigen Freiheit, die nur das bewaffnete Volk, gestützt auf die revolutionäre Macht, erfolgreich verteidigen kann.

Die Sozialdemokratie hat die Losung des Aufstands nicht unüberlegt ausgegeben. Sie hat stets die revolutionäre Phrase bekämpft und wird sie auch weiter bekämpfen, sie wird eine nüchterne Einschätzung der Kräfte und eine nüchterne Analyse der Lage fordern. Die Sozialdemokratie spricht schon seit 1902 von der Vorbereitung des Aufstands, ohne jemals diese Vorbereitung mit der sinnlosen künstlichen Inszenierung von Putschen zu verwechseln, die unsere Kräfte nur unnützlich vergeuden würde. Und erst jetzt, nach dem 9. Januar, hat die Arbeiterpartei die Losung des Aufstands auf die Tagesordnung gesetzt, hat sie die Notwendigkeit des Aufstands und die Dringlichkeit der Aufgabe, zum Aufstand zu rüsten, betont. Die Selbstherrschaft selber hat diese Losung zur praktischen Lösung der Arbeiterbewegung gemacht. Die Selbstherrschaft hat den ersten umfassenden Massenunterricht im Bürgerkrieg erteilt. Dieser Krieg hat begonnen und nimmt immer breiteren Umfang, immer schärfere Formen an. Wir haben lediglich seine Lehren zu verallgemeinern, den ganzen großen Sinn des Wortes „Bürgerkrieg“ zu erläutern, aus den einzelnen Schlachten dieses Krieges praktische Hinweise zu gewinnen, die Kräfte zu organisieren, unmittelbar und sofort alles vorzubereiten, was für einen wirklichen Krieg notwendig ist.

Die Sozialdemokratie fürchtet sich nicht, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Sie kennt die Verräternatur der Bourgeoisie. Sie weiß, daß die Freiheit dem Arbeiter nicht Ruhe und Frieden bringen wird, sondern einen

neuen, noch gewaltigeren Kampf, den Kampf für den Sozialismus, den Kampf gegen die jetzigen bürgerlichen Freunde der Freiheit. Aber nichtsdestoweniger — und gerade deswegen — ist die Freiheit für die Arbeiter unbedingt notwendig, ist sie für sie notwendiger als für irgend jemand sonst. Nur die Arbeiter sind fähig, an der Spitze des Volkes für die vollständige Freiheit, für die demokratische Republik zu kämpfen — und sie werden für sie kämpfen auf Leben und Tod.

Zwar sind noch große Massen des Volkes unwissend und eingeschüchtert, eine gewaltige Arbeit muß noch geleistet werden, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, ganz zu schweigen von der Bauernschaft. Doch seht nur, wie rasch sich der gestrige Sklave aufrichtet, wie in schon halberloschenen Augen der Funke der Freiheit aufleuchtet. Seht die Bauernbewegung. Sie ist zersplittert, unbewußt, über ihren Umfang und ihren Charakter kennen wir nur Brocken der Wahrheit. Aber eins steht für uns fest: Der klassenbewußte Arbeiter und der sich zum Kampf erhebende Bauer werden sich verstehen, sobald sie nur ein paar Worte miteinander gewechselt haben, jeder Strahl des Lichts wird sie enger miteinander verbinden zum Kampf für die Freiheit, sie werden dann *ihre* Revolution nicht der verächtlich-feigen und eigennützigen Bourgeoisie und den Gutsbesitzern überlassen, jene demokratische Revolution, die Land und Freiheit geben kann und alle in der bürgerlichen Gesellschaft denkbaren Erleichterungen des Lebens zu geben vermag, die die Werktätigen zum weiteren Kampf für den Sozialismus brauchen. Seht euch das zentrale Industriegebiet an. Ist es etwa lange her, seit uns dieses Gebiet in tiefen Schlaf versunken schien, seit man dort nur eine vereinzelte, zersplitterte, an Ausdehnung geringe Gewerkschaftsbewegung für möglich hielt? Und jetzt ist dort bereits der Generalstreik aufgelodert. Zehntausende und Hunderttausende haben sich erhoben und erheben sich. Ungewöhnlich rasch entfaltet sich die politische Agitation. Die dortigen Arbeiter stehen natürlich noch weit zurück hinter dem heldenmütigen Proletariat des heldenmütigen Polen, doch die Zarenregierung klärt sie schnell auf, zwingt sie rasch, „Polen einzuholen“.

Nein, der allgemeine bewaffnete Volksaufstand ist kein Traum und der Gedanke an den vollständigen Sieg des Proletariats und der Bauernschaft in der jetzigen demokratischen Revolution kein leerer Wahn. Welche gewaltigen Perspektiven würde ein solcher Sieg dem europäischen Proleta-

riat eröffnen, das nun schon seit vielen Jahren in seinem Streben nach Glück von der militärischen und junkerlichen Reaktion künstlich gehemmt wird! Der Sieg der demokratischen Revolution in Rußland wird das Signal sein für den Beginn der sozialistischen Revolution, für einen neuen Sieg unserer Brüder, der klassenbewußten Proletarier in allen Ländern.

Wie widerwärtig und armselig wirkt da, verglichen mit dem machtvollen und heldenhaften Kampf des Proletariats, das treuuntertänige Auftreten der Semstwoleute und „Oswoboshdenzen“ in der berühmten Audienz bei Nikolaus II.! Die Komödianten erhielten die verdiente Strafe. Noch ist die Tinte nicht trocken, mit der sie ihre unterwürfig-begeisterten Berichte über die gnädigen Worte des Zaren schrieben, und schon zeigt sich jedermann die wahre Bedeutung dieser Worte in neuen Taten. Die Zensur wütet. Die Zeitung „Rus“¹³⁰ wurde verboten, nur weil sie eine mehr als bescheidene Adresse abgedruckt hatte. Es blüht und gedeiht die Diktatur der Polizei mit Trepow an der Spitze. Offiziell werden die Worte des Zaren in dem Sinne kommentiert, daß er eine *beratende* Versammlung von Volksvertretern versprochen habe, wobei die altherkömmliche und „bodenständige“ Selbstherrschaft unangetastet bleibt!

Es zeigt sich, daß Fürst Meschtscherski im „Grashdanin“ mit seiner Einschätzung des Empfangs der Delegation recht hatte. Nikolaus habe es verstanden, den Semstwoleuten und Liberalen „donner le change“, schrieb er. Nikolaus habe es verstanden, *sie hinters Licht zu führen!*

Was wahr ist, ist wahr! Die Führer der Semstwoleute und Oswoboshdenzen sind hinters Licht geführt worden. Das geschieht ihnen recht. Es ist die wohlverdiente Strafe dafür, daß sie so knechtisch aufgetreten sind, daß sie ihre wirklichen Beschlüsse und Gedanken über die Verfassung verheimlichten, daß sie als Antwort auf die jesuitische Rede des Zaren niederträchtig schwiegen. Sie feilschten und feilschen immer noch, sie erstreben eine für die Bourgeoisie „ungefährliche“ Parodie auf die Freiheit. Schipow feilscht mit Bulygin, Trubezkoi feilscht mit Schipow, Petrunkewitsch und Roditschew feilschen mit Trubezkoi, Struve feilscht mit Petrunkewitsch und Roditschew. Sie feilschen und einigen sich „provisorisch“ auf das rein Schipowsche Programm der Semstwolegation. Diese Krämer erhielten die richtige Antwort... einen Fußtritt mit dem Militärstiefel.

Wird diese schändliche Blamage der Führer des russischen bürgerlichen

„Oswoboshdenzentums“ nicht endlich der Anfang vom Ende sein? Sollten sich diejenigen, die fähig sind, aufrichtige und ehrliche *Demokraten* zu sein, auch jetzt noch nicht von dieser famoson „konstitutionell-demokratischen Partei“ abwenden? Sollten sie nicht begreifen, daß sie sich hoffnungslos blamieren und die Sache der Revolution verraten, wenn sie eine „Partei“ unterstützen, in der die „Semstwofraktion“ vor der Selbstherrschaft und der „Bund der Befreiung“ vor der Semstwofraktion auf dem Bauche liegt?

Wir begrüßen das Finale der Semstwodelegation! Die Maske ist gefallen. Entscheidet euch, ihr Herren Gutsbesitzer und ihr Herren Bourgeois. Entscheidet euch, ihr Herren Gebildeten und Mitglieder aller möglichen „Bünde“. Für die Revolution oder für die Konterrevolution? Für die Freiheit oder gegen die Freiheit? Wer wirklich Demokrat sein will, der muß kämpfen, der muß mit den Kriechern und mit den Verrätern brechen, der muß eine ehrliche Partei ins Leben rufen, die sich und ihre Überzeugungen achtet, der muß sich entschlossen und unabänderlich auf die Seite des bewaffneten Aufstands stellen. Wer aber das Diplomatisieren, das Verschweigen seiner wahren Meinung, den Kuhhandel und das Scharwenzeln fortsetzen will, wer weiter mit Worten drohen will, denen niemand glaubt, und über einen versprochenen Adelsmarschallposten durch den vergötterten Monarchen in Entzücken gerät — der muß durch die allgemeine Verachtung der Anhänger der Freiheit öffentlich gebrandmarkt werden.

Nieder mit den bürgerlichen Verrätern der Freiheit!

Es lebe das revolutionäre Proletariat! Es lebe der bewaffnete Aufstand für die vollständige Freiheit, für die Republik, für die ureigensten, brennendsten Interessen des Proletariats und der Bauernschaft!

„Proletari“ Nr. 6,
3. Juli (20. Juni) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

EIN DRITTER SCHRITT ZURÜCK

Aus den Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR ist allen Genossen bekannt, welche Stellung in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht wir zu der sogenannten Minderheit oder den Neuiskristen einzunehmen haben. Der III. Parteitag, der die Notwendigkeit des ideologischen Kampfes gegen die Überbleibsel des „Ökonomismus“ betonte, hielt den Eintritt von Anhängern der Minderheit in die Parteiorganisationen unter der Bedingung für möglich, daß sie die Parteitage anerkennen und sich der Parteidisziplin fügen. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so sind alle Gruppen der „Minderheit“ als außerhalb der Partei stehend zu betrachten, wobei praktische *Vereinbarungen* mit ihnen nach dem Ermessen des ZK und der Lokalkomitees selbstverständlich zulässig sind, und zwar nach denselben Grundsätzen wie die Vereinbarungen mit dem „Bund“ usw.

Zur Zeit können wir den Genossen nur einige Mitteilungen über den ausländischen Teil der von der Partei abgespaltenen Minderheit machen. Das ZK sandte sofort nach dem Parteitag sowohl der „Liga“ als auch den Leitern des technischen Apparats und der Parteikasse Briefe, in denen jene gebeten wurde, sich über ihre Stellung zum III. Parteitag zu äußern, während diese ersucht wurden, das Parteivermögen dem ZK zu übergeben. Auf keinen dieser Briefe erfolgte eine Antwort. Die Neuiskristen möchten gern im Namen der Gesamtpartei die Parteidruckerei und das Lager benutzen, Geld von der deutschen Sozialdemokratie und überhaupt vom Ausland bekommen, aber der Partei über die Verwendung des Parteivermögens und über die Verausgabung der Parteigelder Rechenschaft geben, das wollen sie nicht. Ein solches Verhalten zu kommentieren halten wir für überflüssig.

In dem Artikel über den III. Parteitag („Proletari“ Nr. 1*) äußerten wir den Wunsch, daß sich der abgespaltene Teil der Partei wenigstens recht bald so geschlossen wie möglich organisieren möge; dann wären einzelne Vereinbarungen leichter zu bewerkstelligen und der Weg zur künftigen Einheit klarer. Leider erweist sich auch dieser unser Wunsch als fast unerfüllbar. Die Resolutionen der „Konferenz“ der Minderheit sind jetzt veröffentlicht (siehe die äußerst interessante Broschüre „Die erste gesamt-russische Konferenz der Parteifunktionäre“, Sonderbeilage zu Nr. 100 der „Iskra“, sowie Nr. 100 der „Iskra“). Wir empfehlen dringend allen Parteiorganisationen, sich diese Broschüre anzusehen, denn besseres Material für den ideologischen Kampf gegen den abgespaltenen Teil der Partei könnten wir uns gar nicht vorstellen. Diese Resolutionen offenbaren die völlige Unfähigkeit der Minderheit, auch nur ihre eigenen Anhänger zu organisieren. Sie konnten nicht einmal ihre eigene Konferenz einberufen; ihre Konferenz haben wir, das Büro der Komitees der Mehrheit und das ZK, durch die Ankündigung des III. Parteitags einberufen. Die Delegierten der menschwistischen Organisationen reisten im Auftrag ihrer Organisationen zum Parteitag und gerieten in die Konferenz! Die Konferenz beschloß, die Beschlüsse des III. Parteitags nicht anzuerkennen — und das vom II. Parteitag angenommene Parteistatut außer Kraft zu setzen! Die Konferenz konnte sich nicht als Parteitag konstituieren — ihre Beschlüsse sind Beschlüsse einer *beratenden* Versammlung, die von jeder einzelnen Organisation bestätigt werden müssen. Eine vollständige Liste der Konferenzteilnehmer fehlt, Protokolle sind ebenfalls nicht vorhanden. Die Organisationen der Minderheit können also auf die Frage, ob sie diese oder jene Resolution anerkennen, nur mit Ja oder Nein antworten. Auf diese Weise werden die beschließenden Stimmen abgegeben, ohne daß die Möglichkeit besteht, die Texte der Resolutionen zu ändern, und ohne daß die Abstimmenden den ganzen Verlauf der Debatten über die Resolutionen vor Augen haben. Wie diese beschließenden Stimmen zusammengezählt werden sollen, die ja unter Umständen bei der Bestätigung des einen Teils einer Resolution und der Ablehnung des anderen Teils differieren können, mag Allah wissen. Wir haben es hier mit dem Prinzip der bonapartistischen Plebiszite zu tun, im Gegensatz zu dem in der internationalen Sozialdemokratie allgemein üblichen Prinzip der demokra-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 441/442. *Die Red.*

tischen Vertretung. Bei uns beraten und beschließen demokratisch gewählte und rechenschaftspflichtige Vertreter der vollberechtigten Organisationen. Bei ihnen beraten Vertreter plus Gäste und machen Vorschläge, die vollberechtigten Organisationen aber sagen nachträglich ja oder nein. Man kann sich kaum ein System vorstellen, das geeigneter wäre, die Sozialdemokraten zu desorganisieren. In der Praxis artet dieses Plebiszitsystem stets in eine Komödie aus.

Das von der Konferenz angenommene und aus 13 Paragraphen bestehende „Organisationsstatut“ ist in seiner Art eine Perle. Da wird ein Parteigebäude errichtet, das aus sechs Stockwerken besteht, in folgender Reihenfolge von unten nach oben: 1. leitendes Kollektiv, 2. Komitee, 3. Gebietstagung, 4. Gebietskomitee. 5. Konferenz und 6. Vollzugskommission. Im allgemeinen wählt das untere Kollegium das höhere. Die Beziehungen zwischen dem leitenden Kollektiv und dem Komitee werden jedoch nicht durch das Prinzip der Wahl bestimmt, sondern durch das Prinzip der „Vereinbarung“, wie die Neuskristen glauben, oder durch das Prinzip der „Konfusion“, wie uns scheint. Einerseits gehört das ganze Komitee dem leitenden Kollektiv an, zusammen mit allen Mitgliedern nicht nur der Bezirkskomitees, sondern auch der „Gruppen, die unter besonderen Schichten der Bevölkerung arbeiten“. Andererseits „gehört dem Bezirkskomitee auch ein Vertreter des Komitees an“! Einerseits müssen alle wesentlichen Beschlüsse vom leitenden Kollektiv ausgehen, andererseits handelt das Komitee in dringenden Fällen selbständig, „vor der Befragung (!) der Bezirkskomitees“. Drittens „ist das Komitee verpflichtet, über seine Tätigkeit den Bezirkskomitees periodisch Bericht zu erstatten“. Spricht die Mehrheit der Mitglieder der Bezirkskomitees dem Komitee das Mißtrauen aus, wird das Komitee „auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung zwischen dem Gebietskomitee und den Bezirkskomitees“ reorganisiert. Die Rechte ebenso wie die Zusammensetzung der anderen Parteiorganisationen (darunter auch des Bezirkskomitees) sind überhaupt nicht festgesetzt. Der Begriff der Parteimitgliedschaft, um den die Menschewiki auf dem II. Parteitag grundsätzlich kämpften, ist vollständig über Bord geworfen! Bisher galt das Prinzip der „Vereinbarung“ zwischen Mitgliedern einer und derselben Organisation oder Partei, die sich über alle wesentlichen Fragen des Programms und der Taktik einig sind, als Prinzip des Anarchismus. Die Sozialdemokraten der ganzen Welt hielten

und halten sich in solchen Fällen an das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Die Neuiskristen wollen der Welt ein unvergängliches Beispiel dafür bieten, wie diese zwei Prinzipien im „poetischsten“ Durcheinander vermenget werden können. Vor kurzem fiel uns zufällig ein Exemplar einer deutschen Zeitung in die Hände, mit dem Wahlspruch „Weder Autorität noch Majorität“. Ein Prinzip, das der neuiskristischen „Organisation als Prozeß“ verwandt ist. Diese Zeitung ist das Organ der deutschen Anarchisten: „Der Anarchist“.

Bei der Wahl der Zentralleitung (des „Organs, das die ganze Parteiarbeit zusammenfaßt“) ziehen die Neuiskristen den direkten Wahlen indirekte, eine Wahl durch Wahlmänner, vor. Die Vollzugskommission wird nicht direkt durch Vertreter der leitenden Kollektive gewählt, sondern vermittels einer vierstufigen Wahl! Weshalb plötzlich diese Abneigung gegen direkte Wahlen, weiß Allah allein. Manche denken: ob nicht etwa das Beispiel des Herrn Struve, der für das Oberhaus zwar allgemeine, aber keine direkten Wahlen festsetzen will, auf die Neuiskristen abgefärbt hat? Wie diese vierstufigen Wahlen eigentlich durchgeführt werden sollen – auch das weiß nur Allah, denn im „Statut“ ist darüber kein Wort gesagt.

Selbstverständlich wäre es lächerlich, dieses Statut, dessen Reize wir noch lange nicht erschöpft haben, ernst zu nehmen. Es wird nie zur Anwendung kommen. Dieses sechsstöckige Vehikel – auch wenn es gelingen sollte, so ein Ding aufzubauen – wird nie vom Fleck kommen. Dieses Statut hat keine praktische, wohl aber eine prinzipielle Bedeutung. Es ist eine prächtige, unübertroffene Illustration zu der berühmten Theorie von der „Organisation als Prozeß“. Nun muß sogar ein Blinder sehen, daß die „Organisation als Prozeß“ Desorganisation bedeutet. Bisher waren die Menschewiki ihren Opponenten, dem II. Parteitag und den von ihm geschaffenen Organen gegenüber als Desorganisatoren aufgetreten. Jetzt treten die Menschewiki ihren eigenen Gesinnungsgenossen gegenüber als Desorganisatoren auf. Das heißt schon wirklich die Desorganisation zum Prinzip erheben.

Es wundert uns nicht, daß die Menschewiki mit der Verletzung ihres eigenen Statuts begonnen haben. Eine Einteilung Rußlands in Gebiete haben sie nicht vorgenommen. Eine Vollzugskommission wurde nicht gewählt, nicht einmal provisorisch, bis zur Bestätigung der Komitees und

Organisationen. Die Konferenz wählte eine im Statut nicht vorgesehene Organisationskommission und gab ihr besondere Aufträge! Jetzt sind sogar provisorische und partielle Vereinbarungen mit den Menschewiki furchtbar erschwert, weil diese Organisationskommission keine offizielle Stellung einnimmt und ihre Schritte keine entscheidende Bedeutung haben können. Wer mit den Menschewiki in Beziehung treten will, muß sich der Mühe unterziehen, mit jeder einzelnen Organisation in Verbindung zu treten und sogar mit jedem einzelnen „Pan“, der sein „Liberum veto“* einlegen kann!

Schließlich ist es besonders erstaunlich, daß im „Statut“ der Minderheit die Parteiorgane und überhaupt die Parteiliteratur mit völligem Stillschweigen übergangen werden. Die Organe sind da („Iskra“, „Sozialdemokrat“¹⁸¹) und werden da sein, aber das von der Konferenz angenommene „Statut“ setzt keine Verbindung zwischen ihnen und der Partei fest. Das ist ungeheuerlich, aber wahr. Die Publizisten stehen außerhalb der Partei, stehen über der Partei. Keine Kontrolle, keine Rechenschaft, keine materielle Abhängigkeit. Ähnlich wie in den schlimmsten Zeiten des Opportunismus der französischen Sozialisten: die Partei für sich und die Publizisten für sich. Von diesem Standpunkt dürfte vielleicht folgender Beschluß der Konferenz, nämlich die Resolution über die Partei(?)literatur nicht zufällig sein: „Die Konferenz erachtet es für notwendig: 1. daß die Organisationskommission Maßnahmen trifft, um den Parteipublizisten mehr Möglichkeiten zu verschaffen, in der legalen Presse einen Kampf für die theoretischen Grundsätze der Partei zu führen.“ Gewissermaßen das Urbild der menschewistischen Organisation: eine Gruppe von nicht verantwortlichen und „unabhängigen“, von unersetzlichen und unabsetzbaren „Parteipublizisten“. Und neben ihnen eine Kommission, deren Sorge... die Herausgabe legaler Schriften ist!

Es fällt schwer, über diesen Organisationstypus mit dem nötigen Ernst zu sprechen. Je näher die Revolution, je näher die Möglichkeit eines öffentlichen Auftretens der Sozialdemokraten in der „legalen“ Presse gerückt ist, um so strenger muß die Partei des Proletariats das Prinzip der unbedingten Verantwortlichkeit der „Parteipublizisten“ vor der Partei, ihrer Abhängigkeit von der Partei, wahren.

* Das im 17. und 18. Jahrhundert in Polen jedem Mitglied des Sejm zustehende freie Einspruchsrecht. *Der Übers.*

Was die taktischen Resolutionen der Konferenz anbelangt, so bestätigen sie vorzüglich die Erklärung des III. Parteitags über die Schattierungen der Sozialdemokraten, die „dem Ökonomismus verwandt sind“ und über die „Hemmung des Schwungs der Parteiarbeit“. Von der unglaublich nachlässigen redaktionellen Bearbeitung der Resolutionen, die mehr flüchtig hingeworfenen Gedanken, Aphorismen, Betrachtungen und Fragmenten von ersten Entwürfen gleichen, wollen wir schon gar nicht sprechen. In dieser Hinsicht kann nur das „Programm des Bundes der Befreiung“ mit den Resolutionen der Konferenz konkurrieren. Wir haben es nicht mit präzisen, klaren Direktiven zu tun, die von der obersten Parteikörperschaft gegeben werden, sondern mit... Stilübungen einiger Parteipublizisten.

Nehmen wir ihren Inhalt. Zur brennenden Frage des Aufstands wird uns nicht gesagt, daß er „notwendig“ geworden ist, daß man nicht nur seine politische Bedeutung, sondern auch seine „praktisch-organisatorische Seite“ erläutern muß, daß man zu diesem Zweck das „Proletariat organisieren“ und „soweit erforderlich, besondere Gruppen bilden“ muß (Resolution des III. Parteitags). Nein. Da wird zuerst gesagt, daß die Möglichkeit, den Aufstand für einen bestimmten Termin festzusetzen und ihn durch konspirativ-organisatorische Mittel vorzubereiten, „ausgeschlossen“ sei, und dann bekommt man zu lesen, daß bei einer Verbreiterung der Agitation und Organisation die Verwandlung der spontanen Bewegungen in „planmäßige Aufstände“ möglich sei. Und dieses verworrene Zeug soll die ideologische Anleitung der Partei des Proletariats sein! Der dritte Parteitag der SDAPR *wiederholt und bekräftigt* alle alten Wahrheiten über die Propaganda, die Agitation, die allgemeindemokratische Bewegung usw., aber er *fügt* dem eine neue Aufgabe *hinzu*: Organisation des Proletariats für den Aufstand, Erläuterung der „praktisch-organisatorischen Seite“ der *neuen* Methoden des Kampfes, des Entscheidungskampfes um die Freiheit. Die Konferenz spricht nur von der „Vorbereitung des Aufstands“ im allgemeinen, sie wiederholt nur Altbekanntes über Agitation und Organisation überhaupt, sie wagt es nicht, irgendeine neue Aufgabe selbständig zu stellen, sie gibt keine richtungweisende Losung über die Notwendigkeit, einen Schritt vorwärts zu tun, nämlich von der allgemeinen Vorbereitung, über die wir schon seit 1902 sprechen, zur praktisch-organisatorischen Behandlung der Sache. Haar-

genau wie die alten Ökonomen. Als neue Aufgaben des politischen Kampfes auf den Plan traten, begann man sie zu degradieren, sie in Stadien zu zerlegen, sie den Aufgaben des ökonomischen Kampfes unterzuordnen.

Nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Kampf in den breitesten und kühnsten Formen, sagten die revolutionären Sozialdemokraten. Das beste Mittel zur politischen Agitation sei der ökonomische Kampf, erwiderten die Ökonomen. — Nicht nur Propaganda und Agitation überhaupt, sagen jetzt die revolutionären Sozialdemokraten, nicht nur die Erläuterung der politischen Bedeutung des Aufstands, sondern auch die Bildung von besonderen Gruppen, die sofortige Inangriffnahme der praktisch-organisatorischen Arbeit, die „energischsten Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats“. Ein planmäßiger Aufstand sei ausgeschlossen, antworten die Neuiskristen, man müsse die Agitation erweitern, die Organisation stärken, die Verwandlung der spontanen in eine planmäßige Bewegung vorbereiten; nur auf dieser Grundlage „kann der Zeitpunkt des Aufstands näher gerückt werden“, „können die technischen Kampfvorbereitungen mehr oder weniger ernst zu nehmende Bedeutung gewinnen“.

Für sie ist der Zeitpunkt des Aufstands noch nicht „näher gerückt“! Für sie „können“ die praktischen Vorbereitungen erst eine „mehr oder weniger ernst zu nehmende Bedeutung gewinnen“! Ist das nicht Nachtrabpolitik reinsten Wassers? Ist das nicht eine Degradierung der (nach der Meinung des III. Parteitag) „unaufschiebbaren“ Aufgabe, für deren Erfüllung wir noch so furchtbar wenig getan haben? Weichen diese Leute nicht zurück, vom Aufstand zur Agitation, ebenso wie die Ökonomen vom politischen Kampf zum ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung zurückwichen? Man lese, wie Herr Struve in Nr. 71 des „Oswoboshdenije“ vor der Losung „bewaffneter Aufstand“ zurückweicht, wie dieser Wortführer der liberalen Bourgeoisie die Unvermeidlichkeit des Aufstands bestreitet (S. 340), wie er die Bedeutung der „Revolution im technischen Sinne“ zu degradieren sucht, wie er die Losung des Aufstands durch den Hinweis auf die „sozial-psychologischen Bedingungen“ „vertieft“, wie er diese Losung durch die Losung der „Durchdringung der Massen mit den Ideen der demokratischen Umgestaltung“ ersetzt — und man wird begreifen, welchen höchst demoralisieren-

den Einfluß auf das Proletariat die Nachtrabpolitik der Neuskristen ausüben muß und wem sie in die Hände arbeitet.

Die zweite aktuelle politische Frage ist die der provisorischen revolutionären Regierung. Die Resolution des III. Parteitags formuliert diese Frage klar und deutlich. Die Motivierung verweist auf den Kampf um die Republik; darauf, daß die Republik nur erkämpft wird, wenn der Aufstand den vollen Sieg davonträgt; auf die Notwendigkeit, die konstituierende Versammlung von einer provisorischen revolutionären Regierung einberufen zu lassen, damit freie und ordnungsmäßige Wahlen wirklich gesichert werden; auf die Notwendigkeit, sich zum Kampf gegen die Bourgeoisie vorzubereiten, um die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Die Schlußfolgerungen des Parteitags und seine Direktiven: Man muß dem Proletariat klarmachen, daß eine provisorische revolutionäre Regierung notwendig ist. Von dieser Regierung muß das Proletariat genau umrissene Dinge verlangen, nämlich die Verwirklichung des gesamten Minimalprogramms. Die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung (Aktion „von oben“) ist zulässig; eindeutig wird auf den Zweck dieser Teilnahme verwiesen (rücksichtsloser Kampf gegen die Konterrevolution und Verteidigung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse). Die Bedingungen der Teilnahme werden nicht weniger eindeutig genannt: Die formale Bedingung ist die strenge Kontrolle der Partei; die materielle Bedingung, d. h. die Bedingung für die Zweckmäßigkeit der Teilnahme, ist die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die Vorbereitung der Bedingungen für die sozialistische Umwälzung. Diese Aufzählung der Bedingungen für die Teilnahme an der Regierung, der Bedingungen des Drucks von oben, als einer neuen, nur der revolutionären Epoche eigenen Form der Tätigkeit, wird ergänzt durch den Hinweis auf die Formen und das Ziel des ständigen und unter allen Umständen notwendigen Drucks von unten, des Drucks auf die provisorische revolutionäre Regierung seitens des bewaffneten und von der Sozialdemokratie geführten Proletariats. Im großen und ganzen ist das eine vollständige Antwort auf die neue politische Frage, ein genauer Hinweis auf die Bedeutung der neuen Kampfformen, auf ihr Ziel, auf das Programm dieses Kampfes, auf die Bedingungen, unter denen die Kampfformen zulässig sind.

Und in der Resolution der Konferenz? Diese Resolution beginnt mit

der himmelschreiend *falschen* Behauptung, daß der „entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus“ entweder durch die Errichtung einer provisorischen Regierung gekennzeichnet sein könne „oder durch die revolutionäre Initiative dieser oder jener Vertretungskörperschaft, die unter dem unmittelbaren revolutionären Druck des Volkes beschließt, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung zu organisieren“.

Man kann und muß der Partei taktische Direktiven geben: sowohl für den Fall des Sieges als auch für den Fall der Niederlage des Aufstands, sowohl für den Fall der Einberufung einer wirklich konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege als auch für den Fall der Einberufung einer Karikatur auf eine Volksvertretung durch den Zaren. Aber etwas als entscheidenden Sieg zu bezeichnen, dem gerade die entscheidende Voraussetzung für den Sieg fehlt, heißt das revolutionäre Bewußtsein nicht lenken, sondern verwirren. Jeder beliebige „Beschluß“ jeder beliebigen Vertretungskörperschaft, eine konstituierende Versammlung zu organisieren, ist noch ebenso weit vom entscheidenden Sieg entfernt, wie das Wort von der Tat entfernt ist, denn die zaristische Macht hält in ihrer Hand die Gewalt, die verhindern kann, daß das Wort zur Tat wird. Die Resolution der Neuiskristen gleicht aufs Haar der Behauptung der alten Ökonomen, daß es ein entscheidender Sieg der Arbeiter sein würde, wenn sie entweder den Achtsturentag erobern oder wenn ihnen die Regierung den Zehnsturentag gewährt, von dem sie zum Neunsturentag übergehen würden.

Die Resolution der Konferenz wiederholt die unbestreitbaren Thesen des Marxismus über den bürgerlichen Charakter der demokratischen Revolution, legt sie aber zu eng oder unrichtig aus. Statt der Kampflösung „Republik“ gibt man uns eine Beschreibung des Prozesses der „Liquidierung der monarchischen Ordnung“. Statt die Bedingungen und Aufgaben der *neuen* Methode des Kampfes „von oben“ aufzuzeigen, die beim Gelingen des proletarischen Aufstands in der Epoche der Revolution möglich und notwendig ist, präsentiert man uns die These, eine „Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“. Diese These ist sehr nützlich für den parlamentarischen Kampf, sehr nützlich für die Aktion von unten, aber für die Zeit des Aufstands ist sie ausgesprochen unzulänglich. In einer solchen Zeit besteht die Aufgabe der „Opposition“ im

gewaltsamen Sturz der Regierung, in dieser Frage jedoch vermochte die Konferenz keine richtungweisende Losung zu geben.

Indem die Resolution der Konferenz eine partielle und episodenhafte „Machtergreifung“ in einzelnen Städten und Bezirken zuläßt, wendet sie sich vom „Prinzip“ der neuen „Iskra“ ab, wonach die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung zusammen mit der Bourgeoisie Verrat am Proletariat, Millerandismus usw. sei. Ein partieller und episodenhafter Verrat hört nicht auf, Verrat zu sein. Die Beschränkung der Aufgabe auf einzelne Städte oder Bezirke löst jedoch die Aufgabe nicht, sondern zersplittert die Aufmerksamkeit, zerreißt die Frage in Teilprobleme und verwirrt sie. Die Losung „revolutionäre Kommunen“ endlich, die in der Resolution der Konferenz aufgestellt ist, kommt infolge ihrer Unklarheit einer bloßen Phrase nahe, im Gegensatz zu der Losung: revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Die ganze Resolution der Neuisikristen über die provisorische revolutionäre Regierung krankt an demselben Gebrechen wie ihre Resolution über den Aufstand: an der Unfähigkeit, die neuen taktischen Aufgaben der Situation zu bestimmen, an der Wiederholung altbekannter Dinge, statt der Aufforderung, vorwärtszugehen, am Fehlen einer richtungweisenden Losung für die fortgeschrittenste Klasse in der demokratischen Revolution, an der Degradierung der Aufgaben und der Reichweite der Tätigkeit dieser Klasse, ihres revolutionären Enthusiasmus und ihrer revolutionären Energie. Die politische Tendenz dieser fehlerhaften taktischen Linie besteht darin, daß sich der Neuisikrismus dem Oswoboshdenzentrum nähert, daß der liberalen Bourgeoisie die führende Rolle in der demokratischen Umwälzung überlassen wird, daß das Proletariat zu deren bloßem Anhängsel gemacht wird.

Der angeführte Grundfehler wirkt sich auch auf die anderen, weniger wichtigen Resolutionen aus. Zum Beispiel wird statt der Losung: Einführung des Achtstundentags auf revolutionärem Weg (Resolution des III. Parteitags) lediglich die alte, in der gegenwärtigen Situation unzureichende Losung der Agitation für die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags aufgestellt. Statt der sofortigen Organisierung von revolutionären Bauernkomitees wird lediglich vorgeschlagen, in der konstituierenden Versammlung die Forderung der Errichtung solcher Komitees einzubringen. Statt der Losung: Kampf gegen die Inkonsequenz, die

Beschränktheit und die Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie überall dort, wo diese Eigenschaften in Erscheinung treten (Resolution des III. Parteitags), wiederholt die Resolution der Konferenz den Fehler Starowers und stellt die schimärische Aufgabe, ein „Lackmuspapier“ ausfindig zu machen und „Punkte“ aufzuzählen, die, wenn ihnen entsprochen wird, dazu berechtigen, den bürgerlichen Demokraten einen ehrlichen Volksfreund zu nennen. Die „Punkte“ der Resolution der neuen „Iskra“ haben sich natürlich sofort als unvollständig herausgestellt. Es fehlt die Losung der Republik. Es ergibt sich, daß eine solche demokratische Gruppe wie der „Russische Befreiungsbund“ („Proletari“ Nr. 4*) diesen „Punkten“ entspricht, obwohl in Wirklichkeit keine Garantien gegen die Vorherrschaft der Oswoboshdenzen in dieser Gruppe gegeben sind.

In einem Zeitungsartikel konnten wir selbstverständlich nur in ganz allgemeinen und knappen Zügen den Grundfehler der ganzen taktischen Linie des Neuiskrismus skizzieren, wie sie in den Resolutionen der Konferenz zum Ausdruck kam. So unernst ihre „Organisation als Prozeß“ ist, so ernst und wichtig sind für die Partei die fehlerhaften Tendenzen ihrer Taktik. Deshalb werden wir diese Tendenzen eingehend in einer besonderen Broschüre behandeln, die bereits im Druck ist und in aller nächster Zeit erscheinen wird.¹⁸²

„Proletari“ Nr. 6,
3. Juli (20. Juni) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 500–512. *Die Red.*

AN DAS INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE BÜRO

Werte Bürger!

Die Redaktion des „Proletari“ erhielt heute ein Telegramm aus Berlin. Ein Genosse bittet uns, dem Internationalen Sozialistischen Büro mitzuteilen, daß, einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatts“ zufolge, die russische Regierung die Mächte ersucht habe, ihre in Konstantinopel stationierten Schiffe nach Odessa zu entsenden, um ihr zu helfen, die Ordnung wiederherzustellen.

Es ist durchaus möglich, daß die russische Regierung, die sich auf ihre eigenen Seestreitkräfte nicht mehr verlassen kann, versuchen wird, die Kriegsschiffe der europäischen Staaten zu veranlassen, unter dem Vorwand des Schutzes der in Odessa *wohnhaften* Ausländer gegen die russische Revolution zu kämpfen.

Es besteht also die große Gefahr, daß man die europäischen Völker zwingen wird, die Rolle der Henker der russischen Freiheit zu spielen. Wir bitten Sie daher, werte Bürger, diese Frage zu prüfen und nach einem Mittel zu suchen, diese Möglichkeit zu verhüten. Vielleicht wäre es angebracht, im Namen des Internationalen Sozialistischen Büros einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu veröffentlichen. In diesem Aufruf müßte unterstrichen werden, daß es sich in Rußland nicht um Revolten des Pöbels handelt, sondern um eine Revolution, um den Kampf für die Freiheit, daß das Ziel dieses Kampfes die Einberufung einer konstituierenden Versammlung ist, die von allen fortschrittlichen Parteien und besonders von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gefordert wird. Vielleicht könnte ein derartiger Aufruf, der, in alle Sprachen übersetzt, in den sozialistischen Zeitungen der ganzen Welt abgedruckt und mit allen uns zu

Gebote stehenden Mitteln verbreitet wird, die öffentliche Meinung beeinflussen und die für die Freiheit verderblichen Pläne der russischen Regierung vereiteln.

Wir hoffen, daß Sie uns Ihre Meinung darüber mitteilen werden.

Nehmen Sie, werte Bürger, unsere brüderlichen Grüße entgegen.

Im Namen des Zentralkomitees der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands
N. Lenin (Wl. Uljanow).

Geschrieben am 21. Juni (4. Juli) 1905.

*Zuerst veröffentlicht am 2. Februar 1924
in der französischen Zeitung
„Le Peuple“ Nr. 33.*

Nach dem Manuskript.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

DREI VERFASSUNGEN ODER DREI STAATSFORMEN

Was wollen die Polizei und die Beamten?	Was wollen die liberalsten Bourgeois (Os-woboshdenzen oder konstitutionell-demokratische Partei)?	Was wollen die klassenbewußten Arbeiter (Sozialdemokraten)?
— Die absolute Monarchie.	— Die konstitutionelle Monarchie.	— Die demokratische Republik.

WORIN BESTEHEN DIESE STAATSFORMEN?

<i>Absolute Monarchie</i>	<i>Konstitutionelle Monarchie</i>	<i>Demokratische Republik</i>
1. Der Zar ein absoluter Monarch.	1. Der Zar ein konstitutioneller Monarch.	1. Kein Zar.
2. Der Reichsrat (vom Zaren ernannte Beamte).	2. Ein Oberhaus von Volksvertretern (indirekte, nicht ganz gleiche und nicht ganz allgemeine Wahlen).	2. Kein Oberhaus.

3. Eine Reichsduma oder eine beratende Kammer von Volksvertretern (indirekte, ungleiche und nicht allgemeine Wahlen).	3. Ein Unterhaus (allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlen).	3. Eine republikanische Kammer (allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlen).
---	---	---

WELCHE BEDEUTUNG HABEN DIESE STAATSFORMEN?

<i>Absolute Monarchie</i>	<i>Konstitutionelle Monarchie</i>	<i>Demokratische Republik</i>
1. und 2. Volle Macht der Polizei und der Beamten über das Volk.	1. Ein Drittel der Macht der Polizei und den Beamten mit dem Zaren an der Spitze.	1. Keine selbständige Macht der Polizei und den Beamten; ihre völlige Unterordnung unter das Volk.
3. Beratende Stimme der Großbourgeoisie und den reichen Gutsbesitzern,	2. Ein Drittel der Macht der Großbourgeoisie und den reichen Gutsbesitzern.	2. Weder für Kapitalisten noch für Gutsbesitzer irgendwelche Privilegien.
— dem Volk keine Macht.	3. Ein Drittel der Macht dem ganzen Volk.	3. Die ganze Macht, die einheitliche, vollständige und ungeteilte Macht dem ganzen Volk.

WELCHEM ZWECK SOLLEN DIESE STAATSFORMEN DIENEN?

<i>Absolute Monarchie</i>	<i>Konstitutionelle Monarchie</i>	<i>Demokratische Republik</i>
<p>Am besten soll es den Hofschranzen, der Polizei und den Beamten gehen;</p> <p>— die Reichen sollen nach Belieben die Arbeiter und die Bauern plündern können;</p> <p>— das Volk soll für immer rechtlos, unaufgeklärt und unwissend bleiben.</p>	<p>Polizei und Beamte sollen von Kapitalisten und Gutsbesitzern abhängig sein;</p> <p>— die Kapitalisten, die Gutsbesitzer und die reichen Bauern sollen ungehindert und in aller Ruhe, von Rechts wegen und nicht aus Willkür, die städtischen und die ländlichen Arbeiter plündern können.</p>	<p>Das freie, aufgeklärte Volk soll lernen, alle seine Angelegenheiten selbst zu verwalten; — vor allem aber soll die Arbeiterklasse ungehindert für den Sozialismus, für eine solche Ordnung kämpfen können, in der es weder Reiche noch Arme geben wird, in der der gesamte Grund und Boden, sämtliche Fabriken und Werke allen Werktätigen gehören werden.</p>

*Im Juni-Juli 1905 als
Flugblatt gedruckt.*

Nach dem Text des Flugblatts.

REVOLUTIONÄRE ARMEE UND REVOLUTIONÄRE REGIERUNG

Der Aufstand in Odessa und der Übertritt des Panzerkreuzers „Potjomkin“ auf die Seite der Revolution bezeichnen einen neuen und großen Schritt vorwärts in der Entwicklung der revolutionären Bewegung gegen die Selbstherrschaft. Die Ereignisse haben mit überraschender Schnelligkeit bestätigt, daß die Aufrufe zum Aufstand und zur Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung, die die bewußten Vertreter des Proletariats in Gestalt des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an das Volk richteten, der Situation entsprachen. Das neue Aufblühen der revolutionären Flamme erhellt die praktische Bedeutung dieser Aufrufe und veranlaßt uns, die Aufgaben der revolutionären Kämpfer in der gegenwärtig in Rußland herrschenden Situation genauer festzulegen.

Unter dem Einfluß der elementaren Entwicklung der Ereignisse reift und organisiert sich vor unseren Augen der allgemeine bewaffnete Volksaufstand. Es ist noch gar nicht so lange her, daß die einzige Äußerung des Volkskampfes gegen die Selbstherrschaft *Revolten* waren, d. h. unbewußte, unorganisierte, spontane, zuweilen ungezügelter Empörungen. Aber die Arbeiterbewegung als die Bewegung der fortgeschrittensten Klasse, des Proletariats, wuchs rasch über dieses Anfangsstadium hinaus. Die zielbewußte Propaganda und Agitation der Sozialdemokratie hat das Ihre getan. An die Stelle von Revolten traten der organisierte Streikkampf und *politische Demonstrationen* gegen die Selbstherrschaft. Die brutalen militärischen Gewaltakte „erzogen“ im Laufe von einigen Jahren das Proletariat und das einfache Volk der Städte und bereiteten es für höhere Formen des revolutionären Kampfes vor. Der verbrecherische

und schändliche Krieg, in den die Selbstherrschaft das Volk hineintrieb, brachte den Becher der Geduld des Volkes zum Überlaufen. Es begannen Versuche des bewaffneten Widerstands der Menge gegen die zaristischen Truppen. Es begannen regelrechte *Straßenschlachten* zwischen Volk und Militär, es begannen *Barrikadenkämpfe*. Der Kaukasus, Lodz, Odessa und Libau haben uns in der jüngsten Zeit Muster an proletarischem Heldenmut und Volkseнтуhusiasmus gezeigt. Schritt für Schritt wuchs der Kampf in den Aufstand hinüber. Die schändliche Rolle von Henkern der Freiheit, von Bütteln der Polizei mußte allmählich auch der zaristischen Armee selbst die Augen öffnen. Die Armee begann zu schwanken. Anfangs vereinzelte Fälle von Gehorsamsverweigerung, Empörungsausbrüche der Reservisten, Proteste der Offiziere, Agitation unter den Soldaten, Weigerung einzelner Kompanien oder Regimenter, auf ihre Brüder, die Arbeiter, zu schießen. Dann — *Übertritt eines Teils der Armee auf die Seite des Aufstands*.

Die gewaltige Bedeutung der letzten Ereignisse in Odessa besteht gerade darin, daß hier zum erstenmal eine große Einheit der Streitkräfte des Zarismus, ein ganzer Panzerkreuzer, offen auf die Seite der Revolution übergetreten ist. Die Regierung machte wütende Anstrengungen und wandte alle möglichen Schliche an, um dem Volk dieses Ereignis zu verheimlichen, um den Aufstand der Matrosen im Keim zu ersticken. Nichts hat geholfen. Die gegen den revolutionären Panzerkreuzer „Potjomkin“ entsandten Kriegsschiffe *verweigerten den Einsatz* gegen ihre Kameraden. Die absolutistische Regierung verbreitete in Europa Nachrichten über die Kapitulation des „Potjomkin“, über den Befehl des Zaren, den revolutionären Panzerkreuzer zu versenken, und hat sich damit nur vollends vor der ganzen Welt blamiert. Das Geschwader ist nach Sewastopol zurückgekehrt, die Regierung beeilt sich, die Matrosen nach Hause zu schicken, die Kriegsschiffe zu entwaffnen; es zirkulieren Gerüchte über Massenverabschiedungen von Offizieren der Schwarzmeerflotte; auf dem Panzerkreuzer „Georgi Pobedonossez“, der kapitulierte hatte, haben wieder Meutereien begonnen. In Libau und Kronstadt erheben sich die Matrosen ebenfalls; es häufen sich die Zusammenstöße mit dem Militär; es ist (in Libau) zum Barrikadenkampf der Matrosen und Arbeiter gegen die Soldaten gekommen. Die ausländische Presse berichtet über Meutereien auf einer ganzen Reihe anderer Kriegsschiffe („Minin“, „Alexander der

Zweite“ usw.). Die zaristische Regierung hat *keine Flotte* mehr. Das Höchste, was sie vorläufig erreichen konnte, ist, die Flotte vom aktiven Übertritt auf die Seite der Revolution zurückzuhalten. Der Panzerkreuzer „Potjomkin“ aber war und ist ein unbesiegtes Territorium der Revolution, und wir haben, welches immer sein Schicksal sein mag, eine unzweifelhafte und höchst bedeutsame Tatsache zu verzeichnen: den Versuch zur Bildung des *Kerns einer revolutionären Armee*.

Keine Repressalien, keine Teilsiege über die Revolution werden diesem Ereignis die Bedeutung nehmen. Der erste Schritt ist getan. Der Rubikon ist überschritten. Der Übergang der Armee auf die Seite der Revolution hat sich ganz Rußland, ja, der ganzen Welt als Tatsache eingepreßt. Neue, noch energischere Versuche zur Bildung einer revolutionären Armee werden auf die Ereignisse in der Schwarzmeerflotte unausbleiblich folgen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diese Versuche mit allen Kräften zu unterstützen, die breitesten Massen des Proletariats und der Bauernschaft über die Bedeutung einer revolutionären Armee im Kampf um die Freiheit für das ganze Volk aufzuklären, den einzelnen Abteilungen dieser Armee zu helfen, die Fahne des Volkes, die *Fahne der Freiheit* zu hissen, diese Fahne, die die Massen zu mobilisieren und die Kräfte zu vereinigen vermag, die der zaristischen Selbstherrschaft den Garaus machen können.

Revolten — Demonstrationen — Straßenkämpfe — Abteilungen einer revolutionären Armee — das sind die Entwicklungsetappen des Volksaufstands. Jetzt sind wir endlich an der letzten Etappe angelangt. Selbstverständlich bedeutet das nicht, daß die Bewegung in ihrer Gesamtheit schon auf dieser neuen, höheren Stufe steht. Nein, in der Bewegung ist noch vieles unentwickelt, die Ereignisse in Odessa weisen noch deutliche Züge der alten Revolten auf. Aber das bedeutet, daß sich die ersten Wogen des spontanen Stroms schon bis unmittelbar an die Schwelle der absolutistischen „Zwingburg“ herangewälzt haben. Das bedeutet, daß die fortgeschrittenen Vertreter der Volksmasse die neuen, höheren Aufgaben des Kampfes, des Endkampfes gegen den Feind des russischen Volkes erkannt haben, und zwar nicht mehr auf Grund theoretischer Erwägungen, sondern unter dem Druck der wachsenden Bewegung. Die Selbstherrschaft hat *alles* getan, um diesen Kampf vorzubereiten. Sie hat jahrelang das Volk zum bewaffneten Kampf gegen das Militär getrieben, und jetzt

erntet sie, was sie gesät hat. Aus dem Militär selbst erwachsen die Abteilungen einer revolutionären Armee.

Die Aufgabe solcher Abteilungen ist es, den Aufstand zu proklamieren, den Massen die *militärische Führung* zu geben, die für den Bürgerkrieg ebenso notwendig ist wie für jeden anderen Krieg, Stützpunkte für den offenen Kampf des gesamten Volkes zu schaffen, den Aufstand in die angrenzenden Gebiete zu tragen, die volle politische Freiheit — sei es auch zunächst nur in einem kleinen Teil des Reichs — zu sichern, mit der revolutionären Umgestaltung der verfaulten absolutistischen Ordnung zu beginnen und die revolutionäre schöpferische Tätigkeit der unteren Volksschichten, die in friedlichen Zeiten wenig in Erscheinung tritt, in revolutionären Epochen aber in den Vordergrund rückt, zur vollen Entfaltung zu bringen. Nur wenn die Abteilungen der revolutionären Armee diese neuen Aufgaben erkennen, nur wenn sie sie kühn und im vollen Umfang auf die Tagesordnung stellen, können sie den vollen Sieg erringen und als Stütze einer *revolutionären Regierung* dienen. Eine revolutionäre Regierung aber ist im gegebenen Stadium des Volksaufstands ebenso dringend notwendig wie die revolutionäre Armee. Die revolutionäre Armee ist notwendig zum militärischen Kampf und zur militärischen Führung der Massen des Volkes gegen die noch auf der Seite der Selbstherrschaft stehenden Streitkräfte. Die revolutionäre Armee ist deshalb notwendig, weil die großen geschichtlichen Fragen nur durch *Gewalt* gelöst werden können, die *Organisation der Gewalt* im modernen Kampf aber ist eine militärische Organisation. Und außer den Resten der Streitkräfte der Selbstherrschaft gibt es noch die Streitkräfte der Nachbarstaaten, bei denen die stürzende russische Regierung bereits um Unterstützung bettelt, wovon weiter unten die Rede sein wird.*

Die revolutionäre Regierung ist notwendig zur politischen Führung der Volksmassen; zuerst in jenem Teil des Landes, der dem Zarismus durch die revolutionäre Armee schon entrissen ist, und dann auch im ganzen Staat. Die revolutionäre Regierung ist notwendig zur sofortigen Inangriffnahme der politischen Umgestaltungen, um die es in der Revolution geht: zur Errichtung einer revolutionären Selbstverwaltung des Volkes, zur Einberufung einer wirklich das Volk vertretenden und wirklich konstituierenden Versammlung, zur Verwirklichung jener „Freiheiten“, ohne die

* Siehe den vorliegenden Band, S. 573–578. *Die Red.*

eine wahre Willensäußerung des Volkes unmöglich ist. Die revolutionäre Regierung ist notwendig zur politischen Vereinigung des aufständischen Teils des Volkes, der tatsächlich und endgültig mit der Selbstherrschaft gebrochen hat, zu seiner politischen Organisation. Diese Organisation kann natürlich nur eine provisorische sein, ebenso wie die revolutionäre Regierung nur provisorisch sein kann, die im Namen des Volkes die Macht in die Hände nimmt, um dem Volkswillen Geltung zu verschaffen und ihre Tätigkeit mit Hilfe des Volkes auszuüben. Aber diese Organisation muß sofort beginnen, in untrennbarer Verbindung mit jedem erfolgreichen Schritt des Aufstands, denn die politische Vereinigung und die politische Führung können keinen Augenblick aufgeschoben werden. Für den vollständigen Sieg des Volkes über den Zarismus ist die sofortige Organisation der politischen Führung des aufständischen Volkes nicht minder notwendig als die militärische Führung seiner Streitkräfte.

Wie der Kampf zwischen den Anhängern der Selbstherrschaft und den Volksmassen schließlich und endlich ausgehen wird, darüber können bei keinem Menschen, der einigermaßen seine Urteilskraft bewahrt hat, irgendwelche Zweifel bestehen. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, daß der ernste Kampf erst beginnt, daß uns noch große Prüfungen bevorstehen. Sowohl die revolutionäre Armee als auch die revolutionäre Regierung stellen „Organismen“ von so hohem Typus dar, erfordern so komplizierte Einrichtungen, ein so entwickeltes staatsbürgerliches Bewußtsein, daß es falsch wäre, mit einer unkomplizierten, sofortigen, fehlerlosen Durchführung dieser Aufgaben zu rechnen. Nein, damit rechnen wir nicht, wir wissen die Bedeutung jener beharrlichen, langsamen, oft unsichtbaren Arbeit der politischen Erziehung zu schätzen, die die Sozialdemokratie stets geleistet hat und leisten wird. Aber wir dürfen auch den im gegenwärtigen Augenblick noch gefährlicheren Unglauben an die Kräfte des Volkes nicht zulassen, wir müssen daran denken, welche gewaltige aufklärende und organisierende Kraft die Revolution besitzt, wenn mächtige historische Ereignisse die Menschen mit Gewalt aus ihren entlegenen Winkeln, aus ihren Dachböden und Kellern hervorziehen und sie zwingen, *Staatsbürger* zu werden. Monate der Revolution erziehen zuweilen schneller und gründlicher zu Staatsbürgern als Jahrzehnte der politischen Stagnation. Die Aufgabe der bewußten Führer der revolutionären Klasse ist es, ihr bei dieser Erziehung stets voranzugehen, die Bedeu-

tung der neuen Aufgaben klarzumachen und vorwärtszurufen zu unserem großen Endziel. Die Mißerfolge, die uns bei den kommenden Versuchen zur Bildung einer revolutionären Armee und zur Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung unvermeidlich erwarten, werden uns nur die *praktische Lösung dieser Aufgaben lehren*, werden zu ihrer Lösung nur neue und frische, jetzt verborgen schlummernde Volkskräfte heranziehen.

Nehmen wir das Militärwesen. Kein Sozialdemokrat, der auch nur halbwegs mit der Geschichte vertraut ist, der bei dem großen Kenner dieser Sache, Engels, gelernt hat, zweifelte jemals an der überragenden Bedeutung militärischer Kenntnisse, an der ungeheuren Wichtigkeit der militärischen Technik und der militärischen Organisation als eines Werkzeugs, dessen sich die Volksmassen und Volksklassen zur Lösung der großen geschichtlichen Konflikte bedienen. Die Sozialdemokratie hat sich nie damit abgegeben, militärische Verschwörung zu spielen, sie hat nie die militärischen Fragen in den Vordergrund gestellt, solange nicht die Bedingungen eines begonnenen Bürgerkriegs gegeben waren.* Jetzt aber rücken alle Sozialdemokraten die militärischen Fragen wenn nicht an die erste Stelle, so doch an eine der ersten Stellen, setzen sie das Studium dieser Fragen und das Bekanntmachen der Volksmassen mit ihnen auf die Tagesordnung. Die revolutionäre Armee muß die militärischen Kenntnisse und die militärischen Mittel praktisch anwenden, damit das ganze weitere Schicksal des russischen Volkes, damit die erste, die dringlichste Frage, die Frage der Freiheit, entschieden wird.

Die Sozialdemokratie hat den Krieg niemals von einem sentimentalens Standpunkt aus betrachtet und betrachtet ihn auch heute nicht so. Die Sozialdemokratie, die Kriege als bestialische Mittel zur Lösung von Konflikten der Menschheit unwiderruflich verurteilt, ist sich bewußt, daß Kriege unvermeidlich sind, solange die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht. Um aber diese Ausbeutung zu beseitigen, wird es nicht ohne Krieg abgehen, und den Krieg beginnen stets und allerorts die ausbeutenden, herrschenden und unterdrückenden Klassen selber. Es gibt Kriege und Kriege. Es

* Vgl. „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ von Lenin, S. 23, über das Unzeitgemäße (1897) der Frage nach den Methoden der entscheidenden Attacke gegen den Zarismus. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 318/319, russ. Die Red.)

gibt den Krieg als Abenteuer, der die Interessen einer Dynastie, den Appetit einer Räuberbande befriedigt, der den Zielen der Helden des kapitalistischen Profits Genüge tut. Und es gibt den Krieg – und zwar ist das der einzige *rechtmäßige* Krieg in der kapitalistischen Gesellschaft – gegen die Unterdrücker und Versklaver des Volkes. Nur Utopisten oder Philister können einen solchen Krieg prinzipiell verurteilen. Nur die bürgerlichen Verräter der Freiheit können heute in Rußland diesen Krieg, den Krieg für die Freiheit des Volkes, ablehnen. Das Proletariat hat in Rußland diesen großen Befreiungskrieg begonnen, es wird ihn fortzusetzen verstehen, indem es selber Abteilungen einer revolutionären Armee bildet, die Abteilungen der zu uns übergegangenen Soldaten oder Matrosen verstärkt, die Bauern heranzieht und die neuen, sich im Feuer des Bürgerkriegs formierenden und stählenden *Staatsbürger* Rußlands mit dem Heroismus und Enthusiasmus von Kämpfern für Freiheit und Glück der ganzen Menschheit erfüllt.

Auch die Aufgabe der Errichtung einer revolutionären Regierung ist ebenso neu, ebenso schwierig und kompliziert wie die Aufgabe der militärischen Organisation der Kräfte der Revolution. Aber auch diese Aufgabe kann und muß vom Volk gelöst werden. Und auch dabei wird jeder teilweise Mißerfolg eine Vervollkommnung der Methoden und Mittel, eine Festigung und Erweiterung der Resultate zeitigen. Der dritte Parteitag der SDAPR hat in seiner Resolution die allgemeinen Bedingungen zur Lösung der neuen Aufgabe umrissen; jetzt ist es Zeit, an die Erörterung und Vorbereitung ihrer praktischen Verwirklichung zu gehen. Unsere Partei hat ein Minimalprogramm, ein abgeschlossenes Programm der Umgestaltungen, die im Rahmen der demokratischen (d. h. bürgerlichen) Umwälzung sofort uneingeschränkt durchgeführt werden können und die das Proletariat zu seinem weiteren Kampf für die sozialistische Umwälzung braucht. Doch dieses Programm enthält Hauptforderungen und Teilforderungen, die sich aus den Hauptforderungen ergeben oder die als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Wichtig ist es, bei jedem Versuch der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung gerade die Hauptforderungen zu erheben, um dem ganzen Volk, der ganzen, auch der unaufgeklärtesten Masse in kurzen Formeln, in scharfen, klaren Umrissen die Ziele dieser Regierung und ihre für das ganze Volk bedeutungsvollen Aufgaben vor Augen zu führen.

Unserer Meinung nach kann man *sechs* solcher Hauptpunkte nennen; sie müssen zum politischen Banner und zum nächsten Programm jeder revolutionären Regierung werden, sie müssen der Regierung die Sympathien des Volkes gewinnen, auf diese Punkte muß sich die ganze revolutionäre Energie des Volkes als auf das Dringlichste konzentrieren.

Diese sechs Punkte sind: 1. vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung, 2. Bewaffnung des Volkes, 3. politische Freiheit, 4. volle Freiheit für die unterdrückten und nicht vollberechtigten Völkerschaften, 5. Achtstundentag und 6. revolutionäre Bauernkomitees. Selbstverständlich ist das nur eine ungefähre Aufzählung, sind das nur *Überschriften*, Bezeichnungen einer ganzen Reihe von Umgestaltungen, die sofort notwendig sind, um die demokratische Republik zu erkämpfen. Wir erheben hier keinen Anspruch auf erschöpfende Vollständigkeit. Wir wollen lediglich unseren Gedanken über die Wichtigkeit bestimmter Hauptaufgaben anschaulich klarmachen. Die revolutionäre Regierung muß bestrebt sein, sich auf die unteren Volksschichten, auf die Masse der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu stützen, ohne das kann sie sich nicht halten, ohne die revolutionäre Selbsttätigkeit des Volkes ist sie eine Null, ja weniger als eine Null. Wir müssen das Volk vor abenteuerlichen, hochtönenden, aber sinnlosen Versprechungen warnen (wie etwa sofortige „Sozialisierung“, von der diejenigen, die darüber sprechen, selber keine Vorstellung haben) und zugleich Umgestaltungen vorschlagen, die im gegebenen Augenblick wirklich durchführbar und zur Unterstützung der Revolution wirklich notwendig sind. Die revolutionäre Regierung muß das „Volk“ mobilisieren und seine revolutionäre Aktivität *organisieren*. Volle Freiheit den unterdrückten Völkerschaften, d. h. Anerkennung nicht nur ihrer kulturellen, sondern auch ihrer politischen Selbstbestimmung, Garantie von Sofortmaßnahmen zum Schutz der Arbeiterklasse (den Achtstundentag als erste solcher Maßnahmen) und schließlich die Garantie ernster, sich über den Eigennutz der Gutsbesitzer hinwegsetzender Maßnahmen zugunsten der Masse der Bauern — das sind unseres Erachtens die Hauptpunkte, die jede revolutionäre Regierung besonders unterstreichen muß. Wir sprechen nicht von den ersten drei Punkten, die so einleuchtend sind, daß sie keines Kommentars bedürfen. Wir sprechen nicht davon, daß diese Umgestaltungen z. B. auch auf einem kleinen Gebiet, wenn es dem Zarismus entrissen wurde, praktisch verwirklicht werden müssen; die praktische

Verwirklichung ist tausendmal wichtiger als alle möglichen Manifeste und natürlich auch tausendmal schwieriger. Wir lenken die Aufmerksamkeit nur darauf, daß man gleich jetzt und ohne Aufschub mit allen Mitteln eine richtige Vorstellung von unseren allgemeinen und nächsten Aufgaben verbreiten muß. Man muß es verstehen, an das Volk — im wahren Sinne dieses Wortes — zu appellieren, und zwar nicht allein durch einen allgemeinen Aufruf zum Kampf (das genügt in der Zeit, die der Bildung einer revolutionären Regierung vorangeht), sondern durch die direkte Aufforderung zur sofortigen Durchführung der wichtigsten demokratischen Umgestaltungen, zu ihrer sofortigen selbständigen Umsetzung in die Wirklichkeit.

Die revolutionäre Armee und die revolutionäre Regierung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es sind zwei Einrichtungen, die zum Gelingen des Aufstands und zur Verankerung seiner Errungenschaften gleich notwendig sind. Es sind zwei Losungen, die unbedingt aufgestellt und erläutert werden müssen, weil sie die einzigen konsequenten, revolutionären Losungen sind. Bei uns gibt es jetzt viele Leute, die sich Demokraten nennen. Jedoch: Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt. Es gibt wohl viele Schwätzer der „konstitutionell-demokratischen Partei“, aber *wahrhafte* Demokraten, d. h. Leute, die aufrichtig für die volle Selbstherrschaft des Volkes eintreten, die fähig sind, gegen die Feinde der Selbstherrschaft des Volkes, gegen die Verteidiger der Selbstherrschaft des Zaren, auf Leben und Tod zu kämpfen, gibt es in der sogenannten „Gesellschaft“, in dem angeblich demokratischen Semstwo sehr wenig.

In der Arbeiterklasse gibt es keine solche Feigheit, solche heuchlerische Halbschlächtigkeit, wie sie der Bourgeoisie als Klasse eigen sind. Die Arbeiterklasse kann und muß ein konsequenter Demokrat sein. Die Arbeiterklasse hat mit ihrem in den Straßen von Petersburg, Riga, Libau, Warschau, Lodz, Odessa, Baku und vieler anderer Städte vergossenen Blut ihr Recht auf die Rolle der Avantgarde in der demokratischen Revolution bewiesen. Auch im gegenwärtigen entscheidenden Augenblick muß sie sich auf der Höhe dieser großen Rolle zeigen. Die klassenbewußten Vertreter des Proletariats, die Mitglieder der SDAPR, müssen — ohne auch nur einen Augenblick ihr sozialistisches Ziel, ihre Selbständigkeit als Klasse und Partei zu vergessen — vor dem ganzen Volk mit den fortschrittlichen demokratischen Losungen auftreten. Für uns, für das Proletariat,

ist die demokratische Umwälzung nur die erste Stufe zur vollständigen Befreiung der Arbeit von jeder Ausbeutung, zum großen sozialistischen Ziel. Und deshalb müssen wir um so rascher diese erste Stufe ersteigen, müssen wir um so entschiedener mit den Feinden der Volksfreiheit aufräumen, müssen wir um so lauter die Losungen der konsequenten Demokratie verkünden: Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung.

„Proletari“ Nr. 7,
10. Juli (27. Juni) 1905.

*Nach dem mit dem Manuskript
vergleichenen Text des „Proletari“.*

DER RUSSISCHE ZAR SUCHT SCHUTZ VOR SEINEM VOLK BEIM TÜRKISCHEN SULTAN

Die ausländische Presse aller Länder und aller Parteien ist voll von Nachrichten, Telegrammen und Artikeln anlässlich des Übertritts eines Teils der Schwarzmeerflotte auf die Seite der russischen Revolution. Die Zeitungen finden keine Worte, um ihrem Erstaunen Ausdruck zu geben, um scharf genug die Schmach und Schande zu charakterisieren, mit der sich die absolutistische Regierung bedeckt hat.

Den Gipfel dieser Schmach erreichte *die zaristische Regierung mit ihrer Bitte an Rumänien und die Türkei um polizeilichen Beistand* gegen die aufständischen Matrosen! Da hat sich also gezeigt, daß die „inneren Türken“ dem russischen Volk gefährlicher sind als alle „äußeren Türken“. Der türkische Sultan soll die zaristische Selbstherrschaft vor dem russischen Volk schützen; der Zar kann sich nicht mehr auf die russischen Streitkräfte stützen, und er bittet fremde Mächte um Hilfe an. Man kann sich wohl kaum einen schlagenderen Beweis für den völligen Bankrott der Zarenmacht vorstellen. Man kann kaum besseres Material finden, um die Soldaten der russischen Armee über ihre Rolle aufzuklären.

Da ist zum Beispiel der Leitartikel der „*Times*“ vom 4. Juli (neuen Stils). Es muß bemerkt werden, daß dieses Blatt eines der reichsten und bestinformierten in der ganzen Welt ist, ein Organ der konservativen englischen Bourgeoisie, das selbst unsere „Oswoboshdenzen“ übermäßig radikal findet, mit den „Schipowleuten“ sympathisiert usw. Mit einem Wort, niemand wird dieses Blatt verdächtigen, die Kräfte und die Bedeutung der russischen Revolution zu überschätzen.

„Die Ohnmacht der russischen Regierung zur See“, schreibt die „Times“, „fand eine überraschende Bestätigung in der Note, mit der sie sich, wie gemeldet wird, an die Pforte (d. h. an die türkische Regierung) und an die rumänische Regierung gewandt hat. In dieser Note bittet die russische Regierung die genannten Staaten, die meuternden Matrosen der russischen Flotte als kriminelle Verbrecher zu betrachten, und warnt sie, daß andernfalls internationale Komplikationen möglich seien. Mit anderen Worten, die Regierung des Zaren hat sich so weit erniedrigt, daß sie den türkischen Sultan und den König von Rumänien anfleht, doch die Güte zu haben, für sie jene Polizeiarbeit zu leisten, die sie selbst zu leisten nicht mehr imstande ist. Es bleibt abzuwarten, ob Abdul Hamid geruhen wird, dem Zaren die erbetene Hilfe zu gewähren oder nicht. Bisher hat der Matrosenaufstand vom Standpunkt seiner Wirkung auf die türkischen Behörden nur das eine Resultat gezeitigt, daß er diese zu einer höheren Wachsamkeit als gewöhnlich veranlaßte, wobei das erste Opfer dieser Wachsamkeit am Sonnabend ein russisches Küstenwachschiff mit dem russischen Botschafter an Bord war, als es abends, nach Eintritt der Dunkelheit, in den Bosphorus einlief. Die Türken feuerten auf dieses Schiff einen Warnschuß ab. Vor einem Jahr hätten die Türken es schwerlich gewagt, ihr Kontrollrecht auf diese Weise auszuüben. Was die rumänische Regierung anbetrifft, so hat sie korrekt gehandelt, indem sie die Bitte der russischen Regierung, die meuternden Matrosen als kriminelle Verbrecher zu behandeln, ignorierte. Das mußte natürlich von der Regierung einer sich selbst achtenden Nation auch erwartet werden. Die rumänische Regierung ordnete an, dem ‚Potjomkin‘ weder Proviant noch Kohlen zu liefern, ließ aber gleichzeitig die 700 Matrosen wissen, daß sie, falls sie an der rumänischen Küste landen sollten, lediglich als ausländische Deserteure angesehen würden.“

Die rumänische Regierung steht also nicht etwa auf seiten der Revolution, durchaus nicht! Aber zum Polizeibüttel des allgemein verhaßten und verachteten Zaren aller Reußen will sie sich doch nicht hergeben. Sie lehnt das Ersuchen des Zaren ab. Sie handelt, wie „die Regierung einer sich selbst achtenden Nation“ nur handeln kann.

So spricht man jetzt in Europa von der russischen absolutistischen Regierung, so sprechen jene Leute, die sich gestern noch vor dem „großen und mächtigen Monarchen“ unterwürfig beugten!

Jetzt bestätigen auch die deutschen Zeitungen diese neue, unerhörte Schmach der Selbstherrschaft. Der „Frankfurter Zeitung“ wurde am 4. Juli n. St. aus *Konstantinopel* telegraphiert: „Der russische Botschafter Sinowjew überreichte gestern“ (der türkischen Regierung) „eine Verbalnote des Petersburger Kabinetts, in der mitgeteilt wird, daß etwa 400 russische Seeleute sich nach Versenkung eines Kreuzers vorgestern auf einen englischen Handelsdampfer gerettet hätten, welcher in der Richtung nach Konstantinopel in See gegangen sei. Der Botschafter verlangt von der Pforte die unbedingte Anhaltung des Dampfers bei der Passage des Bosphorus und die Verhaftung sowie Auslieferung der meuternden russischen Seeleute. Ein noch nachts auf die Pforte einberufener außerordentlicher Ministerrat beschäftigte sich mit diesem russischen Verlangen... Die Pforte antwortete umgehend der russischen Botschaft mit dem Hinweis auf die *Unmöglichkeit* der Erfüllung ihrer Forderung, da durch ihre internationalen Verpflichtungen der Türkei auf einem unter englischer Flagge fahrenden Dampfer keinerlei Polizeirecht zustehe, selbst wenn der Dampfer in einem ihrer Häfen bleibe. Außerdem bestehe zwischen Rußland und der Türkei kein Auslieferungsvertrag.“

Die Pforte habe „mannhaft“ geantwortet, bemerkt aus diesem Anlaß ein deutsches Blatt. Die Türken wollen keine Polizeibüttel des Zaren sein!

Ferner wird gemeldet, daß, als das Torpedōboot „Stremitelny“* zusammen mit einigen anderen Kriegsschiffen auf der Suche nach dem „Potjomkin“ in Konstanza (Rumänien) erschien, die rumänische Regierung die russischen Behörden darauf aufmerksam machte, daß in den rumänischen Gewässern die Ordnung von der rumänischen Armee und der rumänischen Polizei aufrechterhalten werde, selbst dann, wenn sich der „Potjomkin“ noch in den rumänischen Gewässern aufhalten sollte.

Es erweist sich also, daß nicht der „Potjomkin“ fremde Schiffe belästigt (womit die zaristische Selbstherrschaft Europa zu schrecken versuchte), sondern daß es die russische Flotte ist, die ihnen jetzt Scherereien bereitet. Die Engländer sind empört darüber, daß ihr Schiff „Granley“ in Odessa angehalten und durchsucht wurde. Die Deutschen sind aufgebracht, da Gerüchte kursieren, wonach die Türken auf Wunsch der Rus-

* Auf dem „Stremitelny“ sollen, so heißt es, gar keine Matrosen sein. Die ganze Besatzung soll nur aus Offizieren bestehen. Die Aristokratie gegen das Volk!

sen den deutschen Dampfer „Pera“, der von Odessa nach Konstantinopel unterwegs ist, anhalten und durchsuchen wollen. Unter diesen Umständen wird es vielleicht für Rußland gar nicht so leicht sein, von Europa Hilfe gegen die russischen Revolutionäre zu erhalten. Die Frage einer solchen Hilfeleistung wird von sehr vielen ausländischen Zeitungen erörtert, doch sind die meisten von ihnen der Ansicht, daß es nicht Sache Europas sei, dem Zaren in seinem Kampf gegen den „Potjomkin“ unter die Arme zu greifen. Das deutsche „Berliner Tageblatt“ brachte die Meldung, die russische Regierung habe sich an die Großmächte mit der Bitte gewandt, ihre in Konstantinopel liegenden Kriegsschiffe nach Odessa zu schicken, um dort bei der Wiederherstellung der Ordnung behilflich zu sein! Wie weit diese Meldung (von einigen anderen Zeitungen wird sie dementiert) den Tatsachen entspricht, wird die nächste Zukunft lehren. Eines jedoch steht fest: Der Übergang des „Potjomkin“ auf die Seite des Aufstands ist der erste Schritt zur Umwandlung der russischen Revolution in einen internationalen Machtfaktor, die russische Revolution tritt den europäischen Staaten von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

Dieser Umstand darf nicht außer acht gelassen werden bei der Einschätzung des Berichts, den Herr *Leroux* am 4. Juli n. St. aus Petersburg an die Pariser Zeitung „Le Matin“ depeschierte: „An dieser ganzen Affäre mit dem ‚Potjomkin‘“, schreibt er, „überrascht der Mangel an Voraussicht seitens der russischen Behörden, aber man kann nicht umhin, auch die Mängel in der *Organisation der Revolution* festzustellen. Die Revolution bemächtigt sich eines Panzerkreuzers — ein in der Geschichte einzig dastehendes Ereignis! — und weiß nicht, was sie mit ihm anfangen soll.“

Hierin steckt zweifellos ein großes Stück Wahrheit. Wir sind unstreitig schuld an einer ungenügenden Organisation der Revolution. Wir sind schuld, wenn es manchen Sozialdemokraten an der Einsicht mangelt, daß es darauf ankommt, die Revolution zu organisieren, den Aufstand in die Reihe der dringenden praktischen Aufgaben aufzunehmen, die Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung zu propagieren. Wir haben es verdient, daß die bürgerlichen Publizisten jetzt uns, den Revolutionären, vorwerfen, um die Ausübung der revolutionären Funktionen sei es schlecht bestellt.

Verdient aber der Panzerkreuzer „Potjomkin“ diesen Vorwurf? Das möchten wir nicht behaupten. Vielleicht verfolgte seine Besatzung gerade das Ziel, sich im Hafen einer europäischen Macht zu zeigen? Hat nicht die russische Regierung die Ereignisse in der Schwarzmeerflotte dem Volk bis zu dem Tag verheimlicht, an dem der „Potjomkin“ frei in Rumänien eintraf? Und in Rumänien übergab der revolutionäre Panzerkreuzer den Konsuln eine Proklamation mit einer Kriegserklärung an die zaristische Flotte und einer Bestätigung dessen, daß er sich neutralen Schiffen gegenüber keinerlei feindselige Handlungen erlauben werde. *Die russische Revolution hat Europa wissen lassen, daß das russische Volk sich im offenen Krieg mit dem Zarismus befindet.* Faktisch macht damit die russische Revolution den Versuch, im Namen einer neuen, einer revolutionären Regierung Rußlands aufzutreten. Gewiß, das ist nur ein erster, schwacher Versuch — aber „aller Anfang ist schwer“, sagt das Sprichwort.

Nach den letzten Meldungen ist der „Potjomkin“ vor Feodossija erschienen und ersucht um Proviant und Kohlen. Die städtische Bevölkerung ist in Aufruhr. Die Arbeiter fordern, dem Ersuchen des revolutionären Panzerkreuzers stattzugeben. Die Stadtduma beschließt, die Kohle zu verweigern, aber den Proviant zu gewähren. Der ganze Süden Rußlands ist in Wallung wie nie zuvor. Die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs in Odessa wird auf *sechstausend* beziffert. Telegramme berichten, daß 160 Aufständische kriegsgerichtlich erschossen worden seien, daß aus Petersburg der Befehl „Keinen Pardon!“ gekommen sei. Aber die Truppen sind machtlos, die Truppen sind selber unzuverlässig. In den Fabrikvorstädten von Odessa dauert die Erregung an. In der vergangenen Nacht (vom 4. zum 5. Juli n. St.) wurden 35 Personen getötet. Ein großer Teil der Truppen wurde auf Befehl des Generalgouverneurs aus der Stadt entfernt, weil sich unter den Truppen ein *ernster Mangel an Disziplin bemerkbar machte*. In Nikolajew und Sewastopol kam es zu Unruhen in den Regierungsarsenalen. In Sewastopol wurden 13 Personen getötet. In fünf Kreisen des Gouvernements Cherson sind Bauernaufstände ausgebrochen. *In den letzten vier Tagen sind an die 700 Bauern getötet worden.* „Offensichtlich beginnt ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Volk und Bürokratie“, heißt es in einem Telegramm vom 5. Juli n. St., das in London aus Odessa eintraf.

Ja, der wirkliche Kampf um die Freiheit, der Kampf auf Leben und Tod beginnt erst. Der revolutionäre Panzerkreuzer hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Wohlan, es lebe die revolutionäre Armee! Es lebe die revolutionäre Regierung!

„Proletari“ Nr. 7,
10. Juli (27. Juni) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE BOURGEOISIE
SCHACHERT MIT DER SELBSTHERRSCHAFT,
DIE SELBSTHERRSCHAFT
SCHACHERT MIT DER BOURGEOISIE

Fast jeder Tag bringt eine Bestätigung dieses „Schachers“, auf den wir die russischen Proletarier schon so lange aufmerksam machen. Hier ein interessantes Telegramm des Herrn Leroux aus Petersburg vom 2. Juli neuen Stils: Eine Konferenz von Vertretern der Städte und Semstvos am 28. und 29. Juni (15. und 16. Juni alten Stils) hat noch einmal (zum hundertsten Mal!) konstitutionelle Forderungen ausgearbeitet und sie telegrafisch den Ministerien übermittelt. Die Forderungen gehen weiter als die üblichen: es wird eine Volksvertretung unbedingt auf konstitutionellen Grundlagen gefordert; die „Bulyginsche“ Verfassung wird ausdrücklich verworfen; es wird gefordert, unverzüglich die Unantastbarkeit der Person, Redefreiheit usw. zu verkünden. Die Konferenz soll einstimmig der Forderung des allgemeinen Wahlrechts zugestimmt haben (*ohne es in die Petition aufzunehmen* — wenn man schachert, darf man nicht alle seine Karten aufdecken!).

Wie beurteilt nun der Korrespondent der bürgerlichen Zeitung dieses bedeutsame Hörschrauben der Ansprüche der Herren Gutsbesitzer und Fabrikanten? Oh, er urteilt sehr nüchtern:

„Es liegt auf der Hand“, schreibt er, *„daß die Delegierten mehr fordern, um wenigstens etwas zu bekommen. Außer Zweifel steht aber auch, daß dieses Etwas, um für sie annehmbar zu sein, in der Mitte liegen muß zwischen dem, was sie fordern, und dem, was Bulygin ihnen bietet.“*

Der reinste Markt, auf dem die Bourgeoisie die Interessen und Rechte der russischen Arbeiter und der russischen Bauern verschachert. Wie auf dem Markt geben der Käufer — die Bourgeoisie — und der Verkäufer — der Zar — einander die Hand, rufen zum hundertsten Mal ihr „letztes

Wort", beteuern, daß der Preis „die Selbstkosten nicht deckt“, drohen fortzugehen – und können sich doch nicht entschließen, ihre enge Freundschaft zu lösen.

Wenn der Zar unsere Forderungen nicht erfüllen sollte, sagte „einer der hervorragendsten Vertreter der Semstwoberatung“ zu Herrn Leroux, dann werden wir „an das Volk appellieren“.

Was ist eigentlich unter diesem famoson „Appell an das Volk“ zu verstehen? – fragt sich und seine Leser der französische Korrespondent. Und er antwortet: Hier gibt es keine „Vorstadt St. Antoine“ (Arbeiterviertel von Paris: vergleiche das Feuilleton in Nr. 2 des „Wperjod“¹⁸³). Das Volk zieht es vor, nicht auf die Straße zu gehen, sondern zu Hause zu bleiben und auf Tolstoische Art durch Steuerverweigerung zu protestieren!...

Verleumdet nicht das Volk, ihr Herren bürgerliche Verräter der Freiheit! Durch keinerlei Verleumdungen werdet ihr euch vom Schandmal der Feigheit reinwaschen können. In ganz Rußland fließt das Blut des Volkes. In einer Reihe von Städten, in einer Menge von Dörfern sind unsere eigenen „Vorstädte St. Antoine“ im Entstehen. Das Volk führt einen erbitterten Kampf. Wenn ihr wirklich „an das Volk appellieren“ (und nicht bloß eurem Bundesgenossen, dem Zaren, mit diesem Appell drohen) wolltet, dann müßtet ihr nicht Hunderte und Tausende von Rubeln für eure Schwatzbuden, sondern Millionen für den bewaffneten Aufstand bereitstellen. Ihr müßtet eine Delegation wählen, nicht um beim Zaren zu antichambrieren, sondern um Beziehungen mit den revolutionären Parteien, mit dem revolutionären Volk aufzunehmen.

Der Zar und sein Gesindel wissen sehr gut, daß ihr außerstande seid, dies zu tun, aus Angst um euren Geldsack, aus Angst vor dem Volk. Deshalb hat der Zar durchaus recht, wenn er euch wie Lakaien trätiert; wenn er euch immerzu mit denselben Versprechungen, mit derselben Bulyginschen Verfassung abspeist; wenn er damit rechnet, daß ihr es nicht einmal wagen werdet, gegen das Bulyginsche Almosen mit Entschiedenheit, durch die Tat, zu protestieren. Nicht umsonst berichtete kürzlich der Sonderkorrespondent der Genfer „solid“-liberalen Zeitung „Journal de Genève“: „Die Liberalen verhehlen sich nicht die Unvollkommenheiten (!) des Bulyginschen Entwurfs, aber sie glauben, daß es im Interesse des Fortschritts und der Ordnung notwendig sei, ihn anzunehmen... Den Regierungsent-

wurf ablehnen hieße bewußt die letzte Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang des jetzigen Konflikts zwischen dem Volk und dem bürokratischen Regime zerstören." (Der letzte Satz vom Korrespondenten selbst hervorgehoben.)

Die Bourgeoisie will Frieden mit dem Zaren und fürchtet den Volkskrieg gegen den Zaren. Der Zar will Frieden mit der Bourgeoisie, ohne jedoch den von ihm begonnenen und schonungslos fortgeführten Krieg gegen das Volk zu fürchten. Liegt es nicht auf der Hand, daß ungeachtet des Verrats der Bourgeoisie das unvermeidliche Ergebnis eine Bulyginsche Verfassung sein wird — falls das Volk keinen vollen Sieg erringt?

„Proletari“ Nr. 7,
10. Juli (27. Juni) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

ANMERKUNGEN

¹ Lenins Arbeit „*Die Selbstherrschaft und das Proletariat*“ wurde als Leitartikel in der ersten Nummer der Zeitung „Wperjod“ veröffentlicht.

„Wperjod“ (Vorwärts) — illegale bolschewistische Wochenzeitung, die vom 4. Januar 1905 (22. Dezember 1904) bis zum 18. (5.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen 18 Nummern. Die organisatorische und ideologische Leitung lag in den Händen W. I. Lenins. Dem Redaktionskollegium gehörten W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an.

Der III. Parteitag hob in einer besonderen Resolution die hervorragende Rolle hervor, die der „Wperjod“ im Kampf gegen den Menschewismus, für die Wiederherstellung des Parteiprinzips und bei der Erörterung und Klärung von Problemen der beginnenden Revolution gespielt hatte, und sprach der Redaktion der Zeitung seinen Dank aus.

Im „Wperjod“ wurden über 40 Artikel und kleinere Beiträge Lenins veröffentlicht. Einige Nummern der Zeitung, zum Beispiel die Nummern 4 und 5 zu den Ereignissen vom 9. (22.) Januar 1905, wurden fast vollständig von Lenin vorbereitet.

Der „Wperjod“ hatte ständige Verbindung mit den Parteiorganisationen Rußlands. Besonders eng war die Verbindung mit den Komitees von Petersburg, Moskau, Odessa, Baku, Jekaterinoslaw und anderen Komitees sowie mit dem Kaukasischen Bundeskomitee der SDAPR, das eine besondere Publizistengruppe zur Unterstützung des Leninschen „Wperjod“ gegründet hatte.

Die Artikel Lenins aus dem „Wperjod“ wurden häufig von den Lokalorganen der bolschewistischen Presse nachgedruckt und als Flugblätter oder Broschüren veröffentlicht. ¹

- ² Es handelt sich um den Ukas des Zaren an den Senat vom 12. (25.) Dezember 1904. 6
- ³ Gemeint ist die 1904 von der Zarenregierung kurze Zeit hindurch betriebene Politik des Liebäugelns mit den Liberalen. Der Innenminister Swjatopolk-Mirski erlaubte die Einberufung von Semstwoversammlungen, ordnete eine etwas mildere Handhabung der Zensur an, ließ einige liberale Politiker aus der administrativen Verbannung zurückkehren usw. 6
- ⁴ „Oswoboshdenzen“ — bürgerliche Liberale; gruppierten sich um die Zeitschrift „Oswoboshdenije“ (Die Befreiung), die von 1902 bis 1905 unter der Redaktion von P. B. Struve im Ausland erschien. Die Anhänger des „Oswoboshdenije“ schlossen sich im Januar 1904 zu dem liberal-monarchistischen „Bund der Befreiung“ zusammen. Später bildeten die „Oswoboshdenzen“ den Kern der stärksten bürgerlichen Partei Rußlands, der Partei der Kadetten (Konstitutionellen Demokraten). 8 62 67
- ⁵ „Geheim“ nennt Lenin ironisch die Tagung von Vorsitzenden der Semstwöämter und anderen Semstwoleuten, die mit Erlaubnis des Zaren für den 6. November 1904 nach Petersburg einberufen worden war. Fünf Tage vor Beginn der Tagung jedoch, als die Delegierten bereits einzutreffen begannen, wurde bekanntgegeben, daß die Zarenregierung die Verschiebung der Tagung um ein Jahr nahelegt. Der mit den Liberalen liebäugelnde Innenminister Swjatopolk-Mirski erlaubte jedoch den Semstwoleuten, sich „bei einer Tasse Tee, in Privatwohnungen“ zu unterhalten. 9
- ⁶ Der berühmte Rostower Streik begann am 2. (15.) November 1902. Der Streik schlug rasch in politische Demonstrationen um, an denen rund 30 000 Arbeiter teilnahmen. Der Streik dauerte bis zum 25. November (8. Dezember). Geleitet wurde er vom iskristischen Donkomitee der SDAPR. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 270—276.)
Mit „*einer Reihe von Massendemonstrationen im Süden*“ meint Lenin die politischen Massenstreiks und Demonstrationen im Süden Rußlands im Jahre 1903, die Transkaukasien (Baku, Tiflis, Batum) und die größeren Städte der Ukraine (Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw) erfaßt hatten. 12
- ⁷ Es handelt sich um die neue, die menschwistische „Iskra“. Nach dem II. Parteitag der SDAPR bemächtigten sich die Menschewiki mit Unterstützung Plechanows der „Iskra“. Ab November 1903, von Nr. 52 an, wurde die „Iskra“ zu einem menschwistischen Organ. Sie erschien bis Oktober 1905. 15
- ⁸ Neben der Westminsterabtei in London befindet sich das Gebäude des englischen Parlaments. 17

- ⁹ „*Rabotscheje Delo*“ (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomen“, unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“. Erschien in Genf von 1899 bis 1902. Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „*Rabotscheje Delo*“ findet man in Lenins Werk „Was tun?“. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 355—551.) 18
- ¹⁰ *Orlowski* — Pseudonym des Bolschewiken W. W. Worowski. 25
- ¹¹ Auf den Konferenzen der bolschewistischen Lokalkomitees wurde ein Organisationszentrum der Bolschewiki, das Büro der Komitees der Mehrheit, gewählt. Die Südkonferenz der bolschewistischen Komitees fand im September 1904 statt. Im November 1904 fand in Tiflis die bolschewistische Konferenz der kaukasischen Komitees statt, der 15 Delegierte, Vertreter der Komitees von Baku, Batum, Imeretien-Mingrelien und Tiflis, beiwohnten. Im Dezember 1904 tagte die Nordkonferenz. 27
- ¹² Die Resolutionen der Nordkonferenz veröffentlichte W. I. Lenin in Nr. 2 des „*Wperjod*“ vom 14. (1.) Januar 1905 in der Rubrik „Aus der Partei“.
Die Resolutionen der Südkonferenz wurden zum erstenmal 1930 im Lenin-Sammelband XV, S. 217—219 (russ.), veröffentlicht; ebendort, S. 249—253 (russ.), finden sich auch die Resolutionen der kaukasischen Konferenz. 27
- ¹³ *Wassili Wassiljewitsch* — der Bolschewik M. S. Olminski (Alexandrow). 30
- ¹⁴ *Rachmetow* — A. A. Malinowski; bekannter unter dem Namen Bogdanow; er stieß im Jahre 1903 zu den Bolschewiki. Nach dem V. Parteitag in London (1907) wandte er sich vom Bolschewismus ab. 30
- ¹⁵ Es handelt sich um das Büro der Komitees der Mehrheit. 33
- ¹⁶ *Papachen* — der Bolschewik M. M. Litwinow. 33
- ¹⁷ Die Vorarbeiten zu dem Artikel „Der Fall von Port Arthur“ — einige Varianten vom Plan dieses Artikels, zahlreiche Auszüge aus der ausländischen Presse u. a. — wurden veröffentlicht in den Lenin-Sammelbänden V, 1929, S. 57—59 (russ.), XVI, 1931, S. 37—42 (russ.) und XXVI, 1934, S. 242—251 (russ.). 34
- ¹⁸ *Alexejew, J. J.* — Admiral, ab 1903 zaristischer Statthalter im Fernen Osten. 38
- ¹⁹ „*The Times*“ — 1785 in London gegründete Tageszeitung; eine der einflussreichsten konservativen Zeitungen der englischen Bourgeoisie. 38
- ²⁰ „*Rewoluzionnaja Rossija*“ (Das revolutionäre Rußland) — Zeitung der Sozialrevolutionäre, die von Ende 1900 bis 1905 erschien. Ab Januar 1902 war sie das Zentralorgan der Partei der Sozialrevolutionäre. 40

- ²¹ *Panin* (Pseudonym von M. S. Makadsjub), *Tscherewanin* (Pseudonym von F. A. Lipkin) — menschowistische Publizisten. 45
- ²² *Rjadowoi* — Pseudonym A. A. Malinowskis. 47
- ²³ Gemeint ist die Mitteilung über die Herausgabe der Zeitung „Wperjod“; diese Mitteilung wurde im Dezember 1904 als Sonderdruck des Genfer bolschewistischen Verlags für sozialdemokratische Parteiliteratur, gegründet von W. Bontsch-Brujewitsch und N. Lenin, veröffentlicht. 50
- ²⁴ *Absolut* — die Bolschewikin J. D. Stassowa. 53
- ²⁵ *W. W.* — Pseudonym W. P. Woronzows, eines Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 60
- ²⁶ Siehe die Arbeit Lenins „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und seine Kritik in dem Buch des Herrn Struve“ (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 315—484, russ.). 60
- ²⁷ *Bernsteinianischer Opportunismus* — eine dem Marxismus feindliche Strömung in der internationalen Sozialdemokratie, die Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstand und nach dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein benannt wurde. Bernstein forderte eine Revision der revolutionären Lehre von Marx im Geiste des bürgerlichen Liberalismus.
Anhänger Bernsteins in Rußland waren die „legalen Marxisten“, die „Ökonomen“, die Bundisten und die Menschewiki. 60
- ²⁸ *Starower* — Pseudonym des Menschewiken A. N. Potressow. 61
- ²⁹ „*Sarja*“ (Die Morgenröte) — marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra“ in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegeben wurde. In der „Sarja“ wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen“, „Die Verfolger des Semstwow und die Hannibale des Liberalismus“, die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker‘ in der Agrarfrage“), „Innerpolitische Rundschau“ und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. Es erschienen drei Hefte: die Nummern 1, 2/3 und 4. 64
- ³⁰ *Nikolai-on* — Pseudonym N. F. Danielsons, eines Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 72
- ³¹ Der „*Russische Verein der Fabrik- und Werkarbeiter*“ wurde 1904 in Petersburg von der zaristischen Polizei mit Hilfe des Popen Gapon, eines Provo-

kateurs, organisiert, um die Arbeiter vom revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft abzulenken. 78

³² Die Petition der Petersburger Arbeiter an den Zaren wurde als Flugblatt herausgegeben und in Nr. 4 des „Wperjod“ vom 31. (18.) Januar 1905 nachgedruckt. 79

³³ Bei den von Lenin erwähnten Briefen handelt es sich um die Korrespondenzen eines Bolschewiken aus Petersburg, die in Nr. 4 des „Wperjod“ vom 31. (18.) Januar 1905 unter der Überschrift „Briefe von Petersburger Sozialdemokraten“ veröffentlicht wurden. 94

³⁴ Es handelt sich um den „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der in Nr. 4 des „Wperjod“ vom 31. (18.) Januar 1905 in dem Artikel „Auf dem Schloßplatz. Brief eines Augenzeugen“ zitiert wird. 99

³⁵ Die Zeitung „Prawitelstwenny Westnik“ (Regierungsbote) war das offizielle Regierungsorgan und erschien in Petersburg von 1869 bis 1917. 106

³⁶ Der Artikel „Die Kämpfe auf den Barrikaden“ war für Nr. 4 des „Wperjod“, die dem Beginn der Revolution in Rußland gewidmet war, vorgesehen, erschien jedoch nicht. Zuerst veröffentlicht wurde er 1934 im Lenin-Sammelband XXVI. 110

³⁷ „Ugrjum-Burtschejew“ — Typus eines bornierten Würdenträgers, wie er in M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Die Geschichte einer Stadt“ dargestellt ist.

Lenin nennt die Höflingsclique um Nikolaus II. die Petersburger Ugrjum-Burtschejews. 112

³⁸ Die „Kurze Darstellung der Spaltung in der SDAPR“ wurde als Sonderdruck von der Berner Gruppe zur Unterstützung der SDAPR am 2. (15.) Februar 1905 mit folgender Mitteilung veröffentlicht: „Die Berner Gruppe zur Unterstützung der SDAPR, Wperjod‘ veröffentlicht diesen Brief, da sie es für außerordentlich wichtig hält, daß besonders die Genossen in Rußland eine kurze Schilderung der Spaltung erhalten. Wir bitten die Genossen im Ausland, den Brief nach Rußland zu senden.“ 113

³⁹ Galjorka — Pseudonym des Bolschewiken M. S. Olminski (Alexandrow). 117

⁴⁰ Woinow — Pseudonym des Bolschewiken A. W. Lunatscharski. 117

⁴¹ Schelgunow, N. W. (1824—1891) — demokratischer Schriftsteller und Publizist; arbeitete an der Zeitschrift „Sowremennik“ (Der Zeitgenosse) mit. Seine fortschrittliche Tätigkeit war den Petersburger Arbeitern gut bekannt. Die Beisetzung Schelgunows am 15. (27.) April 1891 gestaltete sich zu einer Demonstration gegen die Regierung. 127

- ⁴² Es handelt sich um den politischen Massenstreik im Juli 1903 in Kiew. In Nr. 47 der „Iskra“ vom 1. September 1903 ist diesem Streik eine umfangreiche Korrespondenz unter dem Titel „Generalstreik in Kiew“ gewidmet. 128
- ⁴³ *Kifa Mokijewitsch* — Figur aus dem Roman N. W. Gogols „Die toten Seelen“. Es handelt sich um den Typ eines Menschen, der sein Leben damit verbringt, daß er tief sinnig über belanglose und praktisch wertlose Probleme grübelt. 140
- ⁴⁴ Am 5. (18.) Mai 1902 verübte der Arbeiter Lekert einen Anschlag auf den Gouverneur von Wilna, von Wal. Martow und Sassulitsch begrüßten diesen Akt individuellen Terrors.
Mit dem „Flugblatt anlässlich der Tötung Plehwes“ meint Lenin das Flugblatt Nr. 16 „An das arbeitende Volk“, unterzeichnet von der Redaktion der menschwistischen „Iskra“, worin die sozialrevolutionäre Taktik des individuellen Terrors offen verteidigt wurde. 148
- ⁴⁵ *Berg* und *Gironde* — Bezeichnung der zwei politischen Gruppierungen der Bourgeoisie während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Als Berg oder Jakobiner bezeichnete man die konsequentesten Vertreter der revolutionären Klasse der damaligen Zeit, der Bourgeoisie, die die Vernichtung des Absolutismus und Feudalismus forderten. Zum Unterschied von den Jakobinern schwankten die Girondisten zwischen Revolution und Konterrevolution und wählten den Weg des Paktierens mit der Monarchie.
„Sozialistische Gironde“ nannte Lenin die opportunistische Strömung in der Sozialdemokratie, proletarische Jakobiner oder „Berg“ die revolutionären Sozialdemokraten. Nach der Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki betonte Lenin des öfteren, daß die Menschewiki die girondistische Strömung in der Arbeiterbewegung darstellen. 162
- ⁴⁶ Lenin meint die Notiz „Die Desorganisation der Lokalkomitees“ und die Resolutionen der Minsker und der Odessaer Gruppe der Sozialdemokraten, die in Nr. 7 des „Wperjod“ vom 21. (8.) Februar 1905 in der Rubrik „Aus der Partei“ veröffentlicht wurden. 164
- ⁴⁷ „Ausländische Bonapartisten“ nannte Lenin die Menschewiki, die gegen den Willen der Partei die „Iskra“ — das Zentralorgan der Partei —, das Zentralkomitee und den Rat der Partei an sich gerissen hatten. 165
- ⁴⁸ Gemeint ist die Resolution Starowers (A. N. Potressows) über das Verhältnis zu den Liberalen, die auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommen wurde. Vom III. Parteitag wurde diese Resolution aufgehoben. 175

- ⁴⁹ Der „*Plan einer Vorlesung über die Kommune*“ ist der Plan eines Vortrags über die Pariser Kommune, den Lenin am 5. (18.) März 1905 für die russische Kolonie politischer Emigranten in Genf hielt. 195
- ⁵⁰ In der Einleitung zu der Arbeit von Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ analysiert Friedrich Engels die Lage in Frankreich nach dem Juni-aufstand 1848 und schreibt: „Konnte das Proletariat noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr.“ (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1958, S. 448.) 195
- ⁵¹ Hier und weiter unten bezieht sich Lenin auf die deutsche Ausgabe der Broschüre von Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, die 1891 in Berlin erschienen war. 195
- ⁵² Lenin zieht hier einen Vergleich zwischen den Feinden der Pariser Kommune von 1871 und den Zarendienern, die schon damals die erste russische Revolution von 1905 blutig niederzuschlagen versuchten.
Trepow, D. F. — Petersburger Generalgouverneur, leitete die Niederwerfung der ersten russischen Revolution.
Wassiltschikow, S. J., Fürst — zaristischer General; befehligte am 9. (22.) Januar 1905 in Petersburg die zaristischen Truppen, die die friedliche Demonstration der Arbeiter zusammenschossen. 196
- ⁵³ Hier und weiter unten bezieht sich Lenin auf das Buch: Weill, G., „*Histoire du mouvement social en France 1852—1902*“, Paris 1904 („Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich 1852—1902“). 196
- ⁵⁴ Die Zahlen der Opfer der Kommune sind dem 1896 in Paris erschienenen Buch von Lissagaray „*Histoire de la Commune de 1871*“ entnommen. (Deutsche Übersetzung siehe: Lissagaray, „*Geschichte der Kommune von 1871*“, Berlin 1953, S. 505.) 197
- ⁵⁵ Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten*, kurz Sozialistengesetz genannt, wurde 1878 in Deutschland erlassen. Durch dieses Gesetz wurden alle Organisationen der sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten. Die sozialistische Literatur wurde beschlagnahmt. Tausende Sozialdemokraten wurden zu Gefängnis verurteilt oder ausgewiesen. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Gesetz 1890 aufgehoben. 204
- ⁵⁶ X. — Pseudonym des Menschewiken P. P. Maslow. 224
- ⁵⁷ Die vorliegende Skizze ist das Vorwort Lenins zur Übersetzung eines Aufsatzes von Cluseret, der in Nr. 11 des „*Wperjod*“ vom 23. (10.) März 1905

- unter dem Titel „Über den Straßenkampf. (Ratschläge eines Kommune-
generals)“ veröffentlicht wurde. Die Übersetzung wurde von Lenin redi-
giert. (Siehe Lenin-Sammelband XXVI, 1934, S. 355–365, russ.) 228
- ⁵⁸ *Wassiljew* — der Bolschewik F. W. Lengnik. 231
- ⁵⁹ *Glebow* — W. A. Noskow, wurde auf dem II. Parteitag der SDAPR in das
ZK gewählt. Im Sommer 1904 wandte er sich von den Bolschewiki ab und
nahm den Menschewiki gegenüber eine versöhnlerische Haltung ein. 233
- ⁶⁰ Die vorliegende Notiz wurde als Anmerkung W. I. Lenins zu dem Artikel
W. W. Worowskis „Früchte der Demagogie“ in Nr. 11 des „Wperjod“ vom
23. (10.) März 1905 veröffentlicht.
Die Materialien zur Geschichte des marxistischen Parteiprogramms sind
in Band 6 der Werke W. I. Lenins enthalten. 236
- ⁶¹ Es handelt sich um folgenden Satz aus dem Parteiprogramm, das auf dem
II. Parteitag der SDAPR angenommen wurde: „In dem Bestreben, ihre
nächsten Ziele zu verwirklichen, unterstützt die SDAPR jede oppositionelle
und revolutionäre Bewegung, die sich gegen das in Rußland bestehende
soziale und politische System richtet, sie lehnt aber gleichzeitig entschieden
alle jene Reformpläne ab, die irgendwie auf eine Erweiterung oder Festi-
gung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klas-
sen hinauslaufen.“ (Siehe Werke, Bd. 6, S. 18, und „Die KPdSU in Reso-
lutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenar-
tagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 43, russ.) 240
- ⁶² Das „Zirkular gegen Kriege“ schrieb Karl Marx Anfang Mai 1846 unter
Mitarbeit von Friedrich Engels. Es wurde in der Monatsschrift „Das West-
phälische Dampfboot“ veröffentlicht. (Siehe „Aus dem literarischen Nachlaß
von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.“ Herausgegeben
von Franz Mehring. Zweiter Band, Stuttgart 1902, S. 414–428.) 242
- ⁶³ Über Henry George schrieb Friedrich Engels in der Vorrede zur amerika-
nischen Ausgabe seines Buches „Die Lage der arbeitenden Klasse in Eng-
land“. Das Buch erschien 1887 in New York. (Siehe Karl Marx/Friedrich
Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1958, S. 629–636.) 242
- ⁶⁴ *Nikititsch* — L. B. Krassin. 243
- ⁶⁵ Die *Kommission des Senators Schidlowski* wurde am 29. Januar (11. Fe-
bruar) 1905 von der Zarenregierung geschaffen, „um die Ursachen der Un-
zufriedenheit unter den Arbeitern zu klären“, in Wirklichkeit jedoch, um
die Arbeitermassen zu täuschen und vom revolutionären Kampf abzulen-
ken. Mit den „Taschenspielertricks dieser ‚Schidlowski-Kommission‘ in der

- Partei“ meint W. I. Lenin die Doppelzüngigkeit des von den Menschewiki besetzten ZK, das sich formal für den III. Parteitag aussprach, in Wirklichkeit jedoch der Einberufung eines Parteitags widersetzte. 246
- ⁶⁶ „*Grashdanin*“ (Der Staatsbürger) — reaktionäre Zeitung, die von Fürst W. P. Meschtscherski gegründet wurde und von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel der Zeitung waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. 261
- ⁶⁷ *Bulygin, A. G.* — zaristischer Innenminister, Verfasser des Gesetzentwurfs über die Reichsduma, die eine Karikatur auf die Volksvertretung darstellte. (Siehe den vorliegenden Band, S. 347—351.) 266
- ⁶⁸ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1958, S. 32. 271
- ⁶⁹ Siehe Friedrich Engels, „Der deutsche Bauernkrieg“, Berlin 1955, S. 111/112. 272
- ⁷⁰ *Millerand* — französischer „Sozialist“, ausgesprochener Reformist. Im Jahre 1899 trat er in eine reaktionäre bürgerliche Regierung ein, der auch General Galliffet, der Henker der Pariser Kommune, angehörte.
Varlin, Louis-Eugène (1839—1871) — französischer Arbeiter, bekannter Führer der I. Internationale, war Mitglied des ZK der Nationalgarde und der Pariser Kommune 1871. 274
- ⁷¹ In Nr. 93 der menschewistischen „Iskra“ war der Artikel L. Martows „Auf der Tagesordnung. Arbeiterpartei und ‚Machtergreifung‘ als unsere nächste Aufgabe“ erschienen. Diesen Artikel kritisiert Lenin in seiner Arbeit „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ und in seinem Referat auf dem III. Parteitag der SDAPR: „Über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 286 und 387.) 278
- ⁷² Siehe Karl Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1958, S. 309/310. 279
- ⁷³ „*Sisyphusarbeit*“ — dem altgriechischen Mythos vom König Sisyphus entnommene Bezeichnung für eine mühselige, anstrengende, aber fruchtlose Arbeit. Wegen seines Frevels an den Göttern wurde Sisyphus, wie die Sage erzählt, hart bestraft: Er mußte für ewig einen riesigen Stein auf einen hohen Berg hinaufwälzen, der, kaum oben angekommen, sofort wieder in die Tiefe rollte. 281

- ⁷⁴ Der Artikel „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ wurde auch als Einzelbroschüre in georgischer, russischer und armenischer Sprache vom Kaukasischen Bundeskomitee der SDAPR veröffentlicht. 286
- ⁷⁵ Gemeint ist die Resolution über die „Internationalen Regeln der sozialistischen Taktik“, die im August 1904 auf dem Amsterdamer Kongreß der II. Internationale angenommen wurde. 290
- ⁷⁶ „Parlamentarischer Kretinismus“, ein von Marx und Engels geprägter Ausdruck. Engels schrieb in „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ über die Linken in der Frankfurter Nationalversammlung: „Seit Beginn ihrer parlamentarischen Laufbahn waren sie mehr als jede andere Fraktion der Versammlung von der unheilbaren Krankheit des *parlamentarischen Kretinismus* befallen, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhebenden Überzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft, durch die Stimmenmehrheit jener besonderen Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen...“ (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, Berlin 1953, S. 123.) 294
- ⁷⁷ Die reaktionäre Zeitung „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) führte eine wüste Hetze gegen ihre politischen Gegner und bediente sich ausgiebig der Verleumdung und anderer unsauberer Methoden der Polemik.
Lenin nennt weiter unten die menschewistische „Iskra“ das „*Nowoje Wremja*‘ unserer Partei“ und die Menschewiki „Leute vom Schläge des ‚*Nowoje Wremja*‘“. 302
- ⁷⁸ Gemeint ist die Broschüre Orłowski (W. W. Worowski) „Der Rat gegen die Partei“, die 1904 in Genf erschienen war. 304
- ⁷⁹ Das Flugblatt über den Aufstand, unterzeichnet vom Büro der Komitees der Mehrheit, wurde in Nr. 9 des „*Wperjod*“ vom 8. März (23. Februar) 1905 unter dem Titel „Brennende Fragen“ im Wortlaut nachgedruckt. 307
- ⁸⁰ „*Moskowskije Wedomosti*“ (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; von den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts an vertrat sie die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eins der wichtigsten Presseorgane der Schwarzhunderter. Erschien bis zur Oktoberrevolution 1917. 309
- ⁸¹ Lenin zitiert die Arbeit von Karl Marx „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1957, S. 379.) 313
- ⁸² „*Das Westphälische Dampfboot*“ — deutsche Zeitschrift demokratischer

Richtung, die von 1845 bis 1848 in Westfalen erschien. In der Zeitschrift wurden einzelne Artikel von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht.
318

⁸³ Der „*Offene Brief an den Vorsitzenden des Rats der SDAPR, Genossen Plechanow*“ wurde zuerst als Sonderdruck herausgegeben und dann in der Zeitung „*Wperjod*“ nachgedruckt. Das Schreiben an den Rat der Partei wurde am 4. (17.) April 1905 an Plechanow abgesandt. Einen Tag später fand die Sitzung des Organisationskomitees statt (dem Mitglieder des Büros der Komitees der Mehrheit und Vertreter des ZK angehörten). In dieser Sitzung wurde beschlossen, dem Rat zur Beantwortung eine siebentägige Frist zu geben und danach den Parteitag zu eröffnen. Der dritte Parteitag der SDAPR begann genau sieben Tage später, am 12. (25.) April. 330

⁸⁴ *Johansen* — L. B. Krassin. 330

⁸⁵ *Waterjan* — A. I. Ljubimow. 330

⁸⁶ *Wadim* — D. S. Postolowski. 334

⁸⁷ *B. oder Böhm* — M. A. Silwin, Anfang 1905 Vertreter des ZK im Rat der Partei; *Wtorow* — der Menschewik W. N. Krotchmal. 335

⁸⁸ Der Aufruf „*Der Erste Mai*“ wurde von Lenin in Genf verfaßt und erschien als Flugblatt, unterzeichnet vom Büro der Komitees der Mehrheit und von der Redaktion des „*Wperjod*“. Das Flugblatt wurde von einer Reihe sozialdemokratischer Lokalkomitees nachgedruckt. 343

⁸⁹ Der *III. Parteitag der SDAPR* fand vom 12. bis 27. April (25. April bis 10. Mai) 1905 in London statt. Vorbereitet und einberufen wurde der Parteitag von den Bolschewiki unter Führung Lenins. Er war der erste bolschewistische Parteitag.

Folgende Tagesordnung des III. Parteitags der SDAPR, die von Lenin ausgearbeitet war, wurde vom Parteitag bestätigt: *I. Bericht des Organisationskomitees. II. Taktische Fragen*: 1. der bewaffnete Aufstand; 2. das Verhalten zur Politik der Regierung vor und während der Umwälzung (dieser Punkt umfaßte zwei Fragen: a) das Verhalten zur Politik der Regierung am Vorabend der Umwälzung; b) über die provisorische revolutionäre Regierung); 3. die Stellung zur Bauernbewegung. *III. Fragen der Organisation*: 4. das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den Organisationen der Partei; 5. das Parteistatut. *IV. Das Verhältnis zu anderen Parteien und Strömungen*: 6. das Verhältnis zum abgespaltenen Teil der SDAPR; 7. das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen; 8. das Verhältnis zu den Liberalen; 9. praktische Vereinbarungen mit den Sozialrevolutionären. *V. Fragen des inneren Parteilebens*: 10. Pro-

paganda und Agitation. *VI. Berichte der Delegierten*: 11. Bericht des ZK; 12. Berichte der Delegierten der Lokalkomitees. *VII. Wahlen*: 13. Wahlen; 14. Bestimmungen über die Veröffentlichung der Resolutionen und Protokolle des Parteitags und über den Funktionsantritt der neugewählten Funktionäre.

Zu allen Hauptfragen des III. Parteitags schrieb Lenin bereits vor dem Parteitag Resolutionsentwürfe und erläuterte sie in seinen Artikeln, die im „Wperjod“ veröffentlicht wurden. Lenin sprach auf dem Parteitag zur Frage des bewaffneten Aufstands, über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung, über die Stellung zur Bauernbewegung, über das Parteistatut und zu einigen anderen Fragen. In den Protokollen des Parteitags sind 138 Beiträge und Vorschläge Lenins vermerkt.

Der Parteitag nahm Abänderungen am Parteistatut vor: a) § 1 des Statuts wurde in der Leninschen Formulierung angenommen; b) die Rechte des ZK und seine Beziehungen zu den Lokalkomitees wurden genau festgelegt; c) der organisatorische Aufbau der zentralen Parteiorgane wurde verändert: an Stelle der drei Zentralstellen (ZK, ZO und Rat der Partei) schuf der Parteitag eine einzige vollberechtigte zentrale Parteileitung, das Zentralkomitee.

Über die Arbeit und die Bedeutung des III. Parteitags siehe Lenins Artikel „Der dritte Parteitag“ (vorliegender Band, S. 440–447) und das Buch Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. 355

⁹⁰ *Letnew* — A. I. Ljubimow. 363

⁹¹ *Simin* — L. B. Krassin. 363

⁹² *Leskow* — N. W. Romanow, Delegierter des Nordkomitees. In der Rede werden erwähnt: *Sbarkow* — M. S. Leschtschinski, Delegierter des Komitees von Jekaterinoslaw; *Michailow* — D. S. Postolowski, Delegierter des Nordwestkomitees; *Sosnowski* — W. A. Desnizki, Delegierter des Komitees von Nishni-Nowgorod. 367

⁹³ Das Dokument trägt keine Überschrift, die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 369

⁹⁴ *Sergejew* — A. I. Rykow. 371

⁹⁵ *Alexandrow* — D. S. Postolowski. 372

⁹⁶ *Schmidt* — P. P. Rumjanzew, Delegierter des Woronesher Komitees. 372

⁹⁷ „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“ (siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1958, S. 93–103). 382

- ⁹⁸ „*Bund der Kommunisten*“ — erste internationale Organisation des revolutionären Proletariats, gegründet im Sommer 1847 in London auf einem Kongreß von Delegierten der revolutionären proletarischen Organisationen. Die Organisatoren und Führer des „Bundes der Kommunisten“ waren Karl Marx und Friedrich Engels, die im Auftrag dieser Organisation das „Manifest der Kommunistischen Partei“ verfaßten. Der „Bund der Kommunisten“ bestand bis 1852. Seine bedeutendsten Vertreter spielten später in der I. Internationale eine führende Rolle. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1958, S. 314–332.) 382
- ⁹⁹ Die „*Neue Rheinische Zeitung*“ wurde vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849 in Köln unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Ihr Chefredakteur war Marx. Ab Nr. 301, nach der Ausweisung von Marx, mußte die Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Über die „*Neue Rheinische Zeitung*“ siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1958, S. 305–313. 384
- ¹⁰⁰ Es handelt sich um den Brief von Friedrich Engels an Filippo Turati vom 26. Januar 1894, der am 1. Februar 1894 in Nr. 3 der italienischen Halbmonatsschrift „*Critica Sociale*“ veröffentlicht worden war. Er erschien unter der Überschrift „Die zukünftige italienische Revolution und die sozialistische Partei“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 562–572.) 386
- ¹⁰¹ Der 1873 veröffentlichte Artikel von Friedrich Engels „Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873“ wurde unter der Redaktion von W. I. Lenin ins Russische übersetzt und 1905 in Genf und 1906 in Petersburg vom ZK der SDAPR als Broschüre herausgegeben. (Siehe Friedrich Engels, „Die Bakunisten an der Arbeit“ in „*Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ [1871–1875]*“, Berlin 1957, S. 16 bis 38.) 387
- ¹⁰² *Vendée* — französisches Departement, war während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts der Herd eines konterrevolutionären Aufstands der rückständigen, reaktionären Bauernschaft gegen den revolutionären Konvent. Der Aufstand wurde unter religiösen Losungen durchgeführt, an seiner Spitze standen konterrevolutionäre Geistliche und Gutsbesitzer. 389
- ¹⁰³ Lenin zitiert den Artikel von Karl Marx „Die Bourgeoisie und die Konterrevolution. Zweiter Artikel“, der am 11. Dezember 1848 geschrieben worden war. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1958, S. 56.) 389

- ¹⁰⁴ Siehe Friedrich Engels, „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“, in Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, Berlin 1954, S. 469–562. 390
- ¹⁰⁵ *Andrejew* — N. A. Alexejew; nahm am III. Parteitag der SDAPR mit beratender Stimme teil. 395
- ¹⁰⁶ *Barsow* — der Bolschewik M. G. Zchakaja. 397
- ¹⁰⁷ „Schwarze Umteilung“ — eine populäre Losung der Bauern im zaristischen Rußland; sie war ein Ausdruck des Strebens der Bauern nach einer allgemeinen Aufteilung des Bodens. 399
- ¹⁰⁸ *Golubin* — Delegierter des III. Parteitags der SDAPR, der Bolschewik P. A. Dshaparidse. 408
- ¹⁰⁹ Das Dokument trägt keine Überschrift, die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 409
- ¹¹⁰ Das Dokument trägt keine Überschrift, die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 420
- ¹¹¹ Die Resolution „Zu den Ereignissen im Kaukasus“ wurde zuerst veröffentlicht in Nr. 1 des „Proletari“ vom 27. (14.) Mai 1905 und in Nr. 1 der in Georgien erscheinenden illegalen bolschewistischen Zeitung, dem Organ des Kaukasischen Bundes der SDAPR, „Borba Proletariata“ (Der Kampf des Proletariats) vom 1. (14.) Juli 1905. 421
- ¹¹² Gemeint ist die Resolution „Über die Konstituierung des Parteitags“, abgedruckt in Nr. 1 des „Proletari“ vom 27. (14.) Mai 1905. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 75/76, russ.) 434
- ¹¹³ Die vorliegende Notiz wurde in Nr. 1 des „Proletari“ vom 27. (14.) Mai 1905 als Anmerkung der Redaktion zu der Resolution des III. Parteitags „Über die Konstituierung des Parteitags“ veröffentlicht. 438
- ¹¹⁴ Gemeint sind die Resolutionen des Gesamtrossischen Kongresses der Advokaten, der vom 28. bis 30. März (10.—12. April) 1905 in Petersburg tagte. Eine Kritik der Resolutionen findet sich im Leitartikel des „Proletari“ Nr. 2 vom 3. Juni (21. Mai) 1905. 449
- ¹¹⁵ Die erwähnte „besondere Broschüre“ erschien am 12. (25.) Juni 1905 in französischer Sprache als Beilage zu der Zeitung „Le Socialiste“ (Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs) und in deutscher Sprache in der Münchener Ausgabe „Bericht über den III. Parteitag der SDAPR“. Eine Mitteilung über das Erscheinen dieser Broschüren wurde in Nr. 15 des

„Proletari“ vom 5. September (23. August) 1905 in der Rubrik „Aus der Partei“ veröffentlicht. 454

- ¹¹⁶ „Proletari“ (Der Proletarier) — illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß am 27. April (10. Mai) 1905, W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO zu ernennen.

Der „Proletari“ wurde vom 27. (14.) Mai bis 25. (12.) November 1905 in Genf herausgegeben; es erschienen 26 Nummern. Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski und M. S. Olminski. Der „Proletari“ setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra“ und des bolschewistischen „Wperjod“ fort.

Lenin schrieb für die Zeitung mehr als 50 Artikel und Notizen. Seine Artikel aus dem „Proletari“ wurden von den lokalen Presseorganen der Bolschewiki nachgedruckt und erschienen auch als Flugblätter.

Bald nachdem Lenin im November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari“ sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (25 und 26) des „Proletari“ erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski. 454

- ¹¹⁷ *Stephan Born* (1824—1898) — Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung. Er nahm an der Revolution von 1848 teil und war Mitglied des „Bundes der Kommunisten“. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 327/328.) 467

- ¹¹⁸ Siehe Karl Marx, „*Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln*“, Berlin 1952, S. 39. 469

- ¹¹⁹ Lenin meint hier die „*Ansprache der Zentralbehörde an den Bund*“, die Karl Marx und Friedrich Engels im März 1850 geschrieben hatten. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, B. I, Berlin 1958, S. 93—103.) 470

- ¹²⁰ Siehe Karl Marx, „*Kritik des Gothaer Programms*“, in Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 25. 470

- ¹²¹ Lenin meint die Arbeit von Friedrich Engels „*Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten*“. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 328.) 470

- ¹²² „*Der Volksstaat*“ — Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, das von 1869 bis 1876 in Leipzig unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht erschien. Karl Marx und Friedrich Engels arbeiteten an der Zeitung mit. 474

- ¹²³ Siehe Friedrich Engels, „Die Bakunisten an der Arbeit“, in „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871–1875)“, Berlin 1957, S. 16–38. 474
- ¹²⁴ Der dritte Artikel als Fortsetzung der Arbeit Lenins „Über die provisorische revolutionäre Regierung“ ist nicht erschienen. Lenin umriß die Aufgaben der provisorischen revolutionären Regierung in dem Dokument „Ein Bild der provisorischen revolutionären Regierung“ (siehe den vorliegenden Band S. 537–539), in dem Artikel „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“ (siehe den vorliegenden Band, S. 563–572) und in dem Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. 480
- ¹²⁵ Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um das Vorwort der Redaktion zu der Broschüre „Bericht über den III. Parteitag der SDAPR“, die im Jahre 1905 in jiddischer Sprache erschien. 496
- ¹²⁶ „Le Matin“ — im Jahre 1884 gegründete französische bürgerliche Tageszeitung. 524
- ¹²⁷ *Kassandra* — Tochter des legendären trojanischen Königs Priamus. Nach der altgriechischen Sage hatte Cassandra, die die Gabe der Weissagung besaß, den Untergang der Stadt Troja vorausgesagt. 532
- ¹²⁸ Den „Offenen Brief an die Redaktion der ‚Leipziger Volkszeitung‘“ schrieb Lenin als Antwort auf den Artikel Kautskys „Die Spaltung in der russischen Sozialdemokratie“, der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen war. In einem Brief an das Zentralkomitee der SDAPR vom 29. Juni (12. Juli) äußerte sich Lenin über den Kautskyschen Artikel: „Kautsky hat anlässlich der deutschen Ausgabe des ‚Berichts‘“, d. h. des „Berichts über den III. Parteitag der SDAPR“, „einen hundsgemeinen Artikel geschrieben.“ Lenins „Offener Brief“ wurde in der Zeitung nicht veröffentlicht. 534
- ¹²⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1958, S. 86. 537
- ¹³⁰ „Rus“ (Rußland) — bürgerlich-liberale Zeitung; erschien von Dezember 1903 bis Juni 1908 mit Unterbrechungen und verschiedenen Namen „Rus“, „Molwa“ (Die Kunde), „XX Wek“ (20. Jahrhundert). 545
- ¹³¹ „Sozialdemokrat“ — menschewistische Zeitung, erschien in Genf von Oktober 1904 bis Oktober 1905. 551
- ¹³² Es handelt sich um Lenins Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, das Ende Juli 1905 erschien. 557
- ¹³³ Gemeint ist der Artikel A. W. Lunatscharkis „Beiträge zur Geschichte des revolutionären Kampfes des europäischen Proletariats“, der in Nr. 2 des „Wperjod“ vom 14. (1.) Januar 1905 erschienen war. 580

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS

(Januar bis Juli 1905)

1904—1905

22. Dezember
(4. Januar) In Genf erscheint die erste Nummer der von Lenin redigierten Zeitung „Wperjod“. Diese Nummer enthält u. a. Lenins Artikel „Die Selbstherrschaft und das Proletariat“ (Leitartikel), „Über gute Demonstrationen der Proletarier und schlechte Betrachtungen einiger Intellektueller“ und „Es ist Zeit, Schluß zu machen“.
24. Dezember
(6. Januar) In dem „Brief an einen Genossen in Rußland“ kritisiert Lenin scharf die Haltung der menschowistischen „Iskra“ gegenüber der bürgerlichen Demokratie. Lenin hält in der russischen Kolonie politischer Emigranten in Genf ein Referat über Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie.
28. Dezember
(10. Januar) In einem Brief an A. A. Bogdanow, Mitglied des Büros der Komitees der Mehrheit, besteht Lenin auf einem entschiedenen und vollständigen Bruch mit den Menschewiki.

1905

1. (14.) Januar In Nr. 2 des „Wperjod“ werden Lenins Artikel „Der Fall von Port Arthur“ (Leitartikel) und „Von schönen Worten wird man nicht satt“ veröffentlicht.
5. (18.) Januar In einem Brief an die Züricher Gruppe der Bolschewiki fordert Lenin die Genossen auf, mit den Menschewiki entschieden zu brechen, und unterstreicht die Notwendigkeit der Einberufung des III. Parteitags.

6. (19.) Januar In einem Brief an J. D. Stassowa und die Genossen im Moskauer Gefängnis gibt Lenin Hinweise für das Verhalten der Sozialdemokraten vor dem zaristischen Gericht.
- Zwischen dem 10. und 17. (23. und 30.) Januar Lenin schreibt eine Artikelfolge „Revolutionstage“ über die Ereignisse am 9. Januar in Petersburg.
11. (24.) Januar In Nr. 3 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie“ (Leitartikel), „Von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus“, „Revolution in Rußland“, „Der Petersburger Streik“ und „Unsere Tartüffs“.
12. (25.) Januar Lenin schreibt den Artikel „Der Beginn der Revolution in Rußland“, in dem er zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands aufruft. Der Artikel wird als Leitartikel in Nr. 4 des „Wperjod“ vom 31. (18.) Januar veröffentlicht.
- Nach dem 13. (26.) Januar In einer Versammlung von Bolschewiki in Genf hält Lenin ein Referat über die Ereignisse des 9. Januar.
18. (31.) Januar In der Rubrik „Revolutionstage“ in Nr. 4 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Was geschieht in Rußland?“, „Die ersten Schritte“, „Der Pope Gapon“, „Der Plan der Petersburger Schlacht“, „Väterchen Zar“ und die Barrikaden“.
19. Januar (1. Februar) Lenin schreibt den Artikel „Der Zarenfriede“.
21. Januar (3. Februar) In einem Brief an den Schweizer Sozialdemokraten H. Greulich schildert Lenin kurz die Geschichte der Spaltung in der SDAPR.
25. Januar (7. Februar) Lenin schreibt einen Brief an August Bebel, worin er dessen Vorschlag ablehnt, ein Schiedsgericht über den Konflikt zwischen Bolschewiki und Menschewiki entscheiden zu lassen. In Nr. 5 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Petersburg nach dem 9. Januar“, „Wie Trepow haust“ u. a. Lenin ist in Genf bei dem Referat M. S. Olminskis „Eine Spielart des Opportunismus“, in dem der Menschewismus kritisiert wird, zugegen.
1. (14.) Februar Lenins Artikel „Zwei Taktiken“ erscheint als Leitartikel in Nr. 6 des „Wperjod“.

2. (15.) Februar In einem Brief an S. I. Gussew, Petersburg, schlägt Lenin vor, die Verbindungen der Redaktion des „Wperjod“ mit Arbeiterzirkeln und besonders mit der Jugend zu festigen und zu erweitern.
8. (21.) Februar In Nr. 7 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Über ein Kampfabkommen für den Aufstand“ (Leitartikel) und „Sollen wir die Revolution organisieren?“.
12. (25.) Februar In einem Brief an S. I. Gussew besteht Lenin auf der Beibehaltung der völligen Selbständigkeit des Büros der Komitees der Mehrheit bei der Vorbereitung und Einberufung des III. Parteitags.
15. (28.) Februar Lenin schreibt den „Brief an die Organisationen in Rußland“, in dem er mit allem Nachdruck für die sofortige Vorbereitung des III. Parteitags eintritt.
In Nr. 8 des „Wperjod“ wird Lenins Artikel „Über die Einberufung des III. Parteitags“ (Leitartikel) veröffentlicht.
- Vor dem
20. Februar Lenin verfaßt den Text einer Umfrage für die Berichte der lokalen Parteioorganisationen an den III. Parteitag.
(5. März)
20. Februar Lenin spricht im Genfer Klub der Bolschewiki zu Fragen der Vorbereitung des III. Parteitags.
(5. März)
23. Februar In Nr. 9 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Neue Aufgaben und neue Kräfte“ (Leitartikel) und „Oswoboshdenzen und Neuskristen, Monarchisten und Girondisten“.
(8. März)
28. Februar Lenin teilt dem Petersburger Komitee der SDAPR mit, daß das englische „Komitee der Arbeitervertreter“ für die Unterstützung der Opfer des 9. Januar 1905 Geld gesandt hat.
(13. März)
- Februar Lenin entwirft den Gesamtplan der Beschlüsse und Resolutionsentwürfe für den III. Parteitag.
2. (15.) März In Nr. 10 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Proletariat und bürgerliche Demokratie“ und „Wen wollen sie betrügen?“
3. (16.) März In einem Brief an S. I. Gussew, Mitglied des Büros der Komitees der Mehrheit, schlägt Lenin vor, zum III. Parteitag

- alle Komitees der Partei einzuladen, sowohl die bolschewistischen als auch die menschewistischen.
5. (18.) März In einer Versammlung der russischen Kolonie der politischen Emigranten in Genf hält Lenin einen Vortrag über die Pariser Kommune.
- Vor dem
10. (23.) März Lenin redigiert die Übersetzung eines Abschnitts aus den Memoiren des Generals der Pariser Kommune, Cluseret, „Über den Straßenkampf“ und schreibt eine kurze Biographie Cluserets.
10. (23.) März In Nr. 11 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Proletariat und Bauernschaft“ (Leitartikel) und „Der erste Schritt“.
12. (25.) März Lenin schreibt an das Odessaer Komitee über die Ernennung von Delegierten zum III. Parteitag.
15. (28.) März Lenin schreibt den Artikel „Winkelzüge der Bonapartisten“. Der Artikel erscheint als Sonderdruck zu Nr. 13 des „Wperjod“.
16. (29.) März Lenins Artikel „Über unser Agrarprogramm (Brief an den III. Parteitag)“ erscheint in Nr. 12 des „Wperjod“.
20. März
(2. April) Lenin nimmt an der in Genf stattfindenden Konferenz russischer sozialistischer Organisationen teil. Nachdem er sich von dem opportunistischen Charakter der Konferenz überzeugt hat, verläßt er sie.
Lenin wird von der Odessaer Parteiorganisation als Delegierter zum III. Parteitag der SDAPR gewählt.
23. März
(5. April) In Nr. 13 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Das europäische Kapital und die Selbstherrschaft“ (Leitartikel), „Der zweite Schritt“ und der erste Teil des Artikels „Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung“.
30. März
(12. April) In Nr. 14 des „Wperjod“ erscheint Lenins Artikel „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“. Der Artikel wurde auch vom Kaukasischen Bundeskomitee als Broschüre in russischer, georgischer und armenischer Sprache herausgegeben.
- März–April Lenin schreibt den Entwurf eines Artikels „Eine Revolution vom Typus 1789 oder vom Typus 1848?“.

5. (18.) April Lenin nimmt in Genf an einer Sitzung des Organisationskomitees zur Einberufung des III. Parteitags teil.
6. (19.) April Lenin beauftragt G.D. Leiteisen, einen Mitarbeiter des „Wperjod“, auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs (Guesdisten) im Namen der SDAPR eine Begrüßungsansprache zu halten.
7. (20.) April In Nr. 15 des „Wperjod“ erscheinen Lenins Artikel „Das Agrarprogramm der Liberalen“ (Leitartikel), „Marx über die amerikanische ‚schwarze Umteilung‘“ u. a.
10. (23.) April Im Namen des ZK der SDAPR schreibt Lenin einen „Offenen Brief an den Vorsitzenden des Rats der SDAPR, Genossen Plechanow“. Der Brief wird in Nr. 16 des „Wperjod“ veröffentlicht.
11. (24.) April Lenin nimmt an der Sitzung des Organisationskomitees zur Einberufung des III. Parteitags teil und entwirft eine Resolution des Organisationskomitees über die Rechtsgültigkeit des Parteitags.
- Vor dem
12. (25.) April Lenin schreibt das Flugblatt „Der Erste Mai“. Das Flugblatt wird vom Büro der Komitees der Mehrheit und von der Redaktion des „Wperjod“ herausgegeben.
Lenin erhält vom Kursker und vom Odessaer Komitee Mandate für den III. Parteitag der SDAPR.
Abreise Lenins von Genf nach London zum III. Parteitag.
Lenin arbeitet die Tagesordnung für den III. Parteitag aus, führt Beratungen mit den Mitgliedern des Büros der Komitees der Mehrheit und mit den Mitgliedern der Redaktion des „Wperjod“ durch und spricht mit Delegierten über die bevorstehenden Verhandlungen des Parteitags.
- 12.—27. April III. Parteitag der SDAPR.
(25. April Lenin leitet die Arbeit des Parteitags. Er führt das Tagebuch bis 10. Mai) des Parteitagsvorsitzenden.
12. (25.) April Eröffnung des Parteitags. Lenin wird zum Vorsitzenden des Parteitags gewählt.
13. (26.) April Lenin spricht zur Frage der Rechtsgültigkeit des Parteitags; er wird in die Kommission zur Ausarbeitung der Resolutionen gewählt.

14. (27.) April Lenin redigiert das Referat von A. W. Lunatscharski über den bewaffneten Aufstand.
Lenin spricht in der vierten und fünften Sitzung des Parteitags zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.
15. (28.) April Lenin hält in der sechsten Sitzung des Parteitags eine Rede zur Frage des bewaffneten Aufstands.
16. (29.) April Lenin hält in der achten Sitzung des Parteitags eine Rede über den bewaffneten Aufstand und redigiert die Resolution zu dieser Frage.
17. (30.) April In Nr. 16 des „Wperjod“ erscheint Lenins Artikel „Der Verfassungsschacher“. Der Artikel wird am 15. (28.) Mai vom bolschewistischen Komitee Baku als Sonderdruck herausgegeben.
18. April (1. Mai) Lenin hält in der zehnten Sitzung des Parteitags eine Rede über das Verhalten zur Taktik der Regierung am Vorabend der Umwälzung.
Lenin hält in der elften Sitzung des Parteitags das Referat „Über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung“ und legt einen Resolutionsentwurf zu dieser Frage vor.
19. April (2. Mai) In der zwölften Sitzung des Parteitags spricht Lenin über die Abänderungsanträge zur Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung.
Lenin hält in der dreizehnten Sitzung des Parteitags das Referat zur „Resolution über die Unterstützung der Bauernbewegung“.
In der dreizehnten Sitzung des Parteitags wird Lenins Resolution „Über das offene politische Auftreten der SDAPR“ angenommen.
20. April (3. Mai) In der vierzehnten und fünfzehnten Sitzung des Parteitags wird Lenins Resolution „Über die Unterstützung der Bauernbewegung“ beraten und angenommen.
Lenin spricht in der fünfzehnten Sitzung des Parteitags über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen.

21. April
(4. Mai) Lenin spricht in der sechzehnten und siebzehnten Sitzung des Parteitags bei der Erörterung des Parteistatuts. In der sechzehnten Sitzung des Parteitags wird der § 1 des Statuts in der Formulierung Lenins angenommen.
22. April
(5. Mai) Lenin bringt in der neunzehnten Sitzung des Parteitags den „Resolutionsentwurf über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen“ ein und spricht zweimal zu dieser Frage.
22. und 23. April
(5. und 6. Mai) Lenin reicht die Resolution „Über den abgespaltenen Teil der Partei“ ein und ergreift in der neunzehnten und zwanzigsten Sitzung des Parteitags bei der Erörterung der Resolution das Wort.
23. April
(6. Mai) Lenin spricht in der einundzwanzigsten Sitzung des Parteitags über ein praktisches Abkommen mit den Sozialrevolutionären.
25. April
(8. Mai) Lenin spricht in der zweiundzwanzigsten Sitzung des Parteitags über Propaganda und Agitation. Lenin hält in der dreiundzwanzigsten Sitzung des Parteitags eine Rede zum Tätigkeitsbericht des ZK.
Lenin wird zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt.
Lenins Resolution über die Bestimmungen für die Herausgabe der Protokolle wird in der dreiundzwanzigsten Sitzung des Parteitags angenommen.
26. April
(9. Mai) In der fünfundzwanzigsten Sitzung des Parteitags wird Lenins Resolution zu den Ereignissen im Kaukasus angenommen.
27. April
(10. Mai) Lenin schließt den III. Parteitag.
In der ersten Sitzung des vom III. Parteitag gewählten ZK führt Lenin den Vorsitz.
Lenin entwirft einen Plan, nach dem die Aufgaben der ZK-Mitglieder für die Arbeit im Ausland und in Rußland aufgeteilt werden.
Parole, Chiffre und Decknamen für die Verbindungen zwischen den ZK-Mitgliedern, die Organisationstechnik und Fragen der Finanzierung der Parteiarbeit werden von Lenin ausgearbeitet.

- Lenin wird vom ZK zum verantwortlichen Redakteur der Zeitung „Proletari“, des Zentralorgans der Partei, und zum Vertreter des ZK im Ausland ernannt.
- Nach dem*
27. April
(10. Mai) Zusammen mit den Delegierten des III. Parteitags besucht Lenin die Grabstätte von Karl Marx auf dem Highgate-Friedhof in London.
- Zwischen dem*
27. April und
dem 2. Mai
(10. und
15. Mai) Lenin reist von London nach Genf ab. Auf der Durchreise besucht Lenin zusammen mit einer Gruppe von Delegierten des III. Parteitags in Paris die „Mauer der Kommunarden“ auf dem Friedhof Père-Lachaise.
5. (18.) Mai In Nr. 18 des „Wperjod“ erscheint Lenins Artikel „Politische Sophistereien“.
7. (20.) Mai Lenin nimmt an der Zusammenkunft der Mitarbeiter des Zentralorgans der Partei, „Proletari“, teil; es wird der Arbeitsplan der Redaktion des ZO beraten.
- Nach dem*
10. (23.) Mai Lenin schreibt im Namen des ZK der SDAPR einen Brief an die Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie und fragt sie nach ihrer Stellung zu den Beschlüssen des III. Parteitags.
14. (27.) Mai Nr. 1 der von Lenin redigierten bolschewistischen Zeitung „Proletari“ erscheint. Die Nummer enthält Lenins Artikel „Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ (Leitartikel), „Der dritte Parteitag“ und eine „Bemerkung“ zur „Resolution über die Konstituierung des Parteitags“.
- Vor dem*
20. Mai (2. Juni) Lenin schreibt den Artikel „Über die provisorische revolutionäre Regierung“. Der Artikel wird in Nr. 2 und 3 des „Proletari“ veröffentlicht.
20. Mai (2. Juni) Lenin schreibt einen Brief an das Internationale Sozialistische Büro, in welchem er mitteilt, daß der III. Parteitag stattgefunden und u. a. beschlossen hat, als Zentralorgan der SDAPR die Zeitung „Proletari“ herauszugeben.
21. Mai (3. Juni) In Nr. 2 des „Proletari“ wird Lenins Artikel „Ratschläge der konservativen Bourgeoisie“ veröffentlicht.

27. Mai (9. Juni) In Nr. 3 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Katastrophe“ (Leitartikel) und „Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum“.
- Ende Mai Lenin schreibt den Artikel „An die jüdischen Arbeiter“. Der Artikel wird als Vorwort zur jiddischen Ausgabe der Broschüre „Bericht über den III. Parteitag der SDAPR“ veröffentlicht.
Lenin hält in Genf zwei Vorträge über den III. Parteitag und über die menschewistische Konferenz.
4. (17.) Juni In Nr. 4 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die demokratischen Aufgaben des revolutionären Proletariats“ (Leitartikel) und „Ein neuer revolutionärer Arbeiterbund“.
5. (18.) Juni Lenin bestätigt das Statut der Auslandsorganisation der SDAPR.
- Nach dem
12. (25.) Juni Lenin schreibt einen offenen Brief an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, in dem er gegen Kautskys falsche Darstellung von der Spaltung in der SDAPR protestiert.
13. (26.) Juni In Nr. 5 des „Proletari“ werden Lenins Artikel „Die ersten Schritte des bürgerlichen Verrats“ und „Revolutionäre‘ in Glacéhandschuhen“ veröffentlicht.
- Vor dem
14. (27.) Juni Lenin organisiert die Herausgabe des „Berichts über den III. Parteitag der SDAPR“ und die Herausgabe der wichtigsten Beschlüsse des Parteitags in deutscher und französischer Sprache.
20. Juni (3. Juli) In Nr. 6 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Der Kampf des Proletariats und der Servilismus der Bourgeoisie“ (Leitartikel) und „Ein dritter Schritt zurück“ aus Anlaß der Genfer Konferenz der Menschewiki.
21. Juni (4. Juli) Lenin schlägt dem Internationalen Sozialistischen Büro in einem Brief vor, sich anlässlich der Revolution in Rußland mit einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu wenden.
27. Juni
(10. Juli) In Nr. 7 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“ (Leitartikel), „Der russische Zar sucht Schutz vor seinem Volk beim türkischen Sultan“ und „Die Bourgeoisie schachert mit der

- Selbstherrschaft, die Selbstherrschaft schachert mit der Bourgeoisie“.
- Ende Juni* Lenin erteilt M. I. Wassiljew-Jushin, der nach Rußland geschickt wird, den Auftrag, mit der sozialdemokratischen Organisation Verbindung aufzunehmen, die den Aufstand in der Schwarzmeerflotte und auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin“ leitet.
- Juni—Juli* Lenin schreibt das Flugblatt „Drei Verfassungen oder drei Staatsformen“.
Lenin schreibt das Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“.

4. Ergänzung zu dem Artikel „Der Plan der Petersburger Schlacht“	98
5. „Väterchen Zar“ und die Barrikaden	99
6. Die ersten Schritte	102
7. Der Vorabend des Blutsonntags	106
8. Die Zahl der Toten und Verwundeten	109
9. Die Kämpfe auf den Barrikaden	110
Der Zarenfriede	112
Kurze Darstellung der Spaltung in der SDAPR	113—119
Der Brief an Greulich	114
Wie Trepow haust	120—123
Petersburg nach dem 9. Januar	124—125
Die ersten Lehren	126—130
Brief an A. A. Bogdanow und S. I. Gussew	131—135
Zwei Taktiken	136—145
Über ein Kampfabkommen für den Aufstand	146—154
Sollen wir die Revolution organisieren?	155—164
Über die Einberufung des III. Parteitags	165—168
Aus dem Lager der Neuiskristen	169
Brief an die Organisationen in Rußland	170—171
Gesamtplan der Beschlüsse des III. Parteitags	172—177
Resolutionsentwürfe für den III. Parteitag der SDAPR	179—185
1. Resolution über das desorganisatorische Verhalten der Menschewiki oder Neuiskristen	181
2. Resolution über Plechanows Verhalten während der Parteikrise	182
3. Resolution über die prinzipielle Stellung der Neuiskristen	183
4. Resolution über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in der Sozialdemokratischen Partei	184
Änderung des Paragraphen im Statut über die Zentralstellen	186—188
Umfrage. Zum III. Parteitag	189—190
Vorwort zur Broschüre „Denkschrift des Direktors des Polizeidepartements, Lopuchin“	191—194
Plan einer Vorlesung über die Kommune	195—198
Neue Aufgaben und neue Kräfte	201—211

Oswoboshdenzen und Neuskristen, Monarchisten und Girondisten	212—213
Endlose Ausflüchte	214—215
Wen wollen sie betrügen?	216—218
Proletariat und bürgerliche Demokratie	219—221
Proletariat und Bauernschaft	222—227
Über den Straßenkampf (Ratschläge eines Kommunegenerals)	228—229
Der erste Schritt	230—235
Zur Geschichte des Parteiprogramms	236
Über unser Agrarprogramm (Brief an den III. Parteitag)	237—242
Winkelzüge der Bonapartisten	243—247
Eine Revolution vom Typus 1789 oder vom Typus 1848?	248—250
An die Partei	251—252
Der zweite Schritt	253—258
Das europäische Kapital und die Selbstherrschaft	259—266
Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung	267—285
I	269
II	273
III	278
IV	280
Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft	286—296
Französisch-russische Schmiergelder!	297—298
Der Unschuldige hat schuld	299—308
Das Agrarprogramm der Liberalen	309—317
Marx über die amerikanische „schwarze Umteilung“	318—324
Der entlarvte Rat der Partei	325—329
Offener Brief an den Vorsitzenden des Rats der SDAPR, Genossen Plechanow	330—338
Zur Frage des III. Parteitags	339—340
Plan für ein Flugblatt zum 1. Mai	341—342
Der Erste Mai	343—346
Der Verfassungsschacher	347—351
Über vierzehntägige Rechenschaftsberichte der Parteiorganisationen	352—353

III. Parteitag der SDAPR, 12. (25.) April—27. April (10. Mai) 1905	355—421
1. Rede über die Rechtsgültigkeit des Parteitags, 13. (26.) April	359
2. Rede über die Vollberechtigung des Kasaner Komitees und des Komitees des Kubangebiets, 14. (27.) April	361
3. Resolutionsentwurf über die Stellung der SDAPR zum bewaffneten Aufstand	364
4. Resolutionsentwurf über den bewaffneten Aufstand	365
5. Rede über den bewaffneten Aufstand, 15. (28.) April	366
6. Rede über den bewaffneten Aufstand, 16. (29.) April	367
7. Resolution über den bewaffneten Aufstand	369
8. Rede über das Verhalten zur Taktik der Regierung am Vorabend der Umwälzung, 18. April (1. Mai)	371
9. Ergänzung zur Resolution über das Verhalten zur Politik der Regierung vor und während der Umwälzung	372
10. Resolutionsentwurf zur Frage des offenen politischen Auftretens der SDAPR	373
11. Resolutionsentwurf über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung	375
12. Ergänzung zur Resolution über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung	377
13. Referat über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung, 18. April (1. Mai)	378
14. Resolutionsentwurf über die provisorische revolutionäre Regierung	393
15. Rede über die Abänderungsanträge zur Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung, 19. April (2. Mai)	395
16. Referat zur Resolution über die Unterstützung der Bauernbewegung, 19. April (2. Mai)	397
17. Resolutionsentwurf über die Unterstützung der Bauernbewegung	402
18. Rede über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen, 20. April (3. Mai)	404
19. Resolutionsentwurf über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen	406

20. Eine Bemerkung während der Erörterung der Resolution über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen, 22. April (5. Mai) ..	408
21. Rede anlässlich der Resolutionen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen, 22. April (5. Mai)	409
22. Rede bei der Erörterung des Parteistatuts, 21. April (4. Mai)	410
23. Rede über die Redaktion von § 9 des Parteistatuts, 21. April (4. Mai)	412
24. Rede über ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären, 23. April (6. Mai)	413
25. Rede zum Tätigkeitsbericht des ZK, 25. April (8. Mai)	419
26. Resolution über die Herausgabe der Parteitagsprotokolle ..	420
27. Resolutionsentwurf zu den Ereignissen im Kaukasus	421
Politische Sophistereien	422—430
Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands	433—437
Über die Konstituierung des Parteitags	438—439
Der dritte Parteitag	440—447
Siegreiche Revolution	448—449
Über die Verwechslung von Politik und Pädagogik	450—453
Brief an das Internationale Sozialistische Büro	454
Ratschläge der konservativen Bourgeoisie	455—458
Über die provisorische revolutionäre Regierung	459—480
Erster Artikel. Plechanows historische Feststellung	461
Zweiter Artikel. Nur von unten oder von unten und von oben? ..	472
Die Katastrophe	481—485
Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum	486—495
An die jüdischen Arbeiter	496—499
Ein neuer revolutionärer Arbeiterbund	500—512
Die demokratischen Aufgaben des revolutionären Proletariats ..	513—520
Die ersten Schritte des bürgerlichen Verrats	521—527
„Revolutionäre“ in Glacéhandschuhen	528—533
Offener Brief an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“	534—536

Ein Bild der provisorischen revolutionären Regierung	537—539
Der Kampf des Proletariats und der Servilismus der Bourgeoisie ..	540—546
Ein dritter Schritt zurück	547—557
An das Internationale Sozialistische Büro	558—559
Drei Verfassungen oder drei Staatsformen	560—562
Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung	563—572
Der russische Zar sucht Schutz vor seinem Volk beim türkischen Sultan	573—578
Die Bourgeoisie schachert mit der Selbstherrschaft, die Selbstherr- schaft schachert mit der Bourgeoisie	579—581
Anmerkungen	583—600
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins	601—612

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite der bolschewistischen Zeitung „Wperjod“ Nr. 1 vom 4. Januar 1905 (22. Dezember 1904) mit dem Artikel W. I. Lenins „Die Selbstherrschaft und das Proletariat“	3
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Neue Aufgaben und neue Kräfte“ — 1905	199
Umschlag der Broschüre W. I. Lenins „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“. Herausgegeben vom Kaukasischen Bund der SDAPR — 1905	287
Umschlag des Buches „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle.“ Herausgegeben vom ZK, Genf — 1905	357
Erste Seite der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ Nr. 1 vom 27. (14.) Mai 1905 mit W. I. Lenins Artikel „Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ und den wichtigsten Resolutionen des Parteitags	431